Carlo Lejeune, Christoph Brüll, Peter M. Quadflieg (Hrsg.)

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 4

Staatenwechsel, Identitätskonflikte, Kriegserfahrungen (1919-1945)

GEV

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Carlo Lejeune, Christoph Brüll, Peter M. Quadflieg (Hrsg.)

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 4

Staatenwechsel, Identitätskonflikte, Kriegserfahrungen (1919-1945)

mit Beiträgen von

Philippe Beck, Christoph Brüll, Winfried Dolderer, Andreas Fickers, Jens Giesdorf, Els Herrebout, Wilfried Jousten, Johannes Kontny, Catherine Lanneau, Carlo Lejeune, Robert Möller, Victoria Mouton, Thomas Müller, Peter M. Quadflieg, Alfred Rauw, Nina Reip, Vitus Sproten, Machteld Venken

und Karten von

Klaus-Dieter Klauser

GEV (Grenz-Echo Verlag), Eupen, 2019
www.gev.be
buchverlag@grenzecho.be

ISBN 978-3-86712-139-2
D/2019/3071/1

Satz/Layout: R. Maaswinkel, Bild&Media, St. Vith

Alle Rechte vorbehalten

Nichts aus dieser Veröffentlichung darf vervielfältigt, in einen Datenbestand übernommen und/oder veröffentlicht werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopien, Aufnahmen oder auf gleich welche andere Art und Weise ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags.

Ostbelgien
Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Das Publikationskonzept wird durch den wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Ostbelgische Geschichte begleitet.
Ihm gehören an: Dr. Christoph Brüll (C²DH, Universität Luxemburg), Prof. Dr. David Engels (Université libre de Bruxelles), Prof. Dr. Andreas Fickers (C²DH, Universität Luxemburg), Els Herrebout (Staatsarchiv Eupen), Dr. Carlo Lejeune (Zentrum für Ostbelgische Geschichte), Dr. Peter M. Quadflieg (Staatsarchiv Eupen).

Printed in EU

Inhaltsverzeichnis

EIN EXPERIMENT KOLLEKTIVER GEWISSENSPRÜFUNG 8
Situativer Opportunismus und kumulative Heroisierung
Von Andreas Fickers und Christoph Brüll

EUPEN-MALMEDY IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH 40
Minderheiten als Problem der europäischen Politik in der Zwischenkriegszeit
Von Christoph Brüll und Johannes Kontny

VOM DAZWISCHEN-SEIN 64
Eupen-Malmedy in den deutsch-belgischen Beziehungen 1918-1949
Von Christoph Brüll

DER BLICK VON AUSSEN 86
Eindrücke aus Flandern, der Wallonie, dem Rheinland und diplomatischen Archiven
Von Victoria Mouton, Winfried Dolderer, Catherine Lanneau und Thomas Müller

ZWISCHEN KOMMUNALER BEVORMUNDUNG UND AUTONOMIE 124
Paternalismus, Stagnation und basisdemokratisches Aufbegehren in Eupen-Malmedy
Von Johannes Kontny

WELTKRIEGE IN DER REGION 140
Militärdienst und Kriegserfahrungen als Lebenserfahrung
Von Philippe Beck, Christoph Brüll und Peter M. Quadflieg

BRÜCHE UND KRISEN IM VERGLEICH 170
Ein anderer Blick auf die Übergänge in der Regionalgeschichte
Von Christoph Brüll und Carlo Lejeune

DER TRIBUT DES KRIEGES 188
Staatliche Beschlagnahme nach den beiden Weltkriegen
Von Els Herrebout

WIRTSCHAFT ZWISCHEN INTEGRATION UND DESINTEGRATION 208
Anpassungsdruck, Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistische Autarkiepolitik
Von Peter M. Quadflieg und Vitus Sproten

DIE GROSSE SUCHE NACH HEIMAT UND TEILHABE 240
Wanderungsbewegungen als Spiegel einer unruhigen Zeit
Von Carlo Lejeune, Alfred Rauw und Wilfried Jousten

KINO, RADIO UND ZEITUNG ALS TAKTGEBER 284
Information, Unterhaltung und Propaganda im Zeitalter der Massenmedien
Von Philippe Beck, Andreas Fickers und Vitus Sproten

DIE VERGESSENE SICHT DER KINDER 308
Grenzregionen als Brennpunkte politischer Spannungen
Von Machteld Venken

VOM SPANNUNGSVOLLEN EINDRINGEN DER MODERNE 318
Wie reagieren Kleinstadt und Land auf die großen Umbrüche?
Von Carlo Lejeune, Alfred Rauw, Jens Giesdorf und Nina Reip

KAMPFMITTEL UND UNTERHALTUNG 334
Erinnerungsarbeit und Instrumentalisierung der Geschichte in der Literatur
Von Philippe Beck

DIE MINDERHEITENSPRACHE ALS POLITIKUM 348
Schutz oder Verdrängung des Deutschen in den „cantons rédimés"?
Von Robert Möller

GESCHICHTSSCHREIBUNG ALS SPIEGEL DES ZEITGEISTS 366
Von der Vereinnahmung der Geschichte zur Europäisierung der Erinnerungskultur
Von Carlo Lejeune und Christoph Brüll

DIE AUTOREN 392

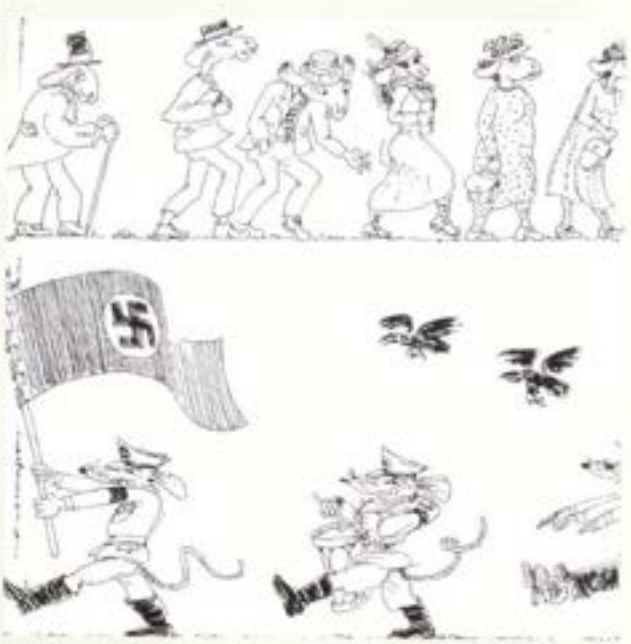
NACHWEIS DER BILDQUELLEN ODER BILDRECHTE 394

SITUATIVER OPPORTUNISMUS UND
KUMULATIVE HEROISIERUNG

EIN EXPERIMENT KOLLEKTIVER GEWISSENSPRÜFUNG

VON ANDREAS FICKERS UND CHRISTOPH BRÜLL











Geschichte wird anhand von Quellen unterschiedlicher Herkunft erzählt und interpretiert. Die Fragen der Historiker entwickeln sich auch auf Grundlage ihrer verinnerlichten familiären Erzählungen über erlebte Geschichte. Kann diese Perspektive und ihre Konfrontation mit der archivalischen Überlieferung neue Sichtweisen auf die Vergangenheit ermöglichen? Wie können Historiker das Konzept des situativen Opportunismus nutzen, um die Entscheidungen der Zeitgenossen zu verstehen? Ein Denkanstoß.

Am 13. Dezember 1933 hielt der französische Historiker Lucien Febvre seine Antrittsvorlesung am berühmten „Collège de France" in Paris. Der Titel seines Vortrags lautete: „De 1892 à 1933. Examen de conscience d'une histoire et d'un historien"[1]. In seinem Vortrag plädiert Febvre für eine Geschichtswissenschaft, die den Menschen ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stellen solle: Geschichte als Wissenschaft vom Menschen, nicht als objektivierendes Streben nach und der Konstruktion von Tatsachen und Fakten.

„Geschichte als Wissenschaft vom Menschen, und nun die ‚Tatsachen', gewiß, aber es sind menschliche Tatsachen. Die Aufgabe des Historikers ist es, die Menschen wiederzufinden, die sie durchlebt haben, sodann diejenigen, die sich viel später mit ihren Ideen in ihnen eingenistet haben, um sie zu deuten."[2]

Die Gewissensprüfung, der sich Febvre öffentlich und selbstkritisch unterzog, hatte nichts von einer psychologischen Nabelschau, noch zielte sie auf eine autobiografische Reflexion seines Werdegangs als Historiker. Vielmehr ging es ihm darum, die Rolle des Historikers als die eines wissenschaftlichen Handwerkers zu reflektieren und Geschichte und Geschichtsschreibung als Resultat menschlicher Handlungen zu begreifen.

Waren die erkenntnistheoretischen und methodologischen Positionen eines Lucien Febvre Anfang der 1930er Jahre provokant und für viele Mitglieder der konservativen und staatstragenden Zunft der Historiker eine mittlere Zumutung, gehören sie heute zum Allgemeingut geschichtswissenschaftlichen Selbstverständnisses. Dennoch birgt Febvres Forderung, sich als Historiker der eigenen Menschlichkeit, das heißt auch der eigenen Geschichtlichkeit und Standortgebundenheit bewusst zu sein, ein irritierendes Potential. So sehr die professionelle Geschichtswissenschaft auch darum bemüht ist, kritische Rechenschaft über die zeitliche Bedingtheit ihrer Deutungsangebote abzulegen und diese in Form von hermeneutischen Überlegungen explizit zu machen, so selten legen Historiker Zeugnis von ihren eigenen lebensweltlichen Prägungen ab, also davon, wie familiäre, schulische, religiöse oder intellektuelle Erfahrungen implizit oder explizit dazu beitragen, wie sie ihre „Einnistungen" in die Vergangenheit vornehmen[3].



Biografische Perspektiven

Als das Historikerkollektiv, das hinter diesem vierten Band der „Grenzerfahrungen" steht, vor zwei Jahren zu einer ersten Arbeitssitzung zusammentraf, um sich über die mögliche inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung des Bandes auszutauschen, konzentrierte sich die Diskussion relativ bald auf die Frage, was man eigentlich noch an Neuem über die wohl am besten erforschte Periode ostbelgischer Zeitgeschichte würde sagen können. Zumindest die politikhistorischen Fakten des Staatenwechsels und der anschließenden Spannungen im Bereich der kulturellen Zugehörigkeitszweifel und nationalen Identitätskonflikte können als sehr ausführlich recherchiert und dokumentiert gelten[1]. Was sich jedoch hinter diesen Tatsachen und Fakten aus lebensgeschichtlicher Perspektive verbirgt, das heißt, wie konkrete historische Akteure die bewegte Zeit der beiden „sorties de guerre" und der Zwischenkriegszeit empfunden und wahrgenommen haben, ist in der historischen Forschung deutlich unterbelichtet geblieben. Inspiriert von alltags- und generationengeschichtlichen Ansätzen der jüngeren Zeitgeschichte versuchen wir in diesem Beitrag, anhand der Arbeit an und der Reflexion über unsere Familienbiografien die Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der Menschen im Untersuchungszeitraum nachvollziehbar zu machen.

Bilden der Erste Weltkrieg, der Staatenwechsel, das Besatzungsregime unter General Baltia, die völkerrechtswidrige Annexion von Eupen-Malmedy durch das „Dritte Reich" sowie die Wiedereingliederung des Gebietes in den belgischen Staat im Jahre 1945 ohne Zweifel deutliche historische Zäsuren, sind diese nicht immer deckungsgleich mit den biografischen Erfahrungen. Mit anderen Worten: Historische Zäsurerfahrung und lebensgeschichtlicher Kontinuitätsanspruch stehen oftmals in einem kuriosen Spannungsverhältnis zueinander.

Wie Martin Sabrow am Beispiel diverser Zäsuren der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts aufgezeigt



Alfred Rauw: *„Unbekannter Ort, vermutlich 1916, die Geschwister Peters. Das Bild aus dem Jahr 1916 zeigt drei der vier für Kaiser und Vaterland eingezogenen Brüder aus Mürringen. Sie werden den Krieg alle überleben. In der Mitte der am Arm verletzte Großvater Anton Peters (geb. 1896, gest. 1973, Mürringen).*

Die Frau, die er 1926 heiraten wird, stammt aus einem kleinen Ort jenseits der neuen belgisch-deutschen Grenze. Die Narbe am Unterarm des Großvaters veranlasste mich, bereits in meiner Kinderzeit nach dem Woher zu fragen. Eine Schussverletzung. Auf die Frage, ob Opa denn auch jemanden getötet habe, antwortete er, dass das sein könne, sonst hätte man ihn ja vielleicht erschossen.

Obschon diese Antwort uns Enkelkinder schon früh berührte, blieb Opas Geschichte in der belgischen Zwischenkriegs- und Kriegszeit von Erzählungen der Mutter geprägt. Die Zugehörigkeit zur Partei, die Evakuierung der Familie nach Malmedy bzw. Verhaftung des Großvaters nach Ankunft der Amerikaner u. a. wurden ab den 1980er Jahren sporadisch erwähnt und nun auch häufiger erörtert.

Im Zuge der jüngsten Recherchen bestätigten sich bekannte Episoden seiner Biographie. Das Protokoll des Verhörs vom 24. April 1945 durch die Büllinger Gendarmen hält fest: ‚A la fin du mois de septembre 1944 il a déjà été arrêté et interné à Amblève. Cette arrestation a été opérée par les autorités américaines.' Doch die Beamten zitieren ihn auch selber: ‚[...] Ich war Mitglied der H.F. von 1938 an. In 1941 habe ich mich in der Partei einschreiben lassen und in der [sic] NSV bin ich in 1940 eingetreten. Ich habe im Interesse der NSV zweimal jährlich Kollekten abgehalten.' Obschon mir bekannt und auch in weiteren Ermittlungsakten präzisiert, steht in den Erzählungen ‚Partei' als Synonym für die NSDAP."

hat, werden diese in sehr unterschiedlicher Weise als biografische Einschnitte reflektiert. Sie belegen so den Abstand zwischen „erfahrener" und „gewusster Geschichte"[3]. Nachträglich durch Historiker konstruierte „Deutungszäsuren" (etwa die der nationalsozialistischen „Machtübernahme" im Januar 1933) korrelieren oftmals nicht mit der zeitgenössischen Wahrnehmung von lebensweltlichen Umbrüchen oder Veränderungen.

Es ist die biografische Perspektive, welche eine Problematisierung dieses Spannungsverhältnisses ermöglicht. Die Schwierigkeit, tiefe lebensgeschichtliche und historische Zäsurerfahrungen mit dem zu verknüpfen, was die Biografietheorie als „Ich-Kontinuität" bezeichnet, war gleichermaßen eine Herausforderung für die damals lebenden Menschen, wie sie heute eine für uns Historiker ist.

Dass „das Leben vorwärts gelebt und rückwärts verstanden wird"[4], ist gleichermaßen ein Sinngebungsproblem für Zeitgenossen wie ein Deutungsproblem für Historiker. Doch wie lässt sich dieses Spannungsverhältnis in den Quellen fassen? Die Rekonstruktion des lebensweltlichen Umfeldes und der handlungsleitenden Motivationen historischer Akteure geschieht meist auf indirekte Weise, indem Historiker das private Umfeld, das soziale Milieu oder die gesellschaftliche Funktion ihrer Protagonisten zu rekonstruieren suchen. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang sogenannte Egodokumente, das heißt historische Quellen, die als Selbstzeugnisse Auskunft über historische Subjekte aus der Ich-Perspektive ermöglichen, wie etwa Briefe, Tagebücher sowie persönliche Notizen oder Aufzeichnungen.

Von der Annäherung an den Menschen

Solche Selbstzeugnisse erlauben ohne Zweifel eine interessante „Annäherung an den Menschen"[5], erfordern aber eine quellenkritische Lesart, die der Eigenart dieser narrativen Repräsentationen als Ausdruck subjektiver Wahrnehmungen gerecht wird. Die diesen Quellen wegen ihres subjektiven Charakters augenscheinlich innewohnende Authentizität und Wahrhaftigkeit kann keinen Anspruch auf erhöhten historischen Wahrheitsgehalt erheben. Im Gegenteil: Gerade autobiografische Quellen sind oftmals das Resultat gezielter „Authentifizierungsstrategien", welche die wahren Intentionen des Verfassers geschickt zu kaschieren suchen[6].

Trotz dieser methodologischen Herausforderungen sind wir davon überzeugt, dass der biografische Zugang zur Geschichte der Zwischenkriegszeit in Ostbelgien als heuristisches Werkzeug interessante Fragestellungen aufwirft und neue interpretative Angebote liefert. Dies in dreifacher Weise.

Erstens, indem er uns dazu zwingt, historische Begrifflichkeiten zu hinterfragen, die sich als dominantes Deutungsmuster für die Spaltung der ostbelgischen Bevölkerung in zwei antagonistische Lager etabliert haben. Begriffe wie „Probelgier" oder „Prodeutsche" sind in der ostbelgischen Politikgeschichte und Erinnerungskultur zu allgemeingültigen Chiffren geworden, die wegen ihrer Kollektivhaftung den interpretativen Spielraum für komplexere, nuanciertere und vielschichtigere Beschreibungen und Deutungen auf der Ebene der einzelnen historischen Akteure extrem reduzieren.

Zweitens: Die Hinterfragung der historisch-politischen Semantik von asymmetrischen Gegenbegriffen aus biografischer Perspektive lädt uns dazu ein, die konkreten Handlungsoptionen und Entscheidungsmöglichkeiten von Personen aus ihrer jeweils situativen Verortung und Zeitlichkeit zu begreifen. Das komplexe Verhältnis von politischen und gesellschaftlichen Strukturen und den in diesen Strukturen handelnden historischen Subjekten als „Möglichkeitsraum" einer prinzipiell offenen Geschichte zu erfassen, zählt zu den grundlegenden Herausforderungen jeder sozial- und gesellschaftsgeschichtlichen Geschichtsschreibung. Anhand des Konzepts des situativen Opportunismus wird versucht werden, die situative Bedingtheit von Handlungen und Entscheidungen historisch zu erklären und damit zugleich die Wandelbarkeit und Anpassungsfähigkeit solcher Prozesse im biografischen Verlauf der Akteure aufzuzeigen.

Drittens: Dass solche situativen Anpassungsleistungen nicht nur das Handeln und die Entscheidungen vergangener und gegenwärtiger Menschen bestimmen, sondern auch auf den Bereich der Erinnerung und der narrativen Konstruktion von Familienerzählungen angewandt werden können/müssen, soll schließlich in einem dritten Abschnitt als Experiment kollektiver Gewissensprüfung dargestellt werden.

Zum Problem asymmetrischer Gegenbegriffe

Die Geschichtsschreibung wie auch die öffentliche Meinung zur Zwischenkriegszeit in Eupen-Malmedy ist geprägt von einem bipolaren Denkschema, das seine konzeptionelle Aus-

Philippe Beck: *„Lambert Malmendier aus Kelmis und Familie Krings aus Eupen. Der aus Kelmis stammende Lambert Malmendier (1923-2016) war beim Einmarsch der Wehrmacht als Bäckergeselle in Eupen tätig. Eigenen Erzählungen zufolge verhalf er nach der Annexion Eupen-Malmedys durch das ‚Dritte Reich' alliierten Kriegsgefangenen zur Flucht. Auch er flüchtete, nachdem er eine Aufforderung des Wehrmachtrekrutierungsbüros erhalten hatte. Von nun an wurde er von der Feldgendarmerie aktiv gesucht. Nach einem sechsmonatigen Aufenthalt in Verviers schloss er sich in Lüttich der Armée de la Libération an. Als belgischer Kriegsfreiwilliger kämpfte er mit alliierten Truppen auf dem Plateau de Herve und marschierte anschließend in Deutschland ein, wo er bis zum soeben geleerten KZ Neuengamme gelangte.*

Nach dem Krieg heiratete er Amalia Krings (geb. 1929), die einer ausgesprochen ‚prodeutschen' Familie entstammte. Ihr Vater Hubert Krings (1900-1984) war als Jugendlicher vom extremen Nationalismus der Kriegszeit geprägt worden. Das erste Kriegsende erlebte er als 18-jähriger Soldat. In der Folgezeit wurde er ein erfolgreicher Turner innerhalb des äußerst deutschfreundlichen Eupener Turnvereins sowie Mitglied der Heimattreuen Front und 1941 der NSDAP. Gleichzeitig gehörte er zu denjenigen ehemaligen deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs, die 1935 die belgische Kriegserinnerungsmedaille anfragten, die mit einer zusätzlichen Rente verbunden war. Seine Kinder Amalia und Johann (geb. 1931) nahmen regelmäßig an den Aktivitäten der NS-Jugendorganisationen teil, seine Tochter auch schon vor dem 10. Mai 1940. Als 42-Jähriger wurde Hubert Krings erneut deutscher Soldat. An der polnisch-russischen Grenze erlitt er schwere Verletzungen und verlor dadurch beide Beine. Nach russischer Kriegsgefangenschaft wurde er schließlich zurück nach Eupen gebracht, wo Baudouin I. ihm 1956 als Teil der Delegation der Schwerinvaliden auf dem Ehrenfriedhof in einer symbolischen Geste die Hand drückte. Das Foto erschien auf der ersten Seite von ‚Le Soir'. Später wohnten die Familien Krings und Malmendier im selben Haus."



Lambert Malmendier (links, stehend) als belgischer Kriegsfreiwilliger und Widerstandskämpfer im KZ Neuengamme



Hubert Krings schwerverletzt im Lazarett Madgdeburg

prägung in den beiden asymmetrischen Begriffen „Probelgier" und „Prodeutsche" findet. In Zeitungsartikeln[9], offiziellen Online-Chroniken[10] und virtuellen Ausstellungen[11], Forschungsliteratur[12] und Rezensionen wird das asymmetrische Begriffspaar als zentrales Erklärungsmuster für die polarisierte Geschichte des Zwischenraums Eupen-Malmedy-Sankt Vith verwendet.

„Die der Abtretung folgende Zeitspanne von rund 20 Jahren war geprägt durch den Dualismus von integrationsbereiten ‚Probelgiern' und revanchistischen ‚Prodeutschen', die eine Wiedereingliederung an das Reich forderten. Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten spitzte sich dieser Konflikt zu und

nach der Eroberung und Annexion des Gebietes durch das ‚Dritte Reich' rechneten die ‚Prodeutschen' gnadenlos mit ihren politischen Gegnern ab",

so Peter Quadflieg in einer Rezension des Buches von Gerd Kleu „Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur, Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith"[13]. Selbst die Facebook-Seite des Junggesellenvereins Sankt Vith verweist in einem Beitrag zur Vereinsgeschichte darauf, dass „der Verein in den darauf folgenden Jahren mit Problemen zu kämpfen (hatte), da es in unserer Gegend so genannte Prodeutsche und Probelgier gab"[14].

Die begriffliche Formulierung sogenannter Kollektivsingulare gehört zum allgemeinen Sprachrepertoire, „die Nation", „das Volk", „die Partei" oder „die Kirche" sind nur einige Beispiele von begrifflich konstruierten Handlungseinheiten. Solche Begrifflichkeiten konkreter Allgemeinheit haben aber nicht nur einen inklusiven Charakter, sondern ihre Verwendung ist oftmals mit einem Singularitätsanspruch verbunden: „Die Partei" mag für einen Sozialisten nur die eigene sein, „die Kirche" für den Ostbelgier nur die katholische.

Wie der Begriffshistoriker und Geschichtstheoretiker Reinhart Koselleck gezeigt hat, tendieren solche begrifflichen Selbstbestimmungen dazu, Gegenbegriffe hervorzubringen, die sich dann in Form von asymmetrischen Begriffspaaren gegenüberstehen[15]. Diese asymmetrischen Gegenbegriffe zielen darauf ab, eine wechselseitige Anerkennung auszuschließen. Als Beispiele solcher sich ausschließender Begriffspaare nennt Koselleck die Gegenbegriffe „Hellenen – Barbaren", „Christen – Heiden" und „Übermensch – Untermensch". Es ließen sich problemlos zahlreiche andere Beispiele hinzufügen, denn die Geschichte ist laut Koselleck voll von simplen dualen Verschlüsselungen ethnischer, ständischer, völkischer oder staatlicher Handlungseinheiten. Das asymmetrische Begriffspaar „Probelgier – Prodeutsche" reiht sich nahtlos in diese Folge ein.



Vitus Sproten: „ *‚Probelgier'? Jein, Pazifist. Mein Urgroßvater Nikolaus Sproten (geb. 1893 in Eupen, gest. 1944) war Anstreicher. Er hatte als Soldat die Gräuel des Ersten Weltkriegs miterlebt. Nach dem Krieg entwickelte er sich zum Pazifisten. Aus diesem Grund trat er gegen den Nationalsozialismus ein. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurde er zum ersten Mal (12. Mai 1940) für eine Woche verhaftet und verstarb letztlich nach einer zweiten Verhaftung (3. September 1944) im Arbeitserziehungslager oder Konzentrationslager Messelager Köln am 14. Oktober 1944. Seine pazifistische Haltung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Begriff ‚Probelgier' semantisch überlagert.*

Auf dem Bild sind Wollfäden zu sehen. Aus dieser Wolle war der Pullover gestrickt, den er bei seiner Verschleppung trug. Seine Frau schickte sie mit einer Beschreibung zur Suche nach seinen sterblichen Überresten an die Behörden."

Die Herausforderung für den Historiker liegt laut Koselleck darin, den „Kurzschluss von der Begriffssprache auf die politische Geschichte zu vermeiden". Dafür bedarf es der Methode der historisch-politischen Semantik: Sie erlaubt, die Differenz zwischen Geschichte und ihrem „Begriffenwerden" aufrechtzuerhalten, und macht so erst eine kritische Interpretation vergangener Begriffswelten möglich. Koselleck schreibt weiter:

„Die suggestive Kraft politischer Gegenbegriffe darf nicht dazu verführen, die damit gemeinten und oft auch hervorgerufenen gegenseitigen Verhältnisse historisch ebenfalls im Dual weiterzulesen und festzunageln. Als historische Erkenntniskategorien pflegen vergangene Antithesen zu grob zu sein. Vor allem kann keine geschichtliche Bewegung mit denselben Gegenbegriffen hinreichend erkannt werden, mit denen sie einst von den Beteiligten erfahren oder begriffen wurde."[11]

Die Tatsache, dass das Gegensatzpaar „Probelgier – Prodeutsche" bereits im politischen Wortschatz der Zwischenkriegszeit präsent ist und somit als geschichtliche Selbstartikulation der in den Quellen zur Sprache kommenden Handlungsträger gedeutet werden muss, darf uns Historiker also nicht zu dem interpretativen Kurzschluss verleiten, dass sich die gesamte Komplexität dieser an lebensweltlichen Zäsuren so reichen Periode in diesem begrifflichen Dualismus fassen ließe. Fragt man nach den semantischen Strukturen, die den asymmetrischen Gegenbegriffen „Probelgier – Prodeutsche" eingeschrieben sind, so weisen diese weit über die nationalstaatliche Konnotation hinaus. In den Gegensatzpaaren „Hellenen – Barbaren", „Christen – Heiden" und „Untermenschen – Übermenschen" kommen laut Koselleck langfristige semantische Strukturen zum Ausdruck, die Prozesse der Territorialisierung und Spiritualisierung reflektieren, die im Laufe von Jahrtausenden immer wieder mit neuen, aktualisierten Bedeutungen versehen wurden.

War das Gegensatzpaar „Hellenen – Barbaren" in griechischer Zeit Ausdruck der Verachtung gegenüber dem Fremden (alles Nichtgriechische wurde als barbarisch gedeutet und damit negativ konnotiert), verlagert sich diese primär räumliche Distinktionsstrategie spätestens mit der geografischen Ausweitung des griechischen Reiches unter Alexander dem Großen zu einem kulturellen Distinktionsmerkmal. „Hellene" zu sein bedeutete nun, gebildet zu sein – egal ob Grieche oder Nichtgrieche. Während der Frühphase des Christentums erfährt diese Sprachfigur eine erneute Umdeutung, diesmal in eschatologischer und politischer Perspektive. Der heilsverkündende Ausschließlichkeitsanspruch, der sich im Begriffspaar „Christ – Heide" ausdrückt, erlaubte die Abwertung und



Christoph Brüll: *„Heinrich und Katharina Zimmermann-Drosson und ihre Großfamilie in den 1930er Jahren. Von den Söhnen dienten im Zweiten Weltkrieg fast alle in der Wehrmacht: Heinrich (vorne 1. v. l.), der jüngste und mein Großvater, gehörte Ende 1941 zu den ersten Eupener ‚Zwangssoldaten', daneben gab es Freiwillige (Leo, hinten 3. v. r.) und Deserteure (André, hinten 2. v. r.). Drei Söhne (Josef, Jakob und Fritz, stehend 1. v. r., 1. v. l., und sitzend 1. v. r.) fielen an der Ostfront bzw. starben an den Folgen von Kriegsverletzungen. Die familiäre Solidarität blieb von den politischen Spannungen zwischen den Geschwistern unberührt und manifestierte sich, so die Familienerinnerung, in der Nachkriegszeit zumeist in augenzwinkernden verbalen Scharmützeln."*



Nikolaus Lejeune als Preußischer Soldat

Carlo Lejeune: *„Mein Großvater Nikolaus Lejeune (1893-1967, Büllingen) diente im Ersten Weltkrieg im 1. Rheinischen Husaren-Regiment König Wilhelm I. Da er 1914 in Aachen gearbeitet hatte, nahm er 1929 die belgische Staatsangehörigkeit an. Nach der Annexion 1940 weigerte er sich, ‚Heil Hitler' zu sagen, so die Familienerzählung. Fakt ist: Im November 1941 wurde er mit 49 Jahren als erster Bahnbeamter aus der Mannschaft des Büllinger Bahnhofs für die Reichsbahn als blauer (d. h. unbewaffneter) Eisenbahner nach Russland geschickt. Seinen Kindern hat erzählt, dass er beim Dienst immer bewaffnet gewesen sei und es immer wieder zu Konflikten mit Partisanen gekommen sei. Ob er Judentransporte gesehen oder gar begleitet hat, darüber hat er nie geredet. Erst jetzt beginne ich, mir diese Frage zu stellen. Im März 1944 kehrte er nach Hause zurück."*

Verdammung von allem Nichtchristlichen als minderwertig oder gar häretisch. Die Denkfigur schrieb sich schließlich im 19. und 20. Jahrhundert in dem Gegensatzpaar vom Unter- und Übermenschen fort und erfuhr im Nationalsozialismus unter dem Begriffspaar „Arier – Nichtarier" eine grausige Reinkarnation.

Probelgier und Prodeutsche

In dem asymmetrischen Begriffspaar „Probelgier – Prodeutsche" kommen demnach semantische Strukturen zum Ausdruck, in denen sich kulturelle und ideologische Aus- bzw. Abgrenzungsmuster spiegeln, die weit in die Geschichte beider Völker oder Nationen zurückgreifen. Die mentale Aufrüstung, die im Zuge des übersteigerten Nationalismus Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts in vielen europäischen Staaten um sich griff und somit Wegbereiter für den Ersten Weltkrieg war, hat dazu beigetragen, sprachliche und nationale Stereotypen zu verfestigen[17].

Bereits kurz nach Ausbruch des Kriegs im Kontext der Franctireurs-Hysterie verdichtete sich die kommunikative Aggression zu einem rhetorischen Wettstreit, in dem „die Belgier" in der deutschen Kriegspresse zu „Bestien in Menschengestalt", zu einem „hinterlistigen Volk" voller „bestialischer Zuchtlosigkeit" hochstilisiert wurden, während in Belgien und vielen anderen Ländern der deutsche Überfall auf Belgien als „barbarische Vergewaltigung" gedeutet wurde, der Ausdruck des unbändigen „furor teutonicus" sei[18]. Für den Amerikaner Walter Lippmann, der als einer der Väter der modernen Kommunikationswissenschaft gilt und den Begriff der Stereotype als analytische Kategorie in die Forschung einbrachte, galt die Franctireurs-Debatte 1922 als Paradebeispiel für die Entstehung und Entwicklung von Selbst-, Fremd- und Feindbildern in nationalen Öffentlichkeiten[19].

Im Zuge unterschiedlicher Phasen kommunikativer Verdichtungen des deutsch-belgischen Konfliktes in Eupen-Malmedy, etwa während der Annexionsdebatte 1919/20, des Baltia-Regimes, des Aufstiegs des Nationalsozialismus in Deutschland oder auch in Wahlkampfzeiten wurde das asymmetrische Paar „Probelgier – Prodeutscher" zu einem Gegenbegriff, der die mannigfaltigen Spannungsfelder der Zwischenkriegszeit, ob kulturell, sprachlich, gesellschaftlich oder politisch, symbolisch in sich vereinte. Lang existierende semantische Strukturen wurden im Zuge der lebensweltlichen und politischen Zäsurerfahrungen in „Neubelgien" mit neuen Bedeutungen angereichert und so Teil kommunikativer Strategien der Selbst- bzw. Fremdzuschreibung in einer Zeit „nationaler Bewusstseinsspaltung"[20].

Dass es in diesem Konflikt um mehr als nur politische Identitäten oder nationale Zugehörigkeiten ging, zeigt die symbolische Frontstellung, in welche diese Gegenbegriffe während Wahlkämpfen geraten konnten. So etwa bei den letzten belgischen Parlamentswahlen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, als es auf den Wahlplakaten der Katholischen Union hieß: „Christenkreuz oder Hakenkreuz"?[21]

Wenn wir, wie von Koselleck angemahnt, die suggestive Kraft asymmetrischer Gegenbegriffe zwar als Ausdruck historischer Denkmuster ernst nehmen, müssen wir uns in der histori-

schen Interpretation der in diesen Begrifflichkeiten zum Ausdruck kommenden semantischen Strukturen jedoch gleichzeitig kritisch von ihnen distanzieren. Es braucht eine Methode oder ein Konzept, um die historischen Verhältnisse eben nicht „im Dual weiterzulesen und festzunageln".

Im Folgenden wird versucht, das Konzept des situativen Opportunismus als interpretative Rahmung für eine kritische Zeitgeschichtsschreibung zu entwickeln, welche individuelle Handlungs- und Entscheidungsspielräume mit gesellschaftlichen und politischen Strukturzwängen zu verbinden sucht. Statt die Menschen, die zwischen 1919 und 1945 in den „neubelgischen" Kantonen von Eupen, Malmedy und Sankt Vith lebten, in Probelgier und Prodeutsche einzuteilen, geht es darum, diesen Menschen im Sinne einer offenen Geschichtsschreibung als historische Akteure zu begegnen, die in ihrem Leben Entscheidungen getroffen haben, trotz oktroyierter oder tradierter politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder religiöser Strukturen.

Das Konzept des situativen Opportunismus

Laut dem Soziologen Uwe Schimank ist die moderne Gesellschaft eine „Entscheidungsgesellschaft"[22]. Jeder Mensch hat tagtäglich hunderte von Entscheidungen zu treffen: große und kleine, kurzfristige und solche mit potentiell weitreichenden Folgen, regelmäßige und neue, einfache und komplexe, individuelle und kollektive. Gleichzeitig zeichnet sich unser Alltag aber auch dadurch aus, dass vieles schon entschieden ist: Das politische System, der gesellschaftliche Stand, die familiäre Gemeinschaft, in die wir



Das Soldbuch Karl Chavets

Carlo Lejeune: *„Mein Großvater Karl Chavet (1901-1982, Faymonville) war Mitglied der Heimattreuen Front und seit 1938 Mitglied des Gemeinderates von Faymonville. Er wurde schon 1940 Mitglied der NSDAP, da er, so die Familienerzählung, als Viehhändler dazu gezwungen gewesen sei. Erst Ende Juli 1944 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, soweit ersichtlich allein in Versorgungseinheiten. Seine relativ milden Verurteilungen, auf die auch politisch einflussreiche Fürsprecher Einfluss gehabt haben könnten, und die politische Spaltung der Großfamilie waren nach 1945 kein Familienthema.*

Sein Vater war ein kaisertreuer preußischer Wallone. Er ging wöchentlich zu seinem ältesten Sohn nach Valender frische Eier holen. Dieser Sohn war nach seinen Erfahrungen als Soldat im Ersten Weltkrieg pazifistisch eingestellt. Manches Mal waren die Diskussionen so heftig, dass mein Urgroßvater ohne Eier nach Hause zurückkehrte.

Meine Großmutter mütterlicherseits, Barbara Maraite aus Schoppen (1903-1998), stammte aus einer sehr prodeutschen Familie. Sie war vermutlich eher unpolitisch bzw. nicht aktiv. Die Mutter meines Vaters, Helena Mertens (1893-1971), scheint sich während der Annexion in mindestens zwei konkreten Momenten gegen den Druck der Hitlerjugendführer gewehrt zu haben, ohne negative Folgen für sie. Das und die Grundhaltung meines Großvaters interpretierte mein Vater immer allein als katholisch motivierte Eifeler Sturheit und nicht als Form eines situativen Widerstandes."

hineingeboren werden und in der wir aufwachsen, bestehen unabhängig von individuellen Entscheidungshandlungen.

Diese Strukturen präfigurieren unsere Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten, ohne sie jedoch komplett zu definieren oder einzuschränken: Sie sind der Horizont, der unsere Handlungen begrenzt, gleichzeitig aber auch erst ermöglicht[23]. In den Worten des Soziologen Andreas Reckwitz konkurrieren so in der Moderne zwei soziale Logiken miteinander: die „Logik des Allgemeinen" und die „Logik der Singularitäten"[24]. Genau in diesem „Möglichkeitsraum" zwischen Struktur und individueller Handlungsoption findet offene Geschichte statt. Die Zeitlichkeit der Geschichte liegt genau in dem Spannungsfeld, welches sich laut Reinhart Koselleck im Zusammenwirken von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont konstituiert[25].

Uns interessieren in diesem Zusammenhang aber nicht die im engeren Sinne soziologischen oder handlungstheoretischen Fachdiskussionen, die ganze Bibliotheken füllen, sondern die Frage, wie sich die Entscheidungs- und Handlungsspielräume ostbelgischer Akteure vor dem Hintergrund der bereits skizzierten historischen Zäsuren definieren lassen. Im Gegensatz zu der Annahme, die Menschen in Eupen-Malmedy seien der passive Spielball der Geschichte gewesen, vertreten wir die Hypothese, dass die individuellen wie kollektiven Akteure sehr wohl Entscheidungshandlungen treffen konnten und von dieser Möglichkeit auch aktiv Gebrauch gemacht haben, und zwar im Rahmen unterschiedlicher Selbstbestimmungs- und Freiheitsgrade.



Christoph Brüll: *„Mein Großvater Nikolaus Brüll (Bildmitte) bei einem Aufmarsch der HJ in Eupen im Jahr 1940. Die vier Kinder der Familie waren alle schon vor 1940 in NS-Jugendorganisationen aktiv. Mein Urgroßvater und der älteste Bruder meines Großvaters treten nach der Annexion in die NSDAP ein. Ende 1941 wird Nikolaus Brüll zur Wehrmacht eingezogen. Die aus dem Foto sprechende Jugendlichkeit endet spätestens im August 1943 mit einer Kriegsverletzung, bei der er den rechten Unterschenkel verliert. In der Nachkriegszeit engagiert er sich politisch und sozial für Invalide und Behinderte im Eupener Land, wobei er laut den Erzählungen meiner Eltern und ihrer Geschwister kaum je in einen Opferdiskurs über seine Vergangenheit verfiel."*

Im Sinne der modernen Biografieforschung geht es darum, konkrete biografische Handlungssituationen historisch in den Blick zu nehmen und diese sozusagen entscheidungstheoretisch zu reflektieren. Uwe Schimank wies bereits 2005 darauf hin, dass historische Biografieforschung und soziologische Entscheidungstheorie erstaunlicherweise so gut wie keinen Kontakt miteinander gefunden hätten. Dies scheint auch mehr als zehn Jahre später der Fall zu sein. Mit unseren Überlegungen zum situativen Opportunismus wollen wir dazu beitragen, erste Brücken zur fruchtbaren Verständigung zu bauen.

Dass biografische Entscheidungen als historische Handlungen angesehen werden können, die lebensweltlich kontextualisiert werden müssen, wenn man sie verstehen und deuten möchte, darf als Allgemeinplatz betrachtet werden. Die Schwierigkeiten, die sich in der Rekonstruktion vergangener Entscheidungs- und Handlungsoptionen für den Historiker ergeben, resultieren aus den multiplen Identitäten und Rollen der historischen Akteure: Je nach Rolle (privat, beruflich, gesellschaftlich) bieten sich dem Handelnden in konkreten Situationen unterschiedliche Freiheitsgrade.



Eine Flakeinheit in Weißrussland vor einem abgeschossenen Flugzeug. In der Mitte Matthias Beck



Eine Ansichtskarte der Maison du Sacré-Cœur in Deauville, wo Matthias Beck nach der Desertion Unterschlupf fand. Im „Erinnerungsalbum" vermerkte er: „Hier war ich zwei Monate versteckt nachdem ich mich in Frankreich dünn gemacht habe".

Philippe Beck: *„Um ihm bessere Berufsaussichten im belgischen Staat zu sichern, schickten Nikolaus Beck (1896-1966) und Maria Breuer (1895-1971) ihren Sohn Matthias (1922-2002) zur Sekundarschule nach Dolhain und Verviers, wo der Unterricht ausschließlich auf Französisch erteilt wurde. Nikolaus Beck war als Standesbeamter in Eupen tätig und Ende der 1930er Jahre Mitglied des gegen die Heimattreue Front ausgerichteten probelgischen Demokratischen Heimatblocks.*

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht am 10. Mai 1940 zog die dreiköpfige Familie nach Welkenraedt. Als kurz darauf auch dieses Gebiet völkerrechtswidrig annektiert wurde, siedelte das Ehepaar nach Brüssel um, wo Nikolaus Beck im Innenministerium angestellt wurde und von Januar 1942 bis September 1944 heimlich die Zeitschrift ‚Bec et Ongles' für die gleichnamige Résistance-Gruppe druckte.

Dem 18-jährigen Matthias wurde 1940 das Überschreiten der Grenze bei Baelen verwehrt. So erhielt er die deutsche Staatsbürgerschaft, trat am 1. Oktober 1941 den deutschen Wehrdienst an und kam mit einer Flakeinheit in Weißrussland und in der Normandie zum Einsatz. Bei Deauville nutzte er seinen belgischen Ausweis zum Desertieren. Das Nonnenkloster Maison du Sacré-Cœur bot ihm zwei Monate lang Unterschlupf. Anschließend begleitete er im September 1944 alliierte Truppen nach Brüssel, wo er seine Eltern aufsuchte. Kurz darauf konnte er in Eupen auch seine Verlobte Hildegard Peissen (1924-2007) wiedersehen, die ihren Reichsarbeitsdienst im Osten des ‚Dritten Reiches' absolviert und deren Vater eine eindeutige antinationalsozialistische Haltung an den Tag gelegt hatte."

Laut Erving Goffman treffen Akteure situative Entscheidungen auf Basis rollenspezifischer Deutungsmuster und Interpretationsschemata. Je nach situativem Rahmen verhalten sich Menschen anders, da sie ihr Handeln den Erwartungen, gesellschaftlichen oder professionellen Normen und Werten oder Zwängen anpassen[26]. Will man also deutend verstehen, warum sich nur 271 Menschen aus den ehemals preußischen Kreisen Eupen und Malmedy in die sogenannten Protestlisten gegen die Eingliederung des Gebietes in den belgischen Staat eingetragen haben, muss man versuchen, die Motivationen und Interessen dieser Akteure im Sinne situativer Entscheidungsprozesse zu rekonstruieren.

Vitus Sproten: *„Mein Großvater Carl Sproten (oberste Reihe, Dritter von links; geb. 1922, gest. 1979), den ich (geb. 1993) nicht kennengelernt habe, war 1940 Abiturient des Collège Patronné in Eupen. Unter Druck gelangte seine Abschlussklasse in den Dienst der Deutschen Arbeitsfront. Nach ihrem Dienst sollte den Klassenmitgliedern ein Studium an einer Universität erlaubt werden. Die nächsten vier Jahre verbrachten Carl Sproten und seine Klassenkameraden allerdings als Wehrmachtsoldaten. Nach dem Krieg konnte er vor Gericht glaubhaft machen, dass er in einem ‚état de nécessité' gehandelt habe. Er wurde freigesprochen. Sein Fall wurde zum Präzedenzfall. Über die möglichen Handlungshorizonte meines Großvaters urteilte das Gericht wie folgt: ‚attendu que Sproten n'a pas contracté un engagement volontaire dans la Wehrmacht, mais y a été incorporé en vertu des lois militaires allemandes; que rien dans son attitude ou son comportement ne permet de dire qu'il aurait désiré ou hâté cette incorporation. Qu'en s'y soumettant, il a manifestement cédé à la crainte de sanctions injustes, graves et imminentes, tant envers lui qu'envers les siens; qu'il a donc agi sous l'empire d'un état de nécessité assimilable à la contrainte."*



Erwartungshorizont und pragmatische Probleme

Wie Vincent O'Connell in seiner dichten Beschreibung der Annexionsperiode gezeigt hat, war die Bevölkerung Eupen-Malmedys im Zuge der Volksbefragung massiven Einschüchterungsversuchen und Schikanen seitens der lokalen belgischen Behörden ausgesetzt, gleichzeitig jedoch auch das Ziel propagandistischer Instrumentalisierung auf deutscher Seite[27]. Die Ungewissheit über das eigene wie kollektive Schicksal prägte den Erwartungshorizont, während der eigene Erfahrungsraum zunehmend von pragmatischen Problemen und Sorgen gekennzeichnet war.

Diese Unsicherheit im Bereich politischer, wirtschaftlicher und vielleicht auch familiärer Umstände kann selbst das Treffen von alltäglichen Entscheidungen zu einem schwierigen Unterfangen machen. Gewohnte oder tradierte Handlungsrationalitäten können plötzlich in Frage gestellt werden, berufliche oder gesellschaftliche Rollen müssen unter neuen politischen und wirtschaftlichen Vorzeichen angepasst werden und können so in Konflikt mit inneren Überzeugungen und moralischen Wertvorstellungen geraten. Eine typische Strategie, mit solchen durch äußere Umstände erzeugten Unsicherheiten und Ungewissheiten umzugehen, ist zu entscheiden, nicht zu handeln. Abwarten als Bewältigungsstrategie im Umgang mit Kontingenzerfahrungen erklärt vielleicht auch, warum sich von 33.726 Stimmberechtigten[28] nur so wenige in die Protestlisten eingetragen haben. Diese „wait and see"-Strategie hält auch Vincent O'Connell für eine plausible Erklärung dafür, dass nur wenige Menschen bereit waren, aktiv gegen einen Vaterlandswechsel zu protestieren:

„Whether deprived of certain vital privileges by the Belgian authorities or threatened with losing one's livelihood by the German authorities and exposed to acts of intimidation from both sides, people were simply unsure which way to turn. It would thus be one's own personal and familial situation, which would dictate the future for many. Economically and socially, Belgium perhaps

looked the better option, considering the reparations and restrictions being placed on Germany. Many who did not sign the register may have adopted a wait and see approach, and therefore decided that the best thing to do was to do nothing."[29]

Keine Entscheidung für oder gegen etwas zu treffen bedeutet aber nicht, dass man als historischer Akteur unbeteiligt ist. So war das weit verbreitete Weißwählen, also der bewusste Verzicht, eine gültige Stimme abzugeben, in der Zwischenkriegszeit ein Akt des Ausdrucks des Unbehagens mit der oder gar des Protestes gegen die parteipolitische Landschaft bzw. deren ideologische Ausrichtungen oder Programme[30]. Auch das Übersehen, Wegschauen, Nichtthematisieren oder Ignorieren von Unrecht, Ausgrenzungen, Verfolgung oder gar Ermordungen im Zuge totalitärer Regime oder während kriegerischer Auseinandersetzungen darf nicht als Nichthandeln gedeutet werden, sondern muss aus ethischer oder moralphilosophischer Perspektive als Akt missbilligender Inkaufnahme oder aber passiver Unterstützung von Unrecht gedeutet werden. Die Gewaltverbrechen des Nationalsozialismus, so die Analyse von Wolfgang Sofsky, waren nur möglich, weil es eine breite Masse von Zuschauern gab, die wohlwollend oder ablehnend zugeschaut haben[31].

Der historische Sprung vom Referendum des Jahres 1920 über das Weißwählen in die Zeit des Zweiten Weltkriegs mag befremden, doch zielt er darauf, die Diskrepanzen zu problematisieren, die sich zwischen unseren moralischen Ansprüchen und tatsächlichen Handlungen oder Nichthandlungen auftun können. Wie der Sozialpsychologe Harald Welzer in seinem Buch „Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden" gezeigt hat, sind wir je nach Situation zu höchst unterschiedlichen Deutungs-, Handlungs- und Redeweisen in der Lage.

Wir erlauben uns schlechtes Verhalten trotz besseren Wissens, „beherrschen Lüge, Widerspruch und Missachtung ebenso gut wie das Gegenteil: Vertrauen, Integrität, Anerkennung"[32]. Möglich wird diese Diskrepanz zwischen individuellen oder tradierten Moralvorstellungen und verbrecherischen Handlungen im Kontext von Diktatur oder Krieg durch das, was Erving Goffman als Rollendistanz bezeichnet hat: Sie bezeichnet den Abstand zwischen Tun und Sein, also einen psychologischen Mechanismus, der eine subjektive Selbstwahrnehmung ermöglicht, die nicht in der Rolle aufgeht, die diese Person in einer konkreten situativen Handlung ausübt.

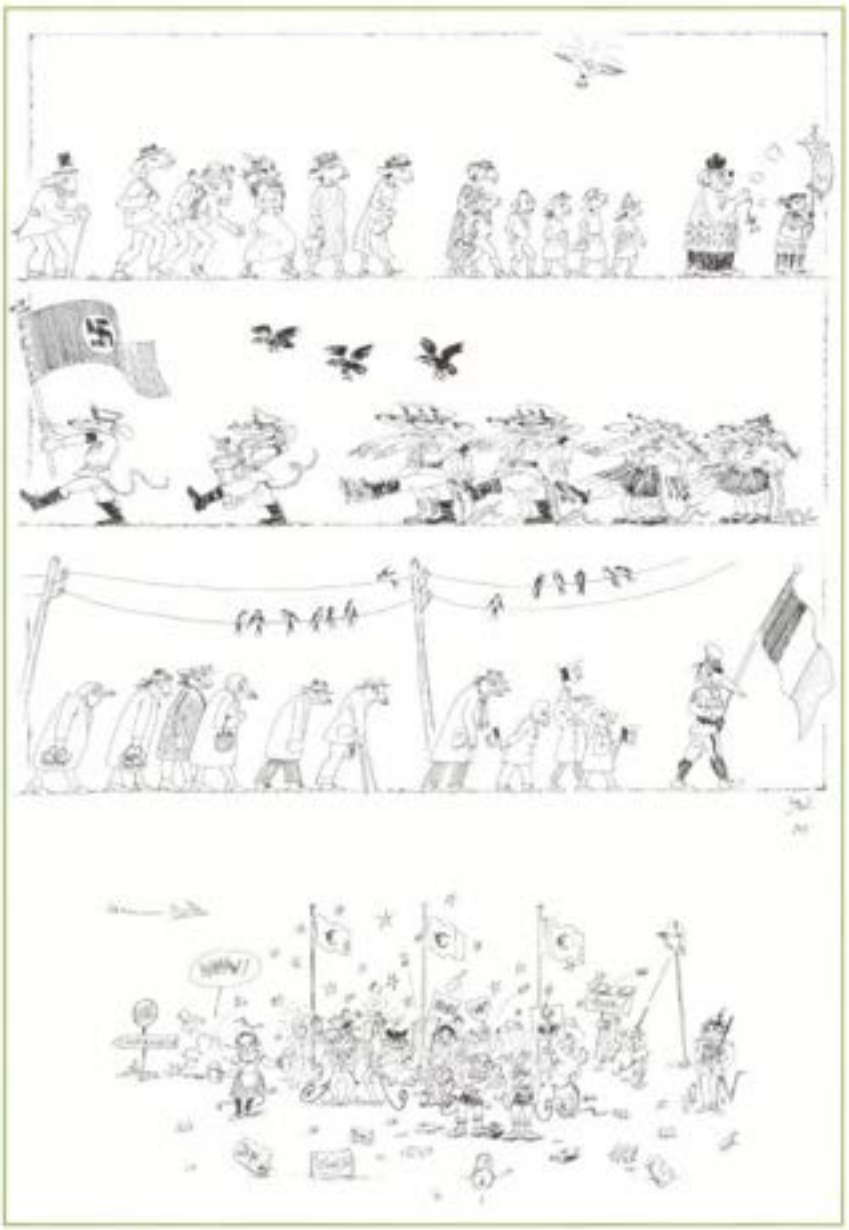
Es ist dieser Selbstschutzmechanismus, der es laut Welzer möglich gemacht hat, dass „ganz normale Menschen", die in „tödlichen Situationen" zu Bestien oder grausamen Mördern mutierten, anschließend von sich behaupten konnten, dass sie „anständig" geblieben seien[33]. „Es ist die Rollendistanz", so Welzer, „die die Teilhabe an einem Verhaltensmodell erlaubt, das die Person sich selbst nur kurze Zeit vorher keineswegs gestattet hätte."[34]

Die Fähigkeit zur Selbstüberlistung

Erstaunlich ist, wie schnell historische Akteure unter veränderten Rahmenbedingungen situative Entscheidungen treffen können, die scheinbar im Gegensatz zu persönlichen Überzeugungen oder moralischen Vorstellungen stehen. Menschen sind mühelos imstande, unterschiedlichste Sicht- und Verhaltensweisen, tiefste Ambivalenzen und Widersprüche „ganz praktisch in ihrem Fühlen, Denken und Handeln parallel existieren zu lassen"[35]. Diese Fähigkeit zur Selbstüberlistung, also etwas, was wir mit einem ambivalenten Gefühl getan haben, vor uns selbst zu legitimieren und mit unserem Selbstbild in Einklang zu bringen, ermöglicht dem Menschen sein facettenreiches Rollenspiel. Mit anderen Worten: seine multiplen Identitäten nicht als Schizophrenie, sondern als Ich-Kontinuität zu erfahren.

Die menschliche Fähigkeit zur Rollendistanz kennt ohne Zweifel Grenzen bzw. existiert auch als gegenteilige Option: die vollständige Identifikation eines Menschen mit seiner Rolle. Unter ständig wechselnden politischen, ideologischen oder professionellen Vorzeichen ist es für die meisten Menschen jedoch schwierig, die „Gleichschaltung" von Rolle und Person über einen längeren Zeitraum erfolgreich aufrechtzuerhalten. Wie später am Beispiel der familiären Gedächtnisarbeit gezeigt wird, setzt sich diese kreative Arbeit am Selbstbild auch in der situativen Erinnerungskultur intergenerationeller Erzählungen fort.

Scheint die situative Verortung von individuellen wie kollektiven Entscheidungsprozessen Konsens, so verlangt der Begriff des situativen Opportunismus nach einer zusätzlichen Begriffsklärung. Als opportunistisch wird allgemein ein Handeln oder Verhalten eingestuft, welches eigene Interessen



Eine Darstellung der ostbelgischen Geschichte durch den Maler und Zeichner Pierre Doome aus dem Jahr 2001.

und normative Prinzipien den gegebenen Macht- oder Kräfteverhältnissen anpasst. Opportunistisch handeln heißt umgangssprachlich so viel wie „sein Fähnlein nach dem Winde hängen".

Niklas Luhmann plädierte 1971 im Kontext einer soziologischen Studie zur Verwaltung aber für ein entmoralisiertes Verständnis von Opportunismus im Sinne der Fähigkeit, sich in einer sachlich und sozial schnell wandelnden Welt an laufend wechselnden Prioritäten und Präferenzen zu orientieren. „Opportunistische Praxis besteht nicht in ziellosem, druckabhängigem Schlendern durch die Landschaft der Zwecke und Werte"[36], so Luhmann.

In den Worten Uwe Schimanks bedeutet opportunistisches Verhalten, dass „die Akteure sich bei der Auswahl und der Gewichtung berücksichtigter Entscheidungen von ihren je situativ artikulierten und dominanten Eigeninteressen leiten lassen, also längerfristige Erwägungen und die zu extensive Berücksichtigung der Interessen Dritter außer Acht lassen"[37]. Situativer Opportunismus als Entscheidungs- und Handlungsmodus ist also nicht mit Egoismus gleichzusetzen, sondern meint jenen individuellen Handlungsspielraum, der auf Basis der Abwägung dessen, was in der konkreten Situation als opportun gedeutet wird, ausgenutzt wird.

Nichthandeln als strategische Handlungsoption

Ein Beispiel zur Illustration eines Verhaltens, welches mit dem Konzept des situativen Opportunismus gedeutet werden kann, ist das Abstimmungsverhalten der Eupen-Malmedyer während der Volksbefragung im Jahre 1920. Während wir das Nichthandeln der meisten Stimmberechtigten (also 99,2 % der Stimmberechtigten) schon problematisiert haben, wäre es interessant, die Motivationen jener zu verstehen, die aktiv protestiert haben. Die Protestlisten enthalten nicht nur die Namen der Protestierenden, sondern geben in knapper Form Auskunft über den Beruf, die Herkunft und teilweise auch über die Motivation der eingetragenen Personen[38]. Diese Informationen beruhen auf den Befragungen der Protestwilligen, die die Distriktkommissare in Eupen (Léon Xhaflaire und sein Assistent Jules de Grand Ry) und in Malmedy (Adolphe Schnorrenberg) durchführten.

Diese Informationen sind somit Resultat einer administrativen Handlung,

die von Zeitzeugen auch als Manipulation und Schikane beschrieben wurde. So versuchten die Distriktkommissare des Öfteren, Leute von ihrer Meinung abzubringen oder sie durch Androhung von Konsequenzen (etwa, dass sie von nun an vom Geldumtausch Mark/Franken ausgeschlossen würden) regelrecht einzuschüchtern[39]. Trotz dieser quellenkritischen Note erlauben die Informationen die Rekonstruktion einiger interessanter Fakten, die als Erklärung für die Motivation der Protestierenden herangezogen werden können.

Schaut man sich die berufliche Situation an, so fällt auf, dass es sich bei zwei Dritteln der Personen um deutsche Beamte handelte, die sich Sorgen um die Rente bzw. ihr Statut als Staatsbeamte machten. Bei genau einem Drittel der Protestierenden (90 Personen) handelte es sich um Angehörige der deutschen Reichsbahn. Hinzu kamen Lehrer und Lehrerinnen (42), Postbeamte (24), Angestellte städtischer (14) oder gerichtlicher (5) Administrationen sowie Förster (2), Feldhüter (2) und Zöllner (1). Zählt man weitere 28 Ehegattinnen dieser Beamten oder Angestellten sowie Pensionäre (5) und Kriegsinvaliden (1) hinzu, die sich um ihre deutsche Rente sorgten, so kann bei 214 Personen ein beruflicher Grund, aber auch das (egoistische) Motiv der Altersversorgung als zentrale Motivation der Protestbekundung ausgemacht werden.

Viel geringer fällt die Anzahl von Arbeitern (12), Landwirten (4) oder sogenannten Freiberuflern aus: Industrielle (6), Kaufleute (5), Tierärzte (3), protestantische Pfarrer (2), Notar (1), Arzt (1), Vikar (1) oder Architekt (1). Eine weitere interessante Information ist, dass 122 der eingetragenen Personen nicht in den beiden Kreisen geboren sind. Zahlreiche Protestierende brachten zum Ausdruck, dass sie eine Rückkehr in ihre alte Heimat der Eingliederung der Kreise in den belgischen Staat vorziehen würden. Tatsächlich gaben etliche Personen an, dass sie so oder so vorhatten, das Gebiet in nächster Zukunft zu verlassen[40]. Eher selten werden politische oder patriotische Gründe als Protestgrund angegeben. Aussagen wie „pour amour de sa patrie", „Allemand réellement convaincu", „parce qu'elle n'aime pas les Belges" oder „il y a chez lui de la conviction et de la haine" sind die Ausnahme.

Wenn in diesem Band vergangene Handlungen historischer Akteure mittels des Konzepts des situativen Opportunismus beschrieben und gedeutet werden, geschieht dies nicht mit dem Ziel, ein moralisches Urteil zu fällen. Im Gegenteil: Zentrale Motivation ist es, vergangenes Handeln oder Nichthandeln aus seiner jeweils situativen Logik heraus zu begreifen und somit das Spannungsfeld zwischen subjektiven Intentionen und strukturellen Faktoren, individuellen Entscheidungsmöglichkeiten und gesellschaftlichen Rollenmustern auszuloten. Da es in der Regel für den Historiker leichter ist, strukturelle Faktoren als Handlungsrahmen zu rekonstruieren, als Quellen zu finden, die eine Rekonstruktion subjektiver Entscheidungsfindungsprozesse möglich machen, dominieren in historischen Darstellungen meist kontextuelle Interpretationen, um vergangenes Handeln deutend zu verstehen.

Probleme des biografischen Zugangs

Der biografische Zugang zwingt jedoch dazu, der subjektiven Perspektive größere Beachtung zu schenken und so die Frage nach der individuellen Sinngebung von Handlungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Die größte Herausforderung einer solchen Herangehensweise liegt darin, geeignete Quellen zu finden. Vielfach bleibt die Intention oder Motivation von Akteuren implizit. Selbst Egodokumente sind das Resultat eines selbstreflexiven Aktes und somit Produkt eines introspektiven Selbstzensurprozesses. Aber auch die tausenden von personengebundenen Justizakten, die etwa im Zuge der „Säuberung" von belgischen Justizbehörden in enger Zusammenarbeit mit der Gendarmerie und der „Sûreté publique" angelegt wurden und viele Zeugenaussagen und eidesstattliche Erklärungen enthalten, müssen mit entsprechender quellenkritischer Vorsicht gelesen werden[41].

Wohl jeder weiß, wie schwierig es ist, sich in die Gefühlslage und Gedankenwelt von anderen hineinzuversetzen, erst recht von Menschen, die man weniger gut kennt. Die Herausforderung des Historikers besteht darin, genau diesen Akt des Sich-hineinversetzen-Könnens sozusagen retrospektiv zu vollziehen. Dieses von dem englischen Geschichtsphilosophen Roger Collingwood als „reenactment" bezeichnete Bemühen um Nachempfindung ist ohne Zweifel Ausdruck des seit der Romantik kultivierten Verlangens nach echtem historischem Erlebnis, eines Begehrens nach Authentizität, welches selbstverständlich nur unerfüllt bleiben kann[42].

Geschichte, sowohl als Geschichtswissenschaft als auch als Erinnerung, findet immer nur in der Gegenwart statt, was der Sehnsucht nach einem möglichst echten Nacherleben aber

Carlo Lejeune: *„Faymonville, Frühjahr 1945. Das Elternhaus meiner Mutter war im Dezember 1945 völlig ausgebrannt. Das Elternhaus meines Vaters war schwer beschädigt. Die Familien waren auf der Flucht. Deshalb liegen nur wenige fotografische Quellen oder Briefsammlungen in den Familien vor.*



Mein Vater (1934-2014) und meine Mutter (geb. 1935) hatten kindliche Erinnerungen an diese Zeit. Beide hatten zudem ein sehr gutes Erinnerungsvermögen, auch für die kindlich erlebten politischen Dimensionen. Ihre Geschwister konnten sich deutlich weniger erinnern. Die Eltern meines Vaters starben 1967 und 1971, ich (geb. 1963) lernte sie kaum kennen. Mein Großvater mütterlicherseits, zu dem ich ein sehr offenes Verhältnis hatte, starb 1982. Fragen an meine Großmutter (gest. 1998) hatte ich eigentlich keine, ohne dass ich sagen könnte, warum.

Seit Anfang der 1980er Jahre stellte ich meinen Eltern immer häufiger Fragen zur Familiengeschichte. Seit Ende der 1980er Jahre machte ich erste Funde in den Archiven. Meine Mutter konnte in vielen Gesprächen in der politisch gespaltenen Großfamilie ihres Vaters über Jahre langsam die familiären Erinnerungen rekonstruieren. Hintergründe über die sehr prodeutsche Familie ihrer Mutter interessierten sie deutlich weniger, vielleicht weil ihr hier offene Ansprechpartner fehlten. Die Geschwister meines Vaters hatten relativ wenige Erinnerungen, vor allem an die politischen Dimensionen der Familiengeschichte. Mein Vater fragte im Bekanntenkreis und konnte über die Jahre einzelne Elemente zusammentragen. Über einzelne Funde in den Archiven entstanden nach und nach Bilder, die manche Fragen beantworteten, vieles aber offenlassen.

September 2006. Ich tauschte mit einem befreundeten deutschen Historiker über unsere erlebten Familienerzählungen aus. Er berichtete, dass die Familie seiner Mutter den Widerstandskreisen vom Juli 1944 sehr nahe gestanden habe. Die Familienmitglieder seines Vaters seien hingegen stramme Nazis gewesen. Wir kamen beide zu dem Schluss, dass wir unseren Großeltern nie die Fragen gestellt hatten, die uns zu ihren Lebzeiten und erst recht in diesem Moment beschäftigten. Natürlich konnte ich damals auch meine heutigen Fragen nicht stellen."

keinen Abbruch tut[43]. Gerade darin liegt die Stärke wie auch die Gefahr des biografischen Zugangs zur Geschichte: Die in populärhistorischen Darstellungen (z. B. im Film, in Fernsehserien, Radiofeatures oder Romanen) quasi zum narrativen Standard erhobene subjektive Erzählperspektive ist laut Martin Sabrow Ausdruck einer Verschiebung von der „historischen Wahrheit" zur „historischen Authentizität" als Kern zeitgeschichtlicher Auseinandersetzungen[44].

Die Sehnsucht nach einer „authentischen Vergangenheit" ging einher mit der „sakralisierenden Aufwertung des Zeitzeugen" und einer parallel stattfindenden Abwertung des professionellen Historikers als Experten. Wurden Zeitzeugenberichte etwa des Holocaust in den 1960er und 1970er Jahren als „demokratische Gegenerzählung von unten" eingesetzt, um den abstrakten Faschismustheorien und der Konzentration auf die totalitären Verführer das konkrete Leiden ihrer Opfer gegen-

überzustellen, hat die Flut von Zeitzeugenberichten seit den 1990er Jahren zu einer opferzentrierten Erinnerungskultur geführt[45]. Dieser Paradigmenwechsel von der historischen Heroisierung zur historischen Viktimisierung ist auch für die ostbelgische Erinnerungskultur der letzten Jahrzehnte konstitutiv[46]. Die Folgen dieses Paradigmenwechsels haben auch für einen Perspektivwechsel in der Geschichtsschreibung gesorgt:

„Die Opferperspektive schuf neue Zuordnungen. Sie ersetzt in gewisser Weise Staats- und Regimenähe durch Tat und Täterschaft als Blickpunkt, und sie organisierte ihr Narrativ in den Kategorien von Tätern und Opfern statt in den Spruchkammerkategorien von Belasteten, Mitläufern und Entlasteten."[47]

So hat kurioserweise der mediale Aufstieg der Zeitzeugenschaft zu einer Verfestigung des Geschichtsdiskurses in einem weiteren asymmetrischen Gegenbegriff geführt, statt zu einer nuancierteren Betrachtungsweise zu führen, welche die Grauzonen des menschlichen Handelns zu rekonstruieren sucht. Das bedeutet nicht, dass solche Grauzonen in den Arbeiten mit Zeitzeugen in der Region vollkommen abwesend wären[48], wohl jedoch, dass mediale Erzählungen sich schwer mit ihnen tun und die Darstellung in asymmetrischen Gegenbegriffen bevorzugen.

Wie facettenreich und vielschichtig menschliches Handeln unter ungewohnten oder extremen historischen Situationen sein kann, hat beispielsweise die Forschung zur Geschichte der Kollaboration gezeigt. Das Leben unter oder besser in einem Besatzungsregime zwingt die Menschen zu zahllosen Kompromissen in ihrem privaten, beruflichen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Handeln, die sich kaum mit dem moralisch und ethisch aufgeladenen Begriff der Kollaboration fassen lassen. Wie die belgischen Historiker Koen Aerts, Dirk Luyken, Bart Willems, Paul Drossens und Pieter Lagrou in ihrer Studie „Papy était-il un Nazi?" kürzlich gezeigt haben, gibt es zahllose Gründe und Motivationen, weshalb Menschen kollaborieren, gezielt oder unbewusst:

„Les motivations qui poussent à la collaboration sont nombreuses et variées: comme choix de carrière, par ambition, pour obtenir une fonction importante, par profit ou encore par opportunisme. […] La collaboration est un fait humain universel, largement répandu et de toutes les époques."[49]

Aber, so betonen sie weiter, ein ähnliches Spektrum möglicher Motive ließe sich auch für das Phänomen des Widerstandes zeichnen: „Les gens s'adaptent aux changements de circonstances et sont capables d'évoluer dans différentes directions, à nouveau pour toutes sortes de raisons."[50] Statt dieser Vielzahl an Handlungsmotivationen und Entscheidungsmöglichkeiten von Menschen Rechnung zu tragen, war die Geschichtsschreibung der Besatzungszeit und des Zweiten Weltkriegs in Belgien wie in vielen anderen europäischen Ländern (und ist sie z. T. heute noch) von dem asymmetrischen Gegenbegriffspaar „Kollaboration – Widerstand" geprägt, in dem die semantischen Tiefenstrukturen von Gut und Böse mitschwingen.

Wie zahlreiche biografische Studien gezeigt haben, nicht zuletzt im Zuge der sogenannten Elitenkontinuitätsforschung[51], besteht eine große Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit historischer Akteure selbst über die Grenzen unterschiedlicher politischer und ideologischer Regime. Während die Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg geprägt war durch eine extreme Polarisierung, die Belastete, Mitläufer und Entlastete zwang, sich ex post als der einen oder der anderen Erzählgeneration zugehörig zu positionieren, war das Verhalten der meisten Menschen durch sehr viel pragmatischere Überlegungen geprägt, die sich viel eher mit dem Konzept des situativen Opportunismus beschreiben lassen[52].

Statt in Schwarz-Weiß-Kategorien zu denken, besteht die Herausforderung gerade darin, Sensibilität für die unzähligen Schattierungen des Lebens zu entwickeln, ohne damit einem historischen Relativismus das Wort zu reden. Um diesem Dualismus im Denken zu entgehen, wurde im Kontext der französischen Debatte um die Widerstandsbewegung eigens der Neologismus von den „vichysto-résistants" eingebracht, um die komplexe Verwobenheit aktiver wie passiver Kollaborations- und Widerstandspraktiken im besetzten und nichtbesetzten Teil Frankreichs zu problematisieren und zu zeigen, wie sich Begrifflichkeiten, Lagerbildungen und individuelle Positionierungen einzelner Akteure im Laufe der Kriegsjahre gewandelt haben[53].

Die Probleme, welche sich dem Historiker in der Rekonstruktion des komplexen Möglichkeitsraums individueller Handlungsoptionen in konkreten historischen Situationen stellen, umfassen neben dem Quellenproblem und dem Problem der retrospektiven Einfühlung



Andreas Fickers: *„Eine typische ostbelgische Biografie? Die Abbildungen zeigen Fotos meines Großvaters mütterlicherseits, Hubert Laschet (1905-1979), einmal in belgischer Uniform als Rekrut 1925, das andere Mal in deutscher Uniform nach April 1942, als er zur Wehrmacht eingezogen wird. Zwei aufeinanderfolgende Seiten im Familienalbum, welches mein Patenonkel Walter Laschet durch zahlreiche Zeichnungen künstlerisch ausgeschmückt hat, zwei Kapitel in einem bewegten Leben. Verheiratet mit Ida Knops (1905-2001), ebenfalls aus Hergenrath, zog die junge Familie 1935 nach Sankt Vith, wo Hubert Laschet eine Stelle als Lagerist bei der Firma Meurer antrat. Mein Großvater war ohne Zweifel prodeutsch und hatte deutliche Sympathien für den Nationalsozialismus. So hat er sich in Sankt Vith in der SA engagiert und wurde bald nach der Wiedereingliederung verantwortlich für die Ausgabe von Essensmarken. Belegt ist sein Parteieintritt in die NSDAP im Juni 1941. Am 10. April 1942 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Am 3. Oktober 1944 wurde er in Frankreich von der amerikanischen Armee gefangen genommen und verbrachte ein halbes Jahr in einem Gefangenenlager in Chartres. Wann er genau aus der Gefangenschaft entlassen wurde, ist nicht bekannt. Als er sich, wahrscheinlich nach Mai 1945, von Hergenrath mit dem Fahrrad nach Sankt Vith aufmachte, um zu sehen, ob er aus den Trümmern des Hauses oder bei Nachbarn vielleicht noch Besitztümer ausfindig machen kann, wurde er als ehemaliges SA-Mitglied denunziert, vor Ort festgenommen und ins Gefängnis nach Verviers gebracht. Am 9. Juni 1946 wurde er entlassen, genau zum Tag der Kommunion meiner Mutter."*

auch das Problem der Darstellung: Wie lässt sich offene Geschichte erzählen? Lädt die situative Verortung von Handlungsoptionen dazu ein, die diversen Möglichkeiten individuellen Handelns in synchroner Zeitperspektive zu erfassen (also den Erfahrungsraum und den Erwartungshorizont in einem konkreten historischen Moment einzufrieren), eignet sich diese Analyseperspektive schlecht zur Darstellung längerer biografischer Abschnitte.

Genau hierin liegt ja die Attraktivität von asymmetrischen Gegenbegriffen: Sie funktionieren deshalb so gut als

interpretative Rahmungen, weil sie einerseits komplexitätsreduzierend wirken (d. h. komplexe historische Prozesse und Strukturen nachvollziehbar machen, indem sie ein simples Interpretationsschema anbieten) und andererseits narrative Plausibilität erzeugen (d. h. es dem Leser leicht machen, sich selbst zu positionieren).

Andere Sichtweisen fordern heraus

Wie schwer es ist, sich von den Gegenbegrifflichkeiten und dualistischen Erzählmustern zu lösen, reflektiert der Essayist und Historiker Tzvetan Todorov in dem Buch „Face à l'extréme", in dem er die verschwommenen Grenzen zwischen „nous et eux, ami et ennemi, courage et lâcheté, héros et traitres, noir et blanc" vor dem Hintergrund des Holocaust erkundet[55]. Ohne den moralischen Anspruch richtigen oder falschen Handelns aufzugeben, plädiert er dafür, dass Menschen auch in den extremsten Situationen eine Wahl haben, für die sie letztlich Verantwortung tragen: „Les valeurs de la vie, en ce sens, ne sont pas absolues: la vie est diverse, toute situation hétérogène; ainsi, les choix qu'on fait sont le résultat non de concessions ou de lâches compromis, mais d'une prise en considération de cette multiplicité."[55]

Selbst nationalsozialistische „Zwangsorganisationen" wie die SA oder SS oder das Militär gestanden ihren Mitgliedern Freiräume ein, die in Form von Regelabweichungen akzeptiert wurden. Voraussetzung für das weitreichende Zugestehen von Freiräumen bei der Ausführung von Befehlen (etwa der Weigerung, an Erschießungsaktionen von sogenannten Partisanen, Juden oder einfachen Zivilisten im Zuge des Ostfeldzugs teilzunehmen) war jedoch, dass die „Nutzung der Freiräume die Legitimität der Organisationserwartungen nicht untergräbt"[56].

Mit anderen Worten: Man konnte sich aus moralischen Gründen weigern, an diesen Tötungsaktionen teilzunehmen, ohne dass man personelle oder militärgerichtliche Verfolgungen oder Bestrafungen fürchten musste, wenn man nicht die Legitimität der Organisation als solche (d. h. der Wehrmacht oder der SS) und damit deren ideologische oder politische Macht in Frage stellte[57].

Das Fallbeispiel Nikolaus Fickers

Nikolaus Fickers, Großvater von Andreas Fickers, wurde am 25. März 1902 als ältestes von zwölf Kindern in Honsfeld geboren (drei Kinder, Nikolaus Ewaldus (1907), Felix Hilarius und Emma Katharina (beide 1911) starben noch im Geburtsjahr). Seine Eltern, Johannes Fickers (geb. 1870) und Katharina Jost (geb. 1876), heirateten 1901 und wohnten im Haus „Schrüdisch" in Honsfeld, welches 1871 in den Besitz von Nikolai Fickers (dem Vater von Johannes) gekommen war. Als Ältester



Andreas Fickers: *„Hochzeitsbild von Nikolaus Fickers (geb. 1902) und Rosa Jost (geb. 1902) aus dem Jahre 1929. Meine Großmutter Rosa Jost stammte aus Hünningen bei Büllingen aus dem Hause Lihnen (Lehnen), wo sie am 18. Februar 1902 geboren wurde. Zwei ihrer älteren Brüder (Josef und Aloys) waren deutsche Soldaten im Ersten Weltkrieg gewesen. Josef ist gefallen. Nach der Volksschule arbeitete meine Großmutter zuerst als Magd bei einer kinderlosen Familie in Hünningen, danach war sie mehrere Jahre als Haushälterin bei einem Pfarrer in Deutschland (Rösrath, südöstlich von Köln) beschäftigt. Nach dem Staatenwechsel war sie zusammen mit ihrer Schwester Mathilde bei dem Straßenbauunternehmer Humblet in Verviers als Küchenhilfe beschäftigt. Mathilde arbeitete dort als Hausmädchen. Nach ihrer Heirat mit Nikolaus Fickers (1929) zogen sie nach Sankt Vith. Sie hat sich weder in den Zwischenkriegsjahren noch während des Krieges politisch engagiert. In den Gesprächen, die ich mit ihr zum Krieg führen konnte, betonte sie vor allem das Leid und die seelischen Narben, die der Krieg mit all seinen Grausamkeiten hinterlassen habe."*

von zehn Geschwistern musste er im Alter von 14 Jahren hart in der Landwirtschaft arbeiten, um die Familie mit zu ernähren.

Aus vielen Erzählungen ist belegt, dass seine Mutter sehr politisch interessiert war und aus ihrer kaisertreuen Einstellung keinen Hehl machte, im Gegenteil. Ihre Verbundenheit zum deutschen Kaiserreich und zu Deutschland nach dem Staatenwechsel 1920 hat sie immer öffentlich zur Schau getragen, auch und besonders beim Aufkommen der Heimattreuen Front und später während der Kriegsjahre.

Ihr Enkel, Robert Fickers, kann sich an ihre Schwärmereien für den Kaiser und „den Führer" gut erinnern. Wenn „der Führer" im Radio sprach, mussten alle im Haus still sein. Wie aus den Akten des Militärauditorats hervorgeht, wurde sie am 12. Dezember 1936 Mitglied der Heimattreuen Front (Nr. 516B), trat nach der Einverleibung Eupen-Malmedys in das Deutsche Reich der NSDAP bei und engagierte sich ab 1941 voll und ganz in der NS-Frauenschaft und legte dort einen regelrechten Fanatismus an den Tag: „Sie sammelte fleißig für alle Organisationen und war enttäuscht, wenn sie nicht die besten Resultate hatte", so Robert Fickers.

Auch die Akten lassen keinen Zweifel über ihre nationalsozialistische Einstellung. Inspektor Godart, der im November 1946 mit einer Untersuchung ihres Falles im Kontext der „Säuberung" beauftragt wird, kommt zu einem eindeutigen Schluss:

„Jost Catharina a toujours manifesté des sentiments nettements pro-allemandes. Elle est toujours restée fidèle à la cause de la patrie qui l'avait vu naître. Membre de la NSDAP, elle a fait de la propagande pour le parti vantant les beautés de l'Allemagne et les réalisations du parti. Elle a fait inscrire son fils, à son issu, dans le NSDAP et payait elle-même ses cotisations. Exposons que le maintien de l'intéressée sur les listes de dénationalisation parait se justifier vu les résultats d'enquête."[58]

Im Dorf bekommt sie ob ihrer nationalsozialistischen Aktivitäten den Spitznamen „Großmutter Göring". Ihren Sohn Bernard (geb. 1906) schreibt sie ohne sein Wissen und Dazutun in die NSDAP ein (und bezahlt seinen Mitgliedsbeitrag)[59]; ihren Jüngsten Richard (geb. 1916) unterstützt sie moralisch in seiner Entscheidung, im Februar 1940 aus der belgischen Armee zu desertieren und sich freiwillig als Soldat der Wehrmacht zu melden[60]. So nimmt dieser im Mai 1940 als Mitglied der 7. Bayerischen Infanteriedivision am Einmarsch der deutschen Truppen in die Niederlande teil, wo er als Teil eines in Zivilkleidung getarnten Spezialkommandos an der Einnahme einer Brücke über den Julianakanal teilnimmt und hierfür wenig später das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse erhält.

Vier Mitgliedern der Familie werden im Zuge der „Säuberung" zivile und/oder politische Rechte wegen Mitgliedschaft in der NSDAP entzogen: Katharina Jost (ihr werden beide Rechte entzogen, sie erhält diese im Dezember 1953 zurück), Bernard, Johann und Richard. Letzterer wird aufgrund seiner schweren Vergehen am 29. Mai 1947 vom Kriegsgericht in Eupen zum Tode verurteilt. Dieses Urteil wird vom Kriegsgericht in Lüttich in eine zehnjährige Haftstrafe umgewandelt, die er im Gefängnis von Saint Hubert absitzt. 1951 wird er wegen guter Führung unter Auflagen frühzeitig aus der Haft entlassen („avec interdiction de paraître à Eupen"). Ewald (geb. 1910) kehrt nie aus dem Krieg zurück und bleibt vermisst gemeldet.

Mit Blick auf das familiäre Umfeld ist es geradezu erstaunlich, dass Nikolaus Fickers sich nie für die nationalsozialistische Ideologie hat begeistern können. Das Gegenteil war der Fall. Grund hierfür scheint die gelungene Arbeitssozialisation in den belgischen Staat gewesen zu sein. Er machte schnelle Karriere bei der belgischen Bahn und war vor dem Krieg einer der jüngsten Bahnrevisore (Kontrolleure) Belgiens. Die französische Sprache brachte er sich im Selbststudium bei. Diese Anpassungsleistung und seine politische Heimat im Sozialismus erklären vermutlich seine belgienfreundliche Haltung. Vor dem Krieg als „chef de train" und ab Juli 1939 als „Fahrmeister" am Bahnhof von Sankt Vith beschäftigt, nimmt er diese Funktion nach der Annexion 1940 auch in der Reichsbahn wahr. Im Februar 1941 wird er an das Eisenbahnamt für Frachtverkehr nach Aachen versetzt, um dort eine Weiterbildung zum Zugkontrolleur zu absolvieren.

Obschon man dort mit seiner Arbeit sehr zufrieden ist, teilt man ihm am 3. Mai 1941 mit, dass er wieder nach Sankt Vith zurückversetzt werde. Ursache ist ein Gutachten des NSDAP-Kreisleiters in Sankt Vith, der ihm kein positives Zeugnis ausstellt. Nach seiner Rückkehr verfasst er daraufhin ein Beschwerdeschreiben, welches er am 16. Juni an die Reichsbahndirektion in Köln schickt. In diesem Schreiben gibt

er seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass seine Beförderung abgelehnt worden sei, obwohl er fachlich qualifiziert und zweifelsfrei deutscher Gesinnung sei. Da der Brief nur in französischer Übersetzung vorliegt (diese wurde im Zuge eines Verfahrens auf Anerkennung des Statuts des Dienstverpflichteten der deutschen Armee im Jahre 1975 erstellt), werden im Folgenden längere Passagen daraus in Französisch zitiert:

„Mon retrait du service de contrôleur de train ayant eu lieu en raison du jugement politique du dirigeant cantonal, je dois admettre que le jugement était mauvais. N'étant cependant conscient d'aucune faute, et n'ayant jamais renié mon caractère allemand, je suppose que la direction cantonale, en raison de calomnies de collègues envieux, a reçu au groupe local un portrait faussé de ma personne, n'étant connu personnellement, ni de la direction cantonale, ni du dirigeant de groupe local. Je n'aurais pas du tout fait opposition à mon retrait du service de contrôleur de train si mon honneur d'allemand n'était ainsi présenté sous un faux jour.

Car je suis né allemand, j'ai été élevé à l'allemande, et je suis resté allemand. Les vingt ans de domination belge n'y ont rien changé. Ce n'est pas ma faute si j'ai été Belge pendant vingt ans et si j'ai dû faire service à l'Etat Belge. J'ai accompli mon service pour l'Etat Belge conformément au serment de service prêté à cet Etat, mais rien de plus que cela. Si l'administration belge reconnut mes capacités et me nomme chef de train et plus tard Fahrmeister, après que j'eus réussi mes examens, alors que j'étais fonctionnaire relativement jeune, on ne peut m'en faire un reproche.

Cela m'a attiré, déjà à l'époque, l'envie et la réprobation de plus d'un camarade envieux, lesquels ne possédaient pas les capacités ou qui s'étaient vus exclure de la promotion à cause de leur intempérance ou de leur négligence. Si j'avais été pro-belge, on m'aurait fait monter bien plus tôt à un groupe plus élevé de fonctionnaires. J'étais fier de pouvoir montrer aux Belges qu'un Allemand était aussi capable de quelque chose. Je n'ai jamais pris part à une réunion politique ou autre. Ni moi, ni mes enfants n'appartenions à une société. Je n'étais pas membre de la Heimattreue Front; cependant, je crois que justement par là, je pouvais faire plus pour l'idée allemande.

Ceci, pourrait le confirmer en tout temps celui qui a été alors le dirigeant de la Police secrète d'Etat à Bleialf, l'Untersturmführer-SS Erdmann, actuellement à Luxembourg, poste en campagne No. 2811. Ce même témoin peut-être aussi être interrogé en tout temps sur mon comportement allemand. J'étais au courant de différentes choses, je n'ai cependant jamais rien trahi. [...] Pendant le temps belge, je lus constamment un journal allemand (Die Aachener Rundschau) et aussi un belge, pour perfectionner ma connaissance parlée et écrite de la langue française dont j'avais besoin dans mon service.

Ma mère et six de mes frères et soeurs appartenaient à la ‚Heimattreue Front'. Deux de mes frères se sont enfuis de l'armée belge et ont combattu à l'armée allemande pendant l'avance et à ce jour encore, ils sont soldats. L'un est titulaire de la Croix de Fer, l'autre est chef spécial (Sonderführer) et candidat-officier. Le dernier nommé a été jusqu'à sa fuite dirigeant du groupe local de la ‚Heimattreue Front' dans mon village de Honsfeld-lez-Bullange. Celui-ci peut être interrogé en tout temps sur mes opinions.

En ce qui concerne mes prestations à l'école, je me permets de joindre en annexe une copie de mes certificats scolaires, lesquels m'ont été établis par mon instituteur allemand. Mes collègues ne voudront pourtant pas prétendre que eux aussi, je les aie acquis en raison de mes opinions pro-belges. Si mon père n'était pas décédé aussi tôt, j'aurais pu fréquenter des écoles supérieures, mais à cause de cela, ce n'a pas été possible, malheureusement. Il répugne vraiment à mon coeur de déclarer tout ceci, pourtant, lorsqu'on veut s'en prendre à mon germanisme, je dois passer à la défense, car cela, c'est une atteinte à mon honneur. Je me suis également adressé par écrit à la Direction cantonale.

Heil Hitler, Nikolaus Fickers, Saint-Vith, 16.06.1941."

Dieses und weitere Reklamationsschreiben blieben erfolglos. Da er nach dem Einmarsch der Deutschen im Mai 1940 auf der Liste „unzuverlässiger und zu beobachtender" Personen stand, wurde er im Zuge des Russlandfeldzugs als Reichsbahner in „blauer Uniform" an die Ostfront geschickt und war bis Mitte 1943 in Kowel (Ukraine) und Lublin stationiert[61]. Dort wurde er, wie er in der Nachkriegszeit offen gestanden hat, Zeuge der Deportation der jüdischen Bevölkerung.

Im Zuge des Rückzugs der Wehrmacht aus Russland wurde er 1943 nach Frankreich in die Nähe von Paris versetzt und setzte sich nach der Landung der Alliierten und dem Rückzug der deutschen Truppen nach Belgien ab, obwohl er sich bei der Bahndirektion Köln hätte melden müssen. Mit den Amerikanern kam er so im August 1944 nach Sankt Vith zurück, musste sich aber im Zuge der Rundstedt-Offensive verstecken und hatte große Angst, als Deserteur gefangen und erschossen zu werden.

Als ihm 1946 wie vielen anderen Ostbelgiern, die in Diensten deutscher Institutionen und Organisationen waren, der Prozess gemacht wurde, fällt das Gutachten der Gendarmerie eindeutig aus:

„Il ne s'agit nullement d'un volontaire ou d'un suspect. Il ne s'est pas rendu coupable de dénonciation à l'ennemi et n'a fait partie d'aucune organisation politique allemande. [...] Nous n'avons recueilli aucun renseignement défavorable concernant l'attitude prise tant avant que pendant l'occupation de l'intéressé."[62]

Interessanterweise bestätigt Colonel René Mampuys, Chef der zweiten Sektion des belgischen Generalstabs, dem Militärgeheimdienst, dass Nikolaus Fickers vor dem Krieg mit dem belgischen Militärgeheimdienst zusammengearbeitet hat:

„Avant le 10 mai 1940, Fickers était foncièrement pro-belge. Il était ouvertement en désaccord avec ses frères et soeurs qui étaient des pro-allemands acharnés. Il fut en rapport avec nos services dès 1938. Il nous a régulièrement remis des renseignements sur les travaux de la ligne de Siegfried. A partir d'octobre 1939, il s'est rendu à de nombreuses reprises dans l'Eifel pour identifier les troupes allemandes qui y étaient cantonnées. Il est exact qu'il ait connu un Grenzpolizei de Bleialf et il ne nous l'a pas caché. Il entretenait de bons rapports avec celui-ci pour écarter tout soupçon à son sujet. [...] Une lecture attentive des photocopies du dossier confirme notre opinion à son sujet avant le 10 mai, à savoir qu'il était suspect aux Allemands par suite de sa réputation de pro-belge dans les milieux du Heimattreue Front de St. Vith."[63]

Trotz dieser entlastenden Beurteilungen wird er wegen seiner Tätigkeit bei der Reichsbahn zu sechs Monaten Dienstentlassung verurteilt, kann anschließend aber sofort wieder in den Dienst der belgischen Eisenbahn eintreten. Allerdings wird er im Grad zurückgestuft (vom „réviseur" zum Zugführer). Aus diesem Grunde erhielt er auch eine niedrigere Pension. Trotz der beruflichen Benachteiligungen hat er sich nicht über diese Ungerechtigkeit beklagt und sich in den Nachkriegsjahren sehr für seine verurteilten Brüder eingesetzt.

Abgesehen von der interpretativen Flexibilität, mit der die Begrifflichkeiten „probelgisch" und „prodeutsch" verwandt werden (je nach Kontext werden sie in weltanschaulicher, moralischer oder juristischer Weise eingesetzt, natürlich mit wechselnden Vorzeichen je nach historischem Zeitpunkt), scheint Nikolaus Fickers' Brief eine perfekte Illustration von situativem Opportunismus zu sein.

Klare Handlungsmotivation ist die als ungerecht empfundene Ablehnung seiner Beförderung zum „contrôleur de train", die ihm seiner Meinung nach aufgrund der nachgewiesenen fachlichen Kompetenzen zusteht. Um seinem Anliegen bei der Bahndirektion in Köln Nachdruck zu verleihen (und in dem Wissen und Bewusstsein, dass es sich um eine staatliche, d. h. im Dienst des nationalsozialistischen Regimes stehende Behörde handelt), scheint es ihm opportun, keinen Zweifel an seinem Deutschtum bzw. seiner deutschfreundlichen Gesinnung aufkommen zu lassen.

Obschon er mehrfach auf seine berufliche Loyalität gegenüber dem belgischen Staat als Arbeitgeber hinweist, versucht er die nicht nur deutschfreundliche, sondern dezidiert nationalsozialistische Einstellung seiner Mutter und seiner Geschwister als moralische Fürsprecher seines Anliegens zu instrumentalisieren. Obwohl selbst bekennender Sozialist, gläubiger Katholik und bekannt für seine kritische Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus, scheint es ihm in dieser Situation opportun, die Bekanntschaft mit einem Gestapo- und SS-Mann als Be-

weis seiner Loyalität zum deutschen Staat zu zitieren. Indem er das negative Zeugnis des NSDAP-Kreisleiters darauf zurückzuführen sucht, dass es in Sankt Vith Neider wegen seines Karrieresprungs gebe, versucht er die Diskussion zu entpolitisieren. Das war eine Strategie, die sich im ideologisch und militärisch aufgeheizten Sommer des Jahres 1941 letztlich als erfolglos herausstellte.

Kumulative Heroisierung oder Viktimisierung?

Waren die groben Details der Biografie von Nikolaus Fickers und seine belgienfreundliche Grundhaltung in der Familie bekannt, hat die archivalische Evidenz, die der obigen Schilderung zugrunde liegt, ein neues Licht auf ein situatives Handeln geführt, welches in diesem Detail nicht im familiären Gedächtnis präsent war. Auch wenn er sicherlich nicht zu denjenigen gehörte, die ihre Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs tabuisierten oder verschwiegen hätten, laufen solche Formen von situativem Opportunismus Gefahr, im Zuge der intergenerationellen Tradierung des Familiengedächtnisses verloren zu gehen.

Wie Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall in ihrer wegweisenden sozialpsychologischen Studie „Opa war kein Nazi" gezeigt haben, kommt es in der Tradierung von lebensgeschichtlichen Erzählungen zu generationellen Überformungsprozessen, die sie als Phänomen der kumulativen Heroisierung bezeichnet haben[64]. Laut den Autoren zeichnet sich das Familiengedächtnis als Resultat kommunikativer Erinnerungspraxis, an der mehrere Generationen beteiligt sind, dadurch aus, dass es an rituelle Akte des gemeinsamen Sich-Erinnerns im Familienkreis gebunden ist: „Das Familiengedächtnis ist [...] eine synthetisierende Funktionseinheit, die gerade mittels der Fiktion eines gemeinsamen Erinnerungsinventars die Kohärenz und Identität der intimen Erinnerungsgemeinschaft ‚Familie' sicherstellt."[65]



Alfred Rauw: *„Mürringen, Mai 1940. Kinder und einige Jugendliche lassen sich mit einem Soldaten ablichten. Der Einmarsch ist der Jugend zeit ihres Lebens als einmaliges Erlebnis im Gedächtnis haften geblieben. Manche Erzählungen spiegelten später die Faszination dieses Ereignisses für die Jugend.*

Nachfragen über die ‚deutsche Zeit' bei den mittlerweile alt gewordenen und nunmehr einzigen Zeitzeugen bestätigen die Authentizität der festgehaltenen Szenen. Darstellungen über die einstige Hitlerjugend oder den Bund Deutscher Mädel fehlen. Dabei beschreibt ein Schulheft-Eintrag vom 8. Juni 1940 sowohl Begeisterung als auch Aussicht auf Mitgliedschaft: ‚Am 2. Juni war auf dem Schwarzen Brett bekannt gemacht, daß man sich im B.D.M. melden konnte. Man hatte vier Abende Zeit um sich anzumelden. Aus der Oberklasse haben sich neun Mädchen angemeldet. Jetzt sind noch fünf, die sich nicht gemeldet haben. Auch ich durfte mich nicht melden. Keine von meinen Mitschülerinnen hat sich gemeldet. Nächstes Jahr darf ich mich melden.'"

Die Einheit der Familiengeschichte besteht laut Angela Keppler nicht in einer einheitlichen Geschichte, sondern in der Kontinuität der Gelegenheiten gemeinsamen Sich-Erinnerns. Es ist die Wiederholung bestimmter kanonischer Geschichten oder Erzählungen, welche das Familiengedächtnis konstituiert und seine Funktion als Rahmung

für die Interpretation des Erinnerten herstellt[66].

Während diese grundlegende Funktion des Familiengedächtnisses als Rahmung für die jeweils unterschiedlichen subjektiven und generationellen Erinnerungsakte schon 1925 in der Pionierstudie des französischen Soziologen Maurice Halbwachs „Les cadres sociaux de la mémoire" analysiert wurde[67], haben Welzer, Moller und Tschuggnall in einer breit angelegten Mehrgenerationenstudie gezeigt, wie sehr sich die Familiengeschichte auf dem Weg durch die Generationen verändert.

Grund dieser teilweise drastischen Umdeutungen sind laut den Autoren familiäre Loyalitätsverpflichtungen sowie die Anpassung von Erzählungen an die moralischen Bewertungen und normativen Wertvorstellungen der nachfolgenden Generationen. Gerade das Wissen der nachfolgenden Generation um die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes fördert paradoxerweise die Entwicklung von Familiengeschichten, welche diese Verbrechen und die moralische Integrität der Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern zu vereinbaren erlauben. Diesen Prozess der sukzessiven Umdeutung der Vergangenheit im Familiengedächtnis beschreiben die Autoren als Phänomen der kumulativen Heroisierung:

„Die Tendenz zur Heroisierung der Großelterngeneration zeigt in aller Deutlichkeit die gar nicht zu überschätzende Wirkung, die von Loyalitätsbindungen an geliebte Menschen auf das Geschichtsbewußtsein und auf die jeweiligen Vergangenheitskonstruktionen ausgeht. Zusammen mit dem generalisierten und planen Bild von der porenlosen Schreckensherrschaft des ‚Dritten Reiches' ergibt die vorgängige Unterstellung, Oma und Opa hätten als so gute Menschen, wie sie in der Erfahrung ihrer Nachkommen erscheinen, jederzeit und immer schon gut gehandelt, einen wichtigen intergenerationellen Tradierungsmechanismus: die Generalisierung des Ausschnitts der persönlichen Erfahrung auf die gesamte Biografie des geliebten Menschen."[68]



Werner Mießen: *„Mein 1. Schuljahr in der Städtischen Knabenschule Eupen-Oberstadt begann 1951, zu einer Zeit also, als kurz nach Krieg und politischer ‚Säuberung' in Ostbelgien der gesellschaftliche Frieden noch nicht wiederhergestellt war. Doch wenn ich mich recht erinnere, war in unserer Schule davon nie etwas zu spüren. Auf dem Pausenhof oder dem Schulweg gab es weder Streit noch Hänseleien, und die Lehrer, alles ‚gute Belgier', wie man seinerzeit sagte, behandelten einen jeden von uns gleich. Bemerkenswert, wie mir heute scheint. Denn immerhin waren natürlich auch in meiner Klasse Kinder aus Familien mit den verschiedensten, manchmal unversöhnlichen ‚Vergangenheiten'. Und wie in Biografien von Altersgenossen zu lesen ist, hatten damals anderswo Schüler weniger Glück."*

Es ist weder unser Anliegen, die Thesen von Welzer, Moller und Tschugnall zu generalisieren, noch, sie eins zu eins auf den spezifisch ostbelgischen Kontext übertragen zu wollen. Sie waren vielmehr Anlass zu einer kollektiven Selbstvergewisserung oder einem Experiment, als Autorenkollektiv darüber nachzudenken, wie die Zwischenkriegszeit und der Zweite Weltkrieg in unseren Familien erzählt oder auch verschwiegen wurden oder werden.

Die viel zitierte Empfehlung des britischen Historikers Edward H. Carr, „study the historian before you begin to study the facts"[69], haben wir ernst genommen und auf uns selbst bezogen. Zwar haben sich zahlreiche der hier beteiligten Autoren in den letzten Jahren

an der historiografischen Diskussion um die Aufarbeitung der schwierigen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs beteiligt, doch wurde dabei selten reflektiert (zumindest nicht explizit), ob und wie diese geschichtswissenschaftlichen Positionierungen durch eigene biografische und familiengeschichtliche Erfahrungen beeinflusst oder geprägt sind bzw. sein könnten.

Spurensuche der Autoren

Die „nachholende Hinwendung zu den Opfern"[70] und die mit dieser Erinnerungskultur einhergehende Emotionalisierung stellt die Zeithistoriker vor die schwierige Aufgabe, die vielleicht auch in unseren Familien präsenten Narrative kumulativer Heroisierung oder Viktimisierung mit professioneller Distanz zu betrachten. Vor allem dürfen kritische Fragen nach potentieller Mittäter- oder Mitläuferschaft hierbei nicht ausgeblendet werden. In diesem Spannungsfeld von „gefühlten Vergangenheiten" auf individueller und familiärer Ebene und problemorientierter und kritisch-distanzierter Herangehensweise auf wissenschaftlicher Ebene ist das vorliegende Experiment kollektiver Gewissensprüfung angesiedelt.

Sieben Autoren begaben sich auf Spurensuche für ihre Familiengeschichten: Werner Mießen (geb. 1945), Alfred Rauw (geb. 1958), Carlo Lejeune (geb. 1963), Andreas Fickers (geb. 1971), Philippe Beck (geb. 1976), Christoph Brüll (geb. 1979), Vitus Sproten (geb. 1993). Außer für Werner Mießen, der die Geschichte seines Vaters Hubert bereits im Jahre 2012 in Aufsatzform aufgearbeitet hatte[71], war dies für die Beteiligten das erste Mal, dass sie sich als professionelle Historiker systematisch und wissenschaftlich mit der eigenen Familiengeschichte beschäftigten[72].

Die Herangehensweise blieb jedem selbst überlassen: Die einen schrieben auf, was sie über Jahrzehnte im Familienkreis gehört, diskutiert und eventuell in der Großfamilie kontinuierlich recherchiert hatten, die anderen mussten eventuell festhalten, dass es solche Gespräche nie oder kaum gegeben hatte. Für alle bot sich die Möglichkeit, noch einmal oder erstmals das Gespräch mit Familienmitgliedern zu suchen. Die so entstandenen Aufzeichnungen unterschieden sich sowohl in der Länge als auch im narrativen Format. Die zu Papier gebrachten mündlichen Überlieferungen wurden je nach Quellenlage durch familiäre Dokumente (v. a. Fotos) ergänzt.

Parallel zur Rekonstruktion des Familiengedächtnisses bestand das Experiment darin, die Familiennarrative mit den nunmehr zugänglichen Quellen aus den Justizarchiven zu konfrontieren, welche die selbstverständlich ebenfalls gefärbte Sicht der belgischen Behörden im Zuge der Epurationsverfahren zur Sprache bringen sollte. Da bekanntlich nach 1945 gegen einen von vier Bewohnern der Region ein Ermittlungsverfahren eröffnet wurde, war es mehr als wahrscheinlich, dass wir dort auch Akten von Familienangehörigen finden würden. Nach Klärung der Aktenlage konnten im Brüsseler Generalstaatsarchiv zahlreiche Dossiers zu den Familienangehörigen des Autorenkollektivs gesichtet und synthetisiert werden (allein die Zusammenfassung dieser Bestände hat ein Dokument von 63 Seiten ergeben![73]).

Diese Aktenüberlieferung haben einige von uns dann auch noch mit den Dokumenten des Kriegsopferdienstes (Service des Victimes de Guerre) vervollständigt, der die Entschädigungsakten (z. B. der sogenannten Zwangssoldaten und Refraktäre) aufbewahrt. Diese Gegenüberstellung von Familienerzählungen und Archivrecherche erlaubt uns, familiäre Erinnerungskultur mit archivalischer Evidenz in einen kritischen Dialog zu bringen.

Welche Erkenntnisse lassen sich nun aus diesem Experiment gewinnen? Bereits in der Frage der emotionalen Distanzierung gab es große Unterschiede innerhalb der Gruppe. Diese waren nicht nur generationell bedingt, sondern hingen oftmals damit zusammen, ob die familiäre Spurensuche für den Betreffenden Neuland war oder nicht. Unterschiede taten sich nicht nur in der Frage auf, ob der Zeitraum 1918-1950 in der Familie thematisiert wurde, sondern vor allem auch in der Frage, wie und wo dies geschah.

Während in manchen Familien nur im engeren Familienkreis über diese Zeit geredet wurde, fand die kommunikative Aufarbeitung der Vergangenheit bei anderen im großfamiliären Rahmen statt, etwa bei Familienfesten. Unwillkürlich ging diese familiäre Gedächtnisarbeit einher mit der Aufarbeitung der gesellschaftlichen oder nachbarschaftlichen Positionierung der Familie im dörflichen oder kleinstädtischen Rahmen. Das Familiengedächtnis weist also immer auch über den familiären Rahmen hinaus und erlaubt so die Rekonstruktion von „cadres sociaux", die besonders in dörflichen Strukturen eine große Stabilität und „longue durée" aufweisen.



Alfred Rauw: *„Mürringen, Ende 1930er. Im Bild mein Großvater und Patenonkel Johann Rauw (geb. 1890, gest. 1983, Mürringen) mit Schärpe als Fahnenjunker des Musikvereins. Er wusste immer (etwas) zu erzählen, seine Schilderungen wirkten wie abgespeichert, jederzeit abrufbar. Seiner Teilnahme als Frontsoldat am Ersten Weltkrieg war eine zweijährige Ausbildung vorausgegangen.*

Über die Zwischenkriegszeit und während des letzten Weltkrieges habe ich ihn nie direkt befragt. Seine Amtszeit als Ortsbürgermeister hat er bisweilen erwähnt und auch, dass ihm dieses Amt angetragen worden war, weil der zu dieser Zeit diensttuende Vertreter des Dorfes im Gemeinderat es nicht wollte.

Im Mai 1945 in Brügge und im August 1945 in Lüttich, wo er wegen einer Beinamputation seit dem 27. September 1944 hospitalisiert war, gab er zu Protokoll: ‚Je ne m'occupais pas de politique. [...] Dans le courant du mois d'octobre 1940, j'ai été désigné comme sous-bourgmestre de la commune de Mürringen, fonctions que j'ai exercées jusque la libération. Préalablement à mon entrée en fonctions j'ai prêté serment de fidélité au Führer dans les mains du commissaire allemand du canton de Malmédy, un certain von Kreis.'

Noch 1954 bedurfte es vor dem Appellationshof in Brüssel einer weiteren Erklärung zur Entkräftung der Entscheidung des Militärgerichtes in Verviers, laut der ‚jedoch erwiesen ist, dass die Ablehnung der Stelle als Ortsbürgermeister ihm keinerlei Schwierigkeiten verursacht hätte'."

Aus der Analyse unserer Aufzeichnungen zeigen sich, wenig überraschend, generationelle Divergenzen in der Frage, ob und wie über Familiengeschichte geredet oder geschwiegen wurde. Während die Tradierungsdynamik zwischen der ersten Generation (also denjenigen, welche die Zwischenkriegs- und Kriegszeit als Erwachsene erlebt haben) und deren Kindern eher durch Passivität gekennzeichnet war (die Kinder schnappten Erzählungen und Anekdoten aus der Zeit bei Familienfesten eher auf), lässt sich in der Enkelgeneration eine aktivere Einmischung in die Gedächtnisarbeit konstatieren.

So bemerkt Philippe Beck als Vertreter der Enkelgeneration: „Wenn ich diese Nachforschungen nicht angestellt hätte, wäre meine Familiengeschichte verloren gewesen." Dagegen beklagen zwei Mitglieder der Kindergeneration, dass sie es eigentlich versäumt haben, sich zu einer Zeit mit der familiären Vergangenheit auseinanderzusetzen, als sie viele Informationen noch aus erster Hand hätten erfahren können.

Das (Ver-)Schweigen war auch in unseren Familien ein wesentlicher Bestandteil des Umgangs mit der Vergangenheit, doch waren die Motivationen recht unterschiedlich gelagert. Die Zwischenkriegszeit und die Kriegsjahre haben viele unserer Familienmitglieder als „zerrissenes Leben"[74] erfahren. Eine Bewältigungsstrategie, um mit dieser Zerrissenheit umzugehen, bestand in der Flucht nach vorne. Durch die alltäglichen Sorgen und Nöte, die den Wiederaufbau sozialer und materieller Verhältnisse in den Nachkriegsjahren prägten, wurden negative oder trauma-

tische Erfahrungen so gut wie möglich ausgeblendet.

Hinzu kommt die Überformung der Erinnerung durch mediale Erzählungen (z. B. Romane, Filme oder später Geschichtsdokumentationen im Fernsehen)[75]. Welche Medien (belgische oder deutsche) konsumiert wurden, trug nicht unwesentlich zur Positionierung der eigenen Familiengeschichte in das kulturelle Gedächtnis bei. Grenzüberschreitende familiäre Bindungen, also die Frage, ob und wie verwandtschaftliche Beziehungen zu Familienmitgliedern in Deutschland oder in Innerbelgien gepflegt oder vernachlässigt wurden, spielten in der Nachkriegszeit ohne Zweifel eine wichtige Rolle in der Konstruktion der Familiennarrative.

Auf der Grundlage der so entstandenen Familiengeschichten lassen sich selbstverständlich keine allgemein- gültigen Aussagen treffen. Bis auf individuelle Ausnahmen, besonders in der Familie von Philippe Beck, handelt es sich eher um Geschichten von deutschfreundlichen Familien, deren Anpassungsbereitschaft von situativem Opportunismus bis zu fanatischer Kollaboration reichte. Dennoch spricht aus den meisten Familiengeschichten vielfach das Bemühen, unauffälliges bzw. nicht schädliches Verhalten nach vorne zu stellen. Dies resultiert wohl vor allem aus den Verhörkonstellationen in der Zeit der „Säuberung", in denen der Frage nach Denunziationen während der Annexionszeit von Seiten der Strafverfolgungsbehörden große Aufmerksamkeit geschenkt wurde [76].

Ein Beispiel dafür, wie schon 1945 Erzählungen situativ angepasst wurden, liefert eine Großtante (geb. 1925) von Christoph Brüll in einem Brief an die Vervierser Staatsanwaltschaft, in dem sie (erfolgreich) gegen den Verlust ihrer politischen und bürgerlichen Rechte für 20 Jahre protestierte:

„Seit 1939 bin ich dem Bund froher Mädel [der „Tarnorganisation" des BDM in Eupen-Malmedy-Sankt Vith, A. d. V.] beigetreten, weil meine Kameraden auch darin waren. Habe aber diese Sachen nicht ernst genommen, dafür bin ich auch oft gewarnt und gemahnt worden. Habe auch keinen Posten oder führende Stellung innegehabt. Über den Zweck des Vereins habe ich, da ich ja noch jung war, keine Ahnung gehabt. Seit 1940 bis Kriegsende bin ich zwangsweise im BDM gewesen."[77]

Familienloyalität dank doppelter Intimität?

Zwei Faktoren spielten in fast allen Familien eine entscheidende Rolle: zum einen die Verhaftung im Katholizismus, nicht nur spirituell, sondern auch sozial (Vereine, Kirchenchöre usw.), zum anderen das erkennbare Bemühen, das Familienleben über alle, manchmal heftigen, politischen Auseinandersetzungen zu stellen. Obwohl Gottergebenheit und Führerkult in manchen Familien zur echten Zerreißprobe wurden, erwiesen sich die familiären Bindungen in allen Generationen als stark genug, um die tiefen Brüche und Spannungen zu überwinden.

Durch aktives Beschweigen und bewusste Gedächtnisopfer wurde ein Weiterleben im familiären Rahmen ohne Gesichtsverlust möglich[78]. In ihrer gesellschaftsgeschichtlichen Studie zu 1968 in Deutschland zeigt Christina von Hodenberg, dass das Verhalten der Großeltern- und Elterngeneration im Nationalsozialismus entgegen landläufigen Annahmen selten Grund für familiäre Spannungen war. Dagegen waren die Beziehungen zwischen Großeltern, Eltern und Enkeln in den 1950er und 1960er Jahren durch zwei sozialpsychologische Phänomene geprägt: „Intimität auf Abstand" und „Intimität durch Schweigen". Sie bemerkt:

„Die Distanzierung von der jüngsten Vergangenheit war notwendig, um emotionale Nähe und das einvernehmliche Zusammenleben in der Familie nicht aufs Spiel zu setzen. An diese Spielregel hielten sich die alte, mittlere und junge Generation gleichermaßen."

Diese Beobachtungen bestätigen sich in den meisten Familiengeschichten der hier beteiligten Historiker. So stellt Alfred Rauw aus seiner Sohn- und Enkelperspektive fest:

„Nachfragen war uns nicht beigebracht worden, weder zu Hause noch in der Schule. Ob es jemanden interessierte, wie darüber nachgedacht wurde, weiß ich nicht. Aber jeder in der Eltern- und Großelterngeneration wusste, dass es so war."[79]

Das Auslassen bestimmter Erlebnisse in den Familienerzählungen oder deren Umdeutung im Zuge generationeller Tradierung ist laut Konrad Jarausch Teil des erzählerischen Versuchs, gebrochene Biografien zu heilen[80].

Vielleicht wäre es zu verwegen, dieses Experiment kollektiver Gewissenserforschung als therapeutischen Akt zu deuten, d. h. als Versuch, die Spannungen zwischen familiärer und wissenschaftlicher Aufarbeitung der Geschichte mittels kollektivbiografischer Erzählung zu zähmen. Dennoch fordert die Gegenüberstellung von Familiennarrativen und Archivquellen uns Zeithistoriker dazu heraus, das Konzept des situativen Opportunismus nicht nur als interpretativen Rahmen für die Analyse vergangener menschlicher Handlungen zu nutzen, sondern in selbstreflexiver Weise auch auf uns, d. h. unsere Rolle als Produzenten „situativer Erinnerungskultur"[6][7] in der Gegenwart anzuwenden.

So wenig, wie sich das Verhalten unserer Vorfahren in asymmetrischen Gegenbegriffen wie „Täter – Opfer" und „Probelgier – Prodeutsche" fassen und verstehen lässt, so wenig eignet sich eine Erinnerungskultur, die in einem dualistischen Denkrahmen von Heroisierung und Viktimisierung gefangen ist. Die Sinnfrage muss sowohl für die Vergangenheit als auch für die Gegenwart immer wieder neu gestellt werden. Dazu will dieser Band einen situativen und hoffentlich denkanstoßenden Beitrag leisten.

Endnoten

1 Der Vortrag wurde erst 1953 in seinem Buch „Combats pour l'histoire" (Paris 1953, S. 3-17) veröffentlicht. Eine erste deutsche Übersetzung erschien 1988 unter dem Titel „Das Gewissen des Historikers" (Berlin 1988, S. 9-37). Febvre war zusammen mit Marc Bloch Begründer und Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Annales d'histoire économique et sociale", die zum zentralen Aushängeschild der sogenannten Annales-Schule in Frankreich wurde. Siehe hierzu Peter Burke, Die Geschichte der „Annales". Die Entstehung der neuen Geschichtsschreibung, Berlin 2004. Aus Gründen der Lesbarkeit verwenden wir in diesem Text das generische Maskulinum, um Historikerinnen und Historiker zu bezeichnen.

2 Lucien Febvre, Ein Historiker prüft sein Gewissen, in: Der Historiker als Menschenfresser. Über den Beruf des Geschichtsschreibers, Berlin 1990, S. 24f.

3 Eine Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang die Studie von Armin Heinen, Wege in den Ersten Weltkrieg, Berlin 2017, die explizit darauf abzielt, die Arbeitsweise und hermeneutischen Implikationen der Praxis geschichtswissenschaftlicher Arbeit aus der Ich-Perspektive des Historikers zu explizieren und problematisieren.

4 Zum Forschungsstand siehe Carlo Lejeune und Christoph Brüll, Geschichtsschreibung als Spiegel des Zeitgeistes. Von der Vereinnahmung zur Europäisierung der Erinnerungskultur, in diesem Band.

5 Martin Sabrow, Deutungszäsur und Erfahrungszäsur, in: ders., Zeitgeschichte schreiben. Von der Verständigung über die Vergangenheit in der Gegenwart, Göttingen 2014, S. 160-177, hier S. 169.

6 Martin Sabrow, Autobiographie und Systembruch im 20. Jahrhundert, in: ders., Zeitgeschichte schreiben, S. 90-105, hier S. 90.

7 Winfried Schulze (Hrsg.), Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte, Berlin 1996. Mit Blick auf den Nationalsozialismus: Janosch Steuwer, Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933-1939, Göttingen 2017.

8 Vgl. Benigna von Krusenstjern, Was sind Selbstzeugnisse? Begriffskritische und quellenkundliche Überlegungen anhand von Beispielen aus dem 17. Jahrhundert, in: Historische Anthropologie – Kultur – Gesellschaft - Alltag, 2 (1994), S. 462-471.

9 Siehe beispielhaft Christian Schmitz, Großes Sammelbecken für viele „Prodeutsche", in: Grenz-Echo, 8.12.2012; Carlo Lejeune, Jenseits von Belgien, in: Die Zeit, 21.11.2007.

10 Siehe die Einträge des Jahres 1927 und 1933 in der „Chronik der Deutschsprachigen Gemeinschaft" auf dem Bürgerinformationsportal www.ostbelgienlive.be: http://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-92/, sowie den Beitrag „Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft" auf der Webseite des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft: http://www.pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-3983/7163_read-41445/.

11 Siehe die virtuelle Ausstellung zu Belgien im Zweiten Weltkrieg: https://www.belgiumwwii.be/de/belgien-im-krieg/orte/ostkantone.html

12 Beispiele unter vielen: Ulrich Tiedau, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Kittel/Horst Möller/Jiří Pešek/Oldřich Tůma (Hrsg.), Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich, München 2007, S. 435-522; Carlo Lejeune, Die Säuberung, 3 Bde., Büllingen 2005-2008; Christoph Brüll, Eupen-Malmedy 1918-1945. Le temps des déchirures, in: Roland Blaise/Renée Boulengier-Sedyn/Christoph Brüll/Jean Lechanteur (Hrsg.), Hommage à Henri Bragard (1877-1944), Lüttich 2009, S. 11-37.

13 Peter M. Quadflieg, Rezension zu: Kleu, Gerd: Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur, Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen 2007 , in: H-Soz-Kult, 22.9.2008, <www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-11044> (letzter Abruf 18.9.2018).

14 https://www.facebook.com/jgv.sanktvith (letzter Abruf 18.9.2018).

15 Vgl. Reinhart Koselleck, Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe, in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik historischer Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 259.

16 Ebd., S. 214f.

17 Vgl. Niall Ferguson, Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999; Sebastian Scharte, Preußisch-deutsch-belgisch. Nationale Erfahrung und Identität. Leben an der deutsch-belgischen Grenze im 19. Jahrhundert, Münster 2010.

18 Siehe für die belgische Perspektive: Sophie de Schaepdrijver, Champion or Stillbirth: The Symbolic Uses of Belgium in the Great War, in: Tony Judt u. a. (Hrsg.), How Can One Not be Interested in Belgian History? War, Language and Consensus in Belgium since 1830, Dublin 2005, S. 55-83. Für die deutsche Perspektive: Sebastian Bischoff, Annexionsdebatten und nationale Feindbilder in der deutschen Öffentlichkeit 1914-1918, Münster 2018.

19 Vgl. Walter Lippmann, Die öffentliche Meinung, München 1964, S. 75.

20 Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 1 [9.6.2004], online: http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers/index.html.

21 Freddy Cremer/Werner Mießen, Spuren. Materialien zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Einführung, Eupen 1995.

22 Uwe Schimank, Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität in der Moderne, Wiesbaden 2005.

23 Grundlegend hierzu Alfred Schütz, Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, Wien 1932. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive siehe die Beiträge in Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hrsg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997.

24 Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Frankfurt am Main 2017.

25 Vgl. Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien, in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik historischer Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 349-375.

26 Erving Goffman, Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen, Frankfurt am Main 1977.

27 Selbst französische Stellen bestätigten in einer Analyse aus dem Jahre 1936, dass die „consultation populaire" kein Akt freier Meinungsäußerung gewesen war: „Il ne s'agissait d'ailleurs pas à vrai dire d'un plébiscite au sens ordinaire du terme, mais, suivant les stipulations mêmes du Traité de Versailles, ceux d'entre les habitants qui désiraient protester contre le rattachement total ou partiel du territoire à la Belgique reçurent la faculté de le faire en inscrivant sur des registres publics leurs noms et prénoms, domicile, lieu et date de naissance ainsi que les raisons de leur attitude. Il est incontestable que la publicité donnée à cette manifestation d'opinion, provoquée sous le régime militaire belge, n'a pas été sans influer les résultats." Note sur la situation à Eupen et Malmedy, Comité Alsacien d'études et d'informations, Section de l'etranger, N° 241 (15 avril 1935), 65 Seiten, hier S. 5 (Archives du ministère français des Affaires étrangères, La Courneuve (Paris)).

28 Vgl. Heinz Doepgen, Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966, S. 186.

29 Vincent O'Connell, The Annexation of Eupen-Malmedy. Becoming Belgian, 1919-1929, New York 2018, S. 144.

30 Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Wahl von 1936 zu, als die Heimattreue Front zur Weißwahl aufrief, vgl. Carlo Lejeune, Was sagen Wahlresultate aus, in diesem Band.

31 Vgl. Wolfgang Sofsky, Zuschauer der Gewalt. Vortrag anlässlich der Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises am 27. November 1993; ausgestrahlt auf WDR 3 in der Reihe „Dokumente und Debatten". Siehe auch Wolfgang Sofsky, Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1997; Peter

Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2007.

32 Harald Welzer, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt am Main 2016, S. 22.

33 Der Begriff der „ganz normalen Männer" spielt auf die Studie des britischen Historikers Christopher Browning an, der anhand der Analyse des Hamburger Polizeibataillons 101 (welches in Polen und Russland für die Ermordung von ca. 35.000 Menschen und die Deportierung von ca. 45.000 Menschen in Vernichtungslager verantwortlich war) der Frage nachgegangen ist, wie „ganz normale Männer" im Zuge der „Endlösung" zu Massenmördern werden konnten. Siehe Christopher Browning, Ganz Normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung" in Polen, Hamburg 1999; als Ergänzung hierzu hat Stefan Kühl kürzlich auch eine organisationssoziologische Interpretation des Polizeibataillons vorgelegt, welche die gruppendynamischen und strukturellen Aspekte des Holocaust stärker in den Vordergrund rückt. Siehe Stefan Kühl, Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust, Frankfurt am Main 2014.

34 Welzer, Täter, S. 61.

35 Ebd., S. 44.

36 Niklas Luhmann, Opportunismus und Pragmatik in der öffentlichen Verwaltung, in: ders., Politische Planung, Opladen 1975, S. 177.

37 Schimank, Entscheidungsgesellschaft, S. 243.

38 Siehe Hubert Willems, Les six mois de la consultation populaire à Eupen et Malmedy (1920), Berlin 1988.

39 Siehe O'Connell, Annexation, S. 145ff.

40 Die statistische Auswertung beruht auf den Angaben in Willems, Les six mois. Leider fehlen bei einigen Personen Angaben zum Beruf oder Wohn- bzw. Geburtsort.

41 Zu der Besonderheit juristischer Quellenbestände, besonders im Falle der Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs, siehe Koen Aerts/Dirk Luyken/Bart Willems/Pauls Drossens/Pieter Lagrou, Papy était-il un Nazi? Sur les traces d'un passé de guerre, Tielt 2017. Zur Organisation des Justizwesens in Eupen-Malmedy während der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs siehe Christoph Brüll, Das Gerichtswesen im deutschsprachigen Belgien seit 1920: politische Betrachtungen, in: 25 Jahre Gerichtsbezirk Eupen, Eupen 2013, S. 39-74.

42 Siehe Frank Ankersmit, De sublieme historische ervaring, Groningen 2007.

43 Siehe Andreas Fickers, „Entre vérité et dire du vrai". Ein geschichtstheoretischer Grenzgang, in: Andreas Fickers/Rüdiger Haude/Stefan Krebs/Werner Tschacher (Hrsg.), Jeux sans frontières? Grenzgänge der Geschichtswissenschaft, Bielefeld 2017, S. 29-40.

44 Sabrow, Zeitgeschichte schreiben, S. 145.

45 Ulrike Jureit und Christian Schneider, Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheit, Stuttgart 2010.

46 Zur semantischen Verschiebung des Opferbegriffs im 19. und 20. Jahrhundert siehe Svenja Goltermann, Opfer. Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne, Frankfurt am Main 2017. Vgl. Lejeune/Brüll, Geschichtsschreibung.

47 Sabrow, Zeitgeschichte schreiben, S. 221.

48 Vgl. Carlo Lejeune/Klaus-Dieter Klauser, Die Säuberung, Bd. 3: Verdrängte Erinnerung – 340 Zeitzeugen erzählen, Büllingen 2008.

49 Aerts/Luyken/Willems/Drossens/Lagrou, Papy était-il un Nazi?, S. 25f.

50 Ebd., S. 26f.

51 Grundlegend Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; ders. (Hrsg.), Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001; Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, Bonn 1995; Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt am Main 1998. Mit Eupen-Malmedy-Bezug: Christoph Brüll, Vom „Reichsbeauftragten für Eupen-Malmedy" zum Staatssekretär der Regierung Adenauer: Franz Thedieck (1900-1995), in: ders./Els Herrebout/Peter M. Quadflieg, Eine ostbelgische Stunde Null? Eliten aus Eupen und Malmedy vor und nach 1944, Brüssel 2013, S. 87-105.

52 Zum Konzept der Erzählgeneration siehe Benjamin Möckel, Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die „Kriegsjugendgeneration" in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, Göttingen 2014.

53 Vgl. Bénédicte Vergez-Chaignon, Les vichysto-résistants, Paris 2008.

54 Tzvetan Todorov, Face à l'extrême, Paris 1991, S. 20.

55 Ebd., S. 21.

56 Kühl, Ganz normale Organisationen, S. 144.

57 Siehe David Kitterman, Those who said „no!". Germans who refused to execute civilians during World War II, in: German Studies Review 2 (1988), S. 241-254. Harald Welzer ging in seiner Studie „Täter" aus dem Jahre 2005 gar so weit, den Befehlsnotstand als Mythos zu bezeichnen (S. 86). Kühl nuanciert diese Position wie oben beschrieben.

58 Jost, Catharina (Honsfeld, 4.2.1876), Akte Auditoriat Militaire de Malmédy Nr. 613 / 1947, n 1558 sur la liste.

59 Diese Tatsache wird in zwei unterschiedlichen Vernehmungen im Zuge des Epurationsverfahrens von unterschiedlichen Zeugen berichtet.

60 Der Fall von Richard Fickers wird dargestellt bei: Etienne Verhoeyen, Spionnen aan de achterdeur. De Duitse Abwehr in België 1936-1945, Antwerpen 2011, S. 266-275.

61 Kowel liegt im Herzen der Ukraine und bildete – eisenbahntechnisch gesehen – einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt des Landes. Die Bevölkerung Kowels (ca. 33.000) bestand 1939 zu knapp 50 % aus Juden. https://de.wikipedia.org/wiki/Kowel.

62 Renseignement sur le comportement civique durant l'occupation du nommé Fickers, Nikolaus. Rapport établi par Mathieu Lentz et Hubert Dumbruck de la gendarmerie de Saint Vith, 17.3.1947, in: Archives générales du Royaume de Belgique, Service Archives des Victimes de la Guerre, réf. SVG-d301667.

63 Rapport sur l'activité de Fickers, Nicolas avant le 10 mai 1940, par le Colonel

Mampuys, Chef de la 2e section de l'E.M.G., Bruxelles, 17 mars 1947, in: Archives générales du Royaume de Belgique, Service Archives des Victimes de la Guerre, réf. SVG-IC673779.

64 Vgl. Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2015.

65 Ebd., S. 20.

66 Vgl. Andrea Keppler, Tischgespräche. Über Formen kommunikativer Vergemeinschaftung am Beispiel der Konversation in Familien, Frankfurt am Main 1994, S. 207.

67 Maurice Halbwachs, Les cadres sociaux de la mémoire, Paris 1925.

68 Welzer et al., Opa, S. 64.

69 Edward H. Carr, What is history?, New York 1987, S. 23.

70 Ulrike Jureit, Gefühlte Vergangenheiten. Zum Verhältnis von Geschichte, Erinnerungen und kollektiven Identitätswünschen, in: Vorgänge 2 (2012), S. 19.

71 Werner Mießen, Hubert Mießen – eine ostbelgische Biographie im 20. Jahrhundert, in: Christoph Brüll (Hrsg.), Zoom 1920-2010: Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 163-190.
Der Fall von Nikolaus Brüll, dem Großvater väterlicherseits von Christoph Brüll, wurde im Kontext der virtuellen Enzyklopädie zum Zweiten Weltkrieg in Belgien von Margot Brulard aufgearbeitet. Siehe https://www.belgiumwwii.be/de/kriegsschicksale/nikolaus-brull.html (letzter Abruf 18.9.2018).

72 Es ist beabsichtigt, die Familiengeschichten auf der Webseite des Zentrums für Ostbelgische Geschichte zu veröffentlichen.

73 Dazu ist zu bemerken, dass derzeit keine Erlaubnis besteht, die Epurationsakten zu reproduzieren.

74 Konrad H. Jarausch, Zerrissene leben. Das Jahrhundert unserer Mütter und Väter, Darmstadt 2018.

75 Vgl. dazu Harald Welzer, Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung, München 2002, S. 149-170.

76 Dies zeigt sich vor allem in den Zeugenvernehmungen. Auf der Suche nach belastendem Material wird systematisch die Frage nach der Denunziation gestellt.

77 Generalstaatsarchiv 2, Brüssel, Akte Brüll Maria Theresia, Maria Brüll an Staatsanwaltschaft Verviers, 10.8.1946.

78 Zum Begriff des Gedächtnisopfers und seiner Funktion siehe Egon Flaig, Die sozialen Bedingungen des kulturellen Vergessens, in: Vorträge aus dem Warburg-Haus, Bd. 3, Berlin 1999, S. 31-100. Grundlegend zur Bedeutung des Vergessens als aktiver Form der Vergangenheitsbewältigung Paul Ricœur, Le mémoire, l'histoire, l'oubli, Paris 2000.

79 Christina von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018, S. 173.

80 Vgl. Jarausch, Zerrissene Leben, S. 14.

81 Manuel Altenkirch, Situative Erinnerungskultur, in: Marko Demantowsky/Christoph Pallaske (Hrsg.), Geschichte lernen im digitalen Wandel, München 2015, S. 59-76.

MINDERHEITEN ALS PROBLEM DER EUROPÄISCHEN POLITIK IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

EUPEN-MALMEDY IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

VON CHRISTOPH BRÜLL UND JOHANNES KONTNY











Im 19. Jahrhundert wurden die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Sprachen und Kulturen immer schärfer gezogen. Der Nationalismus entfaltete seine Kraft. Durch die Schaffung zahlreicher neuer Staaten in Osteuropa und neuer Minderheiten in Westeuropa entstanden für die Innen- und Außenpolitik der europäischen Staaten neue Spannungen. Ein Vergleich zwischen ausgewählten europäischen Minderheiten eröffnet neue Sichtweisen auf die Regionalgeschichte und relativiert scheinbare Gewissheiten.

Durch die Grenzziehungen im Vertrag von Versailles verlor das Deutsche Reich etwa 13 Prozent seines Territoriums sowie ein Zehntel seiner Bevölkerung. Mehr als sechseinhalb Millionen frühere Bürger des Deutschen Reichs gelangten nach 1919 unter neue staatliche Kontrolle[1]. Für das Deutsche Reich waren die ersten Jahre nach dem Kriegsende von politischer Instabilität und wirtschaftlicher Not geprägt. Die innen- und außenpolitische Lage stabilisierte sich aber stetig, was sich etwa anhand der 1925 geschlossenen Verträge von Locarno zeigt, in denen Deutschland die im Vertrag von Versailles gezogenen Grenzen zu Frankreich und Belgien anerkannte. Im Jahr 1926 nahm der Völkerbund das Deutsche Reich als Mitglied auf. Ungeachtet dessen verfolgte die Reichsregierung aber auch weiterhin das Ziel, die Grenzziehungen von Versailles zu revidieren. An dieser Politik beteiligten sich nicht nur staatliche Stellen, sondern auch Akteure wie der bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegründete Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA). Er sah es als sein Ziel an, deutsche Minderheiten im Ausland zu unterstützen und das Bewusstsein im Deutschen Reich für die Lage der „Auslandsdeutschen" zu schärfen[2].

Zu diesem Zweck führte der VDA alljährliche Tagungen im Deutschen Reich und in Österreich durch, bei denen politische Akteure aus beiden Ländern sowie Vertreter der deutschen Minderheiten zusammentrafen. Im Mai 1931 war dafür die Kaiserstadt Aachen vorgesehen, die nach dem Vertrag von Versailles an Belgien grenzte.

Gespaltene Minderheiten in Europa

Die Tagung warf auch jenseits der Reichsgrenze ihre Schatten voraus und führte in der Eupener Lokalpolitik zu regen Diskussionen. Diese war in den vergangenen Jahren mehr und mehr von Konflikten zwischen Gegnern und Befürwortern des belgischen Staats geprägt gewesen, was auch in der Bewertung der VDA-Tagung ersichtlich ist. Während die staatsloyalen Kreise in ihrem Organ *Grenz-Echo* vor der Tagung warnten, riefen die mit dem Deutschen Reich sympathisierenden Kräfte zur Teilnahme an der Veranstaltung auf. Das kam etwa in der *Eupener Zeitung* zum Ausdruck, der zufolge die Tagung dazu dienen sollte, „in der Vereinigung mit den deutschen Brüdern und Schwestern von nah und fern neue Kraft zu schöpfen in dem Kampfe um die Erhaltung unserer Kultur, unserer Eigenart"[3].

Unter den Gästen, die zur Tagung nach Aachen reisten, war der bekannte Eupener Politiker Stephan Gierets, Vorsitzender seiner Fraktion in der Eupener Stadtverordnetenversammlung und führender Vertreter der Christlichen Volkspartei (CVP), der Sammelbewegung der revisionistischen Kräfte in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Gierets nahm nicht nur als Gast an der Tagung teil, sondern betei-



In allen Gebieten rangen Wahlkampagnen und Plakate um die Gunst der Bevölkerung im Sinne eines Staates. Häufig sprechen die Plakate nationale Gefühle an, wie etwa auf diesem Plakat aus Schlesien. Das „deutsche Mädchen" mit schwarz-weiß-roter Kokarde entzieht dem „polnischen Fuchs" die industrialisierten Gebiete Schlesiens.

ligte sich auch mit einer Rede. Wie die *Eupener Zeitung* schrieb, brachte Gierets in Aachen den Wunsch zum Ausdruck, „sein Heimatland wieder mit dem Mutterland vereinigt zu wissen"[4].

Bekundungen dieser Art blieben aber nicht allein auf diese Rede beschränkt: Die der CVP nahestehenden Eupener Zeitungen berichteten, dass mehr als 400 Gäste aus den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith beim abschließenden Festzug durch die Straßen von Aachen marschiert seien. Den *Eupener Nachrichten* zufolge jubelten ihnen die Zuschauer mit dem Ruf „Eupen deutsch, Eupen deutsch!" zu[5].

Dieses Ereignis aus dem Jahr 1931 verdeutlicht, wie der politische Diskurs in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith nach einem Jahrzehnt unter belgischer Herrschaft von Revisionismus bestimmt war. Stephan Gierets hatte ähnliche Aussagen nicht nur bei der VDA-Tagung in Aachen getroffen, sondern unter anderem auch im Wahlkampf zur Parlamentswahl 1929. Die Wähler hatten das goutiert, da seine Partei in Eupen, Malmedy und Sankt Vith mit 52,1 Prozent die Mehrheit der Stimmen erhielt[6]. Die Sozialisten, die sich ebenfalls für eine neue, faire Volksabstimmung einsetzten, erhielten zudem 23,3 Prozent der Stimmen.

Die Mitwirkung von Gierets an der Tagung des VDA zeigt, dass sich die mit dem Deutschen Reich sympathisierenden Kräfte als Vertreter einer gegen ihren Willen durch Belgien einverleibten Bevölkerungsgruppe verstanden, die es als Ziel ihrer Politik ansahen, die nach 1919 gezogenen Grenzen zu verschieben. Konflikte dieser Art traten in den Jahren zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg in vielen europäischen Grenzregionen auf. Ursächlich dafür waren die bei den Pariser Vorortverträgen ausgehandelten Grenzverläufe. Sie blieben während der Zwischenkriegszeit zwischen Nachbarstaaten umstritten, was sich direkt auf die politischen Verhältnisse in diesen Grenzregionen auswirkte[7].

Das Minderheitenproblem

Diese Konflikte waren Teil des sogenannten Minderheitenproblems der Zwischenkriegszeit. Die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs waren bei den Pariser Vorortverträgen unter der Führung des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson mit dem Ziel angetreten, eine Friedensordnung für das neue Europa zu schaffen und die europäische Landkarte neu zu gliedern. Davon betroffen waren das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und Bulgarien[8].

Es erwies sich allerdings als unmöglich, das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit den neuen staatlichen Außengrenzen in Einklang zu bringen. Als Resultat der Grenzziehungen gelangten diverse Bevölkerungsgruppen, die nicht der jeweiligen Titularnation angehörten, unter neue staatliche Hoheit. In Ostmittel- und Südosteuropa wiesen einzig die Kriegsverlierer, das Deutsche Reich, Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Republik Türkei, einen geringen Anteil nationaler Minderheiten an der Gesamtbevölkerung auf. Währenddessen befanden sich nach zeitgenössischen Schätzungen etwa 13 Millionen Deutsche (darunter die rund 6,5 Millionen Einwohner der Republik Österreich, die 1918 den Anschluss an das Deutsche Reich gefordert hatte) außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs. Ungarn verlor durch den Vertrag von Trianon etwa 3,2 Millionen ethnische Ungarn (Magyaren) an seine Nachbarstaaten. In den neugegründeten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas machten die nationalen Minderheiten einen bedeutenden Teil der Gesamtbevölkerung aus. Im wiedererrichteten polnischen Staat beispielsweise handelte es sich um mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung[9].

Das Ziel dieses Kapitels ist es, die Lage der deutschen Minderheiten in Europa während der Zwischenkriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith zu diskutieren. Unter dem Begriff „Minderheit" wird dabei gemäß dem US-amerikanischen Soziologen Rogers Brubaker eine Gemeinschaft verstanden, die sich durch ihre politische Haltung als nationale Minderheit definiert.

Drei Elemente sind dafür konstitutiv: das Verständnis der Zugehörigkeit zu einer anderen Nationalität als die der Mehrheitsbevölkerung im Staat, der Anspruch auf staatliche Anerkennung als Minderheit sowie der damit verbundene Anspruch auf Zuerkennung von kollektiven Rechten. Dabei bestehen allerdings innerhalb dieser Gemeinschaften oftmals unterschiedliche Ansichten darüber, in welcher Art und Weise diese Ziele erreicht werden sollen[10].

Diese Definition von Minderheiten als politische Gemeinschaften ist auch für das Verständnis der besonderen Lage in Eupen, Malmedy und Sankt Vith während der Zwischenkriegszeit hilfreich. Darauf weist das Beispiel der eingangs genannten VDA-Tagung in Aachen 1931 hin: Die mit dem Deutschen Reich sympathisierenden Kräfte verstanden sich als Vertreter einer

unterdrückten Bevölkerungsgruppe, die gegen ihren Willen zu Belgien gekommen sei, woraus sie den Auftrag ableiteten, den politischen Status quo in Frage zu stellen. Die staatsloyalen Kreise in der Region forderten hingegen die Akzeptanz des neuen Staats. Während sich die einen als unterdrückte Minderheit ansahen, betrachteten es die anderen als ihre Aufgabe, die Lage der Bevölkerung durch Anpassung an die politische Wirklichkeit zu verbessern[11].

Der Begriff „Minderheitenproblem", mit dem Zeitgenossen das Verhältnis zwischen den Nationalstaaten Europas und ihrer Minderheitenbevölkerung in der Zeit zwischen den Weltkriegen beschrieben, weist bereits darauf hin, dass diese Bevölkerungsgruppen oftmals als potentielle Unruheherde galten, insbesondere in Osteuropa[12]. Während die dortigen Staatsgründer den Anspruch vertraten, dass die Bevölkerung ihrer Staaten nach dem Vorbild Westeuropas möglichst homogen sein sollte, stellten sie bei den Pariser Vorortverträgen weitreichende Gebietsforderungen. Es erwies sich allerdings grundsätzlich als problematisch, klare Grenzen zwischen den Nationalitäten zu ziehen, da die Bevölkerungsgruppen in den ehemaligen Vielvölkerreichen wie Österreich-Ungarn territorial oftmals sehr heterogen verteilt waren.

Der Minderheitenschutz der Zwischenkriegszeit sah völkerrechtlich nur zweitrangige Schutzbestimmungen vor, die zudem nur mühsam eingeklagt werden konnten und den Alltag der zahlreichen Minderheiten kaum verbesserten. Dass Belgien die deutschsprachigen Bürger nicht als gleichwertige Minderheit betrachtete, wird daran deutlich, dass es ebenso wie die westlichen Nationalstaaten den Minderheitenschutz für sich ausschloss und damit klargemacht hatte, dass es das Ideal eines homogenen (französischsprachigen) Nationalstaats vertrat. Der in Osteuropa vertraglich garantierte



Die Propagandakampagnen beschränkten sich aber nicht nur auf Verlustängste aus Sicht des Deutschen Reichs. Im Falle Frankreichs wählte man wie in Eupen-Malmedy Motive, die eine nationale Wiedervereinigung veranschaulichen sollten. Auf diesem Plakat ist „Großvater Georges Clemenceau" zu sehen, der seine Enkelinnen Hansi – die Personifikation des Elsass – und das französische Mädchen Lothringen in den Armen hält.



Dabei spielte das Thema „Minderheitsstatus" aus deutscher Propagandasicht eher eine untergeordnete Rolle. Tragendes Element des Werbens war die Solidarität mit anderen Bevölkerungen deutscher Kultur, den „Auslandsdeutschen".



Nicht nur nationale Gefühle wie in Frankreich oder Belgien sollten Gebietsforderungen argumentativ untermauern. Ebenso spielte eine geographisch-strategische Komponente immer wieder eine Rolle, wie auf diesem italienischen Bild. Der Brennerpass wird als natürliche Grenze der Italiener bezeichnet.

Schutz der Minderheiten änderte aber auch dort „weder die negativen Einstellungen, noch konnte er die Diskriminierung von Minderheiten verhindern“[13].

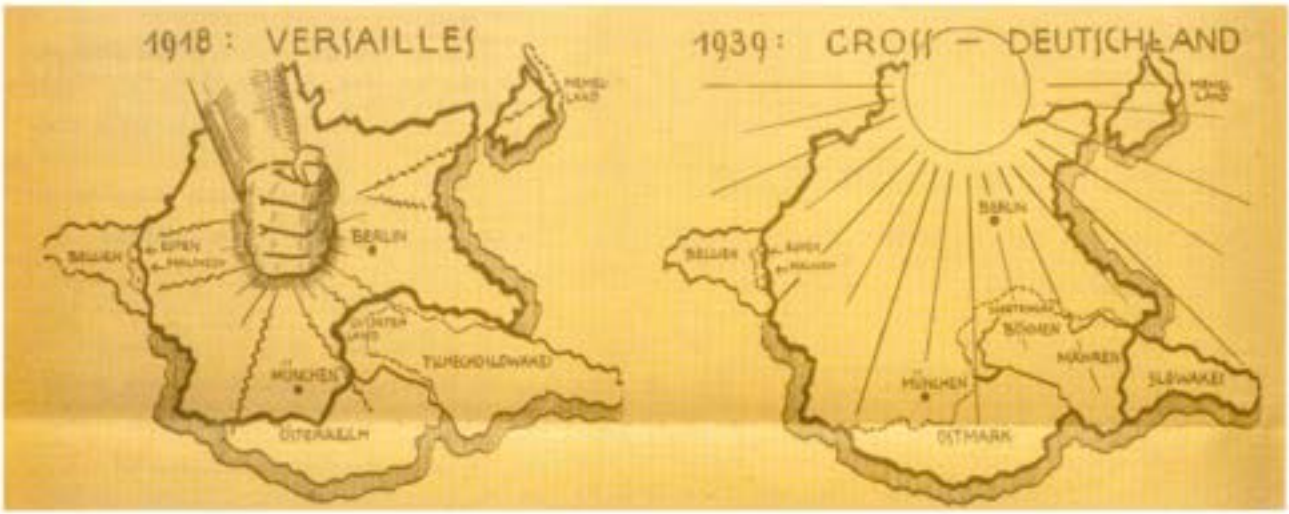
Neue Akzente in der Minderheitenforschung

Es wäre jedoch verkürzt, die Lage der nationalen Minderheiten in Europa während der Zwischenkriegszeit einzig auf politische Gegensätze und Spannungen zu reduzieren. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Perspektiven auf das Minderheitenproblem verändert. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt die nach 1989 stetig angewachsene Forschung zu den multinationalen Grenzregionen Europas. Während die Forschung zu diesen Grenzregionen früher oftmals aus dem Blickwinkel der politischen Entscheidungsträger in den Hauptstädten ausging, werden die Auswirkungen von Grenzziehungen und Grenzverschiebungen in immer mehr Studien aus lokaler Perspektive untersucht, womit die Eigenständigkeit regionaler Bewegungen sichtbar wird. Die Zwischenräume Europas, zu denen auch Eupen-Malmedy-Sankt Vith zählt, gewinnen dadurch an Bedeutung für die historische Forschung[14].

Davon abgesehen haben neuere Studien zu einem vertieften Verständnis der unterschiedlichen Haltungen innerhalb der Minderheitenbevölkerung sowie ihrem Verhältnis zu den staatlichen Stellen beigetragen. Vor dem Hintergrund der politischen Konflikte, der Kooperation mit den Nationalsozialisten und der Flucht und Vertreibung von Bevölkerungsgruppen während und nach dem Zweiten Weltkrieg waren Studien oftmals auf Spannungen und Gegensätze fokussiert, so im Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen[15]. Darüber hinaus waren bestimmte Fragen der Zeitgeschichtsforschung aus politischen Gründen tabuisiert[16].

Die Sicht auf das Verhältnis zwischen Minderheit und Staatsmacht hat in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von Untersuchungen an Nuancen gewonnen. Das gilt beispielsweise für die Tschechoslowakei, wobei in Studien anhand von staatlichen Institutionen wie der Armee oder dem Schulwesen untersucht worden ist, wie sich das gegenseitige Verhältnis zwischen diesen Institutionen und der deutschen Minderheitenbevölkerung gestaltete. Dabei zeigen diese Arbeiten, dass das Zusammenwirken im Alltag weit konfliktfreier und kooperativer verlief, als es der Blick auf die offizielle Politik in Prag suggeriert[17]. Die Einschätzung, dass die Forschung zur Minderheitenfrage im vergangenen Vierteljahrhundert eine starke Aufwertung erfahren hat, gilt nicht zuletzt für die Zeitgeschichtsforschung zum belgisch-deutschen Grenzgebiet[18].

Richtet man nun den Blick auf Versailles und die Pariser Vorortverträge aus einer heutigen ostbelgischen Perspektive, so können diese durchaus ambivalent erscheinen. Im Erleben der Zeitgenossen wie in der distanzierten Rückschau der Historiker trifft das Große auf das Kleine. Die Zeitgenossen fühlten sich als Spielball von



Durch den Versailler Vertrag wurde die existierende Ordnung in Europa nachhaltig verändert. Zahlreiche Gebiete und somit Bevölkerungen Ost-, Mittel- und Westeuropas wurden anderen Staaten zugeordnet.

Entscheidungen der Großmächte, die sie nicht beeinflussen konnten. Das war eine Perspektive, die auch in der Erinnerungskultur der Region dominant war, ermöglichte sie doch eine (Opfer-)Erzählung über den Zweiten Weltkrieg und die Säuberung nach 1945 hinweg.

Die historische Forschung beachtet hingegen zwei Aspekte: Einerseits waren die im Versailler Vertrag in der schieren Fülle getroffenen Entscheidungen im Einzelnen (wie im Fall Eupen-Malmedy) durchaus schmerzhaft und über die Köpfe von (Grenz-)Bevölkerungen hinweg beschlossen worden. Andererseits war der Versailler Vertrag jedoch kein überharter Vertrag oder gar das von den Zeitgenossen beklagte „Diktat"[19].

Ein Vergleich zwischen den Folgen des Versailler Vertrags für Grenzregionen und Minderheiten bietet sich demnach an. Dabei sollen vier Aspekte in den Mittelpunkt gestellt werden: die Art und Weise des Staatenwechsels, die konstitutionell-institutionelle Integration in den neuen Staat, die politische Organisation der deutschen Minderheiten in Europa zwischen den beiden Weltkriegen und der Einfluss des Deutschen Reichs. Die gewählten Regionen und Akteure stehen dabei jeweils beispielhaft für unterschiedliche politische Entwicklungswege in den Nachbarstaaten des Deutschen Reichs.

Übergangsprozesse 1919-1925 im Vergleich

Die Abbildung mit einem Vergleich von Versailles 1919 und Großdeutschland 1939 erschien am Vorabend der Parlamentswahlen vom 2. April 1939 in den revisionistischen *Eupener Nachrichten*[20]. Nachdem es Deutschland gelungen war, die Bestimmungen des Versailler „Diktats" in einigen Grenzregionen wieder rückgängig zu machen, sollte die „großdeutsche Sonne" bald auch wieder über Eupen, Malmedy und Sankt Vith scheinen: Der Einmarsch ins Sudetenland lag wenige Monate, die Einnahme und Aufteilung der Tschechoslowakei gar nur einige Tage zurück.

Die bloße Erwähnung von Versailles provozierte nicht nur im Reich Emotionen, sondern auch in vielen Grenzregionen, in denen die Pariser Vorortverträge deutsche oder deutschsprachige Bevölkerungen zu Minderheiten gemacht hatte. Die seit 1935 anhaltende Revision des Versailler Vertrags durch Nazideutschland weckte denn auch große Erwartungshaltungen in vielen der abgetretenen Gebiete, auf die in der Karte angespielt wird.

Nur ein kleiner Teil der territorialen Verluste, die Deutschland hinnehmen musste, wurde direkt mit dem Inkrafttreten des Vertrags am 10. Januar 1920 vollzogen[21]. Tatsächlich prallten in Versailles zwei gegensätzliche Konzeptionen von Friedensschlüssen aufeinander. Auf der einen Seite stand der historische Normalfall, der einem Kriegsverlierer mehr oder weniger umfangreiche territoriale und wirtschaftliche Reparationsleistungen auferlegte. Auf der anderen Seite kam etwas Neues ins Spiel. Auf der Grundlage der Debatten um das Völkerrecht, wie es seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend





kodifiziert worden war, hatte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson in seinem im Januar 1918 verkündeten Vierzehn-Punkte-Plan für die Nachkriegsordnung dem sogenannten Selbstbestimmungsrecht der Völker eine starke Bedeutung beigemessen[22].

Die US-amerikanischen Vertreter in den verschiedenen Kommissionen, die sich mit den zukünftigen Grenzen Deutschlands und Österreichs zu befassen hatten, sorgten dafür, dass eine ganze Reihe von Grenzregionen durch den Vertrag zu Abstimmungsgebieten wurde. Dabei muss man sich vor Augen führen, dass es ja nicht nur um Territorialforderungen bestehender Staaten wie etwa Italien, Dänemark, Frankreich oder Belgien ging, sondern auch um Grenzen zu Staaten, die gerade erst gegründet oder wiedererrichtet worden waren, darunter Polen und die Tschechoslowakei. Im Artikel 80 des Versailler Vertrags und im Artikel 88 des Vertrags von Saint-Germain-en-Laye verankerten die Alliierten zudem ein Verbot eines „Anschlusses" Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich, das nur der Rat des Völkerbundes aufheben können sollte[23].

Gebietsabtretungen und ihre Modalitäten

Die diplomatische Konstellation in Versailles sorgte dafür, dass klassische historisch-sprachlich legitimierte Forderungen der Nachbarländer zwar viele Grenzregionen zu Verhandlungsgegenständen machen konnten, dass dies jedoch nicht automatisch die Abtretung des Gebietes bedeuten musste. Andererseits bedeutete der Rekurs auf das liberale Selbstbestimmungsrecht nicht, dass die Alliierten realpolitische Gesichtspunkte aus den Augen verloren hätten.

Tatsächlich musste Deutschland drei Gebiete ohne Auflagen zum 10. Januar 1920 abtreten[24]: das erst nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 angegliederte Elsass-Lothringen an Frankreich, die preußischen Provinzen Posen (nach einem Aufstand der polnischen Bevölkerungsmehrheit im Winter 1918/19) und Westpreußen (unter Ausschluss einiger Gebietsteile) an das wiederbegründete Polen sowie das Hultschiner Ländchen, ein Landstrich in Schlesien, an die neu gegründete Tschechoslowakei. Am selben Tag gelangten auch, wie in den Artikeln 32 und 33 des Vertrags vorgesehen, die Ortschaften Neutral-Moresnet und Preußisch-Moresnet formal unter belgische Staatsherrschaft.

Im Rahmen des Versailler Vertrags gelangten zudem die Freie Staat Danzig, das Memelland (bis 1923) und das

Saarland, in dem nach fünfzehn Jahren eine Volksbefragung abgehalten werden sollte, unter die Obhut des neu geschaffenen Völkerbundes. Diese Gebiete wurden aber de facto Polen, Litauen oder Frankreich zur Verwaltung übergeben.

Nicht nur Deutschland war von solchen bedingungslosen Abtretungen betroffen. Im Vertrag von Saint-Germain-en-Laye verlor Österreich beispielsweise Südtirol an Italien sowie das sogenannte Sudetenland an die Tschechoslowakei. Letzteres war kein historisch gewachsenes Territorium, sondern ein nicht zusammenhängendes Grenzgebiet mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung. Die politischen Vertreter dieser Grenzgebiete hatten sich 1918 der Republik Deutsch-Österreich angeschlossen, konnten ihre Forderungen aber nicht gegen den neuen Staat Tschechoslowakei durchsetzen. Die komplizierten Bevölkerungsverhältnisse, die es schon in den ohne Abstimmung abgetretenen Gebieten gab, waren in einigen Gebieten noch unentwirrbarer. Für diese Fälle sah der Vertrag im Sinne des Selbstbestimmungsrechts Abstimmungen vor.

Abstimmungsgebiete und Grenzkonflikte

Eines der Abstimmungsgebiete war Schleswig, das 1864 im Deutsch-Dänischen Krieg unter preußische Kontrolle gelangt war. Die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg brachte für Dänemark die Gelegenheit, das Gebiet zurückzufordern. Das erwies sich jedoch als problematisch. Während der Norden eine dänische, der Süden eine deutsche Bevölkerungsmehrheit aufwies, war insbesondere der mittlere Teil der Region aus dänischer Sicht umstritten[25].

Dänemark legte daraufhin fest, dass zwei Abstimmungsgebiete geschaffen werden sollten, die in etwa dem nördlichen bzw. mittleren Teil des historischen Herzogtums Schleswig entsprachen, wobei der südliche Teil Schleswigs bei Deutschland verblieb. Dabei sollte das nördliche Abstimmungsgebiet als Ganzes, das südlich davon gelegene Gebiet Gemeinde um Gemeinde abstimmen, damit die neue dänisch-deutsche Grenze eventuell noch weiter Richtung Süden verschoben werden konnte. Letztendlich stimmten im Frühjahr 1920 etwa drei Viertel der Bevölkerung im nördlichen Teil Schleswigs für Dänemark, wenige Wochen später etwa vier Fünftel der Bevölkerung im mittleren Teil Schleswigs für Deutschland. Trotz Protesten von einzelnen Gemeinden im Norden, die eine mehrheitlich deutsche Bevölkerung aufwiesen, erkannte der Völkerbund die Resultate am 5. Juli 1920 an.

Während die Abstimmung in Schleswig überwiegend friedlich verlief, war die Situation in Oberschlesien spannungsgeladener und teilweise von Gewalt geprägt[26]. Bei der Abstimmung am 21. März 1921 ergab sich eine Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Deutschland (707.554 gegen 478.820 Stimmen, also ca. 60 zu 40 Prozent). Anschließend kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Verfechtern der Zugehörigkeit zu Polen und deutschen Freikorps. Der Alliierte Oberste Rat machte daraufhin von einem Passus des Versailler Vertrags Gebrauch, der es ihm erlaubte, das Abstimmungsgebiet zu trennen. So kam ein Drittel Oberschlesiens, das sogenannte Ostoberschlesien, zu Polen. Hier hatte es eine



Argumentativ etwas komplexer war die Propaganda im Falle Dänemarks. Der Schleswiger hatte auf dem Plakat die Wahl zwischen einem starken Staat Dänemark und einem Deutschland, bei dem die Kriegsschulden alle Steuern verschlangen.

Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Polen gegeben. Da in dem Gebiet aber fast ein Viertel der deutschen Steinkohle gefördert wurde und auch nach den Grenzziehungen Polen auf der deutschen Seite und Deutsche auf der polnischen Seite der Grenze verblieben, war auch hier das Unverständnis der Bevölkerung groß.

Ähnliche Abstimmungen gab es auch in anderen Teilen Europas, etwa im Burgenland, dem westlichen Teil Ungarns, der infolge des Vertrags von Trianon an Österreich gelangte. Umstritten war hierbei die Stadt Ödenburg (ungarisch Sopron), die eine deutsche Bevölkerungsmehrheit aufwies. Anders als von Österreich erhofft, entschied sich die Mehrheit der Ödenburger bei der Abstimmung im Dezember 1921

für den Verbleib bei Ungarn, um unter anderem bestehende wirtschaftliche Beziehungen nicht zu verlieren[27].

Durch die in Paris vereinbarten Grenzziehungen war allerdings auch eine Reihe von weiteren Territorien zwischen Nachbarstaaten umstritten. Dabei versuchten diverse Konfliktparteien, die Verhandlungen zu beeinflussen, indem sie politische Fakten schufen, Gebiete eroberten und unerwünschte Bevölkerungsteile vertrieben. Neben staatlichen Akteuren intervenierten dabei auch paramilitärische Organisationen, die sich unter anderem aus Veteranen des Weltkriegs zusammensetzten. Die Landkarte der Gewalt im Nachkriegseuropa reichte von dem bereits erwähnten schlesischen Abstimmungsgebiet bis hin zu Gebieten, die nicht in Paris zur Diskussion standen, etwa die irische Insel, wo der Irische Unabhängigkeitskrieg mit der Teilung Irlands endete[28].

Versailles und Eupen-Malmedy

Von solch einer bevölkerungspolitischen Gemengelage, die auch mit Gewalt verbunden sein konnte, war man im tiefsten Westen des Deutschen Reichs weit entfernt, als die Alliierten in Versailles über die deutsch-belgische Grenze verhandelten. Die Gespräche erfolgten übrigens in der Unterkommission der deutsch-dänischen Kommission[29]. Die ausgetauschten Argumente hatten ähnliche Grundlagen wie bei anderen Grenzforderungen, indem Belgien auf Geschichte, Kultur und Sprache verwies, ebenso aber strategische und ökonomische Interessen verfolgte. Dabei ist zu bedenken, dass die anderen Staaten den belgischen Forderungskatalog erheblich verklei-



Propagandistisch über Bilder ausgeschlachtet wurde das Thema Eupen-Malmedy nur in kleinem Maßstab. Aus belgischer Perspektive spielte etwa die historische Verbindung des Gebietes mit den Österreichischen Niederlanden eine Rolle.

nerten. Gerade für Briten und US-Amerikaner kamen Verhandlungen über eine Annexion des Großherzogtums Luxemburg, Niederländisch-Limburgs sowie der Scheldemündung nicht in Frage, waren doch weder Luxemburg noch die Niederlande Kriegsverlierer, sondern im Krieg von Deutschland besetzt bzw. neutral geblieben.

Auf dieser Grundlage wurden die Teilnehmer sich schnell einig, dass die sogenannte Preußische Wallonie, die heutigen Gemeinden Malmedy und Weismes, zu Belgien kommen sollte. Schon bei der Frage, ob der Rest des Kreises Malmedy, immerhin 21.000 der 33.000 Bewohner, auch belgisch werden sollte, schieden sich jedoch die

Geister. Das strategische Gewicht des Truppenübungsplatzes Elsenborn gab schließlich den Ausschlag für eine Abtretung. Für den Kreis Eupen, dessen Bewohner deutschsprachig waren, waren die Argumente schwieriger zu finden. Hier brachten die Belgier eine vorgeblich historische Legitimation vor, die einen durch den Wiener Kongress erlittenen „Verlust" rückgängig machen sollte. Auch waren ökonomische Gesichtspunkte maßgeblich. So brachten die französischen Verhandler die Nähe zu Moresnet und seinen Zinkminen vor[30].

Das US-amerikanische Beharren auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts und die halbherzige Unterstützung der von den französischen Vertretern befürworteten belgischen Position durch Briten und US-Amerikaner führten zur Formulierung des Artikels 34 des Vertrags, der innerhalb des gesamten Vertrags einmalig ist:

„Deutschland verzichtet außerdem zugunsten Belgiens auf alle Rechte und Ansprüche auf das gesamte Gebiet der Kreise Eupen und Malmedy. Während sechs Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags werden von der belgischen Behörde in Eupen und Malmedy Listen ausgelegt; die Einwohner dieser Gebiete sind berechtigt, darin schriftlich den Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität verbleiben. Es ist Sache der belgischen Regierung, das Ergebnis dieser [engl. Text: öffentlichen] Äußerung der Bevölkerung zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen, dessen Entscheidung anzunehmen sich Belgien verpflichtet."

Pointiert formuliert: Briten und US-Amerikaner waren sich sicher, dass eine geheime Abstimmung, wie sie an der deutsch-dänischen oder deutsch-polnischen Grenze vorgesehen war, keine Mehrheit für Belgien bringen würde. Allerdings waren sie sich bewusst, dass Belgien eine territoriale Entschädigung seitens Deutschlands schon alleine aufgrund seines Status als „erstes Opfer des Krieges" erhalten musste.

Belgien setzte nun alles daran, dass das gewünschte Ergebnis zustande kam. In der resignierten Bevölkerung, die schon seit dem Sommer 1919 von belgischen Truppen besetzt und seit Januar 1920 von einer Übergangsverwaltung regiert war, gab es nur wenige, die offen wagten, „den Wunsch auszudrücken", bei Deutschland zu verbleiben. Am 20. September 1920 akzeptierte der Völkerbund das von der belgischen Regierung übermittelte Ergebnis, nach dem sich nur 272 von 33.726 Eintragungsberechtigten gegen die Abtretung an Belgien ausgesprochen hatten. Damit war eine neue Region geschaffen worden, da die Kreise Eupen und Malmedy bis dahin in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht nur lose miteinander verbunden waren, sich aber nun gemeinsam im belgischen Staat befanden. Das Gebiet sollte bis zum Mai 1940 Gegenstand eines belgisch-deutschen Grenz- und Nationalitätenkonflikts bleiben[31].

Demografische Folgen

In allen umstrittenen Gebieten, ob schließlich abgetreten oder nicht, erwies sich die Durchsetzung der Pariser Beschlüsse als schwierig. Mal mussten diese bis zum Äußersten ausgereizt werden wie im Fall Oberschlesien, mal sah



Staatenwechsel und Migration spielten nicht nur nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle. Auch nach dem Ersten Weltkrieg wechselten zahlreiche Bürger ihre Staatsangehörigkeit und mussten ihre Herkunftsgebiete verlassen, wie dieses Plakat aus Lothringen verdeutlicht.

sich der fordernde Nachbar im Recht, die Bestimmungen so auszulegen, wie es seine Erfolgschancen erhöhte, wie es Dänemark und Belgien taten. Die spezielle Mischung aus loser Prinzipientreue und realpolitischer Risikominimierung, wie sie die Alliierten im Fall Eupen-Malmedy an den Tag legten, ist in diesem Zusammenhang zumindest bemerkenswert. Die Kleinheit des Gebietes und seine Randlage machten dies möglich.

Aus geopolitischer Perspektive waren die deutschen Gebietsverluste zugunsten Belgiens und Dänemarks im Vergleich mit der Situation im Osten allerdings „unbedeutend"[32]. Die Bevölkerungszusammensetzung in den betroffenen Gebieten machte jedoch fast

überall komplizierte Regelungen zum Erwerb und Verlust der Staatsangehörigen nötig, die in den Pariser Vorortverträgen und später auch in bilateralen Abkommen festgehalten wurden. In vielen Regionen kam es zur Homogenisierung der Bevölkerung, was etwa durch eine „Abstimmung mit den Füßen" geschah. Dabei verließen Angehörige der Minderheitenbevölkerung ihre bisherige Heimat, um sich jenseits der Grenze niederzulassen, während im Gegenzug Bewohner aus dem Landesinneren in die Grenzgebiete zogen, um Posten im Staatsdienst zu übernehmen.

Die beiden Kreise Eupen und Malmedy zählten zum Zeitpunkt ihrer Übertragung an Belgien rund 60.000 Einwohner, von denen etwa ein Sechstel französisch- bzw. wallonischsprachig war. In den ersten Jahren unter belgischer Souveränität verließen ca. 5.000 Personen die in diesem Gebiet neu geschaffenen Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith in Richtung Deutschland, sei es, weil sie auf der Grundlage der Artikel 36 und 37 des Versailler Vertrags nicht Belgier werden konnten, sei es, weil sie nach Ablauf einer zweijährigen Frist für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert hatten. Im selben Zeitraum kamen rund 2.000 Belgier in das Gebiet, vor allem Beamte und Lehrer[33].

Anders als im „neubelgischen" Gebiet fiel die Politik gegenüber der ansässigen Bevölkerung in Elsass-Lothringen sowie in Südtirol weit härter aus. Elsass-Lothringen verlor zwischen 1910 und 1920 mehr als sieben Prozent seiner Einwohner. Grund dafür waren vor allem aber die Ausweisungen von mehr als 130.000 als Deutsche klassifizierten Personen durch die französischen Behörden, was auch nicht von der Rückkehr elsässischer Familien aufgefangen werden konnte, die nach der Annexion durch Deutschland 1871 ausgewandert waren. Bei diesen Ausweisungen spielten die sogenannten „commissions de triage" eine entscheidende Rolle, die die Bevölkerung nach ethnischen Kriterien klassifizierten. Rund 30.000 Deutschstämmige verließen die Region freiwillig[34].

Südtirol, das von Österreich an Italien gelangte, ist ein ähnliches Beispiel für solche von staatlicher Seite angestoßenen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. Während der Anteil der Italiener durch den Zuzug von Beamten stetig anstieg, fand die von manchen intellektuellen Vordenkern der Annexion angedachte Vertreibung der deutschen und ladinischen Bevölkerung in der Regierung zunächst keine Zustimmung. Nach dem „Anschluss" Österreichs im März 1938 wurde die Südtirol-Frage aber wieder akut. Am 23. Juni 1939 entschieden Hitler und Mussolini, die „Option" einzuführen. Wer für die deutsche Staatsangehörigkeit optierte, musste das Gebiet verlassen, wer beschloss, dort zu bleiben, mit einer strikten Assimilationspolitik rechnen. Bis zum 31.12.1939 machten 86 Prozent der Südtiroler Abstimmungsberechtigten, mehr als 160.000 Personen, von der „Radikallösung der Option"[35] Gebrauch. Bis 1943 verließen schließlich 75.000 Personen das Gebiet, davon kehrten rund 20.000 nach 1945 wieder zurück.

Während die Frage der Bevölkerungszusammensetzung in Westeuropa nur einzelne Regionen betraf, war sie in Osteuropa mit weitreichenderen Folgen verbunden. So zählte die Tschechoslowakei etwa drei Millionen deutsche Bürger und damit mehr Deutsche





Für Belgien wie für Italien spielte die Uminterpretation der Geschichte Eupen-Malmedys und Südtirols eine wichtige Rolle. Während in Malmedy schon früh (in der Nacht zum 1. Mai 1920) das Peter-Preus- oder Peter-Prüss-Denkmal, das zu Ehren Wilhelms I. errichtet worden war, verschwand, sollte in Süd-Tirol das Denkmal zu Ehren des Minnesängers Walther von der Vogelweide aus dem Straßenbild Bozens verschwinden.

als Slowaken. Ebenso wiesen die baltischen Staaten sowie Polen große Anteile an Minderheiten auf[36].

Die Zahlen der amtlichen Volkszählungen sollten jedoch nicht verabsolutiert werden. So war es etwa mehrsprachigen Grenzbewohnern möglich, ihre nationale Zugehörigkeit je nach den Anforderungen des jeweiligen politischen Systems zu wechseln. Diese Möglichkeit bestand insbesondere, wenn diese Menschen mit zwei Muttersprachen aufgewachsen waren, wie es in vielen mehrsprachigen Grenzregionen lange üblich war. So gab auch die belgische Volkszählung von 1920 die Zahl der Zweisprachigen im Gebiet von Eupen-Malmedy mit 8.500 an[37].

Eingliederungsmechanismen

Der Austausch bzw. die Ankunft von Beamten waren ein wichtiger Teil der Integrationsmechanismen, die die verschiedenen Staaten einsetzten, um die neuen Territorien und ihre Bevölkerungen in die nationale Gemeinschaft und das Staatswesen zu integrieren. Dazu gehörten natürlich die Narrative, die den Eingliederungen zugrunde lagen und die ihre Legitimation sowohl gegenüber der alten als auch gegenüber der neuen Bevölkerung begründen sollten. Für die „Neubelgier" in Eupen, Malmedy und Sankt Vith geschah dies durch die Erzählung von den „wiedergefundenen Brüdern" und die Verbreitung der „Desannexions-These". Ihr zufolge hatte Belgien Territorien zurückgewonnen, die historisch zu Gebieten gehörten, die 1815 beim Wiener Kongress an Preußen verloren worden waren, auch wenn das unabhängige Königreich Belgien erst seit 1830 bestand[38].

Die Legimitationsdiskurse galt es jedoch auch in eine konkrete Politik umzumünzen, um die administrativen und rechtlichen Übergangsprozesse zu organisieren. In Frankreich hatte man sich diesbezüglich schon seit 1915 konkrete Gedanken gemacht und Szenarien entwickelt[39]. Dies begann mit der schnellen Besetzung Elsass-Lothringens durch französische Truppen im November 1918 und setzte sich fort mit dem Dekret zur Errichtung eines Hohen Kommissariats für Elsass-Lothringen im März 1919[40].

Dieses Modell bildete im Sommer 1919 auch die Grundlage für die Einrichtung einer Übergangsverwaltung in den Kreisen Eupen und Malmedy. Es beruhte auf denselben Prinzipien: Ausübung von legislativen und exekutiven Befugnissen durch den Hohen Kommissar, dessen Übergangsverwaltung auf unbestimmte Dauer angelegt war. Letztendlich endeten das Hochkommissariat für Elsass-Lothringen und das sogenannte Baltia-Gouvernement in Eupen-Malmedy-Sankt Vith im Jahr 1925. Wichtigste Aufgabe war in beiden Fällen die Organisation der Integration in den französischen bzw. belgischen Rechtsraum.



In Dänemark war es der Minister für die schleswigschen Landesteile, Hans Peter Hanssen, der sich schon während der Volksabstimmung für die Angliederung der dänischen Gebiete an Dänemark eingesetzt hatte, der für die Eingliederung des Gebietes Sorge tragen sollte.

Spezielle Übergangsverwaltungen waren jedoch keineswegs die Regel. Im zentralistisch organisierten Italien wurde die Eingliederung Südtirols von Rom aus gesteuert, was nach der Machtübernahme durch Mussolinis Faschisten 1922 auf eine konsequente Italienisierungs- bzw. Assimilierungspolitik hinauslief. Auch hier gab es jedoch Übergangsfristen für die Einführung der italienischen Gesetzgebung[41].

In den Staaten Osteuropas verfügte die Minderheitenbevölkerung über den Vorteil, dass sie dem Minderheitenschutzsystem des Völkerbundes unterlag. Auch wenn sich dieses in vielen Fällen als problematisch erwies, trug es dazu bei, dass die rechtliche Lage der Minderheitenbevölkerung teilweise deutlich besser war als etwa in Elsass-Lothringen oder in Südtirol. In der Tschechoslowakei waren beispielsweise kollektive Minderheitenrechte in Bezirken garantiert, in denen eine Minderheit mindestens 20 Prozent der Bevölkerung ausmachte. Da die deutsche Bevölkerung hauptsächlich in kompakten Siedlungsgebieten lebte, genossen etwa 90 Prozent von ihnen diese Vorteile wie ein deutsches Schulwesen oder die Kommunikation mit den Behörden in deutscher Sprache[42].

Parlamentarische Vertretung

Zur politischen Integration in den neuen Staat trugen auch die Vertreter der Minderheiten in den nationalen Parlamenten bei. Die Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith weisen hier wiederum einige Besonderheiten auf. Die geringe Größe der beiden Kreise Eupen und Malmedy hatte schon vor 1918 dafür gesorgt, dass Abgeordnete im Preußischen Landtag und im Reichstag nicht allein mit den Stimmen aus den beiden Kreisen gewählt werden konnten. Nach 1919 gab es zunächst die Situation, dass zwar das Gebiet belgisch geworden war, dass es aber für die Erlangung der vollen belgischen Staatsangehörigkeit für seine Bewohner eines Parlamentsvotums bedurfte. Dies geschah erst mit dem 1925 beschlossenen sogenannten Eingliederungsgesetz. Eine gesicherte Vertretung im nationalen Parlament gab es dadurch jedoch nicht, ebenso wenig wie einen eigenen Wahlkreis.



In Eupen-Malmedy warben alle Parteien damit, einen Vertreter für die deutschsprachigen Belgier in die nationalen Parlamente entsenden zu wollen. Eine gesicherte Minderheitenvertretung auf nationaler Ebene gab es allerdings nicht. Die Präsenz Marc Somerhausens (hier links im Bild) und Anderer in Kammer und Senat war nur auf das Wohlwollen der nationalen Parteien zurückzuführen.

Dies zeigte schnell Folgen, als der regionale Kandidat der Katholischen Union, Mathias (Jean-Mathieu) Jenniges, ein zweisprachiger Anwalt aus Verviers, im März 1925 trotz eines überragenden Wahlresultats nicht in die Kammer gewählt und dies von weiten Teilen der Bevölkerung als Missachtung empfunden wurde. Damals zog der Brüsseler Rechtsanwalt Marc Somerhausen, den die Belgische Arbeiterpartei explizit als Vertreter der „Neubelgier" im Bezirk Verviers präsentiert hatte, in die Kammer ein. Später zogen dann punktuell Kandidaten aus den drei Kantonen über günstige Listenplätze in Kammer und Senat ein, so noch im April 1939 der Sankt Vither Bürgermeister Michael (Michel) Frères für die Katholische Union.

In Westeuropa gab es punktuell einzelne Vertreter der deutschen Minderheiten in den Parlamenten. In Dänemark sorgten Wahlergebnisse von 14 bis 16 Prozent im Wahlkreis Nordschleswig dafür, dass der Schleswigsche Wählerverein zwischen 1920 und 1943 mit einem Parlamentarier in Kopenhagen vertreten war[43]. In Elsass-Lothringen waren die aus dieser Region stammenden Parlamentsabgeordneten im eigens eingerichteten Ausschuss für die Belange Elsass-Lothringens vereint, in dem sie versuchten, ihre Anliegen wie die Beibehaltung von Errungenschaften aus der Zeit der Bismarckschen Sozialreformen durchzusetzen[44]. In der Provinz Trient-Südtirol gelang es dem bereits 1919 konstituierten Deutschen Verband bei den Wahlen 1921 und 1924, Vertreter nach Rom zu entsenden. Der Verband sah sich aber schon vor der endgültigen Umwandlung Italiens in eine Diktatur regelmäßigen Angriffen ausgesetzt und verzichtete 1929 schließlich auf eine Kandidatur[45].

Anders stellte sich die Lage in der Tschechoslowakei dar, wo ein breites

deutsches Parteienspektrum bestand, das konservative Kräfte ebenso umfasste wie Sozialdemokraten und Liberale. Zurückzuführen ist das auf das Parteiensystem der Habsburgermonarchie, wobei Vorläufer dieser Parteien bereits zu Zeiten der Monarchie bestanden und nach 1918 an die zuvor gewachsenen Strukturen anknüpfen konnten.

Die parteipolitische Situation der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei mit ihren etwa drei Millionen potentiellen Wählern unterschied sich damit grundlegend von der anderer deutscher Minderheiten, die aufgrund ihrer geringen Größe meist nur in einer politischen Sammelbewegung zusammengeschlossen waren. Eine Besonderheit des politischen Systems der Tschechoslowakei war auch, dass deutsche Parteien Regierungsverantwortung übernahmen. In den Jahren von 1926 bis 1938 waren deutsche Parteien ununterbrochen an der Regierung in Prag beteiligt und stellten eigene Minister[66].

Der Einfluss der Religion

In vielen Grenzgebieten kam den katholischen und protestantischen Religionsgemeinschaften bei der Eingliederung in den neuen Staat eine herausragende Rolle zu. Katholische und protestantische Vereine, Verbände und Parteien konnten vielerorts Sprachrohre der Minderheiten, Kirchenführungen Mittler bei der Integration sein. Die neuen Staatsgrenzen stellten jedoch auch die katholische Kirche vor die Herausforderung, ihre Diözesen neu zu ordnen.

Der kirchliche Übergang Eupen-Malmedys von Deutschland nach Belgien verlief kurios[67]. Weil sich zwischen den nationalistischen Kölner Erzbischöfen Kardinal Hartmann, später Kardinal Schulte und der katholischen Kirche in Belgien, wo Kardinalprimas Mercier Symbol für den Widerstand gegenüber der deutschen Besatzungsmacht im Ersten Weltkrieg gewesen war, keine Einigung ergab, sah sich der Heilige Stuhl 1921 gezwungen, ein eigenes Bistum einzurichten.

Malmedy wurde so zum Bischofssitz, seine Kirche zur Kathedrale erhoben. Die Personalunion an der Spitze, wonach der Bischof von Lüttich gleichzeitig Bischof von Eupen-Malmedy war, sorgte jedoch dafür, dass die bis 1925 währende Zwischenlösung de facto nur eine leere Hülle blieb. Das Bistum Lüttich richtete anschließend das Amt eines Bischofsvikars für die Dekanate in den „neubelgischen" Gebieten ein, das jedoch nicht stetig besetzt war. Für die seit dem 16. Jahrhundert existierende protestantische Gemeinde in Eupen hatte der Staatenwechsel einen erheblichen Aderlass zur Folge, da viele Gemeindemitglieder, die dort als Beamte und Lehrer gewirkt hatten, nach Deutschland emigrierten.

Die neuen Landesgrenzen führten jedoch auch in anderen Teilen Europas zur Reorganisation der katholischen Landkarte. Das Bistum Trient, das mit der Gegend um Bozen auch einen sogenannten deutschen Anteil besaß, wurde ebenso italienisch wie das Bistum Brixen, das jedoch verkleinert wurde, da einige Gebietsteile bei Österreich verblieben. In Elsass-Lothringen blieb die katholische Kirchenstruktur mit ihren Bistümern Straßburg und Metz unangetastet, allerdings wurden die deutschen Bischöfe 1919 durch französische ersetzt[68]. Für die protestantische Kirche erwies sich die neue staatliche Herrschaft in Elsass-Lothringen ebenso wie in Eupen, Malmedy und Sankt Vith als problematisch, da es zu Abwanderungen von Protestanten kam.

Oberschlesien, das nach dem Plebiszit 1921 durch eine Grenze geteilt war, ist ein weiteres Beispiel für die politische Rolle der Religion. Während der Zwischenkriegszeit war die Region ungeachtet der sprachlichen und ethnischen Gegensätze zwischen Deutschen und Polen nahezu einheitlich katholisch geprägt. Im Bereich der Kirche blieb trotz erheblicher Behinderungen durch die Behörden der Gebrauch der



Der Katholizismus und Ultramontanismus spielten auch im politischen Gefüge in Eupen-Malmedy eine wichtige Rolle. Treffend illustriert dies ein Wahlplakat der Katholischen Union aus dem Jahr 1939. Das Heilige Kreuz zerstört Hammer und Sichel (Kommunismus), Winkelmaß und Zirkel (Freimaurertum, Liberalismus) und das Hakenkreuz (Nationalsozialismus).

deutschen Sprache im polnischen Teil Oberschlesiens und der polnischen Sprache im deutschen Teil der Region erhalten. Die katholische Kirche erwies sich damit als Mittel, um die von staatlicher Seite erfolgten Bemühungen zu unterlaufen, den Sprachgebrauch und das Nationalbewusstsein der Grenzbevölkerung zu verändern[29].

Das Ende der Übergangszeit

Die Mitte der 1920er Jahre markiert eine Zäsur für die Geschichte der Minderheiten in Europa, die durch den Versailler Vertrag geschaffen worden waren. Die erste Übergangszeit war abgeschlossen, die neuen Rechtsnormen waren weitgehend eingeführt und der politisch-administrative Übergang war vollzogen. Ob auch eine „Integration der Herzen" gelingen konnte, war mancherorts noch offen, doch stand sie zumeist unter keinen guten Vorzeichen.

Die jeweilige neue Staatsmacht forderte in den Grenzregionen von der Minderheitenbevölkerung ein loyales Verhalten gegenüber den Behörden, wobei sich die Bevölkerung oftmals in politischer Hinsicht am Deutschen Reich orientierte. Das Beziehungsgeflecht zwischen nationaler Minderheit, neuer Staatsmacht und Nachbarstaat erwies sich als entscheidender Faktor für die politische Entwicklung dieser Grenzregionen in der Zwischenkriegszeit[30].

Zwar hatte sich die politische Lage der Weimarer Republik nach den Versuchen gewaltsamer Umstürze von rechts wie links und der Währungsreform von 1924 entspannt und diplomatische Verträge wie der Locarno-Pakt führten in sicherheitspolitischer Hinsicht zu einer Reduzierung des Drucks zwischen Frankreich und Deutschland nach der Ruhr-Besetzung von 1923. Auf der anderen Seite jedoch blieben der Revanchismus und auch die mehr oder weniger offene staatliche Förderung der Minderheiten im Ausland virulent. Inwiefern dies die Beziehungen zum jeweiligen Nachbarn belastete, ist aber von Fall zu Fall unterschiedlich.

Die Organisation eigener Interessen

Nach dem Ende der Übergangszeit stabilisierte sich die politische Lage in vielen Grenzregionen, die nach 1918 unter neue staatliche Kontrolle gelangt waren. Im Zuge dessen bemühten sich auch die politischen Vertreter der Minderheitenbevölkerung verstärkt darum, ihre Organisationsstrukturen aufzubauen.

Ein Beispiel dafür ist der neugewonnene Landesteil im Osten Belgiens. Aus Sicht der Regierung war es dem 1920 eingesetzten Hochkommissariat gelungen, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ehemaligen preußischen Kreise Eupen und Malmedy an das belgische Modell anzugleichen. Im Zuge der Aufhebung der Sonderverwaltung und der damit verbundenen Angliederung des Grenzgebietes an den Rest des Landes kam es aber zu immer mehr Unmutsbekundungen der Bevölkerung. Ein Grund dafür war unter anderem, dass es bei der Parlamentswahl 1925, wie erwähnt, nicht gelungen war, den Kandidaten Jenniges nach Brüssel zu entsenden.

Vor diesem Hintergrund ist die Gründung des Heimatbundes Eupen-



Einige Gebietsveränderungen nach dem Ersten Weltkrieg förderten Unabhängigkeitsbewegungen. Bei der Saarabstimmung stimmten rund 9 Prozent aller wahlberechtigten Saarländer für die Beibehaltung des Saarstatuts. In Elsass und Lothringen entstand die Unabhängige Landespartei für Elsaß-Lothringen, die für eine Unabhängigkeit des Gebietes eintrat.

Malmedy-St. Vith im Frühjahr 1926 zu sehen. Dem Gründungsaufruf zufolge sollte dieser Verein dazu dienen, „unsere von den Vätern ererbten unschätzbaren Werte an Muttersprache und heimischen Sitten auch unseren Kindern ungeschmälert zu vererben"[31]. Die Gründer des Heimatbundes sahen den Erhalt von Sprache und Kultur als Grundlage ihrer Arbeit an, woraus sie auch politische Forderungen ableiteten.



In der Tschechoslowakischen Republik kämpfte unter anderem die Heimatfront um die Gunst der Stimmen der Minderheitenbevölkerung.

Bei der Gründungsversammlung in Sankt Vith im April 1926 sprach einer der Redner davon, dass die Bevölkerung des Grenzgebietes „durch den Versailler Vertrag vom Mutterlande abgetrennt" worden sei. Das Ziel sei es nun, sich wie die anderen „deutschen Minderheiten in den Grenzländern um Deutschland" zusammenzuschließen[52]. Der Heimatbund lässt sich somit als erste eigentliche Minderheitenorganisation in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith bezeichnen. Als Sammelbewegung erreichte der Heimatbund Zulauf in breiten Teilen der „neubelgischen" Gesellschaft, wobei das Spektrum seiner Mitglieder von ehemaligen Mitarbeitern des Gouvernements Baltia bis hin zu offenen Gegnern des belgischen Staats reichte. Die belgischen Behörden betrachteten den Heimatbund allerdings seit den ersten Tagen als eine rein revisionistische Organisation[53].

Der Heimatbund in Eupen, Malmedy und Sankt Vith war aber nicht die einzige Organisation, die diesen Namen trug. In Elsass-Lothringen hatte sich 1926 ebenfalls eine Vereinigung gleichen Namens gegründet. Die Gründer des elsässischen Heimatbundes beabsichtigten laut ihrer Gründungserklärung, Sprache und Kultur der deutschen Bevölkerung zu bewahren, sprachen sich gegen die Assimilierungstendenzen der französischen Verwaltung aus und forderten einen autonomen Status der Region. Ähnlich zum Heimatbund in Eupen, Malmedy und Sankt Vith handelte es sich auch seinem elsässischen Pendant zunächst um eine breite Sammelbewegung, die unterschiedliche politische Kräfte vereinigte.

Die französische Regierung schlug allerdings rasch mit Disziplinarmaßnahmen gegen die Unterstützer des Elsaß-Lothringischen Heimatbundes zurück[54]. Hierin zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie in „Neubelgien", wo die Regierung Mitglieder des Heimatbundes pauschal als Irredentisten ansah. Die Aktivitäten der Behörden trugen in beiden Grenzgebieten zum Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Staat sowie zur ideologischen Festigung der Mitglieder dieser Vereinigungen bei[55].

Nach den Pariser Vorortverträgen entstanden diverse ähnliche Regionalverbände, die sich darum bemühten, die als bedroht angesehene deutsche Bevölkerung zu unterstützen. In Grenzregionen, die schon längere Zeit zwischen Nachbarstaaten und Nationalbewegungen umstritten waren, gab es entsprechende Strukturen allerdings bereits seit Jahrzehnten.

Ein Beispiel dafür ist der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, der seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Spannungen zwischen verschiedenen Nationalbewegungen bestimmt war. Diese versuchten, ihre Ansprüche auf Eigenständigkeit im habsburgischen Staatswesen durchzusetzen. In Gebieten wie den von Deutschen und Tschechen beanspruchten Teilen Böhmens und Mährens trugen Auseinandersetzungen um die nationale Zugehörigkeit der Bevölkerung am Ende des 19. Jahrhunderts zum Aufbau eines dichten Netzwerks aus nationalen „Schutzvereinen" bei[56].

Auch andere Grenzregionen in Westeuropa wie Nordschleswig oder Südtirol erlebten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ähnliche Entwicklungen[57]. Die in diesen Regionen agierenden „Hüter der Nation"[58] wie Lehrer, Geistliche oder Verwaltungsbeamte beabsichtigten, die Bevölkerung in ihrem

Sinne zu beeinflussen und für die jeweilige Nation zu gewinnen. Zu diesem Zweck gründeten sie Kulturvereine und ließen Vereinshäuser und Schulen errichten. Diese Organisationsstrukturen bestanden auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in den neugegründeten Nationalstaaten fort.

In Grenzgebieten, die erst infolge der Pariser Vorortverträge von solchen Entwicklungen betroffen waren, mussten diese politischen Organisationsstrukturen allerdings erst aufgebaut werden, so auch in Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Bis 1918 sah die absolute Mehrheit der Bevölkerung die beiden Kreise Eupen und Malmedy selbstverständlich als Bestandteil des Deutschen Reichs an. Auch wenn es in der Zeit des Kulturkampfes zu Konflikten mit der preußischen Verwaltung kam, regte sich in der Bevölkerung kaum Widerstand gegen den Staat[59].

Das galt auch für die wallonische Bevölkerung des Kreises Malmedy, wobei sich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs nur Einzelpersonen wie der Journalist Henri Bragard und die Priester Joseph Bastin und Nicolas Pietkin für die Angliederung an Belgien aussprachen[60]. Nach 1920 nahm die Region eine ähnliche Entwicklung wie andere Grenzgebiete, in denen es zu immer mehr Konflikten mit der neuen Staatsmacht kam. Dazu trug auch die Politik der belgischen Verwaltung bei, die kaum dazu bereit war, auf lokale Anliegen einzugehen, was zur Entfremdung mit dem Staat beitrug. Beispielhaft dafür ist die Kommunalpolitik, wobei die Behörden sich weigerten, den Wählerwillen der Bevölkerung anzuerkennen und ihnen missliebige Personen in Ämtern zu bestätigen[61].

Einfluss von außen, Abwehr von innen?

Die verschiedenen Reichsregierungen waren seit Anfang der 1920er Jahre darin bestrebt, die Grenzziehungen zu revidieren[62]. Das zeigte sich nicht zuletzt im Sommer 1926 bei den Verhandlungen zwischen der deutschen und der belgischen Regierung über die Rückgabe des Gebietes der ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy an das Deutsche Reich. Gustav Stresemann, Vorsitzender der nationalliberalen Deutschen Volkspartei, 1923 kurzzeitig Reichskanzler und von 1923 bis 1929 Außenminister, wollte diese Verhandlungen dazu nutzen, das System der Pariser Vorortverträge auszuhebeln und auf diese Weise weitere nach 1918 verlorene Gebiete zurückzugewinnen.

Im Gegenzug für die Rückgabe der ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy versprach er der belgischen Regierung eine finanzielle Kompensation, wobei sich diese zunächst gesprächsbereit zeigte, die Gespräche dann aber unter dem Einfluss der anderen Siegermächte beendete[63]. Vor allem Frankreich zeigte sich besorgt. Auch in dänischen Regierungskreisen führten die Gerüchte über die Verhandlungen zu Befürchtungen, ein Aufbrechen der





Auch von außen wurde eine Integration der Minderheiten in ihre neuen Staaten untergraben. Der Verein für das Deutschtum im Ausland verhinderte dies schon in den 1920er Jahren. Die NSDAP tat dies in den 1930er Jahren.

Versailler Regelungen könne Folgen für Grenzkreise in Schleswig haben[54].

Der Einfluss des Deutschen Reichs auf seine Nachbarstaaten beschränkte sich aber nicht allein auf die offizielle Außenpolitik. Große Teile der reichsdeutschen Gesellschaft sahen die nach Versailles jenseits der Grenzen lebenden „Auslandsdeutschen" als Opfer des Vertrags an, wobei sich diese Verbundenheit auch auf die deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, in Südosteuropa sowie im Baltikum erstreckte.

Im Deutschen Reich hatten pangermanische und deutschnationale Organisationen wie der 1891 gegründete Alldeutsche Verband bereits seit Jahrzehnten bestanden. Diese Akteure der völkischen Bewegung warben vor dem Ersten Weltkrieg für die Vereinigung des Deutschen Reichs mit den deutschen Gebieten Österreichs-Ungarns und unterstützen deutsche Minderheiten außerhalb des Reichs[55].

Einer dieser Akteure war der seit 1881 bestehende Allgemeine Deutsche Schulverein, der später den Namen Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) erhielt. Sein Gründungszeck war es, die deutsche Bevölkerung außerhalb des Reichs durch die Errichtung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu fördern, insbesondere in Grenzregionen, in denen die nationale Zugehörigkeit der Bevölkerung umstritten war[56]. Nach 1918 gewann der VDA in der reichsdeutschen Gesellschaft rasch an Bedeutung, was sich an der steigenden Zahl von Mitgliedern und Ortsgruppen zeigt. Darüber hinaus erhielt er Förderungen durch diverse staatliche Stellen, was von preußischen Landesbehörden bis hin zu Reichsministerien reichte[57].

Der VDA sowie andere Organisationen wie der Deutsche Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum lobbyierten sowohl im Deutschen Reich als auch außerhalb seiner Grenzen für das „Auslandsdeutschtum". Sie agierten dabei im Graubereich der reichsdeutschen Außenpolitik, da es sich um nichtstaatliche Organisationen handelte, die aber eng mit den Reichsministerien verbunden waren und Finanzmittel von staatlichen Stellen erhielten.

Die konkrete Ausführung dieser Minderheitenpolitik, die unter anderem mit der Finanzierung von Partnerorganisationen, Kultur- und Bildungseinrichtungen im Ausland sowie mit Austauschprogrammen zwischen dem Reich und den Minderheitengebieten verbunden war, ist in einer Reihe von Studien für verschiedene Staaten wie Polen, Frankreich und die Tschechoslowakei untersucht worden[58]. Carlo Lejeune hat hierzu die Aktivitäten in Eupen, Malmedy und Sankt Vith untersucht[59]. Nicht zuletzt führten Organisationen wie der VDA auch Veranstaltungen im Deutschen Reich durch, um das Bewusstsein für die Lage des „Auslandsdeutschtums" zu schärfen und dessen Vertreter miteinander zu vernetzen. Das zeigt sich etwa am Beispiel der eingangs genannten Pfingsttagung in Aachen 1931.

Deutschtumspolitische Einmischungen

Durch seine mehr oder weniger offen praktizierte Minderheitenpolitik übte das Deutsche Reich mit Finanzhilfen und Förderungsprogrammen Einfluss auf Bürger seiner Nachbarländer aus, was dort dazu beitrug, das Misstrauen der Mehrheits- gegenüber der Minderheitenbevölkerung zu steigern. Auch die Regierungen der Nachbarstaaten bedienten sich in vielen Fällen der Argumentation, dass die politischen Vertreter der deutschen Minderheitenbevölkerung von Berlin aus gesteuert seien, um ihre Forderungen zurückzuweisen.



Natürlich wurde die Saarabstimmung, die Sudetenkrise oder die Annexion des Memellands auch in den Wahlkämpfen in Eupen-Malmedy rezipiert. In allen Gebieten arbeiteten Vereinigungen und Parteien auf eine Wiedervereinigung mit Deutschland hin.

Es wäre allerdings verkürzt, das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und den politischen Vertretern der deutschen Minderheitenbevölkerung als ein direktes Abhängigkeitsverhältnis zu sehen[70]. Die politischen Vertreter agierten oftmals eigenständig und widersetzten sich den Anweisungen ihrer Financiers. In diesem Zusammenhang stritten sowohl verschiedene Akteure innerhalb der deut-

schen Minderheitenbevölkerung als auch diverse Organisationen und Dienststellen im Deutschen Reich um politischen Einfluss und Finanzmittel. Allein für das Gebiet der ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy engagierten sich 1938 bis zu 22 Akteure, darunter diverse Reichsministerien, der VDA sowie Vertreter der Regierungspräsidien Aachen und Köln. Ebenso bestand auf der anderen Seite der Grenze ein Konkurrenzverhältnis zwischen den Empfängern dieser Mittel, die von der Heimattreuen Front und dem Heimatbund bis zur lokalen Presse reichten[71].

Im Gegensatz zu den vorherigen Bemühungen, die Revision der Nachkriegsordnung durch kooperative Schritte zu erreichen, stimmte Adolf Hitler bereits kurz nach seinem Amtsantritt einer nicht vertragskonformen Rüstungspolitik zu. Eine weitere Station auf dem Weg zur Revision von Versailles war neben der Saarabstimmung 1935 der Einmarsch im Rheinland am 7. März 1936, wobei es sich um einen offenen Bruch der Bestimmungen zur Entmilitarisierung des Rheinlands handelte. Zwei Jahre später annektierte das Deutsche Reich den südöstlichen Nachbarn Österreich, was ein Großteil der dortigen Bevölkerung begrüßte.

Im September 1938 vereinbarten das Deutsche Reich, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien in der Münchner Konferenz die Abtrennung der böhmischen und mährischen Grenzgebiete der Tschechoslowakischen Republik, womit die westlichen Alliierten sowohl der aggressiven Außenpolitik Hitlers entgegenkamen als auch das Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik beschlossen[72]. Dabei erwiesen sich Akteure und Institutionen der reichsdeutschen Minderheitenpolitik nach 1933 mehrheitlich als anschlussfähig zum NS-Staat. Das zeigte sich beispielsweise an der Westgrenze des Deutschen Reichs, wobei sich die Institutionen der „Westforschung" aktiv in den Dienst der NS-Außenpolitik stellten[73].

Die nationalsozialistische Außenpolitik wirkte sich sowohl auf die politischen Vertreter der deutschen Minderheitenbevölkerung als auch auf die Akteure und Institutionen der reichsdeutschen Minderheitenpolitik aus. In diesem Zusammenhang sind zwar Unterschiede zwischen nationalkonservativen und völkischen Vertretern der Deutschtumspolitik und den Nationalsozialisten auszumachen. Erstere profitierten aber nach 1933 von den neuen Rahmenbedingungen und stellten sich aktiv in den Dienst des Regimes. Der nach 1933 von „Verein" in „Volksbund für das Deutschtum im Ausland" umbenannte VDA fügte sich ebenso in den NS-Staat ein. Zwar musste sein Leiter Hans Steinacher 1937 seinen Platz räumen, er hatte den VDA aber in den Jahren zuvor auf Regimekurs gebracht, bevor er bei internen Machtkämpfen seinen Posten verlor[74].

Innerhalb der deutschen Minderheiten im Ausland gewannen in vielen Fällen Kräfte die Oberhand, die mehr oder weniger offen mit dem Nationalsozialismus sympathisierten. In Eupen, Malmedy und Sankt Vith ist die 1935 gegründete, aus der Christlichen Volkspartei hervorgegangene Heimattreue Front zu nennen, eine deutschnationale Sammelbewegung, die sich zunehmend in das Fahrwasser der NSDAP begab[75]. Bekanntlich erzielte sie bei den letzten Parlamentswahlen vor dem Krieg noch 45,2 Prozent der Stimmen[76].

Das wohl wichtigste Beispiel für eine solche Bewegung ist aber die 1933 gegründete Sudetendeutsche Heimatfront, die später den Namen Sudetendeutsche Partei erhielt. Bei der Parlamentswahl 1935 erzielte sie einen Erdrutschsieg und gewann die relative Mehrheit im Prager Parlament. Dazu reichten der Partei allerdings 15 Prozent der Stimmen, was auf die Zersplitterung der politischen Landschaft hinweist. Als problematisch erwies sich insbesondere das Verhältnis zum Deutschen Reich. Während Parteiführer Konrad Henlein zunächst die Nähe zum Deutschen Reich öffentlich zurückwies, agierte seine Partei später als Werkzeug der nationalsozialistischen Außenpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit der Sudetenkrise 1938. Die von Henlein mitverursachten Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Bevölkerung und der Staatsmacht in den Grenzgebieten Böhmens und Mährens dienten Hitler schließlich als Begründung für die Abtretung dieser Gebiete im Münchner Abkommen, was die Vertragspartner ohne Einbeziehung der Tschechoslowakei vereinbarten[77].

Die politische Entwicklung innerhalb der deutschen Minderheiten beschränkte sich jedoch nicht allein auf die mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Gruppen. Eine Reihe von Akteuren, etwa die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei, stellten sich ihren politischen Gegnern entgegen.

In diesem Zusammenhang ist darüber hinaus zu beachten, dass die Verschärfung des politischen Klimas in

Europa während der 1930er Jahre nicht allein auf die Minderheitenbevölkerung beschränkt blieb. Im Verlauf der Zwischenkriegszeit wandelten sich mit Ausnahme der Tschechoslowakei und Finnland alle nach 1918 entstandenen Staaten, darunter Österreich, Ungarn, Polen sowie die baltischen Staaten, zu Diktaturen, ebenso wie Spanien, Portugal und Italien[78]. Allerdings gewannen auch in etablierten Demokratien wie Belgien und Frankreich extreme Kräfte auf der rechten und linken Seite zunehmend an Zulauf und stellten dadurch die politische Ordnung mehr und mehr in Frage[79].





Frappierend sind nicht nur die Parallelen zwischen der Propaganda um den Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg. Auch das Diktum „Hitler holt uns Heim ins Reich" war ein in Eupen-Malmedy und dem Sudetenland wiederkehrendes Propagandamotiv.

Krieg und Nachkrieg

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die Nachbarländer begrüßten große Teile der deutschen Bevölkerung in den Grenzgebieten diese Soldaten als ihre Befreier und unterstützten das neue faschistische System zum Teil tatkräftig. Ebenso wirkten sie in den neu geschaffenen Verwaltungsapparaten mit. In unterschiedlichen Schattierungen konfrontierte die Zugehörigkeit zum „Großdeutschen Reich" die Bevölkerung mit ähnlichen Erfahrungen und Entscheidungen: Wiedereinführung der deutschen Gesetzgebung, Volkstums- und Germanisierungspolitik, sogenannte Zwangsrekrutierung, nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und Denunziationen stellten die Bewohner vor Loyalitätsfragen. Nicht zuletzt deren Beantwortung durch den Einzelnen bestimmte dann auch die Erfahrungen in der Nachkriegszeit. Auch die politischen Säuberungen hatten erhebliche Auswirkungen auf die Integrations- und Assimilierungspolitik von Minderheiten in Europa nach 1945[80].

Eupen-Malmedy bildete hier trotz der belgischen Spezifitäten in der Strafverfolgungs- und Säuberungspolitik keine Ausnahme. Nachdem sich die Revanchegelüste von Widerstandsbewegungen im Herbst und Winter 1944 abgekühlt hatten und die Ardennenoffensive gescheitert war, wurde physische Gewalt zu einer Ausnahmeerscheinung. Es kam hier längst nicht zu solch massiven Umwälzungen wie in Ost- oder Südosteuropa, wo Millionen von Menschen aufgrund von ethnischen Vertreibungen ihre Heimat verloren. Gemeinsam ist vielen dieser Minderheiten wiederum eine über Jahrzehnte währende politische

Sprachlosigkeit. Markanteste Ausnahmen sind hier die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik, die ja in ihren Anfangsjahren über ein Vertriebenenministerium verfügte.

In einigen westeuropäischen Grenzregionen wurden schließlich Formen der Autonomie (deutschsprachiges Belgien, Südtirol) oder Möglichkeiten zur parlamentarischen Teilhabe auf regionaler Ebene (Schleswig-Holstein) geschaffen. Die Wege dorthin konnten sehr unterschiedlich sein, so als Nebenprodukt des mit friedlichen Mitteln geführten flämisch-wallonischen Konflikts oder als Resultat eines bisweilen mit Mitteln der Gewalt geführten Kampfes in Italien, das sich dem Weg in die Dezentralisierung entgegenstellte. Demgegenüber setzte Frankreich auf den Weg der Totalassimilierung. In den kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas waren nationale Bewegungen und Minderheitenrechte bis weit in die 1980er Jahre zumeist Gegenstand von Ignoranz und Unterdrückung.

In unterschiedlicher Ausprägung und Intensität bildeten sich in fast allen Regionen auf Traumata beruhende Opfergedächtnisse, die bis heute nur schwer aufzubrechen sind.

Endnoten

1 Vgl. Robert Gerwarth, The Vanquished. Why the First World War Failed to End, 1917-1923, London 2016, S. 199-202.
2 Zur Entwicklung des VDA nach 1918 im Kontext der reichsdeutschen Minderheitenpolitik Markus Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit" und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006, S. 22-28.
3 Die volksdeutsche Tagung in Aachen, in: Eupener Zeitung, 22.5.1931.
4 Die VDA-Tagung in der alten Kaiserstadt, in: Eupener Zeitung, 26.5.1931.
5 Glänzende VDA-Tagung in Aachen, in: Eupener Nachrichten, 27.5.1931.
6 Vgl. Ulrich Tiedau, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Kittel/Horst Möller/Jiří Pešek/Oldřich Tůma (Hrsg.), Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich, München 2007, S. 435-522, hier S. 446 ff.
7 Vgl. Christoph Brüll, Vom Dazwischen-Sein. Eupen-Malmedy in den deutsch-belgischen Beziehungen 1918-1949, in diesem Band.
8 Vgl. Ulrich Herbert, Eine neue Weltordnung. Die Friedensverträge 1919 und ihre Auswirkungen, in: Christoph Brüll (Hrsg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 23-52.
9 Vgl. Gerwarth, The Vanquished, S. 213-216.
10 Vgl. Rogers Brubaker, Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe, Cambridge, Mass. 1996, S. 60ff.
11 Vgl. Carlo Lejeune, Eine junge Demokratie, zu wenig Demokraten?, in: ders./Freddy Cremer/Andreas Fickers, Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Böllingen 2001, S. 63-73, hier S. 69f.
12 Vgl. Tara Zahra, The „Minority Problem" and National Classification in the French and Czechoslovak Borderlands, in: Contemporary European History 17/2 (2008), S. 137-165, hier S. 144f.
13 Philipp Ther, Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen" im modernen Europa, Göttingen 2011, S. 46.
14 Zur Übertragung des von dem Osteuropa-Historiker Philipp Ther geprägten Konzepts des Zwischenraums auf Eupen-Malmedy-Sankt Vith vgl. Christoph Brüll/Andreas Fickers, Zeit-Räume im langen 19. Jahrhundert. Erfahrungen von

Verdichtung, Beschleunigung und Beharrung, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3: Code civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2017, S. 8-27, hier S. 12-16; Christoph Brüll/Carlo Lejeune, Ein Schattendasein in der Geschichtsschreibung. Wenige Blicke auf die Zwischenräume im langen 19. Jahrhundert, in: ebd., S. 278-297, hier S. 280f.

15 Vgl. Martin Zückert, Vom Aktivismus zur Staatsnegation? Die Sudetendeutschen zwischen Staatsakzeptanz, regional-nationalistischer Bewegung und dem nationalsozialistischen Deutschland, in: Peter Haslinger/Joachim von Puttkamer (Hrsg.), Staat, Loyalität und Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1918-1941, München 2007, S. 69-98.

16 Dazu zählt für die Region Eupen-Malmedy-Sankt Vith beispielsweise die „Säuberung" nach dem Zweiten Weltkrieg, zu der Carlo Lejeune drei Bände vorgelegt hat.

17 Siehe dazu die Fallstudien zur Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit: Christoph Boyer, Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918-1938), München 1999; Martin Zückert, Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918-1938, München 2006; Mirek Němec, Erziehung zum Staatsbürger? Deutsche Sekundarschulen in der Tschechoslowakei 1918-1938, Essen 2010.

18 Einführend siehe Christoph Brüll, Historiographie und Zeitgeschichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Eine Bestandsaufnahme, in: ders. (Hrsg.), Zoom, S. 145-162; Peter M. Quadflieg, Die „terra incognita" des belgischen Föderalstaates. Stand der historischen Forschung über die Deutschsprachige Gemeinschaft, in: Sebastian Bischoff/Christoph Jahr/Tatjana Mrowka/Jens Thiel (Hrsg.), Belgica – terra incognita? Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung, Münster 2016, S. 204-213.

19 Jost Dülffer, Das Deutsche Reich und der Versailler Vertrag, in: Brüll, Zoom, S. 53-71.

20 Eupener Nachrichten, 1.4.1939.

21 Als zuverlässige Einführung in die Problematik vgl. Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005.

22 In der Fülle der Literatur vgl. Herbert, Eine neue Weltordnung; Dülffer, Das Deutsche Reich.

23 Vgl. Gerald Stourzh, Zur Genese des Anschlussverbots in den Verträgen von Versailles, Saint-Germain und Trianon, in: Isabella Ackerl/Rudolf Neck (Hrsg.), Saint-Germain 1919. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979, Wien 1989, S. 41-53.

24 Zum Folgenden vgl. Kolb, Frieden.

25 Vgl. Kolb, Frieden, S. 95; Nina Jebsen/Martin Klatt, The negotiation of national and regional identity during the Schleswig-plebiscite following the First World War, in: First World War Studies, 5/2 (2014), S. 181-211.

26 Vgl. Kolb, Frieden, S. 95f.

27 Vgl. Nina Jebsen, Als die Menschen gefragt wurden. Eine Propagandaanalyse zu Volksabstimmungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, Münster 2015, S. 52ff.

28 Vgl. Tim Wilson, Frontiers of Violence. Conflict and Identity in Ulster and Upper Silesia 1918-1922, Oxford 2010.

29 Zum Folgenden aus der inzwischen reichhaltigen Literatur vgl. Vincent O'Connell, The annexation of Eupen-Malmedy. Becoming Belgian 1919-1929, New York 2018; Francis Balace, Belgien und die Ostkantone im Versailler Vertrag. Irredenta-Gebiet, militärische Pufferzone oder Trostpreis?, in: Brüll, Zoom, S. 73-102. Dazu die klassische, mittlerweile in Teilen überholte diplomatiegeschichtliche Studie von Sally Marks, Innocent Abroad. Belgium at the Paris Peace Conference of 1919, Chapel Hill 1981.

30 Vgl. Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964), S. 206-516, hier S. 258f.

31 Vgl. Christoph Brüll, Vom Dazwischen-Sein.

32 Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016, S. 175f.

33 Vgl. Carlo Lejeune/Alfons Rauw, Wilfried Jousten, Die große Suche nach Heimat und Teilhabe, in diesem Band.

34 Vgl. Zahra, The „Minority Problem".

35 Rudolf Lill, Italien und seine deutsche Minderheit in Südtirol, in: Kittel/Möller/Pešek/Tůma (Hrsg.), Deutschsprachige Minderheiten, S. 373-434, hier S. 375, S. 388-393.

36 Vgl. Gerwarth, The Vanquished, S. 215.

37 Vgl. Statistiques de la Belgique. Recensement général du 31.12.1920. Population. Gouvernement Eupen-Malmedy, Bd. III, Brüssel 1926.

38 Zu diesen Narrativen: Freddy Cremer, „Verschlusssache" Geschichte. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: ders./Lejeune/Fickers, Spuren, S. 9-26; Carlo Lejeune und Christoph Brüll, Geschichtsschreibung als Spiegel des Zeitgeistes, in diesem Band.

39 Vgl. Joseph Schmauch, Novembre 1918. L'administration française s'établit en Alsace-Lorraine, in: Revue d'Alsace, 139 (2013), S. 259-276.

40 Zum Folgenden vgl. Christoph Brüll, La référence à l'Alsace-Lorraine dans le rattachement et l'intégration d'Eupen-Malmedy à la Belgique, in: Revue d'Alsace, 144 (2018), im Erscheinen.

41 Vgl. Lill, Italien, S. 376f.

42 Vgl. Jaroslav Kučera, Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938, München 1999, S. 307.

43 Vgl. Johannes Schmidt-Wodder/Jens Möller, Nordschleswigsche Folketingsmitglieder in der Zwischenkriegszeit zwischen Alldeutschtum, Friedensverein und Nationalsozialismus, in: Benjamin Conrad/Hans Christian Maner/Jan Kusber (Hrsg.): Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit, Düsseldorf 2015, S. 47-64.

44 Vgl. François Audigier, Le retour des députés alsaciens au Palais Bourbon. Entre attachement à la grande patrie française et défense des intérêts spécifiques de la petite patrie alsacienne, in: Revue d'Alsace, 144 (2018), im Erscheinen.

45 Vgl. Hans Heiss, Südtiroler in Rom. Der „Deutsche Verband" im italienischen Parlament 1921-1929, in: Conrad/Maner/ Kusber (Hrsg.), Parlamentarier, S. 257-279.

46 Zur Entwicklung dieser Parteien siehe Jörg Kracik, Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938, Frankfurt am Main 1999.

47 Zum Folgenden vgl. Wilfried Jousten, Errichtung und Auflösung des Bistums Eupen-Malmedy (1921-1925). Eine Studie mit besonderer Berücksichtigung kirchenrechtlicher Aspekte, Brüssel 2016.

48 Vgl. Claude Muller, Dieu, l'Allemagne et la France. Mgr Fritzen, Mgr Ruch et la question du Nationalisme, in: Revue d'Alsace, 144 (2018), im Erscheinen.

49 Vgl. Andrzej Michalczyk, Heimat, Kirche und Nation. Deutsche und polnische Nationalisierungsprozesse im geteilten Oberschlesien (1922-1939), Köln 2011.

50 Vgl. Peter Haslinger/Joachim von Puttkamer, Staatsmacht, Minderheit, Loyalität

– konzeptionelle Grundlagen am Beispiel Ostmittel- und Südosteuropas in der Zwischenkriegszeit, in: dies. (Hrsg.), Staat, S. 1-16.

51 Karl Bartz, Das Unrecht an Eupen-Malmedy, Berlin 1928, S. 72f.

52 „Heimatbund Eupen-Malmedy-St. Vith", in: Der Landbote, 31.3.1926.

53 Pabst, Eupen-Malmedy, S. 379-383.

54 Vgl. Christopher J. Fischer, Alsace to the Alsatians? Visions and Divisions of Alsatian Regionalism 1870-1939, New York 2010, S. 180-188.

55 Vgl. Christiane Kohser-Spohn, Der Traum vom gemeinsamen Europa. Autonomiebewegungen und Regionalismus im Elsaß 1870-1970, in: Holm Sundhaussen/Philipp Ther (Hrsg.), Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Marburg 2003, S. 89-111, hier S. 99ff.

56 Vgl. Peter Haslinger (Hrsg.), Schutzvereine in Ostmitteleuropa. Vereinswesen, Sprachenkonflikte und Dynamiken nationaler Mobilisierung 1860-1939, Marburg 2009.

57 Vgl. Rolf Petri, Nordschleswig und Südtirol. „Heimat" im Kontext multipler Identitäten, in: ders./Michael G. Müller (Hrsg.), Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002, S. 161-197.

58 Zu dieser Entwicklung in Österreich-Ungarn siehe Pieter M. Judson, Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria, Cambridge, Mass. 2006.

59 Vgl. Sebastian Scharte, Preußisch – deutsch – belgisch. Nationale Erfahrung und Identität. Leben an der deutsch-belgischen Grenze im 19. Jahrhundert, Münster 2010, S. 97-122.

60 Zu den Wallonen im Kaiserreich bis 1918 siehe Klaus Pabst, Die preußischen Wallonen. Eine staatstreue Minderheit im Westen, in: Hans Henning Hahn/Peter Kunze (Hrsg.), Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 71-79.

61 Vgl. Johannes Kontny, Zwischen kommunaler Bevormundung und Autonomie, in diesem Band.

62 Jost Dülffer, Das Deutsche Reich und der Versailler Vertrag, in: Brüll, Zoom, S. 53-71.

63 Vgl. Manfred J. Enssle, Stresemann's Territorial Revisionism. Germany, Belgium, and the Eupen-Malmédy Question 1919-1929, Wiesbaden 1980, S. 115-172.

64 Vgl. von Mutius (Kopenhagen) an Auswärtiges Amt, 20.8.1926, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B:1925-1933, Bd. I, 2, Göttingen 1968, Dok. 52, S. 106.

65 Vgl. Uwe Puschner, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001.

66 Vgl. Gerhard Weidenfeller, VDA, Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner deutscher Schulverein (1881-1918). Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus und Imperialismus im Kaiserreich, Bern 1976.

67 Vgl. Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit", S. 25f.

68 Vgl. Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919-1933, Stuttgart 1973; Karl-Heinz Rothenberger, Die elsaß-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Bern 1975; Rudolf Jaworski, Vorposten oder Minderheit? Der Sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR, Stuttgart 1977.

69 Vgl. Carlo Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925-1980. Wege zur europäischen Integration?, Köln/Weimar/Wien 1992, S. 124-138.

70 Zur Diskussion um das Werk „Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy" von Bruno Kartheuser, das sich auf eine solche Argumentationslinie stützt, siehe Christoph Brüll, L'identité des Belges germanophones est une non-identité. Quelques réflexions à propos de parutions récentes sur l'histoire de la Communauté germanophone de Belgique, in: Cahiers d'Histoire du Temps Présent – Bijdragen tot de Eigentijdse Geschiedenis 21 (2009), S. 211-226.

71 Vgl. Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg, Bern 1978, S. 30ff.

72 Vgl. Gerwarth, The Vanquished, S. 260f.

73 Vgl. Thomas Müller, Imaginierter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums" im völkischen Diskurs zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus, Bielefeld 2009, S. 219-322.

74 Vgl. Hans-Werner Retterath, Hans Steinacher. Die Stilisierung zum ersten Soldaten des „Volkstumskampfes" und nach 1945 zum NS-Opfer, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar (Hrsg.), Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert. Expertise und „Neuordnung" Europas, Paderborn 2010, S. 153-176.

75 Vgl. David Mennicken, Die Heimattreue Front 1936-1940. Geschichte der „Heim-ins-Reich"-Bewegung in Eupen-Malmedy, Eupen 2016.

76 Zu den Versuchen, dieses Resultat gleichsam als Ersatz für die „Volksbefragung" von 1920 als einen belgischen Sieg zu deuten, vgl. Cremer, „Verschlusssache" Geschichte, S. 21ff.

77 Vgl. Ronald Smelser, Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933-1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik, München 1980.

78 Vgl. Gerwarth, The Vanquished, S. 251ff.

79 Vgl. Boris Barth, Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918-1938, Frankfurt am Main 2016.

80 Vgl. Manfred Kittel, Horst Möller, Jiří Pešek, Oldřich Tůma (Hrsg.), Deutschsprachige Minderheiten, München 2006.

EUPEN-MALMEDY IN DEN DEUTSCH-BELGISCHEN BEZIEHUNGEN 1918-1949

VOM DAZWISCHEN-SEIN

VON CHRISTOPH BRÜLL











Die diplomatischen Diskussionen über die 1920 abgetretenen Kreise Eupen und Malmedy füllen viele Regalmeter. Welche Bedeutung Eupen-Malmedy im deutsch-belgischen Verhältnis zukam, ist jedoch nicht so leicht zu sagen: Zwar übernahm Belgien 1920 die Souveränität, ließ aber immer wieder Einmischungen der deutschen Politik bis 1940 auch bewusst zu. Das belgische Interesse an der Region erwachte nach der Annexion von 1940 erst wieder 1944. In der langfristigen Perspektive über die Zeitschnitte 1920, 1940 und 1945 erscheint die Rolle dieser Minderheit zwischen den Zentren Brüssel und Berlin als Beispiel von zum Teil schnell wechselnden Machtpolitiken, in denen sich die Zerrissenheit jener Zeit spiegelt.

Am 15. März 1927 löste der sozialistische Abgeordnete Marc Somerhausen in der belgischen Kammer ein Wahlversprechen ein. Der aus Brüssel stammende Rechtsanwalt war 1925 im Bezirk Verviers gewählt worden, zu dem auch die drei Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith gehörten. Er befragte Premierminister Henri Jaspar (Katholische Union) zur Politik der Behörden gegenüber den sogenannten „Neubelgiern"[1]. Seine Interpellation geriet zu einer Abrechnung mit der bisherigen Integrationspolitik, die er vor allem aus zwei Gründen auf dem Holzweg sah: Er reihte sich in die Riege der sozialistischen Politiker ein, die seit 1920 die auf der Grundlage des Versailler Vertrags durchgeführte „Volksbefragung" kritisierten, die weder frei noch geheim gewesen war. Somit bezweifelte er die Legitimität der Angliederung Eupen-Malmedys an Belgien. Während die Verteidiger der „Volksbefragung" von den „wiedergefundenen Brüdern" (die sogenannte Desannexionsthese) sprachen, die 1920 in den Schoß des Vaterlandes zurückkehrten, von dem sie 1815 unrechtmäßig getrennt worden waren, sah Somerhausen in dieser Argumentation noch lange kein tragfähiges und wirksames Instrument für eine Integration.

Wilde Proteste im Parlament

Somerhausens Rede sorgte für wilde Proteste auf den Bänken der Katholischen Union und der Liberalen Partei und spaltete die Dreiparteienregierung, der die Belgische Arbeiterpartei angehörte, auch wenn deren Vertreter bei Weitem nicht alle hinter Somerhausens Ausführungen standen. Während die katholischen Abgeordneten aus dem Bezirk Verviers einem Brüsseler Sozialisten schlicht das Recht absprachen, für eine „tiefkatholische", ihm deshalb unbekannte Bevölkerung zu sprechen, betonte Premierminister Henri Jaspar, dass es keine „Frage Eupen-Malmedy" mehr gebe. Die Bestätigung der Resultate der „Volksbefragung" durch den Völkerbund am 20. September 1920 habe hier eine eindeutige Antwort gegeben: Das Gebiet sei belgisch und werde es bleiben.

Eine Woche später äußerte sich im deutschen Reichstag der Abgeordnete und Kölner Universitätsprofessor Martin Spahn von der Deutschnationalen Volkspartei direkt zu Somerhausens Intervention und zu ihrer „schroffen Zurückweisung":

„Vor etwa zwei [sic!] Wochen fand in der belgischen Kammer wieder eine Erörterung über Eupen-Malmedy statt. Ein sozialdemokratisches Mitglied der belgischen Kammer befürwortete, dass man die Bevölkerung noch einmal und nicht unter behördlichem Druck abstimmen lassen sollte. Die anderen Parteien und die Regierung wandten sich in auffällig bestimmter Weise gegen jede Überlegung, als könnten die Gebiete noch einmal zum Reich zurückkehren. Wie ein Hohn musste es uns in den Ohren klingen, dass erklärt wurde: selbst wenn Belgien bereit wäre, müsste die Entscheidung darüber dem Völkerbund überlassen bleiben."[2]

Ein solcher Dialog zwischen Parlamentariern, wenn auch über Bande gespielt, war eher die Ausnahme. Eupen-Malmedy war zwar ein öffentliches Thema, zu dem sich deutsche und belgische Politiker nach 1920 jedoch lieber leise oder halböffentlich äußerten. So trivial diese Beobachtung auf den ersten Blick anmuten mag, so schwierig gestaltet sich die Standortbestimmung, welche Rolle Eupen-Malmedy denn genau in den deutsch-belgischen Beziehungen spielte. Schon zeitgenössische Diplomaten und Politiker sprachen von „Zankapfel" oder „Faustpfand", Historiker später von „Gradmesser" und von „taktischer Rolle"[3].

Ich möchte versuchen, einige Schlaglichter auf die Bedeutung Eupen-Malmedys für das bilaterale Verhältnis zwischen Belgien und Deutschland zu werfen. Dies geschieht in synthetischer Form und weitgehend auf der Grundlage und Einordnung der bestehenden Forschungsliteratur. Die gewählte Perspektive ist bewusst die der Zentren Brüssel und Berlin. Die Wechselwirkungen zwischen den Hauptstädten hatten natürlich auch erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklungen in Eupen-Malmedy. Die Darstellung folgt weitgehend der außenpolitischen Chronologie: Versailler Vertrag und Folgen (1919-1921), diplomatisches Momentum des Locarno-Paktes (1925-1927), Bedeutung der NS-Machtübernahme (1933-1935), Neuorientierung als Folge der belgischen Unabhängigkeitspolitik (1935-1937), Weg in den Krieg (1938-1940), Reaktionen auf die Annexion durch das „Großdeutsche Reich" (1940-1943) und Pläne für die Nachkriegszeit (1944-1949). Einige Fragen werden jedoch auch im chronologischen Längsschnitt beleuchtet, wie die Folgen des Ersten Weltkriegs, das Grenzregime oder die Rolle der Staaten vor Ort.

Das Erbe des Ersten Weltkriegs

Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf das belgisch-deutsche Verhältnis waren verheerend. Das deut-



Nach dem Ersten Weltkrieg waren die deutsch-belgischen Beziehungen zutiefst gestört. In die öffentliche Meinung der Europäischen Bevölkerungen hatten sich die Verletzung der belgischen Neutralität und die deutschen Verbrechen beim Einmarsch in Belgien tief eingebrannt. Auf der Karikatur ist Kaiser Wilhelm II. verblüfft, dass die belgische Abkürzung zwischen Berlin und Paris so problematisch war.

sche Ultimatum an die belgische Regierung am 2. August 1914, der Einmarsch der deutschen Truppen am 4. August 1914 und ihre Kriegsverbrechen sowie die vier Jahre währende Besatzung ruinierten die zwar nicht spannungsfreien, aber guten Beziehungen, die die beiden Nachbarn bis dahin geführt hatten. Vor allem die mentalen Folgen hatten Langzeitwirkung: Der Krieg provozierte bei vielen Belgiern antideutsche Ressentiments[4], die teilweise bis heute fortdauern.

Auf Ebene der Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland in der Zwischenkriegszeit gab es drei Kriegsfolgen, die einer Annäherungspolitik entgegenstanden: die belgische Sicherheitspolitik als Folge der Verletzung der Neutralität im August 1914, die „Franktireur-Frage" als Folge der „Gräueltaten" gegen belgische Zivilisten in den ersten Kriegswochen und die „Markfrage" als Folge der Einführung der Mark als Zahlungsmittel während der Besatzungszeit.

Der Bruch der belgischen Neutralität durch das Deutsche Kaiserreich, das seit dem Londoner Vertrag von 1839 eine Garantiemacht dieser Neutralität war, beendete diese, auch wenn dies zunächst in keinem Vertrag festgehalten worden war[5]. Die internationalen Entwicklungen des Jahres 1920, vor allem die Nicht-Ratifizierung des Versailler Vertrags durch die USA und die Ablehnung des Vereinigten Königreichs, Garantien für den Schutz Frankreichs und Belgiens gegenüber einem, damals eigentlich unmöglichen, erneuten deutschen Angriff zu übernehmen, trieben Belgien in die Arme Frankreichs.

Die beiden Nachbarn schlossen am 7. September 1920 ein Generalstabsabkommen (Accord militaire défensif franco-belge pour le cas d'une agression allemande non provoquée). Dieses Abkommen, dessen Inhalt geheim bleiben sollte, obwohl es beim Völkerbund registriert wurde und ihm damit der juristische Wert eines Vertrags



In Belgien regierte in der Bevölkerung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine revanchistische Grundhaltung gegenüber allem Deutschen. Dies waren keine idealen Ausgangsbedingungen, um einen Bevölkerungsteil zu integrieren, der kulturell deutsch und dem Kaiser treu ergeben war.

zukam, blieb bis zu seiner Kündigung im März 1936 heftig umstritten. Für Emmanuel Gerard demonstriert es die „prekäre Lage einer kleinen Nation in der Politik der Großmächte"[6]. Die Anbindung an Frankreich zeigte sich umso deutlicher mit der Ruhrbesetzung vom März 1923, mit der Belgien seine Interessen in der Frage der deutschen Reparationszahlungen wahren sollte[7]. Die Herauslösung Belgiens aus der Verbindung zu Frankreich bildete, kaum verwunderlich, eines der Hauptziele aller deutschen Regierungen.

Die „Franktireur-Frage"

Die emotional schwerste Belastung für die bilateralen Beziehungen stellte die sogenannte „Franktireur-Frage" dar[8]. Deutsche Soldaten hatten während der ersten Kriegswochen rund 6.000 belgische Zivilisten auf teilweise grausame Art ermordet, weil sie sich im „Franktireur"-Krieg wähnten. Sie vermuteten, dass Zivilisten aus dem Hinterhalt das Feuer auf sie eröffneten und betrachteten die gewaltsamen Repressionen als eine Reaktion auf diesen angeblichen belgischen „Volkskrieg".

Heeresleitung und Soldaten gingen davon aus, dass dieser von der belgischen Regierung und der Armeeführung geplant gewesen sei, womit in ihren Augen auch von einer belgischen Neutralität nicht die Rede sein könne. Belgien bestritt dies vehement und verwies die „Franktireure" in das Reich der „Psychose". Bereits während des Kriegs untermauerten beide Regierungen ihre Positionen mit Dokumentensammlungen. Diese Auseinandersetzung zog sich über das Kriegsende hinaus.



Ein Bild vom Zentrum Löwens macht deutlich, warum sich die deutsch-belgischen Beziehungen keineswegs auf Eupen-Malmedy beschränken ließen. Der Place du XX Août in Lüttich, die Stadt Dinant, die Universitätsbibliothek in Löwen oder Tamines sind zu Erinnerungsorten der belasteten Beziehungen beider Länder geworden.

Allerdings unternahmen die deutschen Besatzungsbehörden keine Schritte, um vermeintliche „Franktireure" ausfindig zu machen und vor Gericht zu stellen. Im Gegensatz dazu wurden nach dem Krieg auf der Grundlage des Versailler Vertrags juristische Schritte eingeleitet, um deutsche Kriegsverbrecher anzuklagen und zu verurteilen. Aufgrund der ablehnenden Haltung der deutschen Gerichte bis hinauf zum Leipziger Reichsgericht wurden diese Verfahren jedoch sabotiert. Viele belgische Gerichte mussten sich damit begnügen, Urteile in Abwesenheit zu sprechen.

Ab Mitte der 1920er Jahre wurden dann mehrmals Versuche unternommen, eine deutsch-belgische Historikerkommission einzurichten, um die „Franktireur-Frage" gemeinsam zu klären. Während die einen darin eine Möglichkeit sahen, die angespannten Beziehungen zu entschärfen, erblickten andere gerade darin eine potentielle Belastung, nicht zuletzt die Briten. So kam es letztendlich nicht dazu, auch wenn das Thema nach 1933 nicht mehr mit derselben Intensität erörtert wurde. In den ersten Wochen der deutschen Besatzung in Belgien im Zweiten Weltkrieg ließen die deutschen Behörden dann wiederum in belgischen Archiven nach belastendem Material fahnden, brachen die Suche jedoch erfolglos ab. Erst 1958 kam es zur Einsetzung einer gemeinsamen Historikerkommission, die sich vor allem mit dem hochsymbolischen Verbrechen in Löwen befasste, d. h. mit dem Brand der Universitätsbibliothek nach Gefechten, bei denen deutsche Soldaten sich in ihrer Angst vor „Franktireuren" gegenseitig beschossen hatten.

Ein drittes bilaterales Problem betraf die sogenannte Markfrage[9]. Im Oktober 1914 hatten die Besatzungsbehörden die Mark als zusätzliches Zahlungsmittel neben dem Belgischen Franken zugelassen. Nach Kriegsende tauschte die Belgische Nationalbank die Markbestände gegen Franken, musste dann jedoch schnell erkennen, dass sie sich mit 6,1 Milliarden vollkommen wertloser Papiermark wiederfand. Bei den Verhandlungen in Versailles gelang es der belgischen Delegation nicht, die Forderung nach der Rückerstattung mit den anderen finanziellen Reparationsforderungen zu bündeln, sodass die „Markfrage" ein andauerndes belgisch-deutsches Problem wurde. Versuche, zu einer Einigung zu gelangen, gab es in den 1920er Jahren einige. 1929 einigte man sich schließlich auf jährliche deutsche Rückzahlungen, die jedoch vom NS-Regime, das sich bekanntlich weigerte, den deutschen finanziellen Reparationsleistungen nachzukommen, 1934 in einem geheim gehaltenen Schritt eingestellt wurden.

Um es pointiert zu sagen: Das deutsch-belgische Verhältnis hätte keiner „Eupen-Malmedy-Frage" bedurft, um während der Zwischenkriegszeit vorwiegend ein problematisches zu sein. Die Annexion Eupen-Malmedys verschärfte die Lage.

Der Versailler Vertrag und seine Folgen

Am Anfang war Versailles. Vor den Verhandlungen zum Friedensvertrag am symbolischen Ort des Schlosses von Versailles hatte es eine Eupen-Malmedy-Frage nie gegeben. Im Gegensatz zum Revanchismus um Elsass-Lothringen oder auch zur Schleswig-Frage an der deutsch-dänischen Grenze war der Verlauf der deutsch-niederländischen bzw. deutsch-belgischen Grenze seit 1815 mit der Ausnahme von Neutral-Moresnet nie Gegenstand diplomatischer Auseinandersetzungen oder einer Irredenta-Bewegung gewesen. Lediglich in der Malmedyer Wallonie gab es einige wenige Verfechter einer Angliederung an Belgien, die jedoch Einzelfälle blieben[10]. Wenn die Grenze auch spürbar war, waren soziale, kulturelle und wirtschaftliche Grenzüberschreitungen die Regel und vollzogen sich meist als Ost-West- oder West-Ost-Bewegungen[11]. Sowohl ökonomisch als auch verkehrsinfrastrukturell bestanden zwischen den Kreisen Eupen und Malmedy nur wenige Verbindungen. Dass die beiden Kreise im Jahr 1919 zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen wurden, kam für die Bevölkerung, die die belgischen Annexionsschriften nicht kannte, aus heiterem Himmel.

Obwohl weder Deutschland noch Belgien in der Kommission für deutsch-belgische Angelegenheiten, die unter dem Vorsitz des späteren französischen Ministerpräsidenten André Tardieu als





Die britischen Truppen marschieren am 1. Dezember 1918 in Malmedy ein. Die Bürger am Straßenrand erscheinen neugierig und zurückhaltend. Aus Quellen wissen wir, dass die Unsicherheit groß war.





Auch in Eupen beobachtete die einheimische Bevölkerung den Einmarsch der britischen Truppen am 1. Dezember 1918.

Unterkommission der Kommission für deutsch-dänische Angelegenheiten tagte, vertreten waren, entwickelte sich während der Verhandlungen ein Pingpongspiel zwischen Diplomaten beider Staaten. Heinz Doepgen konstatiert dazu schon 1966:

„Der ständige Notenaustausch zwischen Deutschland und Belgien hatte keine wirksamen Änderungen für die Volksbefragung erwirkt. Er vollzog sich schließlich fast routinemäßig. Das Auswärtige Amt versteifte sich vergeblich auf sein Mitspracherecht in der Frage Eupen-Malmedy. Belgien, die übrigen Alliierten und der Völkerbund wiesen im Hinblick auf den Versailler Vertrag alle Versuche zur Änderung der Abstimmungsbedingungen zurück."[12]

Deutsche Diplomaten und Politiker bemühten sich zunächst, die drohende Abtretung Eupen-Malmedys und später auch die in Artikel 34 vorgesehene Möglichkeit einer negativen Meinungsäußerung als Entscheidung anzuprangern, die dem von US-Präsident Wilson stark gemachten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach[13]. Während der „Volksbefragung" setzten sie alles daran, den belgischen Behörden um den Hohen Kommissar Baltia Unregelmäßigkeiten nachzuweisen und die Prozedur als ungeeignet zur Feststellung des Willens der Bevölkerung darzustellen. Demgegenüber ließen Belgien und sein in dieser Frage wichtigster Verbündeter Frankreich, aber auch der Völkerbund keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens, das sie auch gegen Proteste in Belgien selbst bzw. in der internationalen Presse verteidigten.

Der Großteil der Bevölkerung Eupen-Malmedys hatte resigniert und glaubte nicht an die Möglichkeit, am Staatenwechsel noch etwas ändern zu können. Zwischen dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und der Emigration war ihre Entscheidung klar. Das Abstimmungsergebnis (nur 272 von 33.726 Eintragungsberechtigten trugen sich in die Listen ein) spiegelte somit ihre Wahrnehmung der Situation wider, war aber mit Sicherheit nicht die Antwort auf die gestellte Frage nach ihrer Haltung zur Abtretung an Belgien.

Nach zahlreichen Protestreden und -schreiben und der Zusammenstellung eines Weißbuchs[14] als Zeichen der Ablehnung der Abtretung lehnte der parteilose Reichsaußenminister Friedrich Rosen am 30. Juli 1921 weitere Eingaben an den Völkerbund ab[15]. Die Zeit

des öffentlichen Agierens war zunächst vorbei, die Eupen-Malmedy-Frage sollte von deutschen Stellen erst wieder zu einer passenden Gelegenheit erörtert werden.

Die „Volksbefragung" wurde im Nachhinein zur „Kardinalfrage der ostbelgischen Vergangenheit"[16]. Sie war jedoch bis mindestens 1933 auch Bezugspunkt aller deutsch-belgischen Debatten um Eupen-Malmedy.

Grenzverträge und -regime

Mit der Übertragung Neutral-Moresnets und der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien hatte der Versailler Vertrag eine Grundsatzentscheidung getroffen. Der genaue Grenzverlauf musste aber erst von einer im Artikel 35 vorgesehenen Kommission des Völkerbundes festgelegt werden[17]. Deren wichtigste Entscheidung war die Überführung der Eisenbahnlinie Raeren-Kalterherberg („Vennbahn") in belgische Souveränität. Westlich der Zugstrecke bildeten ein Teil der Gemeinde Roetgen und die Gemeinde Mützenich deutsche Enklaven. Dadurch, dass auch die Bahnhöfe längs der Vennbahn zu Belgien kamen, erlebte der Schmuggel in den Nachkriegsjahren eine Blütezeit.

Weitere Anpassungen ergaben sich, weil Belgien auf die Straßen Roetgen-Fringshaus-Lammersdorf und Roetgen-Konzen sowie auf die Ortschaft Losheim (Kreis Malmedy) und die Ortsteile Bildchen, Sief und Lichtenbusch (Kreis Eupen) verzichtete.

Der nunmehr geltende Grenzverlauf wurde im Aachener Grenzprotokoll vom 6. November 1922 festgehalten[18]. Dieses wurde am 7. November 1929 bestätigt, wobei dieser deutsch-belgische Grenzvertrag zahlreiche technische Anpassungen erhielt, die den Realitäten vor Ort Rechnung tragen sollten[19]. Eine erneute Anpassung der









Die belgischen Truppen lösen am 12. August 1919 in Eupen und Malmedy die britischen Truppen ab. Auch jetzt zeigt sich die Bevölkerung zurückhaltend.

Grenze, speziell für den Abschnitt Raeren-Roetgen, erfolgte 1935[20].

Als nach dem Zweiten Weltkrieg eine Neufestlegung der Grenzziehung ins Gespräch kam, räumte die deutsche Seite ein, dass in den 1920er Jahren „auf deutscher Seite der Gedanke vorherrschend war, durch eine möglichst komplizierte Grenzziehung die Unzweckmäßigkeit der Abtrennung von Eupen und Malmedy klarzumachen [...]"[21].

Tatsächlich sorgte der komplizierte Grenzverlauf, der sich darüber hinaus an keinerlei natürlichen Gegebenheiten orientierte, während der gesamten Zwischenkriegszeit für erhebliche Schwierigkeiten im Alltag der Bewohner. Diese wurden im Übrigen häufig von den Parlamentariern des Bezirks Verviers thematisiert. Eine weitere wichtige Hürde bildeten die Grenzregime: Pass- und Visumspflicht standen oft im Widerspruch zu den Lebensrealitäten und luden dazu ein, nach Hintertüren zu suchen. Dazu kamen die Folgen der Sequesterfrage, die es vielen deutschen Grenzgemeinden nicht erlaubte, ihre Waldbesitzungen in den nunmehr belgisch gewordenen Nachbargemeinden zu nutzen[22].

Das lange Locarno-Momentum

Die Nachbarstaaten des Deutschen Reichs betrachteten die neuen Grenzen nicht nur als Konfliktherde, sondern auch als Sicherheitsproblem – trotz der militärischen Schwächung des Kriegsverlierers durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags wie der Beschränkung der Armee auf 100.000 Mann, des Verbots der Wehrpflicht oder auch der Entmilitarisierung des Rheinlandes. Obwohl die Revision des Versailler Vertrags erklärtes Ziel aller Weimarer Regierungen war, schlossen diese Grenzfestlegungsabkommen mit Polen (1924) oder auch mit der Tschechoslowakei (1925).

Der wichtigste Baustein dieser Garantiepolitik, die Deutschland aus seiner internationalen Isolation herausholen sollte, war jedoch der 1925 geschlossene Locarno-Pakt[23]. Dabei handelte es sich um eine Reihe von Verträgen zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, der Tschechoslowakei und Belgien. Für die deutsch-belgischen Beziehungen war der Rheinpakt maßgeblich. Dieser bestand aus einem Abkommen zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich. Neben den Unterzeichnern fungierten Italien und Großbritannien als Garantiemächte. Wichtigster Punkt war die Bestätigung der vom Versailler Vertrag festgelegten deutsch-belgischen und deutsch-französischen Staatsgrenzen.

Für Belgien bedeutete der Locarno-Pakt eine Einbettung seiner Sicherheitspolitik in einen kollektiven Zusammenhang, die der Ablösung der Neutralitätspolitik eine vertragliche Form gab. Zeitgleich sorgte die Beteiligung der Belgischen Arbeiterpartei an einer Regierung (Regierung Poullet/Vandervelde) für eine Abkehr von der streng antideutschen Politik der ersten Nachkriegsjahre. In diesem Klima konnte dann auch über das Ende der





Ein wichtiger Aspekt der deutsch-belgischen Beziehungen waren die Ruhr- und Rheinlandbesetzung. Auf diesen Bildern sind der Vorbeimarsch belgischer Truppen am Aachener Waldschlösschen sowie belgische Truppen vor dem Aachener Elisenbrunnen zu sehen.

Ruhrbesetzung (1929) und der Rheinlandbesetzung (1930, fünf Jahre früher als vorgesehen) verhandelt werden.

Für die deutsch-belgischen Beziehungen eröffnete der Locarno-Pakt Möglichkeiten zu einer vorsichtigen Politik der Annäherung in den strittigen bilateralen Fragen. War man seit 1924 im Gespräch über einen Handelsvertrag, rückte nunmehr die „Markfrage" in den Mittelpunkt. Und in ihrem Fahrwasser war auch die Tür zur Eupen-Malmedy-Frage wieder geöffnet[24]. Im Raum stand eine Verbindung der beiden Fragen, juristisch-diplomatisch als Junktim oder Quidproquo deklariert: Wenn Belgien über eine Rückgabe Eupen-Malmedys verhandele, so werde Deutschland sich bei der Lösung der „Markfrage" erkenntlich zeigen.

Nur Verhandlungsmasse?

Es geht an dieser Stelle nicht darum, die Verhandlungen in ihren technischen Details darzustellen[25]. Es waren nicht zuletzt hochrangige Vertreter aus dem Finanz- und Wirtschaftsleben wie Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht oder der Industrielle Emile Franqui, die den Stein Ende 1925 ins Rollen brachten. Die Regierungen ließen über hochrangige Diplomaten verhandeln, saßen sich jedoch nie direkt gegenüber. Als die Gespräche im Sommer 1926 ihren Höhepunkt erreichten, wurden sie durch Indiskretionen in der britischen Presse publik. Dies rief dann die französische Regierung auf den Plan, die alles daransetzte, keine Bresche in den Versailler Vertrag schlagen zu lassen. Damit konterkarierte sie ebenfalls die Strategie von Reichsaußenminister Gustav Stresemann, über eine Politik der Verständigung zur Revision des Vertrags zu gelangen.

Die Gespräche wurden abgebrochen. Das Paradox zwischen Jaspars Erklärungen zur Endgültigkeit der Entscheidung des Völkerbundes in der Kammer anlässlich der Interpellation Somerhausens und den Rückgabeverhandlungen war jedoch mit den Händen zu greifen. Das Unwohlsein blieb. Als Brüssel 1929 als Sitz für die Internationale Bank gehandelt wurde, kam Eupen-Malmedy als Gegenleistung für die deutsche Unterstützung dieser Kandidatur ins Spiel. Auch diese Verhandlungen verliefen ergebnislos. Mit dem Grenzabkommen vom November 1929 schien die Eupen-Malmedy-Frage auf Regierungsebene geregelt. Die belgische Regierung ging sogar so weit, die Gespräche von 1926 zu dementieren.

Für die Reichsregierung allerdings bestand die Eupen-Malmedy-Problematik trotz des Abkommens weiter. Fraglich war für sie jedoch der geeignete Zeitpunkt für eine Wiederaufnahme von Gesprächen, weshalb sie das Problem jetzt wieder aus dem öffentlichen Diskurs heraushalten wollte. Gerade im Auswärtigen Amt blieb man jedoch am Ball und versuchte im Hintergrund, Vermittlungskanäle offen zu halten. Hierbei kam nicht zuletzt den Politikern der rheinischen Zentrumspartei eine wichtige Rolle zu, verfügten diese doch über die besten Kontakte nach Eupen-Malmedy[26].

Im März 1931 beschäftigte sich der Reichstag letztmals vor dem Zweiten Weltkrieg mit Eupen-Malmedy. Er verabschiedete im Rahmen der Debatte um das Grenzabkommen von 1929 eine Entschließung, in der er „an die Reichsregierung das dringende Ersuchen [richtet], jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die Wiedervereinigung der abgetrennten Gebiete Eupen und Malmedy mit dem Deutschen Reiche herbeizuführen"[27].

Auf der anderen Seite stand hinter dem offiziellen belgischen Regierungsdiskurs, nachdem es keine Eupen-Malmedy-Frage gebe, zumindest das Bewusstsein, dass die Integration der Region in den belgischen Staat Bauchschmerzen bereitete, von deren Notwendigkeit zumindest nicht alle Brüsseler Eliten überzeugt waren. Zwischen dem Ende des Baltia-Regimes 1925 und den Wahlen von 1929, die die revisionistische Christliche Volkspartei zur stärksten in den drei Kantonen machten, breitete sich zunehmende Ratlosigkeit aus, in die reichsdeutsche Stellen mit ihrer Förderpolitik stechen konnten.

Staaten vor Ort

Am 22. März 1927, zur Zeit der Parlamentsdebatten um Eupen-Malmedy, berichtete der deutsche Gesandtschaftsrat in Brüssel, Hans Georg von Mackensen, dem Auswärtigen Amt:

„Der Abgeordnete Marc Somerhausen hat mich durch einen vertrauenswürdigen Mittelsmann darauf hinweisen lassen, dass die hiesige Regierung zur Zeit mit allen Mitteln bemüht sei, für ihren dringenden Verdacht, dass die antibelgische Bewegung in Eupen und Malmedy mit deutschen Geldern gespeist werde, Beweise in die Hand zu bekommen, die ihr bisher fehlen.

Ich möchte nicht verfehlen, diese Mitteilung zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes zu bringen, damit

diejenigen Stellen, die sich etwa mit solcher Finanzierung befassen, erneut darauf hingewiesen werden können, welche Gefahren für die von ihnen vertretene Sache sie durch Unvorsichtigkeiten auf diesem Gebiet heraufbeschwören. Es erscheint nach Ansicht Somerhausens nicht zweifelhaft, dass Jaspar etwaiges Beweismaterial rücksichtslos auswerten würde."[28]

Über die bemerkenswerte Persönlichkeit des Informanten hinaus illustriert dieser Bericht einen entscheidenden Aspekt der Eupen-Malmedy-Frage. Wenn auch völkerrechtlich (durch die Entscheidung des Völkerbundes vom September 1920) und nationalrechtlich (durch das Eingliederungsgesetz vom März 1925) kein Zweifel an der belgischen Souveränität über das Gebiet herrschen konnte, war die Entwicklung doch von deutschen Souveränitätsverletzungen gekennzeichnet, die wie Nadelstiche gegen die belgischen Ansprüche wirkten.

Auf der Gegenseite stand die Frage der Reaktion der belgischen Behörden auf diese Herausforderung eines unabhängigen Staats. Direkter Anlass für Somerhausens Warnung waren die Ermittlungen gegen Mitglieder des Heimatbundes Eupen-Malmedy, die sich im Kontext der ersten Eupener Bürgermeisterfrage, d. h. der von der Regierung verweigerten Ernennung des ehemaligen Baltia-Mitarbeiters und Heimatbund-Mitglieds Léon Trouet zum Stadtoberhaupt abspielten[29].

Mackensens Bericht verweist aber ebenfalls darauf, dass mehrere Stellen mit der Finanzierung revisionistischer Aktivitäten in Eupen-Malmedy befasst waren. Tatsächlich hatte das Auswärtige Amt die Praxis der finanziellen Zuschüsse schon während der „Volksbefragung" im Jahr 1920 begonnen. In den Folgejahren und vor allem nach 1925 kamen nun mehrere Zahlungsvermittler und -empfänger ins Spiel. Diese existierten sowohl im Gebiet von Eupen-Malmedy selbst als auch im Reich, wo beispielsweise die Vereinigte Landsmannschaft Eupen/Malmedy/Monschau propagandistisch dafür Sorge trug, dass die Eupen-Malmedyer nicht vergessen werden sollten, nicht zuletzt weil in ihren Reihen einige ehemalige Bewohner der Region aktiv waren[30].



Der belgische Staat zeigte auch symbolisch seine Präsenz vor Ort. Ein wichtiger Punkt für Belgien in Eupen-Malmedy war das Signal de Botrange, der neue höchste Ort des Landes, der mit einer Stele zu Ehren des Königs Albert I. vereinnahmt wurde.

Einflussnahme durch den VDA

Zum wichtigsten Organ für die deutsche Förderung in Eupen-Malmedy wurde der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), wo sich die beiden Volkstumsfunktionäre Hans Steinacher und Franz Thedieck besonders engagierten[31]. Thedieck kombinierte diesen Sonderauftrag später mit seiner beruflichen Rolle als Grenzlandreferent des Regierungsbezirks Köln und wurde zur Schlüsselperson in den Netzwerken um Eupen-Malmedy, auch wenn er aufgrund der Rivalitäten zwischen einzelnen Verbänden keinesfalls der alleinige Entscheider war[32].

Von Anfang an gehörte Verschleierung zur Taktik der deutschen Stellen. So wurden die Zahlungen fast durchgehend als kulturelle Förderungen deklariert, selbst dann, wenn sie wirtschaftliche Vereinigungen wie den Landwirtschaftlichen Kreisverband Malmedy als Adressaten hatten.

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass diese Förderung keinesfalls nur eine reine von Deutschland gesteuerte Revanchepolitik war (auch wenn niemand einen Zweifel daran ließ, dass Eupen-Malmedy als deutsches Gebiet zu betrachten war), sondern dass sie von Teilen der Eupen-

Malmedyer gewollt wurde, die über direkte Gespräche und über regelmäßige Berichte ihre Bedürfnisse anmeldeten, dabei auf alte Verbindungen zum Rheinland zurückgriffen und das Gefühl bestärkten, dass ihre Sprache und Kultur bedroht seien.

Zu den wichtigsten Aufgaben der beteiligten deutschen Stellen gehörte der Aufbau eines umfangreichen Berichtswesens, das bis Mai 1940 in dichter Folge (und besonders in Wahlkampfzeiten) Lageanalysen zu Eupen-Malmedy produzierte. Verfasser waren die Vertreter der deutschen Stellen, Informanten aus dem Gebiet (dazu wurden teilweise Tarnnamen verwendet), aber auch Besucher wie z. B. Studenten und Wissenschaftler.

Denn auch die Wissenschaft mobilisierte sich für Eupen-Malmedy[33]. Zwar musste sie hier in ihren Augen keine großen intellektuellen Anstrengungen unternehmen, um den „deutschen Charakter" des Gebietes zu beweisen, doch stellte sie sich in enger Abstimmung mit staatlichen Stellen ganz in den Dienst der Revisionspolitik und nach 1933 einer möglichen Expansionspolitik. Regelmäßig wurden Exkursionen in die Grenzgebiete organisiert, für die zumeist das Bonner Institut für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande verantwortlich zeichnete.

Eine wichtige Rolle kam den Medien zu[34]. Einige Blätter der Eupen-Malmedyer revisionistischen Presse wie der *Landbote* konnten überhaupt nur dank der deutschen Förderung erscheinen. Die belgischen katholischen Milieus gründeten als Gegenpol 1927 das *Grenz-Echo*. In Deutschland waren es wiederum zumeist die dem rheinischen Katholizismus und dem Zentrum nahestehenden Blätter, die über Eupen-Malmedy berichteten. Auch im Radio fand die Auseinandersetzung statt. Hier wurde Belgien ab Mitte der 1930er Jahre mit wenigen Sendungen in deutscher Sprache aktiv, die den Einfluss der deutschen Sender konterkarieren sollten.

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurde Eupen-Malmedy auch zunehmend zur Spielwiese für die Aktivitäten diverser Geheim- und Nachrichtendienste[35]. Dabei ging es nicht nur um Informationstätigkeiten mit Bezug zur politischen Lage in der Region, sondern auch um klassische militärische Aufklärung.

Abwesende Könige

Die belgische Regierung wollte zudem den Eindruck vermitteln, dass einige deutsche Agitatoren ihre Integrationspolitik unterminieren würden, deren Ausschaltung die Politik der Behörden erheblich vereinfachen würde. Die (im Übrigen ergebnislos verlaufenen) Haussuchungen der Jahre 1927/28 zeigten zumindest, dass die Behörden gewillt waren, die staatliche Souveränität mit den Mitteln des Rechtsstaats durchzusetzen. Letztendlich stand die Integrationspolitik vor einer fast unauflöslichen Spannung: Einerseits hatte man mit den Eupen-Malmedyern 1920 „wiedergefundene Brüder" willkommen geheißen, andererseits konnten sich die antideutschen Ressentiments gegen die „Boches" durchaus auch gegen die Bevölkerung der „neubelgischen" Gebiete richten.

Außerdem setzte das kleine Eupen-Malmedy in der vom flämisch-wallonischen Konflikt und von wirtschaftlichen Problemen bestimmten Landespolitik kaum patriotische Energien frei, die die Integration zur nationalen Aufgabe gemacht hätten. Ein Beleg dafür waren beispielsweise die wenigen königlichen Besuche in Eupen-Malmedy[36]: Albert I. und Leopold III., die als Staatsoberhaupt höchste Repräsentanten der belgischen Souveränität vor Ort hätten sein können, zeigten sich in Eupen-Malmedy nur wenige Male. Albert I. war zwar in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Armee mehrmals im Lager Elsenborn, verband dies



Malmedy, 1921: Der einzige offizielle Besuch König Alberts I. in Eupen-Malmedy





Nur jeweils ein Mal besuchten die Könige Albert I. und Leopold III. Eupen-Malmedy. Diese Besuche können als symbolische Vereinnahmung des öffentlichen Raums gewertet werden. Fraglich bleibt, wie die jubelnden Massen beim Besuch Leopold III. gewertet werden dürfen. Die Abbildungen haben wohl ebenso wie jene des Einmarschs deutscher Truppen am 10. Mai 1940 eine schwer zu deutende Aussagekraft.

jedoch nur einmal im Jahr 1921 mit einem inoffiziellen Besuch Malmedys. Eine Königsvisite nach allen Regeln der staatlichen Symbolik erlebten Eupen und Malmedy erst 1938 bei einem Besuch Leopolds III.

Eine wichtige Weichenstellung erfolgte jedoch 1929, indem die Politik in den drei Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith von den belgischen Behörden zur Chefsache gemacht wurde. Alle Entscheidungen, die vorher von den einzelnen Ministerien in Brüssel getroffen wurden, sollten nunmehr beim Premierminister und seinen Mitarbeitern zentralisiert werden[37]. Dies war eine Reaktion auf den Wahlerfolg der Christlichen Volkspartei, die in den drei Kantonen über 50 Prozent der Stimmen erzielt hatte[38]. Die neue, härtere Linie führte beispielsweise zu Einreiseverboten für Deutsche in das Gebiet oder zur Ausweisung des reichsdeutschen Priesters Leonhard Gilles, der in einer Eupener Pfarre als Kaplan wirkte, wegen des Vorwurfs der antibelgischen Propaganda[39].

Für Belgien schien jedoch die Zeit zu arbeiten: Mit Schule und Militärdienst verfügte es über zwei Integrationsinstrumente, die langfristig Wirksamkeit verhießen[40]. Nicht zuletzt deshalb drückten die prodeutschen Kreise bei ihren deutschen Partnern regelmäßig aufs Tempo und erinnerten daran, Eupen-Malmedy nicht zu vergessen. Allerdings gab die bilaterale Konstellation nur wenig Anlass, auf eine schnelle Lösung in ihrem Sinne zu hoffen.

Die Nazis spielen doppelt

Die NS-Machtübernahme brachte eine bedeutende Änderung im deutschen Regierungsdiskurs zur Eupen-Malmedy-Frage[41]. Der neue Reichskanzler ordnete alles seinem Ziel unter, Belgien aus seiner Verankerung im Lager der Sieger des Ersten Weltkriegs herauszulösen und zumindest wieder in Richtung Neutralität zu bringen. Obwohl er selbst in einigen Reden das Abstimmungsverfahren in Eupen-Malmedy kritisiert hatte, ging Hitler nun zu einer Strategie des „demonstrativen Stillschweigens“[42] über.

Auf dem Weg zu einer Verständigung mit Belgien sollte das Thema aus dem bilateralen Verhältnis herausgehalten werden. Bei Gesprächen zwischen der Reichsführung und belgischen Diplomaten wurde stets betont, dass eine Besserung der Beziehungen nicht an einem so untergeordneten Problem

scheitern solle. Damit zeigten sich auch die belgischen außenpolitischen Kreise zufrieden. Zaghafter Widerstand gegen diese Strategie existierte anfangs im Auswärtigen Amt, wo die nationalkonservativen Diplomaten der älteren Generation sich erfolglos für die Offenhaltung der Eupen-Malmedy-Frage einsetzten.

Am 7. April 1933 erklärte Reichsaußenminister von Neurath in einer Weisung:

„Für die Rückerwerbung Eupen-Malmedys müsste im Stillen gearbeitet werden. Eine friedliche Lösung auf finanzieller Grundlage ist durchaus denkbar. Dagegen würde eine laute Propaganda den Widerstand der belgischen Regierung aufs Äußerste steigern. [...] Darüber hinaus ist die Pflege des Deutschtums im Ausland auch mit erheblichen finanziellen Mitteln anzustreben."[42]

Das NS-Regime spielte also ein doppeltes Spiel. Dem Beruhigungsdiskurs gegenüber der belgischen Regierung stand nämlich eine Intensivierung der Förderungsmaßnahmen und damit der weiteren Untergrabung der belgischen Souveränität im Gebiet von Eupen-Malmedy selbst entgegen. Führende Mitglieder der prodeutschen Bewegung um Josef Dehottay wurden im September 1933 von Hitler empfangen, laut ihren eigenen Aussagen, um neue Richtlinien für ihre Tätigkeit zu empfangen[43]. Zu diesem Zeitpunkt drohte die Christliche Volkspartei in Eupen-Malmedy jedoch schon an ihren inneren Rivalitäten zu zerbrechen.

Während der Nationalsozialismus vor 1933 in der Region keine Rolle gespielt hatte und die Führer der sogenannten Heimatbewegung eher im Umkreis des Zentrums, der christlichen Gewerkschaftsbewegung und deutschnationaler Vereinigungen zu finden waren, sorgten die Gleichschaltung der Volkstumsorganisationen und die brutale Durchsetzung des Einparteienstaats im Reich auch für Veränderungen in Eupen-Malmedy.

So baute der reichsdeutsche Arzt Paul Dohmen, ein Mitglied des Heimatbundes, eine genuin nationalsozialistische Bewegung auf, die rasch mit Tarnorganisationen (die Segelflieger in Eupen, der Saalschutz in Malmedy und die Bogenschützen in Sankt Vith) funktionierte. Die Interessenkonvergenz zwischen den Nationalkonservativen und den Nationalsozialisten in der Frage der Revision des Versailler Vertrags, die im Reich den VDA-Sonderbeauftragten Thedieck trotz Distanz zur NSDAP weiterhin seiner Aufgabe nachgehen ließ, war auch unter den Leitern der prodeutschen Bewegung stärker als ihr Wille, sich mit der Transformation Deutschlands in einen rassistischen Führerstaat auseinanderzusetzen. Sie wollten sprichwörtlich um jeden Preis „heim ins Reich".



Wiederum war es wohl nicht Eupen-Malmedy, das die Hauptaufmerksamkeit in Bezug auf die deutsche Einflussnahme in Belgien der belgischen Regierung erhielt. In Flandern vereinte der Vlaams Nationaal Verbond zeitweise 12,5 Prozent der flämischen Wählerstimmen auf sich und hatte 25.000 Mitglieder. Er suchte den Schulterschluss mit Nazideutschland. Das Plakat stammt aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, kann aber stellvertretend für die Entwicklung des VNV seit 1933 gesehen werden.

Der Ausbürgerungsprozess von 1935

Seit dem Jahresende 1933 setzte sich in Brüsseler Regierungskreisen zunehmend die Überzeugung durch, dass zur Bekämpfung der antibelgischen Propaganda in Eupen-Malmedy effizientere Instrumente nötig seien. In die Diskussion gelangte rasch die Möglichkeit der Aberkennung der belgischen Staatsangehörigkeit für Akteure dieser Propaganda. Das Gesetz vom 30. Juli 1934

sah diese Aberkennung vor für solche Personen, denen von einem Gericht „ein ernstlicher Verstoß gegen ihre staatsbürgerlichen Pflichten“[45] nachgewiesen werden konnte.

Voraussetzung war allerdings, dass der Betroffene die belgische Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt erhalten hatte[46]. Diese Bestimmung sorgte für einige Debatten und begründete den Widerstand vieler Sozialisten gegen das Gesetz. De facto führte sie nämlich dazu, dass es nur gegen Eupen-Malmedyer, die ja erst durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu Belgiern geworden waren, anwendbar war. Der demokratische Rechtsstaat setzte sich zur Wehr und wandelte dabei auf einem schmalen Grat, wie viele Rechte und Freiheiten er zu seiner Verteidigung preisgeben wollte[47].

Im Juni 1935 verhandelte das Gericht Erster Instanz in Verviers gegen die Führer der „Heimatbewegung“, Josef, Heinrich und Peter Dehottay sowie Paul Foxius, und erkannte ihnen die belgische Staatsangehörigkeit ab[48]. Gegen dieses in Abwesenheit erfolgte Urteil legten die Betroffenen erfolgreich Einspruch ein. Die Revision vor dem Lütticher Appellationshof war für sie insofern ein Erfolg, als sie dort mit deutlich mehr öffentlicher Aufmerksamkeit rechnen konnten. Im Oktober 1935 bestätigte der Hof jedoch das erstinstanzliche Urteil. Im Dezember 1935 erfolgten die Ausweisungen.

Der Ausbürgerungsprozess stellte die deutsche Diplomatie vor ein Problem. Trotz aller Bekundungen, zur stetigen Verbesserung der deutsch-belgischen Beziehungen beitragen zu wollen, konnte das NS-Regime den Vorgang





Nicht nur der Vlaams Nationaal Verbond und die Heimattreue Front bereiteten den belgischen demokratischen Parteien sorgen. Auch die faschistische Partei Rex suchte Kontakte mit Deutschland. Die Partei rekrutierte ihre Wähler vornehmlich in katholischen, rechtsextremen Kreisen des frankophonen Landesteils. Die Partei fand auch in Eupen-Malmedy regen Zulauf. 1936 erreichte sie belgienweit 12 Prozent der Stimmen.

nicht unkommentiert lassen[49]. Sowohl in Presseartikeln als auch bei einem Besuch von Ribbentrops als Sonderbotschafter in Brüssel protestierte das Reich gegen den Prozess und die drohenden Ausbürgerungen.

Ein Spielball der Politik

Während Premierminister Paul van Zeeland die Notwendigkeit herausstellte, „ein Exempel zu statuieren, dass es damit aber auch sein Bewenden haben sollte“[50], gingen führende Nationalsozialisten nunmehr dazu über, Eupen-Malmedy einerseits als bedeutungslos für die gutnachbarlichen Beziehungen zu bezeichnen, andererseits aber keinen Zweifel daran zu lassen, dass es ein geeigneter Stachel im Fleisch Belgiens sein konnte, um es in deutschem Sinne zu beeinflussen.

Im November 1936 äußerten sich sowohl Göring als auch Goebbels. Göring erklärte dem belgischen Gesandten Davignon:

„Wir denken nicht an eine Rückgabe Eupen-Malmedys an das Reich. Es wäre lächerlich zu glauben, dass einer im nationalsozialistischen Deutschland die guten Beziehungen zu Belgien kompromittieren will wegen einer Frage, die letztlich von geringer Bedeutung für das Reich ist. Wir sind Realisten und beide Interessen sind nicht miteinander vereinbar. Aber man muss uns die Situation nicht erschweren durch die Anwendung von Ausnahmemaßnahmen in den Kantonen. Denn wir können uns nicht für das Schicksal von Menschen unserer Rasse desinteressieren, besonders vom kulturellen Standpunkt aus, egal wo sie leben.“[51]

Die sogenannte kulturelle Förderung bot den diversen Stellen im Reich, die

sich mittlerweile unter der Führung des Kölner Gauleiters Josef Grohé und des Landeshauptmanns der Rheinprovinz Heinz Haake um Eupen-Malmedy kümmerten, weiterhin viel Spielraum, ihre getarnten finanziellen Mittel in das Gebiet fließen zu lassen. Aus einem Vermerk aus dem Jahr 1939 geht hervor, dass zu diesem Zeitpunkt im Reich nicht weniger als 22 verschiedene Stellen mit der Betreuungsarbeit in Eupen-Malmedy befasst waren[32]. Demgegenüber riefen die Äußerungen der NS-Spitze dort bei den prodeutschen Bewohnern regelmäßig negative Reaktionen hervor, befürchtete man doch, dass sie auf einen Verzicht auf die deutschen Ansprüche hinausliefen. Viele Eupen-Malmedyer hatten schon nach der Saarabstimmung im Januar 1935 vergeblich darauf gehofft, dass eine „Heimkehr ins Reich" nun bevorstand[33].

Das Reich hatte zu diesem Zeitpunkt tatsächlich andere Prioritäten. Im Laufe des Jahres 1936 änderte Belgien nämlich seine außenpolitische Strategie. Nachdem Frankreich und Großbritannien im März die Remilitarisierung des Rheinlandes widerstandslos hingenommen hatten und damit den Rheinpakt de facto obsolet werden ließen, ging das Königreich zur sogenannten Unabhängigkeitspolitik über[34]. Vor allem König Leopold III., aber auch der Sozialist Paul-Henri Spaak galten als Verfechter dieser Neuorientierung. Dies bedeutete, dass Belgien seine Sicherheitspolitik und vor allem seine Befestigungsanlagen wieder neutral, d. h. auch gegen Frankreich, ausrichten musste.

Für das Reich war dies ein Erfolg, den es sofort in Verhandlungen mit Belgien ummünzte, die 1937 geführt wurden[35].



Während Deutschland mehr oder weniger verdeckt damit beschäftigt war, die Gesellschaft in Eupen-Malmedy zu unterwandern, sollte der öffentliche Raum stärker durch Belgien beeinflusst werden. Kirchen, Schulen, Talsperren wurden von Belgien neu errichtet. Doch auch Denkmäler sollten, wie in Eupen etwa zu Ehren eines Radfahrerbataillons (1936), zur mentalen Integration in den Staat beitragen.

Am 13. Oktober 1937 gab Hitler eine Garantieerklärung für die belgischen Grenzen ab. Zum wiederholten Male zeigte sich hier die ambivalente Rolle Eupen-Malmedys, das in der Erklärung gar nicht erwähnt wurde. Einerseits bedeutete die Garantieerklärung einen Verzicht auf Grenzverletzungen und -verschiebungen, andererseits ließen die deutschen Politiker und Diplomaten die Belgier durch die Blume spüren, dass sie bei einer als unpassend empfundenen Eupen-Malmedy-Politik außenpolitisch mehr zu verlieren hätten als das Reich.

Strategien versus Erwartungen

Im Juli 1939 analysierte ein Mitarbeiter von Premierminister Hubert Pierlot ausführlich die Integrationspolitik gegenüber Eupen-Malmedy. Zwar würdigte er die bisherigen Anstrengungen und verwies auf einige Erfolge, andererseits enthält das Dokument Anregungen für einen vollständigen Strategiewechsel. Die recht liberale Politik hatte bis dahin darin bestanden, den deutsch orientierten Vereinigungen immer ein belgisches Pendant gegenüberzustellen. Der Verfasser der Analyse fragte sich nun, ob es nicht sinnvoller wäre, der Bevölkerung offener zu begegnen:

„Dazu gehört auch, dass ihnen freigestellt sein muss, ohne Behinderung viele Kontakte mit den Deutschen des Reichs zu haben und Ideen deutscher Herkunft verteidigen zu dürfen. Dies sollte ihnen ebenso zugestanden werden wie den Wallonen, die mit vollen Händen aus der französischen Kultur schöpfen können, ohne einer fehlenden Loyalität verdächtig zu sein."[36]

Damit zeichnete er den Weg in eine Kulturautonomie vor, die der von

vielen auch 1939 noch verteidigten Assimilierung diametral entgegengestanden hätte. Dieser andere Weg hätte aber vor allem Zeit gebraucht, die kurz vor Kriegsbeginn im Sommer 1939 nicht mehr vorhanden war.

Bemerkenswerterweise hatten sich auch diverse Funktionäre des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (wie er seit 1933 hieß) mit ebendieser Frage einer Kulturautonomie für die Bevölkerung in Eupen-Malmedy befasst. Für den Sonderbeauftragten Thedieck wäre eine deutsche Unterstützung einer derartigen belgischen Politik nicht nur einem endgültigen Verzicht auf die Gebiete gleichgekommen, sondern hätte tatsächlich langfristig die Gefahr geborgen, dass die dortige Bevölkerung ihre „Heim-ins-Reich-Gefühle" verlieren würde[57].

Das Spannungsfeld zwischen kurzfristigen Erwartungen (vor allem in Eupen-Malmedy selbst) und langfristigen politischen Strategien beherrschte die Eupen-Malmedy-Frage seit ihrer Entstehung. Die Erwartung eines Tages X, der entweder die Rückkehr ins Reich oder die sehr viel schwerer auszumachende Unumkehrbarkeit eines Integrationsprozesses in den belgischen Staat markiert hätte, war eine ständige Determinante der politischen und sozialen Lage in der Region.

Eine gespaltene Bevölkerung

Seit dem Anschluss Österreichs im März 1938 zeigte sich dies besonders deutlich. Der nunmehr einsetzende Prozess der territorialen Revision des Versailler Vertrags steigerte die Erwartungshaltung der Heimattreuen Front (HF), die seit 1936 als Sammelbecken-



Die Spitzenzeiten der gesellschaftlichen Spannungen waren die Wahlkämpfe der Zwischenkriegszeit, wie dieses Bild einer Wand mit Wahlplakaten aus dem Jahr 1939 veranschaulicht.

partei für die prodeutsche Wählerschaft agierte, deren Führer jedoch zunehmend in den Sog der Nationalsozialisten gerieten[58]. Die Propaganda blieb zwar vor allem großdeutsch und griff kaum die typischen Elemente des Nationalsozialismus auf, doch fiel es den Führern der Heimattreuen Front aufgrund der von der Reichsführung immer wieder betonten Garantieerklärung für Belgien auch immer schwerer, ihre Mitglieder zu motivieren.

Der Parlamentswahlkampf 1939 markierte den Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen in den drei Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Während die Heimattreue Front auf die deutschen außenpolitischen Erfolge der letzten Wochen und Monate verwies, warb die probelgische Katholische Union mit Zitaten hochrangiger deutscher Politiker, laut derer die Eupen-Malmedy-Frage kein Thema sei. Mit 45,2 Prozent der Stimmen wurde die Heimattreue Front deutlich stärkste Kraft, doch das Verfehlen der absoluten Mehrheit war ein Misserfolg. Dieser kann aber keinesfalls als Votum der Bevölkerung für Belgien oder gar als Ersatz für eine geheime Volksbefragung interpretiert werden, wie dies nach 1945 oft geschehen ist[59].

Wenige Monate später schien die Zeit der Entscheidung gekommen. Als die Bedrohung für Belgien im Herbst 1939 zunahm und ein deutscher Angriff nur noch eine Frage der Zeit war, betrachteten manche Offiziere im belgischen Generalstab die Eupen-Malmedyer Reservisten schlicht als ein Sicherheitsrisiko[60]. Ab Dezember 1939 wurden sie aus ihren Einheiten in kaum bewaffnete Hilfstruppen verlegt. Politischer Druck vonseiten des Premierministers sorgte schließlich dafür, dass diese Maßnahme im Frühling 1940 großteils wieder rückgängig gemacht wurde.

Mehrere Dutzend junge Männer desertierten aus der belgischen Armee und setzten sich nach Deutschland ab, wo diese Desertionen nicht unumstritten waren. Die meisten von ihnen kehrten am 10. Mai 1940 als selbsternannte „Befreier" nach Eupen-Malmedy zurück.

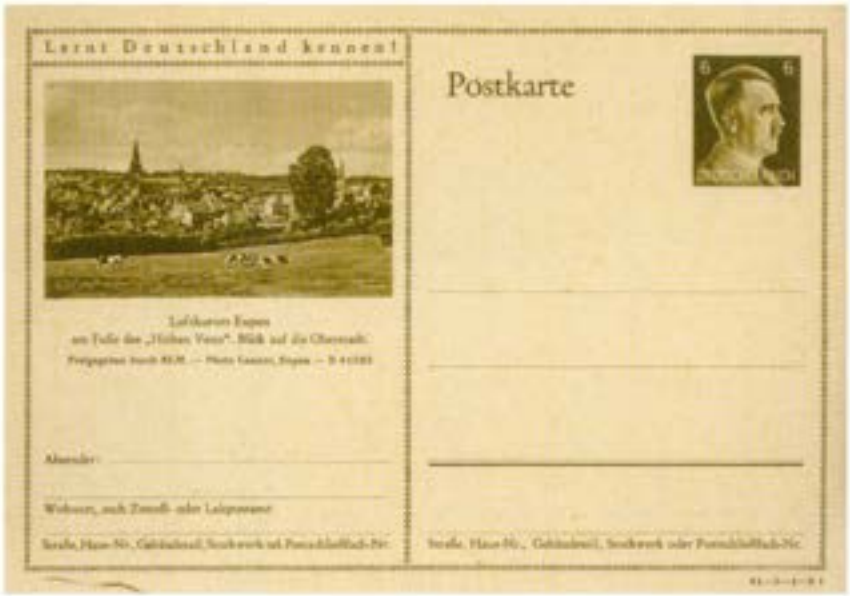
Krieg und Nachkrieg

Mit dem deutschen Einmarsch am 10. Mai 1940 hörte Eupen-Malmedy auf, ein Problem der deutsch-belgischen Beziehungen zu sein. Aus der

Perspektive des Reichs war die Sache klar. Die Rückgliederung Eupen-Malmedys war ein dankbares Nebenprodukt des Westfeldzugs und der Besatzung Belgiens. Sie erfolgte per Führerdekret am 18. Mai 1940 und schien mit dem Staatsangehörigkeitsdekret vom 23. September 1941 endgültige Formen anzunehmen[61]. Das Reich agierte, als ob Versailles nie existiert hätte, so in der Verwaltungsstruktur, wo die drei belgischen Kantone wieder zu zwei deutschen, dem Regierungsbezirk Aachen zugehörigen Kreisen wurden.

Die belgische Perspektive ist nicht so leicht nachzuzeichnen. Jacques Wynants und Carlo Lejeune haben vor rund 15 Jahren gezeigt, dass die belgische Regierung zumindest nicht zeitnah gegen die deutsche Annexion protestierte[62]. Erst im März/April 1943 äußerte der Premierminister der Londoner Exilregierung, Pierlot, in einem seine Unkenntnis der Situation der Bevölkerung verratenden Interview lapidar, dass die Zukunft der Region nicht von Deutschland, sondern von den Siegern gemacht werde[63]. Das Interview erschien im belgischen Kongo. Wenige Tage vor der Befreiung Belgiens forderte die Regierung am 26. August 1944 in einem Memorandum für den alliierten European Advisory Council die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen. Völkerrechtlich waren alle Argumente auf ihrer Seite, die Annexion durch das Reich war ungültig und somit in ihren Folgen nichtig gewesen[64], psychologisch war diese Haltung jedoch eine Missachtung der Lebenssituation der Bevölkerung.

Die belgische Regierung zog trotzdem einige Lehren. Als in den Nachkriegsjahren wiederum Diskussionen über territoriale Reparationen aufkamen, erteilte sie diesen (mit der Ausnahme der Vennbahn-Enklaven) eine Absage[65]. Sie wollte keine neue Eupen-Malmedy-Frage mehr schaffen.



Auch die Nationalsozialisten nutzten Symbole, um Eupen-Malmedy national zu vereinnahmen. Briefmarken, ein Film oder auch Postkarten sollten die Verbundenheit des Gebietes zum Dritten Reich untermauern und markieren.

Auch für die Bevölkerung stellte sich mit der deutschen Niederlage und der Wiederherstellung der belgischen Souveränität die Eupen-Malmedy-Frage nicht mehr als Beziehungsfrage: Die deutsche Alternative war verschwunden[66].

Im Rückblick erscheint die deutsch-belgische Beziehungsgeschichte „Eupen-Malmedy" als ein Lehrstück des übersteigerten Nationalismus der Zwischenkriegszeit, auch in ihren mentalen Folgen für die Bevölkerung. Deutlich wird dabei das Spannungsfeld zwischen den Erfahrungs- und Erwartungshorizonten der Bevölkerung, die ihr „Dazwischen-Sein" als unbefriedigenden Zustand empfinden musste, gleich welchem Staat ihre Loyalität galt, und den beiden Staaten. Auch die enge Verbindung von Dazwischen-Sein und Kleinheit liegt auf der Hand. Belgien und Deutschland wollten und konnten einerseits ihr ohnehin konfliktbeladenes Nachkriegsverhältnis nicht andauernd mit einem für viele maßgebliche Akteure sekundären Problem belasten und andererseits das nationale Prestige nicht mit einer Anerkennung des Dazwischen-Seins oder einer Politik des Zurückweichens an der Grenze schwächen.

Was sagen Wahlresultate aus?

Von Carlo Lejeune

Vor allem die Wahlen von 1939 wurden in der Vergangenheit immer wieder als Beleg gewertet, dass „nur 45 Prozent" der Eupen-Malmedyer für die Heimattreue Front und somit für eine Rückkehr nach Deutschland gestimmt hätten. Freddy Cremer hat schon 2001 diese These widerlegt: Die Wahlen seien kein Plebiszit für oder gegen Belgien gewesen. Was können wir aber aus Wahlresultaten herauslesen?

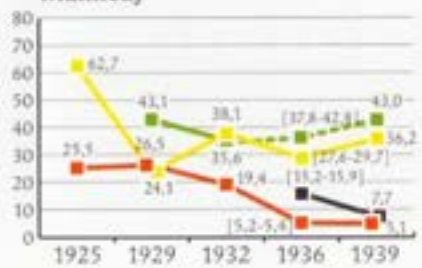
Bisher konnten für die Wahlen in Eupen-Malmedy nur für die Wahlen von 1929, 1936 und 1939 die Anzahl „der eingetragenen Wähler" ermittelt werden. Für den Bezirk Verviers fehlen sie gänzlich. Das heißt: Nur für drei Wahlen ist die Zahl der Wähler bekannt, die entweder gar nicht oder ungültig gewählt haben. Aus diesen Zahlen haben wir die Zahl der Wahlberechtigten für die beiden anderen Wahlen geschätzt. Das Ergebnis: Die Weißwähler waren auch in der Zwischenkriegszeit mit 5,8 bis geschätzt 13,2 Prozent der Wähler eine bedeutende gesellschaftliche Gruppe, die allerdings ihre demokratischen Möglichkeiten nicht nutzte. Diese Gruppe ist in allen bisherigen Analysen übersehen worden.

Die abgebildeten Diagramme über die Wahlresultate mögen erstaunen: Die Wahlresultate von 1936 weichen von den bekannten Daten deutlich ab, geben Unter- und Obergrenzen an und sind mit einem Stern markiert. Bei diesen Wahlen hatte die Heimattreue Front zum Weißwählen aufgerufen. Wir haben uns bemüht, einen Wert an Weißwählern vorauszusetzen (0 bis

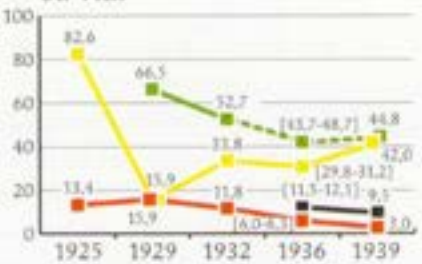
Eupen



Malmedy



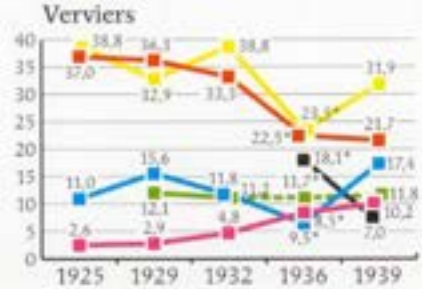
St. Vith



Eupen - Malmedy - St. Vith



Verviers



Legende:

- Kommunisten
- Sozialisten
- Liberale
- Katholiken
- CVP/HF
- Rex

1936: Umgerechnete Ergebnisse* unter Annahme einer beständigen Weißwahl von 0 bis 5 Prozent und der restlichen Weißwahl als Stimmabgabe für die Heimattreue Front.

maximal 5 Prozent, da auch 1932 rund 5 Prozent der Wähler weiß oder ungültig gewählt haben), diesen vom Anteil der möglichen HF-Wähler zu subtrahieren (51,1 Prozent -5 Prozent = 46,1 Prozent). Auf Grundlage dieser Zahl haben wir den Anteil aller Parteien am Gesamtergebnis so errechnet, als ob die HF mit 46,1 bis 51,1 Prozent als eigenständige Partei gewählt worden wäre. Die Vorgehensweise erlaubt einen kontinuierlichen Blick auf die Wahlresultate der anderen Parteien. Das Vorgehen zeigt, dass vor allem die Katholische Union 1936 in Eupen-Malmedy massiv Stimmen an Rex verliert. Diese Bewegung muss zudem zahlreiche Wähler der aufgelösten Christlichen Volkspartei angelockt haben.

Während die Liberalen fast keine Rolle in Eupen-Malmedy spielten, verlieren die Sozialisten seit 1936 den überwiegenden Teil ihrer Wähler, nachdem sie 1933, nach der Machtübernahme der Nazis, ihre Forderung nach einer neuen, fairen Volksabstimmung und eine mögliche Rückkehr nach Deutschland aufgegeben haben.

Als 1925 zwei Drittel der Eupen-Malmedyer für die Katholische Partei wählten, schien diese Partei das Erbe des katholischen Zentrums zur deutschen Zeit anzutreten. Allein die Sozialisten waren mit 25,2 Prozent eine unerwartete Konkurrenz, da sie die unfaire Volksbefragung bereits 1925 thematisierten, eine neue, faire Volksabstimmung forderten und sich für eine mögliche Rückkehr nach Deutschland einsetzten. Die Katholische Partei hat sich in dieser Frage bedeckt gehalten. 1929 war das katholisch-konservative Meinungslager zwischen der Katholischen Union und der regionalen Christlichen Volkspartei gespalten, was die politischen Möglichkeiten der beiden christlich-konservativen Parteien erheblich einschränkte. Diese Entwicklung wiederholte sich 1971 mit der Gründung der Partei der deutschsprachigen Belgier (PDB).

1932 wählten die Eupen-Malmedyer (bis auf die Kommunisten) ausschließlich demokratische Parteien, zu denen auch die revisionistische Christliche Volkspartei gehörte. Analysiert man die Wahlergebnisse ab 1936 vor dem Hintergrund der großen demokratischen und faschistischen Spannungen, dann optierten 1936 rund zwei Drittel der Eupen-Malmedyer mit der Heimattreuen Front und Rex für politische Sammlungsbewegungen, die dem Faschismus zumindest nahe standen. Die Kommunisten, als antidemokratische Kraft, erhielten zudem 1,5 bis 1,6 der Stimmen. Die demokratischen Parteien vereinigten nur 33,9 bis 35,7 % der gültigen Stimmen auf sich. Dieser Anteil stieg 1939 zwar auf 46,5 Prozent, die antidemokratischen Kräfte der Kommunisten (1,1 Prozent), der HF (45,7 Prozent) und der Rex-Bewegung (6,8 Prozent) versammelten mit 53,5 Prozent aber die Mehrheit der Stimmen auf sich. Doch selbst diese Option stand nicht klar zur Wahl: Die HF stand dem Nationalsozialismus zwar nahe, hatte aber einen Wahlkampf mit deutsch-nationalen Themen geführt und die Demokratie als Regierungsform nicht direkt angegriffen. Zudem hat sie die Wahlergebnisse auch nie angezweifelt, was eine typische Reaktion für eine antidemokratische Partei gewesen wäre.

Zwischen den Kreisen Eupen, Malmedy und Sankt Vith variieren die Zahlen. Auffallend ist, dass zahlreiche führende Köpfe der CVP und der HF aus der Malmedyer Wallonie stammten. Die ideologische Opposition war dort auch heftiger. Dies wird vor allem während des Zweiten Weltkrieges an der Anzahl der Refraktäre und der Widerständler im Vergleich zu den deutschsprachigen Gemeinden des Kreises deutlich. Allerdings erreicht die HF in der Malmedyer Wallonie erst 1939 nach einer Steigerung den Durchschnittswert aus den gesamten Ostkantonen. Vermutlich haben die Wähler schon in der Zwischenkriegszeit eher Köpfe, denn Parteien gewählt.

Die Zahlen des Bezirks Verviers zeigen, wie wichtig die katholischen Wähler aus Eupen-Malmedy in der Zwischenkriegszeit für den Erfolg der Katholischen Union in diesem Bezirk waren. Dies führte vor allem nach 1945 zu einer starken Abhängigkeit von Verviers, die erst durch die Autonomie nach 1973 nach und nach aufgebrochen wurde. Ein Blick auf die Wahlen von 1939 zeigt zudem, dass auch im Bezirk Verviers die antidemokratischen Bewegungen der Kommunisten (10,2 Prozent), der Heimattreuen Front (11,8 Prozent) und von Rex (7 Prozent) mit 29 Prozent fast ein Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten.

Endnoten

1 Vgl. Annales Parlementaires Chambre, 15.3.1927, S. 978-998. Zur Einordnung der Rede, s. Christoph Brüll, Wie aus „guten Deutschen" „gute Belgier" machen? Zur belgischen Politik gegenüber den „wiedergefundenen Brüdern" (1920-1940), in: Heinz Warny, Belgiens wiedergefundene Brüder. Eupen-Malmedy 1920-1940 im Brüsseler Parlament. Streifzug durch die Debatten über die Cantons Rédimés, Eupen 2012, S. 12-26, hier S. 25f.

2 Verhandlungen des Reichstages. III. Wahlperiode 1924, 293. Sitzung, 22.3.1927, S. 9825.

3 Vgl. die Einordnungen bei Cyrill Nunn, Belgien zwischen Deutschland und Frankreich 1925-1934, Altendorf bei Bamberg 1985, S. 62-90 und S. 135-139; Peter Klefisch, Das Dritte Reich und Belgien 1933-1939, Frankfurt a. M. 1988, S. 94-126.

4 Vgl. Céline Ruess, La propagande anti-allemande en Belgique francophone après la Première Guerre Mondiale (novembre 1918-1930), du sentiment au comportement germanophobe, unveröffentl. Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich 2008. Immer noch aufschlussreich: Jaques Willequet, Belgique et Allemagne 1914-1945, in: Centre national d'étude des problèmes de sociologie et d'économie européennes (Hrsg.), Sentiment national en Allemagne et en Belgique (xixe – xxe siècles), Brüssel 1963, S. 59-75, besonders S. 59f.

5 Vgl. Emmanuel Gerard, La Démocratie révée, bridée et bafouée 1918-1939, (= Nouvelle Histoire de Belgique, Bd. 2: 1905-1920), Brüssel 2006, S. 35-40.

5 Ebd., S. 79.

6 Zur Frage der finanziellen Reparationen, s. Rolande Depoortere, La question des réparations allemandes dans la politique étrangère de la Belgique après la Première Guerre mondiale 1919-1925, Brüssel 1997.

7 Das Folgende bei: John Horne/Alan Kramer, German Atrocities 1914. A History of Denial, New Haven/London 2001; Pieter Lagrou, Eine Frage der moralischen Überlegenheit? Die Ahndung der deutschen Kriegsverbrechen in Belgien, in: Norbert Frei (Hrsg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit den deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006, S. 326- 350; Christoph Brüll, Le poids d'août 1914 dans les relations belgo-allemandes, 1914-1964, in: Bulletin du CLHAM 137 (2014), S. 31-39; Winfried Dolderer, der lange Weg zum „moralischen Frieden". Zur Debatte um den angeblichen belgischen Franktireurkrieg 1927 bis 1958, in: Revue Belge d'Histoire Contemporaine, Nr. 3/4 (2016), S. 76-106.

8 An dieser Stelle soll nicht auf die kürzlich wiederaufgeflammte Debatte eingegangen werden, die sich an der wissenschaftlich völlig unzulänglichen Publikation von Ulrich Keller (Schuldfragen. Belgischer Untergrundkrieg und deutsche Vergeltung im August 1914, Paderborn 2017) entzündet hat.

9 Vgl. Nunn, Belgien, S. 59-62, S. 226ff.; Manfred J. Enssle, Stresemann's Territorial Revisionism. Germany, Belgium, and the Eupen-Malmedy Question 1919-1929, Wiesbaden 1980, S. 115-172.

10 Vgl. Catherine Lanneau u.a., Der Blick von außen, in diesem Band.

11 Dazu jetzt als Summe seiner früheren alltagsgeschichtlichen Arbeiten Herbert Ruland, Der Erste Weltkrieg und die Menschen im Vierländerland. Leben und Leiden der Bevölkerung vor, während und nach dem Krieg, Eupen 2018.

12 Heinz Doepgen, Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966, S. 177.

13 Zum Folgenden: auf der Grundlage der damals verfügbaren Dokumentation abgewogen Doepgen, Abtretung; unter Einbeziehung einer breiteren Quellengrundlage O'Connell, The Annexation of Eupen-Malmedy. Becoming Belgian 1919-1929, New York 2018, S. 125-168.

14 Urkunden über die Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmedy, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 364, Dok. 600, S. 433-470.

15 Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Simson, 30.7.1921, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie A: 1918-1925, Bd. V, Dok. 93, S. 193.

16 Freddy Cremer, „Verschlusssache Geschichte". Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: ders./Carlo Lejeune/Andreas Fickers (Hrsg.), Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 9-26, hier S. 19.

17 Zum Folgenden: Klaus Pabst, Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 77, 1966, S. 183-210, hier S. 200-205; Daniel-Erasmus Kahn, Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen 2004, S. 439-473.

18 Vgl. Reichsgesetzblatt 1924, Teil II, S. 1ff.; Moniteur Belge, 7.3.1925, S. 1050ff.

19 Vgl. Reichsgesetzblatt 1931, Teil II, 145ff.

20 Vgl. Warny, Belgiens wiedergefundene Brüder, S. 380-383.

21 Zitiert nach Carlo Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925-1980. Wege zur europäischen Integration?, Köln 1992, S. 283, Fn. 5.

22 Vgl. Els Herrebout, Der Tribut des Krieges. Staatliche Beschlagnahme nach den beiden Weltkriegen, in diesem Band.

23 Vgl. Gerard, Démocratie, S. 83f.

24 Vgl. Vincent O'Connell, Annexation, S. 237-271; Nunn, Belgien, S. 59-62, S. 226ff.; Enssle, Stresemann's Territorial Revisionism, S. 115-172; Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 76 (1964), S. 205-515, hier S. 493-499.

25 Dazu v. a. Enssle, Stresemann's Territorial Revisionism.

26 Vgl. Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow, 8.7.1930, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B: 1925-1933, Bd. XV, Göttingen 1980, Dok. 126, S. 305f.

27 Reichstag, V. Wahlperiode 1930, Drucksachen Nr. 943, Entschließung vom 17.3.1931.

28 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin), R76513, von Mackensen an Auswärtiges Amt, 22.3.1927.

29 Vgl. Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland: Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz (1918-1940), Brüssel 2013, S. 117ff.

30 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 383-389.

31 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy; Lejeune, Kulturbeziehungen, S. 124-129.

32 Vgl. Christoph Brüll, Franz Thedieck (1900-1995) – „Zeitgenosse des Jahrhunderts", in: Historisch-Politische Mitteilungen 20 (2013), S. 341-370.

33 Zum Folgenden: Carlo Lejeune, „Des Deutschtums fernster Westen". Eupen-Malmedy, die deutschen Dialekt redenden Gemeinden um Arlon und Montzen und die „Westforschung", in: Burkhard

Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung" der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Bd. 1, Münster 2003, S. 493-538.

34 Vgl. Philippe Beck/Andreas Fickers/Vitus Sproten, Information, Unterhaltung und Propaganda im Zeitalter der Massenmedien. Kino, Zeitung, Radio als Taktgeber, in diesem Band.

35 Vgl. Etienne Verhoeyen, Spionnen aan de achterdeur. De Duitse Abwehr in België 1936-1945, Antwerpen 2011; Philippe Beck/Etienne Verhoeyen, Agents secrets à la frontière belgo-allemande. Des services de renseignements belges, alliés et allemands entre 1920 et 1940 dans la région d'Eupen, in: Cahiers d'Histoire du Temps Présent 21 (2009), S. 93-134; Xavier Hurlet, Espionnage et contre-espionnage dans les Cantons de l'Est entre 1935 et le 10 mai 1940, unveröffentl. Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich 2006.

36 Zum Folgenden: Johannes Kontny, Herrschaftslegitimierung in der politischen Krise? Die Verehrung des belgischen Königshauses in Eupen in den 1930er Jahren, in: Sebastian Bischoff/Christoph Jahr/Tatjana Mrowka/Jens Thiel (Hrsg.), „Belgium is a beautiful city"? Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung, Münster 2018, S. 139-148; Peter M. Quadflieg, „Es lebe der König" oder „Vive le roi"? Die deutsche Sprachminderheit in Ostbelgien und die belgische Königsfamilie als Lieu de Mémoire, in: Herman Kamp/Sabine Schmitz (Hrsg.), Erinnerungsorte in Belgien. Instrumente lokaler, regionaler und nationaler Sinnstiftung, Bielefeld 2019 (im Erscheinen).

37 Vgl. Lejeune, Kulturbeziehungen, S. 129.

38 Zu den Wahlen der Zwischenkriegszeit, s. Jochen Lentz, Das Wahlverhalten in den Kantonen Eupen, Malmedy und St. Vith bei den Parlamentswahlen von 1925 bis 1939, 2 Bde., Eupen 2000.

39 Vgl. Alfred Minke, „Gewissenszweifel" und „Gottvertrauen". Zur Gemütslage eines Eupener Katholiken im Jahre 1933, in: Geschichte im Bistum Aachen 12 (2013/2014), S. 337-354.

40 Zum Schulwesen der Zwischenkriegszeit besteht noch erheblicher Forschungsbedarf. Als Problemaufriss: Carlo Lejeune, Von Tafel, Griffel, Rutenstock zur Bildung für alle. Der lange Weg zum lebensbegleitenden Lernen, in: ders./Cremer/Fickers, Spuren, S. 49-60, hier S. 53f. S. auch den Beitrag von Machteld Venken, Die vergessene Sicht der Kinder, in diesem Band. Zur Armee, s. Christoph Brüll, Die deutschsprachigen Einheiten in der belgischen Armee zwischen den beiden Weltkriegen, Sankt Vith 2004.

41 Zum Folgenden: Klefisch, Das Dritte Reich, S. 98-105; Lejeune, Kulturbeziehungen, S. 129-133; Pabst, Eupen-Malmedy, S. 389f. Dokumentarische Hinweise mit allerdings unsauberer handwerklicher Einordnung und Analyse liefert Bruno Kartheuser, Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy. Einblicke in das Netzwerk reichsdeutscher Subversion, Neundorf 2001.

42 Vgl. Klefisch, Das Dritte Reich, S. 187.

43 Weisung des Reichsministers von Neurath, 7.4.1933, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C, Bd. I,1, Dok. 142.

44 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 391-392.

45 Moniteur Belge, 1934, S. 4242ff.

46 Zu diesem Gesetz, s. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 394-397; Christoph Brüll, Das Gerichtswesen im deutschsprachigen Belgien seit 1920: Politische Betrachtungen, in: Andrea Haas/Rolf Lennertz/Andrea Tilgenkamp (Hrsg.), 25 Jahre Gerichtsbezirk Eupen. 25 Jahre Anwaltskammer Eupen. Festschrift zur Akademischen Sitzung vom 5. Oktober 2013, Eupen 2013, S. 39-74, hier S. 51f. Eine Einordnung aus dem Blickwinkel des Gesetzeserlasses vom 20.6.1945 liefert Lawrence Van Haecke, Repressie en epuratie. De bescherming van de uitwendige veiligheid van de Staat als politiek-juridisch probleem tijdens de Belgische regimecrisis (1932-1948), unveröffentl. Doktorarbeit in Geschichte, Universität Gent, 2014, S. 555-561.

47 Dieses Argument auch schon bei Brüll, „gute Deutsche", S. 16.

48 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 397f.

49 Vgl. Klefisch, Das Dritte Reich, S. 106-110.

50 Zitiert nach ebd. S. 111, Fn. 1.

51 Zitiert nach ebd., S. 115. Zu weiteren Äußerungen nationalsozialistischer Politiker zur Eupen-Malmedy-Frage in dieser Zeit s. Frédéric Bernard, La Belgique à travers les journaux de Joseph Goebbels, unveröffentl. Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich 2003, S. 84-89.

52 Vgl. Lejeune, Kulturbeziehungen, S. 150-154.

53 Sie skandierten u. a. „Deutsch ist die Saar, Eupen-Malmedy kommt nach!"

54 Vgl. Gerard, Démocratie, S. 213-217.

55 Vgl. Klefisch, Das Dritte Reich, S. 247-284.

56 Archiv des Belgischen Außenministeriums, 11246A, Note sur la politique à suivre dans les Cantons d'Eupen, Malmedy et St. Vith, inspirée par une lecture approfondie des dossiers des deux dernières années, 10.7.1939, zitiert nach Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1: Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920-1944), Büllingen 2005, S. 46f., hier S. 46.

57 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N1174, Franz Thedieck an Bundesleitung des VDA, 27.1.1939.

58 Vgl. David Mennicken, Die Heimattreue Front 1936-1940. Geschichte der „Heim-ins-Reich"-Bewegung in Eupen-Malmedy, Eupen 2016.

59 Vgl. Brüll, „gute Deutsche", S. 17f.

60 Zum Folgenden: Christoph Brüll, Entre méfiance et intégration. Les germanophones dans l'armée belge 1920-1955, in: Cahiers Belges d'Histoire Militaire 4 (2006), S. 135-167, hier S. 151-158.

61 Vgl. Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1978.

62 Vgl. Jacques Wynants, La situation des cantons de l'est 1940-1944, in: Bulletin d'information du Centre Liégeois d'Histoire et d'Archéologie Militaires 9 (2004), H. 1, S. 15-26; Lejeune, Säuberung, Bd. 1, S. 63-75.

63 Vgl. ebd., S. 72.

64 Vgl. Ulrich Tiedau, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Kittel/Horst Möller/Jiří Pelek/Oldřich Tůma (Hrsg.), Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich, München 2007, S. 435-516.

65 Vgl. Christoph Brüll, Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich 1944-1958, Essen 2009, S. 57-98.

66 Zur Bewältigung der Kriegsfolgen im bilateralen Verhältnis s. Christoph Brüll, Vom Abklingen der Phantomschmerzen. Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy" 1949-1985, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 119-120 (2018).

EINDRÜCKE AUS FLANDERN, DER WALLONIE, DEM RHEINLAND UND DIPLOMATISCHEN ARCHIVEN

DER BLICK VON AUSSEN

VON VICTORIA MOUTON, WINFRIED DOLDERER, CATHERINE LANNEAU UND THOMAS MÜLLER











Die Geschichte Eupen-Malmedys erscheint aus einer reinen Innenperspektive komplex. Ohne Rückgriffe auf die belgischen und deutschen diplomatischen Archive ist sie kaum zu entschlüsseln. Zusätzliche Informationen können die Historiker aus Quellen schöpfen, die weitere Blicke und Einschätzungen von außen preisgeben. Die diplomatischen Archive der französischen, britischen und US-amerikanischen Botschaften bieten sich da an. Doch auch die Sichtweisen der flämischen und wallonischen Bewegungen sowie des Rheinlandes, alles geographische Nachbarräume, helfen, die Regionalgeschichte dieses Zwischenraumes breiter und vertiefter zu verstehen.

DIE DIPLOMATISCHEN ARCHIVE

Von Victoria Mouton

Schon während des Ersten Weltkrieges führten die Mächte der Entente und Deutschland Annexionsdiskussionen. Auch in Belgien wurde frühzeitig über mögliche Kriegsziele diskutiert[1]. Einer der wohl größten Verfechter der großbelgischen Staatsidee war der Politiker, Regierungsbeamte und Historiker Pierre Nothomb, der am 15. November 1915 mit 22 anderen Regierungsmitgliedern dem belgischen König sowie der Exilregierung ein Memorandum mit Annexionsforderungen zukommen ließ. Sie beinhalteten eine Revision der Grenzziehung von 1815 und 1839 und umschlossen das Großherzogtum Luxemburg, die holländische Provinz Limburg mit Maastricht sowie einige Gebiete der Rheinprovinz bis zum Binnenhafen Duisburg sowie Eupen, Malmedy, Sankt Vith, Neuerburg und Bitburg[2]. Die belgische Exilregierung ihrerseits strebte die Aufhebung des Neutralitätsstatus von 1839 und damit die volle politische Souveränität Belgiens an[3].

Unter diesem Gesichtspunkt kam Belgien mit großen Erwartungen zu der Friedenskonferenz nach Paris. Doch schnell stellte sich heraus, dass die belgische Delegation ihre Position zwischen den großen Siegermächten nicht behaupten konnte[4]. So durfte sie beispielsweise in einigen Kommissionen mitarbeiten, wurde jedoch aus den Entscheidungsgremien ausgeschlossen. Hinzu kamen Fehleinschätzungen der belgischen Diplomatie, und nicht zuletzt fand sich Belgien inmitten widerstreitender Interessen und Ideen der alliierten und assoziierten Mächte wieder[5].

Annexionsforderungen auf allen Seiten

Was die territorialen Forderungen Belgiens betraf, bestand die Hauptschwierigkeit darin, dass ein Großteil der gewünschten Gebiete nicht den Mittelmächten, sondern alliierten und neutralen Staaten gehörte[6]. So befand sich das von Belgien anvisierte Kolonialgebiet in Afrika in den Händen von Portugal, einem Alliierten, und die Forderung stand zudem im Gegensatz zu den Interessen Großbritanniens. „These Belgians have no limits. They are claiming one of the most beautiful parts of East Africa"[7], empörte sich der britische Premierminister David Lloyd George. Als Belgien Anspruch auf Holländisch-Limburg und die Schelde erhob, waren es vor allem US-Präsident Wilson sowie die britische Delegation, die Gebietsforderungen gegen ein neutrales Land für nicht berechtigt hielten.

Am 26. Februar 1919 erklärte der britische Außenminister Lord Balfour:

„That if he were appealed to for a statement of the position he would say that Belgium had no claim, in the ordinary sense, to any territory belonging to a neutral and friendly State. […] The Conference had no power to ask Holland, a friendly and neutral State, to cede any portion of its territory."[8]

Was Luxemburg betraf, so war es vor allem Frankreich, das sich gegen die belgischen Ansprüche auf das Großherzogtum aussprach[9]. Bezüglich der Reparationszahlungen gab es trotz aller vom belgischen Außenminister Paul Hymans vorgebrachten Argumente zahlreiche Einwände von Briten und Franzosen, nur der amerikanische Diplomat und wichtigste außenpolitische Berater von Präsident Wilson, Edward Mandell House, unterstützte Belgien in seinen Forderungen: „From the beginning of the Conference, I have made Belgium and her desires my especial care […] and have urged liberal treatment for Belgium at every turn of the negotiations."[10]

Eine mögliche Revision der deutsch-belgischen Grenze wurde hauptsächlich in der Commission of Belgian and Danish Affairs verhandelt[11]. Die Kommission, die ihre Sitzungen vom 25. Februar bis zum 5. April 1919 abhielt, bestand aus Vertretern der fünf Großmächte Frankreich, England, den Vereinigten Staaten, Italien und Japan. Belgien und Deutschland blieben außen vor. Vorsitzender war allerdings der Franzose André Tardieu, der die belgischen Ansprüche offenkundig unterstützte und mehrfach die Verbindung zwischen Frankreich und Belgien hervorhob: „In the mind of the French Government the destiny of France and that of Belgium were inseparable."[12]

Alle Mitglieder der Kommission waren sich schnell einig, dass das Gebiet Neutral-Moresnet, das Belgien und Deutschland bisher gemeinsam verwaltet hatten, ohne weitere Bedingungen an Belgien zu übergeben sei[13]. Was die Kreise Eupen, Malmedy und Mon-



Auf dem Weg durch die Terra Incognita: Britische Truppen betreten in Malmedy eine der westlichsten Städte des Deutschen Kaiserreich nach dem Ersten Weltkrieg. Was in den Jahrhunderten zuvor noch nicht möglich gewesen wäre, wird mit dem Großen Krieg Realität: Diplomaten interessieren sich aus der Ferne für Eupen-Malmedy. Für die Bevölkerung wird der Durchzug von Menschenmassen im Zwischenraum eine wiederkehrende Erfahrung.

schau betraf, hob Tardieu zuerst die strategische Bedeutung des Gebiets für die Verteidigung der belgischen Ostgrenze sowie den militärischen Wert des Truppenübungsplatzes Elsenborn hervor. Zudem erörterte Tardieu die ethnographische Situation im Kreise Malmedy und wies, trotz Einsprüchen der englischen und amerikanischen Vertreter, auf den scheinbar „wallonischen Charakter" des Gebiets hin: „J'ai le souvenir pour m'être promené dans cette région (St. Vith) qu'on a souvent l'impression d'être en Wallonie."[14]

Die Verhandlungen zur Übertragung des Kreises Eupen an Belgien erwiesen sich als äußerst schwierig. Sogar Tardieu merkte an, dass dieses Gebiet keine wallonischen Züge aufwies, und auch die wirtschaftlichen Argumente konnten die Engländer und Amerikaner nicht überzeugen.

Ein Trostpreis?

Selbst nach langem französischem Drängen lehnten der amerikanische und der britische Vertreter, Haskins und Crowe, eine einfache Annexion der Kreise Eupen und Malmedy ab. Erst ihr Kompromissvorschlag einer Volksbefragung, die der betroffenen Bevölkerung Gelegenheit geben sollte, gegen einen Staatswechsel zu protestieren[15], führte zu einer Einigung, die in Artikel 34 des Versailler Vertrages festgehalten wurde.

Belgiens Erwartungen wurden also insgesamt enttäuscht. Die angestrebten Revisionen der Grenzziehung von 1839 blieben aus, genauso wie die erhofften Sicherheitsgarantien. Das belgische Königreich erhielt das Mandat über Ruanda-Urundi, ein Gebiet, das es eigentlich gar nicht wollte. Es sollte zwar Reparationszahlungen erhalten, doch die Frage nach dem Wann und Wieviel blieb offen. Schlussendlich wurde Belgien die vorläufige Souveränität über die preußischen Kreise Eupen und Malmedy sowie das Gebiet von Neutral-Moresnet zugesprochen. Die Durchführung der Volksbefragung stand noch bevor.

Eine gesicherte Ostgrenze?

Die strategische und militärische Bedeutung des Raumes Eupen-Malmedy war ein zentrales Argument der belgischen territorialen Forderungen während der Friedenskonferenz[16] und blieb es. Auch wenn das Gebiet nicht zu den vitalen Interessen Englands zählte, so zeugen jedoch mehrere Telegramme[17] von der Wichtigkeit, die die Briten dem 1895 gegründeten Truppenübungsplatz Elsenborn beimaßen. Als es darum ging, die englischen Besatzungstruppen, die seit Dezember 1918 im Raum Malmedy stationiert waren, noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages am 10. Januar 1920 abzuziehen, bestanden die Briten darauf, Elsenborn weiterhin nutzen zu dürfen.

Für die Franzosen war nicht nur der Truppenübungsplatz Elsenborn von Bedeutung. Aus Furcht vor einem deutschen Revanchekrieg spielten für sie Belgien und seine Ostgrenze eine wichtige Rolle in der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik[18]. Während der gesamten Zwischenkriegszeit blieb Eupen-Malmedy ein fester Bestandteil des französischen Sicherheitsdiskurses. Ein Beispiel aus 1926:

„La défense du territoire belge peut donc se faire dans de bonnes conditions sur sa frontière orientale

actuelle. Dans le cas de la frontière de 1914, au contraire, l'événement l'a prouvé, la défense devrait être reportée sur la Meuse avec toutes les conséquences que ce recul a entraînées."[19]

Allerdings hegten die französischen Diplomaten große Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit dieser Grenze durch die belgische Armee. So wandte sich der französische Konsul in Lüttich, Fernand Sarrien, 1933 mit einem als sehr vertraulich klassifizierten Bericht besorgt an Paul Claudel, den französischen Botschafter in Brüssel:

„Les jeunes gens, originaires d'Eupen-Malmedy-St.Vith, appelés par le service militaire sont versés au régiment des Carabiniers cyclistes qui tient garnison à Malmedy et Eupen [...] La frontière de l'Est est donc défendue par des troupes d'origine allemande. [...] Lorsque l'on connaît l'état d'esprit qui anime les populations de ces territoires, on n'hésite pas à penser qu'à la première attaque qui se produirait à la frontière, ces troupes lâcheraient pied et passeraient à l'ennemi."[20]

Die französischen Bedenken beruhten vor allem auf ihrer Kritik des belgischen Gesetzes von 1928, welches den Sprachengebrauch in den belgischen Streitkräften regelte. Neben einer regionalen Rekrutierung sah es die Einsprachigkeit der Einheiten vor und besagte, dass die Ausbildung der Soldaten in ihrer Muttersprache erfolgen sollte[21]. Das stand in völligem Widerspruch zur französischen Politik in Elsass-Lothringen.

La petite farce belge

Die vom Völkerbund vorgeschriebene Volksbefragung von 1920[22], die wegen ihrer vielen Unzulänglichkeiten als petite farce belge in die belgische Geschichtsschreibung einging, blieb nahezu unkommentiert von den englischen, französischen und amerikanischen Diplomaten. Das Verfahren war nicht geheim und ließ vielen wahlberechtigten Einwohnern wegen begrenzter Öffnungszeiten, zu großer Entfernung oder angedrohten Repressalien kaum die Möglichkeit, sich in die Register einzuschreiben. Es wurde von vielen Seiten kritisiert[23].

Die Beschwerde- und Protestschreiben der deutschen Regierung an die Friedenskonferenz und den Völkerbund wurden zwar wahrgenommen, sie wurden jedoch nicht berücksichtigt[24]. In mehreren Berichten schnitt der amerikanische Gesandte in Brüssel die deutschen Proteste an. Doch seine Ausführungen beruhten weitgehend auf belgischen Zeitungsartikeln. Zudem erläuterte er lediglich die offiziellen Schlussfolgerungen der Friedenskonferenz[25]. Der französische Botschafter in Belgien, Pierre de Margerie, verwies seinerseits wiederholt auf den Versailler Vertrag: „L'Allemagne n'a aucun droit d'intervenir dans les formalités prévues. C'est à la Belgique seule qu'il appartient d'agir."[26] Schlussendlich trugen sich von den 33.726 Stimmberechtigten 271 in die Protestlisten ein.

Die Unzufriedenheit der Eupen-Malmedyer zeigte sich in Form von Protestaktionen und Streiks[27]. Doch die Diplomaten vermuteten hinter diesen Unruhen vor allem deutsche Propa-



Nach der Besetzung durch britische Truppen hielten auch für kurze Zeit französische Soldaten nach dem Ersten Weltkrieg in Eupen-Malmedy Einzug. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs kamen die Eupen-Malmedyer wiederum mit französischen Kriegsgefangenen am Sankt Vither Bahnhof in Kontakt.

ganda und hielten der deutschen Regierung vor, die Protestbewegung absichtlich anzuheizen[28]. Der französische Botschafter berichtete beispielsweise von „manœuvres allemandes hostiles à la Belgique dans les cantons d'Eupen et de Malmédy"[29], und der amerikanische Gesandte berichtete nach Washington: „Conditions in the newly acquired provinces of Eupen and Malmedy have given some cause for worry during the past weeks. Certain of the papers claim that the unrest in these districts is due to German propaganda."[30]

Wirtschaftliche und politische Neuordnung

Die französischen Diplomaten beurteilten die belgische Regierungspolitik und die Vorgehensweise des Übergangsregimes recht kritisch, wobei wirtschaftliche und finanzielle Themen dominierten. Ein Beispiel: der Geldumtausch[31], der im März 1920 begann[32]. Zunächst schien er Vorteile für die Bevölkerung zu bringen, da in Deutschland der Wert der Mark stetig sank und die belgische Regierung anfangs einen sehr günstigen Wechselkurs anbot. Letztlich scheint er doch für viele Bewohner Verluste gebracht zu haben[33]. Diese negative zeitgenössische Bewertung der Geldumstellung muss allerdings unter Vorbehalt betrachtet werden, da sie hauptsächlich auf enttäuschte Gewinnerwartungen und unzufriedene Spekulanten zurückzuführen ist[34].

Die französischen Diplomaten unterstrichen zudem die schlechte wirtschaftliche Lage der Industrie. In einer Note vom 31. Januar 1922 an Außenminister Raymond Poincaré warnte Botschafter Pierre de Margerie davor, dass die Verschlechterung der ökonomischen Situation, allem voran die schwierige Lage der Papier- und Lederfabriken in Malmedy, Belgien in Bedrängnis bringen könne[35].

Ein schwieriger Eingliederungsprozess

Der Botschafter wies zudem darauf hin, dass im Wirrwarr der unzähligen Dekrete und Verordnungen, die das Übergangsregime erließ und die eigentlich die deutsche Gesetzgebung schrittweise durch die belgische ersetzen sollten, sich viele „Neubelgier" verloren fühlten.

Es war der französische Konsul in Lüttich, Léon Labbé, der in sehr detaillierten und ausführlichen Berichten ans Außenministerium, wie am 20. Februar 1921, wiederholt die schwierige Situation und die Unzufriedenheit der „Neubelgier" hervorhob und dabei eine sehr belgienkritische Haltung zeigte:

„L'allure de tristesse angoissée, de crainte et de silence que présentait à tout visiteur la ville d'Eupen, la facilité avec laquelle l'empressement et la bonne humeur de l'accueil des malmédiens faisait place à de la réserve et à une tendance vite réfrénée aux allusions haineuses laissaient comprendre qu'ils ne se résignaient pas à leur nouvelle patrie, laquelle du reste, comme souhaits de bienvenue, les avait mis brusquement, par incurie administrative, sans argent, sans vivres et sans charbon."[36]

Er kritisierte insbesondere die Art und Weise, wie die „Altbelgier" die „Neubelgier" aufgenommen hätten:

„Pour les ramener vers la Belgique, pour réveiller chez eux, à travers plusieurs générations, des sympathies ancestrales, il fallait non seulement qu'ils acceptassent le fait accompli mais que les belges l'adoptassent dans leur manière de les traiter. Or ceux-ci se refusent à les accueillir en famille; ils les considèrent comme des allemands."[37]

Knapp drei Jahre später konnte er keinen Fortschritt beim Assimilationsprozess erkennen[38].

Die Personalie Baltia

Der französische Konsul analysierte auch General Baltia, dem er anfangs noch einen Mangel an Autorität vorwarf. So bemängelte Labbé, dass es nicht Baltia war, der die wichtigen Lizenzen für die Ausfuhr der belgischen Waren nach Deutschland erstellte. Er notierte: „Mais tout le monde lui accorde de l'intelligence, de l'habileté et une simplicité aimable et fine. Il semble toutefois manquer d'autorité en haut lieu ou avoir trop de timidité pour l'imposer. Il se heurte à l'indifférence et n'en triomphe pas."[39]

Ein Jahr später hatte sich sein Blick auf Baltia vollständig geändert. Labbé bezeichnete die Übergangsregierung Baltias nun als Diktatur und meinte: „Le Général Baltia paraît satisfait du pouvoir absolu qu'il détient."[40] In einem Bericht vom 18. Dezember 1923 zeichnete er folgendes Porträt des Generals: „Le Général baron Baltia [...] s'est laissé griser par l'étendue de ses pouvoirs et il a acquis la conviction que tout allait pour le mieux si l'on adorait l'autel sur lequel il se plaçait."[41] An diesem Punkt sei angemerkt, dass Baltia die französischen Bemühungen,

Elsass-Lothringen zu integrieren, äußerst kritisch beäugte[42] und bewusst einen toleranteren Weg wählte. Der französische Botschafter in Brüssel, Pierre de Margerie, schlug etwas mildere Töne an und betonte, dass die Personalie Baltia trotz der vielen Schwierigkeiten im Kreis Eupen eine gute Wahl gewesen sei; es bedürfe nur Zeit und Geduld, um die Situation zu verbessern[43].

Nach einer langen Debatte hob ein am 6. März 1925 in der belgischen Kammer angenommenes Angliederungsgesetz die Übergangsverwaltung auf. Es sah die Auflösung des Sonderregimes des Hohen Kommissars zum 1. Juni vor und bestimmte die endgültige Eingliederung der drei Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith in den belgischen Staatsverband. Das Fazit des französischen Generalkonsuls in Lüttich Léon Labbé war allerdings gnadenlos: „L'Administration Belge n'a pas réussi dans son œuvre d'assimilation. Aucun progrès n'a été fait. La population d'Eupen reste foncièrement de sentiments allemands ; celle de Malmédy, malgré son apparence wallonne, ne vaut guère mieux."[44] Aber auch der neuen Verwaltung in Lüttich warf der Generalkonsul mangelnde Vorbereitung sowie Desinteresse vor: „À Liège, on prend la direction des nouveaux territoires sans aucune préparation, sans aucun goût pour l'étudier. On ne connaît même pas la législation qui leur est appliquée."[45]

Eine Revision der Friedensverträge?

Die belgische Markfrage beschäftigte die Diplomaten zwischen 1924 und 1929 stark. Die Rückgabe Eupen-Malmedys gegen deutsche Finanzhilfen wurde dabei erwogen. Aufgrund von Indiskretionen[46] erfuhr Paris jedoch schnell von den geheimen Verhandlungen. Mit einer Flut von Telegrammen informierte der französische Botschafter in Brüssel, Maurice Herbette, das Quai d'Orsay[47]. Frankreich reagierte unverzüglich und verurteilte die deutsch-belgischen Verhandlungen aufs Schärfste. Einer der Hauptgründe für das französische Veto war die Furcht vor einer Durchlöcherung des Versailler Vertrages.

Paris argumentierte, dass die Rückgabe Eupen-Malmedys juristisch eine Modifikation des Versailler Vertrages und somit an die Zustimmung seiner Unterzeichner gebunden sei. Zudem sei sie nicht mit dem Vertrag von Locarno vereinbar[48]. Am 8. Dezember 1925 informierte Briand den Botschafter in London, De Fleuriau, über die französischen Bedenken:

„La révision des frontières de la Belgique, après la conclusion des traités de Locarno qui ont formellement consacré le statu quo, serait singulièrement dangereuse, en fournissant un argument et un point de départ aux prétentions des nationalistes allemands, qui déclarent ouvertement leur intention de poursuivre ‚par la voie pacifique' la récupération des territoires perdus par l'Allemagne, jusques et y compris, selon certains d'entre eux, l'Alsace et la Lorraine."[49]

Das Foreign Office befürchtete seinerseits finanzielle Auswirkungen auf die deutschen Reparationszahlungen und erklärte, dass die von Deutschland aufzuwendenden Zahlungen den Dawes-Planes gefährdeten, der die Reparationszahlungen Deutschlands an die Siegermächte seit 1924 regelte[50]. In einer Note an Leith Ross, einen hohen Beamten im britischen Finanz- und Wirtschaftsministerium, erklärte der britische Delegierte der Reparationskommission Williams jedoch, dass Deutschland und Belgien rein rechtlich gesehen nicht gegen die Verträge verstoßen würden[51].

Von amerikanischer Seite kamen ebenfalls Bedenken. So war es vor allem der Generalagent für Reparationszahlungen, Seymour Parker Gilbert, der in Paris und London gegen die Rückgabe von Eupen-Malmedy protestierte[52]. Die französischen Archive belegen zudem, dass Gilbert die undichte Quelle war, die, nachdem er von Léon Delacroix im Vertrauen über die geheimen Verhandlungen in Kenntnis gesetzt wurde, dem Franzosen Jacques Seydoux, einem Vertrauten Poincarés, diese Informationen zukommen ließ[53].

Am 18. August 1926 unterrichtete der amerikanische Botschafter in Brüssel, William Phillips, das US-Außenministerium über ein Gespräch, das er mit dem belgischen Außenminister Émile Vandervelde geführt hatte:

„Mr. Vandervelde said that while « nine tenths » of the population of Belgium would have no objection to their return, he could do nothing without the consent of the Council of the League of Nations, since the Provinces were given to Belgium as the outcome of the Treaty of Versailles. […] Mr. Vandervelde volunteered the statement that he had in fact sounded out both M. Poincaré and M. Briand and that both of them were strongly opposed to any such step on the part of Belgium."[54]

Nach Auswertung der Presse, die die eigentlich geheimen Verhandlungen auch schon thematisierte, und nach wiederholten Dementi der belgischen Regierung, wonach keine Gespräche stattgefunden hätten, bezweifelte William Phillips jedoch bald, dass er Außenminister Vanderveldes Aussage, die große Mehrheit der Belgier sei für eine Rückgabe der Ostkantone an Deutschland, wirklich Glauben schenken könne[55].

Der französische Botschafter Herbette fragte sich, weshalb einige belgische Regierungsmitglieder bereit seien, sich auf diesen Tauschhandel mit Deutschland einzulassen. Am 29. Juli 1926 schrieb er an Aristide Briand:

„Certaines indications que j'ai recueillies sur l'état d'esprit des habitants d'Eupen à l'égard de leurs concitoyens belges expliquent dans quelle mesure le désir de certains Ministres de ce pays de trouver une combinaison aussi avantageuse que possible pour se débarrasser d'un territoire animé de sentiments exclusivement allemands. Au cours des manœuvres effectuées récemment dans cette région, les officiers aussi bien que les troupes, se sont vu traiter comme les Allemands l'étaient à Bruxelles pendant l'occupation. Les logements ont dû être réquisitionnés et l'accueil des habitants a été marqué par la froideur la plus désobligeante. [...] On avait l'impression de vivre en pays occupé et non sur le sol belge. On m'a affirmé, d'autre part, que les recrues eupenoises doivent être incorporées en bloc car elles ignorent le français et sont mal vues par leurs camarades qui les traitent de « boches ». Bref, l'idée de se débarrasser d'un territoire peu intéressant aurait déjà fait de grands progrès dans les milieux éclairés. Les financiers qui suggèrent de monnayer une restitution d'Eupen trouvent donc des partisans."[56]



Für die USA sollte Eupen-Malmedy 1944 eine Durchgangszone des Militärs bei ihrem Marsch auf Berlin sein. Durch die Ardennen-Offensive, das Massaker von Malmedy und die Kämpfe um Sankt Vith erlangten diese Orte eine hohe Bedeutung im kommunikativen Gedächtnis der ehemaligen US-Soldaten. In Eupen befand sich ein US-amerikanisches Recreation Center, das zu längeren Aufenthalten der amerikanischen Soldaten führte, wovon das lokale Handwerk profitierte.

Im August 1926 durchstreifte er selbst die Kantone, um sich ein Bild von der Lage zu verschaffen. Sein Urteil war vernichtend:

„Les cantons rédimés [...] apparaissent comme soumis à une occupation provisoire. [...] Si l'état des choses dont j'ai constaté l'existence n'est pas radicalement modifié, [...] la fusion ne s'effectuera pas et l'Allemagne pourra toujours nourrir des espoirs qui ne seront pas des illusions."[57]

1929 tauchte das Problem im Rahmen des Young-Plans noch einmal auf, doch da sich die währungspolitische Situation Belgiens mittlerweile entspannt hatte, war die Ausgangslage diesmal eine andere. So kam es am 13. Juli 1929 ohne territoriale belgische Konzessionen zu einer endgültigen Regelung der Markfrage[58].

Im Schatten des „Dritten Reiches"

Mit der Machtergreifung Hitlers 1933 kam es auch in Eupen-Malmedy zu einer Polarisierung und Radikalisierung der Bevölkerung. Die diplomatischen Vertreter Frankreichs berichteten detailliert und zeigten sich äußerst besorgt über die stark zunehmende reichsdeutsche Propaganda in „Neubelgien"[59], wie am 26. April 1934:

„Les menées nazistes redoublent d'activité dans les Pays Rédimés. […] Cette propagande subversive semble porter ses fruits: à Raeren, les hitlériens font des meetings en plein air et entraînent la jeunesse, ils tiennent des réunions publiques dans les cafés de St.Vith, La Calamine."[60]

Die französischen Diplomaten befürchteten auch negative Auswirkungen der Volksabstimmung im Saargebiet auf Eupen-Malmedy. Am 14. Januar 1935, einen Tag nachdem sich die Saarbevölkerung mit großer Mehrheit für eine Rückkehr nach Deutschland entschieden hatte, sprach sich Fernand Sarrien für ein Eingreifen der belgischen Regierung aus: „Sans une action répressive énergique et immédiate, il faut s'attendre à l'ouverture d'une période d'agitation et de troubles qui ne facilitera pas le rattachement moral et sentimental de ces territoires à la Belgique."[61]

Nach dem „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 schilderte der französische Militärattaché in Brüssel, Colonel Edmond Laurent, die angespannte Lage im deutsch-belgischen Grenzgebiet. Er zeigte sich insbesondere äußerst besorgt darüber, dass Belgien bei dem Versuch, jeglichen Konflikt mit Deutschland zu vermeiden, anscheinend sogar bereit sei, auf die Ostkantone einschließlich „Malmédy la Wallone" zu verzichten[62]. Ferner zitierte Colonel Laurent den belgischen Außenminister und späteren Premierminister Paul-Henri Spaak, der am 26. März 1938 während eines Abendessens beim belgischen Verteidigungsminister gesagt haben soll: „Nous n'allons pas nous battre pour Eupen-Malmédy."[63] Spaaks Aussage nimmt die Haltung der belgischen Regierung im Mai 1940 vorweg, als sie gegen die Annexion Eupen-Malmedys durch das „Dritte Reich" mit keinem Wort protestierte[64].

Ende August 1944 forderte die belgische Exilregierung die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen[65]. Im Zuge der belgischen Reparationsforderungen nach dem Krieg teilte Spaak dem französischen Botschafter in Brüssel, Raymond Brugère, mit, dass er keineswegs gewillt sei, Annexionen vorzunehmen, die das Problem der Integration von feindlicher oder unassimilierbarer Bevölkerung wieder aufwerfen könnte[66].

Unterschiedliche Sichtweisen und Interessen?

Die amerikanische Botschaft in Brüssel beschränkte sich primär auf eine sachlich-zurückhaltende Berichterstattung und verzichtete weitgehend auf eine kritische Kommentierung. Sie wertete hauptsächlich die belgische Presse zu Eupen-Malmedy aus[67]. Im Vordergrund standen vor allem die Fragen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem Friedensvertrag von Versailles oder dem Völkerbund zusammenhingen.

Die diplomatischen Vertreter Großbritanniens berichteten während der Zeit der britischen Besetzung Malmedys[68] am intensivsten. Anschließend folgten nur noch sporadische, eher nüchterne Meldungen, außer wenn die britischen Interessen direkt betroffen waren.

Das Quai d'Orsay wurde von seinen diplomatischen und konsularischen Vertretern intensiv und detailliert über die Ereignisse in Eupen-Malmedy ins Bild gesetzt. Vor allem die umfangreichen und reflektierenden Ausführungen des französischen Konsulats in Lüttich über die Unzufriedenheit der Eupen-Malmedyer sowie die Friktion zwischen „Altbelgiern" und „Neubelgiern" zeugen von dem schwierigen Assimilationsprozess. Ferner findet sich in den französischen Dokumenten wiederholt eine offenkundige Kritik an den politischen Entscheidungsträgern, die mehrfach als inkompetent und abgehoben dargestellt werden. In ihrem Bemühen, auf Ungerechtigkeiten und Missstände aufmerksam zu machen, griffen die Konsuln in ihren teilweise hoch emotionalen Interpretationen jedoch auch auf Klischees und Stereotype zurück. Sie berichteten ebenso detailreich wie kritisch über die Lage in Eupen-Malmedy. Unzählige Telegramme zeugen zudem von der großen Bedeutung der Ostkantone für die französische Verteidigungspolitik. Ende 1936 nimmt die französische Berichterstattung über Eupen-Malmedy allerdings ab, was wahrscheinlich auf die Rheinlandbesetzung, die Aufkündigung des französisch-belgischen Militärabkommens sowie die belgische Neutralitätspolitik zurückzuführen ist.

Der distanzierte und differenzierte Blick dieser diplomatischen Quellen auf die komplexe Situation Eupen-Malmedys wird in einem Briefwechsel aus dem Jahre 1947 der alliierten Kontrollkommission für Deutschland verdeutlicht: „It remains that the population of Eupen and Malmedy have alternated between being good Belgians and good Germans, at the moment these people are good Belgians."[69]

LANDSLEUTE AUF WIDERRUF?

Von Winfried Dolderer

In der Geschichte der flämischen Bewegung war der Erste Weltkrieg eine Zäsur von weichenstellendem Charakter. Unter der Einwirkung der deutschen Besatzungsmacht, deren vier Jahre lang betriebene Flamenpolitik dem Zweck diente, die Voraussetzungen einer dauerhaften Beherrschung Belgiens zu schaffen[70], sowie durch die Radikalisierung eines Teils der flämischen Soldaten an der IJzerfront hatte sich eine Strömung etabliert, die über das traditionelle Anliegen der Gleichstellung des Niederländischen mit dem Französischen hinaus das Ziel der Überwindung der staatlichen Strukturen Belgiens verfolgte. Ein neuer flämischer Nationalismus war entstanden, der erstmals ein mit der Existenz Belgiens unvereinbares Interesse Flanderns postulierte und mit der 1919 gegründeten Frontpartei Gestalt annahm[71].

Die flämische Bewegung als politische Kraft

Damit endete zugleich die Tradition, dass die Flaminganten ihre politischen Anliegen allein im Rahmen der etablierten Parteien, insbesondere der katholischen, verfolgten. War die Frontpartei eine politisch heterogene Organisation mit durchaus demokratischen, teilweise sozialistischen Einschlägen, so erfuhr der flämische Nationalismus mit der Gründung des Vlaamsch-Nationaal Verbond (VNV) 1933 eine Anverwandlung an die autoritären und faschistischen Strömungen der damaligen Zeit[72]. Folgerichtig ließ sich der VNV 1940 auf eine Allianz mit der deutschen Besatzungsmacht ein.

Aus der Tradition der Frontbewegung des Ersten Weltkrieges bezog der flämische Nationalismus eine deutlich antimilitaristische Prägung[73]. Das politische Erbe des „Aktivismus", der seit 1915 im besetzten Belgien mit den deutschen Behörden kollaboriert hatte, bestand in einer dauerhaften Affinität zu Deutschland als auch künftig potentiellem Bündnispartner. Beides trägt zur Erklärung des Phänomens bei, dass die Neigung, einen Schlussstrich unter die Kriegsvergangenheit zu ziehen, nach 1918 in Flandern stärker ausgeprägt war als im frankophonen Belgien.

Am 11. November 1926 etwa fand sich auf einem deutschen Soldatenfriedhof in Antwerpen ein Kranz des flämisch-nationalen Frontkämpferverbandes VOS, dessen Widmung „unseren deutschen Mit-Opfern 1914/18" galt. Als es 1928 zu einer Kontroverse über die Frage kam, ob auf der Fassade der neuen Löwener Universitätsbibliothek die Erinnerung an den „Furor Teutonicus" in einer lateinischen Inschrift verewigt werden sollte, waren der akademische Lehrkörper und die flämischen Studenten gegen dieses Vorhaben, die Löwener Bürgerschaft und die frankophonen Studenten dafür[74].

Folgerichtig lehnten die flämischen Nationalisten den Vertrag von Versailles und die darin fixierte Angliederung der deutschen Kreise Eupen und Malmedy an Belgien vehement ab. Die in Versailles begründete Staatenordnung war in ihren Augen das Fundament einer französischen Hegemonie in Europa, eine Einschätzung, die sie mit der deutschen Rechten der Zwischenkriegszeit gemein hatten[75]. Als Instrument französischer Herrschaft betrachteten sie namentlich das 1920 geschlossene belgisch-französische Militärabkommen, gegen das sie bis zu dessen Aufkündigung 1936 unablässig agitierten. Im Parlament hielt der flämische Nationalist Hendrik Borginon 1935 zu deren Empörung dem Regierungschef und seinen Kabinettskollegen entgegen, sie seien nichts weiter als „Knechte Frankreichs"[76].

Gegen die Annexion?

Die Annexion Eupen-Malmedys verurteilten die flämischen Nationalisten als Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie kritisierten die Modalitäten der Volksbefragung von 1920 und prangerten das Übergangsregime des Generalgouverneurs Herman Baltia als Militärdiktatur an. Das war in den 1920er und 1930er Jahren die durchgehende Argumentationslinie der flämisch-nationalen Abgeordneten im belgischen Parlament.

„Durch die Annexion von Völkern, die nichts von uns wissen wollen, haben wir unserem Ansehen am meisten geschadet. [...] Ich fürchte, dass wir uns in Eupen und Malmedy ein neues Elsass-Lothringen schaffen"[77], hatte Hendrik Borginon am 6. Mai 1920 im Abgeordnetenhaus erklärt. In einer Debatte über die Angliederung Eupen-Malmedys an das Arrondissement Verviers sprach der Abgeordnete Hendrik Picard 1925 von einem „Anschlag

auf das Naturrecht", das jedem Volk Selbstbestimmung garantiere, und warnte, die Einführung des Französischen in Verwaltung und Bildungswesen der Ostkantone werde „die verderblichen Sprachzustände, die wir in Flandern verwerfen und bekämpfen", auch dort herbeiführen. Über die Zukunft der Region könne nur „die freie Meinungsäußerung der betroffenen Bevölkerung" entscheiden[78].

Als das Parlament 1927 über die Forderung des ostbelgischen Sozialisten Marc Somerhausen nach einer neuen, freien Volksabstimmung in Eupen-Malmedy debattierte, kam es zu einem Wortwechsel zwischen Ministerpräsident Henri Jaspar (Katholische Union) und dem flämisch-nationalen Abgeordneten Herman Vos. Jaspar hatte erklärt, die deutschen Behauptungen einer repressiven Politik Belgiens in den Ostkantonen seien zweimal vom Völkerbund geprüft und als unbegründet verworfen worden. „Umso schlimmer für den Völkerbund!", rief Vos, der dann in seinem eigenen Redebeitrag auf das Thema erneut zu sprechen kam: Er habe selber in Malmedy einen Personalausweis gesehen mit einem Stempel, aus dem hervorging, dass der Inhaber gegen die Angliederung an Belgien votiert habe. Diese Annexion werde keinen Bestand haben, prophezeite Vos und erklärte die Frage für irrelevant, ob Deutschland in Eupen-Malmedy revisionistische Bestrebungen subventioniere: „Wenn diese Menschen finden, dass sie zu Deutschland gehören, dann billige ich ihnen das moralische Recht zu, von Deutschland auch Geld und Unterstützung anzunehmen."[79]

Vier Jahre später war es Ward Hermans, der im Parlament mit dem belgischen Staat und dessen Politik in Eupen-Malmedy abrechnete. „Ihre kleinste ebenso wie Ihre größte Chance des Untergangs ist für Flandern immer noch eine Lebenschance", rief er in Richtung Regierungsbank. Die Annexion Eupen-Malmedys habe dem Wunsch Frankreichs entsprochen, einen ständigen Konfliktherd zwischen Belgien und Deutschland zu schaffen. Doch die in Versailles gezeichnete Landkarte werde nicht von Dauer sein: „Uns ist Ihr belgisches Elsass-Lothringen nicht das Blut wert, das unsere Kinder einst dafür zu vergießen hätten."[80]

Im April 1935 stellte der Abgeordnete Borginon angesichts der deutschen Wiederbewaffnung den Zusammenbruch des Systems von Versailles fest. Belgien werde Eupen-Malmedy zurückgeben müssen. Es sei ein Fehler der Regierung gewesen, auf Kaufangebote der Weimarer Republik nicht eingegangen zu sein, sagte Borginon, was ihm einen Zwischenruf des flämisch-nationalistischen Abgeordneten Leo Vindevogel eintrug: „Von mir aus bekommen sie es umsonst."[81]

Löwen als ein gemeinsamer Schnittpunkt

Ein zumindest potentielles Interaktionsfeld junger flämischer Nationalisten und deutschsprachiger „Neubelgier" war in der Zwischenkriegszeit die Katholische Universität Löwen. Im November 1926 gründeten Studenten aus Eupen-Malmedy hier die Verbindung Eumavia[82], die zunächst von Malmedyer Wallonen, seit Ende 1927 zweisprachig deutsch-französisch geprägt war. Sie geriet zu diesem Zeitpunkt auch ins Blickfeld rechtsgerichteter deutscher Studentenkreise.

Die bereits vor dem Ersten Weltkrieg großdeutsch und antisemitisch orientierten Vereine Deutscher Studenten (VDSt) hatten 1920 eine Grenzlandstiftung zur Pflege der Kontakte mit deutschsprachigen Minderheiten im benachbarten Europa und in deren Rahmen 1926 ein Auslandsamt ins Leben gerufen, das sich um Beziehungen zu nichtdeutschen, aber potentiell deutschfreundlichen „germanischen" Volksgruppen kümmern sollte[83]. Dabei standen im nordwestlichen Europa zunächst die flämisch-nationale und großniederländische Studentenbewegung im Fokus, namentlich der Algemeen Vlaamsch Hoogstudenten-Verbond (AVHV) in Gent und der Katholiek Vlaamsch Hoogstudenten-Verbond (KVHV) in Löwen. Das VDSt-Auslandsamt organisierte Informationsreisen nach Flandern und Holland sowie Besuchsaufenthalte flämischer Studenten in Deutschland.

Finanziert wurden diese Aktivitäten großenteils von dem deutschnationalen gebürtigen Österreicher Hans Steinacher, der von 1925 bis 1930 in Frankfurt eine dem preußischen Innenministerium unterstehende Deutsche Arbeitsstelle leitete. Ihr Auftrag war die Beobachtung separatistischer Bestrebungen im besetzten Rheinland, doch Steinacher interpretierte ihn auf eigene Weise und nutzte seine Position, um deutsch-irredentistische Bewegungen im benachbarten Europa generell zu fördern.

In ähnlicher Funktion war seit 1923 in Köln Franz Thedieck, der gerade ein Studium an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn abgeschlossen hatte, als Vizechef einer Preußischen Abwehrstelle für die besetzten Gebiete im Rheinland auch um das Gedeihen





Die Studenten aus Eupen-Malmedy waren in Löwen herausgefordert, sich in der belgischen Realität zwischen Flamen und Wallonen zu positionieren. Ihre Vereinigung, die Eumavia, schuf als Studentenverbindung nach dem Vorbild deutscher Burschenschaften weitere Identitätsangebote. War die Eumavia (wie auf dem Bild aus dem Jahr 1928) zuerst ein sozialer Treffpunkt, so provozierte ihr Auftreten in „vollem Wichs" (Uniform) auf der Beerdigung von Rektor Ladeuze im Januar 1940 heftige Reaktionen in der wallonischen Presse.

des Revisionismus in Eupen-Malmedy bemüht[84]. Es handelte sich hier um staatliche Dienststellen, deren Aktivitäten bereits in den 1920er Jahren über die deutsche Westgrenze hinausgriffen, die allerdings nicht auf der Ebene des an entspannten Beziehungen zu Belgien interessierten Reiches, sondern auf der des Freistaates Preußen angesiedelt waren.

Es war Steinacher, der im März 1928 einen ersten Kontakt zwischen einem Abgesandten des VDSt-Auslandsamtes und der Eumavia in Löwen vermittelte[85]. In der Folge nahmen Vertreter der Eumavia an Seminaren und Konferenzen in Deutschland und Österreich teil, so an der Marburger Jahrestagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) 1928[86] oder 1929 am Pfingstkongress des Deutschen Schutzbundes in Salzburg. Nach dem Eindruck des zuständigen Referenten im VDSt-Auslandsamt Walter Reusch entwickelte sich die Eumavia im Laufe des Jahres 1928 in deutlich deutschfreundlichem Sinne, nachdem sie bis zum Ende des Vorjahres noch als volkstumspolitisch unbrauchbar gegolten hatte.

Steinacher trug sich derweil mit noch weiterreichenden Ideen. Er plante die Gründung einer „germanischen" Studentenverbindung, der außer Deutsch-Belgiern auch Flamen sowie in Löwen studierende Luxemburger und Schweizer angehören sollten. Tatsächlich gelang es, wenn auch erst im zweiten Anlauf Ende 1928, unter dem Namen Lovania eine solche Vereinigung ins Leben zu rufen, der indes wohl nur wenige Monate eines ephemeren Daseins beschieden waren[87].

Denn die belgischen Behörden hatten offenbar die aus Deutschland gesteuerten Aktivitäten im Auge und waren gegebenenfalls auch zu Repressalien entschlossen. So musste einer Aufzeichnung des VDSt-Auslandsamtes zufolge der Student der Veterinärmedizin Conrad Windhausen an die Universität Gießen ausweichen, nachdem er in Löwen ein ums andere Mal durchs medizinische Vorexamen gefallen war[88].

Im Februar 1929 meldete Peter Maraite, Präses der Eumavia und der Lovania, seinem VDSt-Kontaktmann Reusch, dass die Polizei drei seiner Briefe nach Deutschland, darunter ein Schreiben an Reusch selbst, abgefangen und geöffnet an den Absender zurückgeschickt habe. In der Befürchtung, der belgische Staatsschutz könnte seine gesamte Korrespondenz überwachen, schickte Reusch die Post fortan einem Vertrauensmann in Aachen, der sie über die Grenze brachte und auf belgischer Seite in unverdächtigen Umschlägen weiterleitete.

Als Verein, dessen Mitglieder unterschiedliche Loyalitäten pflegten, verfolgte die Eumavia einen Kurs strikter Neutralität und politischer Zurückhaltung, sowohl im innerbelgischen Nationalitätenkonflikt als auch gegenüber Avancen aus Deutschland[89]. Die



Nicht nur die Bewohner Eupen-Malmedys lernten Flandern seit ihrer Zugehörigkeit zu Belgien näher kennen. Geprägt wurden die flämischen Bilder über das neue belgische Territorium auch durch Besuche vor Ort. Das Bild zeigt ein Antwerpener Pfadfinderlager am See von Robertville.

persönliche Einstellung einzelner Mitglieder blieb davon freilich unberührt, von denen etliche dem revisionistischen Lager in Eupen-Malmedy angehörten und sich entsprechend keineswegs unpolitisch verhielten. So notierte Maraite Anfang 1929, die Eumavia werde von wallonischer Seite misstrauisch beäugt, weil „wir Eumaven mehr und mehr mit Flamen Freundschaft schlossen und uns selbstverständlich von den Anti-Borms-Demonstrationen zurückhielten"[90].

Austausch mit Flandern?

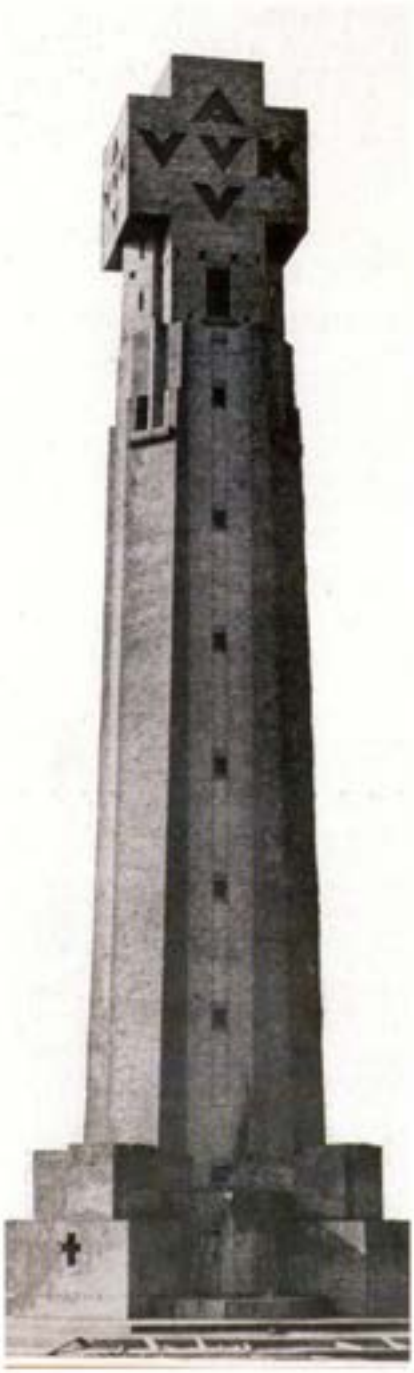
Der überraschende Sieg des inhaftierten Ex-Aktivisten August Borms bei einer Nachwahl in Antwerpen im Dezember 1928 hatte auch in Eupen-Malmedy selbst wohlwollendes Interesse erregt. „Besondere Freude aber haben wir, dass gerade Dr. Borms gewählt ist", kommentierte der *Landbote*, das Organ der revisionistischen Malmedyer Landwirtschaftlichen Vereinigung: „Der Sieg unserer flämischen Freunde bürgt uns, dass auch für uns der Tag des Friedens und der Gerechtigkeit kommen wird."[91]

Gelegentlich erschienen Teilnehmer aus Eupen-Malmedy auf der IJzerbedevaart, der jährlichen flämisch-nationalen Kundgebung zum Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in Diksmuide. In den Jahren 1929 und 1932 soll es mit Blick auf damals bevorstehende Parlamentswahlen zu Unterredungen flämischer Nationalisten mit Vertretern des revisionistischen Lagers in Eupen-Malmedy gekommen sein; aus Eupen-Malmedy soll daran die Dehottay-Gruppe, also Funktionäre der katholischen CVP um deren Vorsitzenden Josef Dehottay, auf flämischer Seite unter anderen Herman Vos teilgenommen haben[92]. Auf der Salzburger Pfingsttagung des Deutschen Schutzbundes 1929 vereinbarte Eumavia-Präses Maraite mit dem damals im holländischen Exil lebenden radikal-nationalistischen flämischen Priester Robrecht de Smet einen regelmäßigen Austausch[93].

Insgesamt freilich zeigten sich die revisionistischen Organisationen in Eupen-Malmedy in der Kooperation mit antibelgischen Flamen wohl zurückhaltender, als deren radikalste Vertreter sich gewünscht hätten. Im August 1937 notierte der Ex-Aktivist und flämische Nationalsozialist Paul Vrijdaghs:

„Es ist höchst bedauerlich, dass die Heimattreuen in Mussbelgien ihre ‚splendid isolation' einem herzlichen Zusammenarbeiten mit den schicksalsverbundenen Vlamen vorgezogen haben. [...] Es gehen zwar Eupener nach Diksmuiden, aber hier begeht man eine Totenfeier und ist die Politik nicht am Platze. Auf unseren großen Kundgebungen der letzten Zeit hätten wir die heimattreuen Deutschbelgier brüderlich begrüßt, wenn sie nur zu uns gekommen wären."[94]

Vrijdaghs[95] agierte nach 1933 in einem Umfeld, das von einem Wandel der deutschen Haltung gekennzeichnet war. Die bisher nichtstaatlichen oder allenfalls halboffiziösen Initiativen zur Einwirkung auf Zielgruppen jenseits der Westgrenzen waren jetzt Teil einer offiziellen, auf Reichsebene angesiedelten Politik, für die in Gestalt des Propagandaministeriums eine zentrale Instanz bestand. Vrijdaghs zählte zu den Informanten des Essener Bankiers Robert Holthöfer, dem es im Auftrag des Ministeriums oblag, Subventionen an flämisch-nationale oder andere dem „Dritten Reich" nahestehende Organisationen weiterzuleiten.



Bizarrer Treffpunkt der Eupen-Malmedyer mit flämischen Vereinigungen? Am IJser-Turm, der eigentlich Wallfahrtsort für die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs auf Flanderns Feldern sein sollte, trafen sich gelegentlich auch Eupen-Malmedyer und Vertreter der Flämischen Bewegung.

In den Jahren 1936 und 1937 empfahl sich Vrijdaghs seinem deutschen Gewährsmann als Bewerber um ein Parlamentsmandat für Eupen-Malmedy in der Erwartung, Holthöfer werde ihm den Wahlkampf finanzieren[96]. Er veranschlagte eine Summe von 220.000 Reichsmark. Seine Kandidatur sollte sich auf ein Wahlbündnis mit dem flämischen Sprachgrenzaktivisten Flor Grammens stützen, der die damaligen niederländischsprachigen Randgebiete der Provinz Lüttich bearbeiten sollte, während er selbst sich auf das deutschsprachige Belgien konzentrieren wollte. „Auf der ganzen Lütticher Front" sei Zusammenarbeit geboten. „Vlamen und Deutsche haben hier gemeinsames Kulturgut gegen gemeinsame Feinde zu verteidigen", schrieb Vrijdaghs: „Germania, tua res agitur!"[97]

Dabei pries er sich unverblümt als Wortführer deutscher Interessen an: „Wer wird im belgischen Parlament für Deutschland sprechen, wenn von der Rückgabe der ehemaligen Schutzgebiete, von Völkerbundsangelegenheiten usw. die Rede sein wird?"[98] Dass auch Eupen-Malmedy selbst letztlich zu Deutschland zurückkehren würde, war für Vrijdaghs eine ausgemachte Sache. Er selbst habe 1937 vor wallonischen Regionalisten in Charleroi lebhaften Beifall für die Forderung nach Rückgabe Eupen-Malmedys geerntet: „Diese Wallonen sind, was Mussbelgien betrifft, zu den weitgehendsten Konzessionen bereit."[99]

Spuren der polemisch Agierenden

Zu einem vollständigen Bild gehört freilich der Hinweis, dass die im Vorstehenden zitierten flämischen Nationalisten für die flämische Bewegung der Zwischenkriegszeit in ihrer Gesamtheit keineswegs repräsentativ waren. Allein treten sie in einer Darstellung des Verhältnisses zwischen Flamen und damaligen „Neubelgiern" unvermeidlicherweise überproportional in Erscheinung, weil sie sich im Unterschied zur Mehrheit der gegenüber Belgien loyalen Flaminganten immer wieder polemisch zur Eupen-Malmedy-Frage äußerten.

Dennoch fristeten die Frontpartei wie auch später der VNV trotz wachsenden Zuspruchs und einer zunehmenden Ausbreitung nationalistischen Gedankenguts insbesondere in der akademischen Jugend eine vergleichsweise marginale parlamentarische Existenz. Der dominante politische Faktor in Flandern war die Katholische Union mit ihren Vorfeldorganisationen, darunter der wirtschaftlich potente Boerenbond, der flämische Landwirteverband.

Boerenbond als Bindeglied

Die Katholische Union bildete die politische Plattform der gemäßigten Flaminganten unter ihrem in der Zwischenkriegszeit maßgeblichen Wortführer Frans van Cauwelaert, die den auf Überwindung des belgischen Staates gerichteten Bestrebungen der Nationalisten ihr sogenanntes Minimalprogramm entgegensetzten[99]. Es lief auf die Forderung nach ausschließlichem Gebrauch des Niederländischen auf allen Ebenen des Bildungswesens, der Verwaltung und des Wirtschaftslebens in Flandern außerhalb Brüssels hinaus. Durch die Sprachgesetzgebung der Jahre zwischen 1930 und 1935 wurde dieses Programm schrittweise realisiert.

Eine Brückenfunktion zwischen der katholischen Säule in Flandern und den „neubelgischen" Gebieten fiel eine Zeit lang dem Boerenbond zu, dem seit 1919 auch die beiden selbständigen landwirtschaftlichen Vereinigungen der Kreise Eupen und Malmedy angehörten. Das Verhältnis gestaltete sich indes unterschiedlich. Während der Eupener Bauernverband einen belgisch-loyalen Kurs verfolgte, mauserte sich die Malmedyer Schwesterorganisation unter ihrem Vorsitzenden Joseph Dehottay seit 1925 zu einem Hort revisionistischer Agitation unter den Landwirten des Kreises.

Ende 1926 drohte die Löwener Zentrale des Boerenbond schließlich mit Ausschluss und Rückforderung der bis dahin gewährten Kredite, falls sich daran nichts änderte. Dies führte zum Bruch. Mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland konnte sich die Malmedyer Vereinigung im März 1927 vom Boerenbond lösen und trat später dem Rheinischen Bauernverband bei[100].

Eupen Teil des flämischen Sprachraumes?

Zu einem vollständigen Bild gehört überdies auch, dass jenseits des flämischen Nationalismus im Milieu eines Kulturflamingantismus traditioneller Prägung die Annexion Eupen-Malmedys keineswegs durchweg verurteilt, vielmehr hier und da auch als Chance begrüßt wurde, weil sie Perspektiven einer flämischen Expansion zu bieten schien. Solchen Überlegungen lag der Umstand zugrunde, dass im größeren Teil des Kreises Eupen derselbe südniederfränkische Dialekt gesprochen wurde wie im benachbarten niederländischen und belgischen Limburg, was den Gedanken nahelegte, in Eupen



Vor allem die Bindungen der Landwirte aus dem Norden Eupen-Malmedys mit dem Boerenbond waren eng. Auf diesem Bild ist eine Abordnung Ketteniser und Eupener Landwirte bei einer Parade des Boerenbonds zu sehen. Löwen, 17. Mai 1937

auch ein analoges Verhältnis zwischen Hochsprache und Mundart herzustellen, mit anderen Worten das Deutsche durch das Niederländische zu verdrängen.

Seit 1920 bis in die frühen 1930er Jahre wurde diese Idee von der Königlich-Flämischen Akademie für Sprach- und Literaturwissenschaft in mehreren Denkschriften propagiert, fand Resonanz in der katholischen Tageszeitung *De Standaard*[101] und sogar im belgischen Parlament[102]. Wie das Französische in Malmedy geeignet war, die Integration der Bevölkerung in den belgischen Nationalstaat zu erleichtern, so konnte nach Ansicht der Befürworter das Niederländische in Eupen eine vergleichbare Wirkung entfalten.

Mit besonderer Ausdauer vertrat bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges der Philologe Jozef Langohr die These des flämischen Charakters der Eupener Region[103]. Geboren 1873 in Montzen und dort zunächst deutschsprachig bzw. mit einem deutschen Dialekt aufgewachsen, definierte Langohr sich in späteren Jahren kulturell als Flame, weil er seinen Heimatdialekt dem niederländischen Diasystem zurechnete[104]. In diesem Sinne verfasste er 1897 auch seine Dissertation über die Montzener Mundart. Die Annexion Eupens feierte er seit 1920 in zahlreichen Schriften als Rückgewinnung eines historisch niederländischen Territoriums, das lediglich oberflächlich unter deutschen Spracheinfluss geraten sei.

Auf deutscher Seite war es der Historiker Franz Petri, der Langohrs Thesen in den 1930er Jahren am vernehmlichsten widersprach. Petri bestritt, dass es eine in strukturellen Differenzen begründete Grenze zwischen dem Deutschen und dem Niederländischen überhaupt gebe. Historisch gesehen handele es sich vielmehr um zwei „sprachliche Vibrationsräume", die sich „nur durch ein weit ausschwärmendes System von Dialektlinien voneinander abgrenzen lassen". Dabei seien bereits spätestens im Hochmittelalter „die hochdeutschen Sprachwellen

über Eupen und seine Umgebung hinweggeflutet"[105].

Nach einer persönlichen Begegnung in Aachen und nachdem Langohr ihm 1939 seine Abhandlung „Het Land van Overmaas" zugesandt hatte, betonte Petri ein weiteres Mal, dass es zwischen den niederfränkischen Mundarten des Rhein-Maas-Raumes „keine scharfe Grenze" gebe: „Vom Rhein bis nach Löwen erstreckt sich eine breite Übergangszone." Es sei daher verfehlt, den niederfränkischen Mundarten das Niederländische als einzige „naturgegebene" Hochsprache zuzuordnen. Eine solche Auffassung gehe „an der Tatsache unserer völkischen Ursprungsgleichheit und dem gemeinsamen germanischen Sprachcharakter unserer beiden Sprachen" vorbei[106].

Wie hartnäckig sich gleichwohl auf flämischer Seite die Auffassung hielt, dass die niederfränkischen Dialekte östlich der Maas von Rechts wegen dem niederländischen Sprachraum angehörten, offenbarte noch Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine Äußerung des Christdemokraten Jan Verroken über die neun ehemals deutschsprachigen Gemeinden „Altbelgiens": „Im Osten des Arrondissements Verviers liegt ein Stückchen Dietsland[107], mutwillig verdeutscht durch das Belgien von 1830 und durch Wallonien, um es auf diesem Wege einfacher französisieren zu können."[108]

Flandern und die Säuberung in Ostbelgien

Verroken[109] war vermutlich der erste flämische Akteur, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg erneut mit den Verhältnissen in Eupen-Malmedy befasste. Im Auftrag des damaligen Verkehrsministers Paul-Willem Segers besuchte er 1949 und 1950 mehrfach die Ostkantone, um die Auswirkungen von Repression und Säuberung, also der gerichtlichen wie außergerichtlichen Verfolgung von Kollaborationsdelikten, in der Region zu erforschen[110].

Die flämischen Christdemokraten bemühten sich damals, nachdem der durch die Kollaboration diskreditierte flämische Nationalismus 1944 als eigenständige politische Kraft zunächst von der Bildfläche verschwunden war, die entstandene Leerstelle im Parteienspektrum zu füllen. Sie positionierten sich entsprechend, traten etwa mit Nachdruck für die Integrität des niederländischen Sprachgebiets gegen eine in flämischer Wahrnehmung expansive Frankophonie ein und mahnten in scharfem Widerspruch zu Liberalen und Linken eine Milderung der Repressionsfolgen an, von denen in erheblichem Maße flämische Nationalisten betroffen waren[111]. Dies war offenbar das politische Interesse, das der Mission Verrokens 1949/50 zugrunde lag.

Seine Befunde publizierte Verroken im Frühjahr 1953[112] sowie ein weiteres Mal im August 1961[113] in einer fünfteiligen Artikelserie. Die mit Zahlen illustrierte Kernthese lautete, dass das Ausmaß der Verfolgungen in Eupen-Malmedy an Unverhältnismäßigkeit nirgendwo sonst überboten wurde. Verroken wies darauf hin, dass allein in den 30 Gemeinden der Ostkantone 130 Kommunalbedienstete und 126 Postbeamte entlassen worden seien[114]. In ganz Flandern habe es insgesamt nicht mehr als 231 vergleichbare Fälle gegeben, in Wallonien 36, in Brüssel 74. Nach dem Krieg hätten Militärstaatsanwaltschaften in Eupen-Malmedy 16.480 Ermittlungsverfahren eingeleitet, was bei einer geschätzten Anzahl von 20.000 Haushalten bedeute, dass fast jede Familie betroffen gewesen sei.

Verrokens Hauptvorwurf an die Strafverfolgungsbehörden lautete, sie hätten zumindest bis 1947 völlig außer Acht gelassen, dass Kooperation mit deutschen Behörden oder nationalsozialistischen Organisationen im annektierten Teil Belgiens grundsätzlich anders zu bewerten sei als im lediglich besetzten Rest des Landes[115]. Und auch im annektierten Gebiet habe es Unterschiede gegeben. In den zehn „altbelgischen" Gemeinden um Welkenraedt, Montzen und Gemmenich, deren Bewohner als Deutsche „auf Widerruf" galten, hätten sich die deutschen Behörden relativ flexibel gezeigt, während sie in den Ostkantonen ihren Herrschaftsanspruch rigoros durchgesetzt hätten.

Ein flämischer Perspektivwechsel

Als weiteren mildernden Umstand wollte Verroken gewertet wissen, dass die belgische Politik selber vor 1944 immer wieder Zweifel an der definitiven Zugehörigkeit der Ostkantone zu Belgien genährt habe. Verroken verwies auf die antiannexionistische Haltung der belgischen Sozialisten in der Zwischenkriegszeit und machte geltend, dass die belgische Regierung vor 1940 auch unter deutschem Druck nur halbherzig gegen revisionistische Tendenzen vorgegangen sei und während des Krieges zur Zukunft der Ostkantone lange Zeit geschwiegen habe.

Verrokens Mission markierte einen Perspektivwechsel. Vor 1940 waren die Ostkantone auf flämischer Seite

überwiegend als Objekt jeweils eigener Interessen behandelt worden, sei es als Argumentationshilfe zur Diskreditierung des belgischen Staates, sei es als potentielles Zielgebiet einer flämischen Kulturexpansion. Jetzt ging es erstmals um ein gemeinsames Interesse. Hier kündigte sich eine Entwicklung an, die in der Folge, zumal als in den siebziger Jahren mit der Partei der Deutschsprachigen Belgier (PDB) ein Ansprechpartner für flämische Autonomisten verfügbar war, zu einer zunehmend engen politischen Kooperation führen sollte[131].



Während der Zwischenkriegszeit war und blieb das Königshaus das verbindende Element zwischen den drei Kulturgemeinschaften in Belgien. Die Königsfrage von 1945 bis 1951 verband einerseits die Gegner und andererseits die Befürworter einer Rückkehr des Königs über alle Sprachengrenzen hinweg.

Die Wallonische Bewegung und Malmedy (1918-1940)

Von Catherine Lanneau

Die Wallonische Bewegung (Mouvement wallon) nahm in den Jahren 1880-1890 mit lokalen und regionalen Bünden oder Vereinigungen zur Pflege der Geselligkeit und zur Verteidigung der Sprache ihren Anfang. Sie hatte damals weder eine Struktur noch ein allgemein akzeptiertes Programm. Im Gegenteil: Sie war geprägt von Meinungsverschiedenheiten, wenn nicht gar von Widersprüchen, war sie doch zuerst eine Brüsseler und in zweiter Linie eine flämische Angelegenheit. Sie verlegte ihren Mittelpunkt Ende des 19. Jahrhunderts nach Lüttich.

Hier gesellten sich die Verfechter der Belgique française und der Latinität zu den Verteidigern der Mundarten. Die notgedrungen dem Französischen wohlgesinnten Anhänger der Sprachenfreiheit in einem gesamtbelgischen Rahmen bildeten eine Meinungsgruppe. Auf der anderen Seite standen Verfechter einer Trennung der Verwaltungen. Diese plädierten schon damals für einen Föderalismus, der für die Konsequentesten unter ihnen mit dem Prinzip der regionalen Einsprachigkeit einherging.

Auf politischer Ebene war die Bewegung indessen deutlich links verankert, wobei links im klassischen Sinne zu verstehen ist: Ursprünglich liberal, öffnete sie sich gewissen Sozialisten,

zählte jedoch vor 1914 nur wenige Katholiken[117]. Nach dem Ersten Weltkrieg entfaltete sich vor allem um Elie Baussarts *La Terre wallonne* (Charleroi) eine christliche regionalistische Strömung[118].

Erste Annäherungen

Nach wenigen Publikationen zur Jahrhundertwende setzte das Interesse der wallonischen Aktivisten an Malmedy in den Jahren 1904/1905 ein[119]. In diese Zeit fallen einerseits die Veröffentlichung der Studie von Abbé Pietkin „La germanisation de la Wallonie prussienne" in *Wallonia*[120], der Zeitschrift der Wallonischen Bewegung, und andererseits die Rede von Pietkins Neffen Henri Bragard, Vertreter des Malmedyer Club wallon, auf dem großen Congrès identitaire wallon in Lüttich im Rahmen der Weltausstellung von 1905[121].

In Malmedyer Wallonisch pries Bragard unter starkem Applaus die Freiheit der Völker, den Gebrauch ihrer Sprache selbst zu bestimmen, und widersprach somit den Befürwortern der Vorherrschaft des Französischen in Belgien[122]. Am Vorabend des Krieges wurde er zur Mitarbeit in der Assemblée wallonne eingeladen, einem von Jules Destrée 1912 initiierten beratenden Gremium in Form eines Schattenparlaments mit dem Ziel, der Wallonischen Bewegung eine Struktur zu geben[123].

Im selben Jahr 1905 lud der Club wallon die Mitglieder des Kongresses der Association pour la culture et l'extension de la langue française nach Malmedy ein. Um jeglichen diplomatischen Zwischenfall zu vermeiden, blieb diese Tagung ebenso symbolisch wie diskret[124].

In der Zwischenkriegszeit ließ der wallonische Diskurs die manchmal mythisierte Erinnerung an die Jahre 1904/1905 aufleben: Das Werk „La germanisation de la Wallonie prussienne" galt als Gemeingut, wurde neu herausgegeben und Pietkins Einsatz für das Wallonische, das Französische und die Latinität glorifiziert. Pietkin, 1914 von den Deutschen verhaftet und misshandelt und 1921 gestorben, wurde zur Symbolfigur, der man 1926 in Sourbrodt ein Denkmal setzte[125]. Seine Schüler und Nachfolger, Abbé Bastin und Henri Bragard, wurden ebenfalls auf einen einzigen Aspekt ihrer Persönlichkeit reduziert: Sie verkörperten das wallonische Malmedy, das vom Germanentum gepeinigt worden, jedoch allzeit seinem „Rassebewusstsein"[126] treu geblieben war. Den repräsentativen Charakter dieser Symbolfiguren stellten einige allerdings schon recht früh infrage, und diese Infragestellung wurde im Laufe der Zeit immer deutlicher.



Anziehungskraft auf die deutschsprachigen Belgier hatte die wirtschaftlich starke Wallonie insbesondere in den 1920er und 1930er Jahren. Zeuge dieser Attraktivität ist unter anderem die 1930 in Lüttich stattfindende Internationale Ausstellung. Auf dem Bild zu sehen ist eine Eupener Schulklasse vor dem französischen Pavillon.

Desannexion

Bereits während des Ersten Weltkrieges wurden einige Stimmen mit der Forderung nach der Desannexion der Malmedyer Wallonie laut. Mit diesem neuen Begriff war der wallonische, von ca. 10.000 Menschen bevölkerte Teil des Kreises Malmedy gemeint. Nach dem Waffenstillstand und bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages erhielten Abbé Bastin, Henri Bragard und ihre Mitstreiter Unterstützung von Malmedyern aus Innerbelgien. Dazu gehörten der spätere kooptierte sozialistische Senator Albert Renard, eine Brüsseler Gruppe mit Henri Blaise und Renier Faymonville oder das Comité des Malmédiens et Liégeois unis[127]. Sie schickten zahlreiche Gesuche an die Alliierten, an König Albert, an die Regierung und an das Parlament. Die Forderung wurde auch in der Tagespresse veröffentlicht.

Was insbesondere die Wallonische Bewegung betrifft, verbündeten sich die Lütticher Mitglieder der wiedererwachenden Assemblée wallonne mit

der Société de Littérature wallonne mit der Forderung, in Malmedy die englischen Truppen durch wallonische zu ersetzen[128]. Dasselbe Gesuch ging seitens der Ligue wallonne de Liége an die Abgeordnetenkammer[129]. Am 9. März 1919, während der ersten Versammlung der Assemblée wallonne nach dem Krieg, wurden Henri Bragard und Abbé Bastin als Vertreter Malmedys bezeichnet und bestätigt. Außerdem sprach sich die Versammlung für die Desannexion aus[130].

Obschon die belgische Regierung seit Februar 1919 offiziell ihre Gebietsforderungen für den Osten dargelegt hatte und dabei nicht nur Malmedy, sondern auch Eupen und Sankt Vith forderte[131], beanspruchte die Wallonische Bewegung auch weiterhin nur die Malmedyer Wallonie.

Im Nachhinein passten einige ihren Diskurs den Gegebenheiten an und rechtfertigten die Annexion von deutschsprachigen Gebieten mit wirtschaftlichen, aber vor allem strategischen Erfordernissen[132]. Es gab jedoch auch Stimmen, die diesen Gebietszuwachs aus ethnischen und sprachlichen Gründen immer als Irrtum bezeichneten. Für sie war die „wallonische Seele" gleichwesentlich mit der romanischen Sprache und Kultur. Andere fürchteten eine deutsche fünfte Kolonne. Vor allem sozialistische Mitglieder der Bewegung widersprachen getreu der Parteilinie allen Annexionsforderungen.

Werben für Malmedy

Innerhalb der Wallonischen Bewegung machte man sich nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages und noch vor dem „negativen Referendum"[133] von 1920 vor allem über eine Frage Sorgen: Wie konnte man Malmedy den Wallonen besser bekannt machen?

Für einen Teil der Öffentlichkeit bedeuteten die annektierten Gebiete ein Gebilde mit verschwommenen Konturen, in dem die Malmedyer Spezifität nicht unbedingt klar zu erkennen war. Louis Piérard präsentierte die Geschichte, die Lebensweise und die Folklore der Region, wobei er nachdrücklich auf die Idee von der Rückkehr ins „natürliche Vaterland" hinwies: „Die Desannexion dieses kleinen ‚Elsass der Wallonen', das 1815 vom gefräßigen Preußen verschlungen wurde, das war die erste und am wenigsten anfechtbare aller Forderungen Belgiens, des unschuldigen Opfers des Großen Krieges."[134] Ende Juli 1919 erklärte Jules Destrée im Parlament, er wolle



Die Malmedier Wallonie darf nach dem Ersten Weltkrieg nicht als abgeschlossener Siedlungsraum verstanden werden, wie uns diese Karte Abbé Bastins aus dem Jahr 1936 glauben lassen will. Auch nach der Preußischen Zeit lebten zahlreiche deutsch- bzw. einen deutschen Dialekt sprechende Bewohner in den Gebieten um Malmedy und Weismes.



Auch auf der Weltausstellung in Brüssel 1935 sollte Malmedy in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Obwohl die Pavillons der Expo gemeinhin modern waren, ist das Malmedyer Haus im Fachwerkstil gehalten. Es entstand auf Betreiben des Cercle malmédien in Brüssel, der Stadt Malmedy und anderen wallonischen Vereinigungen. Während der Einweihung wurden die Brabançonne sowie das „chant des wallons" angestimmt.

„die Kammer und die Öffentlichkeit für die Malmedy-Frage interessieren. Es gibt dort Belgier, Wallonen, die trotz eines ganzen Jahrhunderts deutscher Besatzung und systematischer Germanisierung[123] ihre wallonischen Bräuche, ihre wallonische Sprache und ihr wallonisches Streben beibehalten haben. [...] Diese Pro-Belgier, diese Wallonen [sollen] wissen, dass ihre Empfindungen in Belgien verstanden und unterstützt werden."[136]

Im September 1919 begaben sich die Mitglieder der Assemblée wallonne nach Malmedy, während einige Tage später eine Malmedyer Delegation unter der Leitung von Bragard in Lüttich die Wallonie feierte[137]. Ziel dieses Besuchs und Gegenbesuchs, über die dann die Presse berichtete, war es, die Öffentlichkeit mit den neuen Grenzen des Landes vertraut zu machen und den wallonischen Charakter Malmedys unter Beweis zu stellen.

In den Jahren 1920/1921 wurde diese pädagogische Initiative fortgeführt. Lucien Colsons Broschüre „Malmédy et les Territoires rétrocédés" (Lüttich 1920) erschien mit Unterstützung des Außenministeriums. Außerdem ließen die Anerkennung der Resultate der Volksbefragung durch den Völkerbund im September 1920 sowie der Tod von Abbé Pietkin im Januar 1921 das Interesse der Tagespresse, aber auch der Zeitschriften der regionalistischen Bewegung (wie der christlichen *Terre Wallonne*, der *La Vie Wallonne*[138], der neuen Version von *Wallonia*, oder dem Organ der Assemblée wallonne, *La Défense Wallonne*) wieder aufleben.

Es galt aber auch, die "Altbelgier" der Loyalität der Malmedyer, die ja ehemalige Untertanen des Deutschen Reiches waren, zu versichern. So widmete Prosper Renard[139] Anfang 1919 in „Malmédy irrédentiste" einige Seiten der Demontage von gewissen in der Wallonie kursierenden Einwänden: Die Misshandlung belgischer Kriegsgefangener in Malmedy im August 1914 sei, „abgesehen von zwei oder drei beklagenswerten Ausnahmen", die Tat von „Eingewanderten" gewesen. Die Beflaggung der Häuser nach den deutschen Siegen habe aus Furcht vor Repressalien stattgefunden. „Wäre es logisch und gerecht, das Verbrechen einiger Gauner von einer ganzen Bevölkerung sühnen zu lassen, deren rassischer Atavismus nach Erlösung aus den Krallen des teutonischen Monsters fleht?"[140], fragte er.

Hinter dem Misstrauen, das vor allem im Lütticher *L'Express* zum Ausdruck kam, versteckten sich die Zweifel eines Teils der Wallonischen Bewegung, der seit jeher in einem ostentativen Antiklerikalismus verankert war. Dieser befürchtete, dass nun eine sehr fromme Bevölkerung zu Belgien komme, die von überzeugten Katholiken und sogar von Geistlichen angeführt werde und einen Abbé Pietkin, den bis Ende des Krieges untadeligen deutschen Patrioten, zur historischen Figur erheben werde[141].

Im August 1922, als einige konkrete Fragen wie jene des Markumtauschs[142] in Malmedy für große Verbitterung sorgten, mokierte sich der Journalist Jean Airbonne, der später zahlreiche Artikel zum „Pays rédimé" publizierte, über die sehr oberflächliche Belgisierung der Einwohner. Er machte jedoch einen Unterschied zwischen Malmedy, das „einen Rest französischer Kultur beibehalten hat" und „auf rührende Weise der wallonischen Mundart treu

geblieben ist", und den deutschsprachigen Zonen: „Man erduldet nicht während eines langen Jahrhunderts Schule, Kaserne und Kirche, ohne davon auf lange Zeit geprägt zu sein."[141]

Eingliederungsgesetz

Die belgischen Sozialisten standen den deutschen Sozialdemokraten sehr nah und waren überzeugte Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie missbilligten die Annexion der Kantone und prangerten die dazugehörende Volksabstimmung als Parodie an[144]. Sie fürchteten um ihre Mehrheit in der Provinz und forderten eine neue, faire Volksabstimmung und somit eine mögliche Rückkehr Eupen-Malmedys nach Deutschland. Deshalb plädierten sie bei den Debatten über das Eingliederungsgesetz auch für eine zehnte Provinz oder ein eigenes Arrondissement für Eupen-Malmedy.

Selbst Destrée und Piérard, die zuvor mit den Expansionisten sympathisiert hatten, übernahmen diese Linie, die parteiintern nur von einigen wenigen verurteilt wurde, u. a. von Senator Albert Renard, der für die Wahlen von 1925 aber nicht mehr aufgestellt wurde[145].

Auf dem Conseil général der Belgischen Arbeiterpartei vom 29. Juli 1924 sprach für die Malmedyer Sozialisten Louis Gob, Sekretär der Union socialiste communale, der den Anschluss an Verviers forderte: „Sie sind der preußischen Diktatur entkommen und wollen nicht einsehen, dass sie zurückkommt; denn das wäre der Fall, wenn eine zehnte Provinz mit deutscher Mehrheit geschaffen würde. Dort wären wir sprachlich unterdrückt."[146] Aber während der Parlamentsdebatte über den Gesetzentwurf unterzeichneten Sozialisten, die als wallonische Aktivisten gelten können, gemeinsam den Änderungsvorschlag, der darauf abzielte, aus den drei Kantonen bis zur Verabschiedung ihres endgültigen Statuts einen eigenen Verwaltungsbezirk mit Wahl eines Senators und eines Abgeordneten zu machen[147]. Die Parteidisziplin hatte sich durchgesetzt.

Dennoch kam während der Debatte die Besonderheit Malmedys zur Sprache. Jules Destrée schürte Zweifel am Willen der Malmedyer, belgisch zu werden:

„Wie Sie wissen [...], habe ich die Rückkehr nach Belgien dieser Malmedyer Wallonen, mit denen ich vor dem Kriege in Verbindung stand, befürwortet. Aber wenn sie, nachdem sie mit unserer Staatsform ihre Erfahrungen gemacht haben, der deutschen Lebensweise und der deutschen Staatsform nachtrauern, dann müssen wir diesen Wunsch dennoch respektieren, selbst wenn es uns schwerfällt."[148]

Dieser Satz zog ihm den Zorn von Regierung und *L'Express* zu[149].

Destrée war auch eine der Speerspitzen der wallonischen föderalistischen Strömung, die 1923 die Assemblée wallonne verlassen hatte, um die Ligue d'Action wallonne zu bilden[150]. Diese Autonomisten hatten als Sprachrohr die Monatszeitschrift *La Barricade*. In diesen Kreisen hatte das Bemühen um die Wahrung der französischen Integrität der Wallonie Vorrang vor jeder anderen Erwägung.

Allerdings herrschte im Mouvement wallon alles andere als Einstimmigkeit, und es wurde zwischen den Autonomisten einerseits und *La Défense Wallonne* andererseits angeregt debattiert. In der Tat folgte die Zeitschrift der unionistischen Assemblée wallonne einer anderen Linie. Die Assemblée beauftragte den Malmedyer Aktivisten Henri Bragard damit, ihr einen Bericht über die Situation sowie Lösungsvorschläge zu erstellen.

Bragards Standpunkt ist bekannt: Die Annexion der drei Kantone war ein schlechter Kompromiss. Man hätte sich entweder mit den Malmedyern begnügen oder zusätzlich elf rheinische Kantone mit ihren zweihunderttausend Einwohnern erhalten müssen, so wie es das Comité de Politique nationale aus strategischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsgründen gefordert hatte. In seinen Augen durfte man nicht die Wallonen von Malmedy, die „flämisch-deutschen Mischlinge" von Néau (die französierte Form für Eupen, im Wallonischen üblich) und die Luxemburger von Sankt Vith zusammentun und somit zwischen ihnen eine künstliche Solidarität, d. h. die einer gemeinsamen preußischen Vergangenheit, schaffen.

Bragard sprach sich im Juli 1924 für die Angliederung von Eupen und Malmedy an Verviers und von Sankt Vith an Bastogne aus, selbst wenn er sagte, dass er für Malmedy die Schaffung eines neuen Arrondissements zusammen mit Spa und Vielsalm noch vorziehe[151]. Sein Bericht an die Commission de l'Intérieur der Assemblée wallonne am 12. Oktober zeigte seine Entwicklung in diesem Sinne: Er stellte fest, dass das Statut der Kantone „von entscheidender Wichtigkeit für die Entgermanisierung der Malmedyer Wallonen ist"[152], und schlug vor, die drei Kantone einem

einzigen Gerichtsbezirk, dem Verviers, anzugliedern, jedoch bezüglich Wahlen und Verwaltung eine Trennung vorzunehmen: Néau sollte zu Verviers. Malmedy sowie Sankt Vith sollten gemeinsam mit Spa, Stavelot und Vielsalm eine neue Einheit bilden. Eindeutiges Ziel war es, die Deutschsprachigen in zwei großen frankofonen Einheiten untergehen zu lassen. Aber dieser Bericht fand in der Kommission keine Zustimmung.

Am 16. November 1924, auf der 36. Sitzung der Assemblée wallonne, wurde dann eine Kompromisslösung vorgeschlagen, der sich auch Bragard anschloss: die sofortige Angliederung Malmedys an Verviers und die Beibehaltung eines provisorischen Regimes in der deutschsprachigen Zone mit Wahlrecht für das Parlament (aber nicht für den Provinzialrat)[153]. Letztendlich beschlossen die Kammer[154] am 5. März 1925 und am Tag darauf der Senat die sofortige Angliederung der drei Kantone an das Arrondissement Verviers. Joseph-Maurice Remouchamps, Generalsekretär der Assemblée wallonne, war bei der Abstimmung nicht anwesend[155].

Heimatbund und Pietkin-Denkmal

1926 wurde der Heimatbund Eupen-Malmedy-St. Vith gegründet, der sich offiziell als kulturelle Bewegung zur Verteidigung der deutschen Sprache und Kultur darstellte, später jedoch auch politische Ziele verfolgte. Außerdem kursierten in diesem Jahr fortdauernd Gerüchte über geheime Verhandlungen zwischen belgischen und deutschen Bankiers im Hinblick auf eine eventuelle Rückgabe der Kantone an Deutschland[156].



Für zahlreiche Eupen-Malmedyer war die Angliederung an Belgien mit einem intensiveren Kennenlernen des frankophonen bzw. wallonischen Landesteils Belgiens verbunden. Ob sich die Mägde, Knechte oder wie hier die Eupener Pfadfinder in Vielsalm (1938) der subtilen Unterschiede zwischen Frankophonen, Wallonen und den von Städten und Provinzen geprägten Identitäten der südlichen Bewohner Belgiens bewusst waren?

In der Wallonischen Bewegung war man sich einig: Diese Gerüchte erforderten ein klares Dementi seitens der Regierung[157]. In diesem Kontext beschloss der Malmedyer Club wallon, der seit der Baltia-Zeit fast keine Aktivitäten mehr durchführte, seine Tätigkeit wiederaufzunehmen[158]. Bragard führte in *La Défense Wallonne* eine regelrechte deutschfeindliche Pressekampagne. Wenn der Heimatbund nur kultureller Art wäre, hätte er nicht in seinem Titel „das wallonische, gänzlich und durch und durch wallonische Land von Malmedy annektiert"[159]. Und um seine Leser zu sensibilisieren, fügte er hinzu, dass diesmal die Germanisierung über die Malmedyer Wallonie hinausgehen und Verviers oder vielleicht Lüttich erreichen könnte[160].

Das Malmedyer Ereignis des Jahres war für die Assemblée wallonne die Einweihung des Pietkin-Denkmals. Das Denkmal, finanziert durch eine 1921 beim Tod des Abbé[161] gestartete öffentliche Subskription, hatte keine Unterstützung seitens der Stadt Malmedy erhalten: Vor allem die sozialistischen Stadtväter[162] wollten keinen politischen romanischen, wallonischen und probelgischen Wallfahrtsort unter dem Patrozinium von Baltia, subventioniert durch die belgische Regierung und durch einige Brüsseler und wallonischen Gemeinden[163]. Schließlich wurde das Denkmal 1926 in Sourbrodt errichtet, wo Pietkin während der wichtigsten Zeit seines Lebens gewirkt und publiziert hatte[164].

Das Denkmal, ein Werk des Bildhauers Georges Petit, ist eine sieben Meter hohe Stele. Im Zentrum befindet sich ein Medaillon mit dem Gesicht des Abbé und darüber ist eine römische Wölfin beim Stillen von Romulus und Remus zu sehen[165]. Die Wahl eines als

heidnisch, wenn nicht als gar unzüchtig empfundenen Motivs löste eine Boykottkampagne seitens eines Teils des örtlichen Klerus aus. Dieser war aber teilweise auch durch deutschfreundliche Einstellungen motiviert[166].

Wahrscheinlich war aber die Entscheidung für die Aufwertung des Symbols der Latinität die einzig mögliche, um Subskribenten zu gewinnen, die, historisch gesehen, in Belgien eher in der Welt des Laizismus oder gar der Freimaurerei verwurzelt waren. Im belgischen Kontext von Sprachenstreit und Spannungen um die Rechte des Französischen in Flandern setzte die Assemblée wallonne den Schwerpunkt der Veranstaltung auf die Themen Sprachenfreiheit und Verteidigung des Französischen in den Grenzregionen der Latinität[167].

Für Joseph-Maurice Remouchamps hatte Abbé Pietkin gewiss die wallonische Sprache gefördert, jedoch sei diese nicht wirklich bedroht gewesen. Vor allem hatte er das Recht der Malmedyer verteidigt, auf deutschem Boden „die Hochsprache ihrer Rasse"[168] zu gebrauchen. Die Assemblée wallonne wies jegliche Deutschfeindlichkeit und Aggressivität von sich und erklärte, dass sie die Flamen sowie die Brüsseler, die dies wünschten, aber auch die Deutschsprachigen an einer friedlichen Veranstaltung der „Wiedergutmachung" teilhaben lassen wolle. Der Wink in Richtung Flämische Bewegung war deutlich, denn das Denkmal

„erinnert daran, dass zu einer Zeit, als die Bewohner des Malmedyer Landes zusehen mussten, wie ihre Rechte als Latiner mit Füßen getreten wurden, und ihre französische Kultur in Gefahr war, ein Mann durch sein Wort und sein Beispiel der Malmedyer Bevölkerung mit aller Kraft dabei half, standzuhalten und zu siegen. Das ist der Glaubensakt, der Akt der Notwehr, den die Wallonie bald feiern wird."[169]

Über die Einweihung des Denkmals erschienen Berichte in der Lütticher Presse sowie in Zeitungen und von Journalisten, die für die wallonische Sache empfänglich waren. Die katholische *Gazette de Liége* und die sozialistische *Wallonie* blieben der Veranstaltung verständlicherweise fern. Am 3. Oktober 1926 wehten in Sourbrodt die belgischen, wallonischen, Malmedyer, aber auch französischen sowie italienischen[170] Fahnen. Viel Publikum war erschienen.

Einwohner hatten das Denkmal die ganze Nacht bewacht, um Sabotage vorzubeugen. Dies zeigt, dass lokal organisierter Widerstand befürchtet wurde[171]. Es gab mehrere Wortmeldungen[172], in denen die Treue Pietkins und der Malmedyer zur lateinischen Zivilisation und zur französischen Sprache gerühmt wurde. Professor Jules Feller





Nach der Annexion Eupen-Malmedys durch Deutschland entlud sich der Zorn mehrerer SS-Mitglieder aus Weismes und seinem Umland am Denkmal Pietkins. Das Denkmal wurde 1940 zerstört und erst 1957 neuerrichtet und erneut eingeweiht.

nutzte die Gelegenheit aber auch, um daran zu erinnern, dass „der Abbé nie etwas unternahm, um seine Heimat von Deutschland zu trennen" und dass sein Kampf der Kampf um die Freiheit war: „Indem er für einen Wallonen das Recht verteidigte, Wallone zu sein, hat er dann nicht für einen Deutschen das Recht verteidigt, Deutscher zu bleiben?"[171]

Wallonisch und belgisch?

Diese verschiedenen Episoden veranschaulichen einen Diskurs, der sich von nun an in der Wallonischen Bewegung liberaler und christlicher Richtung einspielte. Die sozialistische Richtung steckte zwischen zwei Polen: Wie war es möglich, einerseits die wallonische Spezifität Malmedys innerhalb einer Partei zu verteidigen, die andererseits bezweifelte, dass die Bevölkerung belgisch bleiben wollte und deshalb eine neue Volksbefragung forderte?

Im März 1927 interpellierte Marc Somerhausen in der Kammer. Ohne die Zugehörigkeit Malmedys zur Wallonie infrage zu stellen, betonte er den „preußischen Patriotismus" des Abbé Pietkin, der zum Helden der Pro-Belgier geworden war, und bat darum, eine „sprachliche Bewegung" nicht mit einer „separatistischen Bewegung" zu verwechseln. Er verwies auf die 20.000 Elsässer in der französischen Armee und auf die Tatsache, dass es in Eupen-Malmedy keine Desertionen gegeben hatte[174].

Leicht verlegen rechtfertigte Piérard in seiner Antwort die Haltung Pietkins und den Fakt, dass im Ersten Weltkrieg keine Malmedyer in der belgischen Armee waren, mit „dem mächtigen Apparat der deutschen Justiz und Behörden". Er sagte, dass er in die Debatte eingreife „aufgrund des Interesses, das die Wallonen stets für das Los der Bevölkerung von Malmedy und einiger Nachbardörfer gezeigt haben", und dass das die einzigen Zonen seien, deren Annexion er persönlich gewünscht habe: „Ich war der Ansicht, dass der Versailler Vertrag, als er uns obendrein die unbestritten germanischen Kantone Eupen und Sankt Vith zuwies, uns ein lästiges Geschenk gemacht hatte. Das war ein wenig wie bei der Lotterie einen Elefanten gewinnen." In Malmedy dagegen „gibt es einige Tausend echte Wallonen, die zur wallonischen Gemeinschaft gehören und von dieser nicht getrennt werden dürfen". Hier stellt sich die Frage, ob Piérard diese von einer von seiner Partei geforderten Volksabstimmung ausschließen wollte.

Polarisierung

Später mäßigte er sich, indem er differenzierte und eine Befragung einerseits für die Malmedyer Wallonen und andererseits für die Deutschsprachigen verlangte[175]. Das schien Somerhausen zu passen[176]. Die Einheit der Partei blieb gewahrt. Auf sozialistischer Seite änderte sich der Diskurs nicht bis 1933, als die Nazis in Deutschland die Macht übernahmen. 1939 rechtfertigte Joseph Werson, der sozialistische Bürgermeister von Malmedy, die Änderung seiner Haltung gegenüber Belgien, indem er zwei Faktoren in Verbindung brachte: „Das Hitler-Regime hat uns getrennt von einem Land, wo unsere politischen Glaubensbrüder verfolgt werden", und: „Wir haben gelernt, die Toleranz, die Freiheit, die väterliche Vorgehensweise Belgiens zu erkennen."[177]

Werson greift mit dem Hinweis auf das geringe Demokratieverlangen der „Neubelgier" ein innerhalb der Wallonischen Bewegung weit verbreitetes Klischee auf. Hiermit wurde der wachsende Erfolg der deutschfreundlichen Bewegungen seit 1929 erklärt. Die revisionistische Christliche Volkspartei (CVP) konnte drei Abgeordnete in den Lütticher Provinzialrat entsenden[178], dies schockierte die wallonischen Beobachter.

Mit ein wenig Abstand ging Prosper Renard in *La Défense Wallonne*[179] zur Analyse über: Er erinnerte an die „Leiden von Malmedy" und appellierte an Belgien, die Malmedyer besser zu integrieren, denn manchmal hätten sie den Eindruck, aus Deutschen zweiter Klasse zu Belgiern zweiter Klasse geworden zu sein. Wahrscheinlich wären sie 1918 lieber Franzosen geworden. Wenn er auch zwischen den alteingesessenen Einwohnern und dem „Kern der von der belgischen Regierung geduldeten germanischen Irredentisten" unterschied, so kritisierte er nicht weniger die Fehler Brüssels, die das Misstrauen der Bevölkerung rechtfertigten: die anfängliche Präsenz englischer Truppen, die „Baltia-Diktatur"[180], den Markumtausch, den Mangel an Unterstützung für die alteingesessenen Wallonen und schließlich „das Versäumnis des Herrscherhauses"[181].

Im Sinne eines besseren gegenseitigen Kennenlernens veröffentlichte *La Défense Wallonne* ab 1929 mehrere Artikel zur Förderung des Tourismus in Malmedy, wo es mehr deutsche als belgische Besucher gebe[182]. Manche Redakteure, wie z. B. Robert Tack, begaben sich vor Ort und bemühten sich, von Malmedy ein positives und optimistisches Bild zu vermitteln[183]. 1932 wurde diese beruhigende Darstellung noch verstärkt durch die hochmediatisierte

Veröffentlichung des Buches „La vitalité romane de Malmedy", ein Werk des Schriftstellers und ehemaligen Widerstandskämpfers Laurent Lombard. Genau wie Prosper Renard gebrauchte Lombard sehr harte Worte, um die „antibelgischen Agitatoren" zu entlarven und deren Anzahl herunterzuspielen[184].

Die Radikalisierung des Club wallon

Die politische Entwicklung in Deutschland und die zunehmenden Spannungen in Malmedy führten dazu, dass ein Teil der Aktivisten des Club wallon sich radikalisierte. Als Verteidiger ihrer sprachlichen und regionalen Identität waren sie natürlich probelgisch, wollten sich jedoch von keiner Partei vereinnahmen lassen. Henri Bragard und Abbé Bastin waren zwar Mitglied der Assemblée wallonne und sprachen dort für die Malmedyer, vermieden es jedoch, in die Debatten zum französisch-flämischen Sprachkonflikt einzugreifen.

Doch dann kam eine neue Generation. Ab 1933 nahmen die Mitglieder des „Club" an der Wallfahrt zum Aigle blessé in Waterloo teil, einer Veranstaltung mit deutlicher autonomistischer, wenn nicht gar irredentistischer Färbung. Im selben Jahr schloss sich der „Club" der Concentration wallonne an, einer 1930 auf Initiative der Autonomisten gegründeten Organisation, die nie in die Assemblée wallonne aufgenommen wurde[185].

Aber war der „Club" deswegen föderalistisch und folglich subversiv geworden? Es gelte, sich den Wallonen Belgiens anzunähern, dies jedoch ohne die nationale Einheit infrage zu stellen[186]. Dass der „Club" sein Programm um „politische Handlungen" erweitert hatte, rechtfertigte Henri Desonay, der Vizepräsident, am 27. Mai 1934 mit dem Versagen der Behörden: „Seit einiger Zeit hat die Zentralverwaltung dem ‚Club wallon' nur geschadet."[187] Der „Club" war wohl von der „Untätigkeit der Regierung" enttäuscht[188] und forderte ein schnelles Handeln. Dies erfolgte auch im Einverständnis mit Joseph Werson und der örtlichen Arbeiterpartei. Diese doppelte Entwicklung missfiel den Aktivisten der Anfangsjahre. Bastin und Bragard schieden aus und gründeten einen anderen Klub: Chantecler, cercle wallon-malmédien d'art et de lettres[189].

Ausbürgerungsgesetz

Am 30. Juli 1934 wurde das Gesetz über den Entzug der Staatsangehörigkeit verabschiedet. Die wallonischen Aktivisten liberaler und katholischer Richtung waren für das Gesetz. Die wallonischen Sozialisten jedoch, ob Aktivisten oder nicht, waren dagegen. Sie fanden, dass es die Meinungsfreiheit verletzte sowie Märtyrer und Staatenlose schaffe.

Marc Somerhausen vertrat diesen Standpunkt während der Parlamentsdebatte. Die Sozialisten Jules Destrée und Louis Piérard zogen eine Parallele zwischen revisionistischen prodeutschen Äußerungen und Aufrufen zum Anschluss an Frankreich: Wieso sollten die einen strafbar sein, die anderen aber nicht? In ihren Augen genügte die bestehende Gesetzgebung, um das zu bestrafen, was denn bestraft werden müsse[190]. Zu keinem Zeitpunkt der Debatte wurde unterschieden zwischen Eupenern und Malmedyern.

Nur 1934 wurde vier Eupen-Malmedyern die Staatsangehörigkeit aberkannt. Sie stammten alle aus Malmedy und wurden 1935 ausgewiesen[191]. Marc Somerhausen bemerkte dazu: „Vom Standpunkt der Rasse und der Sprache aus betrachtet, ist es unbestreitbar, dass dies Malmedyer Wallonen sind und dass die Personen, denen die Staatsangehörigkeit aberkannt wurde, Wallonen waren."[192]

Dass diese Männer die wallonische „Gemeinschaft" hätten verraten können, ließ die Wallonische Bewegung nicht gleichgültig. In *La Gazette de Charleroi* vom 10. Oktober 1933 betonte demnach Francis Dumont, dass, wenn die Mehrheit der „alteingesessenen Malmedyer" sich nicht vom „Phänomen Nationalsozialismus" betroffen fühle, „Mehrheit nicht Einstimmigkeit gleichkomme". Dumont argumentierte, dass Malmedy „das Land der Konfusion" sei und dass die massive deutsche Propaganda sich dort umso leichter betreiben lasse, da die Probelgier „von den Behörden und [...] auch von den wallonischen Bünden im Innern des Landes völlig allein gelassen wurden". Diese Aktivisten-Organisationen wurden der Fahrlässigkeit beschuldigt und aufgerufen, sich für die Unterstützung des Malmedyer Club wallon zusammenzuschließen. Die Behörden wurden aufgefordert, „Säuberungs- und Entseuchungsmaßnahmen" einzuleiten[193].

Von der Regionalpresse, die für die wallonische Sache empfänglich war, zeugte in den Dreißigerjahren die Zeitung *La Gazette de Charleroi* von einem Interesse an der Lage in Eupen-Malmedy. Es erschienen Artikel von Robert Lepape in verschiedenen Versionen eines Grundtextes, der ungefähr alle



Auch nach 1945 bleibt das Verhältnis zwischen dem wallonischen Landesteil und den Ostkantonen teils von Unverständnis geprägt. Während der Königsfrage sprach sich die Mehrheit der frankophonen Belgier (auch im Bezirk Verviers) gegen eine Rückkehr Leopolds III. aus seinem Exil aus. Im deutschen Sprachgebiet galt Leopold III. als prominentestes Opfer der ungerechten Säuberungspolitik, weshalb eine große Mehrheit für ihn votierte.

zwei Jahre aktualisiert wurde. 1936 schlussfolgerte Lepape wegen des starken Aufstiegs der Heimattreuen Front (HF) im Kanton Malmedy, dass die Wallonisch sprechenden Germanen dort keine Seltenheit seien. Er betonte, dass die Bevölkerung zur Hälfte aus zurückgezogen lebenden Landwirten bestehe. Die zu große belgische Toleranz gegenüber der deutschen Propaganda und der „herbe Ekel vor der Freiheit" hätten den Rest besorgt, und dies trotz klarer wirtschaftlicher Erfolge dank des belgischen Regimes.[196]

Nach einer weniger pessimistischen Darstellung im Jahr 1937[195] folgte 1938 wieder eine Warnung: Robert Lepape zitierte Pietkin, Bragard sowie Bastin und stellte fest, dass „niemand die Fackel übernommen" habe, dass „die junge Generation vorsichtig" sei und dass niemand sich wirklich „in Malmedy und anderswo" der Germanisierung zu widersetzen wage. Und er schlussfolgerte: „Will man, dass die Malmedyer Wallonie nicht bald ein Gebiet der Germanen auf belgischem Boden wird, so ist es höchste Zeit sich zu wehren."[196]

In den Jahren 1937 und 1938 nahm der Diskurs innerhalb der Wallonischen Bewegung die Form einer Wellenbewegung an. Die Einsicht setzte sich durch, dass die wallonische Identität nicht davor schützte, nach Deutschland zu blicken. Aber diese Realität passte so wenig in die Denkschemen der Zeit, dass sie lieber verdrängt, heruntergespielt oder rationalisiert wurde. Dennoch war hinter dem Gesetz zur Aberkennung der Staatsangehörigkeit und der Analyse der Aktionen und Resultate der Heimattreuen Front die Angst vor dem „Trojanischen Pferd" oder der deutschen „fünften Kolonne" stets präsent[197].

Nach 1936 entsprach der Diskurs der Wallonischen Bewegung dem allgemeinen Sicherheitsdiskurs, der eine Verteidigung des Landes an den Grenzen forderte, eine Rückkehr zur Neutralität und eine völlige außenpolitische Unabhängigkeit. Bei diesen Diskussionen geriet auch wieder eine erneute deutsche Invasion in einer Region in den Blick, die entgegen vieler Beteuerungen nie als völlig wallonisch gegolten hatte und immer Gegenstand von Zweifeln und Fragen gewesen war.

Niederlage und Neugründung

Am 10. Mai 1940 wurde der deutsche Einmarsch in Eupen wie in Malmedy[198] von vielen Einwohnern begeistert begrüßt. Schon im Januar waren jedoch mehrere Hundert Probelgier und „altbelgische" Beamte an die Küste evakuiert worden. Am 18. Mai erfolgte die Annexion durch das „Dritte Reich"[199]. Bei der Befreiung stand die Frage der annektierten und wiedergefundenen Gebiete für die Wallonische Bewegung nicht im Mittelpunkt. Von Malmedy, das während der Ardennenschlacht stark zerstört wurde, war auf dem Congrès national wallon von Oktober 1945 nicht die Rede.

Abbé Bastin verstarb 1939. Seine Werke wurden im Mai 1940 von Nazis in die Warche geworfen. Joseph Werson und Henri Bragard wurden von den Nazis deportiert und getötet. In Malmedy gab es niemanden mehr, der die Kontinuität des Kampfes um Sprache und Kultur verkörpern konnte, selbst wenn der Club wallon seine

Tätigkeit schnell wieder aufnahm[200]. Auf dem wallonischen Kongress von 1948 überbrachte der Malmedyer Solheid den Gruß seiner Stadt und lud die Anwesenden zur Teilnahme an den wallonischen Festlichkeiten in Malmedy ein[201]. Der öffentliche Diskurs wurde in Malmedy durch die Säuberung und die Assimilierung durch Belgien bestimmt. Die Wallonische Bewegung widmete ihre ganze Aufmerksamkeit der Königsfrage und dem Kampf für Föderalismus. Sie blickte nicht mehr Richtung Warche und Malmedyer Wallonie.



Welcher Platz für die frankophone Kultur Brüssels in Eupen-Malmedy? Bilder des Eupener Karnevals machen deutlich, dass man auch die franko-belgische Comic-Kultur um Hergés Tim und Struppi wahrnahm.

PHANTOMSCHMERZEN AN DER WESTGRENZE

Von Thomas Müller

Der Begriff „Rheinland" bezeichnete in der Tradition des 19. Jahrhunderts teils das Gebiet der preußischen Rheinprovinz, teils ein geographisch nur unscharf umrissenes Gebiet im deutschen Einzugsbereich des Ober-, Mittel- und Niederrheins. Ersteres war aus der territorialen Neuordnung nach dem Ende der französischen Herrschaft hervorgegangen und trug ab 1822 diesen Namen. Letzteres war während der Mobilisierung des Widerstands gegen das napoleonische Frankreich durch den Bonner Historiker Ernst Moritz Arndt und andere Intellektuelle propagiert worden und ging mit einer ideologischen und symbolischen Aufladung des Rheins einher. Der Strom und sein Einzugsgebiet erschienen in dieser Tradition als ein Raum, der in besonderem Maße deutsch sei, aus diesem Grunde nicht durch eine Grenze geteilt werden dürfe und angesichts der 1815 gezogenen Grenzen zu einer Abwehrgemeinschaft gegen den französischen Expansionismus formiert werden müsse[202], was später als „Wacht am Rhein" umschrieben wurde.

Dieser Diskurs erwies sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert als ungemein wirkungsmächtig und stellt das Grundmuster einer deutschen Sicht auf Ostbelgien nach dem Ersten Weltkrieg dar. Dabei überdeckte er ein Ensemble sozialer, konfessioneller, kultureller und politischer Divergenzen und Konflikte zwischen lokalen und staatlichen Akteuren, die auch nach dem Ende des Kulturkampfs als ein latentes Misstrauen in die nationale Zuverlässigkeit der rheinischen Bevölkerung fortwirkten. Hinzu kam, dass aus dem rheinischen Grenzgebiet komplexe kulturelle, konfessionelle, ökonomische, familiäre und alltagspraktische Interaktionen mit dem westlichen Nachbarn bestanden, die durch die Passfreiheit von 1868[203] begünstigt und erst 1914 durch ein massives Grenzregime beendet worden waren.

Rheinische Geschichtserzählungen

Das hegemoniale deutsche Narrativ der Zwischenkriegszeit setzte eine seit dem Frühmittelalter bestehende Identität der Rheinlande als germanischer bzw. deutscher Raum voraus. Es verlängerte die moderne Territorialordnung damit zu einer überzeitlichen Einheit und beschrieb die Krisen- und Kriegsphasen der Jahre 1813-15, 1840, 1864/66, 1870/71 und 1914-1923 als

Katalysatoren einer rheinischen Selbstidentifizierung als Deutsche.

Verstärkt wurde dies durch eine Ausrichtung der Kulturförderung und Denkmalpflege durch den Provinzial- und späteren Landschaftsverband Rheinland an Stammes- und Volkstums-Begriffen, die erst ab den 1960/70ern durch alternative Paradigmen abgelöst werden sollten[204]. Daneben entstand ab den 1930er Jahren das Konzept eines „Ruhrvolks", also einer Art moderner Stammesbildung im administrativ zwischen der Rheinprovinz und Westfalen aufgeteilten Ruhrgebiet. Das Konzept des Ruhrvolks basierte nicht auf dem Konzept einer historischen Kontinuität, sondern auf den Dynamiken von Industrialisierung und Arbeitsmigration, die gleichwohl als Ausdruck nationaler Kraft interpretiert wurden[205].

Vertreter beider Raumkonzepte entwickelten in der Zwischenkriegszeit Strategien des Zugriffs auf Räume, Bevölkerungen, Ressourcen, Infrastrukturen und Akteure jenseits der deutschen Westgrenze. Dabei vermieden sie Anklänge an die aggressiv und ungeschickt vorgetragenen Kriegszielforderungen etwa des Alldeutschen Verbandes aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und bevorzugten stattdessen defensiv formulierte und akademisch fundierte Argumentationsweisen.

Der Erste Weltkrieg erschien vor diesem Hintergrund weniger als aggressiver und von massiven Verbrechen an der Zivilbevölkerung begleiteter Bruch grenzübergreifender Regionalität. Stattdessen wurde die Kriegsniederlage als Etappe eines scheinbar ewigen Griffs Frankreichs (und Belgiens als dessen Agent) nach dem Rhein vorgestellt und dem Rheinland eine Opferrolle zugeschrieben. Dieser Opfer- und Bedrohtheitsdiskurs griff auf reale Einschnitte in die staatliche Souveränität des Deutschen Reiches durch die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages von Compiègne (1918) und des Versailler Friedensvertrages (1919) zurück. Deren Folgen waren die Besetzung des linksrheinischen Gebiets, der Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz und des rechten Rheinufers, die zusätzliche Entmilitarisierung einer Zone von 50 Kilometern Breite rechts des Rheins, die Abtretungen der preußischen Kreise Eupen und Malmedy sowie Neutral-Moresnets an Belgien und des Reichslandes Elsass-Lothringen an Frankreich, die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Luxemburgs unter Auflösung der Zollunion mit Deutschland, die Internationalisierung des Saargebiets, Sonderregelungen über die Rheinschifffahrt, die Vennbahn und den projektierten Rhein-Maas-Kanal, Reparationszahlungen sowie indirekt die Putschversuche rheinischer Separatisten (1919/23) und der sogenannte Ruhrkampf des Jahres 1923.

Auf der alltagsweltlichen Ebene war das Kriegsende unmittelbar mit materieller Not, Ängsten vor Vertreibung, Internierung und Racheaktionen sowie mit massiven Restriktionen durch die Besatzungsbehörden einhergegangen. Verschiedene wirtschafts- und zollpolitische Maßnahmen der Besatzungsbehörden hatten das linksrheinische Gebiet vom rechtsrheinischen abgeschnitten und ausgedehnte Schmugelökonomien entstehen lassen.

Das in dieser Situation entstandene Schlagwort vom „Loch im Westen" war bereits 1919 titelgebend für einen deutschen Kinofilm[206] und diente bis in die frühen 1950er Jahre als Symbol eines Kontrollverlustes des Staates über seine westliche Grenze. In Bezug auf Eupen und Malmedy schufen die neue Grenzziehung, die manipulative Volksbefragung von 1920, die autoritäre Übergangsverwaltung bis 1925 und die Assimilationspolitik der belgischen Zentralregierung Anlässe für politische Solidarisierungen und Projektionsflächen nationalistischer und völkischer Ideologien.

Mit der flämischen Bewegung vernetzt

Stark tangiert durch die Kriegsniederlage war zudem das Verhältnis zur nationalflämischen Bewegung. Ihre Akteure waren von der deutschen Rechten in den 1890er Jahren als Kooperationspartner im Nordwesten des Reiches entdeckt und während des Ersten Weltkrieges sowohl durch die Besatzungsbehörden und stärker noch durch die radikale Rechte gefördert worden. Letztere hatten den 1917 erfolgten, von der Reichsregierung jedoch nicht anerkannten Versuch einer flämischen Staatsgründung aufgegriffen.

Die deutsche Rechte leistete nach Kriegsende umfangreiche praktische und ideelle Solidarität mit den von der belgischen Justiz verfolgten flämischen Aktivisten, den nach Deutschland geflohenen Flaminganten und den sich reorganisierenden nationalflämischen Strukturen in Belgien. Die langfristige Bedeutung dieser Interaktion als Erfahrungshintergrund, mehrere Generationen umfassendes Netzwerk, Hebel zur Schwächung des belgischen Staates, ideologischer Resonanzraum und Blaupause einer nationalsozialistischen Flamen- und Besatzungspolitik kann

kaum überschätzt werden. Sie übertraf den Stellenwert etwa Eupen-Malmedys bei weitem und war den zeitgenössischen Akteuren durchaus bewusst.

Phantomschmerz an der Westgrenze

In den ersten Jahren der Weimarer Republik entfalteten staatliche, provinziale, kommunale, akademische, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure in der Rheinprovinz eine Vielzahl von Aktivitäten. Hierdurch wollten sie den Durchhaltewillen der westdeutschen Bevölkerung fördern, die Verbindungen in die abgetretenen Gebiete und in die Nachbarstaaten nicht abreißen zu lassen und prodeutsche Gruppierungen (wie die flämische Bewegung) dort zu unterstützen.

Aus außenpolitischen Gründen agierten staatliche Behörden dabei heimlich oder bedienten sich nichtstaatlicher Organisationen und Netzwerke. Dies entsprach Handlungsmustern, wie sie auch gegenüber der Rheinlandbesetzung, zur Niederschlagung der Separatisten und während des Ruhrkampfs angewandt wurden und die in diesen Fällen bis hin zu paramilitärischen Operationen unter Einbindung rechtsterrotistischer Gruppen reichen konnten.

Die zumindest ideelle Zugehörigkeit Eupens und Malmedys zum Rheinland und zum Deutschen Reich war in der öffentlichen Meinung weitgehender Konsens und fand in zahlreichen Deklarationen ihren Niederschlag. Aufwändige Inszenierungen wie die Jahrtausendfeier der Rheinlande im Jahr 1925 zielten mit einem breit gefächerten Programm auf die Identifizierung aller Bevölkerungskreise mit dem Reich und schufen zugleich günstige Bedingungen für die Publikation entsprechender Schriften. Hierzu gehörten mehrere groß angelegte Rhein- und Rheinland-Werke etwa von Hermann Stegemann, Paul Wentzcke und Karl Haushofer[207].

Eupen-Malmedy

Als innerdeutsche Interessenvertretung der abgetretenen Gebiete agierte seit 1920 in Berlin die Vereinigte Landsmannschaft Eupen-Malmedy-Monschau mit ihren Zeitschriften *Eupen-Malmedyer Echo* (1920-1921) und *Echo aus Eupen-Malmedy-Monschau* (1926-1940). Die Organisation firmierte zunächst unter der Adresse des Deutschen Schutzbundes, in dessen Gründungsvorstand sie durch den Arzt Dr. Krieger vertreten war und dessen Pressereferent Werner Wirths einige wichtige Aufsätze über Eupen-Malmedy publizierte[208]. Wirths gehörte zu den frühen Vordenkern der jungkonservativen Bewegung, die sich nach der Kriegsniederlage in Abgrenzung zum wilhelminischen Konservativismus formiert hatte und in der Grenzlandpolitik ein wichtiges Aktionsfeld für eine militante nationalistische Politik fand.

Der formal überparteiliche Deutsche Schutzbund war die größte Dachorganisation grenz-, volks- und auslandsdeutscher Verbände der Weimarer Republik. Allerdings konzentrierte er sich hauptsächlich auf die Volksabstimmungen in den nord- und ostdeutschen Grenzgebieten sowie in Österreich, auf die Entwicklung tragfä-





Auch was die Kontakte zum Rheinland anbelangt muss die Geschichtsforschung sich die Frage stellen, welche zwischenmenschlichen Kontakte ihr bei ihren Analysen entgehen. Wirkmächtige Eindrücke hinterließen zweifelsohne Gruppenausflüge von Eupen-Malmedyern in das Rheinland. Links ein Eupener Schulausflug auf die Burg Nideggen 1928, rechts der Sankt Vither Kirchenchor am Deutschen Eck vor der Festung Ehrenbreitstein, Koblenz.

higer neuer Argumentationslinien (wie Autonomie, Minderheitenrechte und Selbstbestimmungsrecht der Völker) sowie auf die Durchsetzung einer rechten Diskurshegemonie.

Innerhalb dieses Hegemonieprojekts spielte das kleine Eupen-Malmedy mit seiner überwiegend katholischen Orientierung keine entscheidende Rolle. Allerdings bildeten die Vereinigten Landsmannschaften gemeinsam mit fünf weiteren Landsmannschaften aus dem Grenzgebiet zwischen Elsass-Lothringen und Eupen-Malmedy den Bund Deutscher Westen, der im Oktober 1933 durch Rudolf Heß dem Volksdeutschen Rat, einem Vorläufer der späteren Volksdeutschen Mittelstelle der SS, unterstellt wurde[209]. Im Oktober 1934 führte der Bund Deutscher Westen gemeinsam mit dem Westreferat des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA, heute: Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland) – beide in Personalunion geleitet von Robert Ernst – im Krönungssaal des Aachener Rathauses eine Arbeitstagung „über volkspolitische Fragen im Nordwesten" durch. Die Tagung band Eupen-Malmedy in eine „übergeordnete deutsche Volkstumspolitik" für die Westgrenze unter Einbeziehung des im Bund Deutscher Westen nicht repräsentierten Flandern und der Niederlande ein[210].

Der VDA verfügte dabei über eigene und eingespielte Strukturen und fungierte traditionell als Instrument einer inoffiziellen Außenpolitik. Maßgebliche Akteure waren hier der Kärntner Hans Steinacher und der aus einer westfälischen Familie stammende und dem Zentrum nahestehende Kölner Beamte Franz Thedieck[211]. Während Ersterer bis zum Bundesleiter des VDA aufstieg, erfüllte Letzterer vom Ende der 1920er Jahre bis zur Annexion im Mai 1940 einen Sonderauftrag für Eupen-Malmedy, den er seit 1931 mit seiner Funktion als Grenzlandreferent des Regierungspräsidiums Köln verbinden konnte.

Die Westforschung als Motor

Politische Netzwerke wie diese waren von einer akademischen Wissensproduktion flankiert, die rückblickend unter dem Begriff „Westforschung" zusammengefasst wird. Bereits 1920 war mit dem Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn eine wissenschaftliche Einrichtung entstanden, die sich zunächst in defensiver Weise mit den „Stammes- und Volkstumsbeziehungen" des Rheinlandes beschäftigte und diese sukzessive auf die westlichen Nachbarregionen übertrug.

Die Institutsleiter Hermann Aubin, Franz Steinbach und Franz Petri (dessen Habilitationsschrift aus dem Jahr 1937 die Wallonie und Nordostfrankreich als einen im Frühmittelalter von den germanischen Franken besiedelten Raum auswies[212]) dominierten die rheinische Regionalgeschichte auf lange Sicht. Zudem war ihr Institut eng mit der provinzialen Kulturpolitik verflochten und übte wie diese einen starken Einfluss auf die lokalen Geschichts- und Heimatvereine aus. Wesentliche Impulse bezog das Institut aus der zeitgleich entstehenden „Volks- und Kulturbodenforschung", die neben Sprache und Territorialgeschichte eine Anzahl neuer Kriterien für die Bemessung eines deutschen Raumes bereitstellte und daher vor allem für radikalere Akteure attraktiv war.

Auf dieser Grundlage wurde das Bonner Institut 1931 gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Institut der Elsass-Lothringer im Reich (gegründet 1921 in Frankfurt) und dem Alemannischen Institut (gegründet 1931 in Freiburg) zur tragenden Säule der Rheinischen und späteren Westdeutschen Forschungsgemeinschaft. Diese war ein neuartiger Forschungsverbund mit dem Anspruch, die regional und sachlich fragmentierte Forschung über das westliche Grenzgebiet von der Nordsee bis zur Schweiz zusammenzuführen und politisch nutzbar zu machen.

Unter dem Dach der ebenfalls 1931 entstandenen Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften kooperierte er mit ähnlichen Forschungsverbünden für die nordöstlichen, östlichen, südöstlichen und alpenländischen Grenz- und Nachbargebiete. Konzentrierte sich die Rheinische/Westdeutsche Forschungsgemeinschaft zunächst auf das Saargebiet, wo für das Jahr 1935 die Volksabstimmung über die künftige staatliche Zugehörigkeit bevorstand, und auf Luxemburg, so tagte die Organisation im April 1933, März 1935 und Februar 1938 zu Eupen-Malmedy bzw. Belgien[213].

Eine Vielzahl von Akteuren

Parallel zum Deutschen Schutzbund, dem VDA und der akademischen Westforschung differenzierte sich das grenzlandpolitische Feld an der Westgrenze weiter aus[214]. Hierzu gehört die 1929 gegründete Stiftung Volk und Reich unter dem Vorsitz von Rudolf Holthöfer, einem einflussreichen Lobbyisten der Ruhrindustrie, oder das am Vorabend des Krieges für die SS operierende Netzwerk um den Wuppertaler Arzt Wolfgang Ispert. Seit Mitte der

1930er Jahre agierten in Aachen Edgar Schmid-Burgk als Vertreter Holthöfers (der zu diesem Zeitpunkt für das Propagandaministerium operierte) und Georg Scherdin als Vertreter Isperts arbeitsteilig[215].

Während sich Schmid-Burgk auf Kulturpropaganda (u. a. unter Einbeziehung des Aachener Generalmusikdirektors Herbert von Karajan), Infiltration und Spionage im Städtedreieck Aachen–Maastricht–Lüttich konzentrierte, operierte Scherdin darüber hinaus im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes in Eupen-Malmedy und war u. a. die treibende Kraft hinter dem Aufbau einer SS unter dem Deckmantel eines Segelflugvereins in Eupen, des Saalschutzes in Malmedy und der Bogenschützengesellschaft in Sankt Vith. Zeitweise als (zunächst stellvertretender) Leiter des SD-Unterabschnitts Aachen tätig, gründete er 1939 die offiziell in Eupen erscheinende die Monatszeitschrift *Heimat. Zeitschrift für Eifel, Maasland und Ardennen* (bis 1942, danach 1943 unter dem Titel *Zwischen Maas und Rhein*), die u. a. die Nachfolge der 1940 eingestellten Verbandszeitschrift der Vereinigten Landsmannschaften und des Propagandablattes *Junges Volk* der Segelflieger übernahm.

Trotz der lokalen und, soweit rekonstruierbar, einvernehmlichen Kooperation zwischen den beiden SS-Angehörigen Schmid-Burgk und Scherdin bestanden zwischen Ispert einerseits und Holthöfer und Thedieck andererseits heftige Konflikte um die ideologische und strategische Ausrichtung der Grenzlandpolitik sowie um die Verteilung deutscher Fördergelder[216]. Diese entbrannten nur zum Teil an der Frage, ob die etablierte Führung der Heimattreuen Front oder der jüngere Kader um die Siegelflieger zu unterstützen sei.

Im Zentrum der Konflikte standen wohl eher Flandern und die Wallonie. Die flämische Bewegung wurde von deutscher Seite traditionell als Schlüsselakteur begriffen, doch förderten Thedieck/Holthöfer und Ispert konkurrierende Fraktionen innerhalb des Vlaams Nationaal Verbond und vertraten eine entgegengesetzte Haltung gegenüber den „grootdietschen" (großniederländischen) Aktivisten sowie gegenüber der Politik der wallonischen Rexisten, die in Eupen-Malmedy als probelgische Kraft auftraten. Hinzu kamen lokale Konflikte etwa um das gemischtsprachige Gebiet um Aubel, über dessen sprachliche und „völkische" Situation sich die deutsche Westforschung nicht im Klaren war, während flämische Nationalisten es im Rahmen ihrer „taalgrensaktie" mit dem Argument reklamierten, es nur durch eine Anbindung an Flandern vor einer drohenden Wallonisierung bewahren zu können[217].





Die Interpretation der Geschichte des Rheinlands spielte bei der Jahrtausendfeier des Rheinlands eine wichtige Rolle. Während der Aachener Feierlichkeiten griff man auf Bilder Kaiser Karls des Großen oder der Geschichte im Allgemeinen zurück. Diese Jahrtausendfeiern fanden in zahlreichen Städten wie in Koblenz, Düsseldorf, Trier oder Köln im Rheinland 1925 statt. Die Feierlichkeiten richteten sich vornehmlich gegen die Rheinlandbesetzung. Welche Rolle Eupen-Malmedy dabei zukam, ist noch weitestgehend unerforscht.



Einer der wirkmächtigsten Akteure auf kultureller Ebene war der VDA, der mit seinen Kundgebungen regelmäßig ‚Auslandsdeutsche' zusammenbrachte. Das Bild zeigt eine Tagung des VDA in Trier (1934), bei der auch Vizekanzler Franz von Papen sprach.

So wenig monolithisch die Akteure auftragen, teilten sie spätestens während des Nationalsozialismus ein Raumkonzept, das an die eingangs umrissene Vorstellung des Rheins als deutsches Stromgebiet anknüpfte und diese radikalisierte. Es betrachtete das Rheinland losgelöst von den politischen und sprachlichen Grenzen nicht nur als Einzugsgebiet dieses einen Flusses, sondern fasste Maas und Schelde als dessen Nebenströme (und damit als Teil des Rheinlandes) auf. Die im Westen dieses Stromgebiets verlaufenden Gebirgszüge (Jura, Vogesen, Ardennen) erschienen als natürliche Sperrlandschaften zwischen Deutschland und Frankreich. Damit war ein über die Benelux-Staaten, Nordost- und Ostfrankreich und Teile der Schweiz ausgeweiteter deutscher Grenzraum umrissen, der sich u. a. mit historischen Territorialstrukturen, archäologischen, sprachlichen und kulturellen Relikten, Migrationen „germanischer" Völker, hoch- und volkskulturellen Zeugnissen, Landschaftsformen, Wirtschaftsräumen, Verkehrsinfrastrukturen sowie Rohstoff- und Energieressourcen (wie etwa dem Steinkohlengürtel vom Ruhrgebiet über das Aachener, Limburger und Lütticher Revier und die Wallonie bis zur der französischen Kanalküste) in eins setzen ließ.

Dieses Raumkonzept sollte vor und während des Zweiten Weltkrieges zur Vorform einer neuen deutsch-französischen Grenze verdichtet werden, die ausschließlich durch französisches und frankophones Gebiet verlief[218]. Die Binnenstruktur dieses imaginierten deutschen Westens bildete ein „organisches Gefüge" von Einzellandschaften (Niederlande, Flandern einschließlich Nordostfrankreich, Eifel/Ardennen, Luxemburg, Lothringen, Elsass, Burgund, Schweiz). Analog zum Begriff des Ostlandes oder des Ostraumes bezeichneten vor allem jungkonservative und nationalsozialistische Akteure dieses Gebiet als Westland oder Westraum[219].

Die Verteidigung des Abendlandes

Mit der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg kam auch die „Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft"[220] für deutsche hegemoniale Bestrebungen an ihr Ende, doch gewannen viele Ideen der Westforschung eine neue Bedeutung unter anderen Vorzeichen. Zwar wurden die deutschen Westgrenzen mit der Ausnahme des noch bis 1957 außerhalb der Bundesrepublik liegenden Saarlandes nicht mehr infrage gestellt, doch ließen sich die Konzeptionen von sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten mit einigen Modifizierungen auch zur Verteidigung des Abendlandes gegen den Kommunismus im Osten wenden.

Als Beispiel kann hier die Stadt Aachen genannt werden[221]: Von der Grenzfestung wird sie zum europäischen Wertezentrum. Ihr berühmtester Bewohner, Kaiser Karl der Große, wird nun wieder zuerst als Christ statt als germanischer Herrscher und Vorläufer Hitlers[222] genannt, ihre historische Mission bezieht sich nicht mehr auf eine Neue Ordnung, sondern auf den Beginn der europäischen Integration, und die deutsche Dominanz tritt hinter das gemeinsame karolingische Erbe zurück. Symbol dieses konservativen Diskurses, der auch in den Benelux-Ländern anschlussfähig war und ist[223], ist der im Dezember 1949 ins Leben gerufene Karlspreis. Als der belgische Politiker und damalige NATO-Generalsekretär Paul-Henri Spaak diesen 1957 erhielt, saß der ehemalige Volkstumsfunktionär Franz Thedieck unter den Ehrengästen. Er war seit 1950 Staatssekretär im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

Endnote

1 Vgl. Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 206 (1964), S. 232-245.
2 Vgl. Heinz Doepgen, Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966, S. 30f.
3 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 246.
4 Zur belgischen Position während der Friedensverhandlungen vgl. Sally Marks, Innocent Abroad. Belgium at the Paris Peace Conference of 1919, Chapel Hill, 1981; Francis Balace, Belgien und die Ostkantone im Versailler Vertrag. Irredenta-Gebiet, militärische Pufferzone oder Trostpreis?, in: Christoph Brüll (Hrsg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 73-102.
5 Vgl. Marks, Innocent Abroad, S. 105-136.
6 Vgl. ebd., S. 30f.
7 Zitiert nach Sally Marks, Paul Hymans. Belgium, London 2010, S. 79.
8 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, The Paris Peace Conference, 1919, Volume IV, Secretary's Notes of a Conversation Held in M. Pichon's Room at the Quai d'Orsay, Paris, on Wednesday, 26 February 1919, S. 142.
9 Zur luxemburgischen Frage vgl. Gilbert Trausch, Les relations franco-belges à propos de la question luxembourgeoise (1914-1922), in: Les relations franco-belges de 1830 à 1934 (Actes du Colloque de Metz, 15-16 novembre 1974), Centre de Recherches Relations Internationales à l'Université de Metz, 1975, S. 275-293.
10 Zitiert nach Marks, Paul Hymans, S. 84.
11 Zur Kommission für die belgischen Angelegenheiten vgl. Doepgen, Abtretung, S. 69-83.
12 André Tardieu, The Truth about the Treaty, Indianapolis 1921, S. 217.
13 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 257.
14 Zitiert nach ebd., S. 258.
15 Vgl. ebd., S. 258f.
16 Vgl. Balace, Belgien und die Ostkantone im Versailler Vertrag, S. 73-102; Doepgen, Abtretung, S. 65-72; Pabst, Eupen-Malmedy, S. 250-263; Christoph Brüll, La référence à l'Alsace-Lorraine dans le rattachement et l'intégration d'Eupen-Malmedy à la Belgique (1918-1925), in: Revue d'Alsace 2018.
17 The National Archives of the UK (TNA), FO 608/5/2 – Peace Conference: British Delegation, Correspondence and Papers relating to: Belgium (Political).
18 Vgl. Doepgen, Abtretung, S. 72.
19 Service historique de la Défense (SHD), Vincennes, État-Major de l'Armée de Terre, EMA/2 Belgique – Relations militaires franco-belges (1920-1939), 7 N 2733, Maurice Herbette, ambassadeur de France à Bruxelles, à Aristide Briand, ministre des Affaires étrangères, 8.9.1926.
20 SHD, Vincennes, État-Major de l'Armée de Terre, EMA/2 Belgique – Rapports de l'attaché militaire (1933), 7 N 2728, Fernand Sarrien, consul de France à Liège, à Paul Claudel, ambassadeur de France à Bruxelles, 15.5.1933.
21 Vgl. hierzu Christoph Brüll, Die deutschsprachigen Einheiten in der belgischen Armee zwischen den beiden Weltkriegen, Sankt Vith 2004; Christoph Brüll, Entre méfiance et intégration. les germanophones dans l'armée belge (1920-1955), in: Cahiers Belges d'Histoire Militaire 4 (2006), S. 135-167.
22 Vgl. Doepgen, Abtretung, S. 151-212; Pabst, Eupen-Malmedy, S. 279-288.
23 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 282ff.
24 Vgl. The National Archives of the UK (TNA), FO 893/5 – Ambassadors to the Peace Conference, Paris: Minutes of Proceedings; National Archives and Records Administration (NARA), Records of the Department of State relating to Internal Affairs of Belgium, 1910-1929, 855.00/141-149; Centre des Archives diplomatiques (CAD), La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-67.
25 Vgl. ebd., From Brussels to the Secretary of State, 15.6.1920; From Brussels to the Secretary of State, 7.7.1920; From Brussels to the Secretary of State, 22.7.1920.
26 CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-66, Pierre de Margerie, ambassadeur de France en Belgique, à Millerand, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 23.4.1920.
27 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 285f.
28 Vgl. CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-66, Pierre de Margerie, ambassadeur de France en Belgique, à Millerand, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 16.4.1920.
29 Ebd., 126-8-66, Pierre de Margerie, ambassadeur de France en Belgique, à Millerand, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 23.4.1920.
30 National Archives and Records Administration (NARA), Records of the Department of State relating to Internal Affairs of Belgium, 1910-1929, 855.00/141-149, Brussels to the Secretary of State, 18.5.1920.
31 Vgl. CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-68, consul de France à Liège au président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 20.2.1921; CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-68, Pierre de Margerie, ambassadeur de France en Belgique, à Aristide Briand, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 3.3.1921.
32 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 311f.
33 Vgl. Doepgen, Abtretung, S. 134-137.
34 Vgl. Anna Quadflieg/Peter M. Quadflieg, Die „Cantons Rédimés" und der belgische Franken. Währungsreformen in Ostbelgien 1920 und 1944, in: Christoph Rass/Peter M. Quadflieg (CAD), Kriegserfahrung im Grenzland. Perspektiven auf das 20. Jahrhundert zwischen Maas und Rhein, Aachen 2014, S. 106-111.
35 Vgl. CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-69, Pierre de Margerie, ambassadeur de France en Belgique, à Raymond Poincaré, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 31.1.1922.
36 Ebd., 126-8-68, Consul de France à Liège au président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 20.2.1921.
37 Vgl. ebd.
38 Ebd., 126-8-69, Consul de France à Liège au président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 18.12.1923.
39 Ebd., 126-8-68, Consul de France à Liège au président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 20.2.1921.
40 Ebd., 126-8-69, Consul de France à Liège au président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 24.5.1922.
41 Ebd., 126-8-69, Consul de France à Liège au président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 18.12.1923.

42 Vgl. hierzu Brüll, Référence à l'Alsace-Lorraine.
43 Vgl. CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-68, Pierre de Margerie, ambassadeur de France en Belgique, à Aristide Briand, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 10.3.1921.
44 Ebd., 126-8-70, Consul général chargé du consulat de France à Liège au ministre des Affaires étrangères, 8.6.1925; vgl. auch Brüll, Référence à l'Alsace-Lorraine.
45 Ebd., 126-8-70, Consul général chargé du consulat de France à Liège au ministre des Affaires étrangères, 8.6.1925; Consul général chargé du consulat de France à Liège au ministre des Affaires étrangères, 16.7.1925.
46 Vgl. Jacques Bariéty, Le projet de rétrocession d'Eupen-Malmedy par la Belgique à l'Allemagne, et la France (1925-1926): Un cas d'utilisation de l'arme financière en politique internationale, in: Les relations franco-belges de 1830 à 1934 (Actes du Colloque de Metz, 15-16 novembre 1974), Centre de Recherches Relations Internationales à l'Université de Metz, 1975, S. 328.
47 Vgl. CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-70.
48 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 475.
49 CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-70, Le président du Conseil, ministre des Affaires étrangères à De Fleuriau, ambassadeur de France à Londres, n°2392, 8.12.1925.
50 Vgl. The National Archives of the UK (TNA), T 160/255/11 - Treasury: Finance Files (F Series), Loans Countries Germany, Letter from Williams to Leith Ross, 23.9.1926; Note on the commercialisation of German reparation bonds and other similar schemes, Treasury Chambers, 27.9.1926.
51 Vgl. ebd., Letter from Williams to Leith Ross, 29.9.1926.
52 Vgl. CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-70, Le ministre des Affaires étrangères à l'ambassadeur français à Bruxelles (très confidentiel), 24.7.1926.
53 Vgl. ebd.
54 National Archives and Records Administration (NARA), Records of the Department of State relating to Belgium and other States, 1910-1929, 755.57-755.942, William Phillips an das US-Außenministerium, n°579, 18.8.1926.
55 Vgl. ebd., William Phillips an das US-Außenministerium, n°586, 26.8.1926.
56 CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-70, Maurice Herbette, ambassadeur de France à Bruxelles à Aristide Briand, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères, 29.7.1926.
57 Ebd., 126-8-70, Maurice Herbette à Aristide Briand, 23.8.1926.
58 Vgl. Daniel-Erasmus Khan, Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen 2004, S. 461f.
59 CAD, La Courneuve, Archives du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique et commerciale (1914-1940), Série Z, Europe (1918-1940), Sous-Série Belgique (1918-1929), 126-8-192/193.
60 Ebd., 126-8-193, Sarrien, consul général de France à Liège, au ministre des Affaires étrangères à Paris, 26.4.1934.
61 Ebd., 126-8-193, Sarrien, consul général de France à Liège et à Verviers, au ministre des Affaires étrangères à Paris, 14.1.1935.
62 Vgl. SHD, Vincennes, État-Major de l'Armée de Terre, Dossier 1 Belgique, Correspondances de l'AM et résumés de rapports de l'AM (1938), 7 N 2731, Lettres du Colonel Laurent, Attaché militaire et de l'air, à l'ambassade française à Bruxelles et au ministre de la Défense nationale et de la Guerre 24.3.1938; 31.3.1938; 7.4.1938.
63 Ebd., Compte-rendu de l'attaché militaire 27.3.1938.
64 Vgl. Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1: Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920-1944), Büllingen 2005, S. 63-75.
65 Vgl. Christoph Brüll, Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich (1944-1958), Essen 2009, S. 34-55.
66 Vgl. Documents diplomatiques français, 1945, Tome I, n°376, S. 690f.; vgl. auch Brüll, Belgien im Nachkriegsdeutschland, S. 74f.
67 Der Pressespiegel umfasste hauptsächlich folgende Zeitungen: La Nation belge, Le Soir, Libre Belgique, Indépendance belge, XXe siècle, Le Peuple, Étoile belge.
68 Vincent O'Connell beschäftigt sich ausführlich mit der britischen Besetzung Malmedys, vgl. Vincent O'Connell, The annexation of Eupen-Malmedy. Becoming Belgian, 1919-1929, New York 2018.
69 The National Archives of the UK (TNA), FO 1049/993 - Control Office for Germany and Austria and Foreign Office: Control Commission for Germany (British Element), Political Division, 1947 Series Berlin, Eupen-Malmedy area: residents' nationality, Letter from R. Staneley, Director of Entries and Exits Branch, to the Political Division in Berlin, 5.3.1947. Vgl. auch Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: Zeitenblicke 1/3 (2004), Abschnitt 42. Online: http://www.zeitenblicke.de/2004/01/fickers/index.html [5.6.2018].
70 Vgl. Lode Wils, Flamenpolitik en aktivisme, Löwen 1974; in überarbeiteter und erweiterter Fassung: Onverfranst, onverduitst?, Kalmthout 2014; Daniel Vanacker, Het aktivistisch avontuur, Gent 1991.
71 Vgl. Lode Wils, Van Clovis tot Happart. Geschiedenis van de Naties in de Lage Landen, Löwen/Apeldoorn 1992; ders., Honderd jaar Vlaamse Beweging, Bd. 2 u. 3., Löwen 1985 u. 1989; Hendrik J. Elias, 25 jaar Vlaamse Beweging 1914/39, Antwerpen 1969; Arie Wolter Willemsen, Het Vlaams-Nationalisme 1914-1940, Groningen 1958.
72 Vgl. Bruno De Wever, Greep naar de macht. Vlaams-nationalisme en nieuwe orde. Het VNV 1933-1945, Tielt/Gent 1995.
73 Vgl. die viersprachige Aufschrift „Nie wieder Krieg" auf dem 1928 bis 1930 zur Erinnerung an die flämischen Kriegsopfer errichteten IJzerturm in Diksmuide. In der Krypta des 1946 zerstörten alten Turmes findet sich das womöglich weltweit einzige ehrende Gedenken der Münchener Konferenz, eine am 11. November 1938 enthüllte Erinnerungstafel mit der Aufschrift: „Durch den Friedenswillen der Völker und die Erinnerung an die Kriegsgreuel 1914-1918 wurde in diesem Jahr 1938 eine neue Weltkatastrophe verhütet."
74 Vgl. Winfried Dolderer, De republiek van Weimar en de Vlaamse Beweging, in: Wetenschappelijke Tijdingen (Wt) 56 (1997), Nr. 2, S. 101-123, Nr. 3, S. 131-151, hier S. 114; ders., „Furore teutonico..." Die Löwener

Universitätsbibliothek als belgisch-deutscher Erinnerungsort, in: Sebastian Bischoff u. a. (Hrsg.), „Belgium is a beautiful city"? Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung, Münster 2018, S. 107-115, hier S. 111.

75 Vgl. Winfried Dolderer, Der flämische Nationalismus und Deutschland zwischen den Weltkriegen, in: Burkhard Dietz u. a. (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung" der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Bd. 1, Münster 2003, S. 109-136.

76 APB Chambre 1934/35, séance du jeudi 11 avril 1935, S. 922.

77 Zitiert von Ward Hermans in: APB Chambre 1930/31, séances du mercredi 4 mars 1931 (après-midi), S. 902; vgl. auch Klaus Pabst, Eupen-Malmedy, S. 374.

78 APB Chambre 1924/25, séance du mercredi 4 mars 1925 (après-midi), S. 867.

79 Zuvor hatte Vos die Politik des Generalgouverneurs Baltia mit dem Zwischenruf kommentiert: „Dieses Besatzungsregime war ein Skandal!"; vgl. APB Chambre 1926/27, séance du mardi 15 mars 1927, S. 979f., S. 988ff.

80 APB Chambre 1930/31, séances du mercredi 4 mars 1931 (après-midi), S. 902-906.

81 APB Chambre 1934/35, séances du jeudi 11 avril 1935, S. 921ff.

82 Vgl. Carlo Lejeune, O alte Burschenherrlichkeit! Eumavia Lovaniensis als Spiegel der ostbelgischen Geschichte, Büllingen 1989.

83 Vgl. Winfried Dolderer, De nieuwe Duits-Vlaamse toenadering na de Eerste Wereldoorlog, in: Wt 76 (1987), Nr. 4, S. 211-233, 47 (1988), Nr. 2, S. 109-128, Nr. 3, S. 129-139, hier sowie für das Folgende S. 216-221.

84 Vgl. Christoph Brüll, Franz Thedieck (1900-1995) – Zeitgenosse des Jahrhunderts, in: Historisch-Politische Mitteilungen, (20) 2013, S. 341-370.

85 Vgl. Dolderer, De nieuwe Duits-Vlaamse toenadering, in: Wetenschappelijke Tijdingen 1988, S. 121ff., auch für das Folgende.

86 Vgl. auch Lejeune, Burschenherrlichkeit, S. 15.

87 Vgl. auch Lejeune, Burschenherrlichkeit, S. 16 und 18.

88 Vgl. Dolderer, De nieuwe Duits-Vlaamse toenadering, S. 122. Laut Lejeune, Burschenherrlichkeit, S. 16, soll Windhausen wegen seiner Aktivitäten für die Studentenverbindung Lovania in seinem akademischen Fortkommen behindert worden sein. Auch der spätere Vorsitzende der Lovania Maraite sei deswegen zweimal zum Rektor zitiert worden.

89 Vgl. Lejeune, Burschenherrlichkeit, S. 19 und 21.

90 Zitiert nach Lejeune, Burschenherrlichkeit, S. 15.

91 Zitiert nach Pabst, Eupen-Malmedy, S. 375.

92 Vgl. CegeSoma (Brüssel), AA 1423/1275/6/15: Fortsetzung des Berichts an Herrn Dr. Holthöfer über eine Vertretung im belgischen Parlament der Kreise Eupen-Malmédy-St. Vith, 16.9.1937 (Paul Vrijdaghs), S. 26ff.

93 Vgl. Dolderer, De nieuwe Duits-Vlaamse toenadering, S. 122.

94 CegeSoma, AA 1423/1275/6/15: Bericht an Herrn Dr. R. Holthöfer über eine Vertretung..., 12.8.1937 (Paul Vrijdaghs), S. 17.

95 Vgl. Marie-Jeanne Leemans/Luc Vandeweyer, Paul Vrijdaghs, in: Nieuwe Encyclopedie van de Vlaamse Beweging (NEVB), Tielt 1998, S. 3584.

96 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 425.

97 „Deutschland, es geht um dein Interesse!" Aus der Rede auf dem Wormser Reichstag, mit der Marnix van Sint Aldegonde 1578 um Unterstützung der deutschen Fürsten für den Aufstand der Niederlande warb; CegeSoma, AA 1423/1275/6/15: Bericht..., 12.8.1937, S. 21.

98 Cegesoma, Bericht vom 12.8.1937, S. 22, S. 16; Pabst, Eupen-Malmedy, S. 425.

99 Vgl. Lode Wils, Frans van Cauwelaert. 5 Bde., Antwerpen 1998-2009; insbesondere Bd. 4: Burgemeester van Cauwelaert, schepper van Nederlandstalig Vlaanderen, 2005.

100 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 376ff.

101 Vgl. ebd., S. 439-446; hier auch auf S. 440 das Zitat aus De Standaard vom 30.5.1919: „Die Bevölkerung von Eupen ist flämisch, und die Flamen werden dafür sorgen, dass sie flämisch bleibt."

102 In der Debatte über die künftige administrative Zugehörigkeit Eupen-Malmedys am 4. März 1925 kam es zu einem Wortwechsel zwischen Innenminister Prosper Poullet und dem sozialistischen Abgeordneten Kamiel Huysmans. Poullet hatte darauf hingewiesen, dass es Bestrebungen gebe, Eupen an die Provinz Limburg anzugliedern, weil es früher „flämischen Ursprungs" gewesen sei. Darauf Huysmans: „Warum ist Eupen flämisch?" Poullet: „Die flämische Akademie behauptet, dass es eine eingedeutschte flämische Region ist." Huysmans: „Diese These ist unhaltbar, es sind Deutsche."; APB Chambre 1924/25, S. 859.

103 Ein Nachlass Langohrs befindet sich im Antwerpener Archief en Museum voor het Vlaamse Cultuurleven (AMVC). Vgl. auch die posthum erschienene Autobiographie: Van gen weech bes a ge graaf. Hrsg. H.-Veltman-Comité 1956.

104 Dagegen definierte sich der 1867 ebenfalls in Montzen geborene und an der Universität Lüttich lehrende Germanist Heinrich Bischoff als Volksdeutscher in Belgien. Bischoff gründete 1905 den Deutschen Verein in Montzen und 1931 den Bund der Deutsch-Belgier.

105 Franz Petri, Das geschichtliche Recht der deutschen Sprache im früheren Kreise Eupen und im Nordosten der Provinz Lüttich, in: Rheinische Vierteljahresblätter 5 (1935), S. 302-323, hier S. 309, S. 316.

106 AMVC Antwerpen P389/B: Petri an Langohr, Köln, 7.6.1939.

107 In der flamingantischen Terminologie gleichbedeutend mit dem niederländischen Sprachraum.

108 Jan Verroken, De spoorwegmannen uit de Platdietse gemeenten, in: De Standaard (DS), 15.8.1961.

109 Vgl. Willy Jonckheere, Jan Verroken, in: NEVB, Tielt 1998, S. 3276f.

110 Vgl. Jan Verroken, Repressie in de Oostkantons, in: 't Pallieterke, 8. Juni 1978 (Kopie: CegeSoma, BD KA 506).

111 Vgl. Jan Verroken, Twintig jaar Vlaamse weerbaarheid. De Vlaamse CVP leidt de Vlaamse ontvoogdingsbeweging, Lier o. J. (1965). Diese Schrift trug freilich mit dem Argument, dass parteipolitische Sonderwege der flämischen Sache insgesamt schadeten, angesichts eines mit der Volksunie erneut erstarkenden flämischen Nationalismus schon deutliche defensive Züge.

112 Vgl. Jan Verroken, Politiek en repressie in de Oostkantons, in: De Vlaamse Linie, 24.4., 1., 8., 15. und 22.5.1953.

113 Vgl. Jan Verroken, Dossier Oostkantons. I: De vooroorlogse Belgische politiek. II: De spoorwegmannen uit de Platdietse streek. III: De oorlogsjaren. IV: De Repressie. V: Amnestie enige grootmenselijke oplossing, in: DS, 14.-18.8.1961. Die folgende Darstellung stützt sich auf diese Artikelserie. Das Archiv Verrokens befindet sich seit 2004 unter der Signatur AC-605 im Antwerpener Archief en Documentatiecentrum voor het Vlaams Nationalisme (ADVN), ist aber bisher nur zu einem Drittel erschlossen (D10736, D3834, D3835).

114 Die Zahlen stimmen weitgehend überein mit denen, die Carlo Lejeune ermittelt

hat, vgl. Carlo Lejeune, Die Säuberung. Bd. 2: Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952), Büllingen 2007, S. 137-151; ders., Die Säuberung der öffentlichen Verwaltungen. Zwischen Härte und Pragmatismus, in: Christoph Brüll/Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Eine ostbelgische „Stunde Null"? Eliten aus Eupen und Malmedy vor und nach 1944, Brüssel 2013, S. 107-114.

115 So hatte bereits der Christdemokrat Joseph Baltus 1946 im belgischen Senat argumentiert und damit eine Vorlage geliefert, auf die Verroken seine Darstellung in Teilen stützte; vgl. APB Sénat N. 20, séance du mardi 18 juin 1946, S. 321-330.

116 Dazu Leonie Neuens, A la base d'un parti régionaliste. La création du PDB (Parti des Belges de langue allemande) en 1971: acteurs et controverses, unveröffentl. Masterarbeit, Lüttich 2013.

117 Dazu Jeannine Lothe, Les débuts du mouvement wallon, in: Hervé Hasquin (Hrsg.), La Wallonie, le pays et les hommes. Histoire – économies – sociétés, Bd. 2: De 1830 à nos jours, Brüssel 1976, S. 191-210; Philippe Destatte, L'identité wallonne. Essai sur l'affirmation politique de la Wallonie (XIXe-XXe siècles), Charleroi 1997, S. 63-95; Chantal Kesteloot, Au nom de la Wallonie et de Bruxelles français. Les origines du FDF, Brüssel 2004, S. 13-29.

118 Vgl. Micheline Libon, Elie Baussart. Raciner les Wallons, Charleroi 1993; Willy Bal, La faillite de 1830 ? Elie Baussart, „La Terre Wallonne" et le mouvement régionaliste, Brüssel 1973. Im Folgenden sind unter „wallonische Aktivisten" jene Personen, Publikationen und Einrichtungen zu verstehen, zu denen es einen Eintrag in der seit 2000/2001 als Standardwerk geltenden „Encyclopédie du mouvement wallon" gibt, vgl. Paul Delforge/Philippe Destatte/Micheline Libon (Hrsg.), Encyclopédie du mouvement wallon (EMW), Charleroi 2000-2001, 3 Bde.

119 Vgl. La Barricade 11 (1926). Der Großteil der in diesem Beitrag erwähnten Presseartikel konnte mithilfe des Fonds Putanier (Lüttich, Fonds d'Histoire du Mouvement wallon) gefunden werden, einer Sammlung von Heften, die ein „unionistischer" wallonischer Militant zu einer handgemachten thematischen Presseschau zusammenstellte. Die Malmedy- und die Annexionsfragen umfassen ungefähr dreißig Hefte.

120 Der Text erschien dann später als Buch (Brüssel 1904).

121 Vgl. Corinne Godefroid, Le Congrès wallon de 1905: définir la Wallonie, in: Christine Renardy (Hrsg.), Liège et l'exposition universelle de 1905, Brüssel 2005, S. 221-230; Philippe Carlier, Congrès wallon de 1905, in: EMW, Bd. 1, S. 354-356.

122 Vgl. Compte-rendu analytique du Congrès wallon de Liége, in: Wallonia, Bd. XIII/13 [1905], S. 504f.; Paul Delforge, Henri Bragard, in: EMW, Bd. 1, S. 192f., hier S. 193.

123 Vgl. Paul Delforge, L'Assemblée wallonne (1912-1923). Premier Parlement de Wallonie ?, Namur 2013; er erwähnt Bragard allerdings nicht. Derselbe Verfasser präzisiert jedoch in seinem Beitrag für die EMW (S. 193), dass dieser 1914 in die Assemblée wallonne einzog.

124 Vgl. Paul Delforge, Club wallon de Malmedy, in: EMW, Bd. 1, S. 279ff., hier S. 280. Die Tagung fand unter Schirmherrschaft des Philologen Maurice Wilmotte statt.

125 Vgl. Paul Delforge, Nicolas Pietkin, in: EMW, Bd. 3, S. 1270; Roland Ferrier, Figures ecclésiastiques du Mouvement wallon, in: Tony Dhanis/Jean-Emile Humblet (Hrsg.), Eglise-Wallonie, Bd. 1: Chances et risques pour un peuple, Brüssel 1983, S. 86-89.

126 Der Begriff der Rasse war damals sehr präsent in den identitären Diskursen und Überlegungen, mindestens mit einer somatischen, biologischen oder ethnischen Bedeutung, vgl. u. a Marnix Beyen/Geert Vanpaemel (Hrsg.), Rasechte wetenschap? Het rasbegrip tussen wetenschap en politiek vóór de Tweede Wereldoorlog, Löwen 1998.

127 Vgl. Prosper Renard, Malmédy irrédentiste, Lüttich 1919, S. 10f.

128 Vgl. Elisée Legros, La Wallonie malmédienne de 1918 à 1940. A propos d'un nouveau livre allemand sur „Eupen-Malmedy", in: La Vie Wallonne 39 (1965), S. 22-50, hier S. 31.

129 Vgl. Annales Parlementaires Chambre, 23.1.1919, S. 1.

130 Vgl. Joseph-Maurice Remouchamps, L'Assemblée wallonne 1912-1937. Vingt-cinq ans de lutte contre l'hégémonie flamande et la contrainte linguistique, Brüssel 1939, S. 20.

131 Zu diesen Forderungen und ihrer Entwicklung siehe Balace, Belgien und die Ostkantone im Versailler S. 73-102.

132 Siehe beispielsweise den Leitartikel in La Défense Wallonne, 22.8.1926.

133 Um einen Ausdruck zu gebrauchen von P. Renard, Malmédy, S. 9: „Wenn man ein Referendum will, dann soll man es negativ machen, d. h. man verpflichtet alle jene öffentlich zu protestieren, die sich der Wiedereingliederung in das belgische Vaterland widersetzen."

134 Louis Piérard, Malmédy et la Wallonie malmédienne, Brüssel [1919], S. 1f.

135 Man beachte die Verallgemeinerung auf die gesamte preußische Zeit.

136 Annales Parlementaires Chambre, 29.7.1919, S. 1332.

137 Vgl. Remouchamps, L'Assemblée wallonne, S. 20.

138 Vgl. Renée Boulengier-Sedyn, La Wallonie malmédienne dans la Vie Wallonne, in: Une certaine idée de la Wallonie. 75 ans de Vie wallonne, numéro spécial de La Vie Wallonne, Bd. LXIX (1995), S. 118-130.

139 Der in Lüttich wohnhafte Malmedyer Prosper Renard (1856-1934), Verwandter von Albert Renard, dem zukünftigen kooptierten Senator, kämpfte früh gegen die Germanisierung, ohne jedoch Mitglied des Club wallon zu sein, vgl. Laurent Lombard, La vitalité romane de Malmedy, Verviers 1932, S. 179-182.

140 Vgl. Prosper Renard, Malmédy, S. 9f.

141 „Pietkin träumte von ‚einem kleinen wallonischen Vaterland' im ‚großen preußischen Vaterland'", vgl. Christoph Brüll, Eupen-Malmedy 1918-1945: le temps des déchirures, in: Roland Blaise/Renée Boulengier-Sedyn/Christoph Brüll/Jean Lechanteur (Hrsg.), Hommage à Henri Bragard (1877-1944), Lüttich 2009, S. 11-37, hier S. 15. Im August 1919 akzeptierte Abbé Pietkin die Ehrung mit dem Leopoldorden „in seiner Eigenschaft als Nestor der Wallonisants", vgl. Abbé Joseph Bastin, Le Curé de Sourbrodt, in: La Terre Wallonne 6 (1921), S. 134-154, hier S. 153.

142 Vgl. Roger Collinet, L'annexion d'Eupen et Malmedy à la Belgique en 1920, Verviers 1986, S. 108f., und die Selbstrechtfertigung des Generals Baltia in: Els Herrebout (Hrsg.), Generalleutnant Herman Baltia. Memoiren 1920-1925, Brüssel 2011, S. 74ff. Der Baltia-Gegner Prosper Renard schätzte, dass der Markumtausch „der bewundernswerten probelgischen Bewegung mehr Schaden zugefügt hat als hundert Jahre preußische Herrschaft", vgl. Prosper Renard, Protestataires anciens et modernes, in: La Terre Wallonne 6 (1921) (Abbé Pietkin gewidmetes Heft), S. 189-211, hier S. 211.

143 L'Express, 29.8.1922.

144 Louis de Brouckère beklagt dies in Le Peuple noch vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, vgl. Brüll, Eupen-Malmedy, S. 22.

145 Vgl. AMSAB, Procès-verbaux du Parti ouvrier belge, Réunion au sujet de l'incorporation d'Eupen-Malmedy, tenue à la Chambre le 1er juillet 1924 (online einsehbar unter https://www.amsab.be/bwpob/info_fr.htm, letzter Abruf 1.8.2018).
146 AMSAB, Procès-verbaux du Parti ouvrier belge, Séance du Conseil général du 29.7.1924, S. 6.
147 Vgl. Documents parlementaires Chambre, session 1924-1925, n° 218, 4.3.1925, S. 3; Documents parlementaires Sénat, session de 1924-1925, n° 107, 6.3.1925.
148 Annales parlementaires Chambre, 4.3.1925, S. 864.
149 L'Express, 6.3.1925, S. 2, fragt sich, „was Herrn Destrée gestochen hat".
150 Vgl. Philippe Destatte, Jules Destrée, in: EMW, Bd. 1, S. 483-490, hier S. 488.
151 Vgl. L'Action nationale, 12.7.1924, und La Défense Wallonne, 13.7.1924.
152 Vgl. La Défense Wallonne, 19.10.1924.
153 Vgl. ebd., 23.11.1924.
154 Vgl. Annales parlementaires Chambre, 5.3.1925, S. 904.
155 Vgl. Annales parlementaires Sénat, 6.3.1925, S. 622.
156 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 453-481; Bariéty, Le projet de rétrocession, S. 325-348; Manfred J. Enssle, Stresemann's territorial revisionism. Germany, Belgium and the Eupen-Malmedy Question, 1919-1929, Wiesbaden 1980.
157 Siehe Bragards Rede auf dem „congrès de littérature et d'art dramatique wallons de Nivelles", in: La Défense Wallonne, 5.9.1926, aber auch den Leitartikel in La Défense Wallonne, 22.8.1926, der mit dem lapidaren Satz schließt: „Belgien ist keine Prostituierte."
158 Roland Blaise, Historique du Rwayâl Club Walon, in: Blaise u. a., Hommage, S. 39-50, hier S. 45. Präsident war Maurice Legros, Vizepräsident Henri Bragard.
159 La Défense Wallonne, 18.3.1926.
160 Vgl. La Défense Wallonne, 11.4.1926.
161 Vgl. Remouchamps, L'Assemblée, S. 20.
162 Vgl. Legros, La Wallonie malmédienne, S. 43.
163 Die betreffenden Städte und Gemeinden sind Charleroi, Dinant, Huy, Ixelles, Lüttich, Mons, Namur, Nivelles, Pepinster, Spa, Stavelot, Tournai, Verviers.
164 Vgl. Georges Lecomte, Auguste Doutrepont, Le monument à l'abbé Pietkin. Où doit-il être érigé? – Deux voix concordantes, in: La Terre Wallonne 6 (1921), S. 223-226. Den Erfolg der Veranstaltung nutzend, legt La Défense Wallonne das Werk „La germanisation de la Wallonie prussienne" als Artikelserie vom 10. Oktober 1926 bis zum 24. Juli 1927 wieder auf.
165 Vgl. Freddy Joris, Frédéric Marchesani, Sur les traces du Mouvement wallon, Namur 2009, S. 153.
166 „Sie arbeiten für den König von Preußen", schreibt Charles Delchevalerie in: L'Express, 25.6.1926.
167 La Défense Wallonne, 24.10.1926: „Die Lektion des Pietkin-Denkmals: nur die Freiheit kann das Sprachenproblem lösen."
168 La Défense Wallonne, 27.6.1926.
169 La Défense Wallonne, 22.8.1926.
170 Während das faschistische Italien vertreten war, lehnte der französische Konsul in Lüttich Léon Labbé die Einladung schließlich ab. Auf Druck des belgischen und des französischen Außenministeriums, wie La Défense Wallonne am 13.11.1927 vermutet. Diese Zurückhaltung ist im Kontext der belgisch-französischen Spannungen in Sprachenfragen zu sehen, vor allem in der Frage der französischen Einmischung bei der Niederländisierung der Universität Gent, vgl. Maria De Waele, De strijd om de citadel. Frankrijk en de vernederlandsing van de Gentse Universiteit 1918-1930, in: Revue belge d'histoire contemporaine, Bd. XXXII (2002), n° 1-2, S. 153-193.
171 Vgl. La Défense Wallonne, 10.10.1926.
172 Abbé Bastin, Joseph-Maurice Remouchamps, der Bürgermeister von Robertville-Sourbrodt Jean Jamar, Professor Jules Feller der Académie royale de Langue et de Littérature françaises, der Bürgermeister von Lüttich Emile Digneffe und der Senator Henry Delvaux de Fenffe im Namen der Regierung.
173 La Défense Wallonne, 10.10.1926, S. 3.
174 Annales parlementaires Chambre, 15.3.1927, S. 978-984.
175 Ebd., S. 990f.
176 Vgl. ebd., S. 998.
177 Pourquoi Pas?, 21.4.1939.
178 Vgl. Mémorial de la Province de Liège, 1836-1986, Lüttich 1987, S. 154.
179 Vgl. auch Albert Renard, Paix ou guerre?, Lüttich 1930, S. 114.
180 Vgl. Brüll, Eupen-Malmedy, S. 19-22.
181 Alle vorherigen Zitate ohne Fußnote in diesem Abschnitt beziehen sich auf: La Défense Wallonne, 22.2.1931.
182 La Défense Wallonne, 11.8.1929: „Zu wenige Wallonen besuchen die Malmedyer Wallonie!"; ab dem 15.5.1930 erschien eine Artikelserie über Malmedy, „An den Marken der Wallonie".
183 Vgl. La Défense Wallonne, 23.11.1930.
184 Vgl. Lombard, La vitalité, S. 230.
185 Vgl. Delforge, Club wallon, S. 280.
186 Ansprache am 27. Mai 1934. Derselbe Ton herrschte am 26. August 1934 vor, als Malmedy unter der Ägide des Club Wallon und der Gemeindeverwaltung erstmals die Fête de Wallonie ausrichtete. Sie versammelte 2000 Besucher und 70 Vereine in Gegenwart von Provinzgouverneur Pirard, dem Ortskommandanten und den Bürgermeistern der wallonischen Gemeinden (Blaise, Historique, S. 46).
187 Journal de Malmedy, 2.6.1934. Die Zeitung wurde am 4. November 1933 als Widerpart zum prodeutschen Landboten gegründet und zählte ursprünglich Henri Bragard und Abbé Bastin zu ihren Mitarbeitern.
188 Kommuniqué abgedruckt in: La Gazette de Charleroi, 20.10.1933, nach der Verbreitung eines Flugblattes, das Malmedy als vom Nationalsozialismus verführt darstellte (Blaise, Historique, S. 47).
189 Delforge, Club wallon, S. 280; Blaise, Historique, S. 47.
190 Vgl. Annales parlementaires Chambre, 11.7.1934.
191 Vgl. Königlicher Erlass vom 14.12.1935.
192 Annales parlementaires Chambre, 25.3.1936, S. 24.
193 Vgl. La Gazette de Charleroi, 10.10.1933.
194 Vgl. La Gazette de Charleroi, 20.7.1936.
195 Vgl. La Gazette de Charleroi, 4.5.1937.
196 La Gazette de Charleroi, 1.8.1938.
197 Vgl. Brüll, Eupen-Malmedy, S. 32. Rex, das immer deutschfreundlicher wurde, gewann nur noch 7,73 % der Stimmen (Mathieu Simons, Rex et l'ordre nouveau dans l'arrondissement de Verviers, Andrimont 2013, S. 82).
198 Ein deutsches Propagandawerk sprach sogar von einem größeren Enthusiasmus in Malmedy, „wo die Trennung vom deutschen Vaterland noch schmerzhafter war", vgl. Julius Böhmer, Eupen-Malmedi bleibt deutsch!, Eupen 1941, S. 30ff., zitiert bei Brüll, Eupen-Malmedy, S. 33.
199 Vgl. Brüll, Eupen-Malmedy, S. 33ff.
200 Laut Roland Blaise, musste „man das letzte Drittel 1944 abwarten, bevor Nicolas Pauss Kontakt mit den alten Mitgliedern aufnahm, um den Club Wallon wiederzubegründen. Er wurde unterstützt von Max Michel, Emile Gohimont, Pierre Mayeres und Albert Leloup", vgl. Blaise, Historique, S. 48.
201 Zitiert nach Davy Van Assche, Les Congrès national wallon [sic]. Een persstudie, unveröffentl. Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Gent 2003 (online einsehbar unter http://www.ethesis.net/wallon/wallon_deel_2.htm, letzter Abruf am 1.8.2018).

202 Vgl. Ernst Moritz Arndt, Der Rhein Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Grenze, in: Arndts Werke. Auswahl in 12 Teilen, hrsg. v. Wilhelm Steffens, Berlin o. J., 11. Teil; ders., Über Preußens Rheinische Mark und über Bundesfestungen, in: ebd.

203 Vgl. Gesetz über das Paßwesen v. 12.10.1867, in: Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes, Bd. 1867, Nr. 3, S. 33ff.

204 Vgl. den Beitrag von Karl Ditt im Begleitband der Tagung „Kulturpolitik der rheinischen Provinzialverwaltung 1920-1945" im LVR-Landesmuseum Bonn, 18./19.6.2018 (im Druck).

205 Vgl. exemplarisch Wilhelm Brepohl, Der Aufbau des Ruhrvolks im Zuge der Ost-West-Wanderung, Recklinghausen 1948.

206 „Das Loch im Westen" von Regisseur Heinz Fischer (auch: Fischerkoesen) war der erste in Trickfilmtechnik hergestellte deutsche Film dieser Länge. Film und Drehbuch sind verschollen.

207 Vgl. etwa Hermann Stegemann, Der Kampf um den Rhein. Das Stromgebiet des Rheins im Rahmen der großen Politik und im Wandel der Kriegsgeschichte, Stuttgart 1924; Paul Wentzcke, Rheinkampf, 2 Bde., Berlin 1925; ders./Arthur Lux (Hrsg.), Rheinland. Geschichte und Landschaft, Kultur und Wirtschaft der Rheinprovinz, Düsseldorf 1925; Karl Haushofer (Hrsg.), Der Rhein. Sein Lebensraum, sein Schicksal, 2 Bde., Berlin 1928-1931.

208 Vgl. Deutscher Schutzbund (Hrsg.), Führer durch den Deutschen Schutzbund, Berlin 1920, S. 13; Hans Praesent, Die im Deutschen Schutzbund zusammengeschlossenen Verbände und ihre Veröffentlichungen. Eine Übersicht, Berlin 1928, S. 92f.; Werner Wirths, Eupen, Malmedy, Monschau, in: Volk unter Völkern, für den Deutschen Schutzbund hrsg. v. K. C. v. Loesch, Breslau 1925 (Bücher des Deutschtums, Bd. 1), S. 113-120.

209 Vgl. Bund Deutscher Westen an den Aachener Regierungspräsidenten Reeder, 5.3.1934, LAV NRW Regierung Aachen 23824 fol. 19. Die anderen Landsmannschaften waren: Bund der Elsass-Lothringer im Reich, Verein der Badener, Vereine der Pfälzer, Bund der Saarvereine, Reichsverband der Rheinländer.

210 VDA Reichsführung, Westreferat, an Regierungspräsident Reeder, gez. Robert Ernst, 10.10.1934, sowie Einladung zur Arbeitstagung am 28.10.1934, ebd., fol. 22 u. 25.

211 Christoph Brüll, Franz Thedieck (1900-1995) – „Zeitgenosse des Jahrhunderts", in: Historisch-Politische Mitteilungen, 20 (2013), S. 341-370.

212 Vgl. Franz Petri, Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich. Die fränkische Landnahme in Frankreich und den Niederlanden und die Bildung der westlichen Sprachgrenze, 2 Bde., Bonn 1937.

213 Vgl. Wolfgang Freund/Thomas Müller, Westdeutsche Forschungsgemeinschaft, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, 2. Aufl., Berlin 2017, S. 2039-2048; Michael Fahlbusch, Volksdeutsche Forschungsgemeinschaften, in: ebd., S. 1677-1687; ders., Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik. Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" von 1931-1945, Baden-Baden 1999.

214 Einen Querschnitt durch die Akteure skizzierte frühzeitig Pabst, Eupen-Malmedy, S. 389-414.

215 Vgl. hierzu und dem Folgenden: Thomas Müller, Die westpolitische Mobilmachung des „Aachener Grenzraumes", in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 109 (2007), S. 151-214.

216 Vgl. exemplarisch ders., „Außenarbeit im Westen". Eine Denkschrift des „Sicherheitsdienstes" der SS über die deutscher Infiltrationspolitik in den „Benelux"-Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte im Westen, 18 (2003), Heft 1, S. 82-195.

217 Vgl. Lagebericht Georg Scherdins über die Westarbeit 1938, von diesem übersendet an Landesrat Hilgers am 27.1.1939, Archiv des Landschaftsverbands Rheinland 4753, n. p.

218 Vgl. Peter Schöttler, Eine Art „Generalplan West". Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die Planungen für eine neue deutsch-französische Grenze im Zweiten Weltkrieg, in: SozialGeschichte 18 (2003), S. 83-130.

219 Vgl. exemplarisch den wichtigen Sammelband des Verlags Volk und Reich von Friedrich Heiß (Hrsg.), Deutschland und der Westraum, Berlin 1941, sowie im gleichen Verlag vom Reichskommissar für die Niederlande Arthur Seyß-Inquart herausgegebene Zeitschrift Westland (1943-1944).

220 Vgl. Peter Schöttler, Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt am Main 1997.

221 Vgl. Thomas Müller, Der „Grenzraum als Mitte". Grenzüberschreitende Identitätspolitik im Städtedreieck Aachen-Maastricht-Liège, in: Monika Gibas/Rüdiger Haufe (Hrsg.), Mythen der Mitte. Regionen als nationale Wertezentren. Konstruktionsprozesse und Sinnstiftungsprozesse im 19. und 20. Jahrhundert, Weimar 2005, S. 267-286, hier S. 281f.

222 So etwa in Scherdins Zeitschrift Heimat.

223 Vgl. Christoph Brüll, Evoquer le mythe médian. Les imaginaires carolingien et lotharingien dans les revendications territoriales belges à l'égard de l'Allemagne après 1945, in: Revue Belge de Philologie et d'Histoire, 91 (2013), 2, S. 1285-1301; ders., Pater europae ou premier anticommuniste ? Charlemagne, les pays du Benelux et l'Europe au regard des discours de remise du Prix Charlemagne (1950-2014), in: Revue Belge de Philologie et d'Histoire, 93 (2015), 3-4, S. 843-861.

PATERNALISMUS, STAGNATION UND BASISDEMOKRATISCHES AUFBEGEHREN

ZWISCHEN KOMMUNALER BEVORMUNDUNG UND AUTONOMIE

VON JOHANNES KONTNY











Im 19. Jahrhundert trugen im Kreis Eupen und Malmedy vor allem Vertreter des katholischen Bürgertums in den Gemeinden Verantwortung. Ihr Einfluss war aber insgesamt gering. Nach 1920 sollte die belgische Gemeindeverfassung eingeführt werden, die in Europa als fortschrittlich und freiheitlich galt. War diese aber auf eine Region übertragbar, die sich erst in das neue Vaterland einfinden musste? Welche Sonderregelungen waren möglich und sinnvoll? Wie konnten sich die Gemeinden nach 1920, der Annexion 1940 und der Befreiung 1944 nach und nach zu Orten der bürgerlichen Basisdemokratie entwickeln? Ein Abriss.

Am 28. Juni 1928 entfiel die für diesen Tag angesetzte Sitzung des Eupener Gemeinderats. Im Sitzungssaal des Rathauses hatten sich nur Bürgermeister Hugo Zimmermann, der Stadtsekretär und ein Stadtverordneter eingefunden. Die anderen zwölf Stadtverordneten verzichteten darauf, an dieser Sitzung teilzunehmen, woraufhin diese mangels Beschlussfähigkeit abgesagt werden musste[1].

Der Grund war der seit der Gemeindewahl am 10. Oktober 1926 schwelende Konflikt zwischen den Mitgliedern des Stadtparlaments und der staatlichen Verwaltung. Die Behörden weigerten sich, den Kandidaten der Stadtverordnetenversammlung für das Bürgermeisteramt, Léon Trouet, zu bestätigen, da sie in ihm einen Gegner des belgischen Staats sahen. Die Stadt Eupen war dadurch mehr als ein Jahr ohne amtlichen Bürgermeister.

Eine Sonderregelung für Eupen-Malmedy

Im April 1928 erließ die Regierung schließlich eine Verordnung, die es ihr in den „neubelgischen" Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith erlaubte, Bürgermeister wie zur preußischen Zeit per Dekret einsetzen zu können. Die Regierung erließ damit eine nur für diese drei Kantone geltende Regelung, womit sie den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung in Frage stellte[2].

Im Fall von Eupen ernannte die Regierung schließlich den Beamten Hugo Zimmermann, den Bürgermeister der Nachbargemeinde Herbesthal, zum Stadtoberhaupt. Die Eupener Stadtverordneten sahen sich durch diese Entscheidung an die bis 1925 geltende Sonderverwaltung unter der Führung von Herman Baltia erinnert, der ebenso seine Amtsträger unter Umgehung des Wählerwillens zu Bürgermeistern von Eupen ernannt hatte[3].

Aufgrund des Protests der Stadtverordneten konnte Zimmermann erst am 4. Juli 1928 eine Sitzung der Eupener Stadtverordnetenversammlung leiten. Er forderte die Stadtverordneten dazu auf, den Konflikt im Interesse der Stadt beizulegen. Die Vorsitzenden der drei Fraktionen im Gemeinderat sprachen ihm umgehend ihr Misstrauen aus, mussten aber in den kommenden Jahren mit Zimmermann zusammenarbeiten[4]. Damit kam die sogenannte Bürgermeisterfrage, die in der Grenzregion für fast eineinhalb Jahre diskutiert worden war, vorerst zu einem Ende[5].

Durch die Neuregelung der Gesetzeslage bestanden in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith allerdings zwei parallel geltende Modelle der Gemeindeverwaltung. Die Gemeinderäte konnten entweder, wie in der belgischen Gemeindegesetzgebung vorgesehen, ihren Bürgermeister selbst bestimmen, oder erhielten wie im Fall von Eupen einen von der Regierung eingesetzten Amtsbürgermeister. Das erwies sich als problematisch, denn es bedeutete einen Bruch mit der belgischen Gemeindegesetzgebung. Diese hatte sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer der liberalsten Gesetzgebungen in Europa entwickelt und den Kommunen mehr Eigenständigkeit gewährt als das restriktive preußische Modell[6].

Es erwies sich recht schnell als problematisch, dass die Behörden bei den Bürgermeisterbesetzungen höchst widersprüchlich vorgingen. Das zeigt sich etwa daran, dass die Regierung im Fall von Eupen den Kandidaten Léon Trouet ablehnte, im Fall von Malmedy





Als eingesetzter Bürgermeister nahm Hugo Zimmermann zahlreiche repräsentative Funktionen wahr. Im Bild: Beim Empfang des Königs Leopold III. in Eupen (1938) sowie am Nationalfeiertag 1946.



Joseph Werson (geb. am 16. November 1891, verst. am 18. November 1940 in Sachsenhausen), sozialistischer Bürgermeister von Malmedy (1927-1940), Gewerkschaftssekretär und Provinzialrat, neben einem alten Grenzstein der Abtei Stavelot-Malmedy. Das Bild soll die enge Bindung der Stadt mit dem Fürstbistum Lüttich symbolisieren. Er wurde im Juli 1940 von der Gestapo verhaftet und getötet.

aber die Einsetzung des Sozialisten Joseph Werson als Bürgermeister akzeptierte, obwohl die Arbeiterpartei eine Wiederholung der Befragung von 1920 forderte[7].

Damit stellt sich die Frage, inwiefern die staatliche Verwaltung nach der Aufhebung der Sonderverwaltung dazu bereit war, ihren Einfluss auf Politik und Verwaltung im neugewonnenen Landesteil zu reduzieren und die Eigenständigkeit der Gemeinden zu akzeptieren. Diese Frage stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bürgerinnen und Bürger der insgesamt 31 Gemeinden[8] des Grenzgebiets im neuen Staat Belgien zum ersten Mal frei über die Zusammensetzung des Gemeinderates bestimmen konnten[9].

Eine weitere Frage stellt sich: Wie entwickelte sich das kommunalpolitische Leben in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith zwischen 1920 und 1940 unter dem Einfluss der neuen politischen Ordnung? Eine besondere Rolle kommt dabei den Hauptorten der drei Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith zu, die im Unterschied zu den meisten Landgemeinden über eine städtische Öffentlichkeit und eine gewisse politische Pluralität verfügten. So zeigt beispielweise die Untersuchung der Kommunalpolitik in einer ländlichen Gemeinde wie Weismes (Waimes), dass die Konflikte zwischen Gegnern und Befürwortern des belgischen Staats nur eine sehr untergeordnete Rolle im Sitzungssaal des Rathauses spielten und der Gemeinderat kaum zu übergeordneten politischen Fragen Stellung bezog[10].

Der schwierige Übergang

Im Wiener Kongress erhielt Preußen das Gebiet der späteren Kreise Eupen und Malmedy. Die preußische Verwaltung behielt das napoleonische Modell der Gemeindeverwaltung in Teilen bei, wobei sie anstelle der Gemeindevorsteher ihre Beamten als Bürgermeister einsetzte[11]. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu ersten Reformen der Gemeindeverwaltung, wodurch die Gemeinderäte nun alle sechs Jahre nach einem Dreiklassensystem bestimmt werden konnten[12].

Die politische Entwicklung der Kreise Eupen und Malmedy war im ausgehenden 19. Jahrhundert durch den politischen Katholizismus bestimmt, wozu auch die Herausforderung des Kulturkampfes beitrug[13]. Allerdings waren die Möglichkeiten der lokalen Honoratioren zur Einflussnahme auf ihre Gemeinden begrenzt. Die staatliche Verwaltung setzte die Bürgermeister der Gemeinden ein, auch wenn in erster Linie Kandidaten zum Zug kamen, die von den Gemeindevertretern nominiert worden waren. In den Kreisen Eupen und Malmedy handelte es sich dabei überwiegend um Vertreter des katholischen Bürgertums, die nach den Jahren des Kulturkampfes keinen Gegensatz mehr zwischen ihrem preußisch-deutschen Patriotismus und der Verankerung im politischen Katholizismus sahen[14].

Am Ende des Ersten Weltkriegs geriet das politische System auch in den Grenzgemeinden ins Wanken. Nach der militärischen Niederlage des Deutschen Reichs kam es in den ländlich geprägten Kreisen Eupen und Malmedy zwar nicht zu revolutionären Umstürzen. Die nach dem Kriegsende heimgekehrten Soldaten gründeten aber beispielsweise in Eupen Arbeiter- und Soldatenräte, um ihren Forderungen auf Gemeindeebene Gehör zu verschaffen. Sie beabsichtigten, Einfluss auf die Kommunalpolitik zu nehmen, was ihnen bislang aufgrund des restriktiven Wahlrechts nicht möglich gewesen war[15].

Diese Initiativen endeten mit dem Einmarsch der französischen und britischen Truppen, die zwischen Jahresende 1918 und Anfang 1919 die Kontrolle über die linksrheinischen Gebiete übernahmen. Sie beließen die bestehenden zivilen Behörden, darunter die Bürgermeistereien, aber weiterhin im Amt.

Im Frühjahr und Sommer 1919 übernahmen dann belgische Truppen die Kontrolle über die Kreise Eupen und Malmedy. Im Verlauf des Jahres 1919 griffen sie nach und nach in die Verwaltungsgliederungen ein. Dazu führten sie das Amt des Verwaltungskontrolleurs ein, der allen Behörden im jeweiligen Kreis vorstand. Im Kreis Malmedy beaufsichtigte nun Adolphe Schnorrenberg, im Kreis Eupen Léon Xhaflaire die Behörden. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Befragung sahen sie es als ihr Ziel an, die preußischen Beamten entweder für sich zu gewinnen oder aus dem Dienst zu entlassen[16].

Verwaltungsgliederungen ab 1919

In diesem Zusammenhang bereiteten Schnorrenberg und Xhaflaire auch die Neuordnung der Gemeindeverwaltung vor, die dann nach dem Ende der Befragung erfolgen sollte. Allerdings führte ihr Vorgehen bereits während der Befragung zu Konflikten zwischen den bestehenden Verwaltungseinrichtungen und der Sonderverwaltung. Das zeigte sich unter anderem in Eupen, wo im April 1920 mehrtägige Streiks und Proteste ausbrachen[17].

Die Sonderverwaltung reagierte mit der Verhaftung von Demonstranten, woraufhin die Bevölkerung Bürgermeister Metternich bat, zu intervenieren und mit der Sonderverwaltung zu verhandeln. Das führte zu Spannungen zwischen ihm und Verwaltungskontrolleur Léon Xhaflaire, der das harte Vorgehen gegen die Demonstranten angeordnet hatte. Dabei zeigte sich auch, dass Metternich weiterhin das Vertrauen der Bevölkerung genoss, da die Proteste erst endeten, als der Eupener Bürgermeister öffentlich dazu aufrief[18].

Nach ihrem Amtsantritt ordnete die Sonderverwaltung, die die Eingliederung in den belgischen Staat vorbereiten sollte, unter der Führung von Herman Baltia die Verwaltungsgliederung des Gebiets der Kreise Eupen und Malmedy neu. In einem der ersten Schritte setzte sie im Januar 1920 die Landräte von Eupen und Malmedy ab und ersetzte sie durch die bereits zuvor eingeführten Verwaltungskontrolleure Schnorrenberg in Malmedy und Xhaflaire in Eupen[19].

In den folgenden Jahren kam es zu weiteren Eingriffen in die Verwaltungsgliederung. Die Kreise Eupen und Malmedy hatten insgesamt 54 Gemeinden umfasst, darunter die drei eigenständigen Städte Eupen, Malmedy und Sankt Vith sowie 51 Landgemeinden, die in einer Reihe von Bürgermeistereien zusammengefasst waren. Die Sonderverwaltung teilte das Gebiet der beiden Kreise in die drei Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith auf. Der Kanton Eupen bestand fortan aus neun Gemeinden, der Kanton Malmedy aus zehn und der Kanton Sankt Vith aus elf Gemeinden[20].



Nicht nur für die drei Stadtgemeinden Eupen, Malmedy und Sankt Vith waren die Gemeindevertreter wichtige Mittler zwischen Bürger und Staat. Auch in den zahlreichen Landgemeinden, wie hier in Amel, war das Gemeindepersonal für das Funktionieren des Staates vor Ort verantwortlich. Nicht selten spiegelte das Verhältnis zwischen Bürgermeister sowie Gemeinderat und Gemeindepersonal die gesellschaftlichen Spannungen in den Gemeinden.

Durch diese Aufteilung der Gemeinden konnten eine Reihe von Bürgermeisterposten neu vergeben werden. Davon abgesehen verlängerte die Sonderverwaltung aber die Mandate der noch zur preußischen Zeit gewählten Gemeinderäte und beließ auch die Bürgermeister weiterhin im Amt. Ihre Posten sollten erst im Mai 1922 per Wahl neu vergeben werden.

Allerdings kam es bereits zuvor zur Neubesetzung diverser Ämter, nachdem die Sonderverwaltung im November 1920 Artikel 61 des belgischen Kommunalgesetzes einführte, der von den Bürgermeistern und Gemeinderäten einen Treueeid auf den König und die Verfassung verlangte. Das führte zu einer Reihe von Rücktritten, wobei die Sonderverwaltung diese Posten dann neu besetzen konnte[21]. Die Auswirkungen dieses Vorgehens zeigen sich beispielhaft anhand von Eupen. Dort trat unter anderem der noch vor dem Ersten Weltkrieg eingesetzte Bürgermeister Metternich zurück. Die Stadtverordneten beschlossen daraufhin, seinen Stellvertreter Franz Lüchem zum Bürgermeister zu ernennen. Hochkommissar Baltia lehnte es allerdings ab, den Eupener Kandidaten zu bestätigen. Im April 1921 setzte er mit Jules de Grand Ry einen Vertreter der Sonderverwaltung als Bürgermeister der größten Stadt des Grenzgebiets ein[22].

Fehlende politische Interessenvertreter

Zum 1. Januar 1922 führte die Sonderverwaltung in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith die belgische Gemeindegesetzgebung ein. Am 21. Mai 1922 konnten die Wählerinnen und Wähler zum ersten Mal ihr Wahlrecht ausüben und die Gemeinderäte bestimmen. Je nach Größe der Gemeinde waren zwischen sieben und 13 Mandate zu vergeben. Die aus mehreren Ortschaften bestehenden Landgemeinden konnten anteilig eine gewisse Zahl an Mandaten für den Gemeinderat der Großgemeinde besetzen. Allerdings gab es in einem Drittel der Gemeinden keinen Wahlkampf, da keine konkurrierenden Listen antraten.

In den Gemeinden, in denen mehrere Listen antraten, waren diese oftmals nach Berufsständen unterteilt, etwa in Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder in Klein- und Großbauern[23]. Als einzige politische Partei war die Arbeiterpartei vertreten. Ihr gelang es, insgesamt fünf Sitze zu erhalten, davon einen in Eupen und vier in Malmedy[24]. Davon abgesehen bestätigten die Wähler aber überwiegend die bestehenden Amtsinhaber im Amt. Die Sonderverwaltung sah dieses Ergebnis als Bestätigung ihrer Personalpolitik an, da in den meisten Fällen die Listen der Bürgermeister Zustimmung gefunden hatten, die zuvor durch die Sonderverwaltung eingesetzt worden waren[25].

Gleichzeitig führte die Wahl vor Augen, dass es in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith an politischen Interessenvertretungen fehlte. Die katholische Mehrheit der Bevölkerung, die bis 1920 für die Zentrumspartei gestimmt hatte, verfügte auch weiterhin nicht über eine gemeinsame politische Plattform. Von Seiten der belgischen Parteien hatte sich im Grenzgebiet bislang nur die Arbeiterpartei etabliert, also weder die Liberalen noch die Katholische Union.

Eine der Reaktionen darauf war die im Oktober 1923 erfolgte Gründung der Christlichen Volkspartei für Eupen Stadt und Land, der ersten Sammelbewegung der katholischen Kräfte in der Grenzregion, die ihre Aktivitäten bald auch auf die Kantone Malmedy und Sankt Vith ausweitete. Dabei handelte es sich um einen Zusammenschluss von Vertretern katholischer Vereinigungen, etwa der Eupener Christlichen Gewerkschaft unter der Führung ihres Sekretärs Stephan Gierets. Sie bemühten sich um die Zusammenarbeit mit „altbelgischen" Kollegen aus dem katholischen Lager, die sie beispielsweise zu Vorträgen in die Region einluden. Die lokale Presse enthält kurze Berichte über entsprechende Bemühungen bis zu den Wahlen im Frühjahr 1925. Da der ostbelgische Kandidat Jenniges trotz 10.000 Vorzugsstimmen nicht gewählt war und die „Neubelgier" dies als Affront verstanden, wurden diese Bemühungen dann wohl mangels Resonanz eingestellt.

Im Jahr 1929 bildete sich im Grenzgebiet erneut eine Christliche Volkspartei, die allerdings im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin eine dezidiert revisionistische und antibelgische Haltung einnahm und die mit diesem Programm auch erfolgreich bei mehreren Wahlen antrat[26].

Von der Pflicht, sich Anweisungen zu fügen

Die Sonderverwaltung wirkte auf der Ebene der Kommunalpolitik als restaurative Kraft. Ihre Aktivitäten waren vor allem darauf ausgelegt, kommunalpolitische Ämter mit Gefolgsleuten zu besetzen. Diese Schritte trugen wenig dazu bei, den Gemeinden mehr Eigenständigkeit zu verleihen. Die Sonderverwaltung bezog die lokalen Kräfte kaum in Entscheidungsprozesse ein,



Die Gemeindemandatare und -verwaltungen organisierten den Alltag und wurden so auch in alle Feste eingebunden. Auf dem Bild ist eine Festgesellschaft anlässlich des Feuerwehrjubiläums vor dem Rathaus der Gemeinde Büllingen im Jahr 1939 zu sehen.

sondern sah sie vor allem als Befehlsempfänger.

Die in Malmedy getroffenen Entscheidungen wie die Ernennung von Jules de Grand Ry zum Bürgermeister von Eupen führten der Bevölkerung vor Augen, wie die Machtverhältnisse gelagert waren. Die Bürgermeister und Gemeinderäte hatten sich den Anweisungen zu fügen, was sie in den meisten Fällen bereitwillig taten. Der geringe Widerstand gegen das „System Baltia" lässt sich aber nicht allein durch das militärisch geführte Beamtenregime oder die Kolonialvergangenheit des Hochkommissars erklären[27]. Die dem preußischen System entstammenden politischen Kräfte waren es kaum gewohnt, sich in Entscheidungsprozesse mit eigenen Initiativen einzubringen. Erst im Zuge der Diskussion über die politische Zukunft nach der Aufhebung der Sonderverwaltung geriet die Lokalpolitik wieder in Bewegung[28].

Allerdings waren die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Meinungsäußerung bis zum Jahr 1925 stark eingeschränkt, da die Sonderverwaltung öffentliche Debatten zu verhindern suchte. Die Pressefreiheit war bis 1925 stark eingeschränkt[29].

Ein Neustart 1925?

Letztlich kam es dadurch bis 1925 kaum zur Einbeziehung der Bevölkerung in die Lokalpolitik. Die Sonderverwaltung konzentrierte ihre Aktivitäten in erster Linie auf die Implementierung der belgischen Gesetze und den Umbau der Verwaltung. Die Einbeziehung der Bevölkerung in die politischen Strukturen, die von der „großen" Politik in Brüssel bis zum Regionalparlament in Lüttich und den Gemeinderäten vor Ort reichten, war demgegenüber von sekundärer Bedeutung[30].

Am 6. März 1925 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur endgültigen Regelung des Status der Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Darin war festgelegt, dass die Sonderverwaltung unter Herman Baltia innerhalb von drei Monaten aufgehoben werden sollte, was zum 1. Juni 1925 geschah. Bereits zuvor hatte die Bevölkerung des Grenzgebiets die Möglichkeit erhalten, sich am 5. April 1925 an der Parlamentswahl zu beteiligen. Die Regierung hatte dazu die Zahl der Mandatare im Bezirk Verviers von fünf auf sechs erhöht. Die endgültige Einführung der Verfassung in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith erfolgte schließlich zum 1. Januar 1926[31].

Das Ende der Sonderverwaltung versprach den Gemeinden mehr Eigenständigkeit und weniger Interventionen der staatlichen Verwaltung. Allerdings war das Jahr 1925 mit einer Reihe von Ernüchterungen verbunden. Zum einen ging die Regierung im Zuge des Angliederungsprozesses kaum auf die lokalen Forderungen ein. So forderten unter anderem die Gemeinderäte von Eupen, Malmedy und Sankt Vith, die drei Kantone in einem Bezirk zusammenzufassen, was der Gesetzgeber ignorierte. Zum anderen erwies sich die Parlamentswahl 1925 als problematisch, da es den katholischen Kräften der Region nicht gelang, mit Jean-Mathieu Jenniges einen eigenen Kandidaten in die Kammer zu entsenden. Währenddessen gewann die Arbeiter-



Auf politischer Ebene waren die Gemeinden die Organisationseinheit des Staates, die dem Bürger am nächsten stand. Auf diesem Bild ist ein Eupener Wahlbüro während der Kammerwahlen 1939 zu sehen, die auf Ebene der Gemeinden organisiert werden.

partei, die sich offen für eine Wiederholung der Befragung von 1920 aussprach, mehr und mehr an Zulauf[32].

Die Auswirkungen dieses Prozesses waren im März 1926 ersichtlich, als sich der Heimatbund Eupen-Malmedy-Sankt Vith gründete. Diese Vereinigung präsentierte sich nach außen als unpolitischer Zusammenschluss zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur, gewann bei den Behörden aber bald den Ruf einer revisionistischen Organisation[33].

Das Vertrauen der Bevölkerung in den belgischen Staat sank darüber hinaus, nachdem sich im Sommer 1926 Nachrichten über Geheimverhandlungen zwischen der deutschen und der belgischen Regierung verbreiteten, wobei die mögliche Rückgabe des Grenzgebiets an das Deutsche Reich gegen eine finanzielle Kompensation im Raum stand[34].

Vor diesem Hintergrund fanden im Oktober 1926 die Gemeindewahlen in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith statt. Die Ergebnisse dieser Wahlen führten insbesondere in Eupen und Malmedy zu politischen Umbrüchen. In Malmedy gewann die Arbeiterpartei die Wahl, wobei sie sechs der insgesamt elf Mandate erhielt. Damit war es den Sozialisten möglich, den Bürgermeister von Malmedy zu bestimmen. Das war vor allem deshalb bemerkenswert, da die Arbeiterpartei die Rechtmäßigkeit der Befragung von 1920 öffentlich in Frage stellte. Die sozialistischen Mandatare Malmedys wiederholten diese Position auch bei der ersten Sitzung des neugewählten Gemeinderats, bevor sie den Eid auf den König und die Verfassung ablegen mussten[35].

Eine Sondersituation in Malmedy

Mit Joseph Werson gelangte ein überzeugter Republikaner, der bereits am Kieler Matrosenaufstand von 1918 beteiligt gewesen war, an die Spitze der



Eine besonders wichtige Funktion hatten die Gemeinden bei der Verwaltung und Organisation des Primarschulwesens inne, wie dieses Bild aus dem Jahr 1928 mit den Lehrern und dem Gemeindepersonal Heppenbachs veranschaulicht.

Stadt Malmedy. Seine politische Haltung brachte er unter anderem darin zum Ausdruck, dass er 1927 eine Erinnerungstafel an die Amtszeit von Hochkommissar Baltia aus seinem Amtsgebäude entfernen ließ. Im Jahr 1930 untersagte er der Stadtverwaltung, sich an den Feierlichkeiten aus Anlass des Jubiläums der belgischen Staatsgründung 1830 zu beteiligen, und schlug auch die Einladung des Königs zu einem Empfang in Brüssel aus[36].

Der Regierung war es aber nicht möglich, Werson als Bürgermeister abzulehnen, da er der Arbeiterpartei und damit einer gesamtbelgischen politischen Kraft angehörte. Im Gegensatz zu anderen Parteien hatte sich die Arbeiterpartei seit dem Beginn der Sonderverwaltung in der Grenzregion etabliert. Ihre lokalen Vertreter nutzten die Rückendeckung der Partei, um sich weit ablehnender über die belgische Politik zu äußern, als es anderen politischen Kräften der Region möglich war, die nicht einer Parlamentspartei angehörten. Das zeigt sich unter anderem in der sozialistischen Parteizeitung *Die Arbeit*, die Herman Baltia offen kritisierte.

Ebenso nutzten die Gemeindevertreter der Arbeiterpartei ihr Rederecht, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Im Jahr 1924 protestierte beispielsweise der Eupener Stadtverordnete Karl Weiß gegen die Einberufung der männlichen Bevölkerung zum Wehrdienst, die diese staatsbürgerliche Pflicht ausüben musste, ohne aber die gleichen Rechte wie andere Staatsbürger zu erhalten[37].

Anders als in Malmedy sah die Lage nach der Gemeindewahl in Eupen aus. Hochkommissar Baltia hatte noch kurz vor dem Ende seiner Amtszeit den früheren Verwaltungskontrolleur Léon Xhaflaire zum Bürgermeister ernannt. Bei der Wahl im Oktober 1926 erhielten die beiden katholischen Listen insgesamt elf und die Arbeiterpartei zwei Mandate. Léon Xhaflaire, der mit einer eigenen Liste antrat, gewann nur wenige Stimmen[38].

Der neu konstituierte Gemeinderat setzte daraufhin Léon Xhaflaire ab und nominierte den Kandidaten Léon Trouet für das Amt des Bürgermeisters. Der in Malmedy geborene Jurist Trouet hatte sich 1922 in Eupen niedergelassen. Er erschien unter anderem deshalb als geeigneter Kandidat für dieses Amt, da er in der Sonderverwaltung Baltia für die Justizkommission tätig gewesen war. Die Regierung weigerte sich aber, ihn zu bestätigen, da er an der Gründung des Heimatbundes in Eupen beteiligt gewesen war. Da der Gemeinderat nicht von Trouet abrückte und ihm gegen den Widerstand aus Brüssel die provisorische Führung der Stadt übertrug, war Eupen während des gesamten Jahres 1927 ohne einen durch die Regierung bestätigten Bürgermeister[39].

Eingriffe der Regierung

Die Regierung erließ schließlich am 12. April 1928 eine Verordnung, die es ihr erlaubte, bei der Ernennung von Bürgermeistern und Polizeikommissaren das Mitspracherecht der Gemeinden auszuhebeln, und ernannte sowohl in Eupen einen neuen Bürgermeister als auch in Sankt Vith einen neuen Polizeikommissar[40].

In Eupen griff die Regierung auf den Beamten Hugo Zimmermann zurück. Der 1892 in Berlin geborene Zimmermann war seit 1909 in der Eupener Stadtverwaltung tätig gewesen und hatte seit 1919 das Amt des Bürger-



Ebenfalls waren die Gemeinden für das Funktionieren der Basisinfrastruktur auf ihrem Gebiet zuständig. Wegebau (hier Halenfeld 1928), das Anlegen von Wasserleitungen oder der Unterhalt der Stromleitungen fielen direkt oder indirekt in das Aufgabenfeld belgischer Gemeinden.

meisters von Herbesthal ausgeübt[41]. Für die politischen Kräfte der Region stellte die Ernennung Zimmermanns eine erneute Zurücksetzung dar. Sie war ein Signal dafür, dass die Regierung auch nach dem Ende der Sonderverwaltung nicht dazu bereit war, ihre paternalistische Politik zu ändern.

Das war auch in Sankt Vith ersichtlich, wo sich die Regierung nach der Gemeindewahl 1932 weigerte, den von der Mehrheitsfraktion bestimmten Bürgermeisterkandidaten zu bestätigen. Erst nach einem Jahr ernannte sie schließlich mit dem Eisenbahnbeamten Michael (Michel) Frères einen Vertreter der Minderheitsfraktion zum neuen Bürgermeister von Sankt Vith[42].

Die Eupener „Bürgermeisterfrage" kann auch als Faktor dafür angesehen werden, dass es vor der Parlamentswahl 1929 zur Neugründung der Christlichen Volkspartei kam, einer revisionistischen Sammelbewegung, die schließlich im Grenzgebiet die Mehrheit der Stimmen erhielt[43].

In den Jahren bis 1940 standen sowohl Hugo Zimmermann als auch Joseph Werson und Michael Frères kontinuierlich an der Spitze von Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Allerdings war nur einer von ihnen, Joseph Werson, per Wahl in sein Amt gelangt. Seine Kollegen Zimmermann und Frères hatten ihr Amt per Regierungsbeschluss erhalten. Das führte sowohl in Eupen als auch in Sankt Vith zu Konflikten, da sich die Bürger um ihr Recht gebracht sahen, das Stadtoberhaupt zu bestimmen.

Hugo Zimmermann antwortete auf die Vorwürfe seiner politischen Gegner, dass er dieses Amt als Beamter nicht habe ablehnen können. Im Gegenzug forderte er die Mandatare dazu auf, die Diskussionen im Gemeinderat auf lokale Angelegenheiten zu beschränken und das Verhältnis zum belgischen Staat nicht zu thematisieren. Während er sich in dieser Weise als vermeintlich unpolitischer Staatsdiener gab, griff er wiederholt in die Lokalpolitik ein, indem er beispielsweise Artikel für das *Grenz-Echo* verfasste[44].

Wie Carlo Lejeune den bis zu seinem Tod im Jahr 1964 an der Spitze der Stadt stehenden Bürgermeister charakterisiert, war dieser „durch die wilhelminische Epoche und sein stark obrigkeitsstaatliches Denken geprägt"[45]. Diese Haltung kam ihm auch im neuen Staat Belgien zugute. Dabei sahen die Behörden Hugo Zimmermann und Michael Frères auch in späteren Jahren als verlässliche Partner im Grenzgebiet an. In dieser Eigenschaft nahm Zimmermann beispielsweise im April 1938 an einer Besprechung mit Premierminister Paul-Emile Janson, Innenminister Octave Dierckx und Außenminister Paul-Henri Spaak in Brüssel teil, bei der er als Vertreter der Ostkantone über die dortige politische Lage sprach[46].

Zerreißproben für die Gemeinden

Währenddessen bemühte sich Zimmermann darum, die Verbundenheit der Bevölkerung mit dem belgischen Staat zu stärken. Das kam etwa bei den Feierlichkeiten zu Ehren der Monarchie in Eupen zum Ausdruck. Zimmermann nahm bei den öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, die in Eupen aus Anlass des Todes von König Albert I. oder der Einsetzung seines Nachfolgers Leopold III. stattfanden, eine zentrale Rolle ein. Das war auch bei dem Besuch von König Leopold III. im Sommer 1938 ersichtlich, bei dem der Bürgermeister den König in der Stadt willkommen hieß und ihn durch Eupen führte[47].

Die politischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet verschärften sich insbesondere nach der Gründung der Heimattreuen Front (HF) 1936[48]. Stärkster Ausdruck dafür war die Absetzung der heimattreuen Eupener Schöffen Stephan Gierets, Walter Rexroth und Erich Peters durch den Lütticher Provinzgouverneur Jules Mathieu im Jahr 1938. Sie hatten sich geweigert, den Innenminister bei seinem Besuch in Eupen zu empfangen, und verloren daraufhin ihre Posten[49].

In den folgenden Jahren standen sowohl Hugo Zimmermann als auch



Auch öffentlich wurden die Fürsprecher des belgischen Staates durch die Heimattreue Front gebrandmarkt. Die schwarze Hand, ein Rüge- und Drohzeichen, am Haus Joseph Wersons verunglimpfte seine probelgische Haltung.

Joseph Werson und Michael Frères auf der Seite der politischen Gegner der HF, so bei den Gemeindewahlen 1938. Die Ergebnisse fielen dabei in den drei Gemeinden höchst unterschiedlich aus. In Eupen erlangte die HF sieben von 13 Mandaten, wobei der Vorsprung gegenüber der Opposition nur etwa 200 Stimmen ausmachte. In Malmedy gingen vier von elf Mandaten an die HF. Überraschend fiel das Wahlergebnis allerdings in Sankt Vith aus, wo die Liste des Bürgermeisters 19 Stimmen mehr erhielt als die der HF. Michael Frères konnte in dieser Weise sein per Regierungsentschluss erhaltenes Amt durch den Bürgerwillen bestätigen lassen. Die Heimattreue Front und ihre Unterstützer im Deutschen Reich sahen insbesondere den Ausgang der Gemeindewahl in Sankt Vith als Niederlage an, da sie dort mit einem weit besseren Ergebnis gegen die Liste des Bürgermeisters gerechnet hatten[30].

Diese Ergebnisse zeigen allerdings auch, in welchem Maß die Lokalpolitik inzwischen polarisiert war. Das gilt auch für die Parlamentswahl im April 1939. Als Spitzenkandidat der staatstreuen Katholiken im Grenzgebiet kandidierte nun Michael Frères. Er konnte sich auf die Unterstützung durch das *Grenz-Echo*, den Klerus und die Spitzen der lokalen Verwaltung verlassen, die sich im Wahlkampf eindeutig auf seiner Seite positionierten[31]. Bei der Wahl der Abgeordnetenkammer am 2. April 1939 erhielt die HF 45 Prozent der Stimmen und blieb damit auch weiterhin stärkste politische Kraft der Region.

Die Katholische Union konnte ihren Stimmenanteil auf 39 Prozent ausbauen. Michael Frères zog daraufhin als Abgeordneter in die Kammer ein,



Nach und nach ersetzten die Nationalsozialisten auch in den ländlichen Gemeinden das Personal der Amtsbürgermeistereien. Hier eine Aufnahme der Gemeindeverwaltung Amel aus der Kriegszeit.

wo er am 20. Juni 1939 die erste Rede in deutscher Sprache hielt. Letztlich handelte es sich aber um späte Bemühungen, denen bis zum Jahr 1940 nur wenige Erfolge beschieden waren. Das zeigt auch das Beispiel des Bürgermeisters von Sankt Vith. Für seine Partei war es erst möglich, mit Michael Frères einen „neubelgischen" Kandidaten für einen sicheren Listenplatz im Bezirk Verviers zu nominieren, als die politische Lage im Grenzgebiet bereits eskaliert war[32].

Neue Führungskräfte nach 1940

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht setzten die nationalsozialistischen Besatzer und die Gefolgsleute der HF die amtierenden Bürgermeister und höhere Verwaltungsbeamte ab. Am Morgen des 10. Mai 1940 waren an vielen Rathäusern des Grenzgebiets Hakenkreuzfahnen zu sehen[33]. Allerdings waren politisch exponierte Personen wie der Eupener Bürgermeister Hugo Zimmermann oder sozialdemokratische Gemeinderäte bereits zuvor in das Landesinnere geflohen[34].

Am 18. Mai 1940 erklärte das Deutsche Reich das Grenzgebiet per „Erlaß des Führers und Reichskanzlers" zum Teil des Reichs. Die Westverschiebung der Reichsgrenze beschränkte sich aber nicht allein auf die Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith und damit auf Gebiete, die bis 1920 zum Deutschen Reich gehört hatten. Die Reichsregierung annektierte in diesem Zusammenhang auch zehn plattdeutsche Gemeinden um Montzen und Beho (Bocholz) sowie das ehemalige Neutral-Moresnet und gliederte diese Gebiete ebenfalls in die neugeschaffenen Kreise Eupen und Malmedy ein[35].

Die Heimattreue Front veranstaltete nach dem Einmarsch der Wehrmacht „Befreiungsfeiern" in den Gemeinden, die nun zum Teil des Deutschen Reichs erklärt worden waren. Die organisatorischen Strukturen der HF gingen in

der NSDAP auf. Anders als erwartet konnten ihre früheren Mitglieder aber nicht automatisch Mitglieder der NSDAP werden, sondern mussten sich zunächst um die Aufnahme bewerben. Hinzu kam, dass es ihnen in den meisten Fällen nicht gelang, höhere Posten in der Verwaltungs- oder Parteihierarchie zu erhalten.

Eine nennenswerte Ausnahme war der prominente Eupener HF-Vertreter Stephan Gierets. Er erhielt aufgrund seiner politischen Aktivitäten vor 1940 das Amt des NSDAP-Kreisleiters für den Kreis Eupen und war darüber hinaus als Abgeordneter für Eupen-Malmedy im Reichstag vorgesehen. Er starb aber im Juni 1941, woraufhin sowohl das Amt des NSDAP-Kreisleiters als auch sein Abgeordnetenmandat an Funktionäre gingen, die nicht aus der Region stammten[16].

Diese Form der Personalpolitik blieb aber nicht auf diesen Fall beschränkt: Nach dem 10. Mai 1940 erfolgte der Aufbau der neuen Verwaltung in den Kreisen Eupen und Malmedy unter der Führung von Beamten aus dem Regierungsbezirk Aachen oder anderen Teilen der Rheinprovinz. Den Posten des Landrats erhielten sowohl im Kreis Eupen als auch im Kreis Malmedy erfahrene Kader aus dem „Altreich".

Geringer Einfluss lokaler Kräfte

Die neuen Behörden setzten in allen höheren Positionen auf Personen, die mit dem deutschen Verwaltungssystem vertraut waren. Lokales Personal fand meist nur auf unteren Ebenen Verwendung. Selbst auf der Ebene der Gemeinden blieb der Einfluss lokaler Kräfte gering. Von insgesamt 14 Amtsbürgermeistern stammten nur vier aus der Region, während alle übrigen aus dem „Altreich" kamen. Eine der Ausnahmen war Walter Rexroth, der das Bürgermeisteramt in Eupen erhielt[17]. Es erweist sich aber als schwierig, weitergehende Aussagen über die Gemeinden während der Besatzungszeit zu treffen. Detaillierte Studien zum Agieren der Gemeinderäte und Bürgermeister, wie sie beispielsweise von Nico Wouters für die Niederlande, Belgien und Nordfrankreich vorgelegt worden sind, fehlen für das annektierte Grenzgebiet[18].



Der Übergang in die Friedenszeit erfolgte 1944/45 nur schleichend. Dies wird in Eupen durch das Fehlen von Uniformen für die Gemeindepolizei nach dem Krieg sichtbar. Die Wahrung der öffentlichen Ordnung und die Verwaltung der Polizeikräfte fielen auch in das Aufgabenfeld der Gemeinden.

Es lässt sich allerdings festhalten, dass sich die Personalpolitik der neuen Behörden in den Kreisen Eupen und Malmedy ähnlich gestaltete wie in anderen durch das Deutsche Reich annektierten Gebieten, so im Elsass oder in den Grenzgebieten Böhmens und Mährens. Die Vertreter der Organisationen, die dort vor der Annexion mit den Nationalsozialisten sympathisiert hatten, erklärten sich nach dem deutschen Einmarsch zu Vorkämpfern der neuen politischen Ordnung. Sie gingen aber bei der Ämterverteilung aus pragmatischen Gründen meist leer aus, wodurch viele ihrer Erwartungen nicht erfüllt werden konnten. Das zeigt sich beispielhaft nach dem Münchener Abkommen im Reichsgau Sudetenland. Beim Aufbau der neuen Verwaltung erhielten die Vertreter der Sudetendeutschen Partei in vielen Fällen keine höheren Posten, was in der Bevölkerung zu Enttäuschung führte[19].

Im Verlauf der Besatzungszeit starben sowohl der frühere Bürgermeister von Malmedy, Joseph Werson, als auch der frühere Eupener Bürgermeisterkandidat Léon Trouet als Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Nach der Befreiung des Grenzgebiets im Jahr 1944 und dem Zusammenbruch der

Ardennenoffensive kehrten Hugo Zimmermann und Michael Frères zurück, um ihre Ämter wieder anzutreten und die Verwaltung neu aufzubauen.

Neuanfang und kommunale Autonomie?

Hugo Zimmermann gab in diesem Zusammenhang seine in den Vorkriegsjahren eingeübte politische Neutralität auf. Während er sich früher zum unpolitischen Beamten erklärt hatte, forderte er von der Bevölkerung nunmehr bedingungslose Loyalität zum belgischen Staat. Die Bewohner des Grenzgebiets sollten sich entweder anpassen oder das Land verlassen[60]. Hugo Zimmermann konnte sich dabei auf die Unterstützung der Regierung verlassen. Sie kehrte zur Vorkriegsregelung der Amtsbürgermeister zurück und erklärte ausdrücklich, dass ein solches System in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith nach den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit erneut unabdingbar sei[61]. Währenddessen verloren frühere Vertreter der HF wie der Eupener Kriegsbürgermeister Walter Rexroth im Zuge der „Säuberungen" die belgische Staatsbürgerschaft[62].

Nach Kriegsende konnte Zimmermann das 1928 angetretene Amt des Eupener Bürgermeisters, auf das er zwischen 1940 und 1944 verzichten musste, bis zu seinem Tod 1964 ausüben. Er kann somit als Symbol des ungebrochenen Paternalismus der staatlichen Verwaltung im Grenzgebiet bezeichnet werden. Allerdings war diese Phase der ostbelgischen Kommunalpolitik auch nach dem Tod von Hugo Zimmermann nicht beendet. Darauf weist beispielhaft die „Affäre Mießen" hin, wobei es dem Rechtsanwalt Hubert Mießen verwehrt blieb, das Bürgermeisteramt in Eupen zu übernehmen. Mießen hatte sich in der Zwischenkriegszeit für die Rex-Bewegung engagiert und war nach 1945 als vermeintlicher Kollaborateur verurteilt worden. Er galt dadurch in Brüssel als ungeeignet für den Bürgermeisterposten.

Erst die Nachwirkungen der „Affäre Mießen" führten zu mehr Eigenständigkeit in der ostbelgischen Kommunalpolitik und zur allmählichen Lösung aus dem langen Schatten des Staats[63]. Die Kommunalpolitik war bis dahin fast ausschließlich von der Christlich Sozialen Partei, die Medienlandschaft durch das *Grenz-Echo* bestimmt gewesen. In den folgenden Jahren kam es in beiden Feldern zu einer gewissen Pluralisierung, wodurch sich die Kommunalpolitik langsam von Personen lösen konnte, deren politisches Handeln zu einem großen Teil von den Erfahrungen der Jahre zwischen 1920 und 1945 geprägt war[64].

Von Stagnation und Paternalismus

Für die Gemeinden des Grenzgebiets war die neue politische Ordnung nicht mit einem Aufbruch verbunden, sondern mit Stagnation und Paternalismus. Das zeichnete sich zunächst während der Sonderverwaltung unter Hochkommissar Baltia (1920-1925) ab. Die von der Sonderverwaltung gesetzten Schritte führten dazu, dass die Gemeinden anstelle der preußischen unter eine belgische Obrigkeitsherrschaft fielen. Eigentlich war am 1.





Die Gemeinden waren ebenfalls Mittler zwischen staatlich verordneter Erinnerungskultur und der kommunikativen Erinnerung der Bevölkerung. Greifbar werden diese Spannungsfelder vor allem bei der Planung und Errichtung von Kriegerdenkmälern, die meist durch die Gemeinden organisiert wurden, sowie den jährlich begangenen Waffenstillstandsfeierlichkeiten am 11. November.





Fast schon prophetisch war der Wahlslogan „Noch einmal müssen wir abrechnen" der Heimattreuen Front während des Gemeindewahlkampfs 1938 in Eupen. Der Wahlkampf beschränkte sich thematisch keineswegs auf Gemeindethemen. Er war hochgradig von den gesamtgesellschaftlichen Spannungen jener Zeit geprägt.

Januar 1922 das liberale belgische Gemeinderecht in Kraft getreten. Die Sonderverwaltung behielt sich aber weiterhin das Recht vor, direkten Einfluss auf die Gemeinden auszuüben.

Der Angliederungsprozess und das Ende der Sonderverwaltung 1925 waren für die Kommunalpolitiker eine Enttäuschung. Die Regierung war letztlich nicht dazu bereit, die Eigenständigkeit der Gemeinden zu akzeptieren. Das war insbesondere ersichtlich, als die Regierung im April 1928 die Einsetzung von Bürgermeistern in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith per Verordnung ermöglichte.

Die einzige positive Ausnahme war in diesem Zusammenhang Malmedy, wo der Sozialist Joseph Werson als gewählter Kandidat in sein Amt gelangte. Die Interventionen der Regierung auf Gemeindeebene und die Ernennung von Bürgermeistern in Eupen und Sankt Vith führten den Bürgern hingegen vor Augen, dass ihre Stimmen letztlich nicht zählten.

Der Bevölkerung war es in diesen Städten nicht möglich, ihre Stadtoberhäupter auf demokratischem Weg zu bestimmen. Die Auswirkungen dieses Prozesses, nämlich das Misstrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen des belgischen Staats und der Zulauf für revisionistische, mit dem Deutschen Reich sympathisierende Gruppen, zeigten sich bei den Gemeindewahlen 1932 und 1938 in Eupen und Sankt Vith.

Anhand dieser Entwicklungen lässt sich ein tiefgreifender Wandel in der Kommunalpolitik nachzeichnen. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg waren die Fraktionen in den Gemeinderäten trotz gewisser Gegensätze in ideologischen Fragen durch ihre Einbettung in den politischen Katholizismus geeint. Nach einem Jahrzehnt belgischer Herrschaft stellte die Haltung zum belgischen Staat das wichtigste politische Unterscheidungsmerkmal bei den Wahlkämpfen dar. In diesem Zusammenhang erwiesen sich die Interventionen aus Lüttich und Brüssel oftmals als problematisch und kontraproduktiv.

Erst spät zeichnete sich eine koordinierte Aktion der loyal zum belgischen Staat stehenden Kräfte der Region ab. Das ist insbesondere anhand der Gemeindewahlen 1938 ersichtlich, wobei sich auch Sozialisten und staatstreue Katholiken in gemeinsamen Listen zusammenschlossen und vereint zur Wahl antraten, was bis dahin als undenkbar galt. Es war aber mittlerweile sehr schwer, die Versäumnisse der vergangenen Jahre zu revidieren und das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Nachdem die Gemeinden in der Nazi-Diktatur über keine demokratischen Grundlagen verfügten und der nationalsozialistischen Verwaltung unterstellt waren, dauerte es auch nach 1945 zum Teil bis zum Ende der 1960er Jahre, bevor sich die Gemeinden zu einem Ort der bürgerlichen Basisdemokratie entwickeln konnten.

Endnoten

1 Vgl. hierzu: Neubelgisches, in: Grenz-Echo, 30.6.1928; Beschlußunfähigkeit der gestrigen Stadtverordnetensitzung, in: Eupener Nachrichten, 29.6.1928.
2 Zu den juristischen Details vgl. Fritz Schmalenbeck, Die neubelgischen Kantone Eupen-Malmedy in ihrer staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Stellung. Bonn/Köln 1931, S. 17-22.
3 Vgl. Johannes Kontny, Herrschaftssicherung an der Peripherie? Die Transformation der städtischen Selbstverwaltung in Eupen und Znojmo/Znaim nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1922), in: Bohemia 56/2 (2016), S. 381-405, hier S. 394ff.
4 Vgl. hierzu: Die 1. Stadtratssitzung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Zimmermann in Eupen, in: Grenz-Echo, 7.7.1928.; Stadtverordnetensitzung vom 4. Juli 1928, in: Eupener Nachrichten, 5.7.1928.
5 Vgl. Heidi Christmann, Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen, München 1974, S. 257ff.
6 Zur Geschichte der belgischen Gemeindegesetzgebung vgl. Maarten Van Ginderachter, An Urban Civilization. The Case of Municipal Autonomy in Belgian History 1830-1914, in: Oliver Zimmer/William Whyte (Hrsg.), Nationalism and the Reshaping of Urban Communities in Europe, 1848-1914, Basingstoke 2011, S. 110-130.
7 Vgl. Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964), S. 206-516, hier S. 361-367.
8 Darunter waren 30 Gemeinden im Gebiet der ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy sowie Kelmis (La Calamine) im Gebiet des früheren Neutral-Moresnet.
9 Zur Geschichte des kommunalen Wahlrechts in Belgien vgl. Chantal Kesteloot/Ann Mares/Claudine Marissal, Gemeenteraadsverkiezingen 1890-1970. Databestand, Brüssel 1996, S. 20-28.
10 Vgl. Simon Piette, La vie politique communale à Waimes de 1920 à 1950. Changements de nationalité, processus d'adaptation, problématiques de loyauté, Masterarbeit, Lüttich 2014.
11 Vgl. Gisela Mettele, Verwalten und Regieren oder Selbstverwalten und Selbstregieren?, in: Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 343-365, hier S. 356f.
12 Zu den Landgemeinden in der Rheinprovinz vgl. Georg Strutz, Die Kommunalverbände in Preußen. Eine Darstellung der im Preußischen Staate geltenden Städte-, Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungen, Berlin/Heidelberg 1888, S. 183-193.
13 Vgl. Sebastian Scharte, Preußisch – deutsch – belgisch. Nationale Erfahrung und Identität. Leben an der deutsch-belgischen Grenze im 19. Jahrhundert, Münster 2010, S. 97-122 und S. 186-192.
14 Vgl. Sebastian Scharte/Bernd Liemann, Auf dem Weg zu Nation und Nationalismus, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3: Code civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2017, S. 28-49.
15 Zum Arbeiter- und Soldatenrat in Eupen vgl. Leo Hermanns, Eupen im Ersten Weltkrieg, in: Geschichtliches Eupen XXXIII (1999), S. 51-93, hier S. 83f.
16 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 276-279.
17 Vgl. Heinz Doepgen, Die Abtretung von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966, S. 161-165.
18 Vgl. Kontny, Herrschaftssicherung, S. 392f.
19 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 288f.
20 Vgl. Eupen-Malmedy und sein Gouverneur. Denkschrift herausgegeben bei Gelegenheit der zu Ehren des General-Leutnants Baron Baltia am 28. Oktober 1923 veranstalteten Feier, Brüssel 1923, S. 120-125.
21 Vgl. Schmalenbeck, Die neubelgischen Kantone, S. 10.
22 Vgl. Kontny, Herrschaftssicherung, S. 394ff.
23 Vgl. Staatsarchiv Eupen (SAE), Archiv des Gouvernements Eupen-Malmedy, 193, Haut Commissariat Royal d'Eupen et de Malmédy: Rapport sur l'Activité générale du Gouvernement d'Eupen et de Malmédy (Juillet 1921 à Juillet 1922), S. 68-77.
24 Vgl. Alfred Mockel, Le mouvement ouvrier socialiste dans les Cantons de l'Est 1920-1936, Examensarbeit, Brüssel 1994, S. 41ff.
25 Vgl. SAE, Haut Commissariat, Rapport, S. 77ff.
26 Vgl. Kontny, Herrschaftssicherung, S. 396f.
27 Zu einer solchen Lesart des Verhältnisses zwischen der Sonderverwaltung und den Gemeinden vgl. Vincent O'Connell, Dictating democracy. The impact of Governor Baltia's transitory regime on local government in Eupen-Malmedy 1919-1922, in: International Journal of Regional and Local Studies 6/2 (2011), S. 162-187.
28 Vgl. Christmann, Presse, S. 211-237.
29 Zu den einzelnen Zeitungen im Überblick vgl. Klaus Pabst, Presse zwischen zwei Weltkriegen (1914-1945), in: ders./Heinz Warny/Heinz Godesar u. a. (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, Eupen 2007, S. 179-209.
30 Vgl. Carlo Lejeune, Eine junge Demokratie, zu wenig Demokraten?, in: ders./Freddy Cremer/Andreas Fickers (Hrsg.), Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 63-73, hier S. 69f.
31 Vgl. Schmalenbeck, Neubelgische Kantone, S. 14-17.
32 Vgl. Christmann, Presse, S. 243ff.
33 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 379-383.
34 Vgl. Manfred J. Enssle, Stresemann's Territorial Revisionism. Germany, Belgium, and the Eupen-Malmédy Question 1919-1929, Wiesbaden 1980, S. 115-172.
35 Vgl. Mockel, Le mouvement, S. 58.
36 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 366f.

37 Christoph Brüll, Die deutschsprachigen Einheiten in der belgischen Armee zwischen den beiden Weltkriegen, Sankt Vith 2004, S. 37.
38 Vgl. Kesteloot/Mares/Marissal, Gemeenteraadsverkiezingen, S. 103.
39 Vgl. Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz 1918-1940, Brüssel 2013, S. 119-122.
40 Vgl. Schmalenbeck, Neubelgische Kantone , S. 19-22.
41 Vgl. Carlo Lejeune, Die Eupener Bürgermeisterfrage von 1952, in: Karel Velle/Claude de Moreau de Gerbehaye/Els Herrebout (Hrsg.), Liber Amicorum Alfred Minke, Brüssel 2011, S. 233-240, hier S. 237-240.
42 Vgl. Christmann, Presse, S. 259.
43 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 368-372.
44 Vgl. Christmann, Presse, S. 372.
45 Lejeune, Bürgermeisterfrage, S. 239.
46 Vgl. Archiv des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten Brüssel, Diplomatisches Archiv, 11.246A 1936-1938, Politique dans les Cantons de l'Est. Réunion tenue sous la présidence de M. Paul-Emile Janson, Premier Ministre, 28.4.1938.
47 Vgl. Kontny, Herrschaftslegitimierung, S. 139-148.
48 Vgl. dazu jüngst David Mennicken, Die Heimattreue Front 1936-1940. Geschichte der „Heim-ins-Reich"- Bewegung in Eupen-Malmedy, Eupen 2016.
49 Vgl. Catherine Lanneau, Jules Mathieu (1937-1943), in: Philippe Raxhon (Hrsg.), Les Gouverneurs de la Province de Liège. Histoire d'une fonction, mémoire d'une action, Brüssel 2015, S. 145-157, hier S. 154f.
50 Vgl. Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland, Brauweiler, Bezirksstelle West des Vereins für das Deutschtum im Ausland, 4743, Franz Thedieck Köln: Betrifft Kommunalwahlen in Eupen-Malmedy, 17.10.1938.
51 Vgl. Christmann, Presse, S. 519-525.
52 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 416f.
53 Vgl. Peter M. Quadflieg, „Zwangssoldaten" und „Ons Jongen". Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, Aachen 2008, S. 34-37.
54 Vgl. Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im zweiten Weltkrieg, Bern/Frankfurt am Main 1978, S. 108-110.
55 Vgl. Reichsgesetzblatt Teil 1/87 (1940), S. 777, Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Wiedervereinigung der Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet mit dem Deutschen Reich vom 18. Mai 1940.
56 Vgl. Schärer, Deutsche Annexionspolitik, S. 168f.
57 Vgl. ebd, S. 122-129.
58 Vgl. Nico Wouters, Mayoral Collaboration under Nazi Occupation in Belgium, the Netherlands and France, 1938-46, Cham 2016.
59 Vgl. Ralf Gebel, „Heim ins Reich!" Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938-1945), München 2000, S. 204-235; Volker Zimmermann, Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945), Essen 1999, S. 175-182.
60 Vgl. Freddy Cremer, Von den „Inciviques" zu den „Modellbelgiern", in: ders./Andreas Fickers/Carlo Lejeune (Hrsg.), Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 99-116, hier S. 102f.; Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1 und 2, Büllingen 2005 und 2007.
61 Vgl. Ulrich Tiedau, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Kittel/Horst Möller/Jiří Pešek/Oldřich Tůma (Hrsg.), Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich, München 2007, S. 435-522, hier S. 462.
62 Vgl. ebd., S. 470-476.
63 Vgl. Werner Mießen, Hubert Mießen. Eine ostbelgische Biographie im 20. Jahrhundert, in: Christoph Brüll (Hrsg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 163-190.
64 Vgl. Christoph Brüll, Die langen Schatten der Nachkriegszeit. Zur Eupener Bürgermeisterfrage 1964-65, in: Geschichtliches Eupen LI (2017), S. 101-127, hier S. 125ff.

MILITÄRDIENST UND KRIEGSERFAHRUNGEN ALS LEBENSERFAHRUNG

WELTKRIEGE IN DER REGION

VON PHILIPPE BECK, CHRISTOPH BRÜLL UND PETER M. QUADFLIEG











Der Zeitraum zwischen 1914 und 1945 wird eingerahmt durch die beiden größten militärischen Konflikte, die die moderne Welt gesehen hat. Auch in Eupen-Malmedy zogen Tausende junge Menschen in den Ersten oder Zweiten Weltkrieg, fielen oder kehrten verwundet an Körper und Psyche heim. Doch nicht nur die Kriege und die Opfer, sondern auch die Erinnerung an den Krieg und der Militärdienst in der vermeintlich friedlichen Zwischenkriegszeit waren wichtige politische und soziale Einflussgrößen für die ostbelgische Gesellschaft. Verstärkt wurden sie durch die drei Staatenwechsel von 1920, 1940 und 1944. Welchen Einfluss hatte das Militärische auf die Menschen dieser Region? Wie gingen die Menschen mit den Kriegs- und Militärerfahrungen in der belgischen und deutschen Armee um?

Die meisten Eupen-Malmedyer Soldaten erlebten das Ende des Ersten Weltkrieges innerhalb der in Belgien eingesetzten preußischen Regimenter IR 25, RIR 28 und RIR 29[1]. Der Eupener Erich Peters notiert in seiner 1921 verfassten Geschichte des RIR 28[2]: „Auf die Truppe [...] wirkte der nachmittags ausgegangene Armeebefehl [...] vom 10. November [...] wie eine einfallende Bombe. Abdankung des Kaisers und Revolution in Deutschland!"[3] Peters' Schilderung gibt einen kleinen Einblick in die Art und Weise, wie er und ein Teil der Eupen-Malmedyer Soldaten die Ereignisse wahrnahmen. Für sie, die für das deutsche Vaterland und den Kaiser ausgezogen waren, blieb die Vorstellung eines verlorenen Krieges unbegreiflich.

„Vom Feinde unbesiegt": Waffenstillstand 1918

Die verschiedenen Regimenter traten nur wenige Tage nach dem Waffenstillstand den Rückmarsch an und überquerten die Grenze bei Herbesthal (RIR 28 und IR 25) oder bei Moresnet (RIR 29), wo sie „mit Hurrarufen und Gesang"[4] empfangen wurden. Für die durchmarschierenden Truppen gewährte die Eupen-Malmedyer Bevölkerung „erste[s] Quartier auf deutschem Boden"[5]. Gleichzeitig bildeten sich dort Soldaten- und Arbeiterräte[6], deren Bedeutung hier wie auch beispielsweise in Elsass-Lothringen jedoch nur von kurzer Dauer war.

Die Eupen-Malmedyer Soldaten des IR 25 wurden in Raeren entlassen, wo sie am 25. November 1918 der Oberbürgermeister von Aachen empfing[7]. Auch in Aachen, wo die Eupen-Malmedyer des RIR 29 demobilisiert wurden, begrüßte man die Heimkehrer: „Die Bevölkerung empfing diese musterhaft einziehende Kampftruppe [...] mit großer Freude und Begeisterung." Hierzu gehörten Plakate mit der Aufschrift „Vom Feinde unbesiegt"[8].

Somit fungierte die „Dolchstoßlegende"[9] auch an der äußersten Westgrenze der Rheinprovinz als eine Art Trostpflaster für die Soldaten. Dass auch sie sich als siegreiche Heimkehrer betrachteten, wird durch Peters' ausführliches Zitat des Divisionsbefehls vom 23. November 1918 verdeutlicht:

„Wir wollen die gemeinsam erlebten Kriegsereignisse nie vergessen und wir wollen uns dauernd bewußt bleiben, daß das deutsche Heer während der langen vier Jahre nur dadurch der ganzen Welt siegreich widerstehen konnte, daß es von dem Geist der Zucht und Ordnung, der eisernen Pflichterfüllung und der treuesten Vaterlandsliebe beseelt war."[10]

Vor diesem Hintergrund konnte der Staatenwechsel von 1920 für viele Soldaten aus den Kreisen Eupen und Malmedy nur eine Umwertung aller Werte bedeuten.

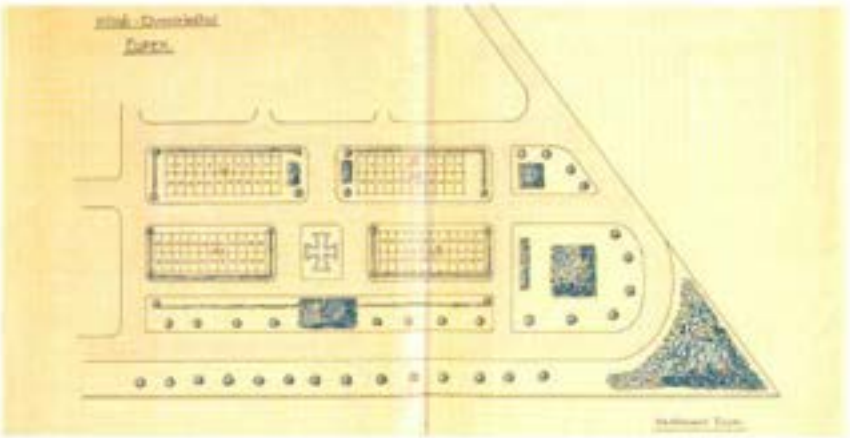
Um-Schreibung der Geschichte

„Erinnern heißt: dem Abgelaufenen gegenwärtigen Sinn geben."[11] Doch mit dem Staatenwechsel und der Einführung des Übergangsregimes unter Herman Baltia entstand für die Eupen-Malmedyer ein national-identitäres und emotionales Dilemma, das durch instrumentalisierte, überwachte und zensierte Erinnerungspraktiken an die Gefallenen offen zu Tage trat.



Die Militarisierung drang in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts tief in die Gesellschaft ein. Augenfällig wird dies vor allen Dingen bei der Uniformierung weiter Teile der Bevölkerung. Auch der Malmedyer Karneval spiegelt diese Entwicklung. Panzerkreuzer, Soldaten oder das Luftschiff LZ 127 Graf Zeppelin (Bild) schmückten die Wagen des Umzugs (ca. 1930).





Der Ehrenfriedhof ist die militärische Ausprägung des Friedhofs der Stadt Eupen. Hier sind französische, italienische, deutsche und Eupen-Malmedyer Gefallene des Ersten Weltkriegs begraben. Auch vereinzelte Veteranen aus anderen Kriegen sowie jene, die später infolge ihrer Verletzungen starben, haben hier die ewige Ruhe gefunden.

Gleichzeitig entstand ein anderes kollektives Gedächtnis als im Rest Belgiens oder in Deutschland[12]. Das Problem einer Sinnstiftung lässt sich in folgenden Fragen zusammenfassen: Wie konnte der 1.800 für das deutsche Kaiserreich Gefallenen im belgischen Königreich gedacht werden? Und wofür haben diese Soldaten letztendlich ihr Leben geopfert? Wie konnten Angehörige und Freunde ihrer Trauer Ausdruck geben?

Gouverneur Baltia, Sohn eines Generals luxemburgischer Herkunft und einer deutschen Mutter, war sich dieses Problems durchaus bewusst und rief eine Commission des monuments et sites ins Leben, deren Aufgabe es war, über die nationale Neutralität der neu entstehenden Erinnerungsorte zu wachen. Ein prägnantes Beispiel hierfür sind die einfachen Steinkreuze des ab 1914 angelegten und nach dem Staatenwechsel leicht umgestalteten Ehrenfriedhofs in Eupen[13]. Das ursprünglich angebrachte Eiserne Kreuz im Zentrum der Spitalwiese wurde entfernt und damit der Bezug auf die nationale Herkunft der Soldaten.

Allerdings erhielten die Gefallenen der Entente unmittelbar einen Grabstein, während die Eupen-Malmedyer und die anderen dort beigesetzten deutschen Soldaten bis 1922 auf einen solchen warten mussten[14]. Darüber hinaus waren Gedenkfeiern außerhalb eines kirchlichen Rahmens während der fünfjährigen, „kolonialen" Übergangsphase unter Baltia[15] praktisch verboten. Der Großteil der über 100 Kriegerdenkmäler und Gedenktafeln in Eupen-Malmedy befindet sich unter anderem aus diesem Grund entweder in einer Kirche, in der Nähe eines Gotteshauses oder auf einem Friedhof[16]. Dass die Region tief im Katholizismus verwurzelt war, spielte eine wichtige Rolle, aber eben auch die Tatsache, dass sich der sakrale Raum der Kontrolle durch das Gouvernement Baltia zumindest teilweise entzog. So bekam die Gedenkkultur in Ostbelgien ihren eigenen Charakter, der sich von dem in der Wallonie geläufigen Gegensatz zwischen zivilen und kirchlichen Denkmälern klar unterschied.

Ein symbolträchtiges Ereignis in diesem Kontext war die von Baltia verordnete Demontage des an die deutschen Einigungskriege von 1864, 1866 und 1870/71 erinnernden Denkmals in Malmedy, die durch Mitglieder des Club wallon vorgenommen wurde[17]: Die Aktivisten um Henri Bragard enthaupteten den „Peter Prüss" genannten steinernen Krieger in der Maiennacht 1920 unter den Klängen von „Lu nut' du may"[18]. Dieser folkloristische Usus und das 1868 von Florent Lebierre verfasste Lied hatten seit Bismarcks Germanisierungspolitik in Malmedy eine besondere Bedeutung. Sie waren Ausdrucksform einer wallonischen Identität geworden, die sich nun wieder ungehindert Bahn brechen konnte. In dieser Gesinnung wurde das Lied auch 1926 bei der Einweihungsfeier des Pietkin-Monuments in Sourbrodt gesungen[19].





Der öffentliche Raum in Eupen-Malmedy ist durch Kriegsdenkmäler geprägt. Um ihre Existenz und ihre Ausprägung entspannen sich immer wieder gesellschaftliche Diskurse: Welcher Soldaten sollte gedacht werden? Und wie? Eine eindeutige Lesart, wie sie noch nach dem deutsch-französischen Krieg möglich war, gab es nach den Weltkriegen für die Soldaten Eupen-Malmedys nicht mehr. Die Denkmäler werden somit zu Spiegeln der zwiespältigen Identität der Ostbelgier.

Diese Maßnahmen stellen einen politischen Eingriff in den Erinnerungsprozess dar und sind Teil einer „bewussten Umschreibung der Geschichte"[20]. So kann man in diesem Kontext gar von einer „verordneten Amnesie"[21] sprechen. Relativierend muss aber erwähnt werden, dass die entsprechenden, an die deutschen Einigungskriege erinnernden Denkmäler in Eupen und Herbesthal wohl aufgrund ihrer neutraleren Symbolik erhalten blieben. Das St.-Georg-Denkmal in Eupen wurde sogar zu einem grenzübergreifenden Erinnerungsort, da hier Eupener Kriegsteilnehmer auch gemeinsam mit ehemaligen Kameraden aus Aachen die Gefallenen des Ersten Weltkrieges ehrten[22]. Durch die zentrale Lage und die große Fläche des Werthplatzes ist das preußische Denkmal auch über den Zweiten Weltkrieg hinaus bis heute Kulisse für weltliche und religiöse Veranstaltungen in der Stadt geblieben, ohne dass sich daran eine Debatte entzündet hätte.

Die Demontage des „Peter Prüss" blieb also ein Einzelfall in der Region. In Elsass-Lothringen hingegen waren Denkmalstürze und symbolische Umdeutungen von deutschen Denkmälern nach dem Waffenstillstand häufiger, wenngleich sich allgemein „ein sehr differenzierter Umgang mit Denkmälern aus deutscher Zeit"[23] zeigte. Dort fand die Problematisierung der Erinnerungsarbeit hinsichtlich des Staatenwechsels erst Mitte der 1930er Jahre „erste sehr verhaltene Ausdrucksformen in Denkmälern für den Ersten Weltkrieg"[24].

Kriegerdenkmäler als Erinnerungsorte

Kriegerdenkmäler setzen einerseits die Kriegskultur fort[25]. Sie haben aber andererseits eine soziale Funktion, indem sie als Ausdrucksformen einer kulturellen Identität[26] und des kollektiven Gedächtnisses[27] dem Tod der Soldaten einen Sinn verleihen und darüber hinaus zur Bewältigung der Trauer der Hinterbliebenen beitragen. Während in Belgien die Soldaten als Befreier, Helden und Opfer sowie auch die zivilen Opfer im Vordergrund standen[28], waren die deutschen Denkmäler von Trauer und einem Gefühl der Ungerechtigkeit bestimmt, das stellenweise sogar die Form von Rachedenkmälern und sogenannten Invictus-Denkmälern (für die vermeintlich „im Feld unbesiegten Helden") annahm[29].

Für Eupen-Malmedy konnten nationaler Stolz und eventuell damit verbundene Rachegefühle nicht zur kollektiven Sinnstiftung herhalten. So entstand ein Erinnerungszwischenraum, in dem Denkmäler vornehmlich im religiösen Raum und auf Initiative der Bevölkerung angebracht wurden. Darüber hinaus wurde die Bevölkerung durch ihre besondere politische Situation mehr als anderorts mit der Schwierigkeit konfrontiert, die deutschen Beweggründe für den Krieg zu hinterfragen. Dies ist

eine Erklärung für die relativ hohe Anzahl pazifistischer bzw. kriegskritischer Denkmäler in unserer Region[30].

Der atypische Erinnerungskontext ist allerdings keine Besonderheit Eupen-Malmedys. So wurden in Elsass-Lothringen Soldaten auf den Kriegerdenkmälern oft nackt dargestellt, da man sie nicht in der deutschen Uniform zeigen wollte. Hierzu passt, dass die Denkmäler laut Inschrift „à nos morts" und nicht den „morts pour la patrie"[31] gewidmet sind.

In vereinzelten Fällen jedoch weigerten sich die Projektträger, also die Kriegsteilnehmervereine, die Dorfgemeinschaften oder die Pfarrgemeinde, einer deutschnationalen Sinnstiftung zu entsagen, und widersetzten sich den Bestimmungen der belgischen Denkmalkommission: So weisen sieben heute noch existierende Gedenkorte in Eupen-Malmedy mit dem Tatzenkreuz bzw. dem Eisernen Kreuz ein preußisch-militärisches Symbol auf[32]. Der Raerener Kriegeraltar zeigt darüber hinaus einen Soldaten mit einem deutschen Stahlhelm, und die Gedenktafel im Eingangsbereich der Kirche von Mackenbach ziert die explizite Inschrift: „Wir klagen nicht. Ihr starbt den Heldentod, als deutsche Männer gefallen auf dem Feld; / Ruhet aus, auf frohes Wiedersehen wir sehen uns wieder einst in besserer Welt." Reaktionen des Übergangsregimes oder der Denkmalkommission hierauf sind nicht bekannt.

Aussagekräftiger Zeuge des Identitätsdilemmas in der ehemaligen preußischen Wallonie ist das 1927 nach langen Diskussionen in Malmedy errichtete Zenotaph, ein leerer Sarkophag, zur Erinnerung an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges[33]. In Malmedy war das Gedenkproblem zusätzlich durch den Sprachengebrauch verschärft. Gelöst oder vielmehr umgangen wurde es durch das Anbringen einer lateinischen Inschrift. Der entsprechende Vorschlag stammte vom Vorsitzenden des Denkmalkomitees und setzte sich über die Bedenken der örtlichen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer (Kriegerdank) hinweg, die die Frage aufgeworfen hatte, „ob es nicht möglich sei, die [...] Denkmals-Inschrift in einer dem Manne des Volkes verständlichen Sprache abzufassen"[34].

Andere Stimmen forderten gar, dass „nur eine deutsche Inschrift in Betracht kommen könne, da die Gefallenen nun einmal im Dienste des deutschen Heeres gefallen seien". Mit dem letztendlich eingemeißelten Auszug aus Virgils Aeneis verwies man hingegen, genau wie mit den Romulus-und-Remus-Figuren des Pietkin-Denkmals, auf die Gründungsmythen Roms und betonte damit implizit den romanischen Charakter Malmedys[35].

Der Verein „Kriegerdank" hatte sich seinerseits entschlossen, direkt im Anschluss an die Einweihungszeremonie des Zenotaphs eine eigene Feier zu organisieren, bei der ein vom Verein angefertigter und finanzierter Rahmen mit Fotos der 192 Gefallenen auf dem Römerplatz aufgestellt wurde[36], also an jener Stelle, wo bis 1920 noch die Statue des bereits erwähnten preußischen Kriegers gestanden hatte. So distanzierte sich der Kriegerdank von der offiziellen Gedenkfeier und gedachte explizit der deutschen Gefallenen[37].

In anderen Fällen hielt man sich an den offiziellen Wunsch der nationalen Neutralität. Gelegentlich griffen die Organisatoren, Redner oder Veteranen zu subtilen, indirekten Mitteln, die an die deutsche Nationalität der Gefallenen erinnerte. So wurde bei Einweihungsfeiern und Gedenktagen oft das traditionelle deutsche Lied „Ich hatte einen Kameraden" angestimmt[38]. Von besonderem Interesse ist die Rede des Ortspfarrers in Nidrum am 1. Mai 1935, also am deutschen „Heldengedenktag". Sie endet mit den Worten: „Unsere Heimat muss leben, und wenn wir sterben müssen."[39] Diese sind eindeutig eine nur leichte Abwandlung von Heinrich Lerschs Versen „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!", die in dieser Phase der geistigen Wiederaufrüstung an verschiedenen deutschen Soldatenfriedhöfen angebracht wurden, u. a. auch im belgischen Langemarck[40].

Damit ist auch ein beredtes Beispiel gegeben, das illustriert, wie der Begriff der Heimat in „Neubelgien" zum Substitut für das Vaterland wurde, da eine Sinngebung mittels nationaler Bezüge nur schwer möglich war[41]. Denn selbst wenn auf Denkmälern und bei Gedenkfeiern das Vaterland erwähnt wurde, dann immer, ohne zu präzisieren, welches genau gemeint war, das alte deutsche oder das neue belgische[42].

Kriegsteilnehmerverbände als Gedächtnisträger

Im Kontext der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg tritt auch die Rolle der verschiedenen Kriegsveteranenverbände in den Vordergrund. Der erste bildete sich noch vor der endgültigen Übertragung der belgischen Souveränität im September 1920 unter Anregung der Vaterländischen Vereinigung deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer[43]. Diese Vereinigung und





Die Kriegsdenkmäler in Ostbelgien stehen in einem Spannungsverhältnis: Bis auf wenige Ausnahmen kämpften die Soldaten Eupen-Malmedys im Ersten und Zweiten Weltkrieg auf Seiten Deutschlands. Nach den Kriegen waren die Überlebenden bzw. die Angehörigen der Gefallenen belgische Staatsbürger. Wie konnte man also der Gefallenen und Soldaten gedenken? Häufig wurde hierauf politisch und national ausweichend und den katholischen Glauben hervorhebend geantwortet. In seltenen Fällen wie in Mackenbach (links) oder Raeren (rechts) wird aus einer eindeutig deutschnationalen Sicht gedacht.

ihre verschiedenen Ortsgruppen (Kriegerdank[44] bzw. Kameradschaften[45]) bemühten sich um die Erinnerung an die verstorbenen Kameraden sowie um wirtschaftliche und politische Interessen der Veteranen.

Baltia hatte schon in seiner Proklamation vom 10. Januar 1920 die schnelle Repatriierung und die rechtliche Gleichstellung der Kriegsgefangenen und Verletzten mit den (alt-)belgischen Betroffenen versprochen[46]. Auch wurde den Veteranen eine Kriegsrente vom belgischen Staat gewährt. Doch ließ eine völlige Gleichberechtigung auf sich warten[47], und die belgische Rentenregelungskommission war zugleich der Übergangsregierung zur Politisierung der Kriegsteilnehmer dienlich. So wurden „die Kriegsteilnehmer zur Teilnahme an belgischen patriotischen Veranstaltungen [mobilisiert], die sowohl auf belgischer als auch auf Eupen-Malmedyer Seite Kritik fanden"[48].

Hierzu gehörte zum Beispiel die Teilnahme von 41 „neubelgischen" Mitgliedern der örtlichen Kriegsveteranenverbände am 11. November 1922 an der ersten großen nationalen Erinnerungsfeier an den Waffenstillstand in Brüssel. Damit zeigten die Veteranen guten Willen zur Integration in „ihr neues Vaterland"[49]. Aus einer pazifistischen Perspektive mag man ebenfalls die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass enttäuschte Kriegsteilnehmer damit einverstanden waren, das Ende eines Weltenbrands zu feiern, bei dem es keine wirklichen Gewinner, sondern nur Verlierer gegeben hat.

Da die belgische Fédération Nationale des Invalides (F.N.I.) die Aufnahme der „ehemaligen Kriegsgegner" ablehnte, wurde 1923 eine neue, belgisch-loyale „von der Regierung anerkannte Vereinigung" gegründet, wodurch die gesellschaftliche Gruppe der Kriegsteilnehmer gespalten wurde[50]. Denn ein Teil der Ortsverbände schloss sich dem in deutschnationalistischer und soldatischer Tradition stehenden deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser an, aus dem 1938 der NS-Reichskriegerbund (Kyffhäuserbund) wurde.

Beide Verbände entfalteten eine rege Versammlungstätigkeit. Der belgische Verband brachte ab 1925 zusätzlich eine zweisprachige Monatszeitung mit dem Titel *Der Invalide/L'Invalide* heraus. Sie war nicht nur offizielles Kommunikationsorgan, sondern erhob auch schon früh die Stimme gegen den wiedererstarkenden Militarismus und später gegen den aufkommenden Nati-


L'INVALIDE

Eupen-Malmedy-St. Vith und La Calamine.

Nach den Weltkriegen wurde die Monatszeitung L'Invalide zum Sprachrohr der Veteranen Eupen-Malmedys.

onalsozialismus in Deutschland. Dies geschah anhand von Meinungsbeiträgen, der Publikation pazifistischer Literatur sowie von kritisch-satirischen Artikeln, die aus den namhaften deutschen pazifistischen Zeitschriften *Das andere Deutschland* und *Die Weltbühne* übernommen wurden[51]. So erschien beispielsweise auch die erste Fassung von Peter Schmitz' Roman „Golgatha" hier unter dem Titel „Bataillon Eupen-Malmedy"[52]. Aus dem Inhalt der Zeitung und öffentlicher Kundgebungen kann eine eindeutige antimilitaristische und versöhnende Haltung der führenden Mitglieder des Verbandes gefolgert werden.

Dieser Pazifismus kam im Kontext der in Eupen-Malmedy bereits ab 1933 allmählich einsetzenden „remobilisation des esprits"[53] auch mehrmals auf Gedenkfeiern zum Ausdruck. So wünschte sich der Autor Peter Schmitz 1937, dass die „Heimat nicht Zankapfel, sondern Brücke sei für die Annäherung und Verständigung der benachbarten Länder, auf dass in Erfüllung gehe jene Devise, die auch der Wahlspruch unserer gefallenen Kameraden war: NIE WIEDER KRIEG!"[54] Aus den Reden und einem bedeutenden Teil der Erinnerungsorte, wozu außer den Denkmälern auch der Roman „Golgatha" von Schmitz gehört, geht eine nicht-nationalistische Sinnstiftung des Todes der Soldaten hervor: Gestorben sind sie nicht für ein Vaterland, sondern für die Heimat und den Frieden[55]. Solche Friedensaufrufe wurden im Übrigen auch auf Gedenkveranstaltungen in Frankreich und Großbritannien verlesen[56]. Selbst die ideologisch unterschiedlich orientierten Verbände Eupen-Malmedys waren sich bisweilen einig und organisierten gemeinsame Gedenkfeiern[57].

Von der gemeinsamen zur gespaltenen Erinnerung

Proteste „altbelgischer" Frontkämpfer gab es erneut, als die Regierung 1935 den ehemaligen deutschen Soldaten aus Eupen-Malmedy die mit einer zusätzlichen Frontstreifenrente verbundene belgische Kriegserinnerungsmedaille anbot. Diese kuriose Assimilierungsgeste hatte allerdings nur bedingten Erfolg: Von 8.000 Veteranen des deutschen Heeres in Eupen-Malmedy nahmen nur 3.600 die belgische Auszeichnung an, und wiederum nur ein Drittel der Ausgezeichneten nahm an den dazugehörigen Festzügen teil[58]. So waren ein paar tausend Eupen-Malmedyer Veteranen sowohl im Besitz des deutschen Eisernen Kreuzes, dessen Tragen laut Erlass Baltias 1921 verboten worden war[59], als auch der belgischen Erinnerungsmedaille[60].

Weitaus positivere Resonanz, und dies über die Parteigrenzen hinweg[61], konnte die Anwesenheit von Leopold III. am 20. August 1938 ernten[62]. Dieser erste offizielle Besuch eines belgischen Monarchen in der Region diente dazu, die Verbundenheit der Bevölkerung mit Belgien zu stärken, ereignete er sich doch im Zuge einer politischen Krise[63]. Dementsprechend fand er in der gesamten Inlandspresse Widerhall[64]. Hochsymbolisch waren dabei die Kranzniederlegungen des Königs vor den Kriegerdenkmälern in Malmedy, Sankt Vith und Eupen[65]. Mit dieser Geste und den Trauerschleifen in deutscher Sprache ehrte er die deutschen Soldaten der Region.

Pikant ist dabei die Feststellung, dass die *St. Vither Volkszeitung* unter der unbebilderten Berichterstattung über den Königsbesuch ein Foto von Adolf Hitler abdruckte, auf dem dieser den französischen General Vuillemin empfing[66]. Schließlich wiederholte Baudouin I. 1956 die Geste seines Vaters und grüßte die Invaliden beider Weltkriege, also auch jene, die unter dem Hakenkreuz gefochten hatten[67].

Den oft neutral bis pazifistisch gestalteten Erinnerungsorten der Region stehen die bereits erwähnten, in Deutschland veröffentlichten Regimentsgeschichten gegenüber. Sie sind militaristische Erinnerungsorte, die dazu dienten, den Wehrwillen aufrechtzuhalten bzw. bei der jungen Generation zu aktivieren. Dementsprechend erklärt der Verfasser der Geschichte des RIR 29, dem etwa 80 Prozent der Eupen-Malmedyer Reservisten angehört hatten[68], auf der letzten Seite seines Werkes: „Das Vaterland sollte durch einen Gewaltfrieden gezwungen werden, dem sich hierin

offenbarenden militärischen Geist abzuschwören. Darum ist es lange Zeit außerstande gewesen, sozusagen amtlich seine Helden zu ehren."[69] Für ihn war eine andere Sinnstiftung als eine militärische also undenkbar.

Der Eupener Erich Peters hingegen, 1938 des Amtes enthobener HF-Schöffe des Stadtrats[70], verzichtete in seiner Regimentsgeschichte des RIR 28 auf Anspielungen auf den Versailler Vertrag. Er erwähnte den Staatenwechsel seiner Heimatstadt an keiner Stelle, die er als Entstehungsort der Arbeit angab. Zehn Jahre später legte er einen Band mit an der Front angefertigten Skizzen nach und schlug im Vorwort ebenfalls militaristische Töne an[71]. Damit hatte er weiterhin Anteil an der publizistischen Aufrüstung, bevor er schließlich 1940 Amtsbürgermeister im annektierten Montzen wurde[72].

Für die Mitglieder der Kriegerverbände hatte sich seit Mitte der 1920er Jahre auch eine neue Frage gestellt: Sollten sie sich nur den Veteranen des Ersten Weltkrieges öffnen oder gab es in ihrer Mitte auch Platz für diejenigen, die ihren Wehrdienst seit 1924 in der belgischen Armee absolviert hatten[73]?

Belgischer Militärdienst

Die am 11. Januar 1920 veröffentlichte Proklamation Baltias, die sowohl einen Willkommensgruß für die Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy darstellte als auch legales Regelwerk für das Gouvernement war, enthielt ebenfalls eine Erklärung der belgischen Regierung. In deren Punkt 8 hieß es: „Während der nächsten vier Jahre wird den Kreisen Eupen und Malmedy keinerlei Militärpflicht auferlegt wer-



Kriegserinnerungsmedaillen waren staatliche Auszeichnungen, die auf eine Teilnahme am Ersten Weltkrieg verwiesen. Die belgische Regierung verteilte die belgische Medaille ab 1935 auch an die Veteranen aus Eupen-Malmedy.

den."[74] Die Quellenlage lässt keinen Aufschluss über die Entstehung dieser Maßnahme zu. Ihren Verfassern darf man jedoch psychologisches Feingefühl zubilligen, hatten doch Brüder und Väter der potentiellen Wehrdienstpflichtigen im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite gekämpft[75]. Zum Vergleich: In Elsass-Lothringen wurde der Wehrdienst kurz nach der Wiedereingliederung mit den Klassen 1919 und 1920 eingeführt[76], in Südtirol wurde das italienische Wehrpflichtgesetz ab dem 19. September 1921 angewandt[77].

Die Vorarbeiten und Debatten zum Eingliederungsgesetz der drei „neubelgischen" Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith, mit denen 1923 begonnen wurde, beschäftigten sich dann auch mit der Einführung der belgischen Wehrpflicht. Dabei zog der belgische Generalstab bei seinem französischen Pendant Erkundungen darüber ein, ob die französische Armee besondere Dispositionen für die Wehrpflichtigen aus Elsass-Lothringen getroffen hätte. Dies wurde verneint[78]. Trotz dieser wenig weiterführenden Antwort blieb die belgische Armeeführung im Zeitplan. 1924 leisteten die ersten Milizpflichtigen aus „Neubelgien" (Jahrgang 1904) ihren Dienst an der Waffe.

An diesen Einberufungen entzündete sich im Herbst 1924 ein Konflikt. Während die Armee die Vorgaben der Regierung respektiert hatte, waren die Diskussionen um das Eingliederungsgesetz noch nicht abgeschlossen. Dies bedeutete, dass der Wehrdienst verlangt wurde, obwohl die „Neubelgier" noch nicht über die vollständigen belgischen Staatsbürgerrechte verfügten – u. a. besaßen sie noch kein Wahlrecht bei nationalen Wahlen. Dies wurde etwa von dem sozialistischen Eupener Stadtverordneten Karl Weiss beklagt.

Gouverneur Baltia widersprach ihm und betonte, keinen Zusammenhang zwischen Wahlrecht und Wehrpflicht zu erkennen. Vielleicht lässt sich dieser Konflikt auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen verstehen: Die Bewohner der „neubelgischen" Kantone waren in Preußen mit dem Bild des Untertanen in Uniform aufgewachsen, existierte die allgemeine Wehrpflicht doch dort bereits seit 1814. In Belgien war sie hingegen erst 1913 vom Parlament verabschiedet und vor Kriegsbeginn im

August 1914 noch nicht umgesetzt worden. Der Wehrdienst in Friedenszeiten war hier also Anfang der 1920er Jahre noch landesweit eine recht junge Institution.

Für das Jahr 1924 ist nur die Zahl der einberufenen Rekruten aus der Stadt Eupen bekannt, es waren 91 Männer. Für die Jahre 1925 bis 1928 verzeichnet die Statistik 210, 375, 268 und 330 Wehrpflichtige, die ihren Dienst in deutscher Sprache absolvierten[79]. Die Schwankungen sind wahrscheinlich auf die Zurückstellungsanträge (z. B. wegen Arbeit in der Landwirtschaft) zurückzuführen. Die deutsche Sprache tauchte nicht nur in der Statistik auf. Die Armee bemühte sich tatsächlich redlich, der Sprache der „Neubelgier" gerecht zu werden.

Zunächst setzte sie auf die Nähe zwischen der niederländischen und der deutschen Sprache und integrierte die Soldaten in niederländischsprachige Einheiten (z. B. im 15. Linienregiment). Später versuchte sie, Ausbilder zu finden, die des Deutschen einigermaßen mächtig waren, d. h. Offiziere und Unteroffiziere aus der Gegend um Arlon oder aus dem Montzener Land sowie einige wenige Männer aus „Neubelgien", die sich nach 1920 freiwillig zur belgischen Armee gemeldet hatten. Diese Kulanz gefiel nicht jedem: Schon 1925 plädierte der Kommandant der 2. Infanteriedivision dafür, die deutschsprachigen Soldaten auf französisch- oder niederländischsprachige Einheiten zu verteilen und sie so zu verpflichten, „eine der beiden Landessprachen zu erlernen"[80].

Für Wehrpflichtige aus Elsass-Lothringen und Südtirol war eine solche Vorgehensweise normal. Hier setzte die



Die Wehrpflichtigen der Klasse 1924, die ersten einberufenen Neubelgier.

Armee auf Totalassimilation, die neben der ausschließlichen Nutzung des Französischen bzw. Italienischen auch die Stationierung der Rekruten außerhalb ihrer Heimatregion vorsah. In Belgien nahm jedoch die innenpolitische Entwicklung einen Verlauf, der in die entgegengesetzte Richtung zeigte.

Eine dreisprachige Armee

Der Sprachengebrauch in der belgischen Armee gehörte mindestens seit den großen Reformen nach 1918, wie der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer, zu den großen unerledigten Aufgaben der belgischen Politik[81]. Konkret ging es dabei um die Rolle der niederländischen Sprache. Zum Jahresende 1927 bildete sich eine gemischte Kommission aus Parlamentariern und Militärs, um die Grundlagen für eine neue Gesetzgebung auszuarbeiten. Zwei Prinzipien wurden diskutiert und festgehalten: die Ausbildung in der Muttersprache und die Frage, bis zu welcher Kommandoeinheit der Gebrauch der Muttersprache notwendig sei. Das Gesetz von 1928 hielt hier schließlich die Kompanie und das Bataillon fest. Zehn Jahre später wurde dies in einem neuen Gesetz bis auf die Regimentsebene ausgedehnt.

Ob die Schaffung niederländischsprachiger Einheiten auch, gewissermaßen als Nebenprodukt, die Schaffung von deutschsprachigen Einheiten mit sich bringen musste, war Gegenstand einer Debatte in der belgischen Kammer am 8. August 1928. Wie so oft stand die Haltung des sozialistischen Abgeordneten Marc Somerhausen derjenigen seiner katholischen Kollegen aus dem Bezirk Verviers diametral gegenüber. Während Somerhausen auf die besondere historische Prägung der Rekruten aus „Neubelgien" hinwies, um die Schaffung von deutschsprachigen Einheiten zu fordern, hielt man ihm entgegen, dass „dieselben Zwischenfälle geschehen [würden]; aber nicht mehr zwischen Einzelnen, sondern zwischen Einheiten, was viel schlimmer wäre"[82]. Somerhausen ließ nicht locker und plädierte dafür, die Kenntnis der deutschen Sprache in das Anforderungsprofil für

Offiziere mitaufzunehmen. Hier entgegnete die Regierung, dass dies aufgrund der viel zu geringen Zahl von Offizieren, die die deutsche Sprache beherrschten, sinnlos sei.

Die Debatte gibt ebenfalls erneuten Aufschluss darüber, mit welch harten Bandagen im Wahlbezirk Verviers um die Rolle als Sprachrohr der „Neubelgier" gekämpft wurde. So äußerte sich das katholisch-konservative *Grenz-Echo* unter dem Titel „Generalissimus Somerhausen" verächtlich über die Bemühungen des Vertreters der Belgischen Arbeiterpartei:

„Im Gesetz ist ausdrücklich festgehalten, dass die Rekruten ihre Instruktion in ihrer Muttersprache erhalten sollen, das genügte dem Herrn Somerhausen nicht, und um sich bei unserer Bevölkerung wichtig zu machen und für die kommenden Wahlen behaupten zu können, er habe alles erreicht, musste unser kluger Abgeordneter etwas Neues ausfindig machen. Wenn Sie meine Rekruten instruieren, so erklärte Herr Somerhausen gleich einem Feldmarschall Ludendorff, müssen Sie diese in deutscher Sprache instruieren. [...] Herr Somerhausen kennt unsere Bevölkerung nicht, er weiß nicht, dass sie trotz seiner Sticheleien christlich ist und bleibt."[83]

Somerhausen gelang es nicht, eine explizite Nennung der deutschen Sprache im Gesetz zu verankern. Die Armee blieb jedoch bei ihrem Kurs, im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten eine Ausbildung in deutscher Sprache zu gewährleisten. Diese Position wurde auch nach der Verabschiedung des Gesetzes von 1938 beibehalten[84].

„Wer seinen Militärdienst nicht leistet, ist kein ganzer Mann"

Das Gesetz von 1928 verringerte die Zahl der Einheiten, in denen deutschsprachige Belgier Dienst taten[85]. Gab es 1928 nicht weniger als 24 Einheiten mit Wehrpflichtigen aus der Region, so wurden mit der Anwendung des Gesetzes die Einheiten in Elsenborn (Transportkorps des III. Armeekorps), Lüttich (3. und 5. Artillerieregiment) und Eupen (2e Cyclistes) zu den wichtigsten Ausbildungsorten.

In den 1930er Jahren kamen Einheiten bei den Ardennenjägern sowie die 6. Kompanie des 14. Linienregiments in Lüttich hinzu. Zu diesem Zeitpunkt kann man feststellen, dass die Zahl der Wehrpflichtigen aus der Region am Standort Eupen rapide sank. Der Generalstab zog es vor, sie nicht mehr in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze zu stationieren. Die Quellenlage gibt keinen Aufschluss darüber, ob es sich um eine Vorsichts- oder eine Misstrauensmaßnahme handelte.

Die Zahlen geben ebenfalls Auskunft darüber, wie viele Wehrpflichtige aus der Region sich für einen Dienst in französischer Sprache entschieden. Für den Jahrgang 1930 lag diese Zahl bei 34 bzw. 31 für den Kanton Eupen und 39 bzw. 42 für den Kanton Malmedy, je nachdem, ob die Dienstzeit acht oder zwölf Monate betrug. Die ähnlich hohen Zahlen im fast rein deutschsprachigen Kanton Eupen im Vergleich zum größtenteils frankophonen Kanton Malmedy verweisen auf ein Phänomen, das von vielen Zeitzeugen unterstrichen wird: Viele Eltern sahen es gerne, wenn der Militärdienst auch dem Erlernen der französischen Sprache diente. Bemerkenswerterweise galt dies auch für Söhne aus bekannten prodeutschen Familien[86]. In der belgischen Eifel scheint dies deutlich weniger oft der Fall gewesen zu sein.



In den deutschsprachigen Einheiten standen – laut Zeitzeugenaussagen vieler Offiziere, die ja zumeist nicht aus der Region stammten – Musik und Folklore besonders hoch im Kurs.

Die Polarisierung des gesellschaftlichen Lebens hatte zunächst kaum Auswirkungen auf die Einstellung zum belgischen Militärdienst[47]. Es scheint, als ob der von Zeitzeugen häufig wiederholte Glaubenssatz „Wer seinen Militärdienst [nicht] leistet, ist kein ganzer Mann" auch bei den Gegnern des belgischen Staates tief verankert war. Dabei gibt es jedoch ein Quellenproblem: In der Überlieferung der Armeeführung ist überhaupt nur ein Zwischenfall dokumentiert (aus dem Jahr 1934), der auf die Spannungen in „Neubelgien" verweist. Schilderungen zur Atmosphäre dieser Zeit legen jedoch den Verdacht nahe, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegen muss. Einerseits sind die Quellen zur Militärjustiz bisher nicht auf das Verhalten der deutschsprachigen Belgier untersucht worden, andererseits bleibt die Frage offen, ab wann ein Vorfall als meldepflichtig galt. Schließlich stellte sich diese Frage auch in Zusammenhang mit den flämischen Gegnern des belgischen Staates in der Armee.

Ausländische Beobachter, darunter vor allem französische Diplomaten, äußerten mehrmals, vor allem nach der Rheinlandbesetzung im März 1936, Zweifel an der Loyalität der deutschsprachigen Soldaten, was aufgrund ihrer doch geringen Zahl manchmal etwas übertrieben erscheint[48]. Die Armeeführung reagierte immerhin mit der bereits erwähnten Reduzierung der Stationierungen in Eupen.

Krieg in Sicht: Die Mobilmachung 1939

Nachdem die belgische Armee bereits während der Septemberkrise 1938 für eine Woche den Status „mise sur pied de paix renforcé" und damit eine Teilmobilmachung ausgerufen hatte, erfolgte am 25. August 1939, zwei Tage nach dem Abschluss des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes, die Generalmobilmachung. Bis zum Achtzehn-Tage-Feldzug im Mai 1940 wurden rund 2.500 junge Männer aus Eupen-Malmedy-Sankt Vith mobilisiert.

Carlo Lejeune hat auf Grundlage der Angaben in den Gemeindearchiven festgehalten, dass die Rate der Einberufenen in Relation zur Gesamtbevölkerung recht niedrig war (3,91 Prozent im Kanton Eupen, 4,35 Prozent im französischsprachigen Teil des Kantons Malmedy, 3,47 Prozent im deutschsprachigen Teil des Kantons Malmedy und im Kanton Sankt Vith)[49]. Neben erfolgreichen Zurückstellungsanträgen vermutet er auch politische Gründe hinter diesen Zahlen. Auch hier gibt die Quellenlage jedoch keinen definitiven Aufschluss.

Bis in den Dezember 1939 hinein kam es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen. Hinweise auf die Spannungen in der belgischen Armee geben die ständig aktualisierten Listen über Lektüre, die den Einberufenen verboten war. Neben zahlreichen flämischen rechtsextremen Publikationen sind dort auch revisionistische Schriftwerke aus Eupen-Malmedy-Sankt Vith angeführt.

Eine Wende erfolgte im Winter 1939/40[50]. Auf Betreiben der Armeeführung wurden viele Soldaten aus der Region von ihren regulären Einheiten in sogenannte Troupes Auxiliaires d'Armée (TAA) verlegt. Diese Truppenteile waren für den Etappendienst vorgesehen und verfügten, da ihr Aufgabengebiet nicht der Kampfeinsatz war, nur über 25 Waffen pro Bataillon. Die „Tiere aller Art (TAA)", wie sie im deutschsprachigen Belgien aufgrund der Herkunft der Soldaten aus diversen Truppenteilen hießen, waren vor allem



Die 6. Kompanie des 14. Linienregiments in Lüttich bei der Brüsseler Parade zum Nationalfeiertag 1938. In dieser Einheit leisteten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre sehr viele Ostbelgier ihren Militärdienst.



Wehrpflichtige aus der Ortschaft Schoppen der Geburtsjahrgänge 1911-1913. Diese verweisen auf die Zurückstellungen, die bei Söhnen aus Landwirtsfamilien häufig vorkamen.

in der Gegend um Antwerpen stationiert.

Diese Verlegung war ein eindeutiger Misstrauensbeweis der Führung gegenüber den deutschsprachigen Soldaten. Allerdings muss zwischen den ostbelgischen Nachkriegsnarrativen über die TAA und den belegbaren Fakten unterschieden werden. Die regionale Opfererzählung behauptete beispielsweise nach dem Krieg, dass alle Ostbelgier in derartige Einheiten verlegt worden seien. Dies war aber nicht der Fall. Zum einen blieben die Wehrpflichtigen weiterhin in ihren regulären Einheiten, zum anderen belegen Zeugenberichte über den Feldzug im Mai 1940, dass auch mobilisierte Reservisten in ihren regulären Einheiten zum Einsatz kamen.

Sucht man nach einer Erklärung, stößt man auf ein Protestschreiben aus dem Kabinett von Premierminister Hubert Pierlot an den belgischen Generalstab[91]. Darin beklagte der Verfasser, dass die Armee in ihrem Bestreben, unsichere Kantonisten auszumachen, weit über das Ziel hinausgeschossen sei und das Gegenteil von dem erreicht habe, was sie anstrebte[92]. Es ist plausibel, dass der Generalstab auf dieses Schreiben reagiert hat. Damit lässt sich die Präsenz von deutschsprachigen Soldaten in ihren regulären Einheiten erklären. Wie dies organisiert wurde und wie entschieden wurde, wer in den TAA verbleiben musste, ist bis heute jedoch unklar[93].

Desertionen und Fahnenflucht nach Deutschland

In dem Vermerk des Kabinetts des Premierministers hatte man außerdem die Verbindung zwischen der Politik des Generalstabs und dem größten Problem mit den Soldaten aus Eupen-Malmedy-Sankt Vith seit dem Winter 1939 hervorgehoben: den Desertionen, auf die anschließend zumeist das Absetzen ins Deutsche Reich folgte. Die Motivationen der Deserteure waren klar. Während des Nachkriegsprozesses gegen den Fahnenflüchtigen Heinz Margraff wurde ein Brief zitiert, den dieser noch als belgischer Soldat zu Weihnachten 1939 kurz vor seiner Desertion geschrieben hatte: „Ich wünsche mir, dass das neue Jahr für uns das Jahr der Befreiung sein möge, und wenn die Weihnachtsglocken erneut in dem weiten deutschen Lande läuten, sie für uns gleichzeitig die Glocken des Friedens und des Sieges sein mögen."[94]

Den Behörden war durchaus bekannt, dass hier regelrechte Netzwerke am Werk waren[95]. In der Eifel waren es sehr oft die Ortsgruppen der Heimattreuen Front, im Eupener Land sind Erich Miessen und Josef Kerres als individuelle Drahtzieher zu nennen. Laut Etienne Verhoeyen stammte die Idee aus dem Deutschen Reich, wo die Nebenstelle des Militärgeheimdienstes (Abwehr) in Köln im Oktober 1939 die Schaffung einer „Kampforganisation der Heimattreuen Front" angeregt hatte[96].

Wie viele Deserteure es gab, ist bis heute nicht genau ermittelt. Auf der Grundlage der in der Literatur behandelten Beispiele kann man von max. zehn Prozent der einberufenen Soldaten, d. h. zwischen 200 und 250 Männer, aus den drei Kantonen ausgehen. Nicht alle von ihnen engagierten sich nach ihrer Desertion auch sofort in der Wehrmacht.

Tatsächlich manifestierte sich auch in dieser Frage die polykratische Herrschaftstruktur des Nationalsozialismus. Neben Unterstützern gab es auch Gegner der Desertionen. So untersagte der Unterstaatssekretär im Auswärti-

gen Amt, Martin Luther, dem Reichkriegerbund in Aachen die Unterstützung von belgischen Fahnenflüchtigen, da „ansonsten das ethnische deutsche Element in der Region [Eupen-Malmedy] geschwächt"[97] werde. Auch der Sonderbeauftragte des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA) für Eupen-Malmedy, Franz Thedieck, der zu diesem Zeitpunkt bereits mit anderen Mitgliedern des Regierungspräsidiums Köln an den Prämissen für eine deutsche Besatzung Belgiens arbeitete, äußerte sich „vom volkspolitischen Standpunkt aus"[98] ablehnend. Und selbst der HF-Funktionär Walter Rexroth, der nur wenige Wochen später zum Bürgermeister der annektierten Stadt Eupen aufsteigen sollte, protestierte noch im April 1940 gegen die Fahnenflucht[99]. Allein, um es mit den Worten Thediecks zu sagen, „rückgängig zu machen, [waren] sie nicht mehr".

Deserteure, die nach Deutschland überliefen, ordnete die Wehrmacht einer als Bau-Lehr-Bataillon getarnten Kommandoeinheit zu. Die Literatur verzeichnet 139 ostbelgische sogenannte Brandenburger[100]. Diese Einheit führte dann am 10. Mai mit Hilfe der Ortskenntnisse der Ostbelgier in ihren Reihen wichtige Operationen zur Vorbereitung des eigentlichen Einmarsches aus. Nach dem Krieg sprachen die belgischen Militärgerichte gegen Männer aus dieser Gruppe die höchsten Strafen gegen Ostbelgier aus: Wegen politischer und militärischer Kollaboration („Waffentragen gegen Belgien") wurden sie zu lebenslanger Haft oder gar zum Tod verurteilt. Letzteres wurde jedoch nicht vollstreckt, sodass die meisten nach Verbüßung einer längeren Gefängnisstrafe wieder freikamen[101].

„Drôle de Guerre", 10. Mai 1940 und 18-Tage-Feldzug

Mit dem Überfall auf Polen begann am 1. September 1939, einundzwanzig Jahre nach dem Ende des Ersten, der Zweite Weltkrieg. Zwei Tage später erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Belgien, das nach dem Ersten Weltkrieg zunächst an der Seite der Ententemächte geblieben war, hatte seit 1936 wieder eine Neutralitätspolitik betrieben. Dieser blieb man nach dem Kriegsausbruch treu. Zunächst blieb die Situation an der belgisch-deutschen Grenze ruhig. Bereits Anfang Oktober 1939, also unmittelbar nach dem Sieg der deutschen Wehrmacht über Polen, gab Hitler dann die notwendige Weisung für den Angriff auf Frankreich und im Zuge dessen auf die neutralen Staaten Niederlande, Belgien und Luxemburg[102]. Doch erst im Mai 1940 war die deutsche Armee in der Lage, dies in die Tat umzusetzen.

Seit dem Kriegsausbruch war es an der französisch-deutschen Grenze, die bis zum Mai 1940 die Westfront des Krieges bildete, nur zu überschaubaren Kampfhandlungen gekommen. Eine französische Offensive an der Saar war ebenso abgebrochen worden wie ein deutscher Gegenangriff im Oktober. Vom 25. Oktober 1939 bis zum 9. Mai 1940 herrschte bis auf einige Luft- und Seekämpfe sowie kleinere Feuergefechte eine Waffenruhe an der Westfront. Man spricht auch vom Sitzkrieg oder der „Drôle de Guerre". Allerdings besetzte Deutschland nahezu ohne Verluste Norwegen und Dänemark. Die belgische Armee ging angesichts des ausbleibenden deutschen Angriffs dazu über, zwischenzeitlich zu den Waffen gerufene Männer, die aus guten Gründen zu Hause gebraucht wurden, zumindest vorübergehend wieder zu entlassen.

Die ruhige Lage an der Westfront sollte sich ändern, als in den frühen Morgenstunden des 10. Mai 1940 der deutsche Großangriff im Westen begann. Die Heeresgruppe A, bestehend aus 45 deutschen Divisionen, stieß dabei mit ihrer größten Stärke in Luxemburg zu, während nur relative schwache Kräfte in Belgien einmarschierten. Da das belgische Verteidigungskonzept zwei Hauptstellungen vorsah, die erste davon in Nord-Süd-Richtung auf der Höhe von Lüttich, wurde das Gebiet vor dieser Stellung kampflos geräumt, um die eigene Verteidigung an der Hauptkampflinie zu stärken.

Der deutsche Einmarsch begann um 4:15 Uhr, und bereits gegen halb acht Uhr waren die beiden ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy vollständig besetzt. Die belgische Gegenwehr hatte aus einigen Schüssen von Gendarmen und Zöllnern bestanden, in vielen Fällen hatten sich die Grenzbeamten ohne Gegenwehr ergeben. Der Truppenübungsplatz Elsenborn war bereits geräumt worden. Die einzige im Gebiet operierende Einheit der belgischen Armee war ein Radfahrerregiment, das Brückensprengungen und Straßenblockaden vornahm, bevor es sich zurückzog. Um acht Uhr ergaben sich in der Kaserne in der Eupener Unterstadt kampflos 30 belgische Soldaten, die nicht rechtzeitig evakuiert hatten werden können.

Bis zum 28. Mai 1940 dauerte die Besetzung Belgiens durch deutsche Truppen an, dann kapitulierten die belgischen Streitkräfte nach nur 18 Tagen. Im nunmehr annektierten Eupen-Malmedy-Sankt Vith dominierte in den





Mit allen Ehren und posthum zum SS-Hauptsturmführer befördert wurde Josef Kerres 1940 auf dem Eupener Ehrenfriedhof beigesetzt. Das 1938 ebendort angelegte Grab von Peter Schmitz wurde kurz darauf entfernt. Nach dem Krieg erfolgte die Exhumierung Kerres' und es wurde ein neues Grab für Schmitz auf dem Ehrenfriedhof hergestellt.

folgenden Wochen in vielen Familien die Ungewissheit über das Schicksal der Soldaten, die in der belgischen Armee gekämpft hatten. Die deutschen Militärbehörden entließen diese jedoch sofort in die Heimat – im Gegensatz zu den flämischen, vor allem aber zu den französischsprachigen Soldaten[103].

Ein deutscher Bericht vom Juni 1940 geht von rund 40 gefallenen Ostbelgiern aus[104]. Heinrich Toussaint gibt ungefähr 20 und eine Bestandsaufnahme von Bezirkskommissar Hoen aus dem Jahr 1951 19 getötete Soldaten an[105]. Für viele Heimkehrer war die Kriegserfahrung damit erst einmal zu Ende. Mit der Einführung der Wehrpflicht im Herbst 1941 mussten sie jedoch wieder die Uniform tragen, diesmal die deutsche.

Erinnerungsorte im Zweiten Weltkrieg

Kurz nach dem 10. Mai 1940 wurde Eupen Ort eines besonderen propagandistischen Schauspiels: Die ostbelgischen Nationalsozialisten trugen mit großem Aufzug ihren ersten (und einzigen) „Blutzeugen" auf dem Ehrenfriedhof zu Grabe[106]. Der Präsident der Eupener Segelflieger und posthum zum SS-Hauptsturmführer ernannte Josef Kerres war am Tag des Einmarsches der Wehrmacht, auf seinem Fahrrad und mit einer Hakenkreuzfahne in der Hand, vor der noch mit belgischen Soldaten besetzten Kaserne von diesen erschossen worden. Im Laufe der Kriegsjahre wurden auf dem Ehrenfriedhof weitere Gefallene in militärischem Rahmen beerdigt[107].

Derselbe Ort wurde kurz nach Kerres' Beerdigung Kulisse einer Nacht-und-Nebel-Aktion: Das Grab des 1938 verstorbenen Schriftstellers Peter Schmitz wurde auf Order der NS-Stadtverwaltung entfernt. Grund hierfür war nicht nur sein vorgeblich „zersetzender" Roman „Golgatha", sondern auch und vor allem seine mehrjährige Geheimdiensttätigkeit gegen das „Dritte Reich", die die Geheime Staatspolizei (Gestapo) dazu veranlasst hatte, eine über 300 Seiten starke Akte anzulegen und ihn auf ihre Sonderfahndungsliste zu setzen[108].

Während der probelgische Verband der Invaliden unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht aufgelöst wurde und seine führenden Mitglieder die Flucht ergreifen mussten, wurde der Kyffhäuserbund fortan propagandistisch für den Krieg aktiv, indem er zum Beispiel Filme wie „Wir sind und bleiben Soldaten" (1941) zeigte[109].

Die Rekrutierung zur deutschen Wehrmacht

Die dann ab Juni 1940 durchgeführte Rekrutierung von rund 9.000 Männern aus den 1940 von Deutschland annektierten belgischen Gebieten in die deutschen Streitkräfte gehört sicherlich zu den am nachhaltigsten wirkenden historischen Prozessen der jüngeren ostbelgischen Geschichte.

Dazu trug nicht allein die Tatsache bei, dass zwischen 3.200 und 3.400, also mehr als ein Drittel, dieser Soldaten starben und damit fast jede Familie im näheren und erweiterten Umfeld einen Gefallenen zu beklagen hatte. Insgesamt hatte ca. jeder fünfte ostbelgische Mann zwischen 1940 und 1945 die Uniform der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS getragen und damit aktiv am Krieg gegen die Alliierten und somit auch gegen Belgien partizipiert.

Etwa 2.500 dieser Männer wurden, wenn sie das Glück hatten, den Krieg zu überleben, nach der Reintegration Eupen-Malmedys in den belgischen Staatsverband wegen Kollaboration und „Waffentragen gegen Belgien" angeklagt. Bei dieser Deliktgruppe handelt es sich um die am häufigsten verfolgte in Ostbelgien während der politischen Säuberungen in der Nachkriegszeit.

Auf der Gruppenebene ist die Geschichte der ostbelgischen „Zwangssoldaten" heute recht gut erforscht. Die intensive Bearbeitung des Themas hat in den vergangenen rund zehn Jahren dazu beigetragen, Mythen und Verklärungen zu bereinigen bzw. zu objektivieren[110].

„Zwangssoldaten" oder Soldaten?

Einige Dutzend Männer hatten beim Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien am 10. Mai 1940 in der Wehrmacht gedient. Ab Juni 1940 konnten sich die Einwohner des annektierten Ostbelgiens in den „Wehrmacht-Freiwilligen-Meldestellen" in Eupen und Malmedy freiwillig zum Heer, zur Marine oder zur Luftwaffe melden. Insgesamt meldeten sich bis zum Zusammenbruch der deutschen Herrschaft um die 700 Freiwillige. Damit dienten etwa 7,7 Prozent der sogenannten Zwangssoldaten auf ihre eigene Meldung hin in den deutschen Streitkräften. Neben der Wehrmacht nahm ab Oktober 1940 nämlich auch die Waffen-SS Freiwillige aus der Region an[111].



Junge Männer in Honsfeld kurz vor der Einberufung in die deutsche Wehrmacht.

Obwohl einige Gemeindeverwaltungen bereits die entsprechenden Formulare bestellten, konnte die deutsche Verwaltung erst im Herbst 1941 mit der Einberufung von Wehrpflichtigen in Eupen-Malmedy und Kelmis beginnen. Mit der Klärung der Staatsbürgerschaftsfrage der nun wieder deutschen Bewohner des Gebiets im September 1940 ergaben sich auch zwei potentielle Rekrutierungsgruppen.

Die eine bestand aus den Personen, die die volle deutsche Staatsbürgerschaft (zurück)erhalten hatten. Mit der Übertragung der Staatsbürgerschaft unterlagen die Männer automatisch auch der seit 1935 im Deutschen Reich herrschenden Wehrpflicht. Die Dienstdauer von regulär zwei Jahren war im Krieg naturgegeben auf unbestimmte Zeit verlängert. In Eupen-Malmedy wurden zunächst die in Deutschland bereits einberufenen Jahrgänge nacherfasst, gemustert, d. h. medizinisch untersucht, und schließlich einberufen. Noch im Winter 1941/42 konnte diese Nachrekrutierung der Jahrgänge 1900 bis 1923 abgeschlossen werden. Bis zum Kriegsende erfolgte die Aushebung neuer Soldaten dann genau wie im „Altreich". Neben den immer jüngeren Jahrgängen wurden dabei zunehmend auch immer ältere Männer zu den Waffen gerufen. Insgesamt umfasste die Rekrutierung in Eupen-Malmedy bis zu ihrem Zusammenbruch im September 1944 die Jahrgänge 1884-1927[112].

Für die rund 20.000 Bürger, die aufgrund ihrer Abstammung als „Altbelgier" angesehen wurden, galten andere Regeln. Hiervon waren in erster Linie die Einwohner jener zehn Gemeinden



Ein Rekrutenzug verlässt den Bahnhof in Büllingen.

betroffen, die 1940 annektiert wurden, obwohl sie keine preußische Vergangenheit hatten. Von diesen „Deutschen auf Widerruf", wie sie im Staatsangehörigkeitserlass definiert wurden, sollten dort ab 1942 nur die jüngeren Jahrgänge (1924-1927) eingezogen werden. Gleichzeitig bestand für ältere „Altbelgier" weiterhin die Möglichkeit einer freiwilligen Meldung zur Wehrmacht oder Waffen-SS[111]. Auch wenn einige wenige Bewohner zur Wehrmacht eingezogen wurden, stellten die Behörden die Rekrutierung schließlich ganz ein. Die Anzahl Deserteure bzw. sogenannter Wehrpflichtentzieher (Refraktäre), die bei über 90 Prozent lag, machte die Einberufungen de facto obsolet[114].

Gruppenbiografische Daten: Ostbelgier in der Wehrmacht

Der Weg in und durch die Wehrmacht war individuell. Fälle von Widerstand und Desertion stehen Fällen der fanatischen Begeisterung für den Krieg Hitlers gegenüber. Wenngleich jeder Fall also einzeln betrachtet werden muss, erlauben statistische Untersuchungen zumindest Rückschlüsse auf ein kollektives Erleben der Einberufungs- und Fronterfahrung im Zweiten Weltkrieg.

Der durchschnittliche ostbelgische Wehrmachtsoldat war bei seiner Einberufung noch relativ jung, mehr als ein Viertel der Rekruten hatte das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet. Dies hatte einerseits mit den rekrutierten Jahrgängen zu tun, andererseits damit, dass ältere Männer relativ öfter vom Dienst zurückgestellt wurden, sei es, weil sie gesundheitliche Einschränkungen hatten, oder sei es, weil sie einen „kriegswichtigen" Beruf hatten, also beispielsweise in den Eupener oder Malmedyer Fabriken Rüstungsgüter wie Minen oder Uniformen herstellten[115].

Schauen wir weiter auf den „durchschnittlichen" ostbelgischen Wehrmachtsoldaten[116]. Er war noch unverheiratet, ging einem Beruf, zumeist als Arbeiter, nach und wurde zwischen Oktober 1941 und Januar 1943 zunächst auf der Gemeindeverwaltung erfasst, dann beim Wehrmeldeamt in Eupen oder Malmedy gemustert. Dabei stellten Armeeärzte seinen Tauglichkeitsgrad fest.

In den absolut meisten Fällen wurden die Ostbelgier als „kriegsverwendungsfähig" in die höchste Tauglichkeitsklasse eingeordnet. Auf die Tauglichkeitsprüfung folgte der Gestellungsbefehl, also die Einberufung[117]. Für die Angehörigen der regulären (das heißt in diesem Jahr wehrpflichtig gewordenen) Jahrgänge folgte dann die Überstellung an den paramilitärischen Reichsarbeitsdienst (RAD)[118]. Dieser Dienst war ebenfalls seit 1935 Pflicht, 1939 wurde er auch auf die weiblichen Angehörigen der jeweils neu wehrpflichtig gewordenen Jahrgänge ausgeweitet.

Gleichzeitig wurde die Dienstdauer beim RAD im Verlauf des Krieges



Matthias Beck (Jg. 1922) gehörte zu den ersten Eupen-Malmedyern, die von der Wehrmacht rekrutiert wurden.

mehrfach verkürzt. Betrug sie ursprünglich sechs Monate, sank die Dienstzeit bis 1944 auf nur noch sechs Wochen, wobei die militärische Ausbildung den ursprünglich vorgesehenen Arbeitseinsatz vollständig ersetzt hatte. Der RAD ergänzte so die paramilitärische Grundausbildung der Hitlerjugend und der Tarnorganisationen der Heimattreuen Front in der Zwischenkriegszeit.

Zum Teil wurden die RAD-Angehörigen während des Krieges bereits in der Flugabwehr im Reich oder frontnah eingesetzt. So wurde der Jahrgang 1924 im Jahr 1942 zum Stellungsbau an die Ostfront geschickt. Weibliche RAD-Angehörige, deren Dienstzeit während des Krieges sogar verlängert wurde, wurden als Kriegshelferinnen auf Posten eingesetzt, die Männer für den Kriegsdienst geräumt hatten, etwa in der öffentlichen Verwaltung, oder dienten selbst im Rahmen des RAD als Wehrmachthelferinnen, beispielsweise im Funk- und Nachrichtendienst[119]. Allerdings ist das Engagement von Frauen aus Eupen-Malmedy in RAD und Wehrmacht bisher noch überhaupt nicht erforscht.

Nach Abschluss der RAD-Zeit wurden die Männer an die Wehrmacht überstellt und dem Heer, der Marine oder der Luftwaffe zur Ausbildung zugeteilt. Während des Krieges wurden jedoch nicht nur die im jeweiligen Jahr wehrpflichtig gewordenen Jahrgänge einberufen, sondern in immer stärkerem Maße auch ältere Jahrgänge. Ausnahmen bestanden für Facharbeiter, Landwirte oder Funktionäre, die durch das zuständige Wehrbezirkskommando in Monschau bzw. die Wehrmeldeämter als „unabkömmlich" (uk) bezeichnet wurden.

Wurde 1940/41 noch recht großzügig mit diesen Freistellungen umgegangen, auch um die Produktion von Rüstungs- und Versorgungsgütern nicht zu gefährden, sorgten ab 1943 und besonders 1944 sogenannte Auskämmaktionen dafür, möglichst viele zuvor uk-gestellte Männer an die Front zu bringen[120]. Der Arbeitskräftemangel[121], der so entstand, wurde dann durch angeworbene Zivilarbeiter aus Belgien, durch sogenannte Fremdarbeiter oder Zwangsarbeiter und Frauen ausgeglichen. Bei den Einberufungen fällt auf, dass die Zahl der Einberufenen zwischen 6,33 Prozent (Lontzen) und 20,91 Prozent (Amel) der Bevölkerung in der Gemeinde schwankt. Zudem berichtete das Militärauditorat Malmedy, dass die Rekrutierungszahlen in Eupen-Malmedy deutlich höher gewesen seien als in den Nachbarkreisen Monschau, Schleiden oder Prüm[122].

Der Dienst in der Wehrmacht

Die Mehrheit der einberufenen Ostbelgier diente beim Heer. Dies lag am hohen Bedarf an neuen Soldaten, die für den im Juli 1941 begonnenen Überfall auf die Sowjetunion benötigt wurden. Im Falle einer Freiwilligenmeldung konnten die Rekruten Einfluss auf die Truppengattung nehmen, zu der sie einberufen wurden. So dienten etwa fünfzehn Prozent der Wehrmachtsoldaten bei der Luftwaffe und der Kriegsmarine.

In der Wehrmacht wurden die Eingezogenen zunächst militärisch ausgebildet und dann einem Feldtruppenteil zugewiesen. Die Länge der Ausbildung wurde ebenfalls aufgrund des Kriegsverlaufs teilweise verkürzt und war je nach Waffengattung, zum Beispiel Infanterie oder Panzertruppe, unterschiedlich lang, in der Regel dauerte sie



In den Hintergrund tritt häufig die Rolle der Frau im nationalsozialistischen Regime. Dabei waren auch Einwohnerinnen aus Eupen-Malmedy im Reichsarbeitsdienst oder als Wehrmachtshelferin tätig.

zwischen einem und drei Monaten. Die Versetzung zur Feldtruppe bedeutete jedoch nicht zwangsläufig, dass der Soldat kämpfend an der Front eingesetzt wurde. Rund 70 Prozent der Zeit bei der Wehrmacht verbrachten die Soldaten aus Eupen-Malmedy tatsächlich im sogenannten Feldheer, während sie rund 30 Prozent der Zeit in der Ausbildung oder aufgrund einer Verletzung im Lazarett oder bei einem Ersatztruppenteil verbrachten[121].

Statistische Indikatoren, die über das kollektive Verhalten während der Dienstzeit Aufschluss geben, zeigen, dass sich die Soldaten aus Eupen-Malmedy insgesamt genauso loyal wie der Wehrmachtdurchschnitt gegenüber der Armee verhielten. Sie wurden genauso oft befördert. Der durchschnittliche Ostbelgier brachte es bis zum Gefreiten, also der dritten Stufe des Rangsystems. Sie wurden genauso oft ausgezeichnet. Etwa jeder fünfte Ostbelgier erhielt einen deutschen Kriegsorden wie das Eiserne Kreuz oder das Kriegsverdienstkreuz.



Die Wehrmachtssoldaten Eupen-Malmedys standen ihren Kameraden aus dem „Altreich" in nichts nach. Spiegel dieser Feststellung ist die Tatsache, dass beide Gruppen gleichhäufig befördert wurden. Ebenfalls erhielten, gemessen an der Bevölkerungszahl, ebenso viele Eupen-Malmedyer das Eiserne Kreuz.

Was die Soldaten während ihrer Dienstzeit erlebten, war sehr individuell: Kampferlebnisse, Erfahrung von Brutalität, Todeserfahrungen von Kameraden und Zivilisten, Teilnahme an Kriegsverbrechen wie Plünderungen, Vergewaltigungen und Kampfhandlungen gegen Zivilisten und tatsächliche oder vermeintliche Partisanen sowie eigene Entbehrungen, Hunger, Schmerz und Angst hingen von dem Zeitpunkt ihrer Rekrutierung und dem Truppenteil, in dem sie kämpften, ab.

Eine diese erfahrungshistorische Dimension des Kriegserlebnisses der ostbelgischen Wehrmachtangehörigen fassende Untersuchung steht bis heute aus. Zwar wurden Zeitzeugenberichte gesammelt und publiziert, allerdings stellt sich bei Zusammenstellungen solcher Erinnerungen wie dem von Heinrich Toussaint Ende der 1980er Jahre veröffentlichten Band „Verlorene Jahre" immer die Frage, welche Veteranen bereit waren, ihre Erinnerungen zu teilen, und welche lieber schwiegen, auch im Angesicht des ost-

(K)ein einmaliges Schicksal? Deutsche „Zwangsrekrutierung" in Europa

Nicht nur Eupen-Malmedy, sondern eine Reihe weiterer an Deutschland angrenzender Territorien wurden während des Zweiten Weltkrieges nicht nur besetzt, sondern dem „Großdeutschen Reich" angegliedert. Im Westen betraf dies Elsass, Lothringen und Luxemburg, in Südosteuropa die besetzten Gebiete Kärntens, der Krain und der Untersteiermark sowie im Osten die besetzten Gebiete Westpolens, das sogenannte Generalgouvernement und den Bezirk Bialysok sowie die ehemals tschechoslowakischen Gebiete des Sudetenlandes und des „Protektorats Böhmen und Mähren". Die den Nationalsozialisten als Volksdeutsche geltenden Einwohner dieser Gebiete wurden nach und nach als Rekrutierungspool der deutschen Armee genutzt. So dienten nicht nur Ostbelgier, sondern auch ca. eine halbe Million ehemaliger Polen, rund 130.000 Elsässer und Lothringer, 39.000 Slowenen und rund 9.000 Luxemburger in der deutschen Armee. Erste vergleichende Untersuchungen zeigen viele Parallelen, aber auch bedeutende Unterschiede, etwa bei der Rehabilitation dieser Soldaten nach dem Krieg in ihren Heimatländern. Dies war in Osteuropa bis zum Ende des Ostblocks beispielsweise undenkbar. Sie verdienen, weiter untersucht zu werden[123].

belgischen Geschichtsbilds der Nachkriegszeit[124].

Die kollektivbiografischen Daten zeigen zudem, dass die Soldaten aus Eupen-Malmedy im Vergleich zu reichsdeutschen Soldaten nicht öfter bestraft oder durch ein Kriegsgericht verurteilt wurden. Etwa jeder zehnte Soldat geriet während seiner Dienstzeit mit dem System der Wehrmacht in Konflikt und erhielt eine Strafe. Ursachen hierfür waren aber nur in einem kleinen Teil der Fälle widerständiges Verhalten oder gar Sabotage oder Fahnenflucht. In den meisten Fällen waren die Ursache für die Strafen Diebstahl und Vergehen wie Schlafen oder Trunkenheit im Dienst[126].

Einzelkämpferische Widerständler

Formen des Protestes und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus gab es in Ostbelgien schon ab Ende der 1920er Jahre. Hierzu gehören die oben erwähnten pazifistischen Publikationen in der Zeitschrift *L'Invalide*, der Schutz von Flüchtlingen aus Deutschland nach 1933 sowie die Nachrichtendienstaktivität der örtlichen Gendarmerie, die von der 2e Section des Führungsstabs der belgischen Armee beauftragt wurde, Informationen über das „Dritte Reich" sowie über die NS-Ableger in Eupen-Malmedy zu sammeln[127]. Wichtige Mittlerfiguren in diesem Kontext waren der Gendarm Léo Van Zuyt, der nach dem Zweiten Weltkrieg als ehemaliger politischer Gefangener Polizeikommissar von Eupen wurde, sowie der Schriftsteller Peter Schmitz.

Nach dem Überfall der Wehrmacht am 10. Mai 1940 kann der Widerstand, die Résistance, im besetzten Belgien zugleich als eine geistige Einstellung und eine Organisation angesehen werden[128]. Sie nahm verschiedene Formen in unterschiedlichen Bereichen an und war wie in allen besetzten Ländern durch zwei Grundwerte motiviert: Antifaschismus und Patriotismus[129].

Im durch das „Dritte Reich" annektierten Eupen-Malmedy widersetzten sich im Vergleich zu Elsass-Lothringen oder Luxemburg allerdings nur wenige Personen dem Wehrdienst und nur vereinzelte schlossen sich einer Widerstandsbewegung an. Nur für die Gemeinde Weismes liegen verlässliche Zahlen für Desertion und Wehrpflichtentzug vor[130]: Von 378 Einberufenen entzogen sich 49 junge Männer dem Wehrdienst, weitere 41 desertierten, was, soweit wir sehen können, im Vergleich zum deutschsprachigen Teil der Region weit überdurchschnittlich war. Einzelne dieser Fahnenflüchtigen wurden innerhalb eines belgischen Nachrichtendienstes oder eines Widerstandsnetzwerks aktiv[131].

Nikolaus Beck, bis zum 10. Mai 1940 Standesbeamter in Eupen, druckte heimlich in den Räumlichkeiten des Innenministeriums in Brüssel die Untergrundzeitschrift *Bec et Ongles*[132]. Die Eupener Willy Mommer, René Heck und Herbert Schroeder waren nicht desertiert, arbeiteten allerdings in Wehrmachtuniform aktiv für das Untergrundnetzwerk Tégal[133]. Pierre Luc aus Elsenborn war Mithelfer





Einsame Rufer aus Ostbelgien? Nikolaus Beck (links, die erste Ausgabe von Bec et Ongles) und Willy Mommer (rechtes Bild, erster von rechts) waren Teil belgischer Widerstandsnetzwerke.

bei Bayard und Alice Mathieu bei Zéro[134].

Der spektakulärste Fall war sicherlich der Eupener Musiker Willy Mommer[135]: Der Klaviervirtuose, der in deutscher Uniform weiterhin seiner Konzerttätigkeit nachgehen konnte, wurde als Funker bei der Abwehr in Köln und in der Funkhauptzentrale der Abwehr in Belzig bei Berlin eingesetzt und versorgte den belgischen Widerstand mit kriegswichtigen Informationen. Darüber hinaus versuchte er, Meldungen an den britischen Geheimdienst abzusetzen.

Durchaus größer als in Eupen-Malmedy war die Anzahl der Refraktäre und Widerständler in den zehn ebenfalls annektierten „altbelgischen" Gemeinden sowie im ehemals neutralen Kelmis[136]. Kriegsdienstverweigerer waren großen Gefahren ausgesetzt und mussten versteckt im Untergrund leben und agieren. Denn die Kriegssonderstrafverordnung über die Zersetzung der Wehrmacht und der Führererlass vom 14. April 1940 sahen im Falle der Desertion und häufig auch der Kriegsdienstverweigerung die Todesstrafe vor[137]. Belgische Widerstandsorganisationen wie beispielsweise Priesternetzwerke, die Front de l'Indépendance (FI), die Armée Secrète (AS) oder die Armée de la Libération (AL) boten ihnen Schutz[138].

So erklärte Hermann Lehnen aus Sankt Vith, dass er im Winter 1942/43 von der AL geschützt wurde und falsche Papiere erhielt[139]. Auch Lambert Malmendier aus Kelmis, der von der deutschen Kriminalpolizei gesucht wurde[140] und der in der Nacht vom 7. auf den 8. Juni 1943 gemeinsam mit einem Freund auf einen Güterzug in Montzen sprang und zuerst in Verviers und dann in Lüttich versteckt lebte, meldete sich laut seiner Militärakte im September 1943 für die Restdauer des Krieges als Freiwilliger bei der AL[141]. Als solcher nahm er an den Kämpfen im Herver Land teil[142], überquerte mit britischen Truppen die Grenze bei Aachen-Köpfchen und gelangte Anfang Mai 1945 bis zum kurz zuvor evakuierten KZ Neuengamme[143].

Die bewaffneten Widerstandsgruppen arbeiteten eng mit den alliierten Truppen zusammen, die im September 1944 in Belgien eingetroffen waren, wie eine anonyme Notiz aus dem Bestand des Lieutenant Colonel de la Résistance, Léo Lejeune, bestätigt: „Rejointe par les Armées libératrices, la Résistance se met à leur disposition, les renforce et combat en liaison étroite avec elles."[144]

Patriotische und nationale bzw. nationalistische Beweggründe haben eine wichtige Rolle für die Fahnenflüchtigen und Widerständler gespielt[145]. Im Fall von Lambert Malmendier muss hier an die Herkunft aus Kelmis, dem ehemaligen Neutral-Moresnet, erinnert werden. Die Tatsache, dass sein Heimatort vor 1919 nicht zum Deutschen Reich gehört hat und dass seine Eltern schon vor dem Ersten Weltkrieg belgischer Nationalität waren[146], sind zweifellos ausschlaggebende Faktoren für seine Entscheidung zur Flucht und seinen Anschluss an die Résistance gewesen.

Dieser Unterschied zwischen den zehn Gemeinden und Kelmis einerseits und dem Gebiet Eupen-Malmedy andererseits spiegelt sich in der Erinnerungskultur: So wurde nach dem Krieg eine Fédération de la Résistance des Dix Communes gegründet, die sich insbesondere für die Refraktäre engagierte[147]. Eine entsprechende Vereinigung der Widerständler aus Eupen-Malmedy hat es nicht gegeben. Die anerkannten Widerständler übten sich in der ostbelgischen Nachkriegsgesellschaft generell im Schweigen[148].



Die Widerständler, Fahnenflüchtigen oder Andersdenkenden Eupen-Malmedys wurden anhand von Fahndungsbüchern gesucht.

Der Krieg kehrt zurück

War die Besetzung Eupen-Malmedys durch deutsche Truppen im Mai 1940 nahezu kampflos und innerhalb weniger Stunden erfolgt, führten die Kampfhandlungen zum Ende des Krieges im südlichen Teil Ostbelgiens zu erheblichen Zerstörungen. In der Zwischenzeit hatte es nur vereinzelt Luftangriffe gegeben[149].

Im September 1944 befand sich die deutsche Wehrmacht seit der Niederlage in der Normandie auf dem Rückzug Richtung Reichsgrenze. Als Hauptverteidigungslinie wurde der sogenannte ab 1936 entwickelte Westwall (auch Siegfried-Linie genannt) hektisch vorbereitet. An diesem Stellungsgürtel, der seit 1940 verlassen und vernachlässigt war, sollten die amerikanischen und britischen Truppen aufgehalten werden. Die Kreise Eupen und Malmedy lagen vor dieser Linie und entsprechend kam es, als die sich zurückziehenden deutschen Einheiten das Gebiet passierten, nur zu vereinzelten Kampfhandlungen mit den Spitzen der amerikanischen Verfolger. Dabei waren, beispielsweise in Eupen, auch einzelne Beschädigungen und Todesopfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen.

Bis zum 14. September 1944 war Eupen-Malmedy vollständig durch amerikanische Einheiten besetzt. Die Alliierten nahmen dort Quartier und sammelten ihre Kräfte, da sie einen erbitterten Kampf um den Westwall und die Großstadt Aachen befürchteten. Tatsächlich sollte es bis Ende Oktober dauern, bis Aachen kapitulierte, und gleichzeitig dauerten erbitterte Gefechte im Hürtgenwald weiter an, die erst Anfang Februar 1945 durch die Amerikaner entschieden werden konnten.



Brennendes Haus bei Sankt Vith während der Ardennen-Offensive und Wiedereroberung der zerstörten Stadt am 30. Januar 1945 durch US-Truppen. Diese Ereignisse bleiben über Generationen in der kollektiven Erinnerung der Bevölkerung präsent.

Vor dem Hintergrund dieses mühsamen Vordringens der Westalliierten ins „Altreich" bereitete die deutsche Wehrmacht ihren letzten Großangriff im Westen vor: die Ardennenoffensive. Obwohl sowohl in seiner strategischen Zielsetzung als auch in seiner taktisch-operativen Planung völlig aussichtslos, bedeutete dieser Angriff, dass der Kreis



Aufnahme der Bombardierung Sankt Viths am 26. Dezember 1944

Malmedy nochmals Kriegsgebiet wurde. Am 16. Dezember 1944 begann der Angriff von rund 200.000 deutschen Soldaten zwischen Losheimergraben und dem Grenzraum bei Trier. Obwohl sich die Deutschen innerhalb von 48 Stunden festfuhren, an keiner Stelle die Maas erreichten und das Ziel der Operation, die Rückeroberung von Antwerpen, niemals auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg hatte, dauerten die Kämpfe im Raum Sankt Vith-Malmedy noch bis Ende Januar. Erst ab diesem Moment zogen sich die deutschen Truppen auf ihre Ausgangsstellungen hinter der Grenze zurück. Besonders die Stadt Sankt Vith, aber auch Malmedy, Recht, Faymonville, Büllingen oder Rocherath wie auch das benachbarte Bastogne wurden durch die Kämpfe, die auch mit massiven Luftschlägen der Alliierten einhergingen, stark zerstört. In der Eifelstadt Sankt Vith stand kein Haus mehr. Der Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften und Infrastrukturen sollte noch Jahre und Jahrzehnte dauern. Neben 36.000 Soldaten auf beiden Seiten hatten auch 3.000 Zivilisten während der Ardennenoffensive im Osten Belgiens und in Luxemburg den Tod gefunden.

Am 25. März 1945 überschritten die alliierten Armeen den Rhein. Spätestens mit der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 erfolgte für viele Wehrmachtsoldaten aus Eupen-Malmedy der Gang in die Kriegsgefangenschaft.

Die Rückkehr der Wehrmachtssoldaten

Die Rückkehr der ostbelgischen Wehrmachtsoldaten ist im kollektiven Gedächtnis der Einwohner der drei Kantone mit zwei Erfahrungen verbunden[110]: zum einen mit der eigentlichen Rückkehr, oftmals aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft und der damit verbundenen, manchmal Jahre währenden Ungewissheit, zum anderen mit dem Aufenthalt in belgischen Gefängnissen, der für viele die erste Station auf belgischem Boden war.

Die Zahl der ostbelgischen Wehrmachtsoldaten bei Kriegsende am 8. Mai 1945, über deren Schicksal Unklarheit bestand, belief sich auf rund 5.500[111]. Der Großteil befand sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Obwohl die spät einsetzenden Bemühungen der belgischen Regierung um eine Rückführung bei der sowjetischen Seite nicht immer Gehör fanden, gelang es bis zum März 1946, die Heimkehr von 2.724 Männern zu bewerkstelligen. Zur selben Zeit befanden sich noch vermutlich 2.784 Personen in Gefangenschaft oder waren vermisst. Bis zum 31. Dezember 1947 kehrten 5.417 Männer zurück. Die offizielle Zahl der Gefangenen sank damit auf 106. 1.327 galten dagegen weiterhin als vermisst. Zum gleichen Zeitpunkt hatten die Behörden 1.298 Todeserklärungen aus-



König Baudouin grüßte die Invaliden beider Weltkriege. Auch jene, die in der Wehrmacht gekämpft hatten.

gestellt. In den Folgejahren kehrten nur noch vereinzelt Soldaten zurück; der letzte Funke Hoffnung auf die Rückkehr einer größeren Anzahl wurde mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag von 1955 entzündet, doch erlosch er alsbald.

Nach der Rückkehr der letzten „Zwangssoldaten" sorgten Strafverfolgung, patriotischer Anpassungsdruck und nicht zuletzt die individuelle Traumatisierung durch die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg dafür, dass ihre Geschichte zunächst in der Öffentlichkeit verdrängt wurde[152]. Die sogenannte Zwangseinberufung wurde zum Teil der Opfererzählung, die die Vergangenheitsnarrative jahrzehntelang dominierte. Die individuelle Kriegserfahrung wurde jedoch beschwiegen.

Ein Aufbruch der gesellschaftlichen Tabuisierung ihrer Erfahrungen wurde erst mit der Diskussion um eine materielle Versorgung der ehemaligen Wehrmachtsoldaten, die sich in den 1970er Jahren verschärfte und auch einen der frühen politischen Leitkonflikte in der ostbelgischen Autonomiepolitik darstellt, spürbar. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland sich mit Belgien bereits im Jahr 1963 vertraglich auf eine finanzielle Entschädigung für die ehemals in deutschen Diensten stehenden belgischen Staatsbürger geeinigt hatte, sollte es noch bis 1974 dauern, bis die Rechtsgrundlage für eine Auszahlung der Gelder durch den belgischen Gesetzgeber geschaffen wurde, und nochmals bis 1989, bis die ersten Renten tatsächlich ausgezahlt wurden. Viele der Antragsteller erlebten den Beginn der Zahlungen fünfzig Jahre nach Kriegsbeginn nicht mehr[153].

Die lange Zeit des Wartens, der Enttäuschungen und der Diskussionen begleitete seit den 1950er Jahren die politische Entwicklung der deutschsprachigen Belgier. Sie bildet eine politische Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges, die von Opferverbänden und Politikern immer wieder in Brüssel vorgebracht wurde[154]. Einer schnelleren Lösung standen wohl vor allem zwei Aspekte entgegen: zum einen die im belgischen Maßstab geringe Zahl der Betroffenen, zum anderen eine Art Opferkonkurrenz zwischen den „Zwangssoldaten" einerseits und den Refraktären (deren juristische Anerkennung oftmals parallel verlief) und den Widerständlern andererseits.

Kriegergedenken nach dem Zweiten Weltkrieg

Wie im Inland wurden die großen Kriegergedenkfeiern nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Ostbelgien am 11. November begangen. In diesem Kontext wurde auf dem Ehrenfriedhof der Stadt Eupen ungeachtet der deutschen Kriegsvergangenheit bisweilen das belgisch-patriotische Lied „Ceux qui pieusement sont morts pour la patrie" durch den Schulchor angestimmt[155].

Über Jahrzehnte hinweg wurden die Feierlichkeiten des 11. Novembers nie in Frage gestellt. Und eine Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit fand nicht statt. Vielmehr sprach man schlicht von Helden-Gedenkfeier und verstand den Festtag als Mahnung zum Frieden. In diesem Sinn blieb die *Grenz-Echo*-Berichterstattung über Jahrzehnte hinweg rein deskriptiv und neutral.

Einer der wenigen Ausbrüche aus dieser Gedenkroutine war die Predigt des Eupener Dechanten Wim Geelen am 11. November 1973, die dem *Grenz-Echo* erstmals seit 1945 eine Veröffentlichung dieser Art wert war:









Die Militarisierung der Gesellschaft. In Malmedy bei einer Parade auf dem Adolf Hitler Platz (Place Albert I.), in Eupen bei einer Turn- und Sportveranstaltung 1941 und in Sankt Vith bei einer Veranstaltung des Kyffhäuserbundes (1940) wird deutlich, wie die Gesellschaft in der Zeit des Zweiten Weltkriegs durch zahlreiche Aufmärsche in das militaristische System des "Dritten Reichs" eingebunden war.

„Der Blick nach rückwärts kann den Blick nach vorwärts schärfen und echte Einsicht kann die Herzen bessern. Mir scheint, das falsche Pathos von den ‚Helden', die auf dem ‚Feld der Ehre' fielen, ist vorbei. Denn die Gefallenen wollten keine ‚Helden' sein, sondern sie wollten leben. Und Stalingrad war kein ‚Feld der Ehre', sondern eine Eiswüste des Wahnsinns. Aber es wäre schlimm, wenn wir das falsche Pathos ersetzen wollten durch ein tatenloses Gähnen der Gleichgültigkeit, durch die Müdigkeit der ‚lass-mich-in-Ruhe'-Haltung, durch den Ruf nach immer größerem Wohlstand zu jedem Preis."[156]

Seitdem wurde der 11. November zunehmend zu einer Randerscheinung in der Presse: In den 1980er Jahren reichten ein Foto und die Benennung der Ehrengäste, seit den 1990er Jahren findet die Gedenkveranstaltung, deren Ablauf sich beispielsweise in Eupen bis heute nicht verändert hat, in den Zeitungsspalten kaum noch Erwähnung.

In der ersten Nachkriegszeit nach 1918 war die durch den Staatenwechsel bedingte schwierige Kommunikationssituation in der Frage des Gedenkens noch durch den Rückzug in den sakralen Raum kompensiert worden. Einiges spricht dafür, dass dies in den ländlichen Gegenden des Eupener Landes und der Eifel auch nach 1945 der Fall war. Die Stadt Eupen bildet hier eine Ausnahme. Waren die Gedenktafeln für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in den beiden Hauptkirchen 1921 und 1922 angebracht

worden, so dauerte dies nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1965 (St. Josef) bzw. 1967 (St. Nikolaus).

Dem sakralen, pfarrgebundenen Ausdruck der Trauer um die Opfer des Krieges kam nach dem Zweiten Weltkrieg weniger Bedeutung zu als in der Zeit nach 1918. Die Erklärung hierfür dürfte in einem Sachverhalt liegen, der in der Nachkriegsrhetorik oftmals durchschien: die seelische Not der Lebenden. So bargen die Trauer um den Verlust Hunderter junger Männer und die Nachwirkungen des Krieges bei den Überlebenden viel Ungesagtes, immer in dem ambivalenten Spannungsverhältnis zwischen der Wiederherstellung der sozialen Kommunikation nach einem Zeitalter der Risse, der Zerwürfnisse sowie der Gewalt und der Tabuisierung des Geschehenen, die eine gelassenere Sicht auf die jüngste Vergangenheit gerade auch für die Nachgeborenen unmöglich zu machen schien, wie es der politisch-gesellschaftliche Diskurs der 1960er und 1970er Jahre nur zu gut belegte. Dies bedeutete auch, dass die Frage nach dem Sinn des soldatischen Sterbens im öffentlichen Raum unbeantwortet bleiben musste.

Endnoten

1 Vgl. Philippe Beck/Bernhard Liemann/Peter M. Quadflieg/René Rohrkamp, Vom europäischen Krieg zum Weltkrieg. Militär und Kriegserfahrung während 130 Jahren, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Bd. 3: Code civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2016, S. 62-87.

2 Für eine Problematisierung dieser nach den amtlichen Kriegstagebüchern verfassten dokumentarischen Regimentsgeschichten siehe Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956, Paderborn 2002.

3 Erich Peters, Das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 28 im Weltkrieg 1914-1918, nach den amtlichen Kriegstagebüchern, mit 6 Karten und 42 Stellungsskizzen, Oldenburg/Berlin 1927, S. 244.

4 Peters, Das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 28, S. 247.

5 Eupener Nachrichten, 21.11.1918.

6 Vgl. Eupener Nachrichten, November 1918 (regelmäßige Erwähnung).

7 Vgl. Das Infanterie-Regiment von Lützow (1. Rhein.) Nr. 25 im Weltkriege 1914-1918, nach den amtlichen Kriegsakten und privaten Aufzeichnungen, bearbeitet von Oberst Adolf Hüttmann und Oberleutnant a. D. Friedrich Wilhelm Krüger, Berlin 1929, S. 228.

8 Königlich Preußisches Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 29 im Weltkriege 1914/1918, bearbeitet auf Grund der amtlichen Unterlagen des Reichsarchivs und der persönlichen Aufzeichnungen der Truppen-Angehörigen von Generalmajor A. D. Nücker, Generalmajor a. D. Töpfer, Oberstleutnant a. D. Kuhn, Leutnant d. Res. Peters, Hrsg. v. Leutnant d. Res. [Kurt] Hillebrand, Leutnant d. Res. Krauß, Berlin-Charlottenburg 1933, S. 181.

9 Siehe z. B. Gerhard P. Groß, Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Dolchstoßlegende, Ditzingen 2018.

10 Peters, Das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 28, S. 247f.

11 Hans-Ulrich Treichel, Fragment ohne Ende. Eine Studie über Wolfgang Koeppen, Heidelberg 1984, S. 173.

12 Vgl. Max Neumann, Gestorben für das Vaterland, Brüssel 2017, S. 157-201.

13 Vgl. SAE, Stadt Eupen. Neuzeit, Nr. 1171/86/150, Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Eupen sowie Plan Stadtbauamt Eupen.

14 Vgl. Christoph Brüll, Verbotene Erinnerung? Die Neu-Belgier und der Erste Weltkrieg (1918-1925), in: Patrick Nefors/Pierre-Alain Tallier (Hrsg.), Quand les canons se taisent. Actes du colloque de Bruxelles, 3-6 novembre 2008, Brüssel 2010, S. 555-567.

15 Vgl. Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 1, Abschnitte 2 und 12.

16 Max Neumann hat in seiner empirischen Studie 109 Denkmäler erfasst: Max Neumann, Gestorben; ders., Les monuments aux morts de la Grande Guerre des cantons d'Eupen, de Malmedy et de Sankt-Vith: témoins d'un drame identitaire?, Mémoire de Master en histoire, Louvain-la-Neuve 2015.

17 Vgl. Philippe Beck, Deutsche Soldaten im belgischen Vaterland. Zu ostbelgischen Kriegerdenkmälern in der Zwischenkriegszeit, in: ZVS 9 (2015), S. 221-226; Christoph Brüll, Eupen-Malmedy 1918-1945. Le temps des déchirures, in: Mémoire Wallonne. Actes de la journée d'étude „Henri Bragard" du 17 mai 2008, Lüttich 2009, S. 11-37.

18 Vgl. Raymond Jacob, Malmédiens sous les drapeaux (3ème partie). La guerre de 1870-71, in: Malmedy Folklore (Malmedy) 58 (1999-2000), S. 310-315.

19 Vgl. La Semaine, 10.10.1926, S. 2.

20 Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel 2013, S. 162; Aleida Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, 3. Aufl., München 1999, S. 63.

21 Fickers, Gedächtnisopfer, Abschnitt 15.

22 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 175.

23 Annette Maas, Zeitenwende in Elsaß-Lothringen. Denkmalstürze und Umdeutung der Erinnerungslandschaft (November 1918-1925), in: Stefan Weinfurter/Martin Siefarth (Hrsg.), Geschichte als Argument. 41. Deutscher Historikertag in München, 17. bis 20. September 1996, München 1997, S. 141f.

24 Ebd., S. 142.

25 Vgl. Thierry Lemoine, Chapitre VII – „Cultures de guerre", évolution d'un concept, in: Laurence Van Ypersele (Hrsg.), Questions d'histoire contemporaine: conflits, mémoires et identités, Paris 2006, S. 133-147; Stéphane Audoin-

Rouzeau/Annette Becker, 14-18, retrouver la Guerre, Paris 2000.

26 Vgl. Jay Winter, Sites of Memory, Sites of Mourning, Cambridge University Press 2014; Michaela Stoffels, Kriegerdenkmale als Kulturobjekte, Trauer- und Nationskonzepte in Monumenten der Weimarer Republik, Köln, Weimar, Wien 2011.

27 Vgl. Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992; Aleida Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006.

28 Vgl. Laurence Van Ypersele, Héros, martyrs et traîtres. Les fractures de la Belgique libérée, in: Stéphane Audoin-Rouzeau/Christophe Prochasson (Hrsg.), Sortir de la guerre. Le monde et l'après-1918, Paris 2008, S. 213-236, hier S. 213-223.

29 Vgl. Loretana De Libero, Rache und Triumph. Krieg, Gefühle und Gedenken in der Moderne, München 2014 (Beiträge zur Militärgeschichte 73).

30 Vgl. Neumann, Gestorben.

31 Annette Becker, Le culte des morts entre mémoire et oubli, in: Stephane Audouin-Rouzeau/Jean-Jacques Becker (Hrsg.), Encyclopédie de la Grande Guerre, 1914-1918, Paris 2004, S. 1099-1111, hier S. 1110.

32 Vgl. Neumann, Gestorben, S. 164f.

33 Vgl. Philippe Beck, Deutsche Soldaten; Neumann, Gestorben.

34 Der Landbote, 30.10.1926, S. 2.

35 Vgl. Beck, Deutsche Soldaten.

36 Vgl. Malmedy-St. Vither Volks-Zeitung, 21.12.1927, S. 3.

37 Vgl. Beck, Deutsche Soldaten, S. 165.

38 Vgl. Neumann, Gestorben, S. 165.

39 Ohne Titel, Der Landbote, 8.5.1935

40 Vgl. Gerd Krumeich, Langemarck, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. III, München 2002, S. 291-309; Philippe Beck, Die Literatur des Ersten Weltkriegs (1914-1939), in: Hubert Roland (Hrsg.), Eine kleine deutsch-französische Literaturgeschichte. Vom 18. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Tübingen 2016, S. 209-235, hier S. 232.

41 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 164.

42 Vgl. Neumann, Gestorben, S. 168.

43 Vgl. Heidi Christmann, Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen, München 1974, S. 170.

44 Der Kriegerdank wurde später an die HF angeschlossen. Siehe Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1978, S. 297.

45 Siehe allgemein zu diesen Verbänden Thomas Rohkrämer, Ideenkrieg: Sinnstiftungen des Sinnlosen, in: Niels Werber/Stefan Kaufmann/Lars Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart, Weimar 2014, S. 385-409, insbes. S. 386.

46 Abdruck bei Leo Hermanns, Eupen 1920, von Deutschland zu Belgien, in: Geschichtliches Eupen. Zeitschrift des Eupener Geschichts- und Museumsvereins 34 (2000), S. 47-74; Heinz Doeppen, Die Abtretung des Gebietes Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966, S. 222-225 (Anlage 4).

47 Vgl. Neumann, Gestorben, S. 175.

48 Christmann, Presse, S. 170f.

49 Eupener Nachrichten, 3.11.1922, S. 2-3. Siehe auch Brüll, Verbotene Erinnerung.

50 Christmann, Presse, S. 171.

51 Vgl. ebd., S. 272-279.

52 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 325f.

53 Neumann, Gestorben, S. 160.

54 Anonym, Wiedersehensfeier RIR 29, in GE, 6.9.1937. Herv. im Original. Zum Kontext siehe Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 173ff.

55 Vgl. ebd., S. 173f.

56 Vgl. Winter, Sites of Memory, S. 97.

57 Vgl. Anzeige in: Grenz-Echo, 29.10.1938; Demokratischer Heimatblock gegen die Heimattreue Front, in: Grenz-Echo, 30.3.1939.

58 Vgl. Alain Collignon, Ostkantone, in: Francis Balace (Hg.), Les dix-huit jours, Brüssel 1990, (Collection Jours de Guerre, 2), S. 104-113, hier S. 106f.; Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, 76 (1964), S. 205-515, hier S. 420.

59 Vgl. Eupener Nachrichten, 7.7.1921, S. 3.

60 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, 175f.

61 Siehe Königsbesuch in Malmedy-St. Vith Eupen, in: Eupener Nachrichten, 20.8.1938; Ein Brief an den König, in: Eupener Nachrichten, 22.8.1938; Der Besuch König Leopolds in Eupen, in: Eupener Nachrichten, 22.8.1938; Der Besuch des Königs Leopold in Eupen, in: Eupener Zeitung, 22.8.1938; Eupen empfängt begeistert seinen König, in: Grenz-Echo, 22.8.1938; Rückblick auf einen Königsbesuch, in: Grenz-Echo, 27.8.1938; König Leopold in Malmedy, St. Vith und Eupen, in: St. Vither Volkszeitung, 24.8.1938.

62 Vgl. Johannes Florian Kontny, Herrschaftslegitimierung in der politischen Krise? Die Verehrung des belgischen Königshauses in Eupen in den 1930er Jahren, in: Sebastian Bischoff/Christoph Jahr/Tatjana Mrowka/Jens Thiel (Hrsg.), „Belgium is a beautiful city"? Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung, Münster 2018, S. 139-148, insbes. S. 144ff.; Pabst, Eupen-Malmedy, S. 434f., und demnächst Peter M. Quadflieg, „Es lebe der König!" oder „Vive le Roi!"? Die deutsche Sprachminderheit in Ostbelgien und die belgische Königsfamilie als Lieu de Mémoire, in: Hermann Kamp/Sabine Schmitz (Hrsg.), Erinnerungsorte in Belgien. Instrumente lokaler, regionaler und nationaler Sinnstiftung, [Bielefeld 2019].

63 Vgl. Kontny, Herrschaftslegitimierung; Pabst, Eupen-Malmedy, S. 434f.

64 Vgl. z. B. Le Roi à Malmedy, in: Le Soir, 20.8.1938, S. 1; Le Roi à Malmedy und La visite du Roi à St-Vith, in: Le Soir, 21.8.1938, S. 1 u. 2; Le Roi à Eupen, in: Le Soir, 22.8.1938, S. 1; De groote maneuvers in het luiksche, in: Het

Laatste Nieuws, 20.8.1938, S. 11; De Manœuvres in ons Land, in: De Volksgazet und De Koning te Malmedy, in: De Volksgazet, 20.8.1938, S. 7; Malmedy fait un accueil triomphal au roi Léopold III, in: Le Peuple, 20.8.1938, S. 3; Koning Leopold te Eupen, in: Het Volk, 21.8.1938, S. 3; De gestdriftige ontvangst van koning Leopold te Malmedy, in: Vooruit, 21.8.1938, S. 1.

65 Vgl. König Leopold in Malmedy, St. Vith und Eupen, in: St. Vither Volkszeitung, 24.8.1938.

66 Vgl. ebd.

67 Vgl. Triumphaler Empfang S. Majestät König Baudouins, in: St. Vither Volkszeitung, 13.9.1956;
48 Stunden vor dem Besuch S. M. des Königs, in: Grenz-Echo, 8.9.1956, S. 4;
Im Zeichen des Königsbesuchs, in: Grenz-Echo, 10.9.1956, S. 3; A. Paris, Le Roi visite les Cantons de l'Est, in: Le Soir, 11.9.1956, S. 1; L. Bletard, Le Roi visite les Cantons de l'Est, in: Le Soir, 11.9.1956, S. 3.

68 Vgl. Wiedersehensfeier RIR 29, in: Grenz-Echo, 6.9.1937.

69 Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 29, S. 183.

70 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 408f.; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 342.

71 Erich Peters, Reserve-Inf.-Reg. Nr. 28, Skizzen, aus den Kriegsjahren 1914-1918, Eupen, Heinrich Hansen, 1937; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 342.

72 Vgl. SAE, E.2.55, Nr. 99, persönliche Unterlagen Erich Peters.

73 Vgl. Christoph Brüll, Die deutschsprachigen Einheiten in der belgischen Armee zwischen den beiden Weltkriegen, Sankt Vith 2004, S. 59-62.

74 Der Text der Proklamation zitiert nach Doepgen, Abtretung, S. 224.

75 Die folgenden Ausführungen beruhen auf: Brüll, Einheiten; ders., Entre méfiance et intégration. Les germanophones dans l'armée belge 1920-1955, in: Cahiers Belges d'Histoire Militaire 4 (2006), S. 135-167; Daniel Baltus, L'insertion des germanophones dans l'armée belge depuis le traité de Versailles, unveröffentl. Lizenzarbeit in Sozial- und Militärwissenschaften, Königliche Militärschule Brüssel 1990.

76 Vgl. Philippe Boulanger, Les enjeux géopolitiques de la conscription dans l'armée française et la réintégration de l'Alsace-Lorraine (1919-1922), unveröffentl. Vortragsmanuskript für die Tagung „Le retour de la Lorraine annexée (Moselle) à la France 1919-1924", Metz, 31.5.-1.6.2018.

77 Vgl. Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, Innsbruck 2004.

78 Vgl. Christoph Brüll, La référence à l'Alsace-Lorraine dans l'annexion et l'intégration d'Eupen-Malmedy à la Belgique, in: Revue d'Alsace 144 (2018).

79 Zahlen bei Brüll, Einheiten, S. 34.

80 Zitiert nach ebd., S. 40.

81 Vgl. das Standardwerk von Richard Boijen, De taalwetgeving in het belgische leger (1830-1940), Brüssel 1992.

82 Annales Parlementaires Chambre, 8.8.1929, S. 2029. Zur Debatte und zum Gesetzgebungsprozess vgl. Brüll, Einheiten, S. 43-52.

83 Grenz-Echo, 12.9.1928, S. 3.

84 Vgl. Brüll, Einheiten, S. 69f.

85 Die Zahlen ebd., S. 52ff.

86 Vgl. ebd., S. 53. Ein bekanntes Beispiel ist der Eupener Nationalsozialist Erich Miessen. Vgl. Erich Miessen, Der Kampf volksdeutscher Nationalsozialisten, in: Eupen-Malmedy ist frei!, Aachen 1941, S. 33-51.

87 Vgl. Brüll, Einheiten, S. 56-69.

88 Vgl. ebd.; ders., Méfiance; Victoria Mouton in diesem Band.

89 Vgl. Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 2: Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952), Büllingen 2007, S. 179.

90 Zum Folgenden Brüll, Einheiten, S. 84-88; ders., Méfiance, S. 151-155.

91 Erstmals erwähnt bei Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1: Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920-1944), Büllingen 2005, S. 47.

92 Vgl. Archiv des Belgischen Außenministeriums, Brüssel, 11246A, Cabinet du Premier ministre, 5.4.1940.

93 Eine Skizze bei Christoph Brüll, Übersteigertes Misstrauen oder begründete Vorsicht?, in: ZVS 12 (2005), S. 287-291.

94 Zitiert nach Grenz-Echo, 6.6.1947, S. 4.

95 Hinweise auf diese Netzwerke bei Brüll, Méfiance, S. 156f.; Bruno Kartheuser, Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy. Einblick in das Netzwerk der reichsdeutschen Subversion, Neundorf 2001, S. 100-103; Schärer, Annexionspolitik, S. 40; Etienne Verhoeyen, Spionnen aan de achterdeur. De Duitse Abwehr in België 1936-1945, Antwerpen 2011, S. 266-275.

96 Vgl. Etienne Verhoeyen, De Duitse Abwehr in België (september 1939-mei 1940), in: Revue Belge d'Histoire Militaire, 1993 (XXX-4), S. 280, Fn. 44.

97 Zitiert nach Brüll, Méfiance, S. 157.

98 Bundesarchiv Koblenz, N1174/28, Thedieck an Graf, 30.12.1939.

99 Vgl. Brüll, Méfiance, S. 157.

100 Peter M. Quadflieg, „Zwangssoldaten" und „Ons Jongen". Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, Aachen 2008, S. 30f. und 38ff., wo vor allem die Anzahl diskutiert wird; Schärer, Annexionspolitik, S. 43, erwähnt allein 45 „Brandenburger" aus Sankt Vith. Für die Altgemeinde Rocherath sind 17 und für Büllingen 19 nachgewiesen, in: Carlo Lejeune, Ja, wir waren dabei, in: Altes Land an der Work, Büllingen 1990, S. 295. Die Zahl 139 stammt aus: Contact Patriotique, mars-avril 1987 (Nr. 21), S. 13ff., und scheint durchaus realistisch, auch wenn Toussaint dies bezweifelt.

101 Siehe den Bericht eines Betroffenen: Heinrich Toussaint, Josef von der Lahr, St. Vith. Ein Brandenburger macht seinem Herzen Luft, in: Heinrich Toussaint, Verlorene Jahre. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen 1987, S. 365-378.

102 Dazu immer noch Jean Vanwelkenhuyzen, Les avertissements qui venaient de Berlin, Paris, Gembloux 1982.

103 Vgl. Brüll, Einheiten, S. 97-104.

104 Vgl. Archiv des Landschaftsverbands Rheinland 4738, Bericht über eine Inspektionsreise vom 7. und 8. und 10.-12. Juni 1940.

105 Vgl. Toussaint, Verlorene Jahre, Anhang; Brüll, Méfiance, S. 161. Man darf davon ausgehen, dass vermisste Soldaten aus der Region nach dem Abschluss des deutschen Berichtes wieder zurückgekehrt waren.

106 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 391; Schärer, Annexionspolitik; Beck, Umstrittenes Grenzland.

107 Beispiele bei Toussaint, Verlorene Jahre, und im Westdeutschen Beobachter.

108 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 383-420.

109 Vgl. SAE, 3-072 - 306 -77: Eupen, Neuzeit, Lustbarkeitssteuer. 1940-1942, Spielpläne Capitol und Schauburg, Spielplan für den 9. Sep 1942 im Capitol Eupen.

110 Vgl. Peter Quadflieg, „Zwangssoldaten"; Christoph, Brüll, Les „enrôlés de force" dans la Wehrmacht - un symbole du passé mouvementé des belges germanophones au XXe siècle, in: Guerres mondiales et conflits contemporains 1, 241 (2011), S. 63-74.

111 Vgl. Sammelakte Erfassungswesen der Wehrpflichtigen, Staatsarchiv Eupen, Amt Kettenis (3-079), Nr. 704.

112 Vgl. Sammelakte Wehrmacht/Reichsverteidigung 1940-1944, Staatsarchiv Eupen, Amt Kettenis (3-079), Nr. 340.

113 Vgl. Quadflieg, „Zwangssoldaten", S. 73-85.

114 Vgl. Olivier Radermacher, Les réfractaires à la Wehrmacht dans les „Dix Communes" annexées par le Reich 1940-1944, unveröffentl. Masterarbeit in Geschichte, Universität Lüttich 2015. Darunter waren auch sogenannte Präventivrefraktäre, die sich absetzten, bevor der Gestellungsbefehl überhaupt eintraf.

115 Vgl. zur Rüstungsindustrie Peter M. Quadflieg, Ostbelgische Elitenkontinuität in der Industrie? Wirtschaftliche Anpassungsprozesse vor und nach der Befreiung 1944 - Eine Bestandsaufnahme, in: Christoph Brüll/Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Eine ostbelgische „Stunde Null"? Eliten aus Eupen-Malmedy vor und nach 1944. Annalen des Symposiums im Staatsarchiv in Eupen am 15. September 2012, Brüssel 2013 (Belgisches Staatsarchiv, Quellen und Forschungen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier, Bd. 6), S. 115-133.

116 Vgl. zum Folgenden: Quadflieg, „Zwangssoldaten", S. 123-156.

117 Vgl. Sammelakte Erfassungswesen der Wehrpflichtigen, Staatsarchiv Eupen, Amt Kettenis (3-079), Nr. 704.

118 Vgl. RAD-Stammrollen 1940-1944, Staatsarchiv Eupen, Kreis Eupen (2. Nachtrag) (3-113), Nr. 76.

119 Vgl. Unterlagen bezüglich der RAD-Pflicht der weiblichen Jugend, Staatsarchiv Eupen, Amt Kettenis (3-79), Nr. 707. Die weiblichen Jugendlichen aus dem Kreis Eupen wurden offenbar in unterschiedlichsten RAD-Einheiten im Gau Köln-Aachen eingesetzt. Umgekehrt war nach dem „Endsieg" die Errichtung mehrerer RAD-Lager, auch für weibliche Jugendliche, im Kreis Eupen vorgesehen. Zumindest zeitweise kam es jedoch auch schon während des Krieges zum Einsatz von RAD-Arbeitseinheiten im Kreis.

120 Vgl. Uk-Anträge 1940-1944, Staatsarchiv Eupen, Amt Kettenis (3-079), Nr. 344, und Sammelakte Uk-Anträge, Staatsarchiv in Eupen, Amt Büllingen (3-123), Nr. 37.

121 Vgl. beispielsweise Verzeichnis über die zur Wehrmacht einberufenen Handwerker 1943-1944, Staatsarchiv Eupen, 3-072 (Stadt Eupen Neuzeit), Nr. 321-A/152 C, und Listen der auf Grund von Einberufungen stillgelegten Betriebe, Staatsarchiv Eupen, 3-079 (Amt Kettenis), Nr. 286.

122 Vgl. Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 2, S. 180.

123 Vgl. Quadflieg, „Zwangssoldaten", S. 73-85.

124 Vgl. zu dieser Perspektive: Felix Römer, Kameraden. Die Wehrmacht von innen, München 2012.

125 Vgl. zuletzt: Frédérich Stroh/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), L'incorporation de force dans les territoires annexés par le IIIe Reich 1939-1945 - Die Zwangsrekrutierung in den vom Dritten Reich annektierten Gebieten, Straßburg 2016 (Les Mondes Germanique, Bd. 18).

126 Vgl. Quadflieg, „Zwangssoldaten", S. 73-85.

127 Vgl. Philippe Beck/Etienne Vehoeyen, Agents secrets à la frontière belgo-allemande. Des Services de Renseignements alliés et allemands entre 1920 et 1940 dans la région d'Eupen, in: Cahiers d'histoire du temps présent = Bijdragen tot de eigentijdse geschiedenis Nr. 21, Bruxelles, CEGES/SOMA, 2009, S. 93-134; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 383-420.

128 Vgl. Fabrice Maerten, Résistance, in: Paul Aron/José Gotovitch (Hrsg.), Dictionnaire de la Seconde Guerre mondiale en Belgique, Brüssel 2008, S. 388-393, hier S. 388.

129 Vgl. ebd.

130 Vgl. Simon Piette, La vie politique communale à Waimes de 1920 à 1950. Changements de nationalité - processus d'daptation - problématiques de loyauté, unveröffentl. Masterarbeit in Geschichte, Universität Lüttich 2014, S. 111f.

131 Dies geht aus der umfangreichen Namensliste des folgenden Werks hervor, aus der Stichproben vorgenommen wurden: Roger Coekelbergs/Marc Cools/Robin Libert et al. (Hrsg.), Gedenkbuch Nachrichten und Aktionsagenten, Antwerpen 2015, Namensliste der Nachrichten- und Aktionsagenten, S. 303-832. Zu den Nachrichtendiensten im Zweiten Weltkrieg siehe Emmanuel Debruyne, La maison de verre. Agents et réseaux de renseignements en Belgique occupée (1940-1944), Doktorarbeit in Geschichte, Louvain-la-Neuve 2006; Radermacher, Réfractaires.

132 Dossier de reconnaissance nationale au statut de Résistant par la presse clandestine établi par le Service Statut au nom de Beck Nikolaus, né le 31/05/1896 (AVG-PC608609/348), Formulaire de renseignements du Ministère de la Reconstruction, 16/01/1950. Hier gibt er

selbst als Tätigkeitsperiode an: 19.3.1941 bis 19.9.1944. Die Militärakte von Nikolaus/Nicolas Beck gibt an: „Résistant par la presse clandestine: 1/1/1941 au 4/9/1944", (Quartier Reine Elisabeth/HRA-E/N/Arch, Nicolas Joseph Beck, dossier matriculaire 3152212, Bescheinigngsformulare des Ministère de la Reconstruction, 20/06/1950 und 18/10/1951). Guillaume Massenaux, La résistance à Baelen et Membach. 2 des 10 communes illégalement annexées pendant la guerre 40-45. Les réfractaires à la Wehrmacht, Baelen 1982 (Bibliothèque baelenoise, 3), S. 12 u. 27.

133 Emmanuel Debruyne, C'était Tegal. Un réseau de renseignements en Belgique occupée, 1940-1944, Brüssel 2007.

134 Vgl. Emmanuel Debruyne, La guerre secrète des espions belges 1940-1944, Brüssel 2008; Yaëlle Van Crombrugge, Les espions Zéro dans l'ombre du pouvoir 1940-1944, Brüssel 2013.

135 Vgl. Marie-Claire Mommer/Christoph Brüll, Im Reich der spitzen Töne. Willy Mommer jun. (1921-1972). Musiker – Spion – Kulturmanager, Eupen 2017.

136 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 248; Quadflieg, „Zwangssoldaten", S. 65ff.; Frédéric Stroh, Refus et résistance face à l'incoporation de force à l'Ouest et leur répression. Eupen-Malmedy, Luxembourg, Alsace, Moselle, in: ders./Quadflieg, L'incorporation, S. 41-60, hier S. 59.

137 Vgl. Dieter Knippschild, Deserteure in der Deutschen Wehrmacht, in: Norbert Haase/Gerhard Paul (Hrsg.), Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1995, S. 123-138, hier S. 127f.

138 Vgl. Fabrice Maerten, Armée de la Libération, in: Aron/Gotovitch (Hrsg.), S. 53f. Vgl. auch Francis Balace, Aspects de la Résistance en Province de Liège, in: La Mémoire. Nos libertés retrouvées, Province de Liège, Service des affaires culturelles, Lüttich 1994, S. 75-101, hier S. 89ff., sowie Commission de l'Histoire de la Résistance, Livre d'Or de la Résistance Belge, Brüssel 1948, S. 135ff.

139 Vgl. Toussaint, Verlorene Jahre, S. 45.

140 Vgl. SAE, Fahndungsbuch der Kriminalpolizei, o. D., Bd. 276, S. 472.

141 Vgl. Quartier Reine Elisabeth/HRA-E/N/Arch, Militärakte Lambert Malmendier, Numéro de matricule 740826, dossier I/6058.

142 Vgl. Quartier Reine Elisabeth/SGRS-S-CA (Centre de Documentation Historique de la Défense Section Classified Archives, Fiche A.L. au nom de Lambert Malmendier (né le 29/03/1923).

143 Literatur: 1945-1995: Befreiung der Nazi-Konzentrationslager, hrsg. von den Internationalen Lagerkomitees von: Auschwitz-Birkenau, Buchenwald-Dora, Dachau, Dora-Mittelbau, Mauthausen, Natzweiler-Struthof, Neuengamme, Ravensbruck, Sachsenhausen, Brüssel 1995; Ainsi arriva la fin: Neuengamme, Mai 1945, s. l. 1986; KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme – Ein Überblick über die Geschichte des Ortes und die Arbeit der Gedenkstätte, Hamburg 2010.

144 CEGES, Fonds Lejeune, AA756/158, La Résistance active en Belgique, getipptes Dokument, handschriftliche Notiz „Censuré 25/4/44 [unlesbar] 142", S. 3.

145 Vgl. Stroh, Refus, S. 51f.

146 Vgl. AVG-R550264/41745, Pièces de forme, Formulaire de Renseignements du Ministère de la Reconstruction. Hinweise, dass sein Vater Soldat im Ersten Weltkrieg gewesen ist, sind nicht bekannt. Eine belgische Militärakte liegt nicht vor.

147 Vgl. AVG-R550264/41745, II – Pièces de forme, Formulaire de Renseignement, 1.12.1949, S. 4. Siehe auch CEGES, Fonds Lejeune, AA756/128 (Akte fehlt).

148 Vgl. Christoph Brüll, Ein Schweigen, das Fragen aufwirft: Widerstand ohne Nachgeschichte?, in: Mommer/Brüll, Reich, S. 152-161.

149 Vgl. beispielsweise Bericht des Schulleiters der Oberschule für Jungen St. Vith über den Luftangriff auf die Stadt St. Vith am 9.8.1944, Staatsarchiv Eupen, Oberschule für Jungen St. Vith (3-029), Nr. 56.

150 Dazu Christoph Brüll, Les soldats de la Wehrmacht d'Eupen-Malmedy. Histoire, postérité et mémoire, in: Stroh/Quadflieg (Hrsg.), L'incorporation, S. 147-159.

151 Vgl. Hubert Jenniges, Die Bemühungen zur Rückführung ostbelgischer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion (1945-1947), in: ZVS 11 (2005), S. 263-266; Peter M. Quadflieg, Die Rehabilitation der ostbelgischen „Zwangssoldaten" nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Karel Velle u. a. (Hrsg.), Liber Amicorum Alfred Minke, Generalstaatsarchiv, Brüssel 2010, S. 215-229; Lejeune, Säuberung, Bd. 1, S. 77-87; ders., Säuberung, Bd. 2, S. 204-207.

152 Vgl. Peter M. Quadflieg, Mal Blumenstrauß, mal Handschellen. Luxemburgische und ostbelgische Wehrmachtsrückkehrer zwischen gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Ausgrenzung, in: Norbert Franz u. a. (Hrsg.), Identitätsbildung und Partizipation im 19. und 20. Jahrhundert. Luxemburg im europäischen Kontext, Frankfurt am Main u. a. 2016 (Études luxembourgeoises/Luxemburg-Studien, Bd. 12), S. 293-307.

153 Vgl. Peter M. Quadflieg, Keine Lösungen für die Zwangssoldaten? Kampf um Anerkennung und Statut, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 34-45, und ders., Die Rehabilitierung der ostbelgischen „Zwangssoldaten" nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Karel Velle/Claude de Moreau de Gerbehaye/Els Herrebout (Hrsg.), Liber Amicorum Alfred Minke, Brüssel 2011 (Belgisches Generalstaatsarchiv und Staatsarchive in der Provinz, Studia Nr. 127), S. 215-230.

154 So schon Brüll, Soldats.

155 Vgl. Grenz-Echo, 12.11.1947, S. 3.

156 Grenz-Echo, 12.11.1973, S. 4.

EIN ANDERER BLICK AUF DIE ÜBERGÄNGE IN DER REGIONALGESCHICHTE

BRÜCHE UND KRISEN IM VERGLEICH

VON CHRISTOPH BRÜLL UND CARLO LEJEUNE











Der dreimalige Wechsel der staatlichen Souveränität im heutigen Ostbelgien war für die Bürger eine Herausforderung. Bisher haben die Historiker eher die einzelnen Zäsuren von 1920, 1940 und 1944/45 untersucht. Können sie diese Übergangszeiten aber auch vergleichen und dabei den historischen Realitäten noch gerecht werden? Welche Erkenntnisse erbringt die Analyse der Handlungsoptionen der Bürger, des mentalen Übergangs, der Durchsetzungsmechanismen von Souveränität, der demokratischen Teilhabe, der Rolle der Grenze, der wechselnden Verwaltungen, der Inklusions- und Exklusionsmechanismen oder der Rolle von Denunziationen in einer breiten Sicht von 1918 bis 1950? Eine Spurensuche aus einem anderen Blickwinkel.

In den Jahren 1927/28 stand der aus Malmedy gebürtige Jurist Léon (Leo) Trouet (1887-1944) im Zentrum politischer Spannungen in Eupen[1]. Die Regierung in Brüssel lehnte es ab, ihn zum Bürgermeister zu ernennen. Trouet hatte zu deutscher Zeit in Euskirchen die Schule besucht und anschließend in München, Berlin und Bonn Jura studiert. Vor dem Krieg arbeitete er als Gerichtsreferendar in Köln und Aachen. Von 1914 bis 1917 war er Soldat. Nach dem Krieg wirkte er zunächst wieder in Aachen, kehrte aber nach dem Staatenwechsel von 1920 nach Eupen und Malmedy zurück, wo er als Rechtsanwalt und Mitglied des „Conseil Juridique" der Baltia-Regierung arbeitete. Seit 1922 war er Mitglied des Eupener Stadtrates und wurde schließlich 1927 parteiübergreifend als Bürgermeisterkandidat vorgeschlagen. Die Ablehnung der Ernennung beruhte vor allem auf seiner Mitgliedschaft im Heimatbund: Innenminister Carnoy zweifelte beispielsweise in der Kammer, ob Trouet im Sinne der belgischen Politik handeln würde.

Trouet blieb politisch aktiv. Eine Karriere war ihm aber verwehrt. Er wurde in den 1930er Jahren zum Notar in Eupen bestellt. Sein politisches Verhalten nach der Annexion von 1940 kann aufgrund mangelnder Quellen nicht beschrieben werden. Im September 1944, kurz vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen in Eupen, wurde er von der Gestapo verhaftet. Er gehörte zu einer Gruppe von rund zehn Eupen-Malmedyern, von denen erzählt wurde, dass sie als Geiseln verhaftet worden seien. Ihr Schicksal ist bis heute aber nicht erforscht. So ist nicht klar, ob Trouet in Köln im Gefängnis „Klingelpütz" einsaß und/oder in das Kölner Messelager überführt wurde. Auch über die Todesumstände Anfang November 1944 gibt es widersprüchliche Angaben[2]. Trouets Schicksal als NS-Opfer geriet nach dem Krieg in Vergessenheit[3].

Der aus einer alteingesessenen Genter Juristenfamilie stammende Pierre Van Werveke (1893-1952) kam 1920 nach dem Staatenwechsel nach Malmedy. Er gehörte also zu den neuen Eliten vor Ort. Nach seinem Ausscheiden aus der Baltia-Verwaltung 1925 arbeitete er als Anwalt in Eupen, gründete das *Grenz-Echo* und die Elektrizitätsgesellschaft Eupen mit und war Mitglied in verschiedenen Gremien der Region. Als in Belgien sozialisierter Jurist war er ein beständiger Beobachter der Situation in Eupen-Malmedy[4]. Er entwickelte ein hohes Maß an Verständnis für die besondere Situation dieser Region, in die er auch seinen Wohnsitz verlegte.

Forderte er in den 1920er Jahren mehr Verständnis für die neuen Belgier, so kritisierte er als überzeugter Demokrat, der den Nationalsozialismus durchschaute, ab der zweiten Hälfte der 1930er Jahre die zu tolerante Politik der Behörden in Eupen-Mal-







Zeitgenossen des Jahrhunderts: die Biografien Léon Trouets, Pierre Van Werveke und Hubert Mießens (v.l.n.r.) stehen exemplarisch für viele mit Ostbelgien verbundene Lebensgeschichten.

medy. Nun forderte er eine intensivere Assimilierungspolitik vor Ort[5], die er wohl als einziges Heilmittel gegen die nationalsozialistische Verführung ansah.

Vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien am 10. Mai 1940 floh der Anwalt mit seiner Familie nach Brüssel. Dort wurde er kurze Zeit später verhaftet und mehrere Monate im Aachener Gefängnis interniert. Sein Rechtsanwalt war der junge Eupener Jurist Hubert Mießen (1908-1991), der in Löwen studiert hatte und sich in Eupen als Anwalt niedergelassen hatte. Auch nach der Annexion der Region arbeitete er, wohl aus Opportunismus, als Anwalt weiter.

Nach der Befreiung 1944/45 kehrten sich die Dinge um: Nun saß Mießen im Gefängnis von Verviers und sah sich mit einer Anklage und Verurteilung wegen politischer und militärischer Kollaboration konfrontiert. Dieses Mal übernahm Pierre Van Werveke seine Verteidigung[6]. Der Befürworter einer intensiveren Assimilationspolitik in den 1930er Jahren, der jedoch ein solides Grundverständnis für die Besonderheiten dieser Minderheit entwickelt hatte, wurde nun ein Fürsprecher einer gemäßigten Säuberungspolitik[7], begleitet von einer nachhaltigeren Integrationspolitik durch einen stärkeren Gebrauch der französischen Sprache.

Er verteidigte nach 1945 zahlreiche wegen Kollaboration inhaftierte Ostbelgier, wie beispielsweise die nationalsozialistische Aktivistin Sybille (Billy) Bredohl. Er erwirkte ihre vorzeitige Haftentlassung und Ausreise in die Bundesrepublik[8]. Ebenfalls durfte Hubert Mießen, der zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe und der Aberkennung der politischen und bürgerlichen Rechte verurteilt worden war, das Gefängnis nach zwei Jahren vorzeitig verlassen. Seine bürgerlichen Rechte erhielt er 1955 zurück. In den Jahren 1964/65 stand er dann im Mittelpunkt einer weiteren Eupener Bürgermeisterfrage, als ihm von Innenminister Vranckx die Ernennung zum Eupener Bürgermeister verweigert wurde[9]. Er war somit nicht nur ein öffentlicher Repräsentant der sogenannten Unbürgerlichen, sondern auch eines der letzten politischen Opfer der Nachkriegssäuberung in Ostbelgien.



Eine Konstante im sozialen Gefüge Eupen-Malmedys blieb der katholische Glaube. Vor, während und nach den Kriegen gab er vielen deutschsprachigen Belgiern Orientierung.

Zeiten des Übergangs

Nicht nur im Spiegel dieser drei Biografien erscheinen die Jahre 1920, 1940 und 1944/45 in Ostbelgien zunächst als harte Zäsuren, die historische Entwicklungen bei jedem Vaterlandswechsel in ein Vorher und ein Nachher teilen. Ohne jeden Zweifel brachten der Staatenwechsel von 1920, die Annexion durch Deutschland im Mai 1940 und die Rückkehr in den belgischen Staat 1944/45 erhebliche Veränderungen mit sich. Was davor richtig bzw. akzeptiert zu sein schien, war es nach dem nächsten Wendepunkt vielleicht nicht mehr. Wer davor zur Elite gehörte, konnte nach dem nächsten Systemwechsel ausgeschlossen sein und umgekehrt. Die meisten Bewohner zwischen Göhl und Our lebten in diesen Zeiten ein hohes Maß an Spannungen. Situativer Opportunismus, Anpassung, Mittäterschaft und/oder Widerständigkeit waren Optionen, um den Alltag zu gestalten oder einfach nur zu meistern.

Die Weltkriegsforschung, vor allem die französische Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg, hat den Begriff der „sortie de guerre"[10] geprägt. Dieser beschreibt die Übergangszeiträume vom Krieg zum Frieden. Er betont, dass mit dem Waffenstillstand oder der Kapitulation noch lange kein mentaler Friedenszustand in einer Gesellschaft erreicht ist, sondern dass für die sogenannte kulturelle Demobilisierung längere Zeiträume notwendig

sind. Dies gilt selbstverständlich für die Soldaten, aber eben auch für die Gesellschaften im Ganzen. Diese „sortie de guerre" bleibt eine Zeit der Gewalt, die nicht mehr kriegerisch und physisch sein muss, die jedoch die staatlichen und nichtstaatlichen Inklusions- und Exklusionsmechanismen begleitet. Gerade für Ostbelgien ist es wichtig, „einen Bogen"[11] über diese Zäsuren zu spannen und ein ganzheitliches Geschichtsbild zu entwickeln.

Die Analyse der Tragweite von Brüchen und Kontinuitäten um die Daten 1920, 1940 und 1944/45 ist für die Historiker kein leichtes Unterfangen. Sie können ähnliche bzw. formal ähnliche Übergangsprozesse benennen. Sie stehen dabei jedoch vor der auch ethischen Herausforderung, dass der Vergleich und die Beschreibung dieser Ähnlichkeiten selbstverständlich keine Gleichsetzung oder Hierarchisierung bedeuten kann:

- Hatten viele Eupen-Malmedyer den Staatenwechsel von 1920 traumatisierend erlebt, so fußte die belgische Assimilierungspolitik der Zwischenkriegszeit doch weitgehend auf rechtsstaatlichen Prinzipien. Die Politik des NS-Regimes gründete hingegen auf Gewalt, Ausgrenzung und Verfolgung. Zudem führte die Politik des NS-Staates Europa und die Eupen-Malmedyer schließlich in ein Desaster. Am Ende stand hier 1944/45 im Gegensatz zu 1920 die Zerstörung.

- Gleiches gilt auch für die Gleichschaltung der Eupen-Malmedyer durch den NS-Staat nach 1940. Sie erfolgte nach den Regeln eines Willkürsystems. Die Säuberung nach 1945 wurde von den meisten Ostbelgiern, ob betroffen oder nicht, kurzfristig zweifelsohne als ungerecht empfunden. Auf lange Dauer gesehen hielt sich der belgische Staat aber weitgehend an rechtsstaatliche Regeln, vor allem durch die Möglichkeit der Berufungsverfahren vor einem Zivilgericht, das in der Regel deutlich milder urteilte. Zudem erwies sich die belgische Demokratie in diesem Prozess als lernfähig, auch wenn die Frage nach dem Gerechtigkeitsempfinden für die ostbelgische Bevölkerung noch lange Zeit akut blieb.

Die Forschung ist sich schon seit Längerem einig, dass die belgischen Nachkriegssäuberungen und deren politische Folgen das Sprechen über die jüngste Vergangenheit und gerade auch über einzelne Verantwortlichkeiten verhindert haben. Oder anders gesagt: Die Ostbelgier haben sich durch die wilde Säuberung, unsensibles Handeln von Politik und Justiz und ein Klima des Misstrauens nur allzu leicht davon überzeugen lassen, dass es „keine[r] moralische[n] Verpflichtung einer Selbsthinterfragung"[12] bedürfe, wie es Freddy Cremer formuliert hat.

In einer Region, in der die Zäsuren Staaten- und Regimewechsel mit sich bringen, überlagern sich diese verschiedenen Übergangsprozesse. Zudem sind sie erst in der jüngeren Vergangenheit überhaupt in den Fokus der Historiker gerückt. Bis in die 1990er Jahre war vor allem die „sortie de guerre" nach 1945 mit der Säuberung ein Tabuthema. Den Historikern fehlten die Quellen, viele Journalisten und Hobbyhistoriker befürchteten ein negatives Belgienbild durch eine kritische Hinterfragung dieses Zeitraumes, die der gesellschaftlich forcierten Selbstverpflichtung zu einem positiven belgischen Patriotismus zuwidergelaufen wäre. Sie zogen sich



Mit einem Banner ‚Unsere Jugend ist wieder frei' ging die Christliche Arbeiterjugend nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Stadt Eupen. Was die wechselnde ideologische Infiltrierung für die Jugendlichen Eupen-Malmedys bedeutete, kann durch die historische Forschung bisher nur ansatzweise nachvollzogen werden.

auf das tradierte Schwarz-Weiß-Denken zurück, das auf eine Dämonisierung der deutschen Vergangenheit und des deutschen Nationalismus setzte. Diese Haltung stand einer selbstbewussten Selbstannahme als kulturelle Minderheit während Jahrzehnten im Wege.

Unzählige Handlungsoptionen

Die Historiker haben für das Verhalten der Bevölkerung allgemeine Kategorien geprägt, die der Analyse der damaligen Einstellungen dienen: Täter, Widerständler und Mitläufer. Sie scheinen es zu erlauben, individuelle Verhaltensweisen kollektiv zu erfassen. Doch diese Begriffe lassen sich aus drei Perspektiven gerade für die Regionalgeschichte hinterfragen und ergänzen.

Zunächst hängen die Begriffe von der jeweiligen Interpretation der Bezugsgruppen und der Gesellschaft ab. Einige Beispiele: Hatte der Gemeindesekretär Wilhelm Benker, der sich als einer der ersten 1920 in die Protestlisten während der Volksbefragung eintrug und deshalb ausgewiesen wurde, in deutschnationalen Kreisen den Ruf eines Widerständlers, galt er für die belgische Seite als nationalistisch fanatisierter Täter. Galten die Deserteure aus der belgischen Armee in prodeutschen Kreisen als Helden, so waren sie aus belgischer Sicht Vaterlandsverräter, die nach 1945 hart bestraft wurden. Galten Judenschmuggler in der Zwischenkriegszeit häufig als eiskalte Profiteure, so wurden die Schleuser von Kriegsgefangenen während des Krieges und erst recht nach dem Krieg als aktive Widerständler eingestuft. Die Bezugspunkte wechselten 1920, 1940 und 1945.

Diese Begriffe spiegeln aber auch Pauschalisierungen wider, die nur für eine deutliche Minderheit von höchst engagierten Menschen (egal auf welcher Seite) zutreffend waren. Die Mehrzahl der Bürger musste sich im Alltag immer wieder für bestimmte Werte entscheiden, die durchaus schwankend sein konnten. Der Ortsbauernführer konnte beispielsweise zwischen 1940 und 1944 durchaus das illegale Schlachten seines Nachbarn übersehen und gleichzeitig die Abwesenheit von dessen Kindern bei HJ und BDM öffentlich anprangern. Der Gemeindebeamte konnte den Fragebogen zu behinderten Bürgern so ausfüllen, als ob es keine gäbe, gleichzeitig aber deutlich mehr Soldaten für die Einberufung melden, als unbedingt gefordert waren. Die Hausfrau konnte eine fleißige Kirchgängerin sein und ihre Kinder von der HJ fernhalten, dennoch für das Winterhilfswerk spenden oder Mitglied in der NS-Frauenschaft sein. Die Lehrerin konnte in der Schule das Kreuz wieder aufhängen und auf eine zu starke nationalsozialistische Beeinflussung verzichten, aber dennoch einen Dorfeinwohner denunzieren.

Die Bürger waren im Lebensalltag beständig vor Entscheidungen gestellt, die sie für manchmal unterschiedliche und auch wechselnde Wertigkeiten optieren ließen, die sich als situativer Opportunismus analysieren lassen[13]. Dieser beschreibt kein weitgehend egoistisches, allein auf den Eigennutz ausgerichtetes Verhalten, sondern die Einsicht, dass die Komplexität der Entscheidungssituation verschiedene Möglichkeiten eröffnet, die je nach Situation anders gewählt werden können. Diese Sicht ermöglicht eine deutlich breitere Sicht auf die Individuen und ihre Handlungsspielräume. Zudem ist sie für eine historisch-politische Bildungsarbeit unerlässlich.

Das Konzept des situativen Opportunismus befreit zudem auch von Zwängen der kommunikativen Erinnerungskultur. Als Beispiel: Der Einmarsch der Wehrmacht am 10. Mai 1940. Er setzte zunächst subjektive, in der Regel nicht schriftlich fixierte Gefühle frei, die auf eine Sozialisation des jeweiligen Individuums trafen und dementsprechend interpretiert wurden. Gesellschaftlich war es im Mai 1940 angesagt, die Erzählungen der Befreiung aufzunehmen und zu reproduzieren. In der Erinnerung vieler Kinder, die in der Übergangszeit keinen Unterricht mehr hatten, hat sich jedoch beispielsweise weniger die Reaktion der Erwachsenen eingeprägt, als die endlosen Kolonnen von Soldaten, Pferden und Fahrzeugen, die wochenlang durch die Straßen zogen und die sie als etwas Außergewöhnliches, gar Modernes bestaunt haben. All diese Erinnerungen gingen in gesellschaftliche Erzählungen ein, das sogenannte kommunikative Gedächtnis, das nicht nur die Summe der Einzelerzählungen war, sondern sich aus einem Gesamtkontext heraus interpretierend erinnert. In einer späteren Phase versuchten dann Historiker, als Teil des kulturellen Gedächtnisses, eine distanzierte Gesamtsicht aus möglichst vielen subjektiven Einzelerinnerungen unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes zu entwickeln.

Der situative Opportunismus war ohne jeden Zweifel in der Zeit von 1940 bis 1944 am höchsten[14]. Der Druck der Diktatur mit ihren drakonischen Strafandrohungen und Strafen, aber auch die Willkür der Verwaltung und der politischen Führung waren allgegenwärtig. Widerständigkeit war





Obwohl der heuristische Wert der Bilder beschränkt ist, veranschaulichen Bilder des Eupener Rathauses aus den Jahren 1940 und 1945 die Brüche und Krisen jener Zeit. Die Bilder kaschieren, dass biografische Erfahrungen in dieser Zeit sehr vielschichtig sein konnten: Eine dichotome Gliederung in ‚Probelgier' und ‚Prodeutscher' wird diesen Leben meist nicht gerecht.

in Eupen-Malmedy vor allem eine individuelle Entscheidung. Netzwerke wie im besetzten Belgien gab es fast nur in den zehn annektierten „altbelgischen" Gemeinden, wo Fluchthilfe für Refraktäre oder auch für französische Kriegsgefangene, die aus ihren deutschen Lagern ausgebrochen waren, verbreitet war[15]. In Eupen-Malmedy war wiederum die Zahl der Widerständler in den wallonischen Gemeinden höher als in den deutschsprachigen, auch wenn es hier um eine geringe Anzahl von Personen geht[16].

Die gesellschaftliche Einordnung des deutschen Einmarsches und seiner Folgen wurde spätestens seit September 1944 umgedeutet. Der Druck, sich von dieser Zeit zu distanzieren, wuchs enorm. Jeder Einzelne stand vor der Frage, ob er seine subjektiven Erinnerungen auf Grundlage der neuen Leitbilder unbewusst überschreiben oder diese Erinnerung bewahren sollte. Gesellschaftlich anerkannt wurde die Erinnerungsfähigkeit erst wieder in den 1980er oder 1990er Jahren, als das unbefangene Reden nicht nur möglich, sondern auch über Schülerinterviews oder Interviews durch Journalisten oder Historiker gesellschaftlich anerkannt wurde. Der Blickwinkel des situativen Opportunismus öffnet auch hier Türen in die unzähligen Grautöne und Nuancen des menschlichen Lebens in Sondersituationen. Dieser Blick hilft, die Anpassungsmechanismen besser zu verstehen.

Nach 1945 veränderten sich die Mechanismen der Anpassung. Das Beschweigen, Einzelne reden im geschützten Raum, die Gesellschaft schweigt, all das wurde in Ostbelgien zur Regel. Das Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit, zumindest die schlimmsten Täter zu bestrafen, und einem Schweigen, das auch zur Wiederherstellung des sozialen Friedens in der Gesellschaft beitragen kann, war in Ostbelgien aufgrund der Dimensionen der Säuberung ein besonders virulentes.

Mentale Übergangszeiten

Die deutsch-belgische Grenzregion wurde in den beiden Weltkriegen dreimal zum Kriegsschauplatz. Am 3. August 1914 und am 10. Mai 1940 ging von der deutsch-belgischen Grenze der



Klar führt eine Luftaufnahme der Stadt Sankt Vith aus dem Jahr 1947 die materielle Bedeutung einer Übergangszeit vor Augen. Bevor die Stadt wieder aufgebaut wurde, bot die eilig errichtete Neustadt im Norden des Ortes vielen Einwohnern ein Zuhause.

deutsche Überfall auf das neutrale Belgien aus, ab dem 16. Dezember 1944 brachte die Ardennenoffensive erstmals den Zweiten Weltkrieg über die Zivilbevölkerung und legte Ortschaften und Landschaften in Schutt und Asche.

Die Kriegsniederlage im November 1918 ging zwar mit einer Besatzung durch britische und französische Truppen einher, doch war der „Große Krieg", wie er in Frankreich und Belgien heißt, nicht auf deutschem Boden ausgetragen worden. Auch der zweite deutsche Einmarsch in Belgien innerhalb eines Vierteljahrhunderts im Mai 1940 ging in der Region ohne Kämpfe vonstatten. Die belgischen Verteidigungslinien begannen erst an der Maas.

Beide Kriege forderten zunächst in jedem Dorf und in jeder Kleinstadt zahlreiche Opfer. Der Verlust von 1.800 jungen Männern im Ersten Weltkrieg und von 3.200 bis 3.400 Soldaten im Zweiten Weltkrieg war für die Angehörigen ein tiefer Verlust. Er stellte die Gesellschaft in den Dörfern und Kleinstädten zudem vor die Frage nach dem Sinn dieser Kriegsopfer. Vor dem Hintergrund der Staatenwechsel von 1920 und 1944/45 waren das Herausforderungen, die Andreas Fickers als nationale Bewusstseinsspaltung bezeichnet[17].

Allein der Winter 1944/45 brachte für die Zivilbevölkerung der belgischen und deutschen Eifel, des Öslings und der Ardennen (aber nicht für das Eupener Land) Evakuierung, Flucht, Zerstörung und die konkrete Erfahrung von oft vielfachem Tod im unmittelbaren Lebensumfeld. Diese traumatische Erfahrung dominierte die kommunikative Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in den betroffenen Regionen während Jahrzehnten. Verstärkt wurden diese Erzählungen durch die oft sehr lange Zeit, die der Wiederaufbau in Anspruch nahm. Diese Gewalterfahrung fand im Süden Ostbelgiens einen breiten Platz als Opfererzählung. Diese stand in Gegensatz zu den soldatischen Erfahrungen, die nur in kleinen Ausschnitten und oft rechtfertigend fast rituell wiederholt wurden. Die Mentalitätsunterschiede zwischen dem Eupener Land und der belgischen Eifel wurden auch durch diese unterschiedlichen Erinnerungen verstärkt.

Auch das offizielle Gedächtnis wurde in beiden Nachkriegszeiten deutlich anders geprägt. Nach dem Ersten Weltkrieg, vor allem in der Baltia-Zeit, nahmen übergeordnete Behörden mehr oder weniger großen Einfluss auf die Gedenkpolitik vor Ort (u. a. über die Kriegerdenkmäler). Nach dem Zweiten

Weltkrieg gab es solche Eingriffe kaum, was auf lokaler Ebene dazu führte, dass sich Gedenkdiskurse vor allem durch ihr Schweigen auszeichneten.

Tod, Verletzung und Invalidität forderten die Staaten aber auch zu Unterstützungsmaßnahmen heraus, die gestaltet werden mussten. Während der belgische Staat nach dem Ersten Weltkrieg die Soldaten aus Eupen-Malmedy in finanzieller Hinsicht mit den belgischen Gefallenen gleichstellte[18], war die Entschädigungsfrage nach dem Zweiten Weltkrieg auch eine deutsch-belgische Angelegenheit, die durch Verträge in den Jahren 1962 und 1973 besiegelt wurde[19]. Für die Verteilung des Geldes war dann wiederum nur die belgische Seite zuständig[20]. Es dauerte bis 1989, bevor die belgische Kammer die größten Nachkriegsprobleme für Ostbelgien gelöst hatte.

Unklare Souveränitäten

Staatliche Souveränität bedeutet die ausschließliche rechtliche Selbstbestimmung eines Landes. Die Übergänge staatlicher Souveränität von einem auf ein anderes Land sind die offensichtlichsten Brüche in der ostbelgischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Sie produzierten zweifelsohne eine gewisse Form von Orientierungslosigkeit. Die Bürger waren im Lebensalltag beständig vor Entscheidungsoptionen gestellt, die sie für manchmal unterschiedliche und auch wechselnde Wertigkeiten optieren ließen. Der Blick auf diesen situativen Opportunismus öffnet eine breitere Einsicht in die realen Lebenswelten als die bipolare Betrachtung hinsichtlich Widerständigkeit und Mitläufertum. Die Brüche werden aber erst dann verständlich, wenn wir sie aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten.



Eine Linderung erfuhr die größte Nachkriegsnot in der belgischen Eifel nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch Hilfstransporte aus Innerbelgien oder von Hilfsorganisationen (Faymonville 1944/45).

Mit der Entscheidung des Völkerbundes vom 20. September 1920 zur Annahme der Volksbefragung ging die staatliche Souveränität juristisch und administrativ von Deutschland auf Belgien über. Faktisch war dies schon mit der Ankunft der belgischen Truppen im Sommer 1919 erfolgt, was auch von deutscher Seite trotz der Ablehnung der bevorstehenden Abtretung nicht bestritten wurde[21].

Zwischen dem 10. Januar 1920 und dem 1. Juni 1925 stand die Region unter der Verwaltung des Generals Baltia, der den administrativen und juristischen Übergang von deutschen zu belgischen Institutionen und Normen organisieren sollte. Aus den zwei deutschen Kreisen Eupen und Malmedy, die dem Regierungsbezirk Aachen und der preußischen Rheinprovinz angehört hatten, wurden 1921 die drei belgischen Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Die Anzahl der Gemeinden stieg von 24 auf 30. Mit dem Eingliederungsgesetz vom März 1925 wurden die Bewohner zu vollwertigen belgischen Staatsbürgern. Sie gehörten nun zur Provinz Lüttich und zum Gerichts- und Wahlbezirk Verviers.

Eine Ausnahme bildete das ehemalige Neutral-Moresnet. Das heutige Kelmis, das durch Artikel 32 des Versailler Vertrags direkt Belgien angegliedert wurde, war nicht Teil der Übergangsverwaltung. Hier hatte bereits im Dezember 1918 ein belgischer Distriktkommissar den Übergang vollzogen: Kelmis wurde direkt dem Kanton Aubel, dem Bezirk Verviers und der Provinz Lüttich eingegliedert.

Die Übernahme der Souveränität durch Deutschland durch das Führerdekret vom 18. Mai 1940 markierte

einerseits eine Wiedereingliederung, da die deutschen Behörden weitgehend die institutionelle Struktur von vor 1919 mit zwei Kreisen im Regierungsbezirk Aachen wiederherstellten. Andererseits war das annektierte Gebiet größer als das historische Eupen-Malmedy. Zehn „altbelgische Gemeinden" im Nordosten der Provinz Lüttich und die Ortschaft Beho in der Provinz Luxemburg wurden ebenfalls annektiert.

In Eupen-Malmedy wurde umgehend die im Reich herrschende Doppelung zwischen Staatsverwaltung und Partei umgesetzt. Trotz rasch proklamiertem Vollzug der Annexion und der Geltung der deutschen Gesetzgebung wurden auch während dieser Zeit zahlreiche Übergangsmaßnahmen notwendig. Bekanntestes Beispiel ist die Staatsangehörigkeitsfrage, die erst am 23. September 1941 rückwirkend auf das Datum der Annexion entschieden wurde.

Nach Kriegsende erfolgte die Wiedereingliederung in den belgischen Staat, wobei die belgischen Behörden die institutionelle Struktur von vor 1940 wiederherstellten. Juristisch sollte die volle Souveränität durch einen bereits von der belgischen Exilregierung in London vorgenommenen Gesetzeserlass vom 10. Januar 1941 wiederhergestellt werden. Er erklärte alle Maßnahmen der deutschen Besatzungsmacht (in ganz Belgien) für ungültig. Er bestätigte die von der Regierung vertretene Position, dass die Annexion belgischer Gebiete völkerrechtlich ungültig gewesen war, ohne die Annexion aber zu erwähnen. Dies wurde 1947 von der höchsten Gerichtsbarkeit, dem Kassationshof, bestätigt[22]. Damit war seit Ende 1944 klar, dass die strafrechtliche Verfolgung der sogenannten Kollaboration im annektierten Eupen-Malmedy denselben juristischen Kriterien unterliegen sollte wie die Kollaboration im ehemals besetzten Belgien.



Die Durchsetzung staatlicher Souveränität und die Herstellung der öffentlichen Ordnung spielten nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle. Während sich mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs der Volkszorn auf ‚Probelgier' entlud, wurden nach dem Krieg ‚Prodeutsche' durch Bürger Eupen-Malmedys in den Straßen vorgeführt.

Die Sonderlage Eupens, Malmedys und Sankt Viths wurde im Juli 1953 nochmals deutlich, als ein Gesetz präzisierte, unter welchen Bedingungen Rechtsakte aus der Annexionszeit ihre Gültigkeit behalten konnten. Dies war u. a. für Eigentumsfragen und Personenstandsakten notwendig, da hier eine bloße Annullierung auf der Grundlage des Gesetzeserlasses von 1941 verheerende Folgen für die Rechtssicherheit gehabt hätte[23].

Auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte sich das Bundesverfassungsgericht zu Beginn der 1950er Jahre mit der Frage der Staatsbürgerschaft in den vom „Dritten Reich" annektierten Gebieten. In einem Beschluss vom 28. Mai 1952, den das Auswärtige Amt im Januar 1954 der belgischen Botschaft in Bonn zur Kenntnis brachte, hieß es, dass „Deutschland nicht berechtigt ist, Personen, die zwischen 1938 und 1945 kollektiv eingebürgert worden sind, als deutsche Staatsbürger zu betrachten, wenn sie von ihrem früheren Heimatstaat als seine Staatsangehörigen in Anspruch genommen werden"[24]. Der Spruch der höchstrichterlichen Instanz ist auf den ersten Blick evident. Bemerkenswert ist jedoch der letzte Teil, der es ermöglichte, ehemaligen Volkstumskämpfern aus Eupen-Malmedy, die nach der Verbüßung einer Haftstrafe nach Deutschland ausreisten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen.

Eine Analyse der politischen Durchsetzungsmaßnahmen zur deutschen und belgischen Souveränität ergibt ein völlig anderes Bild. Belgien übernahm

zwar 1920 die Souveränität in Eupen-Malmedy, die allerdings politisch von Deutschland (als Teil des vorgeblichen „Diktates von Versailles") bestritten wurde. Die diplomatischen Quellen verweisen darauf, dass die belgische Außenpolitik beispielsweise bei den Rückgabeverhandlungen von 1926 und 1929, nach der Ausbürgerung der vier Heimattreuen 1935[25] oder im Krisenjahr 1939/1940[26] immer wieder bereit schien, Konflikte mit Deutschland wegen Eupen-Malmedy durch eine Teilaufgabe der Souveränität dort zu vermeiden. Anders gesagt: Die Interessen des Landes lagen in guten Außenhandelsbeziehungen mit Deutschland und in einer Eindämmung der deutschen Propaganda in Flandern, aber nicht in Eupen-Malmedy.

Besonders deutlich wird dies im Mai 1940, als Belgien politisch nicht gegen die verlorene Souveränität in Eupen-Malmedy nach der Annexion protestierte und erst 1944 darauf reagierte. Im Gegenteil: Das neue Vaterland schwieg nicht nur zur Annexion, sondern unterstützte den Übergang an Deutschland durch eine passive, wohlwollende Haltung[27]. All das führte zu unklaren Souveränitäten, die auch in der Bevölkerung wahrgenommen werden konnten. Nach 1945 war die Frage völkerrechtlich endgültig geklärt, obwohl der belgische Staat dann, so wie in der Zwischenkriegszeit, keine konstruktive Integrationspolitik präsentieren konnte, die auf eine Teilhabe der Bevölkerung abgezielt hätte. Dies erfolgte erst im Rahmen der Umgestaltung des Zentralstaates ab den 1960er Jahren.

Mangelnde Teilhabe

Die ausschließliche rechtliche Selbstbestimmung eines Landes wird in einer Demokratie durch die Teilhabe möglichst vieler Bürger gewährleistet. Die Eupen-Malmedyer hatten bis 1919 in einem protodemokratischen Deutschen Reich mit einem Dreiklassen-Wahlrecht in Preußen und einem allgemeinen Wahlrecht für Männer für den Reichstag gelebt. Seit den 1860er Jahren hatten sich bürgerliche Interessenvertretungen in Form von Vereinen und Gewerkschaften gebildet. Politische Forderungen nach einer demokratischen Teilhabe für alle wurden zwar vor 1919 nicht öffentlich artikuliert, dürften aber unterschwellig genauso stark gewesen sein wie in anderen Dörfern und Städten des Deutschen Reiches[28].

Die Hoffnung auf demokratische Teilhabe wurde seit dem Ende des Ersten Weltkrieges aber mehrmals tief enttäuscht: durch die Volksbefragung 1920, die weder frei noch geheim war, durch das Übergangsregime unter General Baltia (1920-1925), das durch die Ausübung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt wesentliche Grundrechte (wie die Pressefreiheit) ausschaltete, durch die Verweigerung eines eigenen Wahlbezirks 1925, durch die Nichtwahl des Kandidaten Jenniges 1925, der als Kandidat der Ostkantone für die Katholische Union mehr als 10.000 Vorzugsstimmen auf sich vereinte, durch das komplizierte belgische Wahlrecht letztlich jedoch nicht gewählt war, oder durch die Rückgabeverhandlungen von 1926, die wiederum den Eindruck erweckten, dass über den Kopf der Bevölkerung hinweg Verträge ausgehandelt würden.

Durch die Aufspaltung des starken katholischen Lagers 1928/1929 in Eupen-Malmedy und die fehlende direkte Vertretung im Parlament fühlte sich die größte Meinungsgruppe in Eupen-Malmedy (CVP und Sozialisten mit rund 75 Prozent der Stimmen) in der eingespielten und relativ stabilen belgischen Politik mit ihren Positionen ausgeschlossen. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland entstand aus der Spaltung eine Polarisierung, die ein demokratisches Miteinander oder gar Füreinander fast unmöglich machte.

Doch neben den wenigen positiven demokratischen Erfahrungen verhinderten für die überwiegende Mehrheit der Eupen-Malmedyer während vieler Jahre die lange Zeit unzureichenden Französischkenntnisse und der unterdurchschnittliche Besuch von weiterführenden Sekundarschulen eine größere Partizipation und einen sozialen Aufstieg im neuen Vaterland in Verwaltung, Zoll, Gendarmerie, Schule u. a. Eine kleine Ausnahme bildeten wohl gewisse mittelständische und kleinindustrielle Kreise der Städte Eupen und Malmedy, die sich am ehesten an das belgische Wirtschaftssystem anpassen konnten.

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen und der Annexion der Region am 18. Mai 1940 zerstörte wohl schon das Abhängen der Kreuze in Schulen und öffentlichen Gebäuden im Juni und Juli 1940 die letzten Illusionen über das „Dritte Reich" eines Teiles der Bevölkerung, der das wahre Gesicht der Nazidiktatur aus Naivität, Unwissen oder Verblendung nicht sehen wollte oder konnte. Diese Menschen mussten erkennen, dass sie nicht in das alte Vaterland zurückkehrten, sondern sich in einem diktatorischen Unrechtsregime einleben mussten[29]. Die Menschenrechte wurden völlig außer Kraft gesetzt und demokratische Mit-

sprache war undenkbar. Die Eupen-Malmedyer erhielten in den öffentlichen Diensten kaum soziale Aufstiegschancen, sondern wurden von Parteifunktionären, Beamten, Lehrern und Polizeikräften aus dem „Altreich" beaufsichtigt und bevormundet.

Auch der erneute Staatenwechsel von 1944/1945 enttäuschte sämtliche demokratischen Hoffnungen. Tausende Bürger erhielten keine Bürgerlichkeitsbescheinigung, 1946 waren über 50 Prozent der Wähler vom Urnengang ausgeschlossen, die belgische Staatssicherheit legte rund 18.000 Dossiers an. Zu wichtigen Sprachrohren der Region mutierten oft politisch Verfolgte aus der Kriegszeit (wie Peter Kofferschläger, Henri Michel u. a.). Sie konnten sich als Einzige in der emotional überheizten belgischen Nachkriegspolitik Gehör verschaffen.

War Ostbelgien eine „junge Demokratie mit zu wenig Demokraten"[30]? Bis Ende der 1960er Jahre blieb die Region aus sprachlichen Gründen bildungspolitisch stark rückständig. Erst ab diesem Jahrzehnt wurden sozialer Aufstieg, politische Kontroversen und ein unbeeinflusstes demokratisches Miteinander durch Autonomiediskussionen, Autonomie und Gestaltung möglich.





Trotz mangelnder demokratischer Teilhabe verfielen zahlreiche deutschsprachige Belgier nach dem Zweiten Weltkrieg in eine übersteigert nationalistische Haltung, die vom Staat zusätzlich gefördert wurde. Bilder des Nationalfeiertags in Eupen (1946) und Sankt Vith (1946) können dafür stellvertretend stehen.

Geschlossene Grenzen

1945 wurde die deutsch-belgische Grenze als Teil der Assimilationspolitik fast komplett geschlossen. Bis zum Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr mit der Bundesrepublik (1954) und zum Ausgleichsvertrag (1956) war es im Alltag recht aufwendig, einen Grenzpassierschein zu erhalten[31]. Der Schmuggel an der „Kaffeefront" dauerte bis Anfang der 1950er Jahre. Er inspirierte sogar zwei Filme („Le Banquet des fraudeurs" von Henri Storck; „Sündige Grenze" von Robert A. Stemmle). In der Praxis war er mit zahlreichen Todesopfern deutlich gefährlicher und brutaler, als verklärende Abenteuergeschichten von Zeitzeugen später daraus gemacht haben[32]. Er verband aber viele Grenzbewohner bis Mitte der 1950er Jahre dauerhaft über die Grenzen hinweg.

Dieses Regime der geschlossenen Grenze kontrastiert am stärksten mit der Situation vor 1914, als der Grenzübertritt eine vom Staat weitgehend unkontrollierte Praxis war. Der deutsche Einmarsch in Belgien im August 1914 setzte die deutsch-belgische



Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die deutsch-belgische Grenze geschlossen. Der Kontakt zwischen deutscher und belgischer deutschsprachiger Bevölkerung sollte unterbunden werden, wie ein Bild vom 14. März 1947 illustriert, das Innenminister Auguste Buisseret an der geschlossenen Grenze zeigt.

Grenze erstmals staatlicher, nationaler Machtpolitik aus. Sowohl die belgische Praxis in der Zwischenkriegszeit als auch die deutsche Praxis zwischen 1940 und 1944 setzten auf Kontrolle, stellten allerdings keine hermetische Abschottung her. Schmuggel war auch in diesen Zeiten gängig.

Am dramatischsten war dieser zwischen 1938 und 1942, als die massenhafte Flucht von Juden aus Österreich, Osteuropa und dann dem Reich, von französischen und englischen Kriegsgefangenen oder von Zwangsarbeitern nach Belgien bzw. ins besetzte Belgien erfolgte[33]. Vor 1940 war diese Fluchthilfe, ob aus Geldgier oder aus Solidarität, weniger riskant als in der Zeit der deutschen Annexion. Nun wurden Fluchthelfer zu Gefängnisstrafen oder zur Verschleppung ins KZ verurteilt. Auch die jüdischen Flüchtlinge gingen ein großes Risiko ein: Wurden sie vor 1940 innerhalb einer 15-Kilometer-Zone hinter der belgischen Grenze geschnappt, schickten die belgischen Behörden sie nach Deutschland zurück, wo ihnen Gefängnis oder Konzentrationslager drohten. Während des Krieges bedeutete die Festnahme die umgehende Deportation.

Charakteristisch für die deutsch-belgische Grenze war zudem ihr Verlauf seit 1922, der durch die Übertragung der Souveränität über die Eisenbahnstrecke Raeren-Kalterherberg (Vennbahn) an Belgien mehrere Enklaven schuf[34]. Was in der Zwischenkriegszeit oft als unhaltbarer Zustand betrachtet wurde, hatte dann jedoch auch mit der von Belgien und der Bundesrepublik im Ausgleichsvertrag frei ausgehandelten Grenzführung weiter Bestand.

Wechselnde Verwaltungen

Den Übergangszeiträumen von 1920, 1940 und 1944/1945 ist gemeinsam, dass sie zu einem schnell vollzogenen Austausch der regionalen Eliten führten, der zeitgleich zu einem weitgehenden Ausschluss jener Kreise führte, die den Staatenwechsel nicht umgehend innerlich nachvollzogen und mittrugen. So kam es 1920, 1940 und 1945 zu massiven Wanderbewegungen der Beamten, Zöllner, Gendarmen und Priester, die für die Repräsentation eines Staates in den Dörfern und Kleinstädten maßgeblich waren.

Ein Beispiel: Die Gemeindeverwaltungen wurden seit 1920 in der Regel von Führungskräften aus der Provinz Luxemburg, die mit der Funktionsweise belgischer Gemeinden vertraut waren, geleitet. Die weiteren Angestellten stammten nach und nach aus der Region, wurden aber 1940 und 1944/1945 teilweise ausgetauscht. Nach 1945 wurden sie in der Regel von jungen Bewohnern der Ostkantone ersetzt, die vor allem in den kleineren Gemeinden noch Jahrzehnte von den Führungspositionen ausgeschlossen blieben[35]. Auch hier spielten der unterdurchschnittliche Besuch von weiterführenden Schulen und die Notwendigkeit einer ausgezeichneten Kenntnis der französischen Sprache eine ausschlaggebende Rolle. Die Kenntnis der deutschen Sprache spielte für die Anstellung nur eine untergeordnete Rolle.

Exklusion und Inklusion

Regimewechsel gehen oft mit komplizierten Prozessen von Exklusion und Inklusion einher. Diese können, müssen aber nicht auf einer Rechtsgrundlage basieren. Letztere findet sich vor allem im Staatsangehörigkeitsrecht wieder[36]. So regelte der Versailler Vertrag in den Artikeln 35 bis 37 die Frage der Staatsangehörigkeit der Bewohner

von Eupen-Malmedy nach dem Übergang zu Belgien.

Das NS-Regime schuf 1941 ein doppeltes Staatsbürgerrecht, indem es zwischen der gewöhnlichen deutschen Staatsangehörigkeit für die Eupen-Malmedyer und der Staatsangehörigkeit „auf Widerruf" für die Bewohner der annektierten zehn „altbelgischen" Gemeinden unterschied. Völkerrechtlich bemerkenswert, jedoch von den Betroffenen ignoriert, ist die Tatsache, dass Deutschland die belgische Staatsangehörigkeit nicht explizit widerrufen hatte, so dass sie rechtlich noch Bestand hatte[37].

Belgien schuf zweimal die Voraussetzungen für die Aberkennung der belgischen Staatsangehörigkeit: 1934 ermöglichte ein Gesetz die Aberkennung der Staatsangehörigkeit bei Personen, die nicht Belgier durch Geburt waren, d. h. de facto gegen die Bewohner der drei Kantone, 1945 war ein Gesetzeserlass, der Ähnliches ermöglichte, auch de jure nur gegen die Bewohner der Ostkantone gerichtet[38].

Die Zeit von 1940 bis 1944 offenbarte auch hier das größte Gewaltpotenzial. Die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft" war mit ihrer Mischung aus sozialer Attraktivität und Ausschlussmechanismen natürlich auch in Ostbelgien präsent. Während ihre rassistische Dimension aufgrund der sehr geringen Anzahl von jüdischen Bewohnern eher auf der Ebene der Rhetorik existierte, war die reale Bedrohung für Andersdenkende (Sozialisten, Probelgier, Kommunisten, Demokraten) und psychisch kranke und behinderte Menschen real: Der Nationalsozialismus brachte ihr Leben in akute Gefahr. Bisher konnte die Forschung rund ein Dutzend Opfer von Euthanasie aus Eupen-Malmedy belegen[39].

Ein klassischer Fall von nichtstaatlicher Exklusion waren die Verfolgungen durch die „Weiße Armee", eine belgische Widerstandsgruppe, die unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner hunderte Eupen-Malmedyer auf Grundlage oft zweifelhafter Aussagen ohne Gerichtsverfahren verhaftete und internierte, die Wohnungen von angeblichen Kollaborateuren plünderte und vor allen Dingen Dokumente in großer Zahl verschleppte, so dass die später eingesetzten Militärtribunale heftig über einen Mangel an Beweismaterial klagten[40].

Ein prägnantes Beispiel staatlicher Exklusion waren die Bürgerlichkeitsbescheinigungen, die 1945 auf dem Verwaltungswege eingeführt worden waren. Die Kriterien wurden immer wieder angepasst, die Vergabe erfolgte mit großen Handlungsspielräumen. Die Folgen wurden erst später in mehreren Schritten festgelegt und immer wieder verschärft[41]. Diese Maßnahme griff tief in die Lebenswirklichkeit der Betroffenen ein und schloss sie immer stärker aus der Gesellschaft aus.

Insgesamt baute die Säuberung nach 1945 einen möglichst hohen belgisch-nationalistischen Anpassungsdruck auf. Dieser richtete sich juristisch weniger gegen die sogenannten Kollaborateure aus der Zeit der Annexion, sondern gegen die Mitglieder der Heimattreuen Front nach 1936. Im





Inklusion als nicht-staatlicher Akteur bot nach dem Zweiten Weltkrieg vor allen Dingen die katholische Kirche. Gleichzeitig förderte sie eine stärkere Anbindung an den belgischen Staat, u.a. durch die ihr nahestehende Gewerkschaft, Partei, Jugendbewegung, Schule und Krankenkasse. Auf den Bildern sind das Marienfest in Eupen (1946, links) und die Fronleichnamsprozession in Sankt Vith (1945, rechts) zu sehen.

Gegenzug eröffnete die staatliche Geschichtsnarration zahlreiche Möglichkeiten, damit sich die Bewohner der Ostkantone nach 1945 von ihrer deutschen Vergangenheit (und ihren Verantwortungen) lösen und einen Platz im frankophon ausgerichteten Belgien finden konnten. Der Einsatz für die deutsche Sprache und Kultur wurde allerdings bis in die 1970er Jahre polemisch aus der Region heraus („Heim-ins-Reich-Bewegung" u. a.) und von außen („sales boches") bekämpft.

Das Gift der Denunziation

Nüchterne Zahlen können den Blick auf die Realität leicht verstellen. Im Rahmen der strafrechtlichen Verfolgung der Kollaboration verurteilten die Kriegsgerichte zwischen 1945 und 1949 32 Bewohner aus den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith wegen Verstoßes gegen Artikel 121bis des Strafgesetzbuches[42], d. h. wegen Denunziation. Eine größere Gruppe von 156 Personen wurde wegen Verstoßes gegen Artikel 121bis, d. h. Denunziation in Tateinheit mit einem oder mehreren anderen Verstößen gegen die Kollaborationsgesetzgebung verurteilt. Der erste Wert liegt genau im belgischen Mittel, der zweite liegt fast dreimal so hoch wie im besetzten Belgien.

Artikel 121bis stellte unter Strafe, „eine Person wissentlich, durch die Denunziation einer realen oder imaginären Tatsache, den Ermittlungen, Verfolgungen oder Härten des Feindes ausgeliefert zu haben". Dieser Artikel zeigt im Besonderen die Schwierigkeit, die Auslegung des belgischen Strafgesetzbuches nicht nur im ehemals besetzten Belgien, sondern eben auch im während des Krieges annektierten Eupen-Malmedy anzuwenden. In Belgien bestand immer noch die Möglichkeit, sich an die weiterhin funktionierenden Polizei- und Strafverfolgungsbehörden zu wenden, auch wenn deren Befugnisse von den deutschen Besatzungsbehörden stetig eingeschränkt wurden. In Eupen-Malmedy gab es nur die deutschen Behörden und die nationalsozialistischen (Un-)Rechtsprinzipien und deren mehr oder weniger willkürliche Auslegung vor Ort[43].

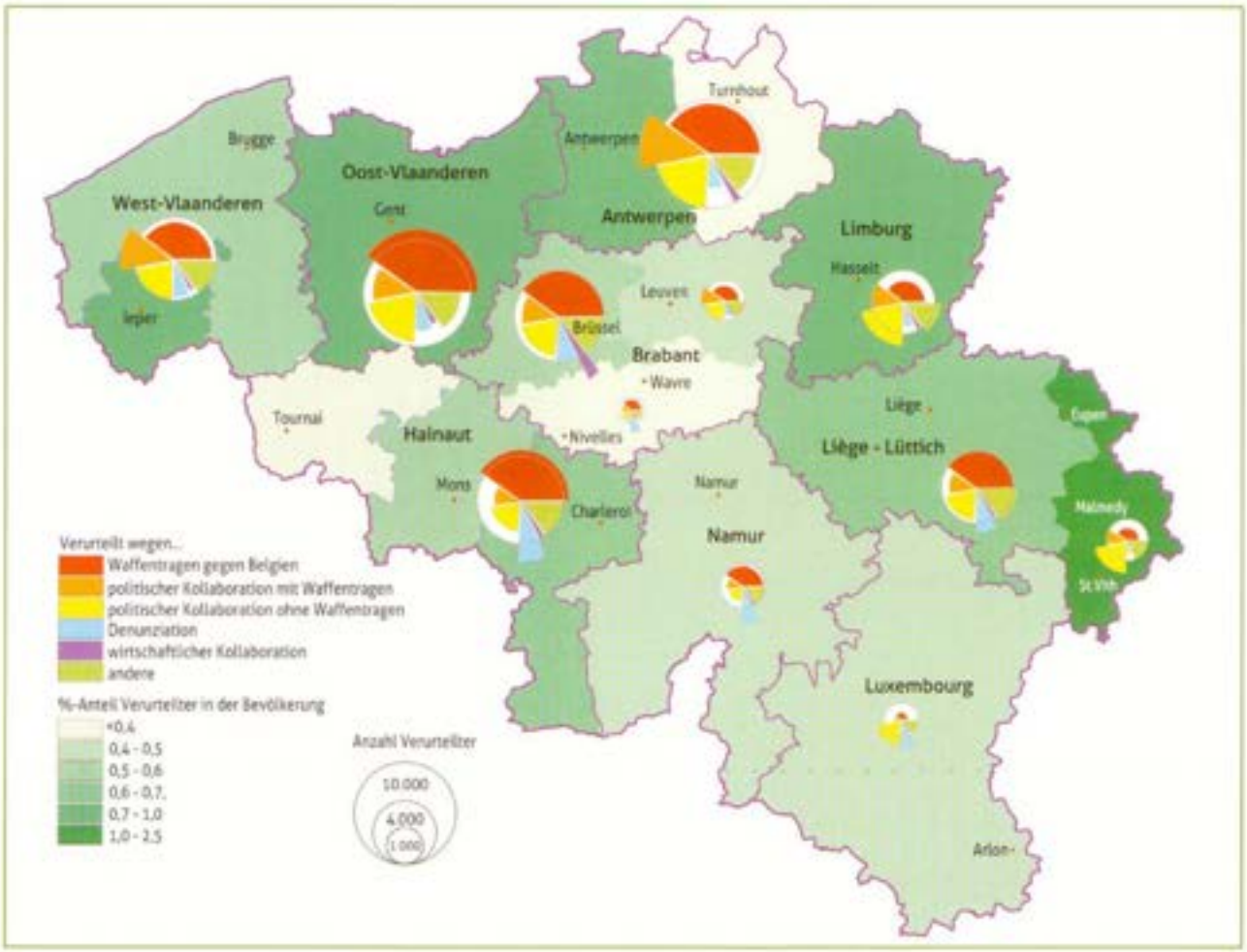
Den Spuren der Denunziationen nachgehen setzt zunächst eine Klärung des Begriffes voraus. Es ist die (Straf-) Anzeige aus persönlichen, niedrigen Beweggründen, die beispielsweise dem Erlangen eines persönlichen Vorteils dienen kann. Sie kann, muss aber nicht anonym erfolgen. In diesem Verständnis waren Anzeigen aus persönlichen, niedrigen Beweggründen auch schon in der Zwischenkriegszeit und vor allem in der Zeit der politischen Polarisierung der 1930er Jahre in größerem Maße denkbar, in der Zeit der Annexion Teil des willkürlichen Herrschaftssystems und nach 1945 ebenfalls Instrument der Säuberungspolitik.

Doch hier besteht ein Quellenproblem. In der Zwischenkriegszeit lassen sich Denunziationen gegebenenfalls in Gerichtsakten nachweisen, die der Forschung aber erst nach 100 Jahren zugänglich werden. Während der Annexion haben die anonymen Anzeigen kaum Papier produziert. Nach 1945 haben diese Denunziationen hingegen umfangreiche Spuren hinterlassen, die heute schon zugänglich sind. Ermittlungen, Internierungen und Verurteilungen konnten 1940-1944 wie nach 1944 das Resultat von Denunziationen sein.

Pointiert formuliert waren Denunziationen nicht in der Zwischenkriegszeit, aber sowohl im Nationalsozialismus als auch in der direkten Nachkriegszeit eine Bürgerpflicht. Unter dem Druck der Anpassung und des Terrors sowie der Angst vor Willkür war die Folgeabschätzung im Krieg gleichwohl eine andere als nach 1945, wo man den nationalistischen Tiraden des Eupener Bürgermeisters Hugo Zimmermann, der im Juli 1945 offen zur Denunziation aufrief[44], viel leichter mit Schweigen begegnen konnte.

Im Staatsarchiv Eupen befinden sich die Abschriften von mehreren hundert Anzeigen, die im Frühjahr und Sommer 1945 bei den städtischen Polizeibehörden eingegangen waren. Diese konnten sich sowohl gegen Einzelpersonen als auch gegen Gruppen richten[45]. Auffällig ist, dass die Zahl der Denunzianten recht gering ist, d. h. eine größere Zahl an Anzeigen stammt oft von derselben Person.

Vor 1940 waren Denunziationen Teil eines gut funktionierenden Rechtsstaates, in dem die Gerechtigkeit mancher Urteile vielleicht diskutiert werden könnte, aber Denunziationen den gesellschaftlichen Frieden nicht tiefgreifend störten. Nach 1940 war dies anders. Aus den von Carlo Lejeune und Klaus-Dieter Klauser gesammelten Zeitzeugenaussagen zu Denunziation in der Zeit von 1940-1950 wird das Klima des Misstrauens deutlich, das in Eupen-Malmedy in dieser Zeit regierte[46]. Vor allem für die deutsche Zeit 1940-1944 wussten viele Menschen nicht mehr, wem sie trauen konnten. Welche Folgen ein falsches Wort haben konnte, hing maßgeblich von den NS-Funktionären vor Ort ab. Ob diese Einheimische waren oder aus dem



Die tief dunkle Farbe im Osten bei der kartographischen Erfassung der Verurteilungen zeigt, dass die Zahl der Verurteilungen in Ostbelgien im Rahmen der strafrechtlichen Verfolgung der Kollaboration viermal höher lag als im Rest des Landes. Sie steht für das ambivalente Verhältnis von Politik und Justiz im Sonderfall Eupen-Malmedy-Sankt Vith.

„Altreich" stammten, war dabei nicht unbedingt maßgeblich.

Nach 1944 kam es spätestens mit den zivilen Berufungsverfahren zu Säuberungsurteilen zu einem deutlichen Druckabfall, da zu diesem Zeitpunkt die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt war. Die geschlagenen Wunden eiterten jedoch zum Teil noch Jahrzehnte. Politisch wurde der ostbelgischen Gesellschaft damit auch das Rückgrat gebrochen. Der Lernprozess (zurück) zum „aufrechten Gang"[47] erwies sich als langwierig.

Ein übergreifender Blick auf die Zäsuren und „sorties de guerre" in Eupen-Malmedy eröffnet neue Perspektiven auf die Regionalgeschichte. Diese können dadurch erweitert werden, dass die Darstellung zwischen den extremen Positionen von Prodeutschen und Probelgiern, Opfern und Tätern, Widerständlern und Mittätern durch das Konzept des situativen Opportunismus aufgebrochen wird. Durch die Darstellung der unzähligen lebensnahen Handlungsoptionen, von der Forschung als erfahrungsgeschichtliche Perspektive bezeichnet, können Leser leichter eine historische Orientierungskompetenz für ihr Hier und Jetzt entwickeln.

Endnoten

1 Vgl. Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz 1918-1940, Brüssel 2013, S. 119-122.

2 Vgl. Helmut Moll/Leo/Léon Trouet, in: ders., Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, Bd. I, Paderborn 2015, S. 338-341, berichtet beispielsweise, dass Trouet in der Nacht vom 2. auf den 3. November 1944 an den Folgen der Haftbedingungen starb. Laut Heinz Warny/Léon Trouet, in: ders., Lebensbilder aus Ostbelgien 1, Eupen 2017, wurde er Opfer eines amerikanischen Bombenangriffs auf Köln, der das Gefängnis am 7. November 1944 traf. Gesichert ist, dass er am 7.11.1944 beerdigt worden ist.

3 Das Vergessen der NS-Opfer und der Widerständler hat Christoph Brüll exemplarisch am Fall Mommer dargestellt, vgl. Christoph Brüll, Ein Schweigen, das Fragen aufwirft: Widerstand ohne Nachgeschichte?, in: Marie-Claire Mommer/Christoph Brüll (Hrsg.), Im Reich der spitzen Töne, Eupen 2017, S. 152-161.

4 Vgl. Vincent O'Connell, The Annexation of Eupen-Malmedy. Becoming Belgian 1919-1929, New York 2018.

5 Vgl. Pierre Van Werveke, Eupen-Malmedy. Où en sommes-nous?, o. O. 1937.

6 Generalstaatsarchiv 2, Brüssel, Akte Hubert Mießen; vgl. Werner Mießen, Hubert Mießen – eine ostbelgische Biographie im 20. Jahrhundert, in: Christoph Brüll (Hrsg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 163-190.

7 Vgl. Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1, Büllingen 2005, S. 153.

8 Vgl. Christoph Brüll, Vom Abklingen der Phantomschmerzen. Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy" 1949-1985, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 119/120 (2018), S. 352-381.

9 Vgl. Christoph Brüll, Die langen Schatten der Nachkriegszeit. Zur Eupener Bürgermeisterfrage 1964/65, in: Geschichtliches Eupen LI (2017), S. 101-127.

10 Vgl. Cécile Jouhanneau, Sorties de guerre: reconfiguration des normes et carrières combattantes, in: Cultures & Conflits, 77 (2010), S. 93-100.

11 Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1, S. 25; vgl. auch Carlo Lejeune/Andreas Fickers/Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft, Büllingen 2001; Brüll (Hrsg.), Zoom 1920-2010.

12 Freddy Cremer, Keine moralische Verpflichtung einer Selbsthinterfragung, in: Carlo Lejeune/Klaus-Dieter Klauser, Die Säuberung, Bd. 3: Verdrängte Erinnerungen – 340 Zeitzeugen berichten, Büllingen 2008, S. 330. Ähnlich auch schon: ders., Von den „Inciviques" zu den „Modellbelgiern". Als man den aufrechten Gang wieder lernen musste, in: ders., Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren, S. 99-116.

13 Siehe den Beitrag von Andreas Fickers und Christoph Brüll in diesem Band.

14 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 1.

15 Vgl. Olivier Radermacher, Les réfractaires à la Wehrmacht dans les „Dix Communes" annexées par le Reich 1940-1944, unveröffentl. Masterarbeit in Geschichte, Universität Lüttich 2015.

16 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 2, S. 192.

17 Vgl. Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, Zeitenblicke 3 (2004) Nr. 1. http://www.zeitenblicke.de/2004/01/fickers/ [22.08.2018]. Siehe auch den Beitrag von Philippe Beck, Christoph Brüll und Peter M. Quadflieg in diesem Band.

18 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland.

19 Vgl. Brüll, Vom Abklingen.

20 Vgl. Nicolas Dewald, L'indemnisation des enrôlés de force dans l'armée allemande, unveröffentl. Lizenzarbeit, Universität Lüttich 2005.

21 Vgl. Heinz Doepgen, Die Abtretung der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966, S. 98-104.

22 Das Folgende vgl. Brüll, Vom Abklingen.

23 Vgl. Ulrich Tiedau, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Kittel/Horst Möller/Jiří Pešek/Oldřich Tůma (Hrsg.), Deutschsprachige Minderheiten nach 1945. Ein europäischer Vergleich, München 2005, S. 435-522.

24 Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland an die Königlich Belgische Botschaft, 25.1.1954, in: Moniteur Belge, 30.6.1954, S. 4960f.

25 Vgl. Carlo Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925-1980, Köln/Weimar/Wien 1992, S. 135.

26 Vgl. ebd., S. 137f., vor allem MAE, 11246A, 5.4.1940, Cabinet du Premier Ministre.
27 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 1, S. 61-76.
28 Hinweise bei Sebastian Scharte, Preußisch-deutsch-belgisch. Nationale Erfahrung und Identität. Leben an der deutsch-belgischen Grenze im 19. Jahrhundert, Münster 2010.
29 Vgl. u. a. Lejeune, Säuberung, Bd. 3, S. 71-74.
30 Carlo Lejeune, Eine junge Demokratie, zu wenig Demokraten, in: ders./Andreas Fickers/Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft, Büllingen 2001, S. 63.
31 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 1; ders., Säuberung, Bd. 2.
32 Vgl. Juliano Assis de Mendonca, Schmuggel an der deutsch-belgischen Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Els Herrebout et al. (Hrsg.) Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg im belgisch-deutschen Grenzland. Annalen des Symposiums im Stadtarchiv Aachen am 13. und 14. November 2015, Brüssel 2018, S. 83-92; Myriam Kroll/Thomas Müller (Hrsg.), Mokka Türc & Marihuana. Schmuggel an der Aachener Grenze, Aachen 2015.
33 Vgl. Christoph Brüll, Eupen-Malmedy, in: Wolf Gruner/Jörg Osterloh, The Greater German Reich and the Jews. Nazi Persecution Policies in the Annexed Territories 1935-1945, New York 2017, S. 267-288 (kürzere dt. Fassung Frankfurt am Main 2010).
34 Vgl. Klaus Pabst, Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 77 (1966), S. 183-210.
35 Vgl. Carlo Lejeune/Alfred Rauw/Wilfried Jousten, Die große Suche nach Heimat und Teilhabe, in diesem Band.
36 Vgl. Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1978.
37 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 147-158.
38 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 2, S. 121.
39 Vgl. Christoph Brüll, The Clinique Psychiatrique des Frères Alexiens in Henri-Chapelle, Belgium, during WW II, unveröffentlichtes Manuskript 2016; Carlo Lejeune, Brüche und „Auf-Brüche" in der ostbelgischen Gesellschaft, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5, Eupen 2014, S. 268f.
40 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 2.
41 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 2, S. 153-164.
42 Vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 2, S. 82 (auf der Grundlage von John Gilissen, Etude statistique sur la répression de l'incivisme, in: Revue de droit pénal et de criminologie 5 (1951).
43 Vgl. Schärer, Annexionspolitik; Lejeune, Säuberung, Bd. 1.
44 Vgl. Cremer, Gang, S. 103f.
45 Vgl. Staatsarchiv Eupen (SAE), Stadt Eupen Neuzeit, 03-072, Nr. 1405 und 1406.
46 Vgl. Lejeune/Klauser, Säuberung, Bd. 3, S. 102-114.
47 Cremer, Gang, S. 99.

STAATLICHE BESCHLAGNAHME NACH DEN BEIDEN WELTKRIEGEN

DER TRIBUT DES KRIEGES

VON ELS HERREBOUT


dit notaire Barnich exposera en vente
-di 28 janvier 1947 à 3 heures, à l'hc
-la-Chapelle, à Eupen, à l'intervention de son conf
Malmedy, agissant en qualité de mandataire de l'Offi
'HOTEL - RESTAUR
Eupen, rue d'Aix-la-Chape
sous le nom de » Kur-Hot





Anmeldepflicht f

K.G. Brüssel, 9. Den Mitgliedern d Kammer ging am Donnerstag der Wor laut der Regierungsvorlage über die An sprüche gegenüber Sequesterguthabe zu.

Diese Gesetzvorlage, mit deren bald ger Annahme der Finanzminister rechne stellt ein Uebergangsgesetz dar.



Nach einem Krieg das Vermögen des ehemaligen Feindes zu beschlagnahmen, war eine in ganz Europa praktizierte Vergeltungsmaßnahme. Welche Wirrungen entstehen aber, wenn dies in einer Grenzregion geschieht, in der die Landesgrenzen verschoben werden? Wer war 1920 der Feind? Wer war nach 1945 der Feind? Vor welchen Herausforderungen steht ein Rechtsstaat, der diese Probleme lösen muss? Wie stark griffen diese Zwangsmaßnahmen in die Alltagserfahrungen der Menschen ein? Einblicke in einen bisher unbekannten Teil der Nachkriegsgeschichte(n).

„Le boche payera", „Der Deutsche wird's bezahlen". Dieser Satz zeugt von der ganzen Verbissenheit des Krieges. Im Jahr 1918 dauerte der Erste Weltkrieg bereits vier Jahre, Maschinengewehrfeuer und neuartige Artillerie hatten einen ungeheuerlichen Blutzoll gefordert. Belgien und Frankreich beklagten enorme Zerstörungen, Deutschland hungerte als Folge der Seeblockade und der vollständigen Umstellung der Wirtschaft auf die Rüstungsproduktion. Beide Seiten klammerten sich an Durchhalteparolen: „Gott strafe England" oder eben „Le boche payera".

Nach dem siegreichen Krieg drohten allerdings die Reparationen weit hinter den belgischen Erwartungen zurückzubleiben. Umso bewusster setzte das Land auf eine unmittelbar einsetzbare Sanktion: die Beschlagnahme und Zwangsverwaltung deutscher Vermögen. Dafür prägte sich ein Rechtsbegriff ein, der auch in Eupen-Malmedy sehr schnell in den allgemeinen Sprachgebrach übernommen wurde: das Sequester.

Zwangsverwaltung von deutschem Besitz

Vor dem Krieg bestanden intensive belgisch-deutsche Handels- und Finanzbeziehungen. Mit Kriegsende wollte Belgien den deutschen Einfluss auf die belgische Wirtschaft systematisch zurückdrängen und stellte deutsche Güter als „Feindeigentum" unter Sequesterverwaltung. Bezeichnenderweise führte Belgien die Repressalie bereits am 10. November 1918 ein, also einen Tag vor dem Waffenstillstand.

Durch das entsprechende Gesetzesdekret konnte das Gericht Erster Instanz den Staat dazu ermächtigen, Betriebe, Grundstücke oder sonstige Vermögenswerte von Bürgern und Unternehmen aus Feindstaaten zu beschlagnahmen und einen Zwangsverwalter einzusetzen. Die Prozedur endete entweder mit der Rückgabe an die Eigentümer, dem Verkauf der Güter oder mit der Verstaatlichung. Im letzteren Fall berief sich der Staat auf ein Zurückbehaltungsrecht und machte die Güter so zu Staatsbesitz.

Auch bei einem Verkauf (der sogenannten Liquidierung) floss das Geld unmittelbar in die Staatskasse. Die ursprünglichen Eigner konnten jedoch in diesem Fall einen Schadensersatz bei der deutschen Regierung in Berlin einfordern. Verhängt wurde das Sequester durch das Justizministerium, Aufsichtsbehörde war das Wirtschaftsministerium, während das Finanzministerium (und die ihm unterstellten sogenannten Domänenämter) die eigentliche Zwangsverwaltung der beschlagnahmten Werte zu übernehmen hatte[1].

Mit der Zwangsverwaltung von deutschem Besitz wollte Belgien das Staatsvermögen erhöhen. Die Einkünfte aus dem Verkauf dieser Güter sollten auf künftige Reparationszahlungen Deutschlands angerechnet werden. Brüssel hoffte zudem auf ein Druckmittel für mögliche Nachkriegsverhandlungen mit Deutschland. Gleichzeitig traf die Maßnahme die antideutschen Emotionen in der belgischen Bevölkerung.

Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Juni 1919 bedurften die Bestimmungen vom 10. November 1918 über die Behandlung von Feindesgut einer Anpassung und juristischen Konsolidierung in belgischen Gesetzen und Ausführungsbeschlüssen. Zentral war in den vorbereitenden Diskussionen in der Regierung und im Parlament die Frage,



Léon Delacroix (erster v.l.) führte von 1918 bis 1920 zwei Regierungen der nationalen Einheit an, die weitreichende Gesetze verabschiedeten wie beispielsweise das allgemeine Wahlrecht für Männer, den Achtstundentag oder den Wiederaufbau des Landes.

ob dabei zwischen dem deutschen Staat einerseits und deutschen Staatsbürgern andererseits unterschieden werden musste oder ob eine deutsche Kollektivschuld zugrunde gelegt werden sollte. Die Meinungen im Parlament waren geteilt. Ehe die Bestimmungen vom 10. November 1918 in einem Sequestergesetz entsprechend dem Versailler Vertrag novelliert werden konnten, vergingen zwei Jahre.

Das novellierte Gesetz über die Zwangsverwaltung und die Liquidierung von Gütern deutscher Staatsangehöriger (in Ausführung von Artikel 297 des Versailler Vertrages) wurde im Staatsblatt vom 23. November 1921 veröffentlicht. Es regelte die gesamte Prozedur vom Antrag auf Zwangsverwaltung bis hin zur Liquidierung von allen Gütern, Rechten und Interessen, die am Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrages deutschen Bürgern oder von Deutschen kontrollierten Gesellschaften auf belgischem Territorium gehörten. Es gab jedoch eine territoriale Ausnahme: das „neubelgische" Gebiet von Eupen-Malmedy. Wortwörtlich hieß es in der Ausnahmebestimmung: „Le territoire national non compris le territoire nouveau cédé à la Belgique en vertu du Traité de Versailles."

Sequester in Eupen-Malmedy

Die Ausnahmeregelung für Eupen-Malmedy kam nicht überraschend. Artikel 391b des Versailler Vertrages sah nämlich ausdrücklich die Möglichkeit vor, spezielle Maßnahmen für die Sequesterverwaltung und die Liquidierung von Gütern deutscher Staatsangehöriger in den von Deutschland abgetretenen Gebieten zu treffen, die noch nicht die volle Staatsangehörigkeit des neuen Staates erworben hatten. Von vornherein war der belgischen Regierung auch klar gewesen, dass das Sequesterverfahren zwar auch in den Ostkantonen angewandt werden konn-te, allerdings nur mit Vorsicht.

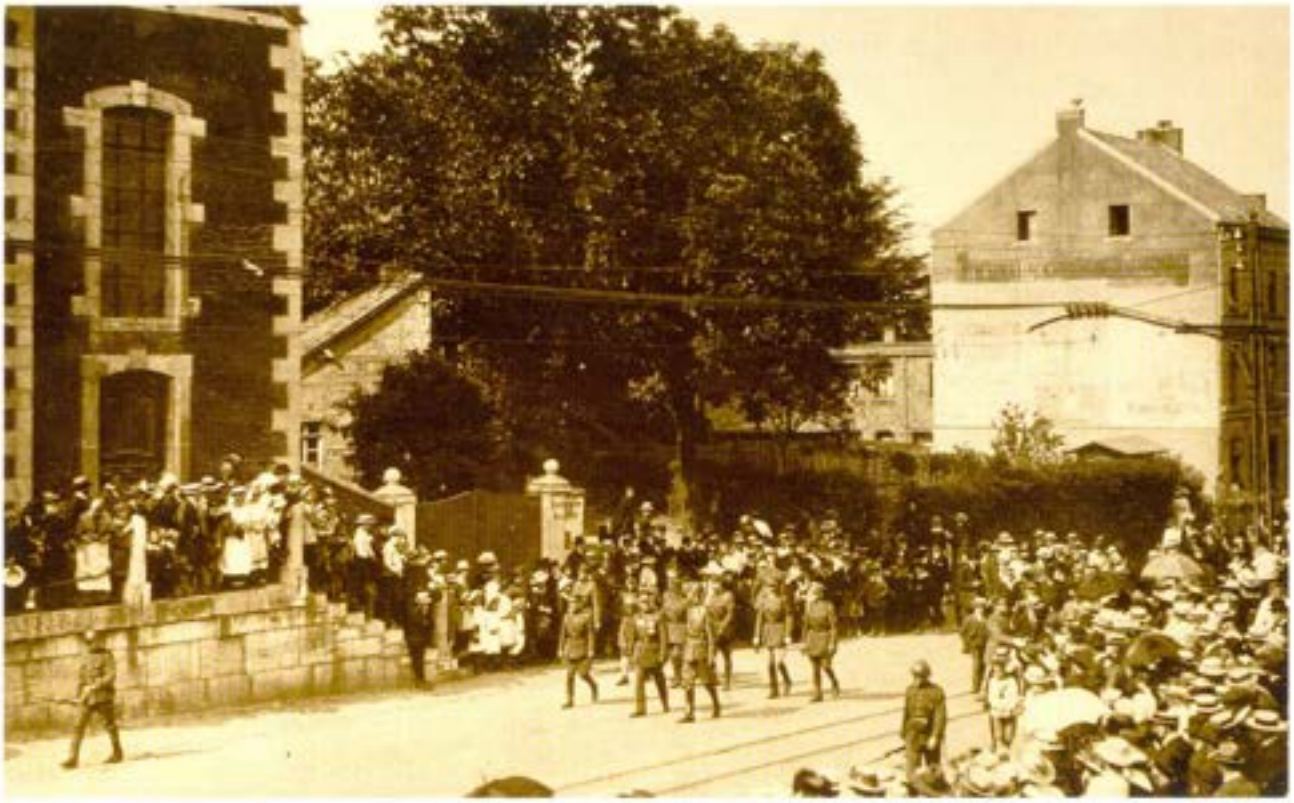
Als neue Bürger des belgischen Landes waren die „Neubelgier" prinzipiell vom Sequester freigestellt. Doch die Bevölkerung war Generationen lang deutsch gewesen, und vorerst waren nur wenige Herzen in Eupen-Malmedy für die neue Heimat gewonnen. Gleichzeitig hatten noch viele Deutsche, die nicht aus Eupen-Malmedy stammten oder die die deutsche Nationalität beibehalten hatten, Interessen und Eigentum in diesem Gebiet.

Da die belgische Regierung das erklärte, übergeordnete Ziel verfolgte, die „Neubelgier" in das neue Königreich zu integrieren, wollte sie zweigleisig fahren: Einerseits den deutschen Einfluss zurückdrängen und andererseits gleichzeitig die Wohlwollenden und Zögerer in Eupen-Malmedy überzeugen, den neuen Zustand zu akzeptieren und (gute) Belgier zu werden[2].

Noch vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Deutschland am 28. Juni 1919 forderte Justizminister Émile Vandervelde (POB) bereits Maßnahmen „en vue de réaliser la main levée du séquestre des biens de tous les Malmédiens et Eupenois"[3]. In „Neubelgien" sollte die

Sequestergesetze für Eupen-Malmedy

10.10.1918:	*Erstes belgisches Sequestergesetz*
20.01.1920:	*Inkrafttreten der Bestimmungen des Versailler Vertrages und Beginn des Gouvernements Baltia*
27.02.1920:	*Dekret Baltias zur Übertragung und Vermietung von Grundstücken*
20.09.1920:	*Anerkennung der belgischen Souveränität über Eupen-Malmedy durch den Völkerbund*
16.06.1921:	*Dekret Baltias zur Übertragung und Vermietung von Grundstücken*
01.08.1921:	*Dekret Baltias zur Einführung des Sequesters in Eupen-Malmedy*
23.11.1921:	*Novelliertes belgisches Sequestergesetz*
05.12.1921:	*Dekret Baltias zur Abänderung des Dekretes vom 1. August 1921*
09.08.1922:	*Dekret Baltias zu Maßnahmen betreffend Anzeige, Beschlagnahme und Liquidierung der Güter der deutschen Staatsangehörigen, die am 7. August 1921 in Eupen-Malmedy nicht ansässig waren*
06.10.1922:	*Dekret Baltias zur Abänderung des Dekretes über das Sequester vom 05.12.1921*
30.10.1924:	*Dekret Baltias zur Aufhebung des Sequesters über die ungeteilten Gemeinschaften*



Herman Baltia hatte als General-Gouverneur von Eupen-Malmedy fast uneingeschränkte Vollmachten, um die ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy auf eine Eingliederung in den belgischen Staat vorzubereiten.

Zwangsverwaltung nur in ganz außergewöhnlichen Fällen und unter Vorbehalt seiner Zustimmung fortgesetzt werden.

Wie sich später herausstellte, teilten nicht alle Minister diese Sichtweise. Außenminister Henri Jaspar (Parti catholique) hielt nichts von einer besonderen Sequesterregelung für Eupen-Malmedy und wollte den Zusatz „non compris le territoire ..." wieder streichen lassen[4]. Das scheiterte allerdings an der Person des Mannes, den die Regierung mit der Machtausübung in „Neubelgien" beauftragt hatte: Generalleutnant Herman Baltia. Der eigenwillige und selbstbewusste Politiker an der Spitze des Generalgouvernements drückte dem Sequester in Ostbelgien seinen Stempel auf und reizte dabei die weitgehenden Vollmachten, mit denen die Regierung ihn ausgestattet hatte, voll aus.

Das Übergangsregime unter Baltia

Baltias Handlungsweise, uneingeschränkt autonom zu handeln und trotzdem im Rahmen der Legalität zu bleiben, irritierte viele in Brüssel, machte es ihm aber möglich, die heikle Sequesterfrage zum Bestandteil seiner Annäherungspolitik an die „neubelgische" Bevölkerung zu machen. So wiesen seine Dekrete von 1921 und 1922 wichtige Unterschiede zu ihren belgischen Pendants auf.

Mit seinem ersten Dekret vom 1. August 1921 führte Baltia das Sequester in „Neubelgien" ein. Kurz darauf führte Brüssel bereits sein novelliertes Sequestergesetz (in dem auch schon die Aufhebung der Sequesterverwaltung thematisiert wurde) ein. Daraufhin passte Baltia am 9. August 1922 sein eigenes Dekret nach seinen Vorstellungen an. Durch seine Dekrete lag der Stichtag für die Sequesterverwaltung nicht wie im Brüsseler Gesetz auf dem Vortag des Waffenstillstands, sondern in Eupen-Malmedy auf dem Tag seines eigenen Amtsantritts, d. h. dem Tag des Inkrafttretens des Versailler Vertrages. So konnten die Reichsdeutschen ihre Güter vor dem Verlassen des „neubelgischen" Gebietes noch bis zum 20. Januar 1920 frei verkaufen.

Durch zwei weitere Dekrete[5] eröffnete Baltia den Reichsdeutschen die

Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen auch noch nach diesem Datum ihre Güter frei zu verkaufen. Sie entgingen somit der Beschlagnahme. Die Betroffenen – so hieß es – seien über diese Dekrete sehr gut informiert gewesen, auch schon vor der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die politischen Kreise in Brüssel sahen nur das Geld, das die Staatskasse verlor, weil der Staat die Güter nicht unter Sequester stellen konnte. Baltia hingegen schlug zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Deutschen verließen das Gebiet schneller, nachdem sie ihre Güter dort verkauft hatten, und er hatte ein wichtiges Instrument, um Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Blicken wir an dieser Stelle kurz zurück auf den Rahmen der Gesetze und Dekrete: Da das nationale Sequestergesetz auf das Eigentum von Bürgern deutscher Nationalität abzielte, war es wichtig, zu wissen, wer in den abgetretenen Gebieten (noch) Deutscher und wer (schon) Belgier war. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages unterschieden zwischen Deutschen, die bereits vor Kriegsanfang, am 1. August 1914, in Eupen-Malmedy wohnten, und solchen, die sich erst während des Krieges in Eupen-Malmedy niedergelassen hatten. Die erste Gruppe erwarb ohne Weiteres und endgültig die belgische Staatsangehörigkeit und verlor die deutsche Staatsangehörigkeit in dem Moment, in dem der Übergang der Staatshoheit über das Gebiet durch die Anerkennung des Völkerbundes am 20. September 1920 endgültig wurde.

Für Reichsangehörige, die sich erst nach dem 1. August 1914, also dem Kriegsbeginn, in Eupen-Malmedy niedergelassen hatten, sah die Situation anders aus. Sie konnten die belgische Staatsangehörigkeit nur mit einer Genehmigung der belgischen Regierung erwerben. Sechs königliche Erlasse verliehen ab dem 6. September 1921 insgesamt 1.443 deutschen Bürgern – die meisten davon Personen aus Ostbelgien – in Anwendung von Artikel 36 Absatz 2 des Versailler Vertrages das Recht, einen Antrag zu stellen, Belgier zu werden, und so legal in Belgien zu bleiben[6].

Als ab September 1921 die ersten Deutschen mit Genehmigung der Regierung Belgier geworden waren, stellte sich die Regierung die Frage, ob man die Sequesterverwaltung über ihren Besitz aufrechterhalten sollte oder nicht. Die Regierung tendierte zu einer



Baltia unterstanden zahlreiche Verwaltungsbeamte, die den Übergang der Region in administrativer, juristischer und politischer Hinsicht vorbereiteten.

Aufhebung. Vor allem der Finanzminister hielt eine weitere Sequesterverwaltung für kontraproduktiv[7]. Noch ehe Brüssel eine Entscheidung getroffen hatte, bestimmte Baltia eigenmächtig, dass seine Verwaltung diese Personen als vollwertige Staatsbürger zu betrachten habe, außer wenn es klare Belege einer feindlichen Haltung Belgien gegenüber gebe. Das implizierte für ihn, dass „le séquestré, dont leur biens sis en Belgique ont éventuellement été frappés, peut désormais être levé"[8].

Ein umstrittener Sonderweg

In seinem zweiten Sequesterdekret vom 9. August 1922 ging er noch weiter und ermächtigte sich selbst dazu, auch andere Zwangsverwaltungen teilweise oder komplett im öffentlichen Interesse aufzuheben („exceptionellement lorsque l'intérêt général lui paraîtra le justifier"). Diese Befugnis war sonst nur Richtern vorbehalten. Das gefiel dem Generalprokurator von Verviers nicht, der aber trotzdem notgedrungen die Mitarbeit seiner Dienste zusagte, da es im Sinne der Eingliederung der Kantone sei, „dont il importe de seconder la tâche délicate d'assimilation dans les régions récupérées"[9].

Aus der Korrespondenz des Brüsseler Finanzministeriums geht hervor, dass sich die damaligen Minister mehrmals über die große Macht Baltias ärgerten und seinen Regierungsstil als arrogant bewerteten. Bezeichnend für den Machtkampf zwischen Brüssel und Malmedy ist ein Briefwechsel zwischen dem damaligen katholischen Politiker Georges Theunis, Premier- und Finanzminister, und dem ebenfalls der Katholischen Partei angehörigen Innenminister Paul Berryer vom Februar 1923 über die Aufhebung der Sequesterverwaltung der Kammgarnwerke in Eupen, die Baltia gegen den Willen der Minister durchsetzte[10].

Daraus wird ersichtlich, dass Brüssel dem Gouverneur in Malmedy zwar zubilligte, beim Gericht eine Aufhebung zu beantragen, nicht aber eine solche autonom zu verfügen. Allerdings hatte Brüssel selbst dem Gouverneur weitreichendste Vollmachten erteilt und konnte wenig gegen seine eigenmächtige Auslegung tun. Es irritierte den Premier auch ungemein, dass Baltia die Briefe aus Malmedy an die Regierung von seinem Generalsekretär, Pierre van Werveke, unterschreiben ließ, obwohl er als Generalgouverneur der Einzige war, der dazu bevollmächtigt war[11].

Inzwischen verfolgte Baltia seine Ziele weiter: die Assimilation der „Neubelgier" durch Ausweisung deutscher Elemente und die Annäherung an die



Pierre van Werveke, ein Brüsseler Anwalt, war Generalsekretär der Übergangsregierung. Er blieb in dem „neubelgischen" Gebiet während Jahrzehnten aktiv.

Bevölkerung. Er versuchte, dies durch eine Sonderregelung für die Erbgemeinschaften von teils belgischen, teils deutschen Familien, eine in „Neubelgien" nicht selten vorkommende Konstellation, zu erreichen. Die Güter dieser Familien waren durch die Sequesterdekrete beschlagnahmt worden. Das verhinderte die Abwicklung der Erbschaften oft oder erschwerte sie enorm. Durch sein Dekret vom 30. Oktober 1924 bestimmte Baltia, dass Sequester von Erbgemeinschaften mit deutschen Miteigentumsanteilen (Verwandte bis zum vierten Grad) aufgehoben werden konnten, wenn einer der Erben in („Alt"-)Belgien oder „Neubelgien" wohnte und die belgische Nationalität hatte. Bedingung war, dass die Gemeinschaft vor Ende der Sondervollmachten des Hohen Kommissars aufgelöst werden musste. Da dies damals nicht absehbar war, war das eine ziemlich ungenaue Auflage.

Zunächst machte Baltia wenig Gebrauch von seinem Vorrecht, das er sich selbst zuerkannt hatte: die Aufhebung der Beschlagnahme. Doch kurz vor Ende seines Mandats bereitete er eine Reihe von Anfragen zur Aufhebung einiger nicht unbedeutender Sequesterfälle vor. Die Anträge wurden dem Gerichtspräsidenten von Verviers dann zu einem Zeitpunkt vorgelegt, als die Übergangszeit für Eupen-Malmedy abgeschlossen war, Baltia nicht mehr General-Gouverneur für die Ostkantone war und keine Verhandlung darüber mehr möglich war. In der administrativen Unordnung, die nach der Abberufung von Baltia herrschte, wurden die Sequester – in einem Gesamtwert von fünf Millionen Franken – aufgehoben, obwohl eigentlich eine neue gerichtliche Überprüfung nötig gewesen wäre[12].

Durch die Sequesteraufhebungen in extremis setzte Baltia sich später dem Vorwurf aus, nur reichen Leuten mit guten Beziehungen zu seiner Verwaltung geholfen zu haben[13]. Ihm wurde in Brüssel auch vorgehalten, durch seine Sequesterpolitik viel Geld für die belgische Staatskasse verloren zu haben. Baltia selbst beteuert in seinen Memoiren, dass gerade die Einkünfte aus Liquidationen von Sequestern mit dafür gesorgt hätten, dass die Aufnahme von Eupen-Malmedy in „die belgische Familie" die belgische Regierung nichts gekostet habe[14]. Seine Sequesterpolitik bewertete Baltia mit den Worten, dass besondere Umstände besondere Maßnahmen erfordert hätten.

„Je n'ai ni appliqué la loi belge ni la loi allemande, mais pris une mesure spéciale imposée par les circonstances dans les limites de mes pouvoirs. C'est ce qui a été fait en matière de séquestre, des circonstances spéciales amènent des mesures spéciales."[15]

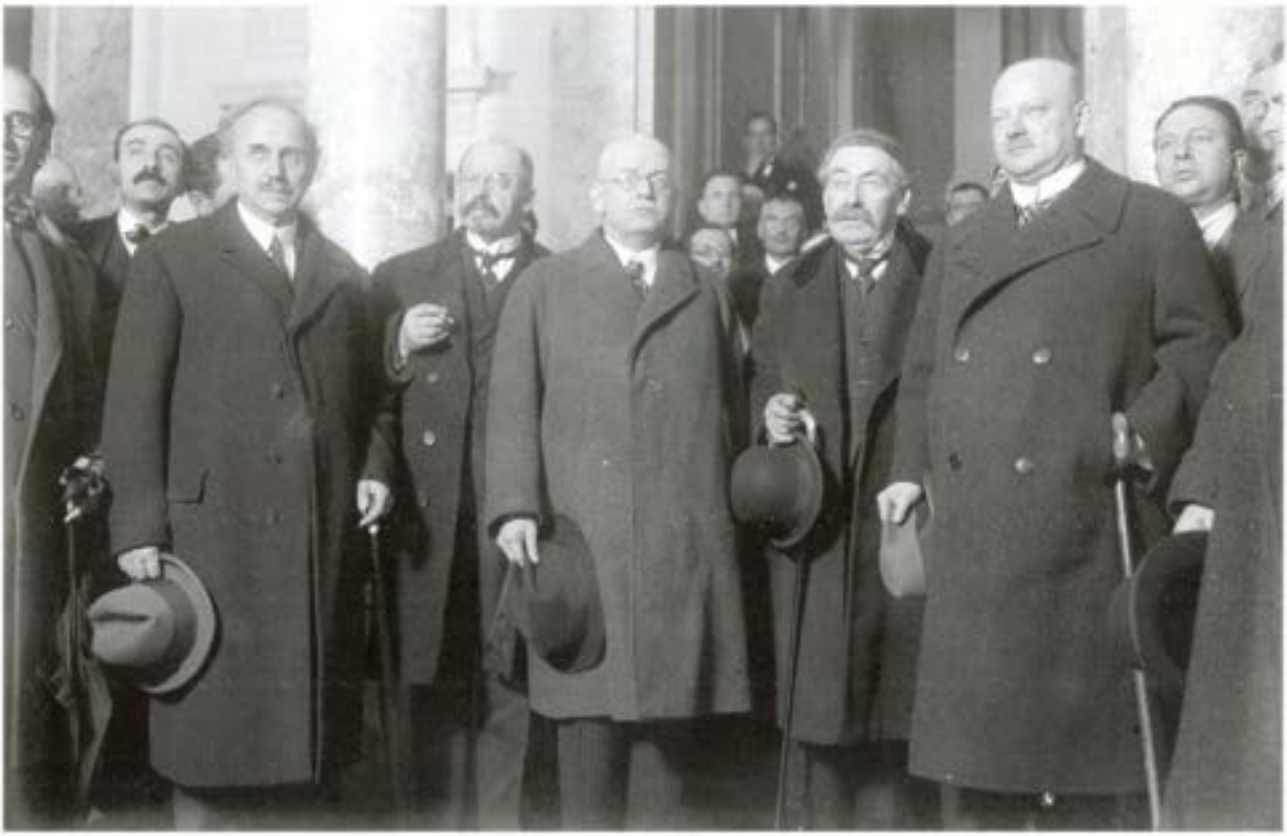
Das Ende des Sonderrechts

Auch nach dem Ende des Übergangsregimes unter Baltia blieben seine Sequestergesetze in Kraft. Baltias Befugnisse übte fortan der Finanzminister aus[16], der somit auch für eine mögliche Aufhebung der Sequester zuständig war.

Bis 1928 wurden in Ausführung des Baltia-Dekretes von 1922 in Ostbelgien 32 Sequester mit einem Gesamtwert von 4.550.000 Franken aufgehoben. Der Wert der noch aufrechterhaltenen staatlichen Beschlagnahmen wurde auf etwa sieben bis acht Millionen Franken geschätzt. Übrig blieb eine Reihe von kleineren Sequesterfällen. Die Regierung zögerte, diese aufzuheben, weil sie befürchtete, einen Hebel gegen die Deutschen zu verlieren, die vor Ort bleiben wollten, um die Integration der Ostkantone zu behindern[17]. Die Aufhebung hätte in „Neubelgien" als Schwäche Belgiens ausgelegt werden können und als Sieg und Ermutigung für „l'irrédentisme allemand"[18]. Darum setzte man weiterhin auf den Verkauf der staatlich beschlagnahmten Güter, allerdings mit Sondermaßnahmen für deutsch-belgische Familien und für Güter in direkter Grenzlage.

„Neubelgien" war jetzt zumindest formal ein Teil des Arrondissements Verviers und damit vollständig in Belgien eingegliedert. Doch der belgische Staat hatte haushalts- und finanzpolitische Probleme. Gleichzeitig verfügte die Nationalbank über einen großen Bestand an deutschen Devisen, die der Besatzer 1914 in Umlauf gebracht hatte. Dieser war durch die deutsche Hyperinflation und Währungsreform wertlos geworden. Vor diesem Hintergrund verhandelte Brüssel mit Berlin über eine Rückgabe von Eupen-Malmedy. Kurz vor einer Einigung scheiterten die Gespräche im Sommer 1926 an einem Veto Frankreichs.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben des belgischen Außenministers Émile Vandervelde an Finanzminister Albert-Edouard Janssen (Parti catholique) vom Oktober 1925. Weil die Industrie in Eupen-Malmedy nach dem Ende des Übergangsregimes schwer unter der neuen Zollregelung litt, die gerade in Kraft getreten war, schlug er vor, die Aufhebung der Sequester in „Neubelgien" zu erwägen, um Berlin zu flexiblen Zöllen gegenüber Einfuhren aus Ostbelgien zu



Genf, 1926: Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann, der französische Minister-Präsident Aristide Briand, der deutsche Reichskanzler Hans Luther, der belgische Minister-Präsident Émile Vandervelde und der Führer der italienischen Delegation Vittorio Scialoja am ersten Sitzungstag des Völkerbundes vor dem Hotel „Beau Rivage" (v.r.n.l.)

bewegen und die Sequester damit quasi zur Verhandlungsmasse zu machen[19]. Offenbar verlief dieser Vorschlag im Sande.

Problematisch war auch, dass die Behörden damals nicht genau wussten, wie umfangreich die staatlichen Beschlagnahmen in den Ostkantonen waren. Da sie außerdem eine hohe Dunkelziffer an „deutschen" Eigentümern, die noch gar nicht unter Sequester gestellt worden waren, befürchteten, beauftragten sie im Jahr 1928 die Finanzdienste (Sequesteramt, Domänen- und Einregistrierungsamt) mit einer sorgfältigen Prüfung der Grundbücher. Daher liegen für einige Gemeinden Zahlen vor[20].

Eine unendliche Geschichte?

Weiteres Zahlenmaterial liefert das Inventar der belgischen Sequesterverwaltung[21]. Dort finden sich insgesamt 645 Fälle von Privatpersonen aus dem deutsch-belgischen Grenzraum. Die genaue Zahl liegt zweifelsohne höher, denn es handelt sich hier vor allem um die bedeutenderen Fälle. Eine Reihe dieser individuellen Akten betrifft hiesige Unternehmen. Darunter zum Beispiel die Eupener Bierbrauerei, die Eupener Kammgarnwerke und die Firma Wilhelm Peters in Eupen, die Malmedyer Werke, die Malmedyer Papeterie und die Centrale d'Électricité, Eau et Gaz de Malmédy, die Vieille Montagne, diverse Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, aber auch Einrichtungen wie die Kreisverwaltungen (Malmedy und Monschau) und die evangelische Gemeinde von Monschau.

Darüber hinaus gibt es umfangreiche Akten zu Sequestrierungen von Wäldern, von Eisenbahnkonzessionen und von dutzenden Konzessionen von deutschen Bergbaugesellschaften in Ostbelgien. Bei den individuellen Akten von Privatpersonen handelt es sich meistens um gemischte deutsch-belgische Familien oder um deutsche Familien, die Eigentum in den belgischen Grenzdörfern besaßen. So traf das Sequester sehr oft deutsche Landwirte

aus grenznahen Ortschaften wie Kalterherberg, Roetgen oder Verschneid, die Wiesen auf der anderen Seite der neuen Staatsgrenze in Belgien hatten. Diese Landwirte mussten jahrelang ihre Grundstücke entbehren, ehe die staatliche Beschlagnahme aufgehoben wurde und die Grundstücke entweder liquidiert wurden oder die Landwirte ihr Eigentum zurückkaufen konnten. Bei mehreren Sequesterakten fallen die Namen von bekannten, alteingesessenen ostbelgischen Familien aus Landadel, Wirtschaft und Politik ins Auge.

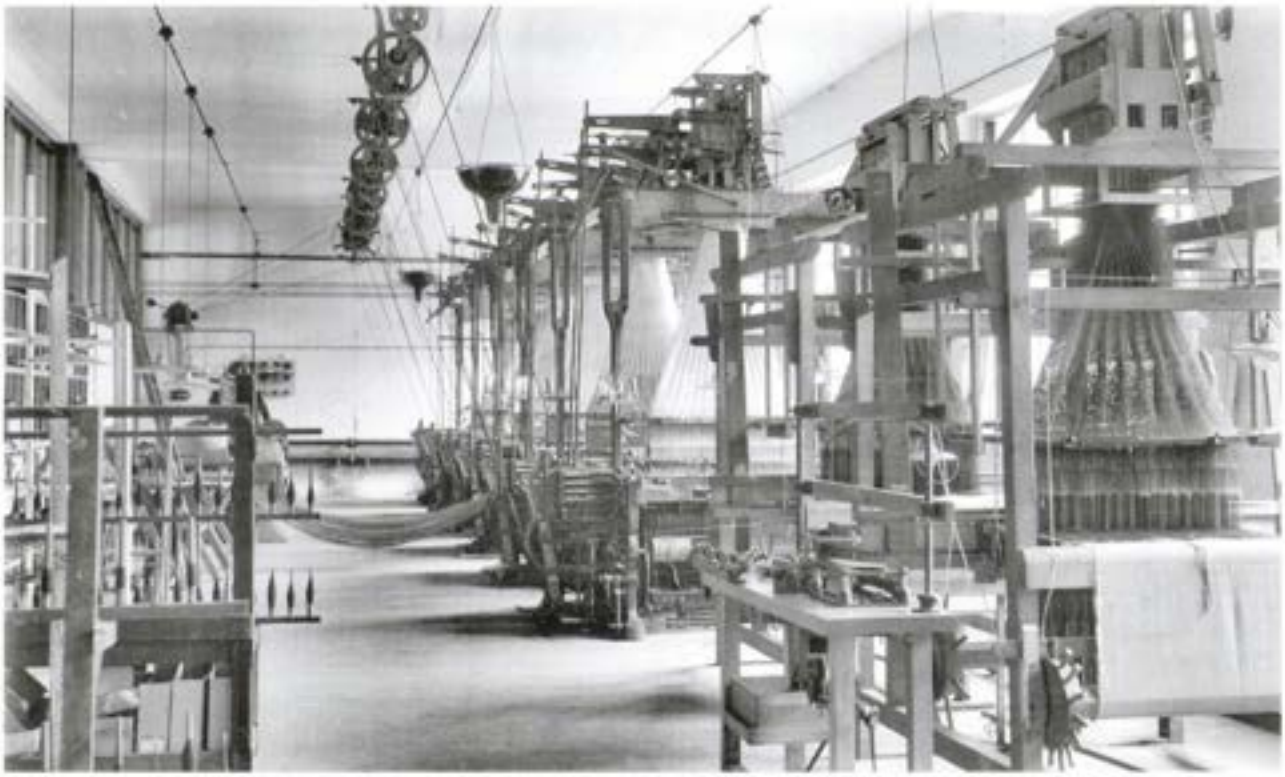
Über die Dauer und den Ablauf, über Aufhebung, Liquidierung oder Rückkauf der beschlagnahmten Güter in Ostbelgien nach dem Ersten Weltkrieg ist wenig bekannt. Beim Einregistrierungsamt in Eupen waren zwischen 1928 und 1934 noch 48 Sequesterfälle eingetragen[22].

Spätestens ab 1930 wurde auch in Eupen-Malmedy die Entspannung der internationalen Beziehungen nach dem Vertrag von Locarno und weiteren Bemühungen zur Verbesserung der deutsch-belgischen Beziehungen spürbar. Nun sollten alle Sequester aufgehoben werden. Trotzdem waren im Jahr 1938 noch nicht alle staatlichen Beschlagnahmen in „Neubelgien" aufgehoben. In einigen Fällen war den Eigentümern oder Erben selbst nicht klar, ob ihre Güter noch unter Sequester standen oder nicht. Die Notare in „Neubelgien" wollten Rechtssicherheit und forderten deshalb bei der zuständigen Behörde in Brüssel eine Liste der noch bestehenden staatlichen Beschlagnahmen an[23].

Sequester nach 1945

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Ostbelgien Feindvermögen vom belgischen Staat beschlagnahmt. Daneben gab es aber auch – und dies ist ein Unterschied zum Ersten Weltkrieg – Sequester für Verdächtigte, Beschuldigte und Verurteilte im Rahmen der Bestrafung von Kollaboration während der Annexionszeit.

Die Sequesterverwaltung von Feindvermögen wurde durch das Erlassgesetz vom 23. August 1944 ermöglicht. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg geschah die Beschlagnahme nun automatisch ohne richterliches Urteil. Wie



Zahlreiche Unternehmen, wie die Kammgarnwerke, waren in ihrem unternehmerischen Handeln nach dem Ersten, aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg durch staatliche Beschlagnahme behindert.

nach dem Ersten Weltkrieg war sie als Präventivmaßnahme gedacht, um die Bezahlung von Geldstrafen[24] sicherzustellen. So sollte die Wiedergutmachung für die in Belgien verursachten mannigfachtigen Schäden sichergestellt werden.

Auch in Ostbelgien wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit zahlreiche Feindvermögen vom Staat beschlagnahmt. Dabei handelte es sich oft um Deutsche (nicht selten aus Eupen-Malmedyer Familien stammend), die seit Jahren Eigentum in der Region hatten. Unterlagen aus den Gemeindearchiven zeigen, dass das Sequester auch Personen betraf, die sich bei der Befreiung im September 1944 zufällig hier aufhielten: Sie hatten während der Annexion als Lehrer oder Angestellte einer deutschen Verwaltung gearbeitet, sie waren wegen der Bombardierung von Städten wie Aachen und Köln als „Ausgebombte" hierhin geflüchtet oder sie hatten ihre Möbel und andere Habseligkeiten in den Grenzkreisen untergebracht. Nach der Befreiung wurden sie vertrieben oder mussten schnell das Land verlassen und ihre Güter zurücklassen.

In den Nachkriegsjahren wurden die Gemeinden mit Nachfragen des Sequesteramts über die Staatsangehörigkeit dieser Personen und die Gründe der damaligen Anwesenheit in Ostbelgien überhäuft. Die Betroffenen selbst versuchten, über die Gemeinden Auskunft über den Verbleib ihrer sequestrierten Güter und über die Möglichkeit, sie zurückzugewinnen, zu erhalten. Dabei schilderten sie ihre Sicht der Dinge. Oftmals klagten sie über Übergriffe durch Mitglieder der Weißen Armee oder durch Zivilisten.



Amtsstube des Gerichtsvollziehers
Mathieu Bäuer, Eupen, Marktplatz 12

Öffentliche Versteigerung

eines sehr schönen Mobiliars

Am Donnerstag, den 15. September 1949, um 9 Uhr morgens, in der Restauration Herbert Dujardin, in Kettenis-Merols (Haltestelle der Strassenbahn Eupen-Eynatten) wird der unterzeichnete Gerichtsvollzieher im Auftrage des Sequesteramtes das Mobiliar aus dem Sequester des Joseph Biermanns, Hergenrath, öffentlich und meistbietend versteigern, und zwar:

1. **Ein Esszimmer in dunkler Eiche:** Grosses, modernes Büffet, Anrichte; Standuhr, Ausziehtisch, 6 Polsterstühle, 2 Sessel, stummer Diener,
2. **Ein Wohnzimmer in dunkler Eiche:** Grosses Büffet, runder Tisch, 2 Klubsessel, Nähmaschine «Singer», Klavier.
3. **Ein modernes Esszimmer in poliertem Nussbaum:** Anrichte, langes Büffet mit Aufsatz, runder Ausziehtisch, 6 Polsterstühle, eine Couch.
4. **Büroeinrichtung in dunkler Eiche:** Bibliothek, Schreibtisch (Minister), runder Tisch, vier Klubsessel, eine Standuhr.
5. **Ein Schlafzimmer in dunkler Eiche:** Kleiderschrank, 2 Betten mit Federmatratzen und kompletten Bettzeug, Waschtisch mit Spiegel und Marmor, 2 Nachttische, zwei Schemel.
6. **Schlafzimmer in heller Eiche:** Kleiderschrank, zwei Betten mit Federmatratzen, Waschtisch mit Spiegel und Marmor, 2 Nachttische, 1 Stuhl.
7. **Schlafzimmer, weiss lackiert:** Ein Bett u. Bettzeug, Kleiderschrank, Waschtisch mit Spiegel, 1 Stuhl
8. **Kücheneinrichtung:** Weiss lackiert: Zwei Buffets, 1 runder Tisch, ein Küchentisch, 3 Stühle, weiss emaillierter Küchenherd.

Teppiche, Läufer, Bilder, Gemälde, Akkordeon, «Hohner-Student», Uhren, Küchenwaage, Einmarkgläser, Lampen, Leuchter, Wäsche, Kleider, viele Bücher, Bowle mit Krügen, Bronzen, Gläser, Zierteller, Vasen usw. usw.

Ausstellung und Besichtigung der Sachen: Sonntag, den 11. September 1949, im Saale Dujardin, von 10 bis 13 Uhr.

Barzahlung. — 20% Aufgeld.

9247) **Mathieu Bäuer.**

In zahlreichen Anzeigen, die wie Hausratslisten der betroffenen Familien wirken, wurden die Versteigerungen des Sequesteramtes angekündigt.

Beschlagnahme von Feindvermögen

Ab 1947 wurde die Aufhebung des Sequesters für Bürger von Feindstaaten möglich, die der belgischen oder alliierten Sache gedient hatten oder die durch Nazi-Deutschland als Feind betrachtet worden waren. Für alle anderen Sequester sah das Gesetz jahrelang nur die Aufbewahrung, Überwachung und Verwaltung vor. Ein Verkauf war noch nicht möglich, da es noch kein Gesetz über die Liquidierung feindlichen Eigentums gab. Trotzdem gab es Ausnahmen. 1945 organisierte das Sequesteramt von Eupen bereits öffentliche Verkäufe von Mobilien (Gegenstände, Hausrat und Mobiliar) aus sequestriertem Privat- oder Firmenbesitz, die durch Annoncen in der Zeitung bekannt gemacht wurden. Potentielle Käufer mussten ein Zivismuszeugnis vorlegen, d. h. eine Bürgerlichkeitsbescheinigung, die ihr tadelloses Verhalten während der Annexion belegen sollte. Im August 1945 wurde allen Personen, deren Mobiliar durch Kriegseinwirkung vernichtet worden war, genehmigt, bestimmte Möbel aus der Sequestermasse zu kaufen[25]. Die Kriegsgeschädigten mussten beim Sequesteramt einen Antrag stellen und dabei die Nummer ihrer Kriegsschadensakte beim Wiederaufbauministerium angeben.

Obwohl das Pariser Reparationsabkommen vom 14. Januar 1946 Belgien ermöglicht hatte, sofort die Liquidierung der Sequester vorzunehmen und den Ertrag dem interalliierten Reparationsfonds zu melden, ließ ein solches Gesetz in Belgien auf sich warten. Ein erster Entwurf wurde 1948 eingereicht. Ende des Jahres wurden die Gläubiger, die Ansprüche auf vom belgischen Staat beschlagnahmte deutsche Gutha-



Einzelnummer 1.25 Fr.
H. R. Verviers 1461
Postsch.-No. 750034
Bezugspreis:
1. Okt. bis 31. Dez.
90.00 Fr.
monatlich 30.00 Fr.
Anzeigen nach Tarif.
Geschäftsstunden: v. 8-12 Uhr
und von 14-17 Uhr

Grenz-Echo

Die führende Tageszeitung der belgischen Ostgebiete

Klosterstraße 8, Eupen — Telefon: Nr. 1240: Direktion und Schriftleitung Nr. 1237: Geschäftsstelle und Anzeigen

21. Jahrg. Nr. 286
Freitag
10
DEZEMBER 1948
Melchiades

IN DER
Senatkommission für Wiederaufbau

Anmeldepflicht für Ansprüche gegenüber Sequestergutheben

Auf dem Wege zur europäischen Zollunion

Die Streikhilfe britischer Bergarbeiter vor dem Unterhause

Für den Osten oder den Westen...

Im zwischen West und Ost

ben hatten, aufgerufen, diese bis zum 10. Januar 1949 einzureichen.

Eheliche Gütergemeinschaften als Problem

Da Eupen-Malmedy von 1940 bis 1944 annektiert und nicht Teil des besetzten Belgiens gewesen war, wurde das Sequestergesetz von 1944 in Ostbelgien als ungerecht empfunden. In einer Note an Finanzminister Gaston Eyskens (PSC) erklärte der beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen 1949, dass „die volle Anwendung des Gesetzes zahlreiche Härten hervorgerufen" habe und keineswegs geeignet sei, „die baldige und völlige Assimilierung dieser Gebiete zu begünstigen"[26].

Güter von Ostbelgiern, die aus Existenzgründen in Deutschland wohnten, oder Frauen, die während des Krieges einen Deutschen geheiratet hatten und noch die deutsche Nationalität besaßen, unterlagen der Sequestrierung. Sogar Belgierinnen, die vor dem Krieg einen Deutschen geheiratet hatten, belgisch geblieben waren und vor Ort wohnten, wurden dazu aufgefordert, den Anteil ihres oft noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen oder verstorbenen deutschen Ehemannes zur staatlichen Beschlagnahme anzumelden. Hierunter fiel dann auch der belgische Teil der Ehegemeinschaft. Bei Erbteilungen mit Familienmitgliedern deutscher Staatsangehörigkeit – und das war in sehr vielen Familien der Fall – wurden die Anteile der Deutschen unter Sequester gestellt. Die Erbteilung wurde dadurch erschwert oder sogar unmöglich gemacht.

Oft musste das verbleibende Familienvermögen öffentlich verkauft werden. Solche „tieffühlbaren Eingriffe in das Leben und Vermögen der ostbelgischen Familien", so schrieb Hoen 1949, „[können] keineswegs der Sinn des Gesetzgebers gewesen sein". Er plädierte für „gangbare und praktische Mittel und Wege für eine mildernde Anwendung des Gesetzes".

Der sozialistische Eupener Politiker Karl Weiss pflichtete ihm bei und nannte solche Zustände in einem Brief an den Kammerabgeordneten Peter Kofferschläger (CSP) unmoralisch. Sie riefen Verbitterung hervor und hätten vor allem negative Auswirkungen auf die belgisch Gesinnten in Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Viele von diesen hätten sich wegen der ungeschickten Verfolgungen seitens der Kriegsauditorate bereits von dieser Gesinnung abgekehrt[27]. Hoen und Weiss verwiesen auf Baltias Sequestergesetzgebung, die beispielhaft gewesen sei.

Die Intervention der ostbelgischen Politiker war erfolgreich. Das neue Sequestergesetz, das am 14. Juli 1951 verabschiedet wurde, enthielt in Artikel



Auszug.

Familie Peter Britz - Oberhausen/Rhl.

Krinkel, Nr. 35

1. Schlafzimmereinrichtung bestehend aus :

1 Doppelbett
1 Kleiderschrank mit Inhalt
1 Nachttisch
2 Kinderbetten
2 Nachttischchen
2 Garderoben
2 Stühle
1 Waschtruhe

2. Kücheneinrichtung bestehend aus :

1 Kochherd
2 Küchenschränke mit Inhalt an Porzellan und Küchengeräte
1 Geschirr
1 elektr. Heizofen
2 Tische
2 Sofas
5 Stühle
1 Rundfunkgerät

3. Sonstiges :

2 Kleine Tische
1 Krippe
1 Nähmaschine mit Zubehör
1 grosser Verbrauchsartikel mit Inhalt
1 Handkoffer
46 Diverse Eingemachtes
1 grosser Bilderrahmenspiegel
3 Bilder
Anzüge und Kleidungsstücke

In den Archiven befinden sich zahlreiche Listen von beschlagnahmtem Hausrat, der in der Regel versteigert wurde.

20 bis 22 „Bestimmungen, ausschließlich gültig für den gewaltsam der deutschen Gesetzgebung unterstellten Teil belgischen Gebiets". Diese Artikel bestimmten, dass die Liegenschaften deutscher Staatsangehöriger in den Ostkantonen von allen Sequestermaßnahmen befreit werden konnten, falls die Eigentümer zwischen dem 10. Mai 1940 und dem 25. Januar 1946 in diesen Gebieten ihren Wohnsitz hatten oder dort geboren waren oder seit dem 1. Januar 1950 selbst dort wohnten.

Bedingung war, dass die Beteiligten nicht wegen Vergehen gegen die äußere Staatssicherheit verurteilt und ihnen nicht die politischen oder bürgerlichen Rechte entzogen worden waren. In Artikel 21 gab es Erleichterungen für gemischte deutsch-belgische Erbgemeinschaften. In bestimmten Fällen konnte das Sequester aufgehoben werden, in anderen konnten die belgischen Teilhaber aus der Erbgemeinschaft durch Zahlung an das Sequesteramt die Aufhebung des Sequesters erkaufen.

Die Deutschen in den Ostkantonen wurden also, wie nach dem Ersten Weltkrieg unter Baltia, einem Sonderregime unterworfen. Sie konnten von allen Sequestermaßnahmen befreit werden, aber nur unter der Bedingung, dass sie sich während des Krieges nichts zu Schulden hatten kommen lassen[28].

Obwohl das neue Sequestergesetz generell bestimmte, dass die staatlich beschlagnahmten Güter, die nicht aufgehoben werden konnten, verkauft werden sollten und die hiesigen Sequesterämter damit auch sofort begannen, wurden diese einige Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes von Minister Paul van Zeeland (PSC) plötzlich angewiesen, den Verkauf der deutschen Liegenschaften, die sich in einer Zone von fünf Kilometern längs der belgisch-deutschen Grenze befanden, einzustellen[29]. Der Beschluss des Außenministers ging auf die Ankündigung bevorstehender belgisch-deutscher Verhandlungen über die Grenzberichtigungen zurück.

Ein Beispiel: Im Zuge der belgischen Reparationsforderungen nach 1945 war die Frage des Waldbesitzes deutscher Gemeinden in belgischen Grenzgemeinden Gegenstand vieler Petitionen gewesen. Den Höhepunkt hatte diese Frage mit der „Revolte von Mützenich" im Mai 1949 erreicht, als der dortige Gemeinderat befürchten musste, seine Waldungen auf dem Gebiet der Stadt Eupen endgültig zu verlieren[30].

Die Fünfkilometerzone

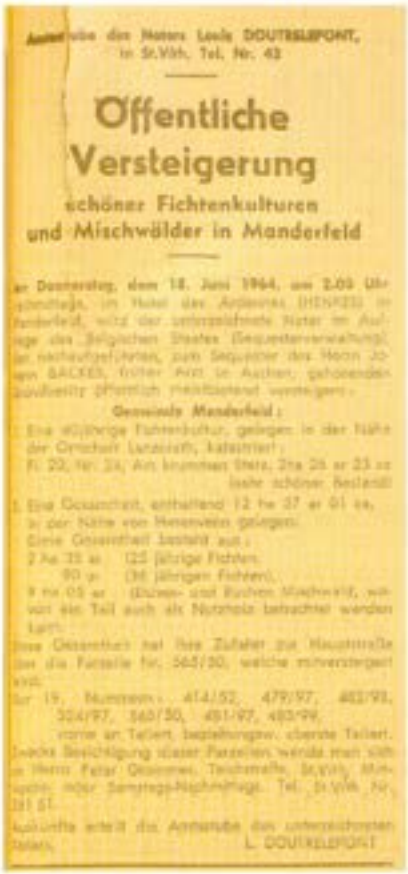
Diese Bestimmung war sehr wichtig für Ostbelgien, denn in dieser Fünfkilometerzone befanden sich Parzellen mit einer Gesamtoberfläche von etwa 700 Hektar. Betroffen waren vor allem Liegenschaften von dutzenden deutschen Landwirten in den Grenzgemeinden, die durch die Sequestermaß-

nahmen ihre Wiesen und Felder nicht mehr bewirtschaften konnten. Meist wurden sie vorübergehend von belgischen Landwirten genutzt. Genaue Zahlen über die Anzahl der Sequesterfälle gibt es nicht. Das *Grenz-Echo* übernahm 1951 von einer „gut informierten Stelle" die Zahl von 2.640 Akten des Sequesteramts, die sich auf Fälle mit Grundstücken und Gebäuden in den Ostkantonen mit einer „ausgedehnten Zahl von Hektaren" bezögen[11].

Eine Sonderrolle spielten die Dörfer Losheim, Hemmeres und Bildchen, die von 1949 bis 1958 unter belgischer Verwaltung standen[12]. Kurz vor der Rückkehr nach Deutschland machten sich die Landwirte aus diesen Gemeinden große Sorgen über ihre Ländereien in den belgischen Gemeinden. Bislang hatten sie frei darüber verfügen können. Jetzt mussten sie befürchten, dass diese nach der Rückgabe des Gebietes an Deutschland unter Sequester gestellt und verkauft werden sollten[13].

Die 1951 vom Außenminister van Zeeland angesprochenen Grenzverhandlungen über die Grenzberichtigung dauerten fünf Jahre und gipfelten im belgisch-deutschen Staatsvertrag vom 24. September 1956. Artikel 6 dieses Vertrages bot den deutschen Eigentümern von Liegenschaften innerhalb der Fünfkilometerzone die Möglichkeit, wieder in den Besitz ihres beschlagnahmten Eigentums zu gelangen, sofern sie den Wert dieses Eigentums an das Sequesteramt bezahlten. Sie mussten also ihre beschlagnahmten Güter de facto zurückkaufen.

Die neuen Bestimmungen konnten nicht sofort angewandt werden, da der



Öffentliche Versteigerung

schöner Fichtenkulturen und Mischwälder in Manderfeld

Gemeinde Manderfeld:

Vor allem in Grenznähe schränkte die staatliche Beschlagnahme die wirtschaftliche Tätigkeit von Landwirten und Waldbesitzern ein. Es dauerte bis in die 1960er Jahre, bevor die Mehrzahl der Akten abgearbeitet waren.

Vertrag vom September 1956 erst durch das Gesetz vom 28. April 1958 in Kraft trat[14]. Ab diesem Zeitpunkt konnte die Anwendung des Artikels 6 auf dem Wege einer Verwaltungsbestimmung geregelt werden. Die deutschen Eigentümer mussten dazu einen Antrag beim Sequesteramt in Lüttich stellen und darin belegen, dass sie Landwirt waren und dass der beschlagnahmte Grundbesitz „grenzdurchschnitten" war. Bewilligte das Amt die Aufhebung der Beschlagnahme, so wurde den Betroffenen mitgeteilt, wie viel sie zu zahlen hatten. Die Aufhebung der Beschlagnahme erfolgte erst nach Zahlung der vollen Summe[15]. Danach konnten die Eigentümer ihre Ansprüche zwecks Entschädigung im Rahmen der Kriegsfolgengesetzgebung in der Bundesrepublik anmelden und das Geld von den deutschen Behörden zurückverlangen.

Die Zehnkilometerzone

Welche Regelung konnte aber für die Liegenschaften gefunden werden, die außerhalb der Fünfkilometerzone lagen und nicht "grenzdurchschnitten" waren? Diese beschlagnahmten Güter wurden öffentlich verkauft. Die deutschen Eigentümer hatten aber nicht das Recht, an der Versteigerung teilzunehmen, was sehr oft dazu führte, dass Belgier als Strohmann fungierten.

Der Grenzvertrag von 1956 hatte eine gemischt deutsch-belgische Kommission vorgesehen, die über die Berechtigung der deutschen Eigentümer zur Teilnahme an der Versteigerung ihres Grundbesitzes entscheiden musste. Es dauerte aber bis 1960, ehe die Kommission eingesetzt wurde. In ihrer konstituierenden Sitzung am 6. September 1960 in Aachen ermächtigte sie generell diejenigen deutschen Eigentümer, die Landwirte waren und weniger als zehn Kilometer von der beschlagnahmten Liegenschaft wohnten, als Käufer ihrer Liegenschaften aufzutreten. Es handelte sich um 77 Fälle mit einer Gesamtfläche von mindestens 130 Hektar[16].

Sequester wegen Kollaboration

Die Beschlagnahme des Eigentums von Personen oder Rechtspersonen, die der Kollaboration verdächtigt, beschuldigt oder deswegen verurteilt waren[17],

wurde Anfang 1945 durch das Erlassgesetz vom 17. Januar 1945 eingeführt[38]. Während das Sequester auf Feindesgut eine Kriegsmaßnahme war, diente diese Form des Sequesters als zivilrechtliche Vorsichtsmaßnahme, um sicherzustellen, dass die Vermögenssanktionen durchgeführt werden konnten. Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung hatte in den Monaten zuvor verschiedenen Kollaborateuren die Möglichkeit geboten, ihre sogenannte Vermögenslosigkeit zu organisieren[39].

Das Sequester wurde von Rechts wegen auferlegt, wenn jemand der Kollaboration beschuldigt und deswegen verurteilt worden war. Diese Beschlagnahme konnte mit keinerlei Rechtsmitteln angefochten werden. Eigentum von der Kollaboration Verdächtigten dagegen konnte nur nach einem Urteil des Präsidenten des Gerichts Erster Instanz auf Anfrage eines Militärauditors oder eines Staatsanwalts konfisziert werden. In diesen Fällen war ein Einspruch beim Gericht Erster Instanz möglich.

Stand ein Gut unter Sequester, so wurde es vom Sequesterdienst verwaltet. Der Eigentümer wurde verhandlungs- und verfügungsunfähig. Das hatte Folgen für die Rechte der Ehefrauen auf ihren Teil der Güter in der Ehegemeinschaft. Deswegen beantragten viele betroffene Frauen beim Gericht Erster Instanz Gütertrennung. Fand das Gericht aber heraus, dass die Gütertrennung nur beantragt wurde, um Aktiva sicherzustellen, so wurde sie verworfen. Anderenfalls wurde dem Antrag meistens stattgegeben, allerdings nur für die Zukunft. Die bereits vorher während der Ehe erworbenen Güter wurden nicht geteilt, und das Sequester blieb auf allen Gütern bestehen, die sich bis zum Antrag in der Gemeinschaft befanden.

In einigen klar definierten Fällen konnte das Sequester aufgehoben werden. Wenn der Beschlagnahmte genügend Garantien für die Erfüllung seiner eventuellen Verpflichtungen vorlegen konnte, durfte er die teilweise oder komplette Aufhebung des Sequesters beantragen. Ein Freispruch oder eine Verfahrenseinstellung führte selbstverständlich ebenfalls zur Aufhebung. Das Gleiche galt auch beim Tod eines Sequestrierten. Schließlich wurde die Beschlagnahme auch in dem Moment aufgehoben, in dem der Sequestrierte alle Schulden gegenüber öffentlichen Behörden beglichen hatte.

Die Überforderung der Ämter

Wegen der hohen Anzahl Ermittlungsverfahren, die die Militärgerichte eröffnet hatten, war das Sequesteramt überfordert. Es musste seine Strategie anpassen. Es sah sich „devant une tâche disproportionnée aux moyens dont il disposait"[40]. Die Mitarbeiter stellten schnell fest, dass die Beschlagnahme von kleinen Vermögen wenig Sinn machte. Auf Anfrage des Dienstes wurden ab März 1945 nur noch in den Fällen Güter beschlagnahmt, bei denen der Staat als Nebenkläger auftrat.

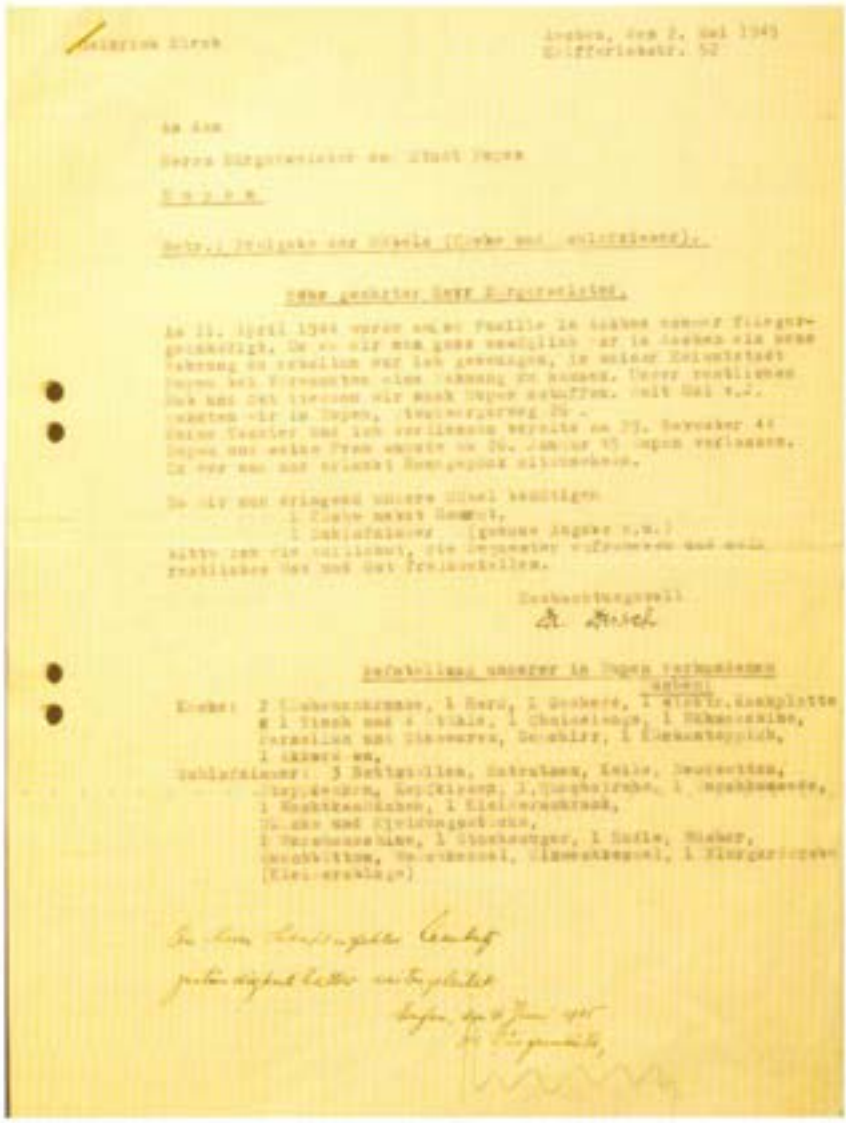
Dies betraf einerseits Fälle wirtschaftlicher Kollaboration und andererseits Fälle politischer, administrativer, intellektueller, kultureller und militärischer Zusammenarbeit mit dem Feind, wenn dabei Führungspersonen involviert waren oder solche Personen, die sich durch die Kollaboration bereichert hatten[41]. Nicht verwunderlich also, dass das Sequesteramt die Bürgermeister in den ersten Nachkriegsjahren mit Nachfragen nach der Gesinnung und dem Verhalten der Sequestrierten während des Krieges überschüttete.

Das neue Sequestergesetz trat am 14. Juli 1951 in Kraft.[42] Es ermöglichte, die Beschlagnahme von Gütern deutscher oder österreichischer Staatsbürger, die während des Krieges in Belgien gewohnt hatten und sich nichts zu Schulden hatten kommen lassen, aufzuheben. Die übrig gebliebenen Sequester konnten liquidiert werden. In Artikel 18 des Gesetzes war definiert, in welchen Fällen Personen „sich etwas zu Schulden hatten kommen" lassen: wenn sie wegen eines Vergehens gegen die Staatssicherheit verurteilt worden waren, wenn ihnen die politischen und bürgerlichen Rechte aufgrund der Verordnung vom 19. September 1945[43] und des Gesetzes vom 14. Juni 1948[44] abgesprochen worden waren oder wenn sie aufgrund ihres feindlichen Verhaltens während des Krieges Gegenstand einer verwaltungspolizeilichen Maßnahme (insbesondere Ausweisung) gewesen waren.

Das Sequesteramt sah sich vor allem bei den Sequesterfällen von Unternehmen vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Es musste für den Staat die Gelder eintreiben und gleichzeitig dafür sorgen, dass das wirtschaftliche Leben nicht unter der schweren Sequesterlast der Firmen litt. Die gesamten Schadensersatzforderungen lagen nämlich meistens höher als der Gesamtwert aller Güter, die die Betroffenen besaßen.

Ein Fallbeispiel

Am Fall des Eupener Hoteliers Bernhard Bredohl zeigt sich, wie sich diverse



Aachen, den 2. Mai 1945
Wilhelmstraße 52

An den
Herrn Bürgermeister der Stadt Eupen

Eupen

Betr.: Schließung der Gaststätte [Name unleserlich].

Ohne gerichtlichen Befehl durchgeführt.

Am 11. April 1945 waren wir [illegible] Eupen [illegible]. Da es [illegible] wir [illegible] Eupen [illegible] Wohnung [illegible] Eupen, Heidbergerweg 26 [illegible] Eupen [illegible] Da wir nun [illegible]

Da wir nun dringend unsere Möbel benötigen
1 Zimmer meist Eiche,
1 Schlafzimmer [gehen Angabe n.m.]
bitte [illegible] Eupen [illegible]

Hochachtungsvoll
[illegible]

Aufstellung unserer in Eupen verbliebenen [illegible]

Küche: 2 Hängeschränke, 1 Herd, 1 Anrichte, 1 Arbeitstisch, 1 Spülbecken mit 1 Tisch und 4 Stühle, 1 Chaiselongue, 1 Bücherschrank, 1 Couch, 1 Sessel, 1 Schreibtisch, 1 Schreibtischstuhl, 1 Aktenschrank,
Schlafzimmer: 3 Bettstellen, Matratzen, Betten, Deckbetten, Kopfkissen, Bettücher, 1 Kleiderschrank, 1 Waschkommode, 1 Nachttischchen, 1 Kleiderständer, 1 Spiegelschrank, 1 Waschkommode, 1 Nachttischchen, 1 Kleiderständer,
[illegible] und Zierdeckchen,
1 Herrenschrank, 1 Chaiselongue, 1 Couch, 1 Sessel, 1 Waschkommode, 1 Nachttischchen, 1 Kleiderständer,
[illegible] und Zierdeckchen,
1 Herrenschrank, 1 Chaiselongue, 1 Couch, 1 Sessel, Bücher, Nachttischchen, Waschkommode, 1 Kleiderständer,
[illegible] [illegible] [illegible] [



Bernhard Bredohl (in vorderster Reihe links), vor dem Zweiten Weltkrieg eine der Symbolfiguren der Heimattreuen Front, hegte deutliche Sympathien für den Nationalsozialismus.

Doch auch verschiedene Lieferanten, lokale Unternehmen sowie belgische und ausländische Banken meldeten beim Sequesteramt Forderungen wegen ausstehender Verbindlichkeiten von Bredohl über etwa 766.000 Franken an. Hinzu kamen 25.600 Franken Anwalts- und Gerichtskosten, 81.000 Franken Verfahrenskosten der Sequesterverwaltung und 35.000 Franken (normale) Steuerlasten. Die Forderungen an Bredohl beliefen sich somit auf rund 2.500.000 Franken. Der Verkauf des Kurhotels samt Mobiliar am 28. Januar 1947 durch das Sequesteramt erbrachte 820.000 Franken, 40.000 Franken wurden ausgezahlt als Entschädigung für Besatzungsschäden. Die 860.000 Franken deckten aber bei weitem nicht die vom Staat und von den Gläubigern geforderte Gesamtsumme von 2.500.000 Franken ab. Die Restsumme von 1.574.000 Franken forderte der Staat 1950 von den Erben Bernhard Bredohls ein. Er selbst saß noch im Gefängnis. Erst 1986 waren alle Schulden abbezahlt. Bredohl starb bereits 1965.

Auch die Erben Bredohls mussten sich wegen ihres nationalsozialistischen Engagements verantworten. Die Tochter Sibylle (Billy), geboren 1919, wurde für die Unterwanderung der weiblichen Jugend in Eupen verantwortlich gemacht. Sie wurde zu einer Haftstrafe und zu einem Schadensersatz in Höhe von 200.000 Franken verurteilt. Das Sequesteramt konnte bei ihr aber nichts beschlagnahmen. Der Sohn Michael, geboren 1913, von Beruf „Maitre d'hôtel", geriet 1947 und 1948 zweimal ins Visier der Behörden. Als das Kurhotel Bredohl Anfang 1947 verkauft worden war, hatte die belgische Staatssicherheit erfahren, dass der neue Besitzer Pauquet den Sohn Bredohls als Koch anstellen wollte. Sie befürchtete, dass das Hotel dadurch zu einem neuen „lieu de rendez-vous" von Revisionisten werden könne. Später erkundigte sich Georges Henri, Direktor des Sanatoriums in Eupen, bei der Sequesterverwaltung, ob er Michael Bredohl einstellen könne. Zu dessen



Das Hotel Bredohl, in Eupen auch das „braune Haus" genannt, hatte durch die politischen Überzeugungen Bredohls auch wirtschaftliche Vorteile. Hier treffen sich 1944 beurlaubte Wehrmachtsoldaten mit ihren Familien im Hotel Bredohl an der Aachener Straße.

Gunsten sprach, dass seine Aberkennung der Staatsbürgerschaft vom 21. November 1946 am 16. April 1948 für nichtig erklärt worden war[56]. Die Akte war 1992 noch offen.

Überdeckte Erinnerungen

Die Sequesterproblematik nimmt im Narrativ der ostbelgischen Geschichte eine Sonderrolle ein: Sie ist halb vergessen und weitgehend unerforscht. Für viele betroffene Bürger war sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine einschneidende Erfahrung mit unbekanntem Ausgang. Doch ebenso wichtig waren die Internierungen, Gerichtstermine, Kriegsschäden und Folgen der Wehrmachtszugehörigkeit. Im Rahmen der zaghaft einsetzenden Aufarbeitung verblasste das Schreckgespenst der staatlichen Beschlagnahmen zunehmend. Von den vielen Nachkriegsproblematiken beherrschte zuletzt das Statut der Zwangssoldaten den öffentlichen Diskurs.

Das mag dem Umstand geschuldet sein, dass die staatliche Beschlagnahme eine überschaubare und nicht sehr sichtbare Anzahl Menschen betraf. In


Etude de Me PAUL BARRICH, notaire à Eupen,
Kirchstrasse No 3

Le dit notaire Barrich exposera en vente publique,

le mercredi 28 janvier 1947 à 3 heures, à l'Hôtel Schmitz, rue d'Aix-la-Chapelle, à Eupen, à l'intervention de son confrère Me ROBIN, notaire à Malmedy, agissant en qualité de curateur de l'Office des Séquestres,

L'HOTEL - RESTAURANT

sis à Eupen, rue d'Aix-la-Chapelle, connu

sous le nom de «Kur-Hotel»

appartenant à M. Bernard Brodahl, cadastré sous section J No 149 I pour 68 ar. 69 ca.

La vente se fera une seule séance

Le bien est libre d'occupation

Renseignements au comptant (Tél. 1063)

1947 wird das Hotel samt Inhalt vom Staat zwangsverkauft. Die Akte wurde aber erst 1986 geschlossen, nachdem alle auferlegten Strafzahlungen beglichen waren.

der kommunikativen Erinnerung blieben die Männer, die in die Wehrmacht eingezogen worden waren, die zahlreichen zerstörten Dörfern, die Denunziationsaufrufe der Nachkriegsbürgermeister oder die erlebten Erfahrungen, den Vater im Gefängnis von Verviers besuchen zu dürfen, viel präsenter.

Die politische Säuberung wurde weniger mit dem Sequester verbunden: Die meisten Probleme der deutsch-belgischen Erbgemeinschaften waren nach einigen Jahren geregelt und nach einigen aufsehenerregenden Prozessen von Fabrikanten, die der Rüstungswirtschaft zugearbeitet hatten, geriet das Thema – außer bei den direkt Betroffenen – langsam in Vergessenheit. Die Problematik wird wohl in den Grenzgemeinden mit den vielen Liegenschaften von Deutschen am längsten präsent gewesen sein. Seitdem sind es eher sporadische Gelegenheiten, bei denen man etwas über diese Vorgänge vernimmt, wie etwa 2012 bei einer Tagung zum Thema "Gesellschaftliche Eliten" im Staatsarchiv Eupen[57] oder in vereinzelten Festschriften von Firmen zu ihrer Firmengeschichte, wenn sie sich mit dieser Thematik beschäftigen[58]. Übrigens: In der Stadtgemeinde Sankt Vith wurde die Sequesterverwaltung für Teile der Emmelser Liegenschaften erst nach dem langen Rechtsstreit zwischen der Gemeinde und der Genossenschaft im Jahr 2000 aufgehoben.

Endnoten

1 Vgl. Luc Vandeweyer, Geschiedenis, bevoegdheden, activiteiten en organisatie van het sekwester na de eerste wereldoorlog, in: Archief van de Dienst van het Sekwester van de Administratie der Domeinen. 1919-1996, Brüssel 2010, S. 12-39.

2 Vgl. Luc Vandeweyer, Le pays qui a fait retour à la Belgique. De toepassing van het sekwester op de „Oostkantons" na de Eerste Wereldoorlog, in: Karel Velle/Claude de Moreau de Gerbehaye/Els Herrebout (Hrsg.), Liber amicorum Alfred Minke, Brüssel 2011, S. 157-176, hier S. 168.

3 Luc Vandeweyer, Archief van het sekwester, Nr. 173, Schreiben des Justizministers Émile Vandervelde an den Generalstaatsanwalt von Lüttich, 25.6.1919.

4 Vgl. ebd., Schreiben an Wirtschaftsminister Van de Vijvere, 10.6.1921. Vor allem warnte er davor, dass dadurch Personen, die – wie vorgesehen durch Artikel 37 des Versailler Vertrages – für Deutschland optierten und dann das Land verlassen würden, der Maßnahme entkommen würden.

5 Vgl. Dekrete Baltias vom 27.2.1920 und 16.6.1921. Bis zum 27.2.1920 konnten die Reichsdeutschen in Eupen-Malmedy ihren Besitz noch völlig frei verkaufen. Bis Mitte Juni 1920 konnten sie noch frei verkaufen an Belgier. Verkauf an Nicht-Belgier war nur mit Genehmigung

von Baltia möglich. Nach Mitte Juni 1920 konnten sie nur noch mit Genehmigung des Generalgouverneurs verkaufen.

6 Die Namen wurden ab dem 16. September im belgischen Staatsblatt veröffentlicht. Die Betroffenen mussten dann eine Erklärung unterzeichnen, die ihnen erlaubte, Belgier zu werden. Die deutschen Staatsangehörigen, die mindestens 18 Jahre alt waren, konnten allerdings auch für die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit optieren. Das war möglich während der ersten zwei Jahre nach dem endgültigen Übergang der Staatshoheit. Die Option des Ehegatten hatte die der Ehegattin, die Option der Eltern die ihrer noch nicht 18 Jahre alten Kinder zur Folge. Die Personen, die von dem oben vorgesehenen Optionsrecht Gebrauch machten, mussten in den darauffolgenden zwölf Monaten ihren Wohnsitz in das Deutsche Reich verlegen.

7 Vgl. Vandeweyer, Archief van het Sekwester, Nr. 173, Schreiben des Premier- und Finanzministers Georges Theunis an Justizminister Émile Vandervelde, 5.10.1921: „Il me paraît injuste et ne manquerait pas de nuire au développement du sentiment pro-belge dans les territoires rattachées."

8 Ebd., Schreiben Baltias an Premier- und Finanzminister George Theunis und Wirtschaftsminister Aloys Van de Vyvere, 18.11.1921.

9 Vgl. ebd., Schreiben des Staatsanwalts von Verviers an den Generalstaatsanwalt in Lüttich, 30.3.1922: „Donc si Monsieur le Haut Commissaire du Roi estimait que des raisons de haute convenance politique rendaient nécessaire la levée de ce séquestre, mon office s'empresserait de déférer à ce désir et de requérir la levée du dit séquestre."

10 Vgl. ebd., Nr. 4044, diverse Schreiben von Februar 1923 in der Akte über die Eupener Kammgarnwerke.

11 Vgl. ebd., Nr. 173, Schreiben des Innenministers Paul Berryer an Premier- und Finanzminister Theunis. Das Schreiben von Baltia an die beiden Minister vom 18.11.1921 (siehe Fn. 8) war beispielsweise nicht von Baltia selbst unterschrieben, sondern von seinem Generalsekretär Pierre Van Werveke: „J'ai engagé le Haut Commissaire du Roi à signer lui-même les lettres touchant des questions de principe qu'il adresse aux membres du gouvernement et à n'abandonner la signature au Secrétaire Général que pour les questions d'ordre purement administratif."

12 Vgl. ebd., Nr. 179, Note des Finanzministeriums über das Sequester in „Neubelgien", 31.12.1926.

13 Vgl. ebd. Der bekannteste Fall war das Sequester des Ehepaars Baumann aus Ellen (Kreis Düren). Vgl. an gleicher Stelle: Note concernant l'état actuel du séquestre à Eupen-Malmedy, 30.12.1927, S. 6ff.

14 Vgl. Els Herrebout, Generalleutnant Herman Baltia, Memoiren 1920-1925, Brüssel 2011, S. 77: „Les rétentions opérées sur les biens séquestrés à la demande du Gouvernement belge s'élèvent à 5.960.000. Des calculs très modérés avaient établi la valeur des biens séquestrés à plus de 10 millions. Si l'on en juge par les ventes déjà réalisées et en tenant compte de ce que la session des lignes et du matériel des Tramways du canton d'Eupen à la Société nationale des chemins de fer vicinaux a produit à elle seule la somme de deux millions et demi, le chiffre de 10 millions sera largement dépassé. Bien que la vente des biens séquestrés doive venir au crédit de l'Allemagne, lors du décompte final, il n'en reste pas moins que c'est là une avance immédiate et certaine à valoir sur un paiement à longue échéance. De ce qui précède, il résulte donc que l'administration du Lieutenant-Général Baron Baltia n'a RIEN coûté au Gouvernement."

15 Ebd., S. 172.

16 Vgl. Moniteur belge, 25.10.1925, Königlicher Erlass vom 4. Oktober 1925 betr. die gesetzliche Regelung des Statuts der Kantone Eupen, Malmedy und St. Vith.

17 Vgl. Vandeweyer, Archief van het sekwester, Nr. 179: Priver les allemands de leurs propriétés comme d'armes dirigées contre l'assimilation d'Eupen-Malmedy par la Belgique, Note concernant l'état actuel du séquestre à Eupen-Malmedy, 30.12.1927, S. 5. Vgl. ebd., Séquestre des biens allemands dans les territoires rédimés, Note an den Generalstaatsanwalt beim Appellationshof in Lüttich, 28.10.1927.

18 Vgl. ebd., Nr. 179, Note concernant l'état actuel du séquestre à Eupen-Malmedy, 30.12.1927, S. 5 und S. 18.

19 Vgl. ebd., Schreiben des Außenministers Émile Vandervelde an Finanzminister Albert-Edouard Janssen vom 24.10.1925: „J'ai eu l'honneur de vous demander, si vous n'estimeriez pas opportun de lever les séquestres de biens allemands à Eupen-Malmedy en échanges d'avantages à obtenir du gouvernement du Reich en matière douanière en faveur des territoires rédimés.

20 Vgl. ebd., Inspektor der Domänenverwaltung an den Generalstaatsanwalt in Lüttich, 9.7.1928. Für Kettenis zum Beispiel waren vor der Überprüfung vier Sequesterfälle bekannt, nach Prüfung der Grundbücher fand man zwölf neue mögliche Fälle, wovon fünf tatsächlich unter Sequester gestellt wurden. Für Burg-Reuland gab es 80 Fälle, als man aber vor Ort den Verkauf der Sequester vorbereiten wollte, stellte sich bei der Befragung heraus, dass die Anzahl der Fälle viel höher lag. In Manderfeld war die Situation wegen der Grenzberichtigungen recht komplex. Man ging davon aus, dass ca. 215 Hektar Land von insgesamt 155 deutschen Eigentümern unter Sequesterverwaltung standen. Für Büllingen wurden 86 Hektar von 123 Eigentümern und für Elsenborn 107 Eigentümer ohne Angabe der Fläche festgehalten.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. Staatsarchiv Eupen (SAE), Einregistrierungsamt Eupen, 3-030, Nr. 1, Hauptbuch der unter Sequester gestellten Güter.

23 Vgl. Vandeweyer, Archief van het sekwester, Nr. 192. Dabei handelte es sich um Grundstücke und/oder Gebäude. In 43 Fällen wurden die Güter vom Staat verkauft, 25-mal von Belgiern, 17-mal von Deutschen. Ab 1928 konnten die ehemaligen Benutzer ihr Eigentum selbst zurückkaufen, was insgesamt elfmal geschah. In acht Fällen bürgte dafür ein „Neubelgier". In fünf Fällen kam es nicht zum Verkauf. Zweimal wurde das Sequester freigegeben, weil die erforderlichen Summen bezahlt worden waren. Bei den drei letzten Fällen (1930, 1931 und 1934) verzichtete der Staat auf das Sequester; es wurde auf Anordnung des Finanzministeriums annulliert.

24 Bei der Bestrafung der Kollaboration gab es vier Formen der finanziellen Bestrafung: Bußgelder, Entschädigung an den belgischen Staat, Sondersteuer wegen Lieferungen und Leistungen an den Feind sowie Beschlagnahme.

25 Vgl. SAE, Stadt Eupen Neuzeit, Schreiben Hoens an die Bürgermeister, 30.8.1949.

26 Vgl. SAE, Stadt Eupen, Neuzeit, 03-072, Nr. 1471. Note betr. mildernde Anwendung des Sequestergesetzes in den Gebieten Eupen-Malmedy-St. Vith. Die Note ist undatiert, wurde aber am 4.5.1949 an Zimmermann, Bürgermeister von Eupen, geschickt.

27 Vgl. ebd. Der Brief an den Abgeordneten Peter Kofferschläger ist nicht unterschrieben; aus einer kleinen Notiz von [Heinrich] Toussaint vom 8.4.1949 geht

hervor, dass das Schreiben von Karl Weiss stammt. Der letzte Satz des Briefes lautet: „In den Kantonen ist vieles verpfuscht worden und wird vieles weiter verpfuscht. Die Regierung ist nicht imstande gewesen oder vielmehr hatte nicht den Willen, sich die Sympathien der dortigen Bevölkerung zu erwerben."

28 Acht Jahre später folgte eine zweite Lockerung durch das Gesetz betreffs Auflösung der Sequesterverwaltung und Ergänzung der Sequestergesetzgebung vom 6. Juli 1959. Artikel 7 bestimmte, dass von Sequestermaßnahmen deutsche Staatsangehörige in den Ostkantonen, die zwischen dem 16.5.1940 und dem 25.1.1946 in diesem Gebiet ihren Wohnsitz hatten oder dort geboren wurden und seit dem 12.9.1953 (vorhin 1.1.1950) dort wohnten, freigestellt waren.

29 Vgl. Außenminister Paul Van Zeeland am 30. November 1951 an den Sequesterdienst von Lüttich, 31.11.1951.

30 Christoph Brüll, Die „Revolte" von Mützenich (1949). Ein Eifeldorf als Indikator der deutsch-belgischen Nachkriegsbeziehungen, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, 113/114 (2011/2012), S. 231-260.

31 Grenz-Echo, 16.2.1951, Artikel unter dem Titel „Noch 2.640 Grundstücke und Gebäude unter Sequester in den Ostkantonen?" Allerdings bezieht sich die Zahl nicht nur auf Sequester von Feindvermögen, sondern auch auf Vermögenswerte von bestraften Kollaborateuren (siehe weiter).

32 Vgl. Michael Heinzel, Bollenien. Eine kurze Episode in den belgisch-deutschen Beziehungen, Sankt Vith 2017.

33 Vgl. Grenz-Echo, 10.10.1956, Artikel „Bollenien wartet auf seine Rückkehr. Das Reich des Generals. Grenzdörfer haben keinen Hass. Sorgen um Sequester".

34 Vgl. Loi du 28 avril 1958 portant approbation du traité entre le Royaume de Belgique et la République fédérale d'Allemagne, relatif à la rectification de la frontière belgo-allemande et au règlement de divers problèmes concernant les deux pays, du protocole final, des annexes 1, 2, 3 et 4, et des lettres annexes, signés à Bruxelles, le 24 septembre 1956. In Deutschland wurde der Vertrag von 1956 ratifiziert durch das Gesetz zum Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, Bundesgesetzblatt, Nr. 19, 12.8.1958, S. 26.

35 Vgl. Ausführungsbestimmungen zu Artikel 6 des deutsch-belgischen Vertrages bzgl. des Verfahrens für die Rückgabe des unter Sequesterverwaltung stehenden Grundbesitzes im Grenzgebiet vom 4. August 1959.

36 21 davon in Schönberg, 17 in Manderfeld und 15 in Eupen. Weitere Liegenschaften gab es in Reuland (7), Lommersweiler (5), Raeren (4), Hünningen bei Büllingen (4), Honsfeld (2), Wirtzfeld (2), Büllingen (1) und Eynatten (1). Ein spezieller Unterausschuss sollte über die weiteren Fälle entscheiden. Damit waren die Antragsteller gemeint, die ungeachtet ihres Wohnsitzes und Berufs Eigentümer eines landwirtschaftlichen Betriebes in Deutschland waren, der weniger als zehn Kilometer von der beschlagnahmten Liegenschaft entfernt lag, sowie die, die zwar selbst keinen Landwirtschaftsbetrieb besaßen, aber ihren Wohnsitz weniger als zehn Kilometer von der beschlagnahmten Liegenschaft entfernt hatten und den Landwirtschaftsberuf (zumindest teilweise) ausübten. Diesem Unterausschuss wurden 51 Anträge vorgelegt, die eine Gesamtfläche von etwa 215 Hektar betrafen. Bis Juni 1963 wurden alle Fälle geregelt. In 30 Fällen (136 Hektar) wurden die Eigentümer ermächtigt, an der Versteigerung teilzunehmen, in 21 Fällen wurde die Ermächtigung nicht erteilt und in zwei Fällen (4,2 Hektar) zeigten die Eigentümer sich nicht mehr interessiert.

37 Vgl. Moniteur belge, 19.1.1945, Arrêté-loi relatif au séquestre des biens des inculpés de crimes ou de délits contre la sûreté extérieure de l'Etat et des biens de suspects.

38 Vgl. Archives générales du Royaume (AGR), Ministerie van Financiën. Algemeen Secretariaat, Séquestres. Séquestres ennemis. Biens propres d'une femme d'origine alliée devenue allemande par mariage (1954-1960), Nr. 463.3, Office des séquestres. Rapport au 31 décembre 1946, S. 37.

39 Vgl. André Le Paige, La carence de l'Office des séquestres, in: Journal des tribunaux, 1944-1945, S. 229.

40 Vgl. ders., À propos de l'Office des séquestres, in: Journal des tribunaux, 1944-1945, S. 286.

41 Vgl. Norbert Van Durme, Beschouwingen over den dienst van het sequester, Redevoering gehouden in de plechtige openingszitting van 16 september 1946, Hof van beroep te Brussel, Brüssel 1946, S. 32, über die Entscheidung des Ministerrats vom 5. Januar 1945.

42 Moniteur belge, 14.7.1951, Gesetz über das Sequester und die Liquidierung der deutschen Guthaben, Rechte und Interessen.

43 Vgl. Moniteur belge, 1. und 2.11.1945, Arrêté-loi relative à l'épuration civique.

44 Vgl. Moniteur belge, 26.6.1948, Loi relative à l'épuration civique.

45 Vgl. AGR, Sequesterakten nach dem Zweiten Weltkrieg, Sequesterakte Bernhard Bredohl. Bernhard Bredohl wurde am 24.8.1946 interniert und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Am 11.9.1950 wurde diese Strafe in Revision auf 16 Jahre Sonderhaft reduziert. Am 25.9.1950 wurde er aus gesundheitlichen Gründen vorläufig freigelassen; vgl. Herbert Ruland, „Stets für das Deutschtum eingetreten" oder „Wie aus Eupener ‚Volkstumskämpfern' der Zwischenkriegszeit Bürger der Bundesrepublik Deutschland wurden". Biographische Notizen zu Bernhard und Billy Bredohl, Josef Thielen und Mine Cremer-Thielen, in: Christoph Brüll/Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Tagungen zur Ostbelgischen Zeitgeschichte, Bd. 1.: Eine ostbelgische „Stunde Null"? Eliten aus Eupen-Malmedy vor und nach 1944, Brüssel 2013, S. 21-68, Annalen des Symposiums im Staatsarchiv in Eupen am 15. September 2012.

46 Vgl. AGR, Sequesterakten nach dem Zweiten Weltkrieg, Sequesterakte Michael Bredohl.

47 Vgl. den Tagungsband: Eine ostbelgische „Stunde Null"?

48 Vgl. Paul Thoenes/Peter M. Quadflieg, Soll und Haben. Die Tuchfabrik Wm. Peters & Co in Eupen. Ein Unternehmen im deutsch-belgischen Grenzland, in: Marga Van den Heuvel (Hrsg.), Das feine Tuch. Höhen und Tiefen der Tuchindustrie am Beispiel der Eupener und Aachener Textilunternehmerfamilie Wilhelm Peters in der Zeit von 1830 bis 1970, Eupen 2014, S. 53-101.

ANPASSUNGSDRUCK, WELTWIRTSCHAFTSKRISE UND NATIONALSOZIALISTISCHE AUTARKIEPOLITIK

WIRTSCHAFT ZWISCHEN INTEGRATION UND DESINTEGRATION

VON PETER M. QUADFLIEG UND VITUS SPROTEN











Die Wirtschaftsgeschichte Eupen-Malmedys für die Zwischenkriegszeit ist wenig erforscht und eine vergleichende Wirtschaftsgeschichte für den deutsch-belgisch-niederländischen Grenzraum fehlt bisher. Auch für wichtige Fragen stehen detaillierte Untersuchungen zu den Übergangsprozessen 1920 oder 1940, über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die Kriegswirtschaft 1940-1944 noch aus. Wie aber können die vorhandenen Fakten und neue Quellen vor dem Hintergrund der großen ökonomischen Entwicklungslinien interpretiert werden? Welche neuen Fragen stellen sich? Ein Beitrag mit vielen Denkanstößen und einigen spannenden Antworten.

Die Zeit zwischen 1919 und 1945 ist als Zeit der Krisen und extrem schwankender ökonomischer Entwicklungen in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen. Eupen-Malmedy bildete dabei keine Ausnahme[1]. Zu Beginn und zum Ende der Periode standen die beiden Weltkriege, die jeweils schon aufgrund der besonderen Situation einer Kriegsökonomie tiefe Einschnitte in das Wirtschaftsleben bedeuteten. Die Bewirtschaftung von Rohstoffen und Fertigprodukten, die Steuerung von Arbeitskräften durch den kriegsbedingten Personalmangel, der Einsatz von Zwangsarbeitern und nicht zuletzt die Umstellung der Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft auf „kriegswirtschaftliche Produkte" bedeuten vielfach die Abkehr von langfristigen Entwicklungstrends der Wirtschaft.

Für Eupen-Malmedy kam hinzu, dass sich im Rahmen bzw. infolge der Kriegsereignisse gleich dreimal die Grenzen für die Industriebetriebe und die Landwirte verschoben und sie somit gezwungen waren, sich an neue gesetzliche Rahmenbedingungen und neue Märkte anzupassen. Nach der Annexion 1940 erfolgte die Integration in das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus[2], das keine freie Marktwirtschaft wie die belgische Ökonomie der Zwischenkriegszeit war, sondern im Sinne weltanschaulicher Ziele gesteuert wurde.

Doch nicht nur die Kriegszeiten, auch die Friedensjahre zwischen 1919 und 1939 waren durch eine Abfolge schwerer wirtschaftlicher und sozialer Krisen mit kurzen Entspannungsphasen gekennzeichnet. Auf die Anpassungskrise nach dem Ersten Weltkrieg, die in Eupen-Malmedy durch den Staatenwechsel verschärft wurde, folgte eine nur kurze Entspannung in den sogenannten Goldenen 1920er Jahren. Doch bereits diese Boomphase prägte schon die Anlagen zur 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise aus. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hielt auch die regionale Ökonomie bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges in ihrem Bann. Obwohl die Krise auch die behandelte Region schwer traf, waren die 1930er Jahre auch eine Zeit der ökonomisch-technischen Modernisierung insbesondere in Bezug auf die Infrastruktur.

Gelang es den ostbelgischen Unternehmen nicht, die Folgen dieser Krise bis 1939 zu überwinden, sorgte die Eingliederung in den „großdeutschen Wirtschaftsraum" zunächst für volle Auftragsbücher, bis die zunehmend sich verschlechternde Kriegslage auch in der Industrie ihre Schatten warf.

Trends der belgischen Wirtschaft

Für Belgien hatte der Erste Weltkrieg mehr noch als für andere europäische Staaten einen massiven Einbruch in die langfristige wirtschaftliche Entwicklung seit der industriellen Revolution und seit Gründung des Königreiches 1830 bedeutet. Das kleine Land war Vorreiter der industriellen Revolution gewesen und hatte somit den Industrialisierungsprozess früher als andere Staaten, etwa Frankreich, abgeschlossen. Durch seine Lage in Europa, durch seine Neutralität, die ihm kriegerische Auseinandersetzungen bis 1914 erspart hatte, und durch die Ausbeutung der Kolonie im Kongo, die achtzigmal größer als das Mutterland war, hatte Belgien sich zu einer europäischen Wirtschaftsmacht entwickelt. Insbesondere in den 1930er Jahren nahm die Bedeutung des Warenaustausches mit dem Kongo noch rapide zu[3].

Die Form, in der König Leopold II. den Kongofreistaat zunächst privat



Nach der Angliederung an Belgien wurden neue Industrieanlagen in Eupen-Malmedy angesiedelt wie etwa die Chocolaterie Jacques, die Firma eines Verviérser Schokoladenfabrikanten.

ausbeuten ließ, hatte zudem privatwirtschaftliche Unternehmen gefördert, die ihre höchst erfolgreichen wirtschaftlichen Aktivitäten im Kongo auch nach der Übertragung an den belgischen Staat und der Gründung der Kolonie Belgisch-Kongo 1908 fortsetzen konnten. Die Globalisierungstendenzen, die bis zum Ersten Weltkrieg herrschten, unterstützten die äußerst positive ökonomische Entwicklung weiter. Der Zusammenbruch des Welthandels durch den Krieg wirkte sich entsprechend verheerend aus.

Hinzu kam die Tatsache, dass der Erste Weltkrieg auch und besonders auf belgischem Boden geführt wurde. Fielen große Teile des Landes 1914 unter die deutsche Besatzungsherrschaft, blieben Teile Flanderns bis zum Waffenstillstand 1918 ein Schlachtfeld. Entsprechend groß war der materielle Schaden, den der Krieg anrichtete. So wurden etwa 1.250 Quadratkilometer, das ist eineinhalb Mal die Gesamtfläche des heutigen Ostbelgiens, landwirtschaftliche Nutzfläche durch die Kampfhandlungen zerstört. Die deutsche Besatzungsverwaltung hatte Industrieanlagen beschlagnahmt und ca. 60.000 Arbeitskräfte nach Deutschland verbracht, von denen 12.000 starben. Hinzu kamen massive Auswirkungen auf den belgischen Währungsumlauf, der durch deutsches Besatzungsgeld aufgebläht worden war. Es herrschte eine hohe Inflation[4].

Die Forderungen nach einer Angliederung Eupen-Malmedys an Belgien muss deshalb vor dem Hintergrund massiver ökonomischer Verluste Belgiens durch den deutschen Überfall von 1914 betrachtet werden. Gleichzeitig stand das Land, in das die Bewohner der beiden deutschen Kreise Eupen und Malmedy 1920 gegen ihren Willen eingegliedert wurden, wie auch die deutsche Heimat vor massiven wirtschaftlichen Problemen durch den Krieg.



Eupen-Malmedy ist als nicht zusammenhängender Wirtschaftsraum ein Land der Gleichzeitigkeiten: Während im Norden Industrieanlagen die Wirtschaftslage prägten, dominierte im Süden Landwirtschaft und Eisenbahn.

Gleichwohl gelang es Belgien schneller und bis zur Weltwirtschaftskrise auch nachhaltiger, auf einen wirtschaftlichen Wachstumspfad zurückzukehren. Dies sollte sich auch, wie noch zu zeigen sein wird, auf die Rahmenbedingungen der Unternehmen und landwirtschaftlichen Produzenten in Eupen-Malmedy positiv auswirken.

Ab Anfang der 1920er Jahre konnte Belgien mit seinem Hochseehafen von Antwerpen eine Spitzenstellung im globalen Handel einnehmen. Der Import von hochwertigen Rohstoffen aus dem Kongo setzte wieder ein und steigerte sich fortlaufend: Kupfer, Zinn, Palmöl, Kaffee, Kakao und Baumharze für Farben und Lacke wurden in Belgien für den wiederaufblühenden Binnen- und Exportmarkt weiterverarbeitet. Die beiden Standbeine der verarbeitenden Industrie, die Montan- und Schwerindustrie sowie die Textilindustrie, erreichten bis Mitte der 1920er Jahre ihre Vorkriegsproduktion und befanden sich im Zuge steigender Nachfrage weiter auf Wachstumskurs[5].

Auch die Landwirtschaft regenerierte sich schnell. Hier setzten sich Trends wie die Spezialisierung auf die Viehzucht, Intensivierung der Flächennutzung und Rationalisierung durch Maschineneinsatz fort. Auch aus diesem Grund stieg die Gesamtbevölkerung Belgiens zwischen 1919 und 1939 von 7,6 auf 8,4 Millionen[6]. Gleichzeitig wuchsen die großen Städte. Hatte Antwerpen um 1920 334.000 Einwohner, waren es am Vorabend des Zweiten Weltkrieges 595.000. Brüssel wuchs im selben Zeitraum von 685.000 auf 913.000 Bewohner.

Goldene Zwanziger Jahre?

Der Normalisierung nach dem Ersten Weltkrieg folgte dann eine Boomphase zwischen 1926 und 1929, die gleichzeitig einen deutlichen Anstieg des Wohlstandes und der sozialen Sicherung mit sich brachte[7]. Auslöser hierfür war neben der allgemeinen positiven Entwicklung in Europa die Stabilisierung des belgischen Franken durch eine Währungsreform, die 1926 mit einer Abwertung gegenüber verschiedenen Leitwährungen ergänzt wurde. Damit wurden erstens belgische Waren auf dem Weltmarkt günstiger, was den Export förderte, und zweitens ausländische Investitionen in Belgien sehr lukrativ, was zu einem massiven Kapitalfluss in das Königreich führte. Auch die Gründung der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschafts- und Währungsunion 1921 trug zur positiven Entwicklung bei.

Doch der Boom von 1926 bis 1929 trug ungesunde Entwicklungen in sich. Durch die Unterbewertung des belgischen Franken wurde die Kreditschöpfung der Privatunternehmen hoch. Auch der Staat band durch großangelegte Investitionen im Infrastrukturbereich seine Mittel langfristig[8]. Gleichzeitig stiegen die Unternehmensgewinne und die Preise. Die Löhne und damit die Binnennachfrage konnten jedoch nicht im vergleichbaren Maße zunehmen. Zudem waren der Banksektor und der realwirtschaftliche Sektor in Belgien sehr eng miteinander verzahnt. Paradebeispiel für diese Entwicklung war die Société Générale, die als Großbank auch Anteile an den wichtigsten Unternehmen des Landes hielt und sowohl im Kongo als auch in Luxemburg engagiert war.

Die globale Krise

Während dies einerseits den Wirtschaftsaufschwung nach 1926 noch beschleunigte, führten die fiskal- und finanzpolitischen Ungleichgewichte gleichzeitig dazu, dass die Weltwirtschaftskrise, die mit dem Crash an der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929 begann, sich massiv, wenn auch im Vergleich zu anderen Ländern verspätet, auf Belgien übertrug. Aus einer Finanzkrise wurde gleichzeitig eine realwirtschaftliche Krise, als Kredite infolge des Aktieneinsturzes zurückgefordert wurden. Bis 1932 sank die Wirtschaftsleistung Belgiens um gut ein Drittel, der Export büßte um ein Viertel ein und die Arbeitslosigkeit vervierfachte sich auf 349.000 Personen zwischen 1930 und 1934.

Im selben Jahr verschärfte sich die Krise durch bedeutende Insolvenzen im Banksektor, die sich mittelbar auch auf die Industrie und die Landwirtschaft auswirkten. Der Staat reagierte auf die Krise, indem er versuchte, Wirtschafts- und Finanzsektor zu entflechten. Ansonsten verhielt sich der Staat in der Krise zunächst passiv und vertraute auf die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes. Auf die zunehmenden sozialen Spannungen, die durch Streiks begleitet wurden, reagierte der Staat durch die verstärkte Vergabe von öffentlichen Arbeiten, bei denen vornehmlich ein hoher Personaleinsatz notwendig war. Dies geschah vor allem nachdem ab 1934 die Staatsausgaben reduziert worden waren. Zudem betrieb die Zentralbank nun eine Zinssenkungspolitik und schließlich eine massive Abwertung des Franken, um die belgischen Waren auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger zu machen.

Einen Umschwung in der Krise brachte aber einmal mehr der Weltmarkt, von dem Belgien hochgradig abhängig war. Durch einen Anstieg der weltweiten Erznachfrage konnte die Kolonie Belgisch-Kongo starke Auftragssteigerungen verbuchen. Auch der Absatz von Gold, Diamanten und Kupfer sowie Uran, seit 1922 ein weiteres Produkt, bescherte dem Mutterland satte Gewinne[16].

Die Besetzung durch deutsche Truppen 1940 brachte dann für Belgien wie schon im Ersten Weltkrieg eine materielle und personelle Ausbeutung der ökonomischen Ressourcen mit sich. Die belgische Industrie und Landwirtschaft musste für die deutsche Kriegswirtschaft produzieren, Kunst- und Wertgegenstände wurden durch die deutschen Besatzer geraubt. Auch in Belgien setzte die Verfolgung jüdischer Bürger und politischer Gegner ein. 12.000 Personen wurden als Zivil- oder als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert. Die Besatzung erzeugte wiederum eine massive Inflation und die Versorgung der Bevölkerung war durch Mangel (ca. 1.200 Kilokalorien täglich im Jahr 1944) und Rationierung bestimmt[17].

Im Deutschen Reich, zu dem Eupen-Malmedy ab dem 10. Mai 1940 wieder gehörte, blieb die Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln bis zum Beginn der Eroberung Deutschlands durch die Alliierten im Herbst 1944 relativ gut. Die massiven Luftangriffe, mit denen die Alliierten in den letzten Kriegsjahren versuchten, die deutschen Produktionskapazitäten zu schmälern und die Bevölkerung zu demoralisieren, zeigten weit weniger Erfolg als geplant. Allerdings führten sie zu gewaltigen Zerstörungen in den Städten und

Der Talsperrenbau

Ein typisches regionales Beispiel für die belgischen Infrastrukturprojekte der 1920er Jahre sowie für die auf dem belgischen Markt herrschende Verstrickung von privatem Kapital, Banken und Industrie war der Bau von Talsperren in Eupen-Malmedy. Durch die Errichtung von modernen Staudämmen mit angeschlossenen Wasserkraftwerken sollten die Niederschläge in der Eifel- und Ardennenregion für die Erzeugung von Strom und für die Bereitstellung von Trinkwasser besser genutzt werden. Die Nachfrage nach beiden Gütern hatte durch die Industrialisierung stark zugenommen. In Eupen-Malmedy wurden in der Zwischenkriegszeit drei Talsperren angelegt: Neubauten entstanden in Robertville (Bauzeit: 1925-1930), in Bütgenbach (Bauzeit: 1929-1932) und mit der Wesertalsperre in Eupen (Bauzeit: 1935-1951).



Eupen, 1940er Jahre: Der Bau der Wesertalsperre

Belgien nutzte bis zur Anlegung der Stauanlagen an der Warche in Robertville und Bütgenbach Wasserkraft im Gegensatz zu den Nachbarländern noch nicht zur Stromerzeugung[9]. Insofern bewirkten die Investitionen in Eupen-Malmedy auch technologisch einen bedeutenden Fortschritt. Der direkte Nutzen vor Ort wurde zunächst von der Bevölkerung verkannt. Die Gewinne aus dem Betrieb der Anlagen flossen an die Investoren bzw. Konzessionsnehmer der Société Financière de Transports et d'Entreprises Industrielles (SOFINA), die hauptsächlich im Kongo sowie in Südamerika und Kanada aktiv war. Doch nicht nur die Gewinne flossen ins Landesinnere und ins Ausland ab, sondern auch das erzeugte Wasser (für die Region Lüttich) und der Strom (für die Region Charleroi) wurden überregional verbraucht[10]. Der Bau der Staubecken wurde weitgehend durch italienische „Gastarbeiter" übernommen, sodass nur wenige Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung in der Bauphase entstanden[11]. Zudem hatte die Enteignung von 76 Parteien im Fall der Talsperre Robertville und 119 Parteien im Falle Bütgenbachs für Unmut in der Bevölkerung gesorgt[12].

Allerdings wurde die für die Betreibung der Talsperren gegründete Tochtergesellschaft der SOFINA, die Société d'électricité de la région de Malmédy (SERMA), durch den Staat dazu verpflichtet, ein 150 Kilometer langes Elektrizitätsnetz in den Gemeinden der Kantone Malmedy und Sankt Vith sowie die dazugehörigen Umspannungsanlagen zu errichten und somit die Stromversorgung zu verbessern[13]. Ein weiterer Nebeneffekt der Staubecken war die Errichtung zusätzlicher Infrastruktur: So breiteten sich, ausgehend von den Stauanlagen, Straßen, erneuerte Bahnlinien, Kraftstoffdepots, Telefonleitungen oder Umspannkabinen aus. Für diese zusätzlichen Arbeiten wurden nach Möglichkeit Arbeitskräfte aus Eupen-Malmedy herangezogen[14]. Daneben schuf die SERMA rund 120 Arbeitsplätze in Malmedy und Bévercé[15].

verschlechterten die Lebensbedingungen der Menschen enorm. Mit dem Übergang zur „totalen Kriegswirtschaft" unter Rüstungsminister Albert Speer seit Februar 1942 wurde gleichzeitig der Einsatz aller noch verfügbaren Arbeitskräfte und materieller Ressourcen für die Rüstungsproduktion organisiert und das Prinzip der Lenkungswirtschaft weiter ausgebaut[18].

Der Wirtschaftsraum Eupen-Malmedy

Vor diesen ökonomischen Hintergründen spielte sich die erste Integration der beiden preußischen Kreise Eupen und Malmedy in das neue Heimatland Belgien ab 1918 ab. Beide Kreise waren 1920 noch agrarisch geprägt und besaßen nur mit ihren jeweiligen Kreisstädten Eupen und Malmedy industrialisierte Zentren, wenngleich Eupen im Vergleich zur Eifel deutlich hervorstach. 1923 betrug die Einwohnerzahl des Kantons Eupen 25.000 Menschen, diejenige des Kantons Malmedy rund 18.500 und diejenige des Kantons Sankt Vith 16.700[19]. Die massiven Unterschiede in Bevölkerungsdichte und Entwicklungsgrad der drei Kantone waren auch den belgischen Stellen bewusst, die 1923 festhielten: „Die geringe Bevölkerungszahl der Kantone Malmedy und Sankt Vith ist auf ungünstige Bodenbeschaffenheit und das schlechte Klima, sowie auf den Umstand zurückzuführen, dass die beiden Kantone nur eine schwach entwickelte Industrie haben."[20]

Spielte in der Warche-Stadt die Leder- und die Papierindustrie dabei auf niedrigem Niveau die prägende Rolle, verfügte Eupen vor allem über Textilunternehmen und die Kabelwerke. Hinzu kamen in beiden Städten andere



Eupen, 1930er Jahre: Das Kabelwerk prägt das Stadtbild der Unterstadt.

verarbeitende Unternehmen mit geringerer Bedeutung. Die Gesamtzahl der Industrieunternehmen, die auch Waren für den Export herstellten und somit überregionale Bedeutung hatten, wurde 1923 mit 140 angegeben, die eine Gesamtbelegschaft von 6.500 Arbeitern hatten. Wichtigste Erzeugnisse der Gegend waren nach wie vor Maschinen, Kabel, elektrischer Draht, Papier, Leder, Hüte, Tuche, Filze, Metallkratzen, Isolierröhren, Möbel und Bier.

Im primären Sektor wurden Holz, Blei, Zink- und Eisenerze sowie Sandstein, Quarzit und Kalkstein gefördert. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft, also Milch und Molkereiprodukte sowie Vieh und nur in geringem Maße Kartoffeln und Buchweizen, wurden hingegen fast ausschließlich in der Region selbst verbraucht[21].

Als ehemalige Kreisstädte boten Eupen und Malmedy zudem zahlreiche Dienstleistungen und verfügten über eine ausgebaute Infrastruktur. Die Lebensbedingungen der umliegenden Dörfer und Höfe, die die übrige Siedlungsstruktur definierten, fielen im Vergleich weit zurück. Gleichzeitig waren die beiden Kreise fest in die sie umgebende deutsche Wirtschaftsstruktur integriert. Aachen als Oberzentrum bildete vor allem für Eupen und Umgebung einen wichtigen Austauschknoten, insbesondere was die Wirtschaftsunternehmen betraf. Wenngleich die Eupener und Malmedyer Wirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg auch Beziehungen nach Belgien besaß, so war sie ganz eindeutig auf den deutschen Markt ausgerichtet, was ihre Liefer- und Absatzketten und auch die Unternehmensfinanzierung betraf[22]. Diese geografische wirtschaftliche Struktur mit den Zentren Eupen und Malmedy sowie dem Bergbau in Kelmis und die Branchendominanz gewisser Industriezweige blieb in der Zwischenkriegs- und Kriegszeit in ihrer Hauptstruktur unverändert.

Wichtige industrielle Arbeitgeber der Region 1930[23]

Firma	Ort	Belegschaft
Kammgarnwerke Eupen	Eupen	812
Eupener Kabel- und Gummiwerke	Eupen	687
Papeterie Steinbach	Malmedy	583
Vieille Montagne	Kelmis	471
Filateur de laine Taste	Eupen	155
Textilwerke Eupen	Eupen	117
Société d'électricité de la région de Malmedy	u. a. Malmedy	103

Mit weitem Abstand wichtigstes Transportmittel für diesen Austausch mit dem restlichen Deutschland war die Eisenbahn. Durch die Straßenbahn waren die Kreisstadt Eupen und Aachen seit 1906 über Raeren direkt miteinander verbunden. Mit dem Grenzbahnhof Herbesthal verfügte der Kreis Eupen über einen wichtigen Warenumschlagplatz zwischen einerseits dem Rheinland und dem Ruhrgebiet und andererseits Belgien mit seinem Hochseehafen Antwerpen[24]. Die Bedeutung der bis zum Ersten Weltkrieg vorgenommenen Erschließung der Region mit der Eisenbahn nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Land- und Forstwirtschaft wird aus einem Artikel in der Zeitung Stadt- und Landbote vom 28. Juni 1935 deutlich:

„An dem durch den Bahnbau geförderten wirtschaftlichen Aufstieg war insbesondere die Landwirtschaft beteiligt. Die bis dahin sehr erschwerte Zufuhr von Kunstdüngemitteln, von Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen, Kulturhilfsmitteln und dergl[eichen] war mit einem Schlage ohne Umstände möglich. […] Die Beschickung der für das Eifel- und Venngebiet lebenswichtigen großen Viehmärkte […] wurde durch die Bahnverbindung erheblich erleichtert. Die an der Bahn gelegenen Marktorte erleben ein ständiges Aufblühen. […] Die […] Lederindustrie Malmedy's, Eupens Tuch-, Stein- und Kalkbetriebe und alle […] Erwerbs- und Produktionszweige des Landstriches […] kamen in einen lebhaften Warenaustausch. In einem großen Maße beteiligte sich an der Verkehrsfrequenz der Bahn auch die Forstwirtschaft. Im Güterverkehr bildeten die Langholz- und Grubenholzladungen aus dem Waldgebiet […] nach den verschiedensten außer- und innerdeutschen Stationen eine ständige Erscheinung."[25]

Trotz der Industrialisierung spielte Anfang der 1920er Jahre die Landwirtschaft im Eupener Land noch eine wichtige Rolle, in den Kantonen Sankt Vith und Malmedy war sie der wichtigste Erwerbssektor. Im Kreis Eupen waren noch etwa zehn Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Hinzu kam die als Nebenerwerb bzw. zur Selbstversorgung betriebene Landwirtschaft. So verwundert es auch nicht, dass 1941 noch 1.120 Höfe im Kreis Eupen bestanden[31]. Noch viel wichtiger war die Landwirtschaft für den Süden „Neubelgiens". In der belgischen Eifel waren 1927 etwa 57 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, wie eine Erhebung für die Dörfer Büllingen, Manderfeld und Rocherath zeigt. Mit weitem Abstand folgten mit rund 13 Prozent Beamte, vor allem Lehrer, mit sieben Prozent Handwerker, mit 4,5 Prozent Beschäftigte im Handel und in sonstigen Dienstleistungen und mit 5,4 Prozent Freiberufler, Arbeiter und Rentner[32]. Unter den Höfen selbst kam es bereits zu einer Konzentration. Kleinbäuerliche Betriebe unter zwei Hektar Land waren schon eine Ausnahme. Diese wurden meist als Nebenbeschäftigung unterhalten und mussten nach und nach mittelgroßen Höfen weichen[33].

Entwicklungen in Industrie und Gewerbe

Blicken wir vor diesen Hintergründen auf die Entwicklung der ostbelgischen Industrie und des Gewerbes in der Zeit zwischen 1919 und 1939. Im Folgenden werden dabei vier Trends sichtbar werden. Erstens bedeutete der Anschluss des Gebietes an Belgien zwar eine Belastung durch die massive Neuausrichtung. Immer wieder haben Vertreter der Industrie und des Handels dies auch rückschauend betont. Gleichwohl fällt das retrospektive Urteil ausgewogener aus, zumal wenn man die Situation auf dem belgischen Markt mit der jenseits der Grenze vergleicht[34].

Zweitens hing die Frage, ob es einem Unternehmen gelang, sich an die belgischen Rahmenbedingungen

Das Eisenbahnnetz



Auch in vielen kleinen Ortschaften der Eifel gab es Bahnhöfe. Auf dem Bild zu sehen ist der Bau einer Drehscheibe in Honsfeld in den 1920er Jahren.

Die Vennbahn war im 19. Jahrhundert das Symbol für die moderne Erschließung und Angliederung der ländlichen Region zwischen Our und Göhl in größere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge[26]. Vor allem für die Kantone Malmedy und Sankt Vith war die Eisenbahn eine wichtige Lebensader und Arbeitgeber. Ihre Blütezeit erlebte die Strecke in den 1920er Jahren. Mit mehreren hundert Eisenbahnern[27] und entsprechenden Gebäuden zur Wartung der Wagen war der Knotenpunkt der Strecke der Bahnhof Sankt Vith[28]. Einen ähnlichen Stellenwert hatte der Bahnhof Herbesthal für den Kreis Eupen inne, der als Grenzbahnhof und Zollumschlagsplatz diente. Im gesamten Gebiet Eupen-Malmedy arbeiteten 1922 nicht weniger als 1.464 Menschen bei der Eisenbahn[29].

Die Geschichte der Bahn im südlichen Eupen-Malmedy ist in den 1930er Jahren vor allen Dingen von Rationalisierungsmaßnahmen geprägt. Zahlreiche Streckenabschnitte wurden von zwei Gleisen auf ein Gleis zurückgebaut. Viele Bahnhöfe wurden zu Haltestellen heruntergestuft. Die Gründe hierfür waren sowohl wirtschaftlicher als auch militärisch-strategischer Natur[30]. Als tiefer Einschnitt für die Vennbahnstrecke gilt die Einstellung der Kohle- und Erztransittransporte ab dem 1. Januar 1932. Auf ihr wurden hauptsächlich deutsche Reparationszahlungen aus dem Aachener Becken und dem Ruhrgebiet nach Frankreich transportiert. Diese hatten die Strecke in den 1920er Jahren künstlich am Leben erhalten. Durch gescheiterte Zollabkommen zwischen Belgien und Deutschland sowie parallel verlaufende Bahnstrecken wurde die Vennbahn für den Güterverkehr zusätzlich obsolet. Wie sich die Einstellung des Güterverkehrs auf den Personalbestand der Bahnhöfe der Vennbahnstrecke auswirkte, kann auf Grundlage der bisher bekannten Quellen nicht nachvollzogen werden.

anzupassen, sehr stark von den individuellen Interessen und Fähigkeiten des jeweiligen Unternehmers ab. Der belgische Staat und auch Deutschland haben die Region keineswegs im Stich gelassen, sondern in einer recht langen Übergangsperiode durch Sonderregelungen insbesondere bei den Zöllen die Industrie Eupen-Malmedys gestützt.

Drittens bedeutete die Weltwirtschaftskrise auch für die Industrie und das Gewerbe in Eupen-Malmedy eine schwere Belastungsprobe. Auch in unserer Region kam es zu einer gestiegenen Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen, die freilich noch genauer untersucht werden sollten. Abgefedert wurde die Krise in einer ländlichen Region durch die relativ gute Versorgungslage und familiäre Netzwerke, so eine These, die noch ihrer Überprüfung harrt.

Viertens zeigt sich die Bedeutung des situativen Opportunismus, also der individuellen Fähigkeit, sich an ein neues ökonomisches Regime anzupas-





Durch den wichtigen Stellenwert der Industrie in der Region um Eupen entwickelte sich ebenfalls ein stärkeres Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft, das sich in einer engagierten Gewerkschaftsarbeit äußerte.

sen, noch einmal und in verschärfter Form im Zweiten Weltkrieg. Die bisher vorliegenden Studien zur Wirtschaftsgeschichte der Region im Nationalsozialismus reichen aber bisher nicht aus, um eine geschlossene Darstellung des Verhaltens ostbelgischer Industrieller in der Kriegszeit zu zeichnen.

Anpassungskrise nach dem Anschluss an Belgien

Mit der Besetzung Eupen-Malmedys durch belgische Truppen und der anschließenden Übernahme der staatlichen Autorität durch belgische Stellen wurden die Industrie und der Handel der beiden Kreise von ihren bisherigen Absatzmärkten und Lieferanten ebenso abgetrennt wie von ihren Finanziers. In Bezug auf rechtliche Fragen, insbesondere in Bezug auf das Steuer- und Unternehmensrecht, herrschte große Unsicherheit. Der neue belgische Markt war nicht nur anderssprachig, was eine Markteintrittsbarriere schuf, er war vor allem auch gesättigt. Wie oben gezeigt, war die belgische Industrie selbst auf den Export angewiesen und ausgerichtet. Auf zusätzliche Konkurrenz auf dem belgischen Markt durch Produkte aus Eupen-Malmedy hatte niemand gewartet. Hinzu kam als weiterer Unsicherheitsfaktor die Währungsfrage. Die Bücher der Unternehmen waren bisher in Mark geführt worden, Verbindlichkeiten bestanden in derselben Währung. Deutsche Banken zogen sich aus dem Gebiet zurück. Und zu welchem Kurs die neue Währung, der belgische Franken, eingeführt werden sollte, war ungewiss.

Hinzu kamen ganz drängende Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hierzu zählten die Beschlagnahmung von Betrieben zur Einquartierung belgischer Soldaten, fehlende Arbeitskräfte, fehlende Vorprodukte und Rohstoffe, eine Energie- und Heizmittelknappheit und die notwendige Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion. Einige Unternehmen, die mit der Kapitulation 1918 ihre Produktion eingestellt hatten, versuchten daher zunächst, ihre am Lager befindlichen Produkte abzuverkaufen[19]. In der Landwirtschaft machten sich die Reduzierung des Viehbestandes, fehlende Futtermittel und Arbeitskräfte ebenso bemerkbar.

In den ersten Nachkriegsmonaten hing die weitere Entwicklung ganz entscheidend davon ab, wie es den

jeweiligen Unternehmern und Betrieben gelang, sich an die neuen politischen und ökonomischen Verhältnisse anzupassen. Bisherige Lieferanten in Deutschland mussten durch belgische, französische oder niederländische ersetzt werden. Die Produkte selbst mussten Normen, Standards und Kundenwünschen auf den neuen Märkten angepasst werden. Schließlich musste die Produktion wieder anlaufen und hierzu Personal wieder oder neu eingestellt werden.

Eventuelle Vorkriegskontakte nach Belgien oder in andere westliche Staaten und französische Sprachkenntnisse, die nicht überall gleichermaßen vorhanden waren, erleichterten den Neustart. Politische Bedenken erschwerten ihn hingegen. Ganz zweifellos war das Gros der nun ostbelgischen Unternehmer im Kaiserreich deutschnational und wirtschaftsliberal eingestellt gewesen. Die Abtrennung der Heimat vom Reich wurde ebenso abgelehnt wie das gesamte „System von Versailles".

Zumindest für die bisher am besten untersuchte Unternehmerfamilie, die in der Textilwirtschaft und in Eupener Unternehmerkreisen einflussreiche Familie Peters, konnte gezeigt werden, dass die Verbindung zur deutschen Heimat so weit reichte, dass über eine Einstellung der Produktion vor Ort und einen Verkauf der Eupener Fabrik nachgedacht wurde und dass dies letztendlich nur mangels interessierter Käufer scheiterte. Auch politisch blieb die Familie Deutschland treu. Unter den 271 bei der sogenannten Volksbefragung von 1920 für den Verbleib bei Deutschland abgegebenen Stimmen fanden sich „sämtliche dazu berechtigte Mitglieder der Familie Peters"[28].



Zweifelsohne spielten neben der Landwirtschaft und der Industrie Handwerk und Handel eine ebenso große Rolle. Traditionelle Handwerker wie Schreiner oder Schneider(innen) waren überall im Gebiet vertreten. Moderne Handwerksbetriebe wie Elektriker oder Mechaniker gab es lediglich in den Kleinstädten Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Auf dem Bild ist die Innenansicht der Autowerkstatt Kalscheuer zu sehen.

Andere wichtige Unternehmer finden sich hingegen auf der Namensliste nicht, lediglich eine Handvoll Selbständiger und einige Landwirte trugen sich in die Protestliste ein. In einigen Fällen aus der Eifel liegt eine Begründung vor: die fehlenden Kenntnisse der französischen Sprache und die Angst



Die Firma Peters bot zahlreiche Arbeitsplätze in der Stadt Eupen wie ein Belegschaftsfoto aus dem Jahr 1937 verdeutlicht. Sie war jedoch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ein wichtiger Akteur.

vor negativen Folgen für das Geschäft[37]. Und es gab auch umgekehrt, vor allem in Malmedy, Fälle, in denen die Unternehmer den Anschluss an Belgien ausdrücklich begrüßten und in den neuen belgischen Institutionen Schlüsselstellungen einnahmen. Die besten Beispiele hierfür sind sicherlich die Industriellenfamilien Steinbach (Papierherstellung) und Lang (Lederherstellung), die bereits während der Versailler Friedensverhandlungen öffentliche Petitionen für einen Anschluss der preußischen Wallonie an Belgien veröffentlicht hatten[38]. Wie viele Unternehmer oder Betriebsleiter infolge des Anschlusses von 1920 die Region tatsächlich verließen, ist bisher nicht quantifiziert. Das Ausmaß des Verlustes an Kapital und Know-how durch die Angliederung an Belgien kann mithin nicht genau beziffert werden.

Die Lösung der unmittelbaren Nachkriegsprobleme

Bereits bis zum Sommer 1919 gelang es, die drängendsten Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, etwa in der Kohle und Vormaterialienversorgung, so weit zu reduzieren, dass die Produktion der meisten Betriebe unter dem Vorkriegsniveau wieder angelaufen war. Die politische Übergangszeit unter Gouverneur Baron Herman Baltia führte zu einer Klärung wichtiger Rechtsfragen. Im Frühjahr des Jahres 1920 erließ der Gouverneur eine Reihe von Dekreten, die das belgische Wirtschafts- und Sozialrecht in „Neubelgien" einführten. So wurde der Rechtsrahmen im Bereich des Schutzes vor Arbeitsunfällen, der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, des Patent- und Warenzeichenschutzes, des Arbeitsschutzes, des Tarifrechts, des Berufsausbildungsrechts und schließlich des Steuerrechts mit Innerbelgien synchronisiert[39].

Der Ausbau der Post- und Telegrafennetze



Der Ameler Posthus in der Zeit des Zweiten Weltkriegs

Während der Industrialisierung hatte sich das, was Menschen als Nähe und Entfernung wahrnehmen, durch immer schnellere Kommunikationsmittel auf rasante Weise verändert. Trotzdem dauerte es bis zur Jahrhundertwende, bis neue Kommunikationswege alle Gebiete in den Ostkantonen erreichten. Frappant zeigt sich dies am Beispiel der Post- und Telegrafenämter, die im ausgehenden 19. Jahrhundert alle größeren Städte, Ortschaften und Dörfer Preußens durch Postagenturen und Posthilfsstellen vernetzten[41]. Trotz wechselnder Kriegs- und Friedenszeit blieben die durch die Post hergestellten Verbindungen in der Zeit von 1914 bis 1950 eine Konstante. Obwohl sich das äußere Erscheinungsbild der Post durch die Staatenwechsel änderte, blieb die Infrastruktur bestehen[42].

Zu Postsendungen und Telegrammen kam in der Zwischenkriegszeit noch ein weiteres Kommunikationsmittel hinzu: das Telefon. Je ländlicher ein Gebiet in Eupen-Malmedy geprägt war, desto weniger Anschlüsse existierten. Lediglich die zentra-len Orte und Einrichtungen wie Apotheken, Bahnhöfe, Rathäuser oder Unternehmen sowie die Eliten der Region (z. B. Ärzte, Hebammen, Gastwirtschaften, Pfarrer und Händler), die das Telefon auch aus gewerblichen Gründen nutzten, waren in den 1920er Jahren an das Netz angeschlossen. Privater Telefonverkehr blieb hingegen bis in die 1930er Jahre in Eupen-Malmedy eine Ausnahme[43].

Auch ganz praktische, aber für die Wirtschaft wichtige Fragen wie die Anbindung an Verkehrssysteme nach

Innerbelgien, die „Buchführung aller Post- und Telegrafenämter, aller Verwaltungen der Bahnen, Bahnhöfe und Staatswaldungen und aller Zoll-, Stempel- und Steuerämter“[40] wurden durch die Verwaltung Baltia und eine belgisch-deutsche Übergabekommission geklärt.

Und auch für zwei besonders schwerwiegende Probleme konnten durch eine im Ergebnis erstaunlich gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Belgien zum Wohle Eupen-Malmedys Lösungen gefunden werden: die Zoll- und die Währungsfrage. Dies auch dank intensiver Verhandlungen des Regimes Baltia mit der Industrie- und Handelskammer Eupen, die zwar ihre in Deutschland bestehende Rechtsstellung verlor, sich aber als Verein konstituierte und ihren Einfluss auf die regionale Wirtschaftspolitik behaupten konnte[41].

Seit dem 10. Januar 1920 waren Eupen und Malmedy belgisches Zoll- und Währungsgebiet. Für Ausfuhren auf den deutschen Markt fielen nun ebenso wie für den Import von Vorprodukten aus dem Reich Zollgebühren an. Der belgische Binnenmarkt war jedoch, besonders in Bezug auf die Produkte der Eupener Textilindustrie, bereits gesättigt. Um einen Konkurs der vom deutschen Markt abhängigen, größeren Unternehmen zu verhindern, appellierten die Verantwortungsträger daher auch erfolgreich an die Solidarität des Deutschen Reiches. Das deutsche Reichsfinanzministerium verzichtete zunächst auf Importzölle für Produkte aus Eupen-Malmedy. Umgekehrt ließen die belgischen Stellen Importe von Rohstoffen und Vorprodukten aus Deutschland ohne Importzoll zu. Diese Übergangsregeln, die bis 1925 bestanden, erlaubten es den Betrieben, sich nach und nach auf den belgischen Markt einzustellen. Die Rheinlandbesetzung durch die Alliierten und eine entsprechende Exporterleichterung 1923 verbesserte die Situation zusätzlich[43].

Die Einführung des belgischen Franken im Frühjahr 1920 begann hingegen mit einer Enttäuschung. Statt dem erwarteten Wechselkurs von 1,25 Franken für eine Mark, legten die belgischen Behörden ein Umtauschverhältnis von eins zu eins fest. Dies traf vor allem Spekulanten hart, die im Vorfeld der Währungsumstellung deutsches Geld gehortet hatten, um es zu einem guten Kurs in die Währung des Kriegsgewinnerlandes Belgien zu tauschen. Auch führte der Umtausch des Geldes zu Liquiditätsproblemen, da die verfügbaren Mittel zunächst quotiert waren. Immerhin stellte der belgische Staat zusätzliche Frankenreserven zur Verfügung und sorgte auch für Kreditvergaben an die Industrie. Mittelfristig stellte sich der Umtausch der deutschen Markbestände in Franken als gutes Geschäft dar, verlor doch die deutsche Währung im Zuge der Hyperinflation drastisch an Wert und wurde schließlich bis zur Währungsreform 1923 völlig wertlos[44].

Stabilisierung und Weltwirtschaftskrise

Nach der Klärung der dringendsten Probleme der Übergangszeit, vermeldet im Jahr 1923 die belgische Verwaltung stolz: „[D]ie Wiedervereinigung von Eupen-Malmedy mit Belgien [hat] die Industrie dieser Gegend ganz besonders begünstigt.“[45] Zum Beleg dieser Behauptung wurde angeführt, dass die Industriebetriebe im Jahr 1922 ein Produktionsniveau von 77 Prozent ihrer Vorkriegsproduktion erreicht hätten. Vergleicht man diese Zahlen mit den entsprechenden Indizes der Industrieproduktion in Belgien allgemein, so fällt die Bilanz nüchterner aus. Die „neubelgische“ Industrie erholte sich im Vergleich zu Gesamtbelgien bestenfalls durchschnittlich von der kriegsbedingten Krise. Gleichzeitig zeigt der Vergleich zu den deutschen Werten, welche Bedeutung die Einführung des belgischen Franken und damit die relative Währungsstabilität in den Jahren bis 1923 hatte.

Eine andere Kennzahl spricht jedoch für den tatsächlichen Erfolg der Unternehmen aus Eupen-Malmedy, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Schenkt man den offiziellen belgischen Zahlen Glauben, dann wurden 1922 bereits 79 Prozent der Produktion auf dem belgischen Markt bzw. auf dem des westeuropäischen Auslands (vor allem Frankreich, Niederlande und Luxemburg) abgesetzt, „wogegen fast die gesamte Vorkriegsproduktion auf dem deutschen Markte abgesetzt wurde“[46]. Dass sich die Hausse in der belgischen Wirtschaft, die die weitere Zeit bis 1929 bestimmen sollte, auch in der Region niederschlug, zeigt ein Blick auf die Entwicklung exemplarischer Unternehmen, die sich zunächst 1922 in Gesellschaften nach belgischem Recht umgewandelt hatten.

Viele Unternehmen begriffen im Angesicht der Geldentwertung jener Jahre die Gunst der Stunde und investierten in Erweiterungen ihrer Produktionsstätten. So erweiterten die Kabel- und Gummiwerke ihre Produktion. Bis 1932 wurde ein neuer Hallenbau mit 10.000 Quadratmetern Fläche für die Produktion innovativer Produkte

Industrieproduktion in Prozent des Vorkriegsniveaus (1913) in den Jahren 1919-1924[48]

	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Belgien	-	73,5	65	80,7	95,2	104,8
Eupen-Malmedy	60	65	73	77	-	-
Deutsches Reich	32	46	56	60	39	59

errichtet[50]. Die Eupener Bier-Brauerei AG investierte 1925 in eine neue Krafterzeugungsanlage und 1926 in einen großen Lagerkeller. In den 1930er Jahren folgten weitere Investitionen bedeutenden Umfangs, u. a. in ein Kühlhochhaus[51].

Ein Weg des Neuanfangs in Belgien bildete die Gründung von Zweigniederlassungen in Aachen, um so auch weiter den deutschen Markt ohne Zollschranken bedienen zu können. Neben der Firma Peters ging beispielsweise auch die Firma Von Asten & Co. in Eupen diesen Weg, indem sie 1925 in Stolberg eine Zweigniederlassung gründete. Bereits 1923 hatte das Unternehmen die Asten-Hill Mfg Co. in Philadelphia als Dependance auf dem amerikanischen Markt gegründet, 1935 kam eine Niederlassung in Valleyfield in Kanada hinzu[52]. Aber auch ohne die Gründung von Zweigstellen war die Produktion vieler Unternehmen auch auf den Export ausgerichtet, wie beispielsweise die Selbstdarstellung der Papierwerke Paul Kaiser Eupen zeigt: „Durch seine Leistungsfähigkeit [...] allgemein bekannt, hat die Firma Paul Kaiser [...] treue Abnehmer in Belgien, Belgisch Congo und Luxemburg. Darüber hinaus werden die Erzeugnisse auch in alle Länder exportiert."[53] Ein weiterer Weg war die Spezialisierung auf dem umkämpften belgischen Markt. So entschied sich die Firma J.F. Mayer in Eupen dazu, sich „immer mehr in der Herstellung ganz feiner hochwertiger Kammgarnqualitäten, deren feine Musterung und äußerst sorgfältige Appretur [...] besonders anerkannt ist"[54] zu spezialisieren. Neben der Spezialisierung wurde auch auf eine Produktdifferenzierung gesetzt. So begann die Eupener Brauerei mit der Kunsteisproduktion 1921[55]. Auch völlig neue Unternehmen entstanden, die sich zu nicht unwichtigen Arbeitgebern entwickelten. So etwa 1919 die Firma Elektrische Isolierrohr-Werke in Hergenrath oder die Schokoladenfabrik Jacques, die 1923 ihre Produktion in Eupen aufnahm[56].



Ein Beispiel für ein modernes Traditionsunternehmen in Eupen-Malmedy war die Eupener Brauerei.

Indikatoren für die Konjunktur

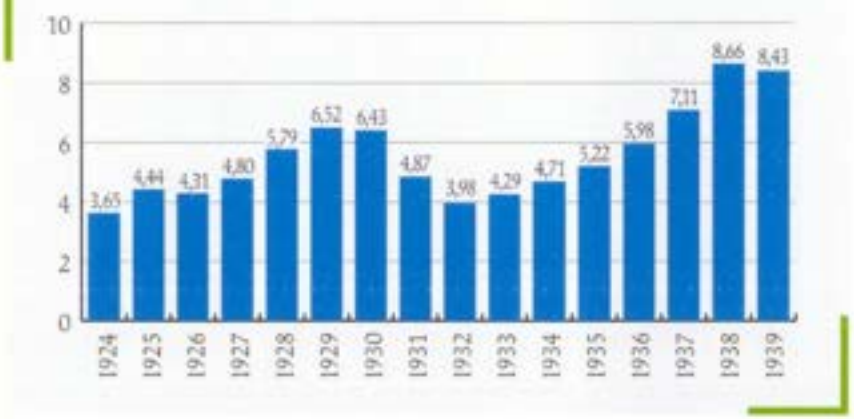
Leider fehlen ökonomische Indikatoren wie Arbeitslosenzahlen oder Indizes der Industrieproduktionen, die sich auf das gesamte Gebiet von Eupen-Malmedy herunterbrechen lassen. Nur punktuell liegen bisher statistische Angaben vor. Die Frage also, ob sich die Industrie und das Gewerbe der Region, „volkswirtschaftlich" betrachtet, über- oder unterdurchschnittlich entwickelten, kann hier nicht beantwortet werden.

Zwei verfügbare Hilfsindikatoren sind die Bauaktivität und der Verbrauch an Strom, die immer ein gewisser Gradmesser für die ökonomische Situation sind. Die Grafik zu den Neu- und Umbauten in Eupen für den Zeitraum zwischen 1920 und 1940 gibt einen ersten Trend wieder. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass es sich jeweils um das Jahr der Fertigstellung handelte, Investitionsentscheidungen

Neu- und Umbauten in Eupen 1920-1940[56]



Von der „Société d'Électricité d'Eupen et Extensions S.A." abgegebene Strommengen in Millionen Kilowattstunden 1924-1939[59]



also früher getroffen wurden. Die nächste Grafik zeigt den Absatz an Strom durch die Société d'Électricité d'Eupen et Extensions S.A., die 1924 die Energieversorgung der Region von der Rheinischen Licht- und Kraftwerke GmbH in Aachen übernommen hatte[57]. Bedenkt man zudem, dass der private Konsum aufgrund der noch sehr geringen Ausstattung an elektrischen Verbrauchern wie Küchen- oder Unterhaltungsgeräten in Wohnräumen im Vergleich zur Industrie gering war, wird die Aussagekraft dieses Indikators noch deutlicher.

Deutlich wird anhand der Zahlen sowohl eine Steigerung der Investitionen nach der Klärung der dringendsten Nachkriegsprobleme als auch ein veritabler Boom ab Mitte der 1920er Jahre. Es wird sichtbar, wie die Weltwirtschaftskrise sich ab 1929 zeitlich verzögert auf die Investitionen auswirkte und dass die Jahre bis 1937 besonders krisenhaft waren. Auch die Stromabgabe zeigt die Konjunkturzyklen. Einer stark steigenden Nachfrage 1926-1929 folgte der drastische Rückgang in der Wirtschaftskrise. Erst ab 1937 erreichte die Stromabgabe wieder den Wert von 1929.

Neben diesen Hilfsindikatoren liegen einige allgemeine Bewertungen der wirtschaftlichen Lage der Region durch die Industrie- und Handelskammer vor, und es lässt sich die Entwicklung zumindest einer bedeutenden Firma, der Tuchfabrik Peters, in den 1930er Jahren nachzeichnen[61]. Besonders die Jahre 1930 bis 1932 führten zu einer schweren Krise mit Umsatzeinbrüchen, Kurzarbeit und Entlassungen.

Zumindest punktuell liegen Daten für diese Entwicklung vor. Die Grafik zu den Empfängern von staatlichen und kommunalen Unterstützungsleistungen für Arbeitslose in Eupen zeigt die Anzahl der Personen, die Unterstützungsleistungen als Arbeitssuchende aus dem Nationalen Arbeitslosenfonds und von der Stadt Eupen erhielten.

Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit 1931/32 mit einer weit höheren Anzahl Betroffener, da Industriearbeiter als Familienväter in der Regel Alleinverdiener waren, führte auch in Eupen zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, zu denen die Arbeitslosen verpflichtet wurden. Gleichzeitig ging aufgrund der hohen Belastungen durch die Arbeitslosenunterstützung und sinkenden Steuereinnahmen auch

Moderne Energieversorgung

Die Elektrifizierung Eupen-Malmedys für die Bevölkerung und die Industrie des Gebietes war ein wichtiger Schritt in die Moderne. Während der Kreis Eupen schon ab 1905 durch die Urfttalsperre mit Strom versorgt wurde, waren die Kantone Malmedy und Sankt Vith nach dem Ersten Weltkrieg noch nicht flächendeckend elektrifiziert[60].



Die Errichtung einer Stromleitung in Montenau (ca. 1930)

Da die Elektrizitätsproduktion überlebenswichtig für die Stahl- und Bergwerke Belgiens war, wurde mit überschüssiger Elektrizität die belgische Bevölkerung versorgt. Bei der Elektrifizierung der Kantone Malmedy und Sankt Vith kann diese belgische Vorgehensweise bei der Versorgung mit Strom nachvollzogen werden: Der überwiegende Teil der Energieproduktion der Talsperren in Robertville und Bütgenbach wurde durch die SERMA (bzw. deren Muttergesellschaft SOFINA) an die Union des Centrales Electriques de Liège-Namur-Luxembourg weitergegeben (ebenfalls eine Tochtergesellschaft der SOFINA), die vor allem Stahlwerke, Zinkfabriken und Bergwerke in der Region um Charleroi versorgte. Mit einem geringen Teil der Produktion wurden die Kantone Malmedy und Sankt Vith versorgt, da die SERMA durch die Erteilung der Konzession zur Errichtung eines Stromnetzes verpflichtet worden war[61]. Die verschiedenen Dorfmonografien der belgischen Eifel führen vor Augen, dass die Elektrifizierung der bis dato rückständigen Eifel- und Ardennendörfer tief im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung verankert ist. Diese war bis zur Mitte der 1930er Jahre abgeschlossen. Ab diesem Zeitpunkt stieg die Abnahme an[62].

Empfänger von staatlichen und kommunalen Unterstützungsleistungen für Arbeitslose in Eupen[64]



die Kommunalverwaltung dazu über, eine Deflationspolitik zu betreiben, ihre Ausgaben zu kürzen und Mitarbeiter zu entlassen[55].

Die konkreten sozialen Folgen dieser Krise und auch die Wahrnehmung der Situation im Vergleich zur Lage in den deutschen und belgischen Nachbarstädten sind noch nicht wissenschaftlich untersucht. Die überlieferten Quellen der Stadtverwaltung Eupen würden eine solche Studie zumindest auf lokaler Ebene aber durchaus erlauben.

Obwohl sich die allgemeine Wirtschaftslage in Belgien ab 1933 etwas entspannte, führte ausgerechnet die „Machtergreifung" Hitlers in Deutschland und die anschließende rüstungsbedingte Erholung der deutschen Wirtschaft zu einer Belastung der Unternehmen in Eupen-Malmedy. Für viele Firmen der Region war Deutschland ein wichtiger Markt geblieben. Als das Deutsche Reich aber 1935 dazu überging, seinen Devisenverkehr staatlich zu kontrollieren, brach die Nachfrage aus dem Nachbarstaat ein. Insgesamt kann die Situation am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zwar als nicht mehr so dramatisch wie noch Anfang der 1930er Jahre beschrieben werden, gleichwohl hatten viele Unternehmen, wie auch die belgische Wirtschaft insgesamt, ihre Produktionsleistung und ihre Gewinne aus dem letzten Vorkrisenjahr 1928 noch nicht erreicht.

Eingliederung in den „großdeutschen Wirtschaftsraum"

Der Anschluss an das „Großdeutsche Reich" am 18. Mai 1940 bedeutete für die Industrie und den Handel in Eupen-Malmedy eine erneute radikale Veränderung der Rahmenbedingungen ihres Handelns. Wie schon 1920 musste man sich auf einen neuen Rechtsrahmen, eine andere Währung und eine neue Lieferanten- und Absatzstruktur einstellen. Gleichzeitig bedeutete die Eingliederung in das Wirtschaftsregime des „Dritten Reiches" den Eintritt in eine staatlich gelenkte Wirtschaft, die bereits in den 1930er Jahren die Rohstoffversorgung, die Devisenversorgung und den Arbeitsmarkt der vollständigen staatlichen Kontrolle unterworfen hatte. Die besondere Lage im Zuge der Kriegsproduktion kam zu diesen Einflussfaktoren noch hinzu, wenngleich erst in der zweiten Kriegshälfte die vollständige Umstellung der deutschen Wirtschaft auf den sogenannten totalen Kriegseinsatz erfolgte. So wurde die Produktion bei den Schokoladenwerken Jacques 1942 auf Seifenpuder umgestellt[56], und die Kammgarnwerke A.G. in Eupen, das zweitgrößte Unternehmen der Stadt, begann mit der Montage von Tellerminen, die in Einzelteilen geliefert wurden[57]. Die meisten Betriebe produzierten jedoch ihre bisherigen Produkte weiter und passten sie lediglich der neuen Nachfrage an, indem nun etwa bei der Tuchfabrik Peters Stoffe für Uniformen der Wehrmacht oder der SS hergestellt wurden[58].

Das Maß, in dem die Unternehmen aus Eupen und Malmedy unter diesen Rahmenbedingungen reüssieren konnten, war abhängig von dem Maß an Opportunität, das sie dem neuen Regime entgegenbrachten. Die Bandbreite reichte von einer Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung in Eupen-Malmedy bereits in der Vorkriegszeit, wie sie etwa für die Unternehmerfamilie Peters belegt ist, über ein Arrangement mit den neuen Machthabern bis hin zur Aufgabe der Produktion bzw. Flucht der Unternehmensinhaber ins Landesinnere, wie sie etwa für die Schokoladenfabrik Jacques, die Papierfabrik Steinbach oder die Kelmiser Grubenunternehmen und ihre „altbelgischen" Besitzer nachgewiesen werden kann[59].

Diejenigen Unternehmen, die bereit waren, sich an das neue nationalsozialistische Regime anzupassen, wurden ökonomisch durchaus für ihren Opportunismus belohnt. Grund hierfür war, dass die kriegsbedingte Nachfrage die Auftragsbücher der regionalen Industrie schnell füllte. Stockungen, die in der Produktion und im Absatz durch die Annexion eintraten, wurden durch großzügige staatliche Unterstützungsprogramme aus Krediten, Bürgschaften



Durch die Eingliederung in den großdeutschen Wirtschaftsraum wurden auch die Arbeiter aus Eupen-Malmedy in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert.

und die privilegierte Erteilung von Staatsaufträgen aufgefangen[70].

So stieg etwa die Belegschaft der Beschäftigten in der Industrie des Kreises Eupen zwischen 1940 und 1943 um rund zwei Drittel von ca. 3.000 auf 5.000 Personen an[71]. Und gesteigerte Umsätze schlugen sich auch in gesteigerten Gewinnen nieder. Die Firma Wilhelm Peters etwa konnte ihren Gewinn, der 1938 und 1939 noch negativ gewesen war, auf 4,75 Millionen belgische Franken im Jahr 1942 steigern[72].

Ein interessanter und für die Wahrnehmung der Jahre zwischen 1940 und 1944 wesentlicher Faktor war jedoch, dass sich die kriegsbedingte Konjunktur nicht positiv auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung niederschlug. Dies hatte zwei Ursachen. Die eine lag in der durch den erneuten Staatenwechsel notwendig gewordenen Währungsreform, die die Einführung der deutschen Reichsmark zu einem Kurs von zehn zu einem Franken brachte. Tatsächlich hatte in Deutschland seit der Machtübernahme Hitlers ein Kaufkraftverlust der Reichsmark eingesetzt, der einerseits auf eine verdeckte Geldmengenausweitung und andererseits auf einen Angebotsmangel im Bereich von Konsumgütern zurückzuführen war. Die Aufrüstung genoss schließlich einseitige Priorität. Das tatsächliche Kaufkraftverhältnis der Reichsmark zum Franken betrug daher ca. 14 zu eins.





Die Nationalsozialisten nutzten die Industrieanlagen Eupens für ihre propagandistischen Inszenierungen, wie hier bei einem Besuch Robert Leys, Leiter der Deutschen Arbeitsfront, im Kabelwerk Eupen.

Gleichzeitig stiegen aber infolge der Einführung der Reichsmark und aufgrund der Tatsache, dass in Deutschland mit Kriegsbeginn viele Waren rationiert worden waren, die Preise für viele Produkte des täglichen Bedarfs um 30 bis 50 Prozent. Die Folge war, dass die Angestellten, Arbeiter und auch die Beamten einerseits deutliche Lohneinbußen bei steigenden Preisen und ein deutlich verknapptes Angebot hinnehmen mussten. Martin Schärer hat gezeigt, dass so der Lebensstandard der Bevölkerung von Eupen-Malmedy infolge der Annexion um ca. 50 Prozent sank. Einigen wenigen ökonomischen Profiteuren standen so viele wirtschaftliche Verlierer der Annexion gegenüber.

Vertröstet wurden diese Verlierer nur durch die Aussicht auf den „Endsieg" des Deutschen Reiches und, sofern sie nicht zur Wehrmacht eingezogen wurden, durch einen sicheren Arbeitsplatz. Allerdings muss trotz dieser Erkenntnis beachtet werden, dass die Versorgungslage der deutschen Bevölkerung auch in den späten Kriegsjahren im Vergleich zu derjenigen in den besetzten Ländern Europas weit besser war und

Kriegsschäden im Zweiten Weltkrieg



Auch Malmedy (hier 1945) wurde wie Sankt Vith, Prüm, Bastogne oder Rocherath während der Ardennenoffensive stark zerstört.

Teile der belgischen Eifel wurden durch die Ardennenoffensive komplett zerstört. Im Zuge des Wiederaufbaus mussten die Infrastrukturen, die vor und während des Krieges bestanden hatten, wieder aufgebaut werden. Das Beispiel der Stadt Sankt Vith gibt darüber Aufschluss, wie man hierbei vorging.

In Sankt Vith, das zu über 90 Prozent zerstört war, war recht schnell klar, dass man an alte Strukturen anknüpfen wollte. Die beiden zuständigen Architekten Jean Gilson, Bruder des späteren Innenministers Gilson, und Louis Berlaimont beschlossen im Einvernehmen mit den Stadtvätern, dass Sankt Vith wieder an seiner ursprünglichen Stelle aufgebaut werden sollte. Anknüpfungspunkte fanden sie unter anderem im alten Straßennetz. Das alte Raster der Straßen sollte weiterhin genutzt werden, indessen sollten die Straßen verbreitert und dementsprechend an moderne Standards angepasst werden. Auch die Strom- und Wasserversorgung war bis 1955 wieder vorhanden.

Gleichzeitig sollte die Stadt weiter modernisiert werden: Zwei Umgehungsstraßen sowie Industriezonen, die den Schwerlastverkehr aus der Stadt verbannen sollten, wurden projiziert. Allerdings fielen dieser vermeintlichen Modernisierung auch alte Infrastrukturen zum Opfer: Der Bahnhof der Kleinstadt wurde nur zum Teil wiederhergestellt. Die Gasversorgung wurde nicht mehr aufgebaut. Die wohl wichtigste Manifestation des geistigen und infrastrukturellen Wiederaufbaus wurde die Kirche der Stadt. An einem zentralen Ort errichtet, überragt sie mit ihrer modernen Architektur die umliegenden Häuser sowie das Umland[74].

dass etwa Hungererfahrungen die Ausnahme blieben[72].

Landwirtschaft zwischen Kontinuität und Aufbruch

Der Blick auf die Entwicklung von Industrie und Gewerbe hat gezeigt, dass in Eupen-Malmedy politische Entscheidungen ökonomische Realitäten immer wieder überlagerten. Dies wird auch beim Blick auf die Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit deutlich. Der Bereich der Agrarpolitik war geprägt durch eine massive Propagandaaktivität, mit der sowohl die belgische Politik als auch die revanchistische Seite versuchten, die wirtschaftliche Lage der Landwirte für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Symptomatisch hierfür standen die unterschiedlichen Vereinsstrukturen, in denen die Bauern im Kanton Eupen und in den Kantonen Malmedy und Sankt Vith ihre Interessen artikulierten. Zweifelsohne kann davon ausgegangen werden, dass sowohl das Deutsche Reich als auch das Königreich Belgien dem landwirtschaftlichen Sektor in Eupen-Malmedy eine bevorzugte Behandlung zukommen ließen. Dies vor dem Hintergrund gesellschaftlich und wirtschaftlich instabiler Zeiten, in denen einer gesicherten Lebensmittelversorgung eine besondere Bedeutung zukam.

Gleichzeitig lässt sich in der regionalen Agrargeschichte der Niederschlag langfristiger Trends der landwirtschaftlichen Entwicklung in Europa ablesen. So ist insbesondere in der Zwischenkriegszeit die sogenannte zweite Agrarrevolution auch in Ostbelgien zu beobachten, die durch den verstärkten Einsatz von Maschinen und Kunstdüngemitteln geprägt wurde[75].

Eingliederung in den belgischen Markt

Der Integration der „neubelgischen" Landwirtschaft in den belgischen Markt ab 1920 kam zugute, dass ihre Struktur derjenigen im Hinterland der Provinz Lüttich entsprach, wenngleich aufgrund der Höhenlage im Venn und der damit einhergehenden geologischen und klimatischen Bedingungen in verschärfter Form. So wurde die Landwirtschaft der beiden ehemaligen deutschen Kreise von offizieller belgischer Seite 1923 wie folgt charakterisiert:

„In der Eupener Gegend und in einzelnen Strichen der beiden anderen Kantone [Malmedy und Sankt Vith] wird wenig Ackerbau getrieben, weil die Felder im Frühjahr zu spät trocken werden. Hier bildet die Viehzucht den Haupterwerbszweig der Bewohner, wie dies auch in der Herver und Limburger Gegend der Fall ist. Stellenweise, so in Kettenis und Walhorn, haben die Landwirte den Ackerbau sogar ganz aufgegeben, um sich ausschließlich der Viehzucht und der Milchwirtschaft zu widmen."[76]

Wie groß die Unterschiede zwischen deutscher und belgischer Landwirtschaft bis dato waren, wird unter anderem anhand eines Zitats aus der Kirchenchronik der Ortschaft Recht deutlich:

„Unsere Pfarreingesessenen klagen oft über die Undankbarkeit des hiesigen Bodens und [...] die rückständige Lage der hiesigen Landwirtschaft [...]. Auch in den benachbarten belgischen Dörfern herrschen derartige Nachteile im selbigen Maße, wogegen daselbst der Boden und das Vieh bedeutend besser sind und mehr ertragen. Die belgischen Kaufleute bemühten sich kaum bis zum Jahre 1921 zu den hiesigen Märkten, [...] weil das dort aufgebrachte Vieh nicht wiederverkäuflich sei. In all den Jahren unserer Pfarrverwaltung blieben die Preise der hiesigen Butter, trotz sehr günstiger Abführmittel rund fünf Franken unter den gewöhnlichen belgischen Butterpreisen, weil die Butter nicht nahrhaft genug in sich ist [...]."[77]

Andererseits hatten auch die Landwirte mit ähnlichen Problemen in ihren Lieferketten zu kämpfen wie die Industrie. Bis zur Angliederung an Belgien hatten die Bauern aus dem Kreis Eupen die Stadt Aachen und ihr Umland mit Butter versorgt. Nach der Angliederung fürchteten die Landwirte nun den Wegfall ihrer traditionellen Aachener Absatzgebiete und eine unhaltbare Konkurrenzsituation mit der produktiveren Milchwirtschaft des Herver Landes.

Diese unsichere Lage wurde gelindert, indem ähnliche Sonderregelungen beim Export wie für Industrieprodukte eingeräumt wurden und so der Eupener Landwirtschaft während einer Übergangszeit die Produktausfuhr in die Region um Aachen erlaubt wurde[78]. Auch die Anpassung der Pachtverträge auf Basis der belgischen Inflation, das Versicherungswesen, neue Steuerbestimmungen und der Umgang mit Viehseuchen wie der Rinderpest oder der Maul- und Klauenseuche erschwerten die Anpassung im neuen Staat[79].

Nach der Neuausrichtung in den 1920er Jahren

So erhielten die Eupener Landwirte die Möglichkeit, sich in den 1920er



Nicht nur Märkte und marktwirtschaftliches Denken spielten in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen setzten als Lobbyisten oder in Genossenschaften wichtige Impulse. Abgebildet sind Eupener Landwirte bei einer Veranstaltung des Boerenbonds (ohne Datum).

Jahren an die neue Situation anzupassen. Die Kontakte mit den Märkten in Aubel und Herve wurden enger. Ihre Produkte wurden nun auch in Lüttich und Brüssel abgesetzt. Im Jahr 1931 schließlich wurde nur noch ein Viertel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Kantons Eupen in und um Aachen abgesetzt, ein weiteres Viertel im Kreis Eupen selbst und die Hälfte der Waren wurde in „Innerbelgien" vertrieben[80]. Eine ähnliche Entwicklung ließ sich auch in den beiden südlichen Kantonen beobachten, wie ein Auszug aus der *Malmedy-Sankt Vither Volkszeitung* von November 1928 zeigt: „Auf dem Bahnhof St. Vith wurden diesen Herbst 221 Waggons Kartoffeln verladen. Davon gingen ins Innere Belgiens 200, nach Frankreich 21; nach Deutschland fand keine Kartoffelausfuhr statt."[81]

Und tatsächlich konnte die Angliederung an Belgien wirtschaftlich auch eine Chance sein. Die hohe Produktivität der belgischen Landwirtschaft beruhte größtenteils auf der Nutzung von Nitraten, Phosphaten und Potassium. Diese Stoffe fielen in Belgien vor allem als Nebenprodukt der Eisen- und Stahlindustrie an und wurden zur Herstellung von Kunstdüngern wie Thomasmehl verwandt[82].

Durch die Zugehörigkeit zum belgischen Markt konnten diese Produkte weit günstiger bezogen werden, als es vorher in Deutschland der Fall gewesen war. Auch hochkalorische Futtermittel wie Palmkern- und Kokoskuchen, Sojaschrot und Erdnussmehl wurden nun zu erschwinglichen Preisen verfügbar. Dies waren Produkte aus dem Kolonialbesitz Belgiens, die in Deutschland nicht oder nur weit teurer zu erhalten waren. Hierdurch stiegen die Erträge der Milchkühe sowie die Qualität der Milch und damit auch ihrer Verarbeitungsprodukte wie Butter erheblich[83].

Um diese Produkte beziehen und die politischen Interessen der Landwirte vertreten zu können, mussten die Bauern auch auf Ebene der landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse alte Strukturen an die Gegebenheiten der neuen Zeit anpassen. Die bisherigen Dachverbände, der Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen und der Rheinische Bauernverein, wurden durch regionale Neugründungen ersetzt. Sowohl im Kreis Eupen als auch im Kreis Malmedy reagierten die Führungspersönlichkeiten der bis dato bestehenden landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse schnell. Ende 1920 bzw. Anfang 1921 erfolgte die Gründung der Landwirtschaftlichen Vereine des Kreises Malmedy und des Verbandes der Landwirtschaftlichen Vereine des Kreises Eupen.

Auch gelang es beiden Verbänden schnell, eine neue Mutterorganisation zu finden. Der Boerenbond avancierte in Belgien seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zu einem wichtigen Interessenvertreter der flämischen Bauernschaft mit guten Verbindungen zu Brüsseler Regierungskreisen. Beide landwirtschaftlichen Vereine Eupen-Malmedys sowie die Katholische Landwirtschaftliche Vereinigung Kelmis schlossen sich sukzessive bis 1924 dem Boerenbond an. Dies geschah auf Anraten Baltias sowie des Eupener Bürgermeisters Hugo Zimmermann und wahrscheinlich auch aufgrund einer gewissen Sympathie mit den „germanischen" Wurzeln des Boerenbonds.

Dieser richtete daraufhin Spar- und Darlehenskassen in Eupen-Malmedy ein, um den Kreditbedarf der Landwirte zu decken. Ebenfalls sorgte der Bund für Beratung, finanzielle Hilfe, die Herausgabe des Fachblattes *Der Bauer*, die Einrichtung eines Sekretariats in Herbesthal und der An- und Verkaufsvereinigung des Landwirt-



Die Förderung der Milchindustrie war das wichtigste Anliegen der Politik. Hieraus resultierte die Gründung zahlreicher Molkereigenossenschaften sowie die Gründung der Großmolkereien beispielsweise in Walhorn oder Büllingen. Abgebildet ist eine Innenansicht der Büllinger Molkerei (Oktober 1938).

schaftlichen Verbandes GmbH in Weywertz für den zentralen Ankauf von Getreide, Palmkernkuchen, anderen Kraftfuttersorten und Düngemitteln sowie die Organisation einer Versicherungsgesellschaft für Feuer-, Hagel-, Lebens- und Unfallversicherungen[84]. Er fungierte jedoch nicht nur als Einkaufskooperative. Er vermittelte auch den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte ins Ausland.

Die Verbindung der Landwirtschaftlichen Vereine des Kreises Malmedy mit dem Boerenbond sollte aber nicht von Dauer sein. Aus politischen Gründen löste sich die Vereinigung 1928 vom Boerenbond, um fortan prodeutsche und antibelgische Propaganda zu verbreiten und eine enge Bindung mit dem revisionistischen Heimatbund einzugehen. Als Dachverband schloss man sich wieder dem Rheinischen Bauernverband an[85]. Klaus Pabst beschreibt den Landwirtschaftlichen Kreisverband Malmedy ab 1919 als das Zentrum der prodeutschen Bewegung in Eupen-Malmedy. In erster Linie dienten die Strukturen des Verbandes also zur politischen Arbeit. Über diesen wurden Gelder aus Deutschland bezogen, die der Deutschtumsarbeit in Eupen-Malmedy dienen sollten.



Holzverarbeitung, wie hier in der Sägerei Müller in Montenau (1930er), fand in der Zwischenkriegszeit in der Regel in Kleinsägereien der Region statt.



Fällarbeiten waren ein willkommenes Zubrot für die Bevölkerung der belgischen Eifel in den Wintermonaten der Zwischenkriegszeit (Valender 1938).

Die Holzwirtschaft in der Zwischenkriegszeit

Auch wenn die Holzwirtschaft für die belgische Eifel eine wichtige Rolle gespielt hat, können mangels aussagekräftiger Quellen nur isolierte Aussagen über den Stellenwert und die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes für Eupen-Malmedy getroffen werden. Das ist umso erstaunlicher, als der Waldreichtum der Kreise Eupen und Malmedy einer der Gründe für das Interesse Belgiens an dem Gebiet war[86].

Zweifelsohne fand in der Waldwirtschaft der Kantone Malmedy und Sankt Vith nur eine geringe Wertschöpfung statt. Der vorhandene Rohstoff wurde nur in den seltensten Fällen vor Ort weiterverarbeitet. Hierzu fehlte die nötige Industrie[87]. Die einzige nennenswerte Sägerei in der belgischen Eifel befand sich in den 1920er Jahren in Sankt Vith, wo durch die Firma Meurer 1920 rund 50 Arbeiter beschäftigt

wurden[88]. Allerdings lag die Firma, die zeitweise als der Lichtblick der Industrialisierung der Ortschaft beschrieben wurde, 1930 brach[89]. Kleine Schreinereibetriebe waren aber keine Seltenheit. Weitere kleinere Sägereien wurden gegründet, die aber häufig erst in den 1950er Jahren größere Bedeutung gewinnen sollten[90].

Kapital aus den vorhandenen Wäldern schlugen vor allen Dingen die Gemeinden durch Holzverkäufe. Durch diese sollte etwa die Elektrifizierung der Ortschaften bezahlt werden. Auch für die Bevölkerung zahlte sich die Waldwirtschaft aus. Für Baumfällarbeiten wurden Einheimische beschäftigt, die hierdurch im Winter ein zusätzliches Einkommen erzielten. Überliefert sind für diese Arbeiten ein Tageslohn von 35 bis 40 Franken (1937), ein gutes Einkommen, wenn man bedenkt, dass der belgische Durchschnittslohn in der Industrie zu dieser Zeit 4,46 Franken pro Stunde betrug[91].

Modernisierung und Mechanisierung

Modernisierung und Mechanisierung hatten in den 1920er und 1930er Jahren große Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die nun ebenfalls industrialisiert wurde. Landmaschinen wurden vermehrt eingesetzt. Aus den USA kommend setzten sich Anfang der 1930er Jahre der Mähdrescher und Frühformen des Traktors durch. Künstliche Dünger eroberten den Markt. Obwohl die Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Industriezweigen mit Blick auf die Beschäftigtenzahlen an Stellenwert verlor, waren die Produktivitätszuwächse der Landwirtschaft seit Beginn des 20. Jahrhunderts enorm. In Eupen-Malmedy blieb aber die Modernisierung der Landwirtschaft beschränkt. Besonders die Bauern in der Eifel blieben in ihren traditionellen Strukturen des 19. Jahrhunderts verwurzelt, die nach harter körperlicher Arbeit verlangten und noch stark von Außeneinflüssen abhängig waren.

Wichtige Faktoren der Modernisierung waren die Gründungen von Molkereigenossenschaften. Während in den 1920er Jahren zahlreiche Landwirte noch eine eigene Zentrifuge und ein Butterfass besaßen, wurden in den 1930er Jahren in fast allen Dörfern der belgischen Eifel Molkereien auf Initiative des Landwirtschaftlichen Vereins gegründet. Bis in die 1950er Jahre butterten aber noch viele Landwirte auch zu Hause. Diese Molkereigründungen lassen sich in die übergeordnete belgische Landwirtschaftspolitik einordnen, die in anderen Bereichen der Landwirtschaft, wie der Fleisch- oder Weizenproduktion, gegenüber anderen Ländern nicht konkurrenzfähig war.

Daher wurde durch das Landwirtschaftsministerium sowie die verschiedenen Zusammenschlüsse für Landwirte die Produktion von Milch, Käse und Butter gefördert[92]. So trat die paradox wirkende Situation ein, dass die belgische Agrarpolitik und die revisionistische deutsche Unterstützung der Landwirte aus Eupen-Malmedy dieselben Ziele verfolgten, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Auch die Anlage von Jauche- und Mistgruben wurde durch den belgischen Staat gefördert, wodurch der Ausbruch von Krankheiten verhindert werden sollte[93].

Die Tendenz zur Modernisierung kann auch bei der Herstellung anderer Nahrungsmittel nachvollzogen werden. Während in den 1920er Jahren



Die Landwirtschaftsschulen waren zum Teil Motoren der Modernisierung der Landwirtschaft. Hier lernten Junglandwirte den Umgang mit Maschinen und neue Agrartechniken.

noch viele Haushalte ihr Brot selbst backten, wurde das Getreide ab den 1930er Jahren vermehrt an professionelle Bäcker in den Dörfern verkauft[96].

Eine wichtige Rolle für die Modernisierung spielten Märkte und Landwirtschaftsmessen sowie die drei Comices Agricoles in Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Diese 1923 gegründeten Komitees waren Vereinigungen zur Verbreitung von Informationen und Wissen, die den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft begünstigen sollten. Sie erlaubten es den Mitgliedern der Vereinigung, staatliche Subventionen für die Veranstaltung von Ausstellungen und Märkten zu erhalten. Im Fokus dieser Landwirtschaftsmessen stand einerseits die Ausstellung und Prämierung von Zuchtvieh, andererseits wurden hier landwirtschaftliche Geräte und Neuerungen vorgestellt[97].

In diesen Trend fügen sich ebenfalls die Landwirtschaftsschulen Eupens und Sankt Viths ein. Sie unternahmen regelmäßig Exkursionen zu Fabriken und großen Höfen in den Ostkantonen. Die Lehrpläne der Schulen spiegeln den starken Fokus auf die modernisierte Milchwirtschaft wider, sodass Melkmaschinen auf Höfen besichtigt und auch Maschinenbau unterrichtet wurde[98]. Auch die Staatliche Wanderhaushaltsschule der Kantone Malmedy-Sankt Vith für Mädchen legte ab 1925 einen Schwerpunkt auf dieses Thema, indem sie eine Käserei-Einrichtung, Molkereianlagen und Maschinen für die Hauswirtschaft in den Räumen der Landwirtschaftsschule einrichtete. Im Kanton Eupen waren die Lehrpläne der hauswirtschaftlichen Schule, die sich in den Händen der Schwestern des Asteneter Katharinenstifts befand, traditioneller angelegt, als es in den staatlichen Schulen der Fall war[99].

Als rückständig muss Eupen-Malmedy vor allem im Bereich der Maschinennutzung beschrieben werden. In der Zwischenkriegszeit existierten nur sehr vereinzelt Traktoren in landwirtschaftlichen Betrieben. Erst in den 1940er und 1950er Jahren wurden motorisierte Maschinen verstärkt in der Landwirtschaft eingeführt. Vereinzelt bestand noch bis in die 1930er Jahre der Handel mit Naturalien oder die Tauschwirtschaft in der Eifel fort. Allerdings wurden diese im Laufe des Jahrzehnts endgültig durch Geldgeschäfte ersetzt[100].

Die Landwirte und die Weltwirtschaftskrise

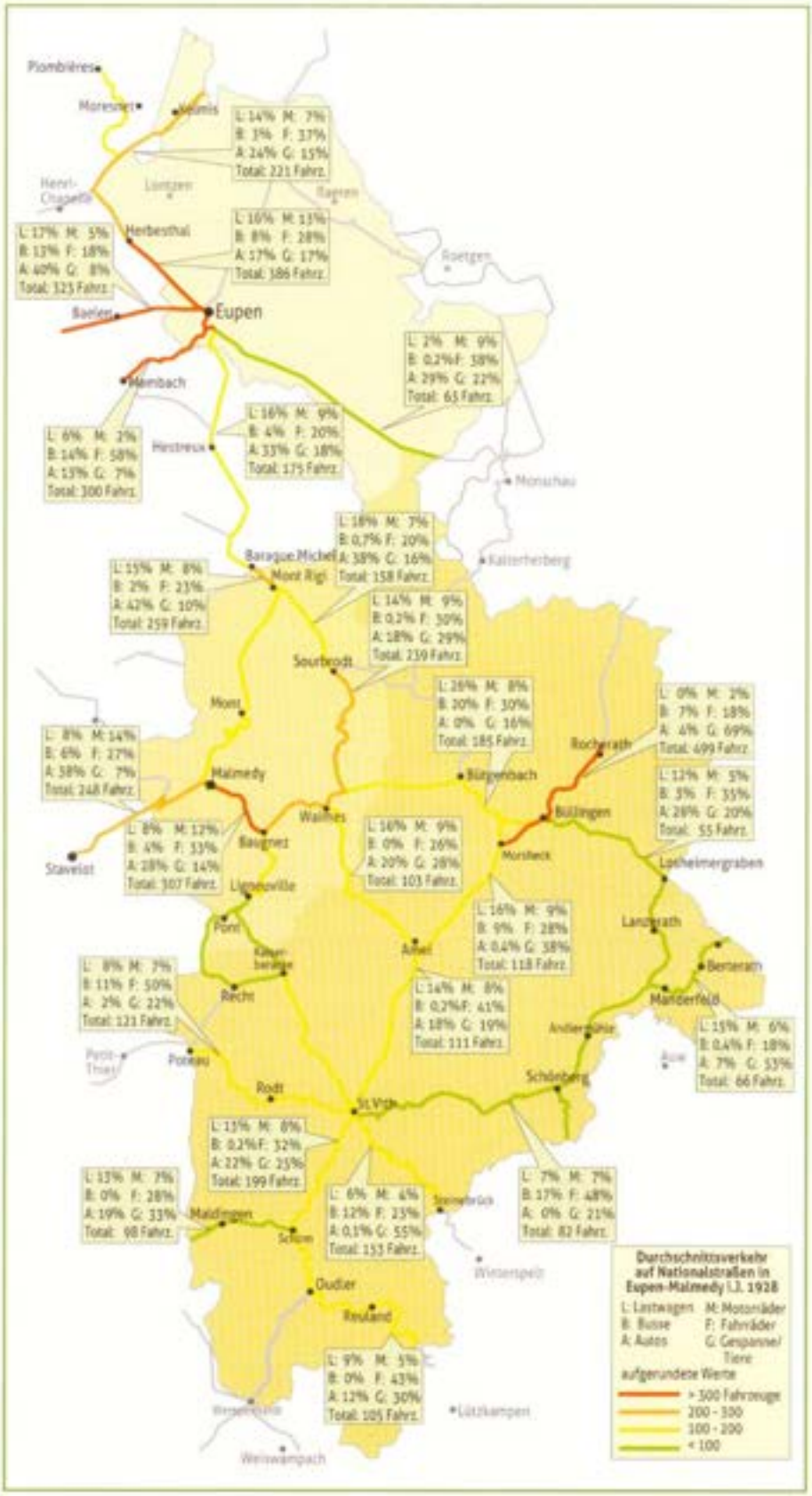
Wie die Weltwirtschaftskrise auch die Landwirtschaft tangierte, zeigen die Aufzeichnungen des Landwirtschaftlichen Vereins Raeren. So notiert Friedrich Schumacher, der Schriftführer des Vereins, im Jahr 1931, dass Vieh-, Milch- und Ackerbauprodukte durch die Krise einen gewaltigen Preissturz erlitten hätten. Im Folgejahr seien die Preise für zahlreiche Produkte weiter gefallen, nur vereinzelt habe sich die Lage auf geringem Niveau stabilisiert:

„Ganz allgemein gesehen stehen wir heute [1932] zwischen Gut und Böse. [...] [U]nsere Hoffnung [geht] dahin, daß es nicht schlechter wird. Für den schwächeren Teil der Berufskollegen würden Pacht- und Zinssenkungen Erleichterung bringen. Bei der Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte spielt, da Belgien Einfuhrland für diese Artikel ist, die Zollpolitik des Landes eine große Rolle. Angesichts des Protektionismus in den meisten Ländern ist zu hoffen, daß auch hier der jeweiligen Lage Rechnung getragen wird."[101]

Mit seiner Vermutung hatte Schumacher recht. Auch der belgische Staat ging, wie fast alle europäischen Staaten, im Bereich der Milchwirtschaft im Angesicht der Wirtschaftskrise zu einer protektionistischen Politik über. Da man in Belgien billiges argentinisches Fleisch und Getreide aus dem Ausland importierte, musste sich die Landwirtschaft weiter auf die Verarbeitung von Milchprodukten spezialisieren. Der belgische Staat schützte die Butterproduktion in den 1930er Jahren durch Importquoten und hohe Zölle.

Die Schutzmaßnahmen der Landwirtschaft kosteten den Staat jährlich 2,5 Milliarden Franken. Dieser Protektionismus, der eigentlich die flämische Landwirtschaft schützen sollte, bot ebenfalls den Landwirten in Eupen-Malmedy Schutz. Die Politik wurde auf Betreiben Paul van Zeelands, Premierminister, durchgesetzt, der in den 1930er Jahren seine Wählerschaft, die zu großen Teilen aus flämischen, katholischen Landwirten bestand, einbrechen sah[102]. Ebenfalls in seine Regierungszeit fällt die Einführung des Institut National de Crédit Agricole 1937, das günstige Kredite an Landwirte und Mittelständler vergeben sollte[103].

Allerdings wollte der Staat die Preise auf geringem Niveau halten, um die Lebensmittelpreise nicht steigen zu lassen und so die soziale Lage zu stabili-sieren. Die Landwirte hatten in den 1930er Jahren im Vergleich zu anderen Berufszweigen (wie selbständigen Handwerkern und Arbeitern) eine



Der Straßenbau

Durch den Ersten Weltkrieg und die sich anschließende unsichere Zukunft der Kreise Eupen und Malmedy wurden sechs Jahre lang keine größeren Unterhaltsarbeiten an den Straßen des Gebietes mehr durchgeführt. Ab 1920 galt es, die in dieser Zeit entstandenen Schäden zu beheben und die Straßen nach belgischem Muster aufzubauen[99]. Hierunter fiel etwa die Ausbesserung der im Ersten Weltkrieg entstandenen Schäden und die Sanierung von Straßenabschnitten[100].

Auch in den 1930er Jahren investierte der belgische Staat weiterhin in den Straßenbau. Im Januar und Juli 1930, also einige Monate bevor die Weltwirtschaftskrise in Belgien ankam, wurden durch die Regierung Investitionsprogramme für Belgien verabschiedet, durch die Straßen und Kanäle modernisiert werden sollten[101]. In Eupen und Sankt Vith wurden dementsprechend in der ersten Hälfte der 1930er Jahre verschiedene Erneuerungsprojekte an Provinzialstraßen durchgeführt. Auch einige Dorfstraßen wurden in dieser Zeit erneuert. Meist wurden hiermit auswärtige Straßenbaufirmen beauftragt, allerdings fanden auch die Einwohner der umliegenden Dörfer bei diesen Baustellen als Lohnarbeiter eine Anstellung.

Die Straßen in den Ostkantonen spiegeln dabei ein sehr differenziertes Bild der Mobilitätsgeschichte des Gebietes. Das wird unter anderem anhand einer

durch die Administration des Ponts et Chaussées in Auftrag gegebenen Straßenzählung aus dem Jahr 1928 deutlich. Sowohl was den Personen- als auch den Frachtverkehr anbelangt, war das Aufkommen im Kreis Eupen höher als im Süden. Nichtsdestotrotz ist das Aufkommen in den Kantonen Sankt Vith und Malmedy höher, als die Ländlichkeit des Gebietes und das Vorhandensein guter Bahnanbindungen uns glauben lassen könnten. Ebenfalls hat das Hochmoor Venn sowohl in Hinblick auf den Güter- als auch in Bezug auf den Personentransport nicht mehr dieselbe trennende Wirkung wie in den Jahrhunderten zuvor. Obwohl die für die Ostkantone wichtigsten Grenzübertritte nicht erfasst wurden, zeigt sich deutlich die trennende Wirkung der neuen deutsch-belgischen Grenze. Zu Beginn der 1920er Jahre war die grenzüberschreitende Mobilität laut der Administration des Ponts et Chaussées noch weit höher[102].

Dass Eupen-Malmedy noch viel weniger mobil war als andere Gebiete Belgiens, zeigt ein Vergleich mit Straßen in der Region um Verviers und Spa, auf denen das Verkehrsaufkommen weit höher als auf den Straßen in den Ostkantonen war. So konnten an Tagen, an denen Rennen in Spa-Francorchamps stattfanden, bis zu 3.250 Autos die Straßen der Region passieren. Obwohl Gespanne und Pferde als Transportmittel merklich an Bedeutung verloren hatten, waren sie im Straßenbild ganz Eupen-Malmedys 1928 noch präsent.

deutlich höhere Sicherheit: Das Grundbedürfnis nach Nahrung war gesichert. Die Preise für Kraftfutter brachen ein, wodurch sich ihr Einkauf verbilligte. Auch die Preise für Futterrüben und Zuckerhäcksel fielen ab 1931 erheblich, sodass diese vermehrt in der Landwirtschaft verfüttert wurden[106]. Auf der anderen Seite fielen auch die auf den Märkten zu erzielenden Preise, weshalb die Einkommen der Bauern sanken. Die Spareinlagen der Landwirte blieben in Belgien dennoch hoch und Investitionen in Ackerland blieben ein sicherer Hafen für Investoren.

Diese übergeordneten Entwicklungen können nur indirekt auf Eupen-Malmedy übertragen werden. Die Landwirte hatten sich hier während der 1920er Jahre schon recht gut an die Situation im belgischen Wirtschaftsumfeld angepasst. Indes ging ein Teil des Exports noch immer ins Nachbarland Deutschland. Während in den 1920er Jahren noch Zollerleichterungen für Butterexporte bestanden hatten, erhöhte Deutschland die Zolleinfuhrgebühren ab 1932 auf eine Reichsmark je Kilo, was den Export der Butter unwirtschaftlich machte[107].

Dementsprechend wurde auch schon in der Weimarer Republik die Landwirtschaft durch protektionistische Maßnahmen stärker als andere wirtschaftliche Bereiche geschützt[108]. Diese Politik wurde durch das „Dritte Reich" ab 1933 fortgesetzt, wobei den Landwirten in der „Blut-und-Boden-Ideologie" der Nationalsozialisten eine herausragende Rolle zugeschrieben wurde. Durch die Einführung des Reichsnährstandes wurde ein Zwangskartell für die deutschen Landwirte geschaffen, sodass Mindest- und Festpreise für Agrarprodukte festgelegt wurden. Die Einführung dieser Fixpreise hatte zur Folge, dass die Landwirte bei gleichbleibenden Nahrungsmittelpreisen tatsächlich höhere Preise für ihre Produkte erhielten, bremste allerdings auch ihre Gewinne ab 1936[109].



Die moderne Molkerei in Walhorn, die in der Zwischenkriegszeit gegründet wurde.

Erstes Ziel der nationalsozialistischen Agrarpolitik war die Produktivitätssteigerung der deutschen Landwirtschaft, um hierdurch eine Lebensmittelautarkie des „Dritten Reiches" zu gewährleisten. Ob diese Landwirtschaftspolitik nun objektiv Früchte trug oder nicht, war nicht nur unter Zeitgenossen, sondern ist heute noch unter Historikern umstritten[110].

Die Landwirte in Eupen-Malmedy dürften sicherlich bemerkt haben, dass ab 1930 eine beschleunigte Landflucht in Deutschland eintrat und sich der Staat, unter anderem durch das Reichserbhofgesetz, in zahlreiche Belange der Landwirte, wie zum Beispiel die Erbteilung, einmischte. Zweifelsohne dürfte den Bauern in Eupen-Malmedy aber auch nicht entgangen sein, dass das „Dritte Reich" den Ackermann zu einer symbolträchtigen Figur erhob, der neben dem Krieger zu einem der tragenden Pfeiler des Staates stilisiert wurde.

Vor diesem Hintergrund darf nicht vergessen werden, dass etwa der Landwirtschaftliche Verein Malmedy seine Mitglieder mit Propagandaorganen wie dem *Landboten* von der Überlegenheit der deutschen Landwirtschaftspolitik zu überzeugen versuchte. Der *Landbote*, der durch Joseph Dehottay herausgegeben wurde, wurde zum Organ der beiden Landwirtschaftlichen Vereine der Kantone Eupen sowie Malmedy und sollte die Zielgruppe, die Landwirte der Region, mit politischen Informationen versorgen.

Schon vor 1933 bediente er sich eines rechtsradikalen oder nationalistischen Vokabulars. Allerdings litt er seit der „Machtergreifung" Hitlers unter Abonnentenschwund, wurde mit einem Postverbot belegt und schließlich 1937 ganz eingestellt[111]. In erheblichem Maße wurde der Landwirtschaftliche Verein des Kreises Malmedy auch in den 1930er Jahren durch deutsche Kredite und durch monatliche Zahlungen unterstützt[112].

Ob sich die Landwirte also dies- oder jenseits der Grenze befanden, spielte eine untergeordnete Rolle. Diese These wird einerseits durch die Tatsache gestützt, dass sowohl Deutschland als auch Belgien ihre Landwirtschaften in hohem Maße und mit erheblichen Mitteln unterstützten. Andererseits kann nicht ausgemacht werden, dass es den Landwirten in den Kantonen Sankt Vith und Malmedy aufgrund der deutschen Unterstützungsgelder besser ging, als jenen im Kanton Eupen, die mit dem Boerenbond zusammenarbeiteten.

Dass die Landwirtschaft die Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Sektoren gut überstand, zeigen auch die Wanderungsströme der Knechte aus den Ostkantonen. Diese zog es vor allem in den 1930er Jahren zu den Höfen der Wallonie. Diese Höfe scheinen also Personalbedarf gehabt zu haben[113].

Im Zuge der allgemeinen Konjunkturaufhellung erholte sich ab 1937 der Markt für landwirtschaftliche Produkte. Dementsprechend erreichten auch die durchschnittlichen Löhne, die in der belgischen Landwirtschaft gezahlt wurden, in diesem Zeitraum wieder den Vorkrisenstand.



Auch Zwangsarbeit spielte in Eupen-Malmedy eine Rolle. Auf dem Bild erscheinen die Arbeiter aus der Ukraine in Valender (1943) glücklich. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass vielen Zwangsarbeitern keine gerechte Behandlung zuteil wurde.

Neue Ziele der Nazis in der Landwirtschaft

Ein weiteres Mal gerieten die Landwirte Eupen-Malmedys nach der Annexion durch das „Dritte Reich" unter Anpassungsdruck. Die Landwirtschaft des Gebietes wurde rasch in die Organisationsformen des NS-Staates eingegliedert, wie etwa den Reichsnährstand. Durch den Staatenwechsel traten erneute Schwierigkeiten für die Bauern auf, die von der Ernährungsstelle Eupen wie folgt beschrieben wurden:

„Im hiesigen Bezirk wird nur Weidewirtschaft betrieben. Hierüber ist nach Rücksprache mit dem Ortsbauernführer folgendes zu berichten: Die ansässigen Landwirte haben nicht genügend wirtschaftseigenes Futter und sind somit auf Fütterung von Kraftfutter angewiesen. Bedingt durch die im Zuge der Angliederung an das Großdeutsche Reich erfolgte Umstellung in der Fütterung des Vieh (die Landwirte können nicht mehr genügende Mengen Kraftfutter erhalten) ist der Milchertrag an sich sowie auch der Fettgehalt der Milch erheblich gesunken."[114]

Nach und nach passten sich die Landwirte in Eupen-Malmedy an die neue Situation an[115]. Zweifelsohne forderte die Eingliederung der Landwirtschaft Eupen-Malmedys in die deutsche Kriegswirtschaft dabei ihren Tribut. Da die Bauern Eupen-Malmedys nicht mehr auf dieselben Kraftfuttermengen wie in Belgien zurückgreifen konnten, fiel der Fettgehalt der Milch erheblich[116]. Allerdings schätzte die Ernährungsstelle der Stadt Eupen die Lage der Landwirtschaft des Kantons Eupen ab Juli 1940 regelmäßig als befriedigend oder gut ein[117] und damit deutlich besser als die allgemeine Versorgungslage in Belgien.

Gleichwohl blieben einige Güter Mangelware, die nicht in Eupen-Malmedy angebaut wurden, wie etwa Spargel, Gurken, Salat oder Tomaten. Besonders bei der Versorgung mit diesen Lebensmitteln machten sich Engpässe bemerkbar[118]. Auch aus diesem Grund startete die Ernährungsstelle Eupen Versuche zur Diversifikation der bestehenden Landwirtschaft. Gemüse-, Korn- und Kartoffelfelder sollten die Milchwirtschaft ergänzen[119].

Zu ausgreifender Schmuggelaktivität nach Belgien kam es in Eupen-Malmedys allerdings nicht. Diese beschränkte sich hauptsächlich auf die zehn ebenfalls annektierten und Eupen vorgelagerten „altbelgischen" Gemeinden, vor allem auf Baelen und Membach[120]. Andere illegale Aktivitäten spielten hingegen eine wichtigere Rolle. So scheinen sich polizeiliche Stellen in Eupen an beschlagnahmten Waren bereichert und diese nicht an das Wirtschaftsamt weitergeleitet zu haben [121].

Die bestehenden Engpässe in der Versorgung wurden zum Ende des Krieges größer, sodass das Schwarzschlachten und -buttern zunahm und Landwirte auch aus Eupen-Malmedy die schlechte Versorgungslage der Städte im Rheinland ausnutzten, um ihre Waren zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt abzusetzen[122].

Endnote

1 Eine Übersicht über die Wirtschaftsgeschichte dieser Zeit geben die beiden „klassischen" Werke Wolfram Fischer, Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1979, und Carlo M. Cipolla/Knut Borchardt (Hrsg.), Die Europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1986 (Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5). Neuere Überblicksdarstellungen mit weiterführender Literatur zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im europäischen und globalen Kontext bieten Mark Spoerer/Jochen Streb, Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München u. a. 2013; Christian Kleinschmidt, Technik und Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert, München 2006 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 79), und Toni Pierenkemper, Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., München 2007 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 29). Für die Wirtschaftsgeschichte Belgiens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind nach wie vor unverzichtbar: André Mommen, The Belgian Economy in the Twentieth Century, London u. a. 1994; Fernand Baudhuin, Histoire économique de la Belgique. 1914-1939, 2. Aufl., Brüssel 1946, und ders., Belgique 1900-1960. Explication économique de notre temps, Löwen 1961. Ferner sei auf den Literaturüberblick zur Wirtschaftsgeschichte Belgiens in der Zwischen Kriegszeit in Michelangelo van Meerten, Capital Formation in Belgium 1900-1995, Löwen 2003, S. 20, Fußnote 8, verwiesen. Vgl. auch das Aperçu zur belgischen Wirtschaftsgeschichte in Jan Sanders/Paul Thomes, Die Wirtschaft, in: Johannes Kroll (Hrsg.), Belgien. Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft, Münster 2007 S. 100-120, und zu den belgisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert Peter M. Quadflieg, „Die geographische Lage hat uns zu Nachbarn gemacht. Eine stetige Zusammenarbeit hat uns zu Partnern gemacht." Die deutsch-belgischen Wirtschaftsbeziehungen seit 1945 und die Schlüsselrolle einer Grenzregion, in: Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landeskunde und Zeitgeschichte 30 (2015), S. 101-126. Eine Wirtschaftsgeschichte Eupen-Malmedys für diese Zeit liegt nach wie vor nicht vor. Erste Denkanstöße liefert der in Band 5 der vorliegenden Reihe erschienene Beitrag von Peter M. Quadflieg, Regionale Wirtschaftsentwicklung im europäischen Rahmen. Übergang, Anpassung, Boom, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2013, S. 118-187, der auch auf die Kriegsjahre und die Vorkriegszeit eingeht. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird an verschiedenen Stellen auf diesen Beitrag verwiesen.

2 Zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik vgl. die grundlegenden Darstellungen: Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 16), und Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik. 1933-1945, Frankfurt am Main 1988, sowie zuletzt Tim Schanetzky, „Kanonen statt Butter". Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, München 2015; Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005, und Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.

3 Zur ökonomischen Bedeutung der Kongo-Kolonie vgl. einführend Guy Vanthemsche, La Belgique et le Congo. L'impact de la colonie sur la métropole, Brüssel 2017, S. 189-248.

4 Vgl. Johan de Vries, Die Benelux-Länder 1920-1979, in: Cipolla/Borchardt (Hrsg.), Volkswirtschaften, S. 1-46, hier S. 9f.

5 Vgl. ebd., S. 9ff.

6 Vgl. Brian R. Mitchell, Statistischer Anhang 1920-1970, in: Cipolla/Borchardt (Hrsg.), Volkswirtschaften, S. 413-492, hier S. 424.

7 Vgl. de Vries, Benelux-Länder, S. 9ff., und Emmanuel Gerard, De Democratie gedroomd, begrensd en ondermijnd 1918-1939, in: Michael Dumoulin u. a., Nieuwe Geschiedenis van België. Bd. 2: 1905-1950, Tielt 2006, S. 869-1122, hier S. 945-960.

8 Vgl. hierzu und zum Folgenden: de Vries, Benelux-Länder, S. 12-16.

9 Vgl. Generalstaatsarchiv 2, Brüssel, (AGR 2), Bestand SOFINA versement 2, Nr. 14, Brief der Serma an den Minister für öffentliche Arbeiten, Laboulis, 11.03.1927. Die Talsperren an der Warche produzierten 65 Prozent des 1925 in Belgien benötigten Stroms.

10 Vgl. die Angaben in: Der Landbote, 7.7.1937.

11 Vgl. Klaus-Dieter Klauser, Talsperren im Land von Venn und Eifel, in: Zwischen Venn und Schneifel 7, 8, 9 (1998).

12 Für die Umspannkabinen wurden zusätzlich 24 Parteien enteignet. Vgl. AGR 2, Bestand SOFINA versement 2, Nr. 687, Expropriations Robertville-Bévercé I-IV; AGR 2, Bestand SOFINA versement 2, Nr. 687, Concession de la Warche, Barrage de Butgenbach I; AGR 2, Bestand SOFINA versement 2, Nr. 689, Concession de la Warche, Barrage de Butgenbach II-VI.

13 Vgl. AGR 2, Bestand SOFINA versement 2, Nr. 686, Decret de concession de la Warche et cahiers des charges, S. 7.

14 Vgl. AGR 2, Bestand SOFINA versement 2, Nr. 686, SERMA, Centrale de Bevercé, Contrats et Cahiers des Charges, s. d.; AGR 2, Bestand SOFINA versement 2, Nr. 686, SERMA, Concession de la Warche, Contrats divers.

15 Vgl. Generalstaatsarchiv, Recensement Industrie et Commerce 1930, Nr. 1950 und Nr. 1995.

16 Vgl. Vanthemsche, Congo, S. 197-218.
17 Vgl. de Vries, Benelux-Länder, S. 16.
18 Auf einführende Literatur zum Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus ist bereits in Fußnote 1 hingewiesen worden. Zur Kriegswirtschaft vgl. auch Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Neuaufl., München 1999.
19 Vgl. Eupen-Malmedy und sein Gouverneur. Denkschrift herausgegeben bei Gelegenheit der zu Ehren des General-Leutnants Baron Baltia am 28. Oktober 1923 veranstalteten Feier, Brüssel 1923, S. 44. Diese Schrift enthält eine umfangreiche Dokumentation der Eingliederungsmaßnahmen im wirtschaftlichen Bereich. Gleichzeitig muss natürlich betont werden, dass sie auch einen propagandistischen Zweck erfüllte und daher insbesondere bei der Bewertung bestimmter Maßnahmen ein äußerst positives Bild des Übergangsregimes unter Baltia zeichnet.
20 Ebd., S. 44.
21 Vgl. ebd., S. 97.
22 Vgl. Paul Thomes/Peter M. Quadflieg, Soll und Haben. Die Tuchfabrik Wm. Peters & Co. in Eupen, in: Marga van den Heuvel (Hrsg.), Das feine Tuch. Höhen und Tiefen der Tuchindustrie am Beispiel der Eupener und Aachener Tuchunternehmerfamilie Wilhelm Peters in der Zeit von 1830 bis 1970, Eupen 2014, S. 53-103, hier S. 79ff.
23 Zahlen des Recensement de l'Industrie et du Commerce (1930) für Eupen, Malmedy und Kelmis.
24 Vgl. Eupen-Malmedy und sein Gouverneur, S. 43f.
25 Zitiert nach Günter Marenberg, Geschichte der Vennbahn, in: Heimatblätter des Kreises Aachen 3-4 (1989), 1-2 (1990), S. 89ff.
26 Vgl. Sebastian Scharte, Die Verwaltung des Alltags als Ziel des Staates, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3, S. 87f.
27 Um welche Zahl es sich genau handelte, ist nicht nachzuvollziehen. Seit den 1950er Jahren ist in der Erinnerungskultur der Stadt eine Zahl um 1.400 Bahnarbeiter überliefert. Da 1922 im gesamten Eupen-Malmedy Gebiet aber lediglich 1.464 Menschen für die Bahn arbeiteten, dürfte diese Zahl zu hoch angesetzt sein. Allerdings bedurfte es für die recht kleinteilige Arbeit und den Betrieb, der teils rund um die Uhr stattfand, einer sehr hohen Zahl an Arbeitskräften.
28 Vgl. Archiv Infrabel, Procès-Verbal Nr. 640 des 29 et 30 septembre 1920, extrait des Conférences-Inspections.
29 Vgl. Hubert Willems, Victimes et Héros de la Guerre 1940-1945 dans l'Est de la Belgique, Bd. 16, o. O. 1991, S. 28.
30 Vgl. Fredy Thonus u. a., Eine kleine Eisenbahnstrecke im Eifel-Ardennen-Raum. Die Linie Vielsalm – Born (47 A), Sankt Vith 2016, S. 142f.
31 Vgl. Liselotte Timmermann, Das Eupener Land und seine Grünlandwirtschaft, Bonn 1951, S. 14-17.
32 Vgl. Carlo Lejeune, Was heißt denn hier schon Vaterland, in: Altes Land an der Work, Sankt Vith 1990, S. 243.
33 Vgl. Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 17.
34 Zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den 1920er Jahren allgemein vgl. Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974; Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988. Die Entwicklung auf der deutschen Seite des Grenzgebietes schildert Clemens Bruckner, Zur Wirtschaftsgeschichte des Regierungsbezirks Aachen, Köln 1967 (Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 16).
35 Beispielsweise bei der Firma Peters, vgl. Thomes/Quadflieg, Soll und Haben, S. 78.
36 Zum Versuch des Fabrikverkaufs vgl. ebd., S. 81f.
37 Die Namensliste mit Angaben zum Beruf und kurzen Begründungen für die Eintragung ist abgedruckt bei Hubert Willems, Les Six Mois de la Consultation populaire à Eupen et Malmedy (1920), Selbstverlag o. O. 1988, S. 7-32. Vgl. hier beispielsweise die Einträge zu Nikolaus Hardy aus Weywertz und Michel Leyens aus Berg.
38 Vgl. Heinz Warny, Lebensbilder aus Ostbelgien, Bd. 1, Eupen 2017, S. 98f. (Lang), und S. 166f. (Steinbach).
39 Vgl. Eupen-Malmedy und sein Gouverneur, S. 97-105.
40 Ebd., S. 15f.
41 Vgl. Carlo Lejeune u. a., Wie Vorbilder über neue Wege in den Alltag dringen. Ein neues Zusammenleben durch Selbstbeobachtung und dichtere Netze, in: Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrung. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3: Code civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2017, S. 180-204, hier S. 198-202.
42 Vgl. Michael Amplatz, Postgeschichte Eupen Malmedy und Sankt Vith, o. O. 2001, S. 72-108.
43 Vgl. Lejeune, Wege in den Alltag, S. 201f.
44 Vgl. IHK Eupen (Hrsg.), 150 Jahre Industrie und Handelskammer Eupen, Eupen 1955, S. 18ff.
45 Vgl. ebd., S. 14-19.
46 Vgl. Anna Quadflieg/Peter M. Quadflieg, Die „Cantons Rédimés" und der Belgische Franken. Währungsreformen in Ostbelgien 1920 und 1944, in: Christoph Rass/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Kriegserfahrung im Grenzland. Perspektiven auf das 20. Jahrhundert zwischen Maas und Rhein, Aachen 2013 (Aachener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 7).
47 Vgl. Eupen-Malmedy und sein Gouverneur, S. 97.
48 Zahlen für Eupen-Malmedy bei Eupen-Malmedy und sein Gouverneur, S. 97, für Deutschland und Belgien bei Mitchell,

Statistischer Anhang, S. 452, bzw. bei ders., International Historical Statistics. Europe 1750-1993, 5. Aufl., London 1999, S. 421, mit eigenen Umrechnungen.

49 Eupen-Malmedy und sein Gouverneur, S. 97, Fn. 3.
50 Vgl. IHK Eupen (Hrsg.), 150 Jahre, S. 80.
51 Vgl. ebd., S. 88.
52 Vgl. ebd., S. 73.
53 Ebd., S. 114.
54 Ebd., S. 70.
55 Vgl. ebd., S. 88.
56 Vgl. ebd., S. 102 und S. 132.
57 Vgl. ebd., S. 85ff.
58 Eigene Darstellung. Zahlen bei IHK (Hrsg.), 150 Jahre, S. 146.
59 Eigene Darstellung. Zahlen bei IHK (Hrsg.), 150 Jahre, S. 86.
60 Vgl. Arnold Hoffmann, „Die Vorteile der elektrischen Beleuchtung genießen ..." Das RWE und die flächendeckende Stromversorgung, in: Klaus Ring (Hrsg.), Der Strom kommt! Die Elektrifizierung im Eifel- und Moselraum, Meckenheim 1996, S. 131-173, und Mommen, Belgian Economy, S. 41.
61 Vgl. Rapport du Conseil d'Administration à l'Assemblée générale ordinaire des actionnaires du 23 avril 1931 de la Société Financière de Transports et d'Entreprises Industrielles (SOFINA). Deuxième Exercice 1930, S. 30.
62 Vgl. Rapport du Conseil d'Administration à l'Assemblée générale ordinaire des actionnaires du 23 avril 1936 de la Société Financière de Transports et d'Entreprises Industrielles (SOFINA). Septième Exercice 1935, S. 56.
63 Vgl., auch zum Folgenden: Thomes/Quadflieg, Soll und Haben, S. 83-88.
64 Eigene Darstellung. Grundzahlen aus Staatsarchiv Eupen, Bestand Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 291/48/377.
65 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Eupen (Neuzeit) 3-072, Akte Ausserordentliche Ausgaben und Ausführung von Notstandsarbeiten während er großen wirtschaftlichen Krise in den Jahren 1930/1931, Nr. 291/48/377.
66 Vgl. IHK (Hrsg.), 150 Jahre, S. 132.
67 Vgl. Peter M. Quadflieg, Ostbelgische Elitenkontinuität in der Industrie? Wirtschaftliche Anpassungsprozesse vor und nach der Befreiung 1944 – Eine Bestandsaufnahme, in: Christoph Brüll/Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Eine ostbelgische „Stunde Null"? Eliten aus Eupen-Malmedy vor und nach 1944. Annalen des Symposiums im Staatsarchiv in Eupen am 15. September 2012, Brüssel 2013 (Belgisches Staatsarchiv, Quellen und Forschungen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier, Bd. 6), S. 115-133, hier S. 120ff.
68 Vgl. Thomes/Quadflieg, Soll und Haben, S. 89.
69 Vgl. Quadflieg, Elitenkontinuität, S. 120ff.
70 Vgl. Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im zweiten Weltkrieg, Bern u. a. 1975, S. 185f. Diese Maßnahmen genauer zu untersuchen – sie sind in den Akten des Regierungspräsidiums Aachen im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, in Duisburg dokumentiert –, steht jedoch noch aus. Besonders lohnenswert wäre ein (auch quantitativer) Vergleich mit den belgischen Maßnahmen nach 1920.
71 Vgl. Quadflieg, Elitenkontinuität, S. 121.
72 Vgl. Thomes/Quadflieg, Soll und Haben, S. 89; die Bilanzen wurden erst 1942 nach der Umwandlung in deutsches Recht umgestellt, deshalb die Angabe in belgischen Franken.
73 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 189-202.
74 Vgl. Els Herrebout, Der Wiederaufbau im Süden Ostbelgiens nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Els Herrebout/ René Rohrkamp/Christoph Brüll/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg im belgisch-deutschen Grenzland. Annalen des Symposions im Stadtarchiv Aachen am 13. und 14. November 2015, Brüssel 2018, S. 15-42.
75 Vgl. Paul Bairoch, Les trois révolutions agricoles du monde développé, in Annales: économies, sociétés, civilisations 44 (1989), S. 317-353.
76 Eupen-Malmedy und sein Gouverneur, S. 41.
77 Zitiert nach: AG Recht (Hrsg.), Schieferstollen und Schwarzbrot, eine historische Dokumentation des Dorfes Recht, Sankt Vith 2014, S. 125. Das Zitat wurde durch den Pfarrer Keufgens des Dorfes verfasst.
78 Vgl. Heinrich Cremer, 150 Jahre landwirtschaftliche Vereine und Genossenschaften in Eupen-Malmedy-Sankt Vith, Eupen 1994, S. 103; Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 40f.
79 Vgl. Cremer, 150 Jahre landwirtschaftliche Vereine, S. 103.
80 Vgl. Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 40f.
81 Malmedy-St. Vither Volkszeitung, 28.11.1928.
82 Vgl. Mommen, Belgian Economy, S. 55f. In diesem Zusammenhang widerspricht sich die Literatur. Laut Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 22, wurden diese Kunstdünger in Eupen nicht verwendet. Dort soll vor allem mit Naturdünger gespreitet worden sein. Diese Aussage widerspricht aber der Tatsache, dass an den Bahnhöfen und den Lagern des Boerenbonds Kunstdünger eingeführt wurde.
83 Vgl. Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 31.
84 Vgl. Cremer, 150 Jahre landwirtschaftliche Vereine, S. 103 und S. 106.
85 Vgl. Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940. Aachen 1964 (Sonderdruck der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 76), S. 376-378.
86 Vgl. Francis Balace, Belgien und die Ostkantone im Versailler Vertrag. Irridenta-Gebiet, militärische Pufferzone oder Trostpreis? in: Christoph Brüll (Hrsg.), Zoom, 1920-2010: Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 73-102.

87 Vgl. Lejeune, Vaterland, in: Altes Land, S. 247.
88 Vgl. Willems, Victimes et Héros, S. 29.
89 Vgl. Generalstaatsarchiv Brüssel, Recensement de l'industrie et du commerce 1930, Nr. 2014.
90 Vgl. ebd.
91 Vgl. Honsfeld – Ein Dorf geht seinen Weg, Honsfeld 1990, S. 236. Vgl. Isabelle Cassiers, Une statistique des salaires horaires dans l'industrie belge, 1919-1939, in: Recherches Economiques de Louvain, 36/1 (1980), S. 57-85, hier S. 67.
92 Vgl. Mommen, Belgian Economy, S. 55.
93 Vgl. Lejeune, Vaterland, in: Altes Land, S. 249.
94 Vgl. Carlo Lejeune, Die Anfänge der Verstädterung. Neue Funktionen für Kleinstädte im ländlichen Raum, in: ders. (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 3, S. 164-180, hier S. 169.
95 Cremer, 150 Jahre landwirtschaftliche Vereine,
96 Vgl. ebd., S. 145 und S. 153.
97 Vgl. ebd., S. 160f.
98 Vgl. Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande Bd. 3, St. Vith 1996, S. 14.
99 Vgl. Staatsarchiv Lüttich, Bestand Ponts et Chaussées, Nr. 45, Nr. 349, Nr. 1972.
100 Vgl. Staatsarchiv Lüttich, Bestand Ponts et Chaussées, Nr. 349, Vorschläge in Bezug auf die Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy an das zweite Straßenarrondissement der Provinz Lüttich, s. d.
101 Vgl. Mommen, Belgian Economy, S. 18.
102 Vgl. Staatsarchiv Lüttich, Bestand Ponts et Chaussées, Nr. 1972, Brief des Generalsekretärs des Gouvernements Eupen-Malmedy an Julien Honorez, Hauptingenieur der Straßen- und Brückenverwaltung der Provinz Lüttich, 28. Januar 1922. Eines der beauftragten Bauunternehmen spricht von 900 Lastkraftwagen und Autos pro Tag im Jahr 1924. Staatsarchiv Lüttich, Bestand Ponts et Chaussées, Nr. 1972, Brief der Baugesellschaft Philippe Humblet an Julien Honorez, Hauptingenieur der Straßen- und Brückenverwaltung der Provinz Lüttich, 20.2.1924.
103 Aufzeichnungen des Landwirtschaftlichen Vereins Raeren, zitiert nach Cremer, 150 Jahre landwirtschaftliche Vereine, S. 282.
104 Vgl. Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 34.
105 Vgl. Mommen, Belgian Economy, S. 31. Die Katholische Partei fiel von 38,6 Prozent 1932 auf 28,9 Prozent 1936 aller Wählerstimmen zurück.
106 Vgl. Cremer, 150 Jahre landwirtschaftliche Vereine, S. 282.
107 Vgl. ebd., S. 230f.
108 Vgl. Spoerer/Streb, Neue Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 94.
109 Vgl. ebd., S. 128.
110 Vgl. ebd., S. 129f.
111 Vgl. Heidi Christmann, Presse und Gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen, Dissertation, München 1975, S. 559.
112 Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 378 und S. 408.
113 Siehe hierzu den Beitrag „Die große Suche nach Heimat und Teilhabe" von Carlo Lejeune, Alfred Rauw und Wilfried Jousten im vorliegenden Band.
114 Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Bericht der Ernährungsstelle Eupen an den Eupener Landrat, 1.11.1940.
115 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Bericht der Ernährungsstelle Eupen an den Eupener Landrat, 26.3.1941. Für einen ausführlichen Überblick siehe: Quadflieg, Übergang, Anpassung, Boom, S. 132ff.
116 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Brief der Ernährungsstelle Stadt Eupen an den Landrat Eupen-Malmedys, Lage der Landwirtschaft, 24.12.1940.
117 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Lageberichte der Ernährungsstelle Stadt Eupen an den Landrat Eupen-Malmedys, Seulen, ab Juli 1940. Lediglich die Konsumenten klagten über zu hohe Lebensmittelpreise, vgl. SAE, Stadt Eupen, 322a/50/156e, Monatlicher Bericht der Polizeiverwaltung Eupen an den Bürgermeister, S. 2, 25.11.1940.
118 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Brief der Schutzpolizei, Abteilung Preisüberwachung, an den Bgm. der Stadt Eupen, 23.6.1941.
119 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Brief der Ernährungsstelle Stadt Eupen an den Bürgermeister Eupens, 18.9.1942 sowie 22.9.1943. Vgl. hierzu auch Quadflieg, Übergang, Anpassung, Boom, S. 131-134.
120 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Bericht der Polizeiverwaltung Eupen, 27.11.1940
121 Vgl. Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen (Neuzeit) 3-072, Nr. 321/50/151, Brief Landrat Eupen-Malmedy, Seulen, an Gendarmeriekreisführer, 13.10.1941.
122 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 182.

WANDERUNGSBEWEGUNGEN
ALS SPIEGEL EINER UNRUHIGEN ZEIT

DIE GROSSE SUCHE NACH HEIMAT UND TEILHABE

VON CARLO LEJEUNE, ALFRED RAUW UND WILFRIED JOUSTEN











Zwei Weltkriege, instabile Regierungen, Demokratien unter Druck, nationalistisch-aggressive Diktaturen, wirtschaftlich bedrückende Zeiten und massive Vertreibungen: Die Zerrissenheit Europas zwischen 1914 und 1950 liest sich in bis dahin nicht gekannten Wanderungsbewegungen ab – auch in Eupen-Malmedy. Tausende Europäer ziehen als Soldaten, politisch oder rassisch verfolgte Flüchtlinge, Hamsterer, Schmuggler, Ausgebombte oder Tagelöhner durch die Region. Durch die immer wieder verschobenen Grenzen tauschen die Menschen ihre Pässe und die Vaterländer lokale Eliten aus. Die Menschen vor Ort aber suchen nach Halt – durch eine innere Emigration, Anpassung, Widerstand oder Auswanderung.

Die Menschen in Eupen-Malmedy erlebten die umfangreichen Wanderungsbewegungen der bewegten Zwischenkriegszeit aus einer doppelten Perspektive: Die politischen und wirtschaftlichen Unruhen der Zwischenkriegs- und Kriegszeiten wurden durch ein bisher nicht gekanntes Maß an Wanderungsbewegungen an jedem Ort spürbar. Wie sollten sie auf dieses Fremde reagieren? Viele Europäer standen vor ähnlichen Schwierigkeiten.

Besonders herausgefordert wurden sie durch die Vaterlandswechsel von 1920, 1940 und 1944/45, die eine geistige Migration provozierten: Wie sollten sie sich orientieren, wenn im schnellen Wechsel durch Grenzverschiebungen plötzlich neue Sprach- und Kulturräume, aber auch politische Wertesysteme zu neuen zentralen Bezugspunkten wurden? Wie sollten sie mit dem Vertrauten und dem Fremden umgehen? Was sollten sie aufnehmen, was ablehnen? Anders gesagt: Warum konnten oder wollten sie sich integrieren oder nicht integrieren?

Eine Bemerkung vorab: Die Eingliederung der Neubürger hatte sowohl 1920 als auch 1940 und 1944/45 das unausgesprochene Endziel einer homogenen Gesellschaft: Im stark frankophon dominierten Belgien wurde nach 1920 eine kulturelle Assimilation dabei durchaus mitgedacht, in Nazideutschland 1940 die vollständige politische Unterwerfung unter die menschenverachtende Doktrin der Nazis angestrebt und nach 1944/45 die kulturelle Assimilation gar als erstes politisches Ziel ausgerufen.

Dies geschah in der Logik des Nationalismus, der eine zunehmend „rigide Exklusion oder Inklusion"[1] von Menschen anstrebte. Moderne Demokratien wie Belgien waren hierdurch herausgefordert, immer wieder Antworten auf die konfliktträchtige und bis heute aktuelle Frage zu geben: Wer gehört denn dem jeweiligen Staatsvolk an und wer nicht[2]?

Die Beschreibung der Eupen-Malmedyer als „wiedergefundene (belgische) Brüder" nach 1920 oder als „Heimkehrer ins (Deutsche) Reich" 1940 hatte den Vorteil, dass sie zumindest kurzzeitig eine nationale Solidarität für die Neubürger im jeweils neuen Vaterland erwecken konnte. Nach 1945 sollte über den Begriff der Ostkantone eine Anknüpfung an eine gemeinsame Vergangenheit erfolgen.

Die Integration der Neubürger hing aber nicht nur von den Reaktionen der Bürger in Eupen-Malmedy ab, sondern in einem ebenso hohen Maße von den Integrationsangeboten, die die jeweiligen Staaten den Betroffenen unterbreiteten. Anders gesagt: Wie schnell konnten diese Menschen mitreden, mitentscheiden und soziale Aufstiegsmöglichkeiten im jeweils neuen Vaterland finden?





Die Sea-Watch (links), ein privates, für die Seenotrettung von Flüchtlingen im Mittelmeer eingesetztes Schiff, wurde 2018 auf Malta festgesetzt. Anderen Rettungsschiffen mit Flüchtlingen an Bord wird die Einfahrt in europäische Häfen verwehrt. Das erinnert an die „St. Louis", ein deutsches Passagierschiff, das im Mai und Juni 1939 mit 937 weitgehend deutschen Juden von Hamburg nach Kuba auslief, die vor den Nazis flohen. Die Passagiere erhielten aber weder in Kuba noch in den USA oder Kanada eine Landeerlaubnis. Nach dieser Irrfahrt wurden sie schließlich in Antwerpen von Bord gelassen. 254 von ihnen wurden später von den Nazis ermordet.

Entscheidend für diese Frage war die Rolle als deutschsprachige Minderheit von 1920 bis 1940 und nach 1945. Belgien erkannte die Minderheit nicht als solche an. Das Land hatte in der Zwischenkriegszeit ebenso wie die westlichen Nationalstaaten den Minderheitenschutz für sich ausgeschlossen und damit klargemacht, dass es das Ideal eines homogenen (in der Grenzregion französischsprachigen) Nationalstaates vertrat. Der durch den Völkerbund vorgeschriebene Minderheitenschutz der Zwischenkriegszeit sah völkerrechtlich nur zweitrangige Schutzbestimmungen vor, die zudem mühsam eingeklagt werden konnten und den Alltag der zahlreichen Minderheiten kaum verbesserten.

Wohl auch deshalb wurde der Mythos einer schnellen Integration immer wieder beschworen. Sein offensichtliches Scheitern 1920 wie 1944/45 zeigt, wie unterschiedlich die Erwartungen waren: War das Jahr 1920 für die Eupen-Malmedyer in der belgischen Öffentlichkeit die Fortführung einer während hundert Jahren unterbrochenen nationalen Lebensgemeinschaft, die durch eine schnelle Integration vollendet werden sollte, so war den „Neubelgiern" diese Vorstellung völlig fremd. Für sie war der Vaterlandswechsel ein tiefgreifender Bruch, der den Start in ein neues Leben und einen Neubeginn mit vielen Unwägbarkeiten notwendig machte.

Eine Option (von mehreren) war 1920 die noch stärkere Identifizierung mit dem alten Vaterland Deutschland aus der Defensive heraus. Die Geschichte hat gezeigt, dass sich „ein solcher defensiver Nationalismus leicht von außen ausnutzen und verstärken"[3] lässt, was die Nazis beispielhaft demonstrierten. Schien die Integration nach 1940 durch ihre deutsch-nationalistische Überhöhung zunächst einfach, so war die Ernüchterung und teilweise Distanzierung seit 1941/42 verstärkt spürbar. Auch 1945 war eine schnelle Integration nicht möglich. Die als hart und ungerecht empfundene Säuberungspolitik schuf eine neue Distanzierung zum belgischen Staat, die für manche Bürger Generationen lang dauerte. Erst durch die Anerkennung als Minderheit und die direkte Teilhabe am Staat über die Autonomie konnte diese letztlich erfolgreich umgesetzt werden.

Der Einstieg zeigt, dass Migration in diesen bewegten Zeiten viele Gesichter hatte. Fünf Themen sollen Einblicke in das komplexe Geflecht bieten: die Rolle der Staatsbürgerschaft in der Migration, der Einfluss wechselnder Zentren durch den mehrmaligen Vaterlandswechsel auf Alltag und Wirtschaft, die Veränderung des Alltags durch die Elitenwechsel in dieser ländlich-kleinstädtischen Region, die Bedeutung von politisch und rassisch motivierter Flucht sowie die Folgen von Militärdienst, Krieg und kriegsbedingter Flucht.

Kann man Identität ausweisen?

Warum ist die Staatsbürgerschaft wichtig und was hat sie mit Migration zu tun? Das Konzept der Staatsbürgerschaft hielt erst im 19. Jahrhundert Einzug in die Gesetzestexte. Im 20. Jahrhundert entwickelte es sich zu einem Bündel von Rechten, das fast in allen europäischen Demokratien drei zentrale Elemente beinhaltete: Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichheit bei der politischen Beteiligung und Gleichheit



Nach dem Vaterlandswechsel 1920 musste der belgische Staat seine Souveränität vor Ort zeigen. Bei diesem Briefkasten der deutschen Reichspost in Malmedy geschah dies durch französische und niederländische Aufschriften.

beim Zugang zu sozialen Grundsicherungen und zu Bildung. Umgekehrt ist ein Staat ohne Bürgerinnen und Bürger kein Staat[4].

Die Staatsbürgerschaft ist kein unveränderbares Gut. Jeder Bürger kann eine andere Staatsbürgerschaft unter gewissen Voraussetzungen annehmen. Dies geht mit einer Abwanderung in einen neuen Staat einher und der damit verbundenen Annahme einer neuen Staatsbürgerschaft. Oder es ist eine Folge von Grenzverschiebungen, wie in Eupen-Malmedy 1920, 1940 und 1944/45.

Das belgische Gesetz vom 15. September 1919 legte fest, wer an der im Artikel 34 festgelegten Volksbefragung von 1920 teilnehmen und eventuell Belgier werden sollte: Alle Männer und Frauen der beiden Kreise, die die deutsche

Staatsangehörigkeit besaßen, 21 Jahre alt waren und vom 1. August 1914 an in Eupen und Malmedy wohnten[5].

Im Jahr 1920 wanderten 103 Personen aus dem Kreis Eupen und 144 aus dem Kreis Malmedy aus, die nicht nach Art. 36 des Versailler Vertrages Belgier geworden waren. Bis zum 20. September 1922 meldeten sich weitere 973 Einwohner Eupen-Malmedys, die über 18 Jahre alt waren und nach Art. 36 des Versailler Vertrages zwar Belgier geworden waren, aber dennoch für die deutsche Staatsbürgerschaft optierten. Nicht in der Zahl enthalten waren die Ehefrauen und die unter 18 Jahre alten Kinder[6]. Bei der deutschen Volkszählung vom 16. Juni 1925 wurden 4.890 ehemalige Einwohner von Eupen-Malmedy gezählt, die am 1. August 1914 in den Kreisen gewohnt hatten. 4.138 wohnten in der Rheinprovinz, davon 2.573 im Regierungsbezirk Aachen und von diesen 1.476 in der Stadt Aachen[7]. Die Akten der Gemeindeverwaltung Eupen zeigen, dass allein aus der Stadt Eupen zwischen 1920 und 1922 231 Personen, von denen 178 in Eupen-Malmedy geboren waren, nach Deutschland verzogen waren. Noch 1927 und 1928 verzichteten 37 Einwohner der Gemeinde Eupen auf ihre belgische Staatsbürgerschaft[8].

Gleichzeitig bemühten sich zahlreiche deutsche Staatsbürger um die belgische Staatsbürgerschaft: Sechs königliche Erlasse verliehen ab dem 6. September 1921 insgesamt 1.443 deutschen Bürgern in Anwendung von Artikel 36 Absatz 2 des Versailler Vertrages, das Recht, einen Antrag zu stellen, Belgier zu werden und so legal in Belgien zu bleiben. Im August 1929 wurden 29 und im Oktober 1929 nochmals 471 Bürger (von ihnen 299 in Eupen-Malmedy und 122 in Deutschland Geborene) über eine vereinfachte Prozedur in Belgien naturalisiert. Zu ihnen gehörten Bürger, die zwischen dem 1. August 1914 und dem 20. Januar 1920 wegen des Krieges, eines Studiums oder eines Arbeitsplatzes nicht ununterbrochen in Eupen-Malmedy sesshaft waren, sowie 22 Deutsche, die in Eupen-Malmedy geboren worden waren[9]. Für die 1920er Jahre liegen in den meisten Gemeindearchiven zahlreiche weitere Anfragen vor, die in den 1930er Jahren deutlich seltener wurden.

Keine unerwünschten Staatsbürger

Auch nach der Annexion Eupen-Malmedys durch das „Dritte Reich" ab 18. Mai 1940 war die Regelung der Staatsangehörigkeit ein „langwieriger und komplizierter Prozess"[10], den Martin Schärer umfassend beschreibt. Grundsätzlich gingen die deutschen Behörden davon aus, dass

„das ‚Unrecht von Versailles' vollumfänglich wieder gut gemacht und der Kreis der in die Staatsangehörigkeit aufzunehmenden Personen möglichst weit und großzügig gezogen werden müsse. Auch sollte dabei ‚kein deutsches Blut' verloren gehen."[11]

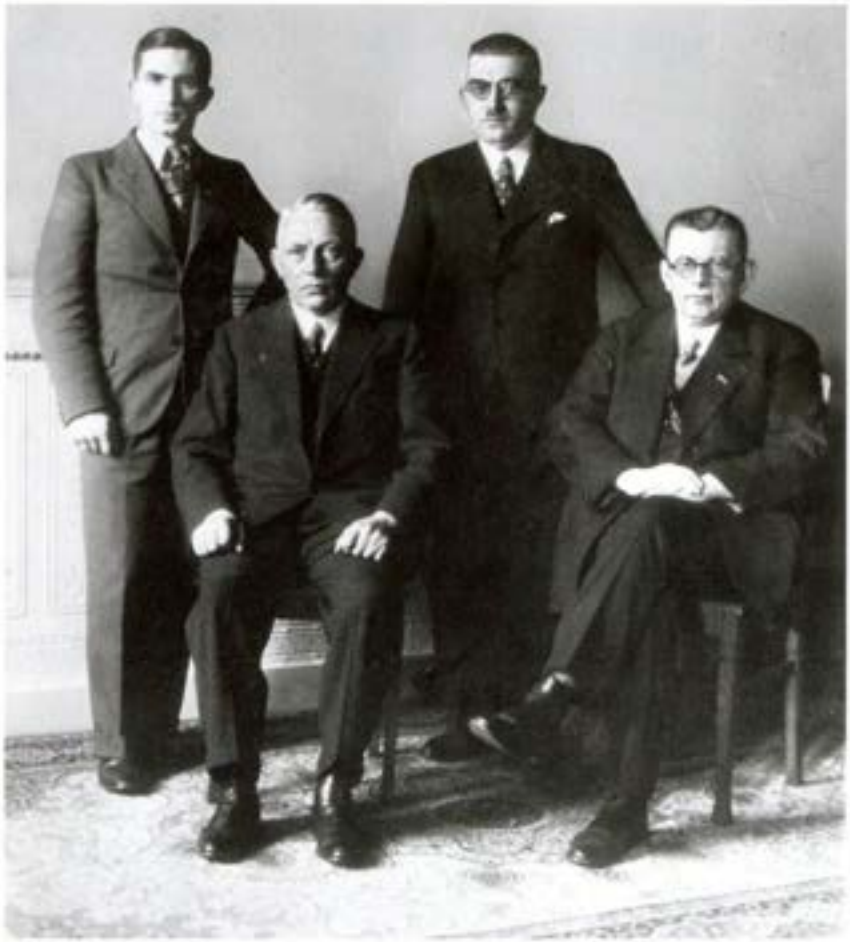
Gleichzeitig sollten „Unerwünschte" nicht unnötig die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Somit erhielten im Herbst 1941 drei Viertel der Bürger der annektierten Kreise Eupen und Malmedy sowie der zehn annektierten „altbelgischen" Gemeinden automatisch und ohne Formalität die deutsche Staatsangehörigkeit[12]. Zu ihnen gehörte die überwiegende Mehrzahl der Eupen-Malmedyer, die im Zusammenhang mit Versailles Belgier geworden waren, und zwar gleichgültig, ob sie 1940 noch in Eupen-Malmedy wohnten oder vorher irgendwohin ausgewandert waren. Auch eine Gesinnungsprüfung war nicht vorgesehen.

Nirgends veröffentlicht und in der Bevölkerung unbekannt war die Tatsache, dass trotz aller Regelungen über die Staatsangehörigkeit sämtliche Einwohner Eupen-Malmedys von den deutschen Behörden als Doppelstaatler angesehen wurden, die die belgische und die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, und zwar bis zu einer zwischenstaatlichen, völkerrechtlichen Regelung mit Belgien. Hierdurch gestand Deutschland stillschweigend ein, dass die Annexion völkerrechtswidrig war. Dies änderte aber nichts an der Tatsache, dass die Bürger Eupen-Malmedys im Alltag allen Gesetzen des Deutschen Reiches unterworfen waren[13].

Nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen im September 1944 war die Situation auf den ersten Blick einfacher. Der belgische Staat erkannte die völkerrechtswidrige Annexion von 1940 nicht an. Die Bürger wurden somit unmittelbar als Belgier angesehen. Politisch wichtig wurde allerdings die Frage, wer denn in Zukunft belgischer Staatsbürger bleiben sollte.

Unerwünschte ausweisen?

Schon 1934 hatte die belgische Kammer über die Frage debattiert, wie „weit ein freiheitlicher Staat seine Grundsätze auch denen gegenüber beachten soll, die ihn unter Ausnutzung dieser Freiheiten bekämpfen"[14], wie Klaus Pabst treffend analysiert. Durch das



Im Januar 1936 veröffentlichte die Zeitschrift „Der Auslandsdeutsche" dieses Porträtbild von Peter Josef Dehottay, Vorsitzendem der Christlichen Volkspartei, seinem Sohn Peter Dehottay, seinem Bruder Heinrich Dehottay und Paul Foxius. Diese vier waren 1935 durch einen Gerichtsentscheid ausgebürgert und ausgewiesen worden.

Gesetz vom 19. Juli 1934 verabschiedeten Kammer und Senat ein Ausbürgerungsgesetz für Menschen, die nicht von Geburt an Belgier waren. Dies galt folglich vornehmlich für die Einwohner der Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Es richtete sich unmittelbar gegen führende Persönlichkeiten der revisionistischen Christlichen Volkspartei in Eupen-Malmedy. Vier führende Köpfe wurden 1935 vor Gericht gestellt und ausgewiesen, da sie einen „mit illegalen Mitteln und jedenfalls mit ausländischer Hilfe geführten Kampf um die politische Eroberung eines Teilgebietes mit dem Ziel seiner Abtrennung vom belgischen Staat"[15] führten.

Nach September 1944 griff der belgische Staat auf dieses Ausbürgerungsgesetz zurück, das am 20. Juni 1944 in einer angepassten Fassung als Sondergesetz allein für die Ostkantone verabschiedet worden war. In den Parlamentsdebatten der Jahre 1944 und 1945 gingen die Parlamentarier davon aus, dass dieses Gesetz maximal 500 Personen betreffen werde. Eine Vorentscheidung zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft und eine anschließende Ausweisung sollten die jeweiligen Gemeinderäte der Ostkantone treffen.

Dieses Sondergesetz führte u. a. zu einem Denunziationsaufruf[16] des Eupener Bürgermeisters Hugo Zimmermann, der das Anschwärzen möglicher Kollaborateure zur nationalen Pflicht erhob. Im Oktober waren rund 2.000 Betroffene mit rund 5.000 Familienangehörigen in die Listen eingetragen. In Kammer und Senat entbrannte ein politischer Streit um Härte oder Milde bei der Anwendung des Gesetzes, denn der Anteil der Bevölkerung, der in die Ausweisungslisten eingetragen worden war, lag je nach Gemeinde zwischen 0,23 und 5,83 Prozent der Bevölkerung[17].

Eine unnachgiebige Anwendung wurde durch zwei Faktoren verhindert: Ab Sommer 1946 setzte sich in der innerbelgischen Politik langsam die Einsicht durch, dass die Politik der harten Säuberung die belgische Gesellschaft über Generationen belasten würde – auch in den Ostkantonen. Zudem weigerten sich die britischen Militärbehörden ab Mai 1947 kategorisch, ausgebürgerte Eupen-Malmedyer aufzunehmen.

Bis Ende 1947 wurde 1.325 Bewohnern der Ostkantone die belgische Staatsangehörigkeit aberkannt. Durch die zahlreichen Berufungsverfahren bis Ende der 1940er Jahre vor zivilen Gerichten sank diese Zahl auf 461 Personen und bis 1956 auf 163. Sie sollten ausgewiesen werden, was aber nicht geschah. Rund 300 bis 400 Personen aus Eupen-Malmedy waren erst gar nicht in die Ostkantone zurückgekehrt und ließen sich definitiv in Deutschland nieder.



St. Vith, 1942: Reichsdeutsche Lehrer und Beamte posieren in der Mühlenbachstraße für den Fotografen. Sie ersetzten 1940 die belgischen Lehrer und Beamten. Tausende Ausgebombte folgten ab 1942 aus dem Rheinland.

Beheimatete Ausländer?

Wie wenig ein Personalausweis über das Zugehörigkeitsgefühl eines Menschen aussagen kann, wird 1946 an einem anderen Beispiel deutlich. Der beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen notierte, dass er bis zum 31. Dezember 1946 5.300 deutsche Staatsbürger (überwiegend Kriegsflüchtlinge) aus den Ostkantonen ausgewiesen habe. Weitere 1.399 „unerwünschte Ausländer" sollten möglichst schnell folgen. Hierzu gehörten: 558 Deutsche, die nach Mai 1940 zugezogen waren. 116 Deutsche waren vor Mai 1940 eingewandert, „aber unerwünscht". 376 Frauen hatten vor Mai 1940 einen Deutschen geheiratet, waren aber Belgierin geblieben. 174 belgische Frauen hatten nach Mai 1940 einen Deutschen geheiratet. 151 Belgier waren nach Mai 1940 aus Deutschland zugezogen und unerwünscht. 24 deutsch-belgische Paare, deren Besonderheit nicht näher erläutert wurde, bildeten die sechste Kategorie[18].

1948 lebten aber noch immer 3.681 Ausländer in den Ostkantonen, die meisten im stark zerstörten Malmedy (413) und in Eupen (1.338)[19]. Ein Drittel hatte eine Aufenthaltsgenehmigung für zwei Jahre, 41 Prozent besaßen eine für sechs Monate und ein knappes Viertel war papierlos. Viele dieser Ausländer waren in „Neubelgien" geboren worden und somit langfristig ansässig: Im Norden waren es vor allem einige hundert Niederländer und Deutsche, in den südlichsten Gemeinden vor allem Luxemburger.

Hoens Ausweisungsbemühungen wurden 1948 endgültig durch die britischen Militärbehörden gestoppt. Sie forderten ab 1948 für jeden Ausgewiesenen ein Visum des Military Permit Office mit Sitz in Brüssel. Die Hürden zum Erhalt dieser Visa waren jedoch hoch. Eine Ausweisung war keine Grundlage.

Andere Zentren durch neue Grenzen

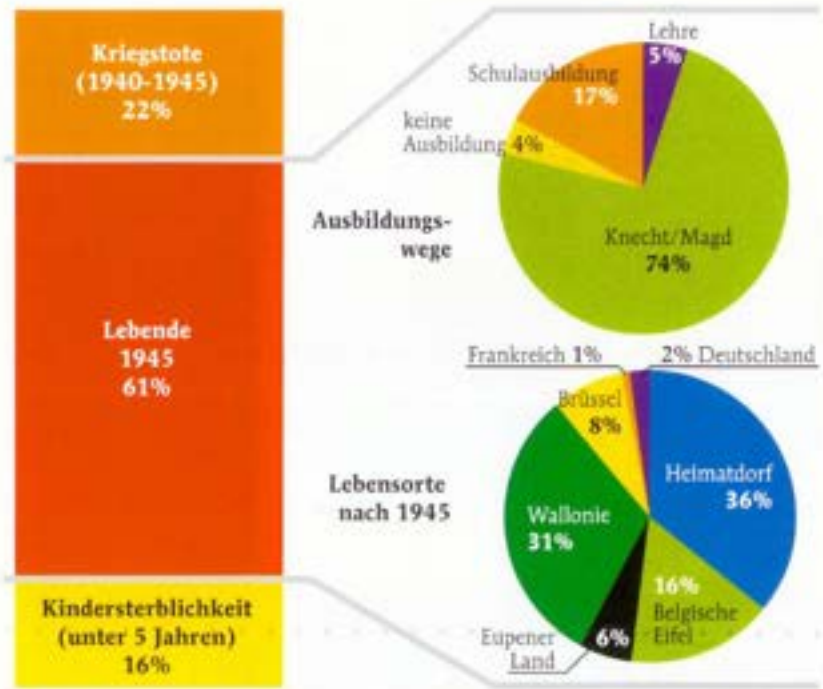
1920, 1940 und 1944/45 wurde die deutsch-belgische Grenze verlegt. Die Menschen mussten sich umorientieren – hin zu jeweils anderen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentren. Im Alltag stellten sich konkrete Fragen: Wo kann ich als Knecht, Magd oder Lehrling arbeiten? Welche weiterführende Schule oder Universität soll ich besuchen? Wo verkaufe ich meine Produkte? Kann ich durch Schmuggel Geld verdienen? Welcher Markt ist der attraktivste? Welche Kosten oder Mühen verursacht der Übertritt der neuen Grenze für mich (Zoll, Grenzkarten, Verkehrsanschlüsse u. a.)? Im Alltag führten die Antworten auf diese Fragen zu neuen (zeitlich begrenzten) Wanderungsbewegungen, die heute ansatzweise nachgezeichnet werden können.

Die Schüler in Eupen-Malmedy wurden seit 1920 von Lehrpersonen unterrichtet, die mehrheitlich aus Luxemburg, „Altbelgien" (aus den plattdeutsch sprechenden Gemeinden der Provinz Luxemburg und des Montzener Landes) oder dem übrigen Belgien stammten. Das Französische wurde erste Fremdsprache. Wenn mit 14 Jahren die Schulpflicht endete, besuchte nur eine sehr kleine Minderheit die weiterführenden Schulen in Eupen, Malmedy oder ab 1931 in Sankt Vith. Viele, vor allem in den Dörfern, verdingten sich als Knecht, Magd, Haushaltshilfe und Tagelöhner oder machten eine Lehre.

Die Bevölkerungsregister der Gemeinden beantworten zwar nicht alle

Lebensperspektiven

der zwischen 1919 und 1924 geborenen Kinder in den Orten Hünningen bei Büllingen und Mürringen





Lüttich, Dezember 1938: Drei junge Männer aus Mürringen in sogenannter Sonntagskleidung. Im Vergleich zu den Verdienstmöglichkeiten in Eupen-Malmedy für junge Menschen war der Lohn als Knecht, Magd oder sonstige Hilfskraft in der Wallonie oft recht gut. Dies äußert sich auch im Selbstbewusstsein der Abgebildeten.

Fragen, die sich Historiker heute in diesem Zusammenhang stellen, ermöglichen jedoch – gepaart mit Zeitzeugenbefragungen – wichtige Einsichten. Ein Beispiel: Welche Zukunftsperspektiven hatten die Jahrgänge 1919 bis 1924 aus den Dörfern Hünningen (bei Büllingen) und Mürringen in den 1930er und 1940er Jahren?

Erfahrungen als Knecht und Magd

Diese Jugendlichen stammten aus strukturschwachen Grenzorten, bewohnt von Landwirten mit geringem Einkommen und häufig einem Nebenerwerb, deren Betriebe besonders unter der Höhenlage und der damit verbundenen schlechteren Witterung litten. Jedes sechste Kind starb unter fünf Jahren – was deutlich über dem belgischen und deutschen Durchschnitt lag. Mehr als jeder fünfte Jugendliche wurde im Zweiten Weltkrieg getötet. Anders gesagt: Nur zwei von drei hatten das Glück, erwachsen zu werden. Waren viele ihrer Vorfahren vor dem Ersten Weltkrieg Knecht oder Magd in Eifel und Rheinland, so bildeten sich durch den Vaterlandswechsel ab 1920 recht schnell neue Netze nach Belgien, die wohl maßgeblich durch Viehhändler als Vermittler geknüpft wurden. Die Mädchen fanden weitgehend in Verviers und Lüttich, eher wenige in Brüssel eine Anstellung als Dienstmagd. Für die Jungen boten die Großräume Verviers mit dem Herver Land, das weitere Umfeld von Lüttich und das Amel-tal bevorzugt Arbeitsmöglichkeiten.

Die Verlaufszahlen lassen vermuten, dass sich spätestens seit Anfang der 1930er Jahre, wohl bedingt durch die Weltwirtschaftskrise, die Lebensetappe als Knecht oder Magd als allgemeiner

Anzahl Knechte und Mägde pro Jahr aus Hünningen und Mürringen



Auch wenn sich die Zahlen nur noch bedingt recherchieren lassen, so war die Weltwirtschaftskrise wohl das entscheidende Moment, das die Ausbildung als Knecht oder Magd zur logischen Folge des sogenannten Volksschulabschlusses in den ärmeren Eifeldörfern hat werden lassen.

Ausbildungsweg herausbildete. In der Stichprobe aus Hünningen und Mürringen gehörte das In-Stellung-Gehen für drei von vier Jugendlichen zum Lebenslauf.

Im Gemeindehauptort Büllingen mit Bahnhof, auf wichtigen Monatsmärkten, in kleineren Unternehmen, Geschäften und Handwerk und einer Zentrumsfunktion für das unmittelbare Umland sah das anders aus. In der Zwischenkriegszeit beschäftigten sieben Haushalte aus dem Dorf zeitweise (die meisten nur sporadisch) Knechte oder Mägde. Deutlich weniger als zehn Prozent der Jugendlichen aus Büllingen übernahmen eine Stelle als Knecht oder Magd. Für den Ort lässt sich nachweisen, dass das Handwerk beständig Lehrlinge ausbildete. Vermutlich war ein Teil der Jugendlichen auf dem eigenen Hof beschäftigt. Andere fanden wohl in den kleinen mittelständischen Betrieben Arbeit.

Die Analyse für Reuland und einige umliegende Dörfer offenbart ähnliche Strukturen wie in der Gemeinde Büllingen. Zwei Unterschiede lassen sich aber feststellen: In den umliegenden Dörfern war die Zahl der Knechte und Mägde nicht so hoch. Auch die Zielorte variierten stärker. Während aus Hünningen und Mürringen kaum Knechte und Mägde in Eupen-Malmedy arbeiteten, war deren Anteil in der Altgemeinde Reuland relativ hoch. Die geografische Verteilung war zudem viel weiter gestreut und selbstverständlich auch auf Luxemburg und die Provinz Luxemburg ausgerichtet.

Alle Knechte und Mägde, die ja selbst aus der ländlichen Unterschicht stammten, lernten durch diese zeitlich begrenzte Migration Wallonisch und/oder Französisch. Sie entwickelten als Knecht oder Magd wohl auch ein Belgienbild aus der Perspektive der untersten sozialen Schicht, das in der kommunikativen Erinnerung auch so weitergegeben wurde. Zwei Beispiele: Die Flamen tauchen in den gesammelten Zeitzeugenbeschreibungen[20], wenn sie erwähnt werden, lediglich als Erntehelfer auf, die als Lohnarbeiter ebenfalls auf einer sozial niedrigen Stufe standen. Ein umfassenderes Flandernbild konnte nicht entstehen. Oder: Zahlreiche junge Haushaltshilfen wurden von ihren reichen Arbeitgeber sexuell missbraucht. Bei Schwangerschaft wurden die Mädchen ausbezahlt und abgeschoben. In ihren Heimatdörfern waren sie ebenso wie ihre unehelichen Kinder gebrandmarkt. Die kommunikative Erinnerung wohl eines jeden Dorfes weiß von diesen Leidtragenden zu berichten, deren Schicksal weitgehend tabuisiert wurde.

Wie stark dieser Ausbildungszweig zur Integration in den belgischen Staat beitrug, zeigt auch die spätere Wahl des Lebensortes. Fast jeder Dritte aus der Stichprobe für Hünningen und Mürringen wählte die Wallonie und jeder Zwölfte Brüssel als zukünftigen Lebensort. Die Mehrheit suchte dort allerdings Zukunftsperspektiven mit einem Partner oder einer Partnerin aus der alten Heimat.

Der Partner fürs Leben, von wo?

Das Hochzeitsverhalten der Eupen-Malmedyer ist ein zweiter Indikator, der Rückschlüsse auf den Umgang mit nationalstaatlichen Grenzen zulässt. Stichproben aus zwei Gemeinden (Eupen und der Bürgermeisterei Büllingen) zeigen, wie stark steigende Kommunikation und Mobilität seit der Jahrhundertwende das Heiratsverhalten der Eupen-Malmedyer beeinflusste. Heirateten in Eupen von 1900 bis 1904 noch zwei von drei Eupenern/Eupenerinnen einen Partner aus derselben Stadt, lag dieser Anteil in der Bürgermeisterei Büllingen von 1900 bis 1919 nur unwesentlich höher. Nur jeder

Hochzeiten von Eupenerinnen mit Partnern aus ... (in Prozent)

	1900-1904	1920-1924	1925-1929	1930-1934	1935-1939	1940-1944
Kreis Eupen	72,6	72,1	62,9	59,4	59,4	55,6
Kreis Malmedy	2,9	0,5	3,0	2,8	4,4	4,0
Altbelgien	4,5	7,9	14,3	11,1	13,8	9,2
Deutschland	18,7	17,7	19,4	26,1	20,9	29,3
Andere	1,3	1,8	0,4	0,6	1,5	1,9
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

elfte Eupener wählte einen Partner aus den übrigen Dörfern des Kreises. In der Eifel war es fast jeder sechste. Auffallend: Heiratsbeziehungen von Eupenern zur Malmedyer Wallonie waren fast inexistent, zur belgischen Eifel erreichten sie erst nach 1935 mehr als vier Prozent. Ehen zwischen Eupenern und Einwohnern der Gemeinden Büllingen und Rocherath wurden erst nach 1946 in diesem Maße geschlossen.

Hochzeiten von Frauen aus den Gemeinden Rocherath und Büllingen mit Partnern aus .... (in Prozent)

	1900-1919	1920-1939	1940-1945	1946-1960
Kreis Malmedy	84	84	72	76
Kreis Eupen	2	2	1	4
Altbelgien	1	4	2	13
Deutschland	13	10	25	7

Die Eupener/-innen fanden zwischen 1920 und 1945 nach der Stadt Eupen in Aachen und in der deutschen Eifel sowie in den weiter entfernt liegenden Städten Deutschlands am häufigsten ihren Partner. Jede/r Fünfte wählte eine/n Partner/-in aus dem alten Vaterland. Zwischen 1930 und 1934 stieg die Zahl der Hochzeiten mit einem deutschen Partner in Eupen deutlich. Während der deutschen Annexion (1940-1944) verdoppelte sich diese Zahl im Vergleich zur Vorkriegszeit sowohl in Eupen als auch in der Bürgermeisterei Büllingen: Mehr als jede/r Vierte heiratete nun einen deutschen Partner, die Mehrzahl aus den weitergelegenen Regionen des Großdeutschen Reiches. Die totalitäre NS-Diktatur brachte über die Hitlerjugend (HJ), den Bund deutscher Mädel (BDM), den Reichsarbeitsdienst und die Wehrpflicht vor allem die jungen Menschen überregional zusammen. Verwunderlich ist, dass nach 1946 der Anteil der deutschen Partner/-innen an den Heiraten in den Gemeinden Büllingen und Rocherath trotz der weitgehenden Schließung der Grenze zwar deutlich sank, mit sieben Prozent aber dennoch relativ hoch blieb.

Heiraten mit „Altbelgiern/Altbelgierinnen" waren in der Bürgermeisterei Büllingen die Ausnahme. In Eupen erfolgte um die Jahrhundertwende jede fünfundzwanzigste Hochzeit (vier Prozent) mit einem „altbelgischen" Partner. Erst nach dem Anschluss an Belgien stieg diese Zahl spürbar, wobei Heiraten mit Partnern aus den „altbelgischen", plattdeutschen Gemeinden am stärksten zunahmen (von 1,8 Prozent auf sieben Prozent). Hinweise in den Heiratsregistern zeigen, dass die flämischen und wallonischen Partner häufig Gendarmen, Zöllner, Beamte oder Kaufleute waren, die beruflich in Eupen aktiv waren.

Die Familie(n) jenseits der Grenze(n)

Diese Heiratsstatistiken verweisen auf ein weiteres, ganz wesentliches Element der interregionalen Migration: die Verwandtschaft. Die Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts machten aus den 1815 gezogenen Grenzen Zoll-, Handels-, Kommunikations- und Mobilitätsgrenzen. Die Nationalisierung Deutschlands hatte im Eupener Land die Hinwendung zur deutschen Hochsprache bewirkt, die bis dahin keineswegs sicher war[21]. In den Grenzkreisen Eupen und Malmedy hatten sich Alltag und Leben immer stärker auf die Zentren des Rheinlandes ausgerichtet. Kontakte in das 1830 gegründete Belgien bestanden. Die Kontakte waren im Alltag jedoch vor allem für die



Ob Hochzeiten, Beerdigungen, Kirmes oder Geburtstag, die Großfamilien waren wichtige Begegnungsorte über die alten und neuen Grenzen hinweg. Hier ein grenzüberschreitendes Familientreffen in Krinkelt am 22. Juni 1937 bei der Hochzeit Stoffels-Rauw. Hochzeitsgäste waren sowohl aus Stavelot als auch aus Koblenz angereist





Schon in den 1930er Jahren wurden hunderte Kinder aus Eupen-Malmedy über die sogenannte Kinderlandverschickung ins Deutsche Reich zu Ferienaufenthalten eingeladen, die auch ideologisch aufgeladen wurden. Dieser Austausch setzte sich nach der Annexion 1940 massiv über HJ, BDM und RAD fort.

Grenzgemeinden der belgischen Eifel oder des Eupener Landes von Bedeutung.

Sicher ist, dass sich in den Grenzorten sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert Netzwerke über die Grenzen hinweg durch Schmuggel, Handel, religiöse Wallfahrten, Familienbesuche und politisch motivierte Einladungen herausbildeten. Der Besuch der Familie(n) jenseits der Grenze war dabei das konstanteste Element.

Durch die Vaterlandswechsel von 1920, 1940 und 1944/45 wurden die Grenzen jeweils verschoben. Die gewachsenen Netzwerke (nach Aachen und in die deutsche Eifel oder nach „Altbelgien") wurden durchschnitten. Sie konnten nur unter erschwerten Bedingungen (Grenzpassierscheine, Geldumtausch u. a.) aufrechterhalten werden. Im Untersuchungszeitraum wurden vor allem durch die familiären Kontakte die Bilder vom alten Vaterland Deutschland, vom neuen Vaterland Belgien oder vom NS-Staat stark beeinflusst und manchmal auch hinterfragt. Auch dieses Beispiel zeigt, wie stark der Grenzraum ein multikultureller Zwischenraum war, der Impulse von beiden Seiten der Grenze aufnahm und weiterleitete.

Neue wirtschaftliche Zentren

Grenzen haben Menschen noch nie abgehalten, nach wirtschaftlichen Lebensperspektiven zu suchen und diese durch eine Abwanderung anzustreben. Schon im 19. Jahrhundert hatte Belgien sich zum Einwanderungsland entwickelt. Dies setzte sich nach 1920 fort. Vor allem die Schwerindustrie konnte nur noch ungenügend unqualifizierte Arbeiter aus den ländlichen Regionen in die Industriezentren anlocken. Über 170.000 ausländische Arbeitskräfte (aus Frankreich, Italien, Polen, dem Balkan und Nordafrika) wählten Belgien nun als

neuen Lebensmittelpunkt. Der Staat beugte sich folglich dem Arbeitskräftemangel und den Bedürfnissen der Unternehmen. Durch die Weltwirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenzahl dann sprunghaft an. Belgien startete eine Einwanderungspolitik, die eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zur Grundvoraussetzung für eine Einwanderung machte. Politische Flüchtlinge waren hiervon zum Teil ausgenommen.

Galt das aber auch für Eupen-Malmedy? Die Eisenbahn und die seit den 1920er Jahren langsam steigende Zahl von Lkws und Autos verstärkte die wirtschaftliche Vernetzung der Region mit den weiter abliegenden Zentren. Die Wanderungsbewegungen aus den Dörfern und in die Dörfer stiegen auffallend. Vergleicht man die Gesamteinwohnerzahl der Gemeinden mit der Summe der Personen, die sich zwischen 1925 und 1939 (also im Laufe von 15 Jahren) über die Bevölkerungsregister abmeldeten oder anmeldeten, so erstaunen diese Zahlen. Jährlich wanderten durchschnittlich zwischen drei (Raeren) und 9,13 Prozent der Gemeindebevölkerung in die jeweilige Gemeinde zu. Im gleichen Zeitraum wanderten jährlich durchschnittlich zwischen 3,6 (Eupen) und 9,4 Prozent (Rocherath) der Gemeindeeinwohner aus ihrer Gemeinde ab. Das lag im Jahresdurchschnitt 2,3 Prozentpunkte (Eifel), 0,9 Prozentpunkte (Eupen) und 1,5 Prozentpunkte über den Werten des Zeitraums 1950-1964[22]. Anders gesagt: In der Gemeinde mit der höchsten Migration, Rocherath, wanderte zwischen 1925 und 1939 in jedem Jahr fast jeder fünfte Einwohner ab oder zu.

Diese Zahlen belegen die ständige Landflucht, die allein durch ein natürliches positives Wachstum (mehr Geburten als Sterbefälle) überdeckt wurde, das leichte Wachsen der Unterzentren Sankt Vith, Malmedy und Eupen, die Sonderrolle des Lagers Elsenborn sowie die kleinräumliche Zentrumsfunktion der Orte Büllingen, Bütgenbach und Neu-Moresnet.

Gründe für diese hohe Fluktuation dürften wohl die hohe Anzahl von Knechten und Mägden sowie die Suche nach Arbeits- und Lebensperspektiven gewesen sein, die zu einer zeitweisen oder definitiven Abwanderung führten. Für die nördlichen Gemeinden war der Raum Aachen als wichtiger Arbeitgeber immer von Bedeutung. Im neuen Vaterland Belgien bot Verviers ebenfalls Arbeitsplätze. Während des Zweiten Weltkrieges wurden vor allem („altbelgische") Arbeiter für die kriegswichtige Produktion in einigen Eupener Unternehmen verstärkt eingesetzt.

Hamsterer und Schmuggler

Neben dieser legalen Arbeitsmigration berichten die Quellen immer wieder von hunderten Hamsterern (d. h. vorwiegend um Lebensmittel bettelnde Menschen) in zahlreichen Gemeinden. Deutsche Hamsterer tauchen in den Berichten unmittelbar nach dem

Wanderbewegungen

Anteil der Bevölkerung pro Altgemeinde, der durchschnittlich pro Jahr im angegebenen Zeitraum zu- und abwanderte

negatives Wanderungssaldo
ausgeglichenes Wanderungssaldo
positives Wanderungssaldo

	1925-1939		1950-1964	
	Zuwanderung	Abwanderung	Zuwanderung	Abwanderung
Eupener Land in %				
Eupen	4,00	3,60	3,20	5,40
Eynatten	6,06	7,20	4,73	5,40
Hauset	6,93	8,86	6,86	8,00
Hergenrath	6,86	7,80	6,53	6,80
Kelmis	4,40	5,46	3,86	3,40
Kettenis	7,26	7,86	5,40	4,04
Lontzen	8,13	8,73	6,80	7,06
Neu-Moresnet	9,13	9,06	8,40	6,86
Raeren	3,06	4,00	3,40	3,26
Walhorn	6,33	6,46	5,13	6,13
Durchschnitt	*6,21*	*6,90*	*5,43*	*5,41*
Malmedyer Wallonie in %				
Bellevaux	3,86	4,66	2,40	3,06
Bevercé	6,00	6,46	3,33	3,40
Faymonville	4,46	5,13	2,26	2,86
Malmedy	5,26	4,80	4,53	4,20
Robertville	7,33	7,86	4,00	4,60
Weismes	4,66	4,73	3,06	3,53
Durchschnitt	*5,26*	*5,60*	*3,26*	*3,60*
Belgische Eifel in %				
Amel	4,53	5,40	3,06	3,40
Büllingen	5,73	6,00	2,73	3,06
Bütgenbach	6,00	6,06	2,73	2,73
Crombach	4,33	4,80	2,06	2,60
Elsenborn	6,00	7,60	6,00	5,80
Heppenbach	4,53	5,66	2,93	3,46
Lommersweiler	6,13	7,40	3,46	4,46
Manderfeld	5,53	6,86	3,13	3,80
Meyerode	3,73	4,66	2,06	2,93
Recht	4,46	5,13	2,60	2,86
Reuland	4,46	6,00	2,26	3,33
Rocherath	8,46	9,40	3,00	3,66
Sankt Vith	6,06	6,00	4,66	4,06
Schönberg	5,66	7,13	3,46	4,60
Thommen	4,00	4,66	2,26	3,33
Durchschnitt	*5,30*	*6,18*	*3,09*	*3,60*



In der belgischen Nordeifel standen in den 1920er und 1930er Jahren mitten im Wald sogenannte Schmugglerbuden. Diese Baracken waren Geschäfte, in denen am Abend deutsche gegen belgische Ware von Schmugglern eingetauscht und zudem viel gefeiert wurde. Sie hatten sogar eine eigene Postadresse (hier im Bocksvenn beim Weißen Stein) und wurden täglich vom Briefträger angefahren.

Ende des Ersten Weltkrieges zur Zeit der deutschen Inflation (bis November 1923) und nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Belgische Hamsterer wurden immer wieder während des Zweiten Weltkrieges erwähnt. Sie spiegelten jeweils die Not ihres Herkunftslandes. Wie stark sie Eingang in das kommunikative Gedächtnis fanden, ist nicht mehr festzustellen.

Ein Beispiel: Die Geheime Staatspolizei Aachen berichtete 1942 von hunderten Personen, die die Grenze illegal übertraten. Allein in Malmedy und Sankt Vith wurden zwischen Januar 1941 und Mai 1942 862 Personen wegen Passvergehen verurteilt. „Die Zahl der illegalen Grenzgänger dürfte aber bedeutend höher gelegen haben, da erfahrungsgemäß ein großer Teil dieser Leute nicht gefasst wird."[21]

Versuchten die Hamsterer eher, das Lebensnotwendigste zu erbetteln, waren die Schmuggler auf einen (möglichst hohen) Profit durch ihre illegalen Tauschtätigkeiten aus. Als 1920 die deutsch-belgische Grenze nach Osten verlegt wurde, lösten sich zunächst die Schmugglernetze an der alten Grenze auf. Neue Netze, rund 20 Kilometer weiter östlich, mussten geknüpft werden. Diese basierten am Anfang häufig auf alten familiären Bindungen, die dann nach und nach zum Teil durch professionellere Strukturen ersetzt wurden. Ab 1920 nutzten immer mehr Schmugglerbanden das unüberschaubare Eifel-Ardennen-Gebiet für ihre Geschäfte. Die Zöllner beider Länder wirkten oft machtlos.

Unzählige Akten in den Archiven beweisen, dass

„mit der Abtretung Eupen-Malmedys an das belgische Königreich, dem nicht großzügig gehandhabten kleinen Grenzverkehr oder den ungleichen Zollbedingungen der illegale Grenzübertritt vorbestimmt war. Wenn auch mit dem Übergang von der Weimarer Republik zum sogenannten Dritten Reich die Grenzbewachung strenger gehandhabt wurde, so waren die Aktivitäten der Schmuggler bis etwa 1935/36 Aufsehen erregend. Selbst 1935 fuhren noch gepanzerte Fahrzeuge über die Grenze und Schießereien waren an der Tagesordnung. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Kaffee, Zigaretten, Schokolade oder Seidenstrümpfe beliebte Schmuggelware. Danach erweiterte sich das Sortiment auf Menschen. Seit 1936 gab es die ersten gut organisierten Menschenschmugglerorganisationen, die Juden über die grüne Grenze nach Belgien führten."[24]

Während des Zweiten Weltkrieges vermischten sich die Motive für einen illegalen Grenzübertritt immer stärker. Martin Schärer berichtet, dass schon

„im Sommer und Herbst 1940 im Eupen-Malmedyer Grenzgebiet Hunderte von Personen aufgegriffen wurden, welche die Grenze schwarz überschritten hatten. Hauptsächlich handelte es sich um ‚Kartoffel- und Brothamsterer'. Aber auch Personen, die antideutsches Propagandamaterial einschmuggelten, Spionageverdächtige, geflohene Kriegsgefangene und davongelaufene ausländische Arbeiter wurden aufgegriffen."[23]

Immer wieder wurden zusätzliche Polizei- oder Zollkräfte eingesetzt, die – so die Wahrnehmung der Bevölke-



Montenau, 1947: Eines der wenigen Bilder mit Hamsterern aus dem Prümer Land

rung – repressiv vorgingen. So nach 1936, als Belgien seine Grenzen schärfer überwachte. So auch ab Mitte Januar 1942, als zum Beispiel 255 Beamte mit Hunden in die Grenzregion gekommen sein sollen, was bei den bereits dort stationierten Zollbeamten große Unzufriedenheit auslöste. Auch nach 1945 beherrschte der Schmuggel noch viele Jahre das Leben an der Grenze.

Die „Fremdarbeiter" kommen ...

Für den Bau der Eisenbahnlinien in den Kreisen Eupen und Malmedy wurden zwischen 1882 und 1917 erstmals auf diesen Großbaustellen in hoher Zahl Menschen aus anderen Regionen und Ländern eingesetzt, die als Fremdarbeiter bezeichnet wurden. Dies war auch nach 1920 der Fall. Die zahlreichen Kirchen, Schulen und öffentlichen Bauten, die der belgische Staat vor allem in den 1920er Jahren errichten ließ, wurden in der Regel regionalen oder überregionalen Bauunternehmern zugeschlagen. Inwiefern diese einheimische, wallonische oder ausländische Arbeiter einsetzten, ist mangels Quellen nicht mehr festzustellen.

Für den Bau der Talsperren in Robertville (1925-1930) wurde „zeitweilig ein Heer von 400-500"[26] Arbeitern eingesetzt, in Bütgenbach bis zu 200 italienische Handwerker sowie einheimische Arbeitnehmer. Die italienischen Handwerker galten „damals als Fachleute der Beton- und Eisenverarbeitung". Klaus-Dieter Klauser beschreibt das Zusammenleben in Robertville folgendermaßen:

„Eine solche Menschenansammlung blieb natürlich nicht ohne Folgen für das gesellschaftliche Leben. So sind die Baracken und Materiallager, offenbar aus Rache, zweimal in Brand gesteckt worden und ein Streit zwischen Arbeitern endete sogar tödlich für einen Beteiligten. Ansonsten verlief das Zusammenleben zwischen den Saisonarbeitern und der einheimischen Bevölkerung jedoch reibungslos; nach dem Talsperrenbau blieben einige Gastarbeiter sogar in unserer Gegend und gründeten hier eine Familie."[27]



Ein hervorragendes Beispiel für eine europaweite Arbeitsmigration: Bei den Talsperrenbauten wie hier in Robertville (oder Bütgenbach und Eupen) wurden hunderte italienische Facharbeiter eingesetzt.

In Eupen war der Bau der Talsperre ebenfalls ein Großprojekt. 1935 wurde der Grundstein gelegt. 1938 arbeiteten bis zu 650 Männer auf der Baustelle. Im August 1941 bei einer maximalen Belegschaftsstärke von 365 Arbeitern 145 Reichsdeutsche, 37 Ausländer und 238 („altbelgische") Grenzgänger. Die Bauarbeiten wurden im Mai 1942 eingestellt, als nur noch 65 belgische Arbeiter beschäftigt waren. 1946 waren dann 280 und 1947 bis zu 850 Arbeiter und Handwerker dort beschäftigt. 1951 wurde die Talsperre eingeweiht. Auch dies führte zweifelsohne zu Migrationseffekten, die bisher allerdings kaum untersucht wurden.

Bis heute ist nicht geklärt, in welchem Maße Arbeiter aus Eupen-Malmedy oder Belgien auf den deutschen Großbaustellen der „NS-Ordensburg" Vogelsang (1934-1939) und am sogenannten Westwall (1938-1940) arbeiteten. Vereinzelte Hinweise aus Quellen deuten jedoch darauf hin.

Eine weitere, in dieser Perspektive oft vergessene Großbaustelle war die nach 1944 zerstörte belgische Eifel. Hier wurden zwar keine ausländischen Arbeiter eingesetzt, aber die Planungshoheit durch belgische Behörden, Architekturbüros, Ingenieure und z. T. auch „altbelgische" Unternehmen führte zu einer Arbeitsmigration, die kaum zu beziffern ist, aber auch zu Vernetzungen, die für die Nachkriegszeit bedeutsam war.

Eine Teilhabe der ländlichen Eliten?

Integration hängt immer von den Integrationsangeboten des aufnehmenden Landes ab. Diese lesen sich an der Teilhabe am politischen System, am Wohlstand und an der Wirtschaft einer Gesellschaft sowie an ihrer Kultur ab. Für den Historiker Philipp Ther bedeutet dies, dass „die Werte einer Gesellschaft, darunter die Ziele der Integration, auszuhandeln sind und nicht einfach vorgegeben werden können"[28]. Akteure bei dieser Aushandlung wären die kleinstädtischen und ländlichen Eliten gewesen. Wer bildete sie und welche Integrationsangebote konnten sie in den Alltag einbringen?



Die Priester der Pfarren der belgischen Eifel bei einem Treffen in Steffeshausen am 1. September 1939.

Die Macht der allseits gefürchteten deutschen Propaganda und der Beeinflussungsversuche führte 1920 zu einer großen Aufmerksamkeit der belgischen Behörden für die kleinstädtische und

Herkunft der Priester, die zwischen 1920 und 1945 erstmals in Eupen-Malmedy eingesetzt wurden.

	Altbelgien	EMS	Deutschland	Andere (L/NL/F)	unbekannt	Total
1920-1922	7	6	9	2	1	**24**
1923-1925	12	5	8	3	2	**30**
1925-1928	4	3	5	2	5	**19**
1929-1932	6	6	10	2	2	**26**
1933-1936	4	1	7	1	1	**14**
1937-1939	3	7	3	2	1	**16**
1940-1942	2	11	10	1	6	**30**
1943-1945	2	2	2	0	9	**14**
	40	**41**	**54**	**13**	**27**	**173**

Insgesamt wurden zwischen 1920 und 1945 173 verschiedene Priester erstmals tätig in Eupen-Malmedy.

ländliche Elite in Eupen-Malmedy. Wilfried Jousten[29] hat eindrucksvoll nachgewiesen, warum beispielsweise der Klerus unter dem „Generalverdacht der preußischen Agitation" stand. Herman Baltia, der die Eingliederung der Kreise in den belgischen Staat von 1920 bis 1925 leitete, zählt 1920 in einer internen Liste 63 Priester auf, von denen er 34 als vertrauenswürdig ansah. Die übrigen 29 sollten „so schnell wie möglich" ausgewiesen werden, weil sie „nicht aus der Region stammten", „unerwünscht" waren oder die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen.

Priester verkörpern Kirche und Staat?

Das Bistum Köln hatte seine Priester in der Regel fern der Heimatpfarre eingesetzt. So zählte das Dekanat Sankt Vith 1919 beispielsweise nur vier Priester, die in Eupen-Malmedy geboren waren. Die übrigen 22 waren reichsdeutsche Priester. Sie sollten nach der Angliederung an Belgien weitgehend ersetzt werden.

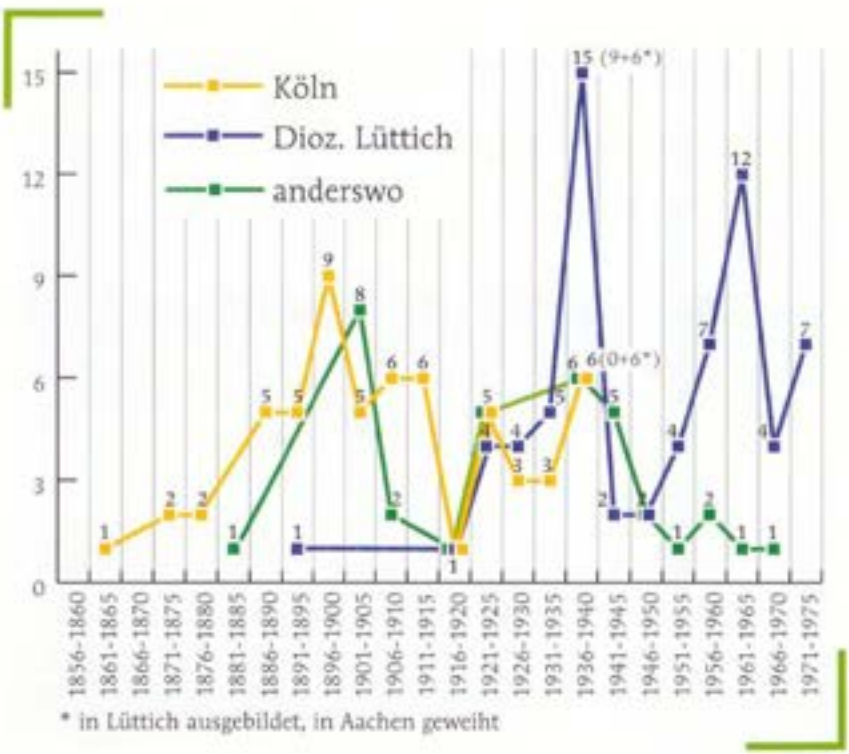
Im Mai 1922 erläuterten sieben aus Eupen-Malmedy stammende Theologiestudenten in Bonn, dass sie ihr Studium nicht in Lüttich fortsetzen wollten. Als Gründe führten sie mangelnde Französischkenntnisse, die neue Unterrichtssprache (Latein statt Deutsch), die höheren Kosten und die längere Studiendauer an. Sie baten um Gehör, „da wir in der Erzdiözese Köln aufgewachsen und mit ihr verwachsen sind"[30]. Vier der sieben Unterzeichner wurden nach ihrer Weihe in Eupen-Malmedy tätig. Andere Schreiben zeigen, dass mangelnde Aufstiegschancen, die Verwurzelung in den angestammten Pfarren oder deutsch-nationale Überzeugungen einen Wechsel für aus Eupen-Malmedy stammende Priester erschwerten.

Zwischen 1920 und 1923 stammte nicht einmal jeder fünfte in Eupen-Malmedy tätige Priester aus Eupen-Malmedy und beendete hier seine Laufbahn. Im Gegenzug beendeten zwei Drittel der Priester, die zwischen 1920 und 1923 aus Deutschland, Belgien oder Eupen-Malmedy in die Grenzkreise kamen, hier ihre Laufbahn. Jeder zehnte kehrte nach Deutschland, jeder vierte nach Belgien zurück.

Deuten diese ersten Zahlen auf eine personelle Kontinuität der Pfarrstellen hin, so zeigen doch die Akten des Bistums Lüttich, wie schwierig es war, geeignete und unvorbelastete Kandidaten für ein Priesteramt in dieser ländlichen Region zu finden. Die Quellen lassen vermuten, dass der Anteil der Priester, die vor oder während ihrer Tätigkeit in Eupen-Malmedy durch Verfehlungen aller Art (Veruntreuung von Geldern, schwerwiegende Konflikte mit den Pfarrangehörigen, Pädophilie u. a.) aufgefallen waren oder auffielen, in den „neubelgischen" Pfarren höher gelegen haben dürfte als in den Nachbarregionen.

Vor allem in den 1920er und 1930er Jahren wurden noch recht viele Priester aus Eupen-Malmedy in Köln geweiht, obwohl der Übergang eigentlich 1925 abgeschlossen sein sollte. Nach 1940 wurden zahlreiche Priester in Aachen geweiht, die bis Mai 1940 in Lüttich studiert hatten.

Weiheorte der in Eupen-Malmedy geborenen Priester



* in Lüttich ausgebildet, in Aachen geweiht

Die politischen Haltungen der Priester sind in zahlreichen Artikeln skizziert worden[31]. Kurz zusammengefasst: Um 1920 opponierten die Priester mehrheitlich gegen den Vaterlandswechsel und den Hohen Kommissar. Die Ablehnung einer „geistlichen Migration" in das neue Bistum war bei den meisten Priestern nicht in einer übertrieben deutsch-nationalen Haltung begründet, sondern es waren vor allem persönliche finanzielle, dienstrechtliche und staatsbürgerrechtliche Unwägbarkeiten, die den Diözesanklerus umtrieben. Insbesondere der ihnen als deutschen Pfarrern zukommende Status der Inamovibilität, der ihnen auf Lebenszeit eine gewisse Amtsbeständigkeit garantierte und sie vor willkürlichen Amtsentfernungen schützte, drohte im belgischen System der Parochialorganisation verloren zu gehen.

Pfarrer Cafitz

Der Pfarrer von Rocherath-Krinkelt, Josef M. Cafitz[32], wurde 1920 durch regierungsnahe belgische Kreise positiv beurteilt, weil er zunächst seine deutsche Bürgerpflicht erfüllt, sich nach Kriegsende aber deutlich als „antiprussien" für Belgien ausgesprochen habe[33]. Diese Bewertung dürfte dazu beigetragen haben, dass er 1920 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterrichtsrates des Gouvernements sowie zum Mitglied der Distriktdeputation ernannt worden war[34], wenngleich er sich ein Jahr zuvor noch an einer an die Nationalversammlung in Weimar gerichteten Unterschriftenaktion gegen eine „Loslösung vom deutschen Reiche" beteiligt hatte[35].

Durch den raschen Gesinnungswechsel und die opportunistische Haltung hatte der Pfarrer sich bei weiten Teilen seiner Konfrater ins Abseits gebracht. Das ihm vonseiten des Gouvernements zur Beschwichtigung des Klerus und zur Beruhigung der konservativen Bevölkerung entgegengebrachte Wohlwollen ließ den Dekanatsklerus unbeeindruckt. Für ihn war bedeutsam, dass der Inhaber der zivilen Ämter „das Vertrauen aller Geistlichen des Bezirkes" besaß[36]. Cafitz jedoch nahm nicht mehr an den Malmedyer Dekanatsversammlungen teil, wurde auch nicht mehr zu Informationsversammlungen der erzbischöflichen Behörde eingeladen und trug eine von den Besorgnissen über die veränderte politische Lage geprägte Interpellation des Klerus an den Kölner Erzbischof und ein Immediatgesuch an Papst Benedikt XV. nicht mit[37]. Auch die Pfarrseelsorge litt aufgrund der häufigen, dem Vernehmen nach krankheitsbedingten Abwesenheiten des Geistlichen vor Ort und der öffentlichen Bekundungen seiner probelgischen Gesinnung. So hatte er beispielsweise an Pfarrhaus und Kirche die belgische Fahne gehisst, ein Verbot deutscher Zeitungen gefordert, die belgische Polizei bei der Verhaftung des amtsenthobenen Gemeindevorstehers unterstützt und einen Hilfsagenten der Sûreté Militaire über die politische Gesinnung der Ortsbevölkerung unterrichtet[38]. Auch glaubte er sich wiederholt ehrenrührigen Verunglimpfungen seiner Person ausgesetzt, weil er im Zusammenhang mit Ernennungen von Beamten und Lehrern im Interesse der belgischen Verwaltung „gewisse moralische Defekte gewisser Herren" angeprangert hatte. So wähnte er sich beispielsweise absichtlich dem „Gespött des Wahlvorstandes" preisgegeben, da er in der Wählerliste der Bürgermeisterei Rocherath als „Ehegatte" seiner Haushälterin Helene Bürger geführt worden war[39]. Gerüchten zufolge war Cafitz Vater eines Kindes.

1921 waren zudem Anschuldigungen laut geworden, die Cafitz die Veruntreuung öffentlicher Gelder unterstellten. Auch wenn sie nicht bewiesen werden konnten, fühlte sich Cafitz seiner Ehre beraubt und verlangte Wiedergutmachung. Seine opportunistische Haltung stand 1924/1925 einer möglichen Ernennung als Nachfolger des Sankt Vither Dechanten Kerp im Wege. Seine Kandidatur galt als bei Klerus und Volk „nicht gut angängig", weil er „im Rufe großer Belgienfreundlichkeit" stand, „mehr oder weniger sehr beliebt [...] beim Gouvernement in Malmedy. Unser gut katholisches Volk hat früher nie gerne gesehen, wenn Geistliche zu viel mit den staatlichen Behörden [...] verkehrten und [...] so ist's auch im neuen Regime"[40]. 1929 ließ Cafitz sich nach Bayern versetzen, wo er 1949 in Oberammergau starb.

Anmerkungen zum fehlenden Heldenkult

Eigentlich hätten gerade die reichsdeutschen Priester, die in den 1930er Jahren nach Eupen-Malmedy kamen, als beste Warner vor dem Nationalsozialismus wahrgenommen werden müssen. Dem war häufig nicht so.

Die im Vatikan liegenden Akten des Klosters Montenau, das von Steyler Missionaren geführt wurde, zeigen eindeutig, dass mehrere, auch als Priester geweihte Brüder, die in der belgischen Eifel Dienst taten, pädophil waren[41]. Auffallend ist zudem, dass in manchen Dörfern in den 1930er Jahren die Heimattreue Front besonders viele Anhänger hatte, wo Quellen eindeutig oder zwischen den Zeilen nahelegen, dass die dort tätigen Priester pädophile Neigungen hatten. Gerade in diesen Quellen werden die Warnungen vor dem Nationalsozialismus von den Gläubigen scheinbar besonders vehement abgetan.

Für manche Priester liegen parallele Erzählungen vor, die zudem tabuisiert waren. Ein Beispiel: Leopold Delhez wurde nach einer Erzählung wegen einer engagierten Predigt gegen den Nationalsozialismus verhaftet, in Aachen inhaftiert und schließlich im KZ Dachau umgebracht. Er war zweifelsohne ein Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsregimes.

Die Funde in den Archiven und weitere Zeitzeugenaussagen ergeben ein differenzierteres Bild: Delhez wurde mit 51 Jahren im Mai 1930 im Bistum Köln in den vorgezogenen Ruhestand versetzt. Aus seiner damaligen Pfarre erinnerte sich eine Zeitzeugin, dass er dort eine Tochter gehabt habe. Ostbelgische Priester wussten noch Anfang der 1990er Jahre zu berichten, dass er einer jener reichsdeutschen Priester war, die Deutschland wegen Pädophilievorwürfen verlassen mussten und dann nach Eupen-Malmedy gekommen seien. Am 26. Februar 1932 wird er in das Bevölkerungsregister der Gemeinde Büllingen eingetragen. Wo er die Übergangszeit verbracht hatte, kann nicht rekonstruiert werden. Mehrere Zeitzeugen aus seiner Pfarre Mürringen-Hünningen berichteten Ende der 1980er Jahre über die große Angst der Kinder vor ihm und sein grenzwertiges Verhalten Kindern gegenüber. Der Anlass seiner Verhaftung, so die Priesteraussagen, sei eine Anzeige wegen Pädophilie gewesen, die wohl zu seiner Versetzung in den Ruhestand geführt haben könnte. In der polizeilichen Untersuchung seiner Verhaftung aus dem Jahr 1945 durch belgische Beamte wird Delhez als unpolitischer Priester beschrieben. In vier Predigten habe er sich gegen den Nationalsozialismus geäußert. Die ihm zur Last gelegte Äußerung, die ein Denunziant in einem Notizbuch festgehalten hatte, richtete sich gegen die große Hörigkeit der Pfarrangehörigen Hitler gegenüber. Das Bistum Lüttich führte Delhez, seit 1932 Pfarrer des Bistums Lüttich, der erst nach zehn Jahren die belgische Staatsangehörigkeit hätte erwerben können, nicht in der Liste der Priester auf, die durch die Nazis verschleppt oder ermordet wurden. Auch das verwundert.

Die Quellen lassen den Schluss zu, dass ein deutlich größerer Teil der Priester ihrer Rolle als dörfliche Elite in Eupen-Malmedy nicht so nachgekommen ist wie in anderen Regionen.

1929 spielten die Priester noch eine gewichtige Rolle bei der Gründung der revisionistischen Christlichen Volkspartei. Seit 1933 und vor allem seit 1935 unterstützte der Klerus, wohl in Kenntnis des Kirchenkampfes im NS-Staat, voll und ganz die probelgische Katholische Union und somit den belgischen Staatsgedanken.

Nach der Annexion der Region 1940 standen die Priester unter verstärkter Beobachtung der Gestapo. Viele blieben ihren Überzeugungen treu (als stille Mahner). Manche leisteten engagiert Widerstand (als Fluchthelfer). Viele wurden verfolgt, zahlreiche verhaftet. Mehrere wurden in Konzentrationslager verschleppt. Kaplan Jean Arnolds, Pfarrer Leonhard Cordonnier, Pfarrer Leopold Delhez, Rektor Joseph Peters und Pfarrer Jean Renardy wurden im Konzentrationslager getötet[41]. 13 weitere kehrten aus dem Gefängnis oder den Lagern zurück. In der Erinnerungskultur ist in den deutschsprachigen Gemeinden jedoch – wider Erwarten – kein Heldenkult um diese Priester



Kaplan Jean Arnolds ist wohl der Widerständler gegen den Nationalsozialismus aus Eupen-Malmedy, der nach 1945 in einer Region ohne Heldenkult die größte Wertschätzung für seinen Einsatz erhalten hat.

entstanden. Dies war alleine in der Malmedyer Wallonie der Fall[42].

Vor dem 1. Juni 1945 erhielten alle 29 reichsdeutschen Priester einen Ausweisungsbefehl, der innerhalb von 24 Stunden vollzogen sein musste. Drei von ihnen waren verschleppt, ermordet oder gestorben. Von nun an wurden überwiegend Priester eingesetzt, die aus den Ostkantonen stammten. Mehrere setzten sich engagiert für die Rechte der deutschen Sprache im belgischen Staat ein. Sie waren Befürworter einer Autonomie, die als Mittel der Partizipation letztlich tragende Säule der Integration dieser Minderheit wurde.

Lehrer werben fürs Vaterland?

Im deutschen Kaiserreich hatte auch die Lehrerschaft aller Grade vielfach zu den eifrigsten Verfechtern nationaler, ja alldeutscher Gedankengänge gehört. „In Eupen und Malmedy einschließlich des wallonischen Teils war es nicht anders gewesen"[43], analysiert Klaus Pabst. Auch in Belgien hatten die Lehrer spätestens seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht im Jahr 1914 die Aufgabe, einen belgischen Nationalismus und Royalismus zu vermitteln. Es verwundert kaum, dass Generalleutnant Baron Herman Baltia die „Germanisierung der Kinder"[44] durch die weitgehend deutschen Pädagogen unterbinden wollte. Belgisch gesinnte oder zumindest neutrale Lehrer sollten die Lücke schließen. Ihr gesellschaftspolitischer Auftrag wurde klar umrissen. Sie sollten die politischen Weltanschauungen und Werte des Staates, aber auch nationalistische Geschichtserzählungen und Sichtweisen



Amel, 14. August 1946: Schulinspektor Guelff wird verabschiedet. Seine Arbeit als „guter Patriot" wird laut Grenz-Echo hervorgehoben. Die anwesenden Lehrpersonen stammten zu diesem Zeitpunkt wieder weitgehend aus altbelgischen Gemeinden der Provinz Luxemburg und des Montzener Landes.

und einen übersteigerten Royalismus propagieren.

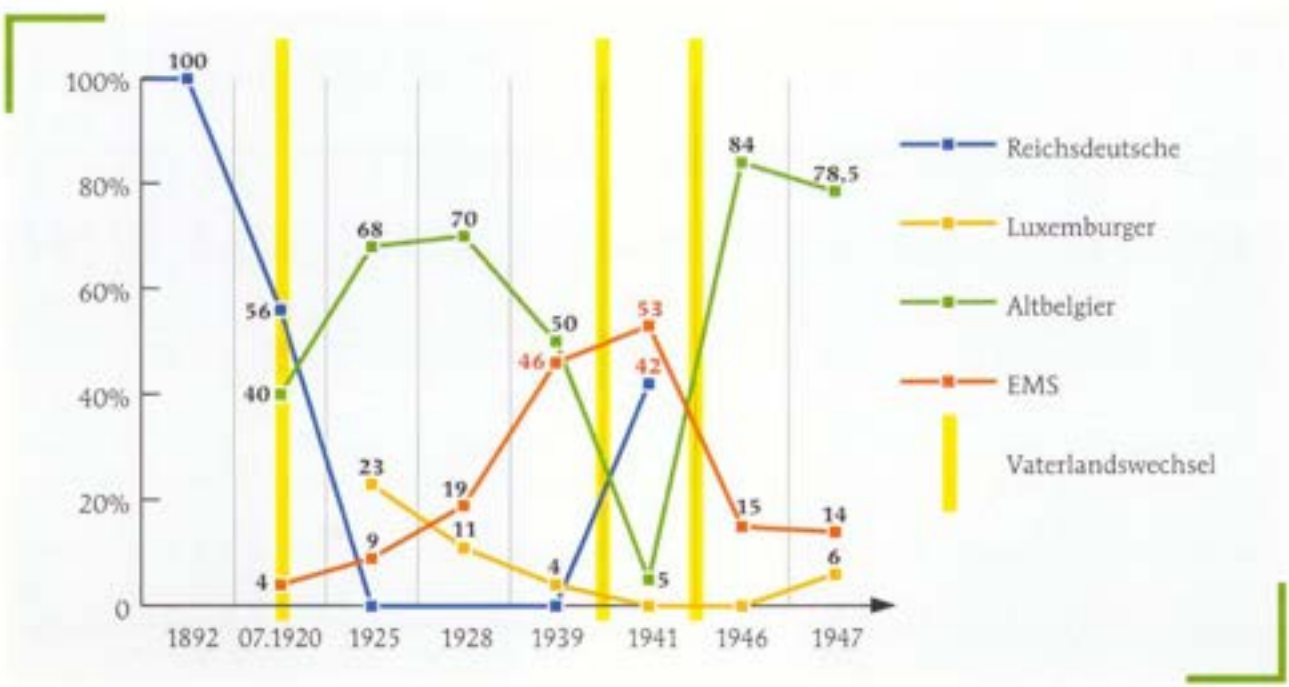
Und das blieb auch so. Ob 1920, 1940 oder 1945, bei jedem Vaterlandswechsel war es dem jeweiligen Staat wichtig, die Schulen als Instrument des Nationalstaates zu kontrollieren und die Lehrer anzuweisen, ihre Schüler zu loyalen Bürgern des jeweiligen demokratischen oder diktatorischen Systems zu erziehen und sie so in dieses zu integrieren.

Der dreimalige Vaterlandswechsel des damaligen Eupen-Malmedys verdeutlicht einige besondere Herausforderungen dieser Grenzregion. Zunächst hing die Wahl des möglichen Unterrichtspersonals 1920 und 1945 von der Unterrichtssprache ab. Baltia wollte 1920 einen grundsätzlichen Wechsel der Unterrichtssprache, wie er im Elsass sofort nach Kriegsende durchgeführt worden war, in den deutschsprachigen Gebietsteilen Eupen-Malmedys vermeiden[10]. Eine Überfremdung der Region schien ihm nicht förderlich. Hierdurch bestätigte er nicht nur sein Versprechen, die deutsche Sprache zu respektieren, sondern verdeutlichte auch die demokratisch freiheitliche Verfassung des belgischen Staates, der ja auch die flämische Sprache teilweise anerkannte.

Um dieser Vorgabe gerecht zu werden, bemühte Baltia sich zunächst, aus Eupen-Malmedy stammende Pädagogen einzustellen. Die wenigen aktiven Pädagogen im annektierten Gebiet suchte er zu halten, im Rheinland tätige und aus Eupen-Malmedy stammende Lehrer versuchte er durch günstige Angebote zu locken. Dies gelang ihm aber nur bei zwei Gymnasial- und sieben Volksschullehrern. Sowohl in Deutschland und Luxemburg als auch „Altbelgien" gab es bis Mitte der 1920er Jahre im Unterrichtswesen deutlich mehr Bewerber als Lehrerstellen. So stellte Baltia 1920 zwar noch zwölf deutsche Junglehrer aus den benachbarten Grenzregionen ein, ob diese aber auf Dauer blieben (und die belgische Staatsangehörigkeit annahmen), ist heute nicht mehr zu recherchieren. 1925 waren lediglich neun Prozent der Primarschulstellen mit Eupen-Malmedyern besetzt. Mehr als zwei von drei Pädagogen stammten aus „Altbelgien", die meisten unter/von ihnen aus den einen plattdeutschen Dialekt sprechenden Gemeinden um Montzen und Arlon. Jeder vierte Pädagoge war ein luxemburgischer Staatsbürger.

Schon 1920 war eine deutschsprachige Abteilung an der „École normale" von Verviers gegründet worden, die bis 1940 bestand. Die kirchlichen

Herkunft der in Eupen-Malmedy beschäftigten Lehrer



Lehrerseminare „Altbelgiens" in Theux, Bastogne, Carlsbourg und Blegny, die der katholischen Bevölkerung Eupen-Malmedys von kirchlicher Seite empfohlen wurden, unterrichteten ausschließlich in französischer Sprache, was für viele Kandidaten wohl eine zu hohe Hürde war. Belastbare Zahlen über die Anzahl Studenten an den jeweiligen Studienorten liegen nicht vor.

In gleichem Maße, wie an belgischen Anstalten ausgebildete junge Eupener und Malmedyer zur Verfügung standen, nahm der Anteil der „altbelgischen" und luxemburgischen Lehrkräfte an „neubelgischen" Schulen ab[7]. Vor dem Zweiten Weltkrieg dürften – auf Grundlage hochgerechneter Zahlen – rund 46 Prozent der Lehrer aus Eupen-Malmedy und 50 Prozent aus „Altbelgien" gestammt haben.

Lehrerfluktuation im Detail

1920, 1940 und 1945 waren für die Berufsgruppe der Lehrer Karrierebrüche, die zu einer starken Fluktuation führten. Die allgemeine Entwicklung lässt sich mangels ausreichender Quellen nur konturenhaft nachzeichnen. Eine Detailanalyse für die Primarschulen der Altgemeinden Rocherath (zwei Schulstandorte), Büllingen (vier Schulstandorte) und Manderfeld (sechs Schulstandorte) mit vermutlich bis zu 17 Klassen zeigt, dass zwischen 1920 und 1929 insgesamt 73 Lehrpersonen ihre Stelle in diesen Gemeinden (meist als Berufsanfänger) angetreten haben. Ein Teil der „altbelgischen" Lehrpersonen dürfte Eupen-Malmedy wohl nach wenigen Jahren wieder verlassen haben. Die Mehrheit der übrigen Lehrpersonen scheint ihre Arbeitsstelle häufig gewechselt zu haben. Erst ab 1930 wurden überwiegend aus Eupen-Malmedy stammende Lehrpersonen eingestellt. 1940 und 1945 wurde der Lehrkörper wiederum weitgehend ausgetauscht. Ab 1950 wurden erneut fast nur noch ostbelgische Lehrer eingestellt.

Die Folge: Die hohe Fluktuation führte wohl zu einem wenig geregelten Unterricht minderer Qualität. Die Möglichkeiten, die deutsche Sprache (als erste Fremdsprache neben dem im Alltag gesprochen Dialekt) korrekt zu lernen, dürften stark eingeschränkt gewesen sein. Die Schüler mussten sich immer wieder auf neue Bezugspersonen einstellen, die als Lehrer ihre Rolle als regulierende Autoritätspersonen im Dorf zudem eher unzureichend wahrnahmen. Eine Minderheit der auswärtigen Lehrer nach 1945 hinterließ im kommunikativen Gedächtnis Spuren als „Deutschenhasser".

Die hohe Fluktuation verhinderte auch eine stärkere Integration der „altbelgischen" Lehrer in die Dörfer, die ihre integrative Vorbildfunktion nur ungenügend in den Alltag der „Neubelgier" einbringen konnten. Eine Entspannung erfolgte erst in den 1950er Jahren.

Herkunft der Lehrer, die in den Schulen der heutigen Großgemeinde Büllingen zwischen 1920 und 1975 angestellt wurden.

	1920	1925	1930	1935	1940	1945	1950	1955	1960	1965	1970	1975
Deutschland	1	1	1	1	7	1						
Eupen-Malmedy	7	8	8	6	6	6	7	8	7	7	10	10
Provinz Luxemburg	8	10				11			1			
Montzen	1	2				2						
Restliches Belgien	4	2				4						
Luxemburg	11	3										
Unbekannt	12	3	1	2	10	14				2		

Nach Mai 1940 verließen die meisten „altbelgischen" Lehrer die Region – insgesamt 130. Die überwiegende Mehrzahl der Eupen-Malmedyer Lehrer blieb hingegen im Dienst. Durch ihre Eidesleistung sollten sie nun genauso wie ihre reichsdeutschen Kollegen zu Propagandisten der nationalsozialistischen Diktatur werden – eine Aufgabe, der sie sehr individuell nachkamen.

Ab 1945 wurden rund 90 Prozent der ostbelgischen Lehrer, die in Dienst geblieben waren, ihres Amtes enthoben. Im Kreis Eupen waren dies 48, in der belgischen Eifel 63 und in der Malmedyer Wallonie 14 – zusammen 125. Auch jetzt wurden die vakanten Stellen durch Lehrer aus den plattdeutschen Gemeinden um Montzen und Arlon ersetzt, wo bis 1914 verstärkt und dann deutlich abnehmend ein deutscher Dialekt gesprochen wurde. Die oft ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache der Lehrer war nun nur noch ein untergeordnetes Problem, da ab 1945 der deutschen Sprache als Unterrichts- und Verwaltungssprache ein deutlich geringerer Stellenwert eingeräumt wurde.

Erst ab Beginn der 1950er Jahre rückten verstärkt junge Lehrpersonen aus Ostbelgien nach. Diese waren in der Regel an rein frankophonen Lehranstalten ohne deutsche Abteilung ausgebildet worden. Deutsche Studienabschlüsse wurden während Jahrzehnten nicht anerkannt. Ab Anfang der 1960er Jahre wurde es nach und nach möglich, das Studium als Primarschullehrer in deutscher Sprache an ostbelgischen Lehranstalten zu absolvieren.

Gendarmen für Recht und Ordnung?

Durch die Vaterlandswechsel von 1920, 1940 und 1944/45 wurden auch die Gendarmen jeweils weitgehend ausgetauscht. Sie sollten nicht nur für die Einhaltung der jeweiligen Gesetze sorgen, sondern auch den Staat und seine Wertigkeit repräsentieren. Eine exemplarische Analyse der Bevölkerungsregister der Altgemeinde Büllingen ergibt, dass zwischen 1920 und 1940 44 Gendarmen in diesem Ort Dienst taten. Zwei stammten aus Brüssel, jeweils elf aus der Wallonie und Flandern und 18 aus der Provinz Luxemburg. Während eine Person nicht zuzuordnen war, stammte ein einziger Gendarm aus Eupen-Malmedy. Ein sozialer Aufstieg über die Beamtenlaufbahn war interessierten Kandidaten aus der Region wohl wegen des geringen Bildungsgrades und der unzureichenden Kenntnis der französischen Sprache in der Regel in dieser Zeit kaum möglich.

25 Gendarmen waren ein oder maximal zwei Jahre vor Ort. 19 waren zwei bis fünf oder mehr als fünf Jahre in Büllingen stationiert. 23, unter ihnen 13 Gendarmen aus der Provinz Luxemburg, wohnten mit ihrer Familie (mit insgesamt 77 Angehörigen) am Arbeitsort. Ein bedeutender Teil dieser Familien verblieb aber nur kurzzeitig vor Ort.

Heidi Christmann verweist in ihrer Studie darauf, dass die Gendarmen von der Bevölkerung und der Lokalpresse immer wieder kritisiert worden seien, da sie – entgegen der liberalen belgischen Verfassung – eher repressiv gearbeitet hätten, was sich in den 1930er Jahren durch die politische Polarisierung weiter verstärkt habe[44].

Martin Schärer verweist auf prodeutsche Gendarmen (in belgischer Uniform), die im Mai 1940 den Ordnungsdienst nach dem Einmarsch der Wehrmacht übernommen hatten[45]



Bei der Siegesfeier am 10. Mai 1945 in Eupen repräsentierten auch die belgischen Gendarmen die Souveränität des belgischen Staates in dieser Region.

Gendarmen am Standort Büllingen (1920-1940)

Anzahl	Herkunft	Beamte mit Familie	Beamte ohne Familie	Aufenthaltsdauer (Jahre) <1	≤2	2-5	≥5
2	Brüssel	1 (3)	1		1		1
18	Provinz Luxemburg	13 (44)	5	4	5	4	5
11	Wallonie	6 (9)	8	6	3	1	1
11	Flandern	4 (15)	7	4	2	4	1
1	Eupen-Malmedy-St. Vith	1 (3)					1
1	Unbekannt	1 (3)					1
44		23 (77)	21	14	11	10	9

Inwiefern diese wenigen in den deutschen Dienst übernommen worden sind, ist nicht bekannt. Die deutschen Polizeibehörden waren Teil des repressiven Nazi-Regimes. Im Alltag wurden die Spielräume zur Auslegung dieser Vorgaben allerdings sehr individuell ausgelegt.

Nach 1945 wurden überwiegend wallonische Gendarmen eingesetzt. Diese schotteten sich und ihre Familien weitgehend von der ostbelgischen Außenwelt ab. Manche der wenigen Beamten aus Eupen-Malmedy zeigten die größte Härte.

Das alles lässt die Vermutung zu, dass die Gendarmen weder zur belgischen noch zur deutschen Zeit zur positiven Repräsentation des jeweiligen Staates beitragen konnten. In der Regel war ihre Verweildauer kurz. Zur belgischen Zeit war die Kenntnis der deutschen Sprache (und vor allem des umgangssprachlich genutzten Dialekts) häufig schwach. Erst für die 1930er Jahre lassen sich in den Bevölkerungsregistern zunehmend Berufskarrieren von „Altbelgiern" an mehreren Standorten in Eupen-Malmedy ablesen, so dass ein vertiefteres Verständnis der Bevölkerung bei diesen Personen entstehen konnte. Nach 1945 setzte sich dieser Trend langsam fort.

Zöllner

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei den Zöllnern. Hier wird häufig übersehen, dass die neue Grenzziehung durch den Vaterlandswechsel eine doppelte Wirkung hatte. Zollhäuser standen nun an der ehemaligen deutsch-belgischen Grenze leer, die Beamten verschwanden aus den Dörfern. An der neuen Grenze von 1920 musste nun eine neue Infrastruktur gebaut werden

Zöllner 1920-1940

Standorte: Altgemeinde Büllingen und Weweler

Anzahl	Herkunft	Beamte mit Familie	Beamte ohne Familie	Aufenthaltsdauer (Jahre) <1	≤2	2-5	≥5	≥10
	Brüssel							
40	Provinz Luxemburg	22 (70)	19	12	8	8	7	5
40	Wallonie	15 (39)	25	20	10	8	1	1
37	Flandern	11 (38)	26	26	7	4		
4	Eupen-Malmedy-St. Vith	3 (10)			2	1		1
121		51 (157)	70	58	27	21	8	7

Ein Vergleich mit dem Standort Altgemeinde Manderfeld, allerdings nur für den Zeitraum 1920-1931, ergibt Unterschiede. Das Verhältnis Beamte mit/ohne Anhang nähert sich an(37:33). Die Verweildauer belegt für 15 Beamte eine 2- bis 5-jährige, für 20 sogar eine noch längere Anwesenheit. Wenn auch Gründe dafür bislang nicht eruiert werden konnten, so könnte das Angebot an Zollhauswohnungen die Akzeptanz für eine längere Dienstzeit positiv beeinflusst haben.

bzw. mussten in den Dörfern Wohnungen und Arbeitsräume angemietet werden.

Doch wer waren die neuen Beamten? Die Analyse der Bevölkerungsregister der Altgemeinden Büllingen und Manderfeld sowie des Ortes Weweler mit seiner größeren Siedlung für Zöllner ergibt ein ähnliches Bild wie bei den Gendarmen. Auch hier dominierte die Fluktuation. Absolvierten in den 1920er Jahren viele Zöllner nur eine (sechsmonatige bis einjährige) Etappe ihrer Karriere in Eupen-Malmedy, wurden in den 1930er Jahren Karrieren an der deutsch-belgischen Grenze mit mehreren Etappen zur Regel.

Von 191 Zöllnern stammten nur vier aus Eupen-Malmedy. Ungefähr zwei Drittel der Zöllner verblieben weniger als zwei Jahre in der Region. Nicht einmal jeder Fünfte blieb fünf oder mehr Jahre vor Ort, so dass auch sie nur bedingt zu einer Integration durch einen Austausch zwischen den unterschiedlichen Kulturen in diesem neuen Vaterland beitragen konnten.



Der belgische Zollbeamte, Sous-Brigadier Maurice Petit, vor der Straßenbahn, die von Eupen zur Grenze führt.

1940 flohen die meisten Zöllner (insgesamt 365) nach Innerbelgien und wurden fast ausnahmslos durch reichsdeutsche, ebenfalls ortsfremde Beamte ersetzt. 1945 erfolgte ein weiterer Umbruch, als nun wiederum fast ausschließlich Flamen und Wallonen Dienst an der deutsch-belgischen Grenze taten.

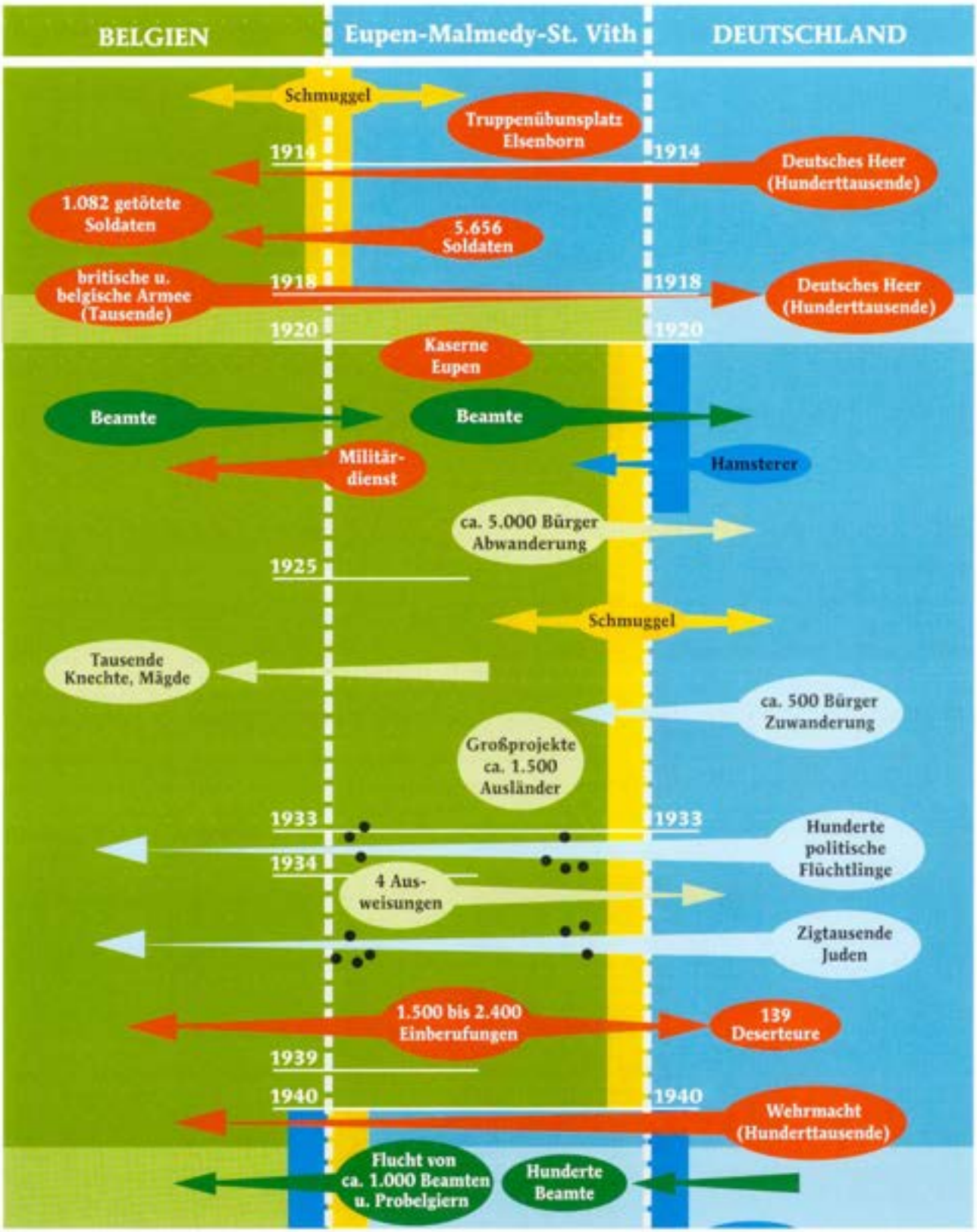
Diese Zahlen belegen, dass sowohl Gendarmen als auch Zöllner die nationalen Interessen des belgischen Staates in hohem Maße durchsetzen konnten und das Land und seinen lockeren Lebensstil zwar repräsentierten, zu einer Integration der Bevölkerung durch einen sozialen Austausch jedoch kaum beigetragen haben. Die Fluktuation in diesen Berufsgruppen war ausgesprochen hoch.

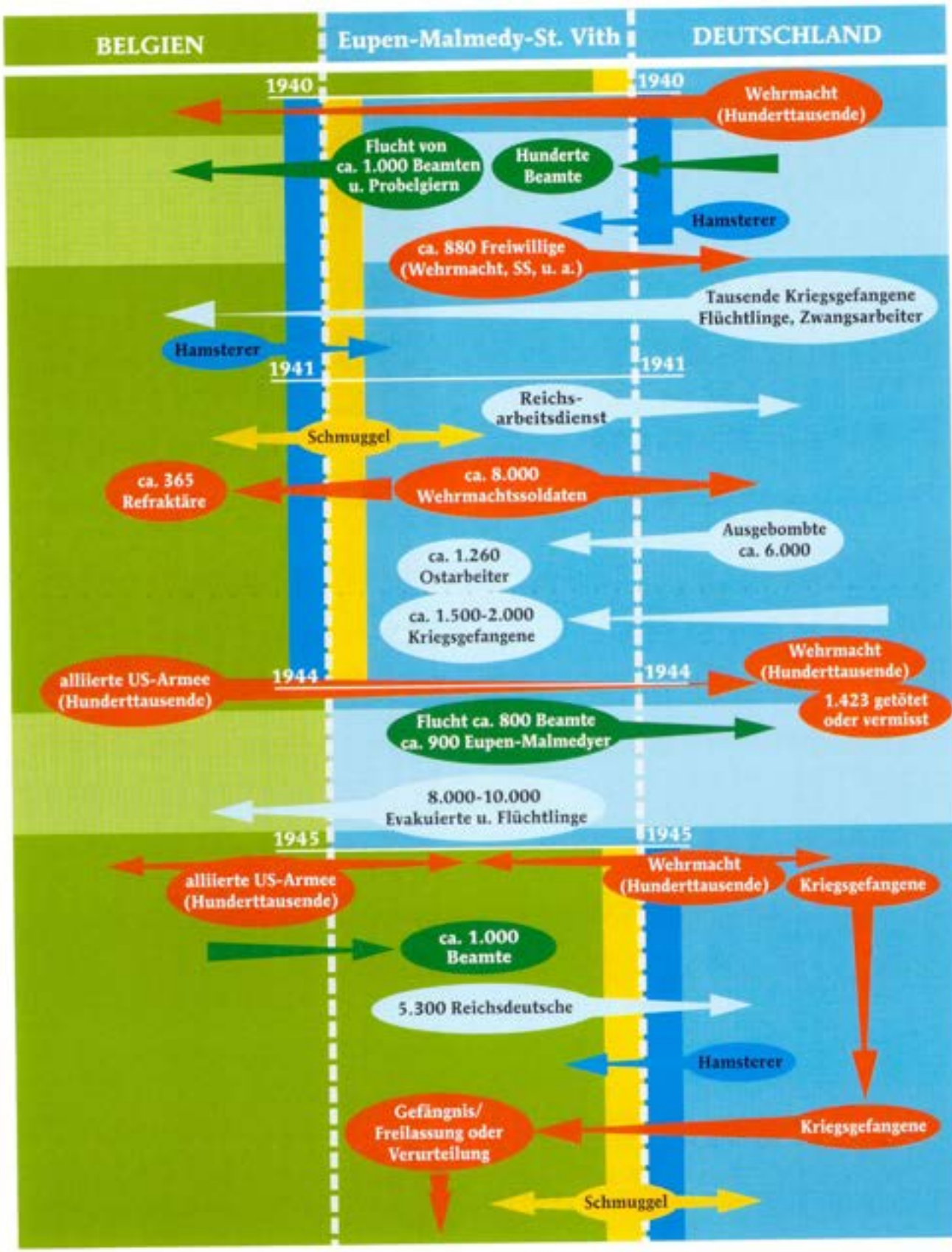
Diplomanerkennung als Lockmittel?

Während Baltia zwischen 1920 und 1925 Lehrer und Priester in hohem Maße zu kontrollieren versuchte, legte das belgische Unterrichtsministerium die Gültigkeit deutscher Universitätsdiplome für Freiberufler deutlich großzügiger aus. Unter der Voraussetzung, dass ein Studium vor dem 1. Januar 1922 begonnen worden war, erkannte Belgien nicht nur die bestandenen, sondern auch alle von Eupen-Malmedyern in den nächsten zehn Jahren (bis zum 31. Dezember 1930) noch abzulegenden deutschen Hochschulprüfungen für ganz Belgien an. Durch dieses Entgegenkommen suchte der Hohe Kommissar und die belgische Regierung vor allem die Intelligenzschicht des annektierten Gebietes für sich zu gewinnen, denn „sachlich gesehen musste das Studium an einer deutschen Universität dem belgischen Staatsbewusstsein doch zumindest ebenso unzuträglich sein wie der Besuch einer reichsdeutschen Volksschule“[50], analysiert Klaus Pabst.

Tatsächlich betraf diese Regelung nur sehr wenige Bürger. Im Jahr 1927 praktizierten 19 Ärzte in Eupen-Malmedy, von denen zwei ihr Diplom in Belgien (Lüttich, Löwen), die übrigen 17 in Deutschland erhalten hatten. Acht von ihnen hatten nach 1920, d. h. dem Vaterlandswechsel, abgeschlossen. Von den zwölf Apothekern war nur einer in Löwen (1920) diplomiert worden, die übrigen in Deutschland (drei nach 1920). Von den 24 Hebammen hatten 23 einen Abschluss. Bis 1923 hatten sie in Elberfeld (zwei) oder Köln (18, bis 1923) studiert. Drei waren 1925 oder 1926 in Lüttich diplomiert worden. Von den vier Tierärzten hatten zwei in Brüssel (1904, 1920) und zwei in Deutschland (1903, 1926) die Uni besucht. Von den sechs Zahnärzten waren zwei in Deutschland ausgebildet worden, die übrigen arbeiteten ohne Diplom. Eine Erhebung von 1936 zeigt, dass zwischen 1925 und 1930 noch einer von fünf Medizinern, zwei von vier Hebammen und einer von zwei Tierärzten vor 1930 in Deutschland diplomiert wurden[51]. Angaben zu Ingenieuren oder Juristen liegen nicht vor[52].

Wanderungsbewegungen in Eupen-Malmedy im Überblick




BELGIEN
Eupen-Malmedy-St. Vith
DEUTSCHLAND
1940
1940
Wehrmacht (Hunderttausende)
Flucht von ca. 1.000 Beamten u. Probelgiern
Hunderte Beamte
Hamsterer
ca. 880 Freiwillige (Wehrmacht, SS, u. a.)
Tausende Kriegsgefangene Flüchtlinge, Zwangsarbeiter
Hamsterer
1941
1941
Reichs-arbeitsdienst
Schmuggel
ca. 365 Refraktäre
ca. 8.000 Wehrmachtssoldaten
Ausgebombte ca. 6.000
ca. 1.260 Ostarbeiter
ca. 1.500-2.000 Kriegsgefangene
alliierte US-Armee (Hunderttausende)
1944
1944
Wehrmacht (Hunderttausende)
1.423 getötet oder vermisst
Flucht ca. 800 Beamte ca. 900 Eupen-Malmedyer
8.000-10.000 Evakuierte u. Flüchtlinge
1945
1945
alliierte US-Armee (Hunderttausende)
Wehrmacht (Hunderttausende)
Kriegsgefangene
ca. 1.000 Beamte
5.300 Reichsdeutsche
Hamsterer
Gefängnis/ Freilassung oder Verurteilung
Kriegsgefangene
Schmuggel

Fehlende soziale Aufstiegsmöglichkeiten?

Sowohl bei den Lehrern, Priestern und Gendarmen als auch bei den Zöllnern wird deutlich, dass für die „Neubelgier" weder 1920 noch 1940 noch 1945 die allgemeine Möglichkeit eines beruflichen und somit sozialen Aufstiegs bestand. Eine Ursache für die belgische Zeit war zweifelsohne das unzureichende Bildungsniveau und die unabdingbare, vertiefte Kenntnis der französischen Sprache für die Ausbildung. Eine Anforderung, die damals wohl nur die wenigsten erfüllen konnten. Vor allem die Verlierer dieser Entwicklung sahen sich versucht, ihre Integrationsbemühungen runterzufahren und sich eher als Minderheit abzukapseln. Sowohl zur belgischen wie zur totalitären deutschen Zeit wurde Integration zu stark vom jeweiligen Staat als einseitiger, aufgezwungener Anpassungsprozess verstanden und wohl auch missverstanden.

Flucht und Verfolgung

Die großen Unsicherheiten der beiden „sorties de guerre" 1920 und 1945 werden in den hohen Migrationsbewegungen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene auch in Eupen-Malmedy sichtbar. Millionen Menschen verließen ihre Heimat unter direktem Zwang (Waffengewalt oder physische Übergriffe) oder durch indirekten Zwang (Furcht vor Gewalt oder stark verschlechterten Lebensbedingungen)[13]. Zählen bei Migranten eher Faktoren wie die Anziehungskraft einer oft idealisierten neuen Heimat, greifen bei Flüchtlingen eher Motive wie Krieg, Verfolgung, Armut, Hunger und Umweltkatastrophen.



Otto Eugen Mayer floh 1933 nach Eupen, wo er als freier Mitarbeiter für das Grenz-Echo arbeitete und sich später um die Erforschung der Raerener Töpferkunst verdient machte. Alice und Kurt Grünebaum flohen ebenfalls nach Eupen und prägten die Geschichte der Minderheit als Journalisten in der Nachkriegszeit spürbar mit.

Politische Flucht

Der Vaterlandswechsel von 1920 hatte die Flucht der reichsdeutschen Beamten zur Folge, die aus politischen Gründen ihren Arbeits- und Wohnsitz verließen und nach Deutschland zurückkehrten. Gleiches geschah 1940 und 1944, wobei in diesem Moment das Motiv der kriegsbedingten Flucht wohl noch schwerer wog.

Die Erfahrung von politischen Flüchtlingen machten die Eupen-Malmedyer ab dem Jahr 1933. Bereits unmittelbar nach der Machtübertragung an Hitler gingen fast 60.000 deutsche Staatsbürger ins Exil, das wichtigste Aufnahmeland war anfangs das benachbarte Frankreich, wo 25.000 von ihnen unterkamen. Auch in Belgien fanden viele von ihnen eine neue Heimat. Sie reisten dann in der Regel durch Eupen-Malmedy ins Landesinnere oder in andere Länder. Manche verblieben einige Tage oder Wochen vor Ort. Einige ließen sich dort nieder.

So berichtete die sozialistische Zeitung *Die Arbeit* am 7. Oktober 1933 von reichsdeutschen Emigranten in Eupen-Malmedy, die Auskunft über die Verhältnisse im NS-Staat gaben. Sie zitierte einen entflohenen SA-Mann und einen ehemaligen KZ-Häftling, die sich in Malmedy aufhielten. Die von ihnen im persönlichen Gespräch weitergegebenen Informationen hätten „die tollsten Gerüchte"[14] ausgelöst.

Schon bald entstanden erste organisierte Fluchtbewegungen. In Eupen war Karl Weiss, Begründer und Leiter der Eupener Sozialisten, beispielsweise ein Vermittler. Die Emigranten berichteten aus eigener Anschauung aus dem Dritten Reich. Gehört wurden sie wohl nur von wenigen. Prominenteste Vertreter dieser politischen Flüchtlinge waren Eugen Otto Mayer[15], der in Eupen als

freier Mitarbeiter für das *Grenz-Echo* arbeitete, und die Sozialdemokraten Alice und Kurt Grünebaum, die von Brüssel aus für dieselbe Tageszeitung schrieben. Alle drei flohen schon 1933 und waren jüdischen Glaubens bzw. hatten jüdische Vorfahren. Sie berichteten aus eigener Erfahrung oder über ihre Vernetzung mit anderen Migranten über das „Dritte Reich". Ihre Berichte waren ein gewichtiger Gegenpol zur heimattreuen Presse aus Eupen-Malmedy, die weitgehend unkritisch über die Diktatur berichtete.

Systematische Verfolgung

Als 1935 den vier „heimattreuen" Politikern Josef, Peter und Heinrich Dehottay sowie Paul Foxius die belgische Staatsbürgerschaft in einem Gerichtsverfahren aberkannt wurde und sie anschließend des Landes verwiesen wurden, so mag dieser Prozess politisch motiviert gewesen sein. Er lief aber zweifelsohne nach den Regeln des belgischen Rechtsstaates ab. Die Verurteilten, die den belgischen Staat ablehnten, wurden alleine von der reichsdeutschen Propaganda als politische Flüchtlinge bezeichnet.

In der Nazidiktatur war der Rechtsstaat ausgehöhlt: Andersdenkende wurden verfolgt – mit möglichst hoher Effizienz und oft großer Brutalität. Schon seit Mitte der 1930er Jahre beobachtete die Gestapo die politisch Aktiven in Eupen-Malmedy und hielt Sachverhalte in zahlreichen Berichten fest. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht setzte die Gestapo ihren Apparat mit voller Schärfe gegen alle deutschfeindlichen Aktionen ein – auch in Eupen-Malmedy.

Haft, Gefängnis, Konzentrationslager und Baukompanien im Osten waren die Endstationen der Gefassten. Der Begriff des politischen Gefangenen ist aber nur schwer greifbar. Nach einer Auflistung von Bezirkskommissar Henri Hoen meldeten die Gemeinden 1950 im Kanton Eupen 61, in den Gemeinden der Malmedyer Wallonie 62 (ohne Angaben für die Stadt Malmedy), in den deutschsprachigen Gemeinden des Kantons Malmedy elf und für den Kreis Sankt Vith 23 politische Gefangene, von denen aber mehrere (noch) nicht anerkannt waren. Für die „altbelgischen" Gemeinden und Kelmis werden 265 politische Gefangene angegeben[34].

Verschwunden nach der Deportation

In der NS-Diktatur war die Deportation, d. h. die Verschleppung von Menschen, eine scharfe Waffe des Unrechtsstaates. Hatten die politisch Verfolgten fast immer noch die Möglichkeit, über ihr Schicksal (durch Flucht, Verstecken, Anpassung oder Widerstand) selbst zu bestimmen, so wurden die Deportierten nicht nur zwangsweise an andere Orte (in Gefängnisse oder Konzentrationslager) verbracht, sondern auch ihrer persönlichen Autonomie fast vollständig beraubt.

Der Übergang zwischen politischer Flucht, Widerstand und Deportation war fließend. Relativ viele (der wenigen) Eupen-Malmedyer, die sich dem Nationalsozialismus politisch aktiv widersetzten, bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben. Das „Livre d'Or de la Résistance belge" nennt für das gesamte annektierte Gebiet 84 Tote: für die neun „altbelgischen" Gemeinden 35, für Bochholz vier, für die Malmedyer Wallonie 13, für den Kanton Eupen und



Fast alle politisch Verfolgten aus Eupen-Malmedy begannen ihren Leidensweg im Gefängnis von Aachen, in einer Aufnahme von 1923. Den Zeitzeugen blieben die unmenschliche Behandlung und vor allem der bewusste Entzug von Lebensmitteln in Erinnerung.

Kelmis 18 sowie für die deutschsprachigen Gemeinden des Kantons Malmedy und den Kanton Sankt Vith 14 Menschen, die in einem Konzentrationslager gestorben sind oder getötet wurden[57]. Die im Kampf Gefallenen wurden nicht mitgezählt.

Das *Grenz-Echo*, Martin Schärer und Heinrich Toussaint erinnerten am nachhaltigsten an diese engagierten Menschen. Sie listeten für den Kanton Eupen und Kelmis 21 und für die Kantone Malmedy und Sankt Vith 41 Personen auf, die als Widerständler oder im Konzentrationslager gestorben sind, und zeichneten viele Lebensläufe nach.

Allein Hubert Willems verweist ohne Quellenangabe auf 168 „Belgier der Kantone", die „im Gefängnis gesessen" hätten „oder in Konzentrationslagern interniert" gewesen seien. 78 seien nicht nach Hause zurückgekehrt. Eine Liste mit den politisch verfolgten Eupen-Malmedyern, die diese Zeit überlebt haben, fehlt bis heute. Vielleicht weil die methodische Bestimmung, wer Eupen-Malmedyer und Verfolgter war, recht schwierig ist. Auch hier zeigt sich: Die Geschichte hat den Ostbelgiern in der kommunikativen Erinnerung keine Helden hinterlassen. Erst in der kulturellen Erinnerung müssen Historiker und Journalisten diese Lücke schließen.

In einer epochenübergreifenden Sicht stellt sich die Frage, inwiefern ein Teil jener Bürger, die nach 1945 während der Zeit der Säuberung denunziert, angezeigt, verhaftet oder interniert wurden, politische Gefangene waren. Einerseits funktionierten die eingesetzten Militärtribunale nach rechtsstaatlichen Prinzipien, andererseits führten die Überforderung der Gerichte, die schlechte Aktengrundlage und politisch aufgeheizte Stimmung gerade in den Ostkantonen zu einer Säuberungshysterie, bei der politische Motive stark dominierten.

Eine weitere, vergessene Opfergruppe der Nazis waren Menschen mit Beeinträchtigungen in Eupen-Malmedy. In der Opferdatenbank der Gedenkstätte Hadamar, einer der wichtigsten Tötungsanstalten von Menschen mit Behinderung, konnten sechs Patienten ermittelt werden, die aus Eupen bzw. Lontzen stammten. Vier wurden 1941 in der Gaskammer von Hadamar ermordet. Zwei Patienten starben 1942 und 1944 in der sogenannten zweiten Mordphase an überdosierten Medikamenten oder Hungerkost[58]. Die sehr lückenhaften Archive der Psychiatrischen Klinik der Alexianer in Henri-Chapelle zeigen, dass zwei weitere Patienten, die aus Eupen und Lontzen stammten, 1943 und 1944 in Meseritz-Obrawalde vergast worden sind. Auch wenn die Psychiatrische Anstalt, die in den zehn 1940 ebenfalls annektierten „altbelgischen" Gemeinden liegt, kein Ort der massenhaften Euthanasie war, so funktionierte sie dennoch als Drehscheibe im NS-Euthanasie-System[59].

Weitere Opfer sind wahrscheinlich in anderen Anstalten getötet worden[60].

„Im Jahr 1969, als ich meine Arbeit aufnahm, gab es sehr wenige geistig Behinderte, die alt waren. Statistisch gesehen hätten noch deutlich mehr Behinderte leben müssen, die in den 1920er und 1930er Jahren geboren worden waren" [61],

erinnert sich der Leiter der Dienststelle für Personen mit Behinderung, Helmut Heinen, im Jahr 2013. Er vermutet deshalb zahlreiche weitere Opfer des NS-Regimes. In der Region blieben auch diese Morde ein Tabu.

Judenschmuggel

Schon in den 1920er Jahren hatte Belgien zahlreiche polnische Juden aufgenommen, die vor dem grassierenden Antisemitismus in ihrem Land flohen. Nach 1933 und vor allem durch die sogenannten Nürnberger Rassengesetze vom September 1935 flohen 70.000 Menschen als Juden aus Deutschland. Nach der „Reichspogromnacht" im November 1938, bei der 400 Menschen getötet und Tausende Häuser, Geschäfte und Synagogen verwüstet wurden, emigrierten weitere 120.000 Juden. Ab 1938 verschärfte sich der internationale Flüchtlingsnot-



Ein Heldenkult um die Widerständler gegen den Nationalsozialismus entstand in Ostbelgien nach 1945 nicht. Die Gedenktafel für Jean Arnolds in der Kirchgasse in Eupen ist eines der wenigen Mahnmale.



Ende der 1930er Jahre flohen viele Kinder von Juden oder politisch Verfolgten aus Deutschland. In Herbesthal wurden zahlreiche unbegleitete Kinder im Januar 1939 von den belgischen Grenzbehörden zurückgeschickt, was in der belgischen Presse sehr kritisch kommentiert wurde. Die meisten Blätter forderten mehr Empathie für das Schicksal der Juden ein. Auf dem Bild sind zwei Kinder aus Wien bei ihrer Ankunft in Harwich/England am 12. Dezember 1938, die über den Bahnhof Herbesthal gereist sind.

stand durch die Expansion des Deutschen Reiches: Nach dem Anschluss Österreichs, des Sudetenlandes und der endgültigen Zerschlagung der Tschechoslowakei machten sich weitere 175.000 Juden auf den Weg ins Exil.

Zehntausende deutsche Juden flohen nach Belgien. Viele ließen sich in Belgien (vorwiegend in Antwerpen und Brüssel) nieder, andere reisten von hier aus in andere Länder weiter[62]. War in der belgischen Politik die Agitation gegen Fremde 1936 und 1937 noch ein isoliertes Phänomen, so wurde ausländerfeindliche Politik in den ökonomischen Krisenjahren mit hoher Arbeitslosigkeit 1938 und 1939 salonfähig. In den Diskussionen ging es dabei oft nur scheinbar um Flüchtlinge. Sie wurden immer als Projektionsflächen für gesellschaftliche und politische Probleme der Aufnahmegesellschaft gebraucht und missbraucht[63].

Diese vielseitige Wahrnehmung der jüdischen Flüchtlinge wird auch in den Kreisen Eupen und Malmedy sichtbar. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatte eine statistisch belegte jüdische Bevölkerungsexplosion im Kreis Schleiden zu einer Abwanderungswelle geführt, die auch in Büllingen, der heutigen belgischen Nordeifel, zur Niederlassung von jüdischen Familien führte[64]. Der im Kreis Malmedy ausgedehnte Viehhandel (u. a. mit belgischen Pferden) hatte in der Grenzregion seit Generationen Kontakte geschaffen, die auch durch die neue Grenze von 1920 nicht abrissen. Erst die zunehmende Einschränkung der Berufsfreiheit der jüdischen Händler durch die Nationalsozialisten ab 1935 unterband die gewachsenen Handelsbeziehungen zwischen dem Schleidener Tal mit dieser Region. Der Auswanderungsdruck wuchs für die Juden beständig.

Hans-Dieter Arentz spricht für die 1920er und vor allem für die 1930er Jahre von „sich immer mehr steigernden Aktivitäten von Schmugglerbanden, die das unübersehbare Eifel-Ardennen-Gebiet wahrlich als Kampfstätte gegen die oft machtlos wirkenden Zöllner beider Länder betrachteten"[65]. Aus dieser Tradition entwickelten sich seit 1935 die ersten gut organisierten Menschenschmugglerorganisationen, die Juden über die grüne Grenze nach Belgien führten und bis 1943 aktiv blieben. Kostete der Schmuggel einer Person im Jahr 1935 in der Regel noch 100 bis 150 RM, so lag der Preis 1938 und 1939 bei 1.000 bis 1.500 RM.

Durch den Hertogenwald, entlang der Vennbahn (die vor allem bei Roetgen immer wieder als belgisches Gebiet deutsches Territorium durchschnitt) und zwischen Monschau und Losheim (entlang einer Straße, die die Grenze bildete) ließ sich die grüne Grenze relativ einfach überschreiten. Diesen Weg suchten seit 1937 vorwiegend osteuropäische Juden, ehe ab März 1938 österreichische und ab November 1938 deutsche Juden auf diesen Fluchtrouten dominierten.

In Brüssel und Antwerpen wurden sie als Teil einer Flüchtlingswelle wahrgenommen. Die Bewohner der Grenzdörfer erlebten sie als ängstliche, oft unzureichend gekleidete Mitmenschen, die abends, bei jedem Wetter und oft nach Märschen von über 30

ACHTUNG !! ACHTUNG !!! Mehrere Judenimporteure aus Schönberg und Umgebung suchen neue, weniger gefährliche Beschäftigung in ähnlicher Branche. *Garantiert zuverlässige Führer*


Hundert Zentner Hafer,zu heraufgeschraubten
Preise, zu verkaufen. N. leut.
THOMMEL PFEIFER !!!!!!!!
Fahre nieder nicht ins Leere
Fahre nieder nicht ins Leere
Fahre nieder nicht ins Leere

Kilometern durch unbekannte, unwegsame Wälder und Wiesen Hilfe oder Ansprechpartner für ihre offensichtliche Not suchten. An jedem Haus konnte unvermittelt eine Gruppe von Flüchtlingen anklopfen. Manche denunzierten die Flüchtigen oder wiesen sie ab. Andere öffneten ihre Häuser aus Mitleid, christlicher Nächstenliebe oder Solidarität, wiederum andere nutzten die Not dieser Menschen eiskalt aus und forderten horrende Summen für ihre Hilfe[66].

Die Flüchtlinge waren darauf angewiesen, den Grenzbereich von zehn Kilometern möglichst schnell zu verlassen. Wurden sie innerhalb dieser Grenzzone aufgegriffen, wurden sie nach Deutschland und somit in den fast sicheren Tod geschickt. Erste Zielorte waren Malmedy oder Verviers, wohin sie meist mit Lkws verbracht wurden und von wo aus sie per Zug nach Lüttich, Brüssel oder Antwerpen reisen konnten. Die oft undurchdringlichen Waldgebiete der Eifel und Ardennen „ermöglichten es Tausenden, illegal das Deutsche Reich zu verlassen"[67], fasst Hans-Dieter Arntz zusammen.

Dieser „Judenschmuggel" blieb bis Ende der 1980er Jahre ein Tabuthema. Einerseits provozierte das Wissen über die Ausbeutung dieser Flüchtlinge wohl eine allgemeine Scham, die auf eine breitere Mitschuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten verwies. Andererseits spiegelte sie auch die Distanz eines Teils der Bevölkerung zu dieser Religionsgemeinschaft wider.

Bezog das *Grenz-Echo* ebenso wie die *Fliegende Taube*, eine in Aubel erscheinende deutschsprachige Zeitung, seit 1933 klar Position für die in Deutschland verfolgten Juden, war die Berichterstattung der „heimattreuen" Zeitungen vorsichtig antisemitisch. Artikel in nationalen oder internationalen Zeitungen zeigen, dass sich führende „Heimattreue" auch offen antisemitisch äußerten[68]. Die wenigen tradierten Erinnerungen zeigen, dass Engagement oder Bekämpfung der Flüchtlinge häufig nicht allein oder vorwiegend durch die politische Grundeinstellung geprägt war. Die zunehmende Zurückweisung der Juden – auch allein reisender jüdischer Kinder[69] – an der Grenze war auf jeden Fall ein gesellschaftliches Thema in Eupen-Malmedy.

Weitere Erkenntnisse können Lebensläufe jener Juden liefern, die zeitweise in die Kreise Eupen-Malmedy emigrierten. Exemplarisch sind die Biografien der aus Ramscheid stammenden Ferdinand (Franz) und Anna Katharina Kaufmann[70], die nach Xhoffraix und Bevercé emigrierten, die Lebensetappen des saarländischen Händlers Nathan Meyer, der zwischen 1934 und 1939 in Weywertz lebte und dort wohl in der Judenhilfe sehr aktiv war[71], oder die Geschichte von Julius Joseph und seiner Frau Herta Fröhling, die von 1937 bis 1941 in Walhorn lebten.

Zwischen 1940 und 1943 wurden rund 25.000 Juden aus Belgien in Konzentrationslager deportiert, unter Mithilfe eines Teils der Bevölkerung und eines Teils der belgischen Behörden. Gleichzeitig wurden aber auch 70.000 Juden durch engagierte Bürger im Land versteckt und so vor dem sicheren Tod gerettet. Bis 1942 gab es Grenzgänger und Fluchthelfer, „Judenschlepper" und Fluchthilfeorganisationen, die gegen gute Bezahlung jüdische Flüchtlinge nach Belgien brachten.

Wehrdienst und Kriegsdienst fernab

Seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht galt der Militärdienst als ein wichtiges Instrument zur nationalistischen Indoktrination junger Männer. Sie erlebten – fern der Heimat – eine militärisch durchstrukturierte, auf Gehorsam ausgerichtete und nationalpolitisch aufgeladene Lebenswelt mit Jugendlichen aus anderen Regionen. Wie stark die zeitlich begrenzten Erfahrungen dieser unbekannten Außenwelt auf die Rekruten einwirkten und welche Langzeitwirkung sie erreichten, wurde bisher in der Geschichtsschreibung wenig beachtet.

Der Durchzug von Millionen Soldaten während der beiden Weltkriege war für Kinder, aber auch für viele Erwachsene die Konfrontation mit etwas Fremdem, das zugleich beängstigte und faszinierte.

Während des Ersten Weltkrieges wurden aus dem Kreis Malmedy 5.656 junge Männer eingezogen, 1.082 (19,1 Prozent) fielen, 564 (9,9 Prozent) kehrten als Kriegsinvalide heim. Der Kreis Eupen stellte 4.043 Soldaten, von denen 636 (11,2 Prozent) getötet wurden und 327 (8 Prozent) als Kriegsversehrte zurückkamen. Feldpostbriefe sind im Zuge des hundertjährigen Gedenkens verstärkt gesammelt, ausgewertet und publiziert worden.

Im kommunikativen Gedächtnis der Ostbelgier kamen die Veteranen von 1914/18 mit ihren Kriegs- und Alltagserfahrungen (fast) nicht vor. Sie waren eine verlorene Generation, deren Leben, Leiden und Sterben in den Schützengräben an Marne und Somme im Schlagschatten der Volksbefragung von

1920 verschwand. Sie alle hatten aber, ganz im Gegensatz zu den Veteranen des Zweiten Weltkrieges, ähnliche Erfahrungen gemacht. Allein die Kriegerdenkmäler, Ausdruck des besonderen nationalistischen Dilemmas der deutschsprachigen Minderheit im neuen Vaterland Belgien, sind heute noch Zeugnis der damaligen Erinnerungskultur[72] an diese traumatische Zeit.

Wehrdienst in Friedenszeiten

Die Proklamation des Hohen Kommissars von 1920 sah für die Eupen-Malmedyer eine vierjährige Befreiung vom belgischen Militärdienst vor. Schon Ende 1920 warb das Kriegsministerium jedoch in der Grenzregion Freiwillige an, die nach dreijähriger Ausbildungszeit später einmal die Instrukteure für die ersten wehrpflichtigen Jahrgänge „neubelgischer" Rekruten stellen sollten. Das Ministerium wies die belgischen Divisionskommandeure an, zur Ausbildung dieser Freiwilligen in ihren Truppenteilen Offiziere und Unteroffiziere zu bestimmen, die des Deutschen mächtig seien. Schon vor dem Weltkrieg hatte das belgische Militärgesetz von 1909 den Gebrauch der deutschen Sprache in der Armee in sehr beschränktem Raum zugelassen.

Die ersten Wehrpflichtigen aus Eupen und Malmedy wurden termingerecht im März 1924 zur belgischen Armee eingezogen. Ihre Ausbildung erfolgte bis 1928 häufig in flämischen Einheiten. Durch ein Gesetz von 1928 wurde jedem belgischen Soldaten die Unterrichtung in seiner Muttersprache zugesichert. Nun entstanden landsmannschaftliche Einheiten mit deutscher Umgangs- und Kommandosprache. Um die politische Zuverlässigkeit solcher hauptsächlich aus Eupen-Malmedyern bestehenden Formationen zu sichern, stammten die Offiziere (die neben Deutsch auch Französisch und Niederländisch beherrschen mussten) fast ausschließlich aus den Gemeinden „Altbelgiens", wo ein plattdeutscher Dialekt gesprochen wurde[73].



Das Lager Elsenborn repräsentierte in Eupen-Malmedy am stärksten die belgische Armee und somit auch den belgischen Staat.

Der Militärdienst bot somit den Wehrpflichtigen die Gelegenheit, das eigene Belgienbild zu vervollständigen. Für die überwiegende Mehrheit gab es nach 1928 kaum noch direkten Kontakt mit wallonischen oder flämischen Wehrpflichtigen. Die Offiziere waren somit die wesentlichen Repräsentanten des belgischen Staates und seiner Grundwerte[74]. Mit Sicherheit verglichen die Eupen-Malmedyer ihre eigenen soldatischen Erfahrungen mit den Bildern, die sie von den militarisierten NS-Organisationen und der Wehrmacht über unterschiedliche Kommunikationskanäle gewannen.

Vielgesichtige Erfahrungen

Durch den Wehrdienst ab 1939 entstand in Eupen-Malmedy eine Vielzahl von Lebenserfahrungen in der Fremde. Ob als Deserteur, Widerständler oder Teil der Wehrmacht, ob an vorderster Front oder im Hinterland, ob als kämpfender oder Kriegsverbrechen verübender Soldat, ob als Kriegsgefangener oder als Wachmann in einem KZ oder Kriegsgefangenenlager, ob als Spion oder Drückeberger, die Variation der Erlebniswelten war wohl so groß, dass sich viele Männer nach ihrer Rückkehr in ihrem gegenseitigen Erleben nicht verstehen konnten. Aus diesem Grunde sind die von Heinrich Toussaint gesammelten Zeitzeugenberichte[75] auch so wichtig, da sie eine Grundlage für ein gegenseitiges Verstehen legen, dabei aber nur die subjektiven Ausschnitte wiedergeben, die die Zeitzeugen preisgeben wollten.

Zum Kaleidoskop dieser Lebenswelten gehören folgende Gruppen:

- Ab Herbst 1939 bis Juni 1940 erlebten 1.560 bis 2.400 eingezogene Soldaten[76] in der belgischen Armee den Krieg und die Massenflucht der 1,5 Millionen Belgier aus einer rein belgischen Perspektive.

- In diesem Zeitraum waren 139 junge Eupen-Malmedyer desertiert, die fortan in der deutschen Wehrmacht im Bau-Lehr-Bataillon z.b.V. 800 „Brandenburg" kämpften. Sie hatten keine Gelegenheit, ihr Belgienbild zu vervollständigen oder zu revidieren, sondern wurden wohl durch die Erfahrungen in der Wehrmacht und in Deutschland sowie ihren Einmarsch in Eupen-Malmedy als vermeintliche Befreier eher radikalisiert. Gleichzeitig waren sie von diesem Moment an Teil der Wehrmacht und erlebten zunächst die Zeiten der schnellen Siege sowie ab 1943 die zahlreichen Niederlagen. Nach Kriegsende wurden diese Deserteure zu hohen Strafen verurteilt. Einige verließen freiwillig oder erzwungen die Ostkantone und ließen sich in Deutschland nieder.

- Rund 700 Eupen-Malmedyer[77] meldeten sich freiwillig zur Wehrmacht. Sie wurden unmittelbar Teil der nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie, die für die Eroberung und Besetzung anderer Länder, Kriegsverbrechen und Drangsalierung, Zerstörung und den Tod unzähliger Menschen verantwortlich war.

- Nachdem im September 1941 die Staatsangehörigkeitsfrage geregelt war, wurden zu den rund 700 Freiwilligen rund 8.000[78] junge Männer aus den Kreisen Eupen und Malmedy in die Wehrmacht einberufen, von denen rund 2.000 getötet wurden und 1.600 als Kriegsinvalide heimkehrten.

- Erfahrungen anderer Lebenswelten machten die jungen Männer der Jahrgänge 1926, 1927 und 1928, die nach der Musterung als Teil des Einberufungsverfahrens einen sechsmonatigen Dienst im Reichsarbeitsdienst (RAD) ableisten mussten. Für die Mädchen war ein einjähriger Dienst (RADwJ) obligatorisch, zu dem mehrere Jahrgänge eingezogen wurden. Über den RAD gibt es weder Zahlen noch ausreichende Erfahrungsberichte.

- Eine unmittelbare Folge dieser „militärischen Migration" waren nicht nur die 2.000 getöteten Männer, sondern auch eine hohe Zahl an Halb- und Vollwaisen in den Ostkantonen. Nach einer Erhebung Henri Hoens lag die Zahl der Vollwaisen allein in der Stadt Sankt Vith bei zwölf. Die Zahl der Voll- und Halbweisen müsste für das Gebiet bei über 1.000 gelegen haben[79]. Das Schicksal dieser Kriegskinder blieb auch in Ostbelgien bis in die 2010er Jahre weitgehend unbeachtet[80], obwohl gerade ihre Erfahrungen für ihr späteres gesellschaftliches und politisches Engagement höchst bedeutsam waren.



Eine aus dem „Altreich" stammende Fanfarengruppe spielt auf dem Eupener Marktplatz für beurlaubte Wehrmachtssoldaten.

- In der Wehrmacht dienten jedoch nicht nur Männer, sondern auch rund 500.000 meist ledige junge Frauen. Sie waren an allen Kriegsschauplätzen in der Armee, der Luftwaffe und der Marine eingesetzt, um Soldaten für den Fronteinsatz freizumachen. Hinzu muss man die Krankenschwestern des Roten Kreuzes zählen, die in allen Lazaretten unentbehrlich waren. Ob und wie und in welchem Ausmaße Frauen aus Eupen-Malmedy aktiv waren, ist bis heute nicht erforscht.

- Völlig andere Lebenswelten erlebten jene jungen Männer, die vor der Einberufung zum Reichsarbeitsdienst oder zur Wehrmacht oder nach einem ersten Urlaub von der Front desertierten, sich im Heimatdorf versteckten oder nach „Altbelgien" flohen. Besonders hoch war deren Anteil mit 624 bis 675 in den zehn „altbelgischen" Gemeinden, die 1940 ebenfalls annektiert worden waren[81]. 96 stammten aus Kelmis. Hubert Willems gibt für die Kreise Eupen und Malmedy die Zahl von 365 Refraktären an, d. h.

eine kleine Minderheit. Die Bestandsaufnahme von Hoen kommt auf 459 „Widerständler", zu denen nicht nur zivile oder bewaffnete Widerständler, sondern auch die Refraktäre von manchen Gemeinden undifferenziert hinzugezählt wurden. Die Gemeinden der Malmedyer Wallonie, sprachlich und personell mit „Altbelgien" besser vernetzt, gaben 189 Refraktäre an. Für den Kanton Eupen und Sankt Vith meldete allein die Gemeinde Crombach (27) nennenswerte Zahlen. Willems gibt für Eupen 36 Refraktäre an[52]. In Büllingen wurden Hoen beispielsweise zwölf gemeldet, intern aber 16 aufgelistet. In Thommen soll es ebenfalls ein Dutzend gewesen sein. Die Wehrmachtsdeserteure erhielten Unterstützung und Hilfe durch die wallonische Bevölkerung, was die Fahndungsarbeit der deutschen Polizei natürlich außerordentlich erschwerte[53]. Die Deserteure erlebten die Kriegsjahre aus einer wallonischen (keineswegs belgischen) Perspektive auf das besetzte Belgien und das annektierte Eupen-Malmedy. Sie mussten ihren Helfern vertrauen, was zu einer starken sozialen Bindung führte. Ein Teil von ihnen engagierte sich im Widerstand und kämpfte gegen den verhassten Besatzer. Anders gesagt: Ihr Referenzrahmen wurde durch das Leben im Untergrund, den aktiven oder passiven Widerstand und die innerbelgische Sozialisation geprägt. Erfahrungen, wie das Leben in den annektierten Kantonen war, konnten sie nicht machen. Durch ihre Abwesenheit entfremdeten sie sich von Eupen-Malmedy. Als diese Personen 1945 in die Ostkantone zurückkehrten, wurden sie mit ihren Erfahrungen des besetzten Belgiens als Fremde empfunden. Selbst die politisch Uninteressierten warfen ihnen vor, dass sie sich nicht vorstellen konnten, wie der Alltag im NS-Staat mit all seinen Pflichten ausgesehen habe. Da viele anerkannte Widerständler nach 1945 Privilegien erhielten, blieb die Beziehung zwischen dieser Minderheit und vielen Bürgern der Ostkantone allein aus diesem gewachsenen Unverständnis über Jahrzehnte in den Dörfern oft sehr gespannt.

- Kriegsbedingt flohen auch zahlreiche französische Kriegsgefangene, vereinzelt auch abgeschossene Piloten oder Zwangsarbeiter über die deutsch-belgische Grenze. Das Gefangenenbuch der Stadt Eupen belegt den sichtbaren Teil der Flucht. Im Oktober 1941 wurden beispielsweise allein 134 geflohene Kriegsgefangene dort inhaftiert. Fast jeder Bürger muss um ihr Schicksal gewusst haben, manche (wie beispielsweise Kaplan Jean Arnolds) engagierten sich in der Fluchthilfe und bezahlten mit ihrem Leben.

Belgien und die große Flucht

Am 11. November 1939 waren die führenden Verwaltungsbeamten in Belgien in Alarmbereitschaft versetzt, am 18. Januar 1940 war der Befehl zu ihrer Evakuierung an die Küste erteilt worden. Am 28. Januar nahm der Eupener Dechant Keufgens an einer Besprechung zur Evakuierung u. a. der wichtigsten probelgischen Vertreter in Eupen-Malmedy mit dem Bischof von Lüttich, dem Generalstab und mehreren Ministern der Regierung Pierlot teil.

Widerstand braucht Vernetzung

Der 1888 in Verviers geborene Priester Joseph Kirch war von 1923 bis 1940 Priester in Emmels. Nach dem Einmarsch 1940 wurde er am 4. Juli von der Gestapo wegen seiner probelgischen Haltung verhaftet und nach einem vierzehntägigen Gefängnisaufenthalt in Aachen in das besetzte Belgien ausgewiesen. Seit Mai 1942 empfing und versteckte der Priester 22 Refraktäre vorwiegend aus seiner alten Pfarre, die er überwiegend bei zuverlässigen Landwirten seiner neuen Pfarre Ben-Ahin (bei Huy) unterbrachte. Er fälschte mehrere Personalausweise. Elf Refraktäre dieser Gruppe schlossen sich dem bewaffneten Widerstand an. Einer wurde verhaftet und getötet. Ein anderer schwer verletzt. Er versteckte zudem zwei Luxemburger und einen geflohenen Priester aus Eupen-Malmedy, die auf den Fahndungslisten der Gestapo standen. Kirch schloss sich, wie er schrieb „aus Sicherheitsgründen erst im Mai 1944" einer Widerstandsgruppe an. Die Zahl der Refraktäre lag in der Gemeinde Crombach höher als in den übrigen Gemeinden, u. a. weil die jungen Männer über Kirch einen vertrauenswürdigen Ansprechpartner im besetzten Belgien hatten.

Weitere Alarme folgten. Kurz bevor die deutsche Wehrmacht am 10. Mai in Belgien einmarschierte, waren die (alt) belgischen Beamten und exponierte probelgische Meinungsführer aus den Kantonen Eupen und Malmedy gewarnt worden und geflohen.

Bovys Liste

René Bovy, geboren 1922 in Stavelot, war Praktikant in der Gemeindeverwaltung von Faymonville, als die Wehrmacht am 10. Mai 1940 in Belgien einfiel. Eine Vorwarnung hatte der junge „Altbelgier" nicht erhalten. Nach zwei Wochen kehrte er in das besetzte Belgien zurück. Nach einer kurzen Beschäftigung in der Gemeindeverwaltung von Trois-Pont wurde er zum provisorischen Gemeindesekretär von Francorchamps ernannt.

Unter dem stillen Einverständnis des Bürgermeisters erstellte er Pässe mit neuen Identitäten für Refraktäre aus dem Kreis Malmedy. Nach seinen Aussagen flohen diese vor allem vor dem Wehrdienst. Die Gestapo ver-



haftete ihn am 7. Juli 1942. Seine Fingerabdrücke hatten ihn verraten. Die Beamten fanden sie auf eingezogenen, von ihm gefälschten Ausweisen auf der Rückseite der aufgeklebten Passbilder.

„Nahrung gab es im Aachener Gefängnis fast keine", erinnerte er sich. Nach einigen Monaten im KZ von Dachau wurde er in ein Strafkommando versetzt, das für die Klöcknerwerke in Siegburg-Menden arbeiten musste. Ohne Schutz musste er an den Hochöfen arbeiten. „Das flüssige Eisen verbrannte uns die Beine." Ein deutscher Arbeiter, ehemaliger Kommunist, half dem „Altbelgier" immer wieder. „Er rettete mein Leben", so Bovy weiter.

Kurz vor der Befreiung durch die Amerikaner wurden die Gefangenen auf einen Todesmarsch „mit einem Brot für drei Tage" geschickt. Viele brachen erschöpft zusammen, einige versuchten zu fliehen, viele starben. „Das war schrecklich." Tränen standen in den Augen des alten Mannes. In Münsenheim angekommen, wurden die Überlebenden fast gänzlich ohne Wasser und Nahrung eingesperrt. Nach vier Tagen befreiten die Amerikaner die ausgezehrten Männer, die überlebt hatten. Über Frankfurt und Namur kehrte er Ende April 1945 nach Stavelot in seiner KZ-Häftlingskleidung zurück. Der stille Held berichtete ohne jegliche Verbitterung[55].



COPIE D'un MEMORANDUM de 1942 relevant liste des réfractaires et fugitifs aux quels fut délivrés une carte d'identité falsifiée ou des titres de ravitaillement destinés à soustraire les patriotes aux recherches de la police ennemie.

Noms et prénoms authentiques des fugitifs & réfractaires	Domicile / Lieu & date de naissance	Renseignements portés sur la fausse carte d'identité Nom, date de naiss. Domicile
MELCHIOR, Jean, Longfaye-ENVEUX	27.1.22	ANCELOT Jules M 12.1.22 VENVIMME
MELCHIOR, Franz, idem	11.7.22	BASTIEN, Pierre J. 17.8.22 idem
ADAM, Etienne, idem	"	COLLIGNON, Em.L. 14.3.21 idem
ALBERT, Félix, Mont-idem	12.6.19	DEVAUX, Frédér.J. 15.4.12 DEHON
DUCHESNE, Joseph idem Longf.	"	EVRARD, Jules 18.5.17 Stavelot
ADAM, Julien idem	1.9.10	FAUCHET, Jean H. 17.2.10 Liège
ADAM, Prosper, idem	21.12.16	GILLARD, Fernand 10.7.16 idem
DUCHESNE, Clément, Ovifat-WAIMES	"	HONTOIR, Camille 12.9.11 DOLLEMS
DAMBRIPONT, Willy, Mont-ENVEUX	12.9.15	JOURDAN, Louis 21.10.14 VENVIMME
HARAITE, Léon idem	"	THIRY, Jean H. " LIERE
MELCHIOR, Jules, Longfaye idem	10.8.21	LAMBOT, Jean L. 20.1.21 DOLLEMS
MICHEL, Henri, Val-DOLLEVILLE	"	MONVOISIN, Hector 21.10.21 VENNE
SOLHEID, Jean, Longfaye ENVEUX	5.1.03	NATHAN, Joseph P. 22.11.03 VENNE
SOLHEID, Pierre Hoffreix 17.	"	PULLIN, Paul. 27.12.18 STAVELOT
SOLHEID, Joseph idem	1.10.13	RUYSSART, Jules 24.1.12 POTIS S/SA
LINNEMAN, Nat. FAYMONVILLE	30.10.21	VAN VEEN, Robert 12.7.17 FRANCFORT
GASPAR, Jules, FAYMONVILLE	26.6.19	RAINLET, Joseph 18.1.00 CHEVRON
COLLAR, Etienne, HAUSENFELD	10.10.00	COLLIGNON, Bt.J.B. 14.3.00 VENVIMME
KLOCKER, Jean, HAUSENFELD	11.8.14	KLOSET, Jules H. 13.7.14 VENVIMME
MICHEL, Jean, VALVEZ	7.7.03	HERMANN, Jules 7.1.03 LIEGE
COMBIEN, Joseph WELKENRAET	27.1.04	DUBUISSON, Pierre 8.8.23. STAVELOT
STRANT, Robert, WELKENRAET	12.12.13	GLOESEN, Jean H. 21.2.15 STAVELOT
KNIP, Paul, idem	5.12.02	HABARIN, Pierre 12.5.21 STAVELOT

et d'autres, pour lesquels les renseignements relatifs à l'identité authentique, sont incomplets sur nos listes, ou n'y ont pas été inscrits.

Nous sommes toujours en possession d'un certain nombre de cartes d'identité originales et authentiques que les intéressés nous avaient confiées lors de la délivrance des faux documents.

Fait et certifié sincère et véritable sur l'honneur, à FRANCORCHAMPS, le 4 mai 1949.

1949 verfasste René Bovy für die belgische Staatsanwaltschaft eine Liste mit den Klarnamen, denen er bis Juli 1942 gefälschte Personalausweise ausgestellt hatte. Es ist Bovys Liste, ein Zeugnis von engagiertem Widerstand.

In einem Bericht aus dem Jahr 1955 werden folgende Personengruppen aufgezählt: Ungefähr 60 „aus Sicherheitsgründen evakuierte Beamte des öffentlichen Dienstes", die das Gebiet vor dem 10. Mai 1940 verlassen hatten. Vor oder nach dem 10. Mai 1940 verließen folgende Beamte die Grenzkreise:

„Einregistrierungsamt (4), Hypothekenamt (2), Steueramt (6), Zoll- und Akzisenamt (365), Amt für Wald und Wasser (11), Straßenbau (1), Gendarmerie (196), Eisenbahn (ca. 300), Summe: 885 (...) Ungefähre Zahl der Einwohner der Ostkantone, die nach dem 10.5.1940 emigrierten: 300 bis 400 Haushalte. Zahl der Primarschullehrer, die nach dem 10.5.1940 emigrierten: 121. Zahl der in den Gemeindeverwaltungen Angestellte: 14."[86]

Laut Bericht verließen „1.000 Beamte und ca. 300 bis 400 unabhängige Familien" Eupen-Malmedy. Die Bestandsaufnahme des beigeordneten Bezirkskommissars Henri Hoen in den Gemeinden aus dem Jahr 1951 ergibt 781 Personen, zu denen die Geflohenen aus den Städten Eupen und Malmedy hinzugezählt werden müssen (da nicht angegeben). Die erstgenannte Zahl erscheint deshalb recht hoch.

In Eupen-Malmedy blieb in der kommunikativen Erinnerung völlig unbeachtet, dass diese Flüchtlinge von Mai 1940 Teil der 1,5 Millionen Belgier waren, die – in Erinnerung an die Gräuel des Ersten Weltkrieges – vor dem deutschen Überfall flohen. Dieser panische Rückzug stand in Gegensatz zu dem zeitweise großen Jubel, der sich in den Straßen Eupen-Malmedys abspielte, in denen die Heimattreuen – aber auch viele Opportunisten – „Heil unseren Befreiern" jubelten. Kurz nach dem Einmarsch wurden verschiedene „Hetzer" und Probelgier sowie die in diesem Gebiet wohnenden Juden verhaftet[87].

Im Verlaufe des Jahres 1940 wurde die dörfliche und ländliche Elite durch deutsche Beamte, Lehrer, Priester, Zöllner und Gendarmen ersetzt. Nur wenige Eupen-Malmedyer erhielten eine Arbeitsstelle in den neuen Verwaltungen, was die Heimattreuen enttäuschte.



So wie diese Belgier in den Ardennen waren im Mai 1940 rund 1,5 Millionen Belgier auf der Flucht vor den deutschen Truppen, eine Flucht, die in Eupen-Malmedy kaum wahrgenommen wurde.

Zufluchtsort für Ausgebombte

Seit 1942, verstärkt seit 1943 zogen – staatlich gelenkt – reichsdeutsche Bürger aus den Großstädten des Rheinlandes und des Ruhrgebietes nach Eupen-Malmedy, deren Häuser durch Luftangriffe zerstört worden waren. Sie wurden als Ausgebombte bezeichnet. In der kommunikativen Erinnerung blieben sie als Fremde auf Zeit haften, mit denen kaum Erinnerungen verbunden wurden.

Waren sie während des Krieges durch die Kriegswirtschaft mitversorgt worden, so verfügten sie ab September 1944 über „keinerlei Einkommen und hängen von den Beihilfen der öffentlichen Sozialhilfe" ab. „Zudem verzögert ihr verlängerter Aufenthalt und Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung deren Assimilation"[88], steht in einem Gendarmeriebericht vom März 1945 aus Eupen.

Im August oder September 1944 sind wohl über 8.000 Reichsdeutsche nicht nach Deutschland zurückgekehrt, sondern bewusst in der Grenzregion verblieben, in die die US-Armee einrückte. Im Dezember 1944 befanden sich allein 1.100 Reichsdeutsche in Malmedy, im März 1945 1.528 in Eupen, 670 in Eynatten, 322 in Kelmis, 930 in Lontzen und 700 in Raeren. In der Altgemeinde Büllingen waren 97 registriert.

Bis Herbst 1945 wiesen die belgischen Behörden 5.300 reichsdeutsche Bürger aus[35]. Die überwiegende Mehrheit waren wohl Ausgebombte, die nun ins Nachkriegsdeutschland zurückkehrten. Die Mehrzahl der deutschen Beamten dürfte die Kreise im August 1944 verlassen haben.

Nachdem die britischen Behörden weitere Ausweisungen von deutschen Staatsbürgern 1947 unterbunden hatten, waren Ende 1947 in Eupen 2.508, in Malmedy 680 und in Sankt Vith 558 reichsdeutsche Bürger registriert. Viele dieser 3.746 Personen hatten familiäre Verbindungen zu den Bewohnern der Ostkantone.

Massenhafte Flucht vor dem Krieg

Anfang September 1944 erging eine Weisung zur Evakuierung der Kreise. Die reichsdeutschen Partei- und Behördenmitglieder – deren Zahl unbekannt ist – hatten die Grenzkreise am 8. September 1944 vor der Besetzung durch die US-Armee am 10. und 11. September verlassen. Gleichzeitig









Die Flucht der Zivilbevölkerung hat in der kommunikativen Erinnerung tiefe Spuren hinterlassen. Die Bilder 1 bis 3 zeigen die flüchtende Zivilbevölkerung um Malmedy, bzw. in Malmedy. Auf dem Bild unten rechts ist eine Gruppe Flüchtlinge aus Mürringen in La Gleize am 2. Januar 1945 abgebildet.

waren zehn Eupen-Malmedyer als Geiseln ins Messelager Köln verschleppt worden, wo fünf von ihnen starben.

Eine allgemeine Evakuierung der Grenzbevölkerung erfolgte nicht[90]. Dennoch brachen in Sankt Vith 64 Gespanne und in der belgischen Nordeifel 13 Gespanne mit 85 Personen ins Reich auf, um dort Zuflucht zu suchen[91]. Rechnet man die Personenzahlen auf die Gespanne hoch, wären das zusammen rund 500 Personen gewesen. Auch im Norden setzte sich eine (unbekannte) Anzahl Grenzbewohner, wohl einige hundert Personen, nach Deutschland ab, allerdings nicht in einem geschlossenen Treck[92].

Sie erlebten die Flucht aus der deutschen Perspektive: Sie wurden durch alliierte Bomber und Jagdflugzeuge beständig beschossen, blieben deutsche Bürger im NS-Staat, waren als Flüchtlinge in einem von Flüchtlingen überfüllten Land nicht willkommen und erlebten die deutsche Niederlage aus deutscher Perspektive. Rund 300 bis 400 Personen blieben in Deutschland[93], die übrigen kehrten in die Ostkantone zurück. Dort wurden sie unter starken Schmähungen empfangen und in der Regel auch durch die Instrumente der Säuberung mit härteren Sanktionen belegt[94].

Andere Fluchterfahrungen machten viele Einwohner des Kreises Malmedy, als sie Anfang Oktober, kurz nach der Befreiung der Region durch die US-Armee, aus dem unmittelbaren Frontbereich evakuiert wurden. Vor allem die Erlebnisse während der Ardennen-Offensive hat sie tief geprägt: Ein Teil geriet zwischen die Fronten, andere flohen nach „Altbelgien", wo sie wegen ihrer Sprache zumindest misstrauisch, manches Mal aber auch mit Unterstützung aufgenommen wurden.

Die gemeinsamen Erfahrungen der Flucht schweißten sie als Gemeinschaft zusammen. Nach 1945 schufen sie ein Opferselbstbild, das in der kommunikativen Erinnerung durch Opfererzählungen[95] untermauert wurde. In der kulturellen Erinnerung fand es Niederschlag in der Errichtung von sehr zahlreichen Denkmälern für die amerikanischen Truppen.

Kriegsgefangene und Displaced Persons

Wie unterschiedlich Erinnerungskulturen zu gleichen Schicksalen ausgeprägt werden können, zeigt kein Beispiel besser als das der Kriegsgefangenen – in Eupen-Malmedy und aus Eupen-Malmedy.

Seit 1940 gerieten 232.000 westalliierte Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Ihre Behandlung erfolgte auf Grundlage der Genfer Konvention und kann als gut eingestuft werden. Zwischen 1941 und 1945 gelangten zudem weit über fünf Millionen sowjetische und 400.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 3,3 Millionen sowjetische und 10.000 polnische Kriegsgefangene kamen dabei um[96].

Im besetzten Belgien wurden 1.000 Ostarbeiter und 8.000 bis 8.500 russische Kriegsgefangene vor allem in Minen eingesetzt: 5.000 in Limburg,



Weder in der Erinnerung noch in den Fotoalben haben die Kriegsgefangenenlager Spuren hinterlassen. Hier eines der ganz wenigen Bilder des Kriegsgefangenenlagers Setz aus dem Jahr 1943.

2.500 im Hennegau und 1.000 in Lüttich. Rund 500 Kriegsgefangene mussten im Hafen von Antwerpen arbeiten[97]. In Belgien kam auf 910 Einwohner ein Kriegsgefangener.

Seit spätestens Juni 1942 wurden auf den Höfen, in den Wäldern und in Unternehmen Eupen-Malmedys zunehmend Ostarbeiter eingesetzt. Hochrechnungen auf Grundlage der wenigen Quellenangaben ergeben mindestens 1.260 Ostarbeiter und 1.500 bis 2.000 Kriegsgefangene. In Eupen-Malmedy kam auf 20 bis 25 Einwohner ein Ostarbeiter und/oder Kriegsgefangener. Sie waren im annektierten Eupen-Malmedy folglich sehr präsent.

In der kommunikativen Erinnerung haben sie aber fast keine Spuren hinterlassen. Die wenigen Quellen zeigen, dass nur sehr wenige Kriegsgefangene in den großen und kleinen Lagern zu Tode kamen. Während ein Teil der Bevölkerung diese Menschen unterstützte, beuteten fanatische Nationalsozialisten sie aus. Dies führte nach 1945 wohl zu einer kollektiven Scham. Die vor allem in der belgischen Eifel verbliebenen polnischen Zwangsarbeiter, die sich nach 1945 integrierten, brachen das Schweigen in den 1990er Jahren. Sie wahrten aber durch ihre Erzählungen den sozialen Frieden in den Dörfern, die ihnen zur Heimat geworden waren. Die meisten Toten konnten für das Kriegsgefangenenlager Elsenborn nachgewiesen werden, in dem 26 Gefangene durch einen alliierten Luftangriff getötet wurden. Sie fanden 1947 auf dem Friedhof von Nidrum eine Gedenkstätte, die 1996 aufgewertet wurde.

Wohl nur eine Minderheit der Eupen-Malmedyer nahm das Leid dieser Menschen wahr, die allgemein als Fremde und nur von einem Teil als von den Nationalsozialisten entrechtete Menschen wahrgenommen wurden. Durch die zahlreichen Zwangsarbeiter auf den Höfen und in den Betrieben musste sich jeder Bürger im Alltag entscheiden, wie er diese Menschen konkret behandelte. Die Erinnerung an sie wurde wohl durch die dreifache, konstruierte Opfererinnerung der Ostbelgier überlagert: Opfer als Zwangssoldat, Opfer der Ardennen-Offensive und Opfer der nach 1945 erfolgenden Säuberung.

Eine Verknüpfung ihres Schicksals mit den ostbelgischen Kriegsgefangenen in alliierten Lagern oder gar in Russland ist nicht erfolgt. Zu den Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkrieges gehörten etwa sieben bis acht Millionen Displaced Persons, Heimatlose also, in den von den Westmächten besetzten Teilen Deutschlands und Österreichs sowie fast ebenso viele Verschleppte im sowjetischen Machtbereich. Es handelte sich dabei um Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und andere Zivilisten aus allen kriegsführenden Ländern[98].

Schon im Frühjahr 1945 brachten die Alliierten einen Großteil der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in ihre Herkunftsländer zurück. Allein im Mai und Juni wurden mehr als fünf Millionen Menschen repatriiert, jeden Tag im Schnitt 80.000[99].



Entwickelte sich der Besuch der Kriegsgefangenenlager für die Luxemburger und Elsässer in der Sowjetunion zu „Pilgerfahrten" (pèlerinage), so war dies in Ostbelgien nach 1945 nicht der Fall. Im Lager Tambov dürften auch zahlreiche Eupen-Malmedyer eingesessen haben.

Dazu zählten auch 2,7 Millionen Menschen aus Osteuropa. Die Sowjetunion und die USA hatten im Februar 1945 eine Vereinbarung unterschrieben, die jedoch nicht publik gemacht wurde. Auf der Basis dieser Vereinbarungen und des von der Sowjetunion ausgeübten Zwanges wurden bis zum September 1945 2,7 Millionen Menschen nach Osteuropa überstellt.

Die USA schränkten die Repatriierung ab Dezember 1945 auf inneren Druck der Lobbyorganisationen der Flüchtlinge ein. Großbritannien und andere Länder wie Belgien passten sich dieser Linie nach und nach an. 1947 kam es zum offiziellen Bruch der früheren Repatriierungsvereinbarungen, 1948 verboten die USA den sowjetischen Offizieren, weiterhin DP-Lager in ihrer Besatzungszone aufzusuchen[100]. 1948 wurde der Displaced Persons Act erlassen, auf dessen Basis innerhalb von drei Jahren 329.000 Heimatlose in die USA einwandern durften. 1952 wurden in Belgien offiziell noch 1.327 Russen und 2.409 Ukrainer (mit Ausnahme der unter 15-Jährigen) aufgeführt.

All das geschah zum Nachtteil der Wehrmachtssoldaten aus Eupen-Mal-medy, die in russische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Hatte die belgische Regierung bis Frühjahr 1944 auf Bitten von Soldaten oder Familienangehörigen um Unterstützung nicht reagiert, übernahm der Verteidigungsminister in einem Schreiben von Mai 1944 erstmals zögerlich Verantwortung. Nach dem Kriegsende bemühte sich die belgische Regierung auf Druck ostbelgischer Politiker und der Elternvereinigung dieser Soldaten engagiert um ihre Freilassung, die von der russischen Seite aber diplomatisch abgeblockt wurde.

Während Monaten bemühten sich die belgischen Behörden um eine Bestandsaufnahme jener Soldaten, die in Gefangenschaft sein könnten. Nach ihren Schätzungen sollten sich Anfang 1948 noch rund 2.000 belgische Kriegsgefangene (überwiegend aus Eupen-Malmedy) in russischen Lagern befinden. Russland verknüpfte deren Schicksal aber eindeutig mit der Rückführung der russischen Heimatlosen aus Belgien nach Russland. Weitere ostbelgische Kriegsgefangene wurden 1948 (53), 1949 (113), 1950 (11) und 1951 (1) entlassen. Das belgische Außenministerium bilanzierte 1951, dass 1.435 ostbelgische Soldaten in Russland in Gefangenschaft gestorben waren oder vermisst werden[101]. Die Erinnerung an ihr Schicksal vermischte sich stark mit der deutschen Erinnerungskultur an die russische Kriegsgefangenschaft, aber nicht mit der luxemburgischen oder der elsass-lothringischen.

Wanderungsbewegungen allenthalben

Die Unruhe Europas wird in den Wanderungsbewegungen deutlich, die auch in Eupen-Malmedy allenthalben spürbar wurden: Krieg mobilisiert Menschen in hohem Maße für Gewalt und zur Flucht oder erzwingt durch Grenzverschiebungen innere Migrationen. Diktaturen schränken Freiheit massiv ein und verdrängen Menschen aus gewachsenen Gemeinschaften. Demokratien werden in hohem Maße durch (Wirtschafts-)Krisen herausgefordert, die ökonomische Wanderungsbewegungen in Gang setzen und nach Lösungen verlangen.

Die Bürger stehen vor vielfachen Herausforderungen. Durch die Wanderungsbewegungen begegnen sie Fremden, die sie als Mitmenschen entdecken können. Gleichzeitig erfahren sie, dass auch sie ihre Lebensperspektiven durch zeitweise oder langfristige Migration verändern können. Beides verlangt Offenheit, die Grundlage für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung ist. Abschottung von und Ausgrenzung der Fremden ist nicht nur keine Lösung, sondern Ursache für weitere gravierende Probleme. Eine sehr aktuelle Herausforderung.

Endnoten

1 Philipp Ther, Die Außenseiter: Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017, S. 14.
2 Vgl. ebd., S. 41.
3 Ebd., S. 329.
4 Vgl. ebd., S. 26.
5 Vgl. Malmedyer Kreisblatt, 29.1.1920, Nr. 11; vgl. Auswärtiges Amt, Rep. 1, Nr. 3, Bd. 10, Arrêté relatif à la Consultation populaire, Belg. Denkschrift vom 17.8.1920, Annexe 1.
6 Vgl. Bundesarchiv Koblenz (BAK), ZSg 104/2, Protokoll der 47. Sitzung d. Übergabekommission für Eupen-Malmedy, Aachen, 31.8.1922, zitiert in: Heinz Doepgen, Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Rheinisches Archiv 60, Bonn 1966, S. 211f.
7 Hierzu gehörten aber 874 Bewohner zurückgegebener Gebiete; vgl. Doepgen, Abtretung, S. 212, zitiert aus: BAK, ZSg 104/12, S. 250, Fn. 59.
8 Vgl. Staatsarchiv Eupen (SAE), Stadt Eupen, Y11, C.4.8.II. 467/51/99.
9 Vgl. Belgisches Staatsblatt, 29.8.1929 und 7./8.10.1929.
10 Martin Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg, Bern/Frankfurt/Las Vegas 1978, S. 147.
11 Ebd.
12 Vgl. ebd., S. 148, und LA NRW Duisburg, Reg. AC, Rep. 19367, u. a. Verordnung v. 23.9.1941 (Par. 1 u. 3), Reichsgesetzblatt I, S. 584f.; 2. Verordnung v. 28.9.1942, Reichsgesetzblatt I, S. 564; Runderlass des Innenministers v. 10.2.1942 (lit. A u. C), Ministerialblatt der inneren Verwaltung des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Inneren (MBliV), Sp. 361ff.; 2. Runderlass des Innenministers v. 28.9.1942, MBliV., Sp. 1931ff.; die Verordnungen u. Runderlasse wurden nur im Reich, nicht jedoch im besetzten Belgien veröffentlicht.
13 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 156; vgl. LA NRW Duisburg, Reg. AC, Rep. 19367, Runderlass des Innenministers v. 22.5.1941; MRat Globke in einer Besprechung über Staatsangehörigkeitsfragen in AC am 21.8.1942.
14 Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 206 (1964), S. 206-514, hier S. 396.
15 Ebd., S. 397.
16 Vgl. Grenz-Echo, 7.7.1945
17 Vgl. Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 2, Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952), Büllingen 2007, S. 121-131, hier S. 123.
18 Vgl. SAE, X 204 Bezirkskommissariat, Nr. 10.
19 Vgl. ebd.
20 Vgl. Reiner Mathieu, Knechte. Einblicke in den Alltag ostbelgischer Jungmänner, Eupen 2011; Reiner Mathieu, In Stellung. Einblicke in das Leben ostbelgischer Dienstmädchen im 20. Jahrhundert, Eupen 2007.
21 Vgl. Robert Möller, Im Zeitalter der Nationalsprachen, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3, Eupen 2016, S. 230-251.
22 Die Zahlen stammen vom Wirtschaftsministerium und umfassen die Jahre 1857-1987; mitgeteilt als Excel-Tabelle in einer Mail vom 10.1.2017.
23 LA NRW, Reg. Aachen, Nr. 23033, S. 687, Geheime Staatspolizei, Aachen, Schreiben vom 9.6.1942.
24 Hans-Dieter Arntz, Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet, Euskirchen 1990, S. 225f.
25 Schärer, Annexionspolitik, S. 103f.
26 Klaus-Dieter Klauser, Talsperren im Land von Venn und Schneifel, in: ZVS 8 (1998), S. 148ff., ZVS 9 (1998), S. 172ff.
27 Ebd., S. 150.
28 Ther, Außenseiter, S. 27f.
29 Vgl. Wilfried Jousten, Ein Priester kämpft in Rom um sein Recht. Der Amtsverlust von Pfarrer Josef Thomas im Bistum Eupen-Malmedy, Sankt Vith 2017. (ZVS-Schriftenreihe, 22)
30 Bistumsarchiv Lüttich, Fonds Rutten, Schreiben vom 22.5.1922.
31 Vgl. Pabst, Regierungs- und Parteienpolitik, S. 434; Jenniges, Die Probleme des Klerus im früheren Dekanat Malmedy (Sitzungsprotokolle 1830-1929), in: ZVS 2 (1989), S. 139-148, 10 (1982), S. 152-155, und 11 (1982), S. 173; Jousten, Priester kämpft; Carlo Lejeune, Schafsblut ist kein Märtyrerblut, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Mut zur eigenen Geschichte, Sankt Vith 1995, S. 78-84, u. a.
32 Josef Maria Cafitz, geb. 1877 in Oberhausen, Priesterweihe 1901 in Köln, Pfarrer in Rocherath-Krinkelt von 1909 bis 1929, gest. 1949 in Oberammergau.
33 Vgl. Archives de l'Evêché de Liège (AEL), Fonds Rutten, n° 92, Zitat des Abbé Joseph Bastin: „Excellent curé, qui a fait son devoir de citoyen allemand, mais qui s'est prononcé nettement pour la Belgique après l'armistice, parce que anti-prussien."
34 Vgl. Recueil des Décrets, Arrêtés et Avis, n° 25, Baltia, Arrêté concernant l'institution d'un Conseil de l'enseignement, 6.3.1920, und ebd., n° 29, Décret réglant la composition de la Députation des Districts de Malmedy et Eupen, 12.3.1920.
35 Vgl. LA NRW, Reg. Aachen, 23865, Liste „Krinkelt", 12.3.1919.
36 Vgl. ZVS-Archiv, X.F.8, Protokollbuch der Dekanatsversammlungen Malmedy (1830-1929), 30.3.1920.
37 Vgl. ebd., 9.4.1920; Archivio della Congregazione degli Affari ecclesiastici straordinari, pos. 336, fasc. 167, fol. 43f., Beckmann (Dechant Malmedy) an Benedikt XV., 9.4.1920.
38 Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln (HAEK), CR I 25.14,23 Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Erzbischof Schulte, 25.5.1920; Christian Sand, Als belgischer Agent Provocateur in Eupen-Malmedy. Erlebnisse im Dienste des belgischen Gouvernements, Berlin 1921, S. 30.
39 Vgl. SAE, Archiv der Altgemeinde Rocherath, X241, Cafitz, Beschwerde gegen die Persönlichkeit der Malmedyer Verwaltung, die die Wahllisten für Rocherath-Krinkelt aufgestellt hat, 14.5.1922.
40 AEL, Fonds Rutten, Suppl./G, Beckmann an Schroeder, Schreiben vom 9.4.1925.
41 Vgl. Helmut Moll (Hrsg.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, Paderborn 1999, Bd. 1, S. 27-37.
42 Vgl. Justine Remacle, La mémoire de la Seconde Guerre mondiale à Malmedy de 1945 à nos jours, Masterarbeit, Universität Lüttich 2017.
43 Vgl. Carlo Lejeune, Der ostbelgische Klerus. Zwischen heldenhaftem Vorbild und tragischem Fehlverhalten, in: Christoph Brüll/Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Eine ostbelgische „Stunde Null"? Eliten aus Eupen und Malmedy, Brüssel 2013, S. 135-144.
44 Pabst, Regierungs- und Parteienpolitik, S. 299.
45 Eupener Zeitung Nr. 210, 19.12.1921.
46 Die Folgen dieses Vorgehens, das der Abbé Wetterlé in zwei Aufsätzen der „Revue des deux mondes" vom 1.3. und 15.10.1919 kritisiert hatte, sah General Baltia als Warnung für sich selbst an, vgl. Premier rapport semestriel, 1920, S. 127; vgl. Pabst, Regierungs- und Parteienpolitik, S. 300.
47 Vgl. Gottfried Fittbogen, Das Schulrecht von Eupen-Malmedy, Berlin 1930, S. 32f. (Das Schulrecht der europäischen Minderheiten, Bd. 2).
48 Vgl. Heidi Christmann, Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden

Weltkriegen, Diss., München 1974, S. 260.

49 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 109.

50 Pabst, Regierungs- und Parteienpolitik, S. 306.

51 Vgl. Mémorial administratif de la province de Liège, Nr. 6301, 1936, S. 62-65.

52 Vgl. Mémorial administratif de la province de Liège, Nr. 5936, 1927, S. 125-128.

53 Vgl. Ther, Außenseiter, S. 17.

54 Hitlerfieber in Malmedy, in: Die Arbeit, 7.10.1933.

55 Vgl. Heinrich Toussaint, Die drei Leben des Otto Eugen Mayer. Zum 100. Geburtstag des Archäologen, Publizisten und „Töpferdoktors", Eupen 1989; Herbert Ruland, Faschistische Bewegungen, Widerstand und Flüchtlingsschicksale in Neu-Belgien in der Zwischenkriegszeit, in: http://www.grenzgeschichte.eu/grenzgeschichte/archiv.html (aufgerufen am 23.5.2018).

56 Vgl. SAE, X 204 Bezirkskommissariat Malmedy, Nr. 3222; Schärer, Annexionspolitik, S. 252.

57 Coeurs belges, Nr. 5 v. 1.3.1944, S. 4, Nr. 10 v. 18.5.1944, S. 6, Nr. 11 v. 1.6.1944., Nr. 17 v. 15.8.1944, S. 5; Chanonine Leclef, Le Cardinal van Roey et l'occupation allemande en Belgique, Actes et documents, Brüssel 1945, S. 341ff.; Commission de l'Historique de la Résistance (Hrsg.), Livre d'Or de la Résistance belge, Brüssel 1948, Martyrologe de la Résistance, Province de Liège, S. 403-411.

58 Vgl. Auskunft der Gedenkstätte Hadamar, E-Mail des Leiters Dr. Georg Lilienthal vom 16.4.2013.

59 Vgl. Christoph Brüll, The Clinique Psychiatrique des Frères Alexiens in Henri-Chapelle, Belgium, during WW II, unveröffentlichtes Manuskript 2016.

60 Die Quellenlage für Ruyff-Henri-Chapelle (das von den Alexianern in Aachen verwaltet wurde) ist ausgesprochen schlecht. Gleiches gilt für andere rheinische Anstalten, in denen Euthanasie-Morde an behinderten Bürgern erfolgten. Eine Suche ist in der Regel alleine mit vorhandenen Namen und Geburtsdaten von betroffenen Personen möglich, aber auf Grundlage ihrer Herkunft.

61 Carlo Lejeune, Brüche und „Auf-Brüche" in der ostbelgischen Gesellschaft, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5, Eupen 2013, S. 268.

62 Vgl. Marco Martiniello,/Andrea Rea, Une brève histoire de l'immigration en Belgique, Brüssel 2012, S. 10.

63 Vgl. Frank Caestecker, Onverbiddelijk, maar ook clement. Het Belgische immigratiebeleid en de joodse vlucht uit nazi-Duitsland, maart 1938-augustus 1939, in: Bijdragen tot de eigentijdse Geschiedenis, 13-14 (2004), S. 95-135; Frank Caestecker/Anne Morelli, Het bewogen ontstaan van een vluchtelingenbeleid in België (1918-1940), in: Belgisch Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis 3 (2010), S. 383-413; Filip Strubbe, Grensgevallen. De vreemdelingenadministratie in België (1932-1952). Catalogus van de gelijknamige tentoonstelling in het Algemen Rijksarchief te Brussel van 27 maart 2009 tot 19 september 2009, Brüssel 2009.

64 Vgl. Arntz, Judenverfolgung, S. 29.

65 Vgl. ebd., S. 225f.; vgl. auch Günther Bernd Ginzel (Hrsg.), „Das durfte keiner wissen". Hilfe für Verfolgte im Rheinland von 1933-1945, Gespräche, Dokumente, Texte, Köln 1995; Stefan Kirschgens, Wege durch das Niemandsland, Dokumentation und Analyse der Hilfe für Flüchtlinge im deutsch-belgisch-niederländischen Grenzland in den Jahren 1933-1945, Köln 1998.

66 Vgl. u. a. Carlo Lejeune, Klaus-Dieter Klauser, Die Säuberung, Büllingen 2008, Bd. 3, S. 50-56.

67 Arntz, Judenverfolgung, S. 224.

68 Vgl. Nico Rost, In Eupen, in: Die neue Weltbühne 42 (1939), S. 1310-1315, 43 (1939), S. 1344ff., 44 (1939), S. 1385-1390, 45 (1939), S. 1423-1428; weiter auch in: Vooruit, 7.9.1938.

69 Vgl. Hans-Dieter Arntz, Die verzweifelte Flucht „unbegleiteter Judenkinder" durch die Eifel nach Belgien (1938/39). Erinnerung an eine deutsch-belgische Flüchtlingskrise, in: Eifeljahrbuch 2017, S. 22-34.

70 Vgl. Walter Hanf, Juden im oberen Oleftal, Rescheid 2014, S. 191-200.

71 Vgl. Ludo Verbiest, Schicksale an der Grünen Grenze, Vortrag, Eupen 17. Mai 2017. Der Autor stellte das Manuskript freundlicherweise zur Verfügung.

72 Vgl. Max Neumann, Gestorben für das Vaterland. Die Kriegsdenkmäler des Ersten Weltkrieges in den Kantonen Eupen, Malmedy und St. Vith (1918-1940). Zeugen eines Identitätskonflikts, Eupen 2017.

73 Vgl. Peter M. Quadflieg, „Zwangssoldaten" und „Ons Jongen". Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, Aachen 2008, S. 24f. (Aachener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 5); Christoph Brüll, Die deutschsprachigen Einheiten in der belgischen Armee zwischen den beiden Weltkriegen, Sankt Vith 2004; Pabst, Regierungs- und Parteienpolitik, S. 315f.; Echo aus Eupen-Malmedy-Monschau, 1 (1920), S. 4; Heinrich Bischoff, Die deutsche Sprache in Belgien, Eupen 1931, S. 41.

74 Vgl. Christoph Brüll, Deutschsprachige Einheiten.

75 Vgl. Heinrich Toussaint, Verlorene Jahre. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen 1987; Heinrich Toussaint, Bittere Erfahrungen. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen 1987.

76 Die erste Zahl stammt aus Hubert Willems, Les Scouts d'Eupen-Malmedy-Saint-Vith, in: Le Contact Patriotique Belge, 21 (mars-avril 1987), S. 13-15. Die zweite Zahl stammt aus einer Auflistung

von Bezirkskommissar Henri Hoen auf Grundlage der Angaben der einzelnen Gemeinden, wo die Zahlen für die Städte Eupen und Malmedy aber hochgerechnet wurden. Nach diesem Schlüssel müssten aus der Gemeinde Kelmis rund 330 Rekruten eingezogen worden sein. In der Liste Hoens werden 19 Tote (ohne die Städte Eupen und Malmedy) aufgeführt. Die Zahl der 40 Toten wird erwähnt in: LVR Köln, Rep. 4738, Bericht über eine Dienstreise nach Eupen-Malmedy vom Juni 1940 durch einen Vertreter des Landesverbandes Rheinland des VDA.

77 Die Zahlen stammen aus einer Auskunft des Ministère de la Santé Publique in Brüssel v. 17.2.1971, die Schärer, Annexionspolitik, S. 162, zitiert und die bis heute nicht durch andere Zahlen in Frage gestellt worden sind.

78 Als Quelle führt Schärer, Annexionspolitik, S. 162, an: Pierre Clerdent, Gouverneur der Provinz Lüttich, Ansprache zur Eröffnung der Session des Provinzialrates am 1.10.1969 in Lüttich, in: Grenz-Echo, 7.10.1969, S. 2; Georges-Gilbert Nonnenmacher, La grande honte de l'incorporation de force des Alsaciens-Lorrains, Eupenois-Malmédiens et Luxembourgeois dans l'armée allemande au cours de la deuxième guerre mondiale, hg. Association des évadés et incorporés de force, Groupement du Haut-Rhin, Colmar 1966/2, S. 15; Albert Verdoodt, Zweisprachige Nachbarn, Die deutschen Hochsprach- und Mundartgruppen in Ost-Belgien, dem Elsass, Ost-Lothringen und Luxemburg, Ethnos, Schriftenreihe der Forschungsstelle für Nationalitäten- und Sprachenfragen, Marburg, Nr. 6, Wien/Stuttgart 1968, S. 31. Die von Henri Hoen bei den Gemeinden gesammelten Zahlen liegen mit rund 9000 unwesentlich höher, wenn man die durchschnittlichen Einberufungszahlen pro Einwohner auf Eupen und Malmedy hochrechnet, für die keine Angaben vorliegen, vgl. SAE, X 204 Bezirkskommissariat Malmedy, Nr. 3222.

79 Vgl. ebd.

80 Vgl. Gerlinda Swillen, Koekoekskind door de vijand verwekt (1940-1945), Amsterdam 2009; Carlo Lejeune, Kriegskinder – die Spuren des Krieges in Grenzen und Identitäten. Ein euregionaler Vergleich, in: Jörg Engelbrecht (Hrsg.), 1945 – Nachkriegszeit und Wiederaufbau, Rhein-Maas. Studien zur Geschichte, Sprache und Kultur, Oberhausen 2015, S. 78-106.

81 Vgl. Olivier Radermacher, Les Réfractaires à la Wehrmacht dans les „dix communes" annexées par le Reich (1940-1944), Mémoire Ulg 2014-2015, S. 72; die „Fédération de la résistance des 10 communes" listete am 22. Juni 1946 für 17.300 Einwohner dieser zehn Gemeinden (einschließlich Kelmis) 624 Refraktäre, 265 politische Gefangene, 16 standrechtlich Erschossene, 39 in Gefangenschaft getötete und 29 gefallene Soldaten auf. Vgl. auch Schärer, Annexionspolitik, S. 165.

82 Vgl. Hubert Willems, Les Scouts, S. 13ff. Die Zahl der Refraktäre in den „altbelgischen" Gemeinden soll bei 647 gelegen haben.

83 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 165.

84 Vgl. Interview mit René Bovy vom 18.2.2015 (Tonaufnahme) und filmisches Zeitzeugeninterview vom 30.3.2015.

85 Vgl. SAE, X3 1216, Schreiben Dechant Keufgens, 15.8.1945.

86 SAE, Bezirkskommissariat X 204 C.3.22, Nr. 2357B, Bericht vom 22.4.1955, Beigeordneter Bezirkskommissar Devroye an den Gouverneur der Provinz Lüttich.

87 Vgl. Bernhard Bredohl, Die alten Soldaten greifen ein, in: Eupen-Malmedy ist frei!, Aachen 1940, S. 16.

88 CEGES, AA 1311, 1144, 22.3.1945, Gendarmerie Eupen.

89 Vgl. SAE, X 204 Bezirkskommissariat, Nr. 1330, Bericht Herbst 1945.

90 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 51ff.

91 Vgl. Kurt Fagnoul, St. Vith im Schatten des „Endsiegs". Augenzeugen berichten vom großen Treck durch die Eifel 1944/45, Sankt Vith 1980; Paul Drösch, Bewegte Zeiten, in: ZVS, 1 (2017), S. 15-19, und ZVS, 2 (2017), S. 32-35.

92 Vgl. Herbert Ruland, „Stets für das Deutschtum eingetreten" oder: „Wie aus Eupener Volkstumskämpfern der Zwischenkriegszeit Bürger der Bundesrepublik Deutschland wurden", in: Brüll/Herrebout/Quadflieg (Hrsg.), Eine ostbelgische „Stunde Null", S. 21-68, sowie die weiteren Beiträge.

93 Vgl. Christoph Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen". Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy" (1949-1985), erscheint in: ZAGV, 2018.

94 Vgl. Lejeune, Klauser, Die Säuberung, Bd. 3, S. 172-175; Lejeune, Kriegskinder, u. a.

95 Vgl. Kriegsschicksale 1944-1945. Beiträge zur Chronik der Ardennen-Offensive zwischen Venn und Schneifel, St. Vith 1969.

96 Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1997, S. 10.

97 Vgl. Archiv des belgischen Außenministeriums (MAE), 12.585, Belgisch-Sovjet Repatriëringverdrag 13 maart 1945, in: Lieselotte Luyckx, Russische krijgsgevangenen van de nazi's: van Displaced Persons tot vluchtelingen (voor het Sovjetcommunisme), in: Belgisch Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis, Revue Belge d'Histoire Contemporaine, XL, n° 3 (2010), S. 490.

98 Vgl. Ther, Außenseiter, S. 220.

99 Vgl. Michael Marrus, The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century, New York 1985, S. 310.

100 Vgl. Ther, Außenseiter, S. 227.

101 Vgl. MAE 12585, 16.11.1951; note pour M. le Ministre, 2ième bureau.

INFORMATION, UNTERHALTUNG UND PROPAGANDA
IM ZEITALTER DER MASSENMEDIEN

KINO, RADIO UND ZEITUNG ALS TAKTGEBER

VON PHILIPPE BECK, ANDREAS FICKERS UND VITUS SPROTEN











Schon im 19. Jahrhundert übernahm die gedruckte Presse auch in den ländlichen Räumen wichtige Funktionen in der Kommunikation. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das mediale Angebot durch Radio und Kino ergänzt. Ihr Einfluss auf den Alltag der Menschen war sehr schnell sehr groß. Der Austausch von Informationen richtete sich zunehmend an den Zeithorizonten, den Rollenvorgaben und den Wertigkeiten der Medien aus. Dies gilt auch für Eupen-Malmedy, das nur als Zwischenraum in diesen unruhigen Zeiten verstanden werden kann. Dieses Kapitel gibt Einblicke in die Einflussmöglichkeiten von Presse, Radio und vor allem Kino auf die Mentalität einer Grenzbevölkerung.

In Eupen, Malmedy, Sankt Vith, Ulflingen, Verviers, Prüm oder Aachen erlebten Kinogänger 1931, wie Paul Bäumer auf einem völlig verwüsteten Schlachtfeld aus seiner Deckung nach einem Schmetterling greift und dabei von einem Scharfschützen erschossen wird. Sie hatten gerade wie Millionen andere Zuschauer weltweit die Schlusssequenz des auf Erich Maria Remarques Roman basierenden Antikriegsfilms „Im Westen nichts Neues" gesehen. Der Film sprach dem Ersten Weltkrieg in einer Phase des grassierenden Nationalismus jede Sinnhaftigkeit ab: Die zermürbende psychologische Wirkung des Trommelfeuers, das Dahinsiechen im Lazarett und die Brutalität der Schlachten hatten nichts Heroisches und nichts Beschönigendes.

Obwohl alle Zuschauer den gleichen Film sahen, war das Gezeigte doch sehr unterschiedlich: In Aachen und Prüm unterlag der Film der deutschen Zensur, sodass hier nur stark gekürzte Versionen gezeigt wurden und das Werk ab 1933 ganz verboten wurde. In Sankt Vith wurde der Film im Februar 1931 als Stummfilm gezeigt. Einige Wochen später war es der erste Tonfilm, der in der Stadt gespielt wurde. In Eupen erlebten die Zuschauer den Film in Kinos mit großstädtisch anmutenden Bezeichnungen wie Moderne Lichtspiele oder Apollo-Lichtspiele in unzensierter Form. In Verviers und Malmedy lief er unter seinem französischen Namen „À l'Ouest rien de nouveau".

Kino und Radio begeistern

Die Zeit der 1920er bis 1940er Jahre ist für den Konsum medialer Inhalte eine Scharnierzeit. Weltweit stieg der Rundfunk zum Massenmedium auf, das Kino wurde zum wichtigen Bestandteil der Medienlandschaft und für die Presse wurden bebilderte Magazine sowie Illustrierte zu wichtigen Pfeilern. In dieser Phase des gesteigerten Informations- und Unterhaltungsangebots waren Medien Akteure und Spiegel politisch unruhiger Zeiten. Darüber hinaus brachten sie für viele Zerstreuung von der harten Arbeit auf dem Feld oder in der Fabrik.

Obwohl die Zuschauer, Zuhörer und Leser in Metropolen, Kleinstädten und auf dem Land die Erlebnisse der Zwischen-, Kriegs- und Nachkriegszeit unterschiedlich durch Film, Ton und Schrift erlebten, war der Trend zur vereinheitlichten Massenkultur in ganz Europa sichtbar[3]: Es entstand eine Kultur, die industriell produziert wurde und den Alltag breiter Schichten





Das Nebeneinander der Medien und die Medialisierung des Alltags wurden auch im Eupener Karneval aufgegriffen. Auf den Bildern stellen Clowns die Journalisten des Rundfunks, des Films und der Presse dar.

prägte. Eupen-Malmedy war hier keine Ausnahme. Die Vervielfältigung des Medienangebots und ihr intensives Zusammenspiel im massenmedialen Ensemble sorgten für eine Verdichtung der medialen Kommunikation: Reich bebilderte Hörfunk- oder Kinozeitschriften komplementierten die Ton- und Bilderwelten des Radios und Films, Radionachrichten und Kinowochenschauen brachten die Informationen, die in den weltweit vernetzten Nachrichtenagenturen zirkulierten, zu immer mehr Menschen.

Dieser Prozess wird als Medialisierung der Gesellschaft beschrieben. Massenmediale Kommunikation wurde immer wichtiger und bestimmte in immer größerem Maße, wie Menschen die Welt wahrnahmen und wie sie sich in ihrem kommunikativen Handeln in ihr positionierten[2]. Folgt man der von den Kommunikations- und Medienwissenschaftlern Nick Couldry und Andreas Hepp vorgelegten Theorie der medialen Konstruktion von Realität aus historischer Perspektive, so sagt das Mediennutzungsverhalten der Menschen in Eupen-Malmedy zwischen 1914 und 1950 viel darüber aus, welche gesellschaftlichen Normen und Werte als annehmbar oder verwerflich galten und wie man sich politisch oder ideologisch verortete. Das Lesen einer bestimmten Zeitung, der Besuch eines Theaterstücks, das Anschauen eines Films oder das Hören von Rundfunksendungen sind keine Akte passiven Medienkonsums. Sie zeigen auch, was der Mediennutzer erfahren will. Anders ausgedrückt: Wer das *Grenz-Echo* las, suchte bewusst nach einer probelgischen Berichterstattung, wer den Westdeutschen Rundfunk einschaltete, suchte nach Informationen aus einer deutschen Perspektive.

Die Pressegeschichte Eupen-Malmedys ist durch die Historiographie bereits gut erfasst worden[3]. In diesem Kapitel möchten wir daher erstmals systematischere Überlegungen zur Radio- und Kinolandschaft in Eupen-Malmedy zwischen 1920 und 1950 bieten. Sie erlauben einen Einblick in die transnationalen und überregionalen informations- und kulturpolitischen Spannungsfelder, in die der Rundfunk und das Kinowesen eingebunden waren. Sie erlauben aber auch Rückschlüsse über die Mediennutzungs- oder Verweigerungsoptionen, die der Bevölkerung zur Verfügung standen.

Eine politisch zerrissene Presselandschaft

Die Eupen-Malmedyer Presselandschaft war am Ende des Ersten Weltkriegs stark durch die über hundertjährige Zugehörigkeit zu Preußen bzw. zum Deutschen Reich geprägt. Neben den offiziösen Organen *Korrespondenzblatt des Kreises Eupen* und *Kreisblatt für den Kreis Malmedy* erschien in Malmedy schon im 19. Jahrhundert die auf Französisch und Deutsch gestaltete Zeitung *La Semaine*. Im Kanton Aubel, der zur belgischen Provinz Lüttich gehörte, erschien die größtenteils deutschsprachige *Fliegende Taube*[4]. Die damalige deutsch-belgische Grenzregion war somit ein heterogener, mehrsprachiger medialer Zwischenraum, in dem Ereignisse diesseits und jenseits der nationalen Grenze berücksichtigt wurden.

Während des politischen Übergangsregimes von 1920 bis 1925 versuchte Herman Baltia über die Pressepolitik, die Eupen-Malmedyer in hohem Maße zu beeinflussen. Selbst die Zensur der



Ein Zeitungsjunge verkauft im Wahlkampf 1939 die Eupener Zeitung.

Zeitungen war ein gewichtiges Instrument[5]. Dennoch entwickelten Blätter und Autoren in Eupen-Malmedy auch subversive Taktiken, um die politischen Kontrollen zu umgehen. So etwa, indem sie politische Missstände nur indirekt in Form von Stellvertreter-Diskursen ansprachen. Man sprach etwa über Probleme in anderen Regionen Europas, um auf die lokalen Verhältnisse einzugehen und die Zensur zu umgehen[6].

Als nach 1925 die Pressefreiheit auf Grundlage der freiheitlichen belgischen Verfassung wieder garantiert war, trat eine starke Polarisierung zwischen prodeutschen und probelgischen Zeitungen offen zutage. Auf probelgischer Seite stand vor allem das im Juni 1927 durch Politiker und Industrielle aus Verviers gegründete *Grenz-Echo*[7].

Unterstützung erhielt die Zeitung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 durch die sozialistische Zeitung *Die Arbeit*.

Dem gegenüber standen die anderen namhaften Zeitungen: *Eupener Zeitung*, *Eupener Nachrichten*, *Malmedy-Sankt Vither Volkszeitung* und *Der Landbote*. Sie alle veröffentlichten hauptsächlich Artikel über die Entwicklungen im ehemaligen Vaterland Deutschland und sprachen sich für eine Revision des Versailler Vertrags aus.

Beide Lager wurden in ihrer Arbeit finanziell von belgischer bzw. deutscher Seite unterstützt. Aufgrund seiner entschieden antinationalsozialistischen Haltung wurde das *Grenz-Echo* schon am 25. April 1933 in Deutschland verboten. Redaktionelle Verstärkung erhielt es fortan von den deutschen Emigranten Kurt Grünebaum[8] und Otto Eugen Mayer[9].

Die deutschfreundlichen Zeitungen erhielten ihrerseits bisweilen Unterstützung von in Deutschland geschulten und eine nationalsozialistische Terminologie verwendenden Redakteuren[10]. Diese wurden von deutschen Institutionen finanziert wie dem Verein für das Deutschtum im Ausland, dem VDA[11]. Die Blätter bezogen ihre Informationen größtenteils von den Presseagenturen Deutscher Auslandsdienst und Deutsches Nachrichtenbüro[12].

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen am 10. Mai 1940 musste das *Grenz-Echo* sein Erscheinen einstellen und die engsten Mitarbeiter mussten fliehen. Chefredakteur Henri Michel[13] wurde kurze Zeit später in Brüssel festgenommen und bis zum Kriegsende im Konzentrationslager Oranienburg-Sachsenhausen inhaftiert[14]. Die anderen Zeitungen wurden ab Juni 1940 durch die Ausgabe des *Westdeutschen Beobachters*, der NSDAP-Zeitung des Gaus Aachen-Köln, ersetzt, der mit einer Ausgabe für Eupen und einer Ausgabe für Malmedy auch regionale Meldungen brachte.





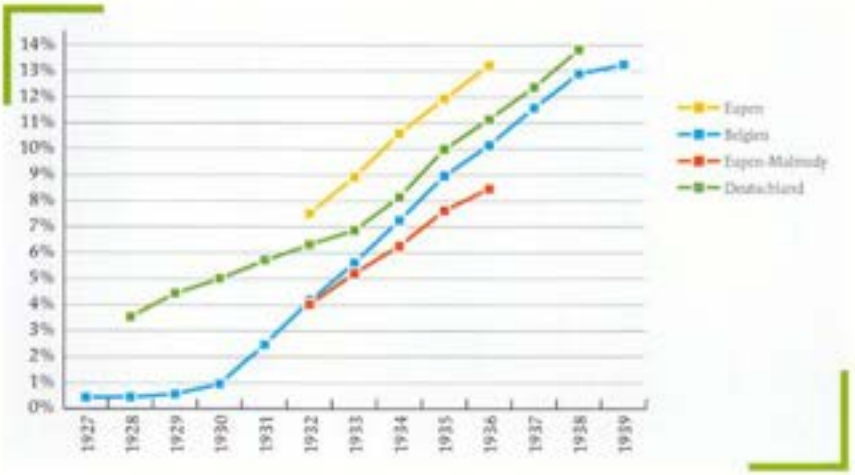
Die Redaktionsstellen des Grenz-Echos und des Westdeutschen Beobachters.

Das Radio bahnt seinen Weg

Nachdem linksrheinisch ab Dezember 1925 regelmäßig Radiosendungen ausgestrahlt wurden, verbreitete sich das Radio auf dem Gebiet zwischen Göhl und Our zunächst zögerlich. Während in der Kleinstadt Eupen schon zahlreiche Anfragen an die

Stadtverwaltung gerichtet wurden, um Radioantennen in Gärten zu errichten[15], vollzog sich der Einzug in den Dörfern langsamer. Hier kam es zu einer allgemeinen und dann recht schnellen Verbreitung der Empfangsgeräte erst nach der Elektrifizierung um 1930. Zeitzeugenbefragungen aus den 1990er Jahren ergaben, dass vor allem Lehrer, Förster und Priester die ersten Radiogeräte besaßen und sich bisweilen bis zu 30 Personen zum gemeinsamen Radiohören versammelten[16]. Eupen-Malmedy stand somit anderen ländlichen Regionen nicht hinterher[17].

Verbreitung von Radiogeräten pro Einwohner (in Prozent der Gesamtbevölkerung)



Zur Radioanschaffung mussten mehrere Faktoren zusammenkommen: ein stetiges Einkommen zur Anschaffung und zum Unterhalt des Radios, ein gesteigertes Bedürfnis nach Information, Kultur oder Unterhaltung sowie freie Zeit, um die Sendungen hören zu können. Außerdem musste ein gewisses technisches Verständnis vorhanden sein, da die Geräte geerdet und mit Antennen und Lautsprechern bzw. Kopfhörern versehen werden mussten und auch die Einstellung der Geräte erst durch eine entsprechende Abstimmung der Schwingkreise erfolgen konnte[18].

Erst in den 1930er Jahren wurden Radiogeräte zum massenhaft produzierten Konsumgut, das auch in Ostbelgien Absatz fand. Integrierte elektrodynamische Lautsprecher kamen auf, innovative Gehäusekonzepte versteckten die technischen Innereien des Apparates und kalibrierte Senderskalen machten eine leichte Bedienung möglich[19]. Auch das Einsetzen der Wirtschaftskrise konnte die Verbreitung nicht stoppen. Ein Indikator hierfür sind die im Gebiet bezahlten Vergnügungssteuern, die für den Besitz eines Empfängers entrichtet werden mussten und die leicht unter dem belgischen Landesdurchschnitt lagen. Lediglich Eupen konnte bei den gezahlten Radiosteuern mit den großen und mittleren Städten Belgiens Schritt halten[20].

Der Volksempfänger als Propagandainstrument

Allerdings meldete auch nicht jeder Hörer seinen Apparat beim Post-, Telegrafen- und Telefonministerium (PTT) an. Besonders viele Eupen-Malmedyer dürften bei der Anmeldung ihrer Radiogeräte gezögert haben, da der belgische Staat 1932 eine Steuer auf Importradios eingeführt hatte. Damit traf er natürlich nicht nur die Konkurrenz der niederländischen Marke Philips, sondern ab 1933 auch den deutschen Volksempfänger. Zudem waren belgische Radiogeräte in den 1930er Jahren teurer als ausländische Produkte[21].

Dies könnte auch die sinkende Zahl der Radioanmeldungen in Eupen-Malmedy ab 1933 erklären. Diese Hypothese wird durch Anfragen prodeutscher Vereinigungen der Ostkantone an deutsche Radioproduzenten gestützt. So schrieb etwa der prodeutsche Aktivist Josef Dehottay, der später die belgische Staatsbürgerschaft aberkannt bekam und aufgrund seiner politischen Arbeit des Landes verwiesen werden sollte, zahlreiche Anfragen an deutsche politische Stellen und Radioproduzenten, um vergünstigte Radiogeräte für das Gebiet zu erhalten. Seine Argumentationslinie war dabei klar: Aufgrund der Weltwirtschaftskrise, die Belgien im dritten Quartal 1931 erreichte, konnten sich viele Eupen-Malmedyer deutsche Zeitungsabonnements oder ein Radiogerät nicht mehr leisten[22]. Damit der Kontakt zum Reich aufrechterhalten bleiben konnte, sollten die kostengünstigeren deutschen Geräte über die Grenze geschmuggelt werden. Das macht ein Auszug aus einem Brief Dehottays an die Rundfunkreichskammer in Berlin 1934 deutlich, durch den er Radiogeräte für Eupen-Malmedyer Bürger zu vergünstigten Preisen erhielt:

„Nach den zu erledigenden Formalitäten würden wir den Käufern einen Gutschein ausstellen, mit welchem sie sich den Apparat selbst in Monschau holen könnten. Aus gewissen Gründen liegt es uns daran, dass die Leute selbst die Apparate einzeln über die Grenze bringen."[23]

Eine zutiefst transnationale Kulturpraxis

Die Radiobesitzer zwischen Göhl und Our konnten aufgrund der Lage des Gebietes auf ein vielfältiges Programmangebot zurückgreifen. Durch Zeitzeugen überliefert ist vor allem der Empfang des Senders Langenberg (Westdeutsche Rundfunk AG, WERAG) sowie von Radio Luxemburg und Radio Elsass[24]. Auf sehr anschauliche Weise beschreibt ein Leserbriefschreiber aus Malmedy, O. Petry, im sozialistischen Luxemburger Escher Tageblatt die Mediennutzung in Eupen-Malmedy nach dem deutschen Einmarsch in Polen:

„Auch in Eupen herrscht äußerlich dasselbe Bild. [...] Die Kinder spielen auf den öffentlichen Plätzen; die Männer gehen ihrer Beschäftigung nach und nur vor den Schaufenstern des Grenz-Echo bleiben die Passanten stehen, um die Kriegsberichte zu lesen, meist jedoch ohne ihre Meinung zu äußern; denn die Eupener sind in diesen Tagen besonders verschlossen. [...] In ihren Gesprächen bemühen sich die Menschen von gleichgültigen Sachen zu reden: vom Wetter, vom Garten, von der Arbeit. Aber man merkt doch, dass es nicht so richtig von Herzen kommt. Der Krieg ist das große Fragezeichen, das bedrohlich über Allen schwebt. Die Meldungen am Radio tragen auch nicht gerade zur Beruhigung bei, und das widerspruchsvolle Durch- und Gegeneinander der Sendungen gibt vielmehr zu immer neuen Alarmgerüchten Anlass."[25]

In einem weiteren „Lagebericht", der einige Tage später, am 20. September 1939, publiziert wurde, führt Petry nochmal aus: „Das Radio wird mehr als je in zwei Sprachen und auf allen Wellenlängen abgehört. Eine Ausnahme machen bloß die Hundertprozentigen der Heimattreuen Front, die ihre Nachrichten ausschließlich aus Deutschland beziehen."[26]

Aufschluss über die Radiorezeption im Gebiet gibt ebenfalls ein Bericht einer deutschen Studentin, die, als Erntehelferin getarnt, für den VDA die Radionutzung in der Region um die Stadt Malmedy beobachtete. Sie folgt



Das in der Radiowerbung abgebildete Schiff kann fast schon als Anspielung auf jene „Ätherpiraten" verstanden werden, die sich von nationalen Grenzen nicht einschränken ließen.

in weiten Teilen der Aussage des Leserbriefschreibers aus Malmedy. Danach hatte die Zahl der Radioapparate in Malmedy und Umgebung gerade im Jahr 1938 stark zugenommen. Die Empfängerdichte wurde in der Stadt Malmedy auf 60 bis 65 Prozent aller Haushalte geschätzt; auf dem Land seien es etwa 40 bis 45 Prozent. Bevorzugt gehört würden die Sender Köln, Stuttgart, München, Brüssel und Luxemburg[27].

Fraglich ist, inwiefern die beiden Berichterstatter ihren jeweiligen Adressatenkreisen, der luxemburgischen, sozialistischen Leserschaft und der VDA-Leitung, nach dem Mund redeten. Beide stimmen jedoch darüber ein, dass die Bevölkerung sich bei ihrer Reise durch den Äther am Ende der 1930er Jahre nicht von nationalen Grenzen einschränken ließ.

Bis zur Durchsetzung des UKW-Rundfunks in den 1960er und 1970er Jahren blieb Radiohören in Europa eine zutiefst transnationale Kulturpraxis, den zahlreichen Bestrebungen zum Trotz, den Rundfunk als Werkzeug nationaler Sozialisierung und „Gleichschaltung" zu instrumentalisieren[28]. Sowohl auf belgischer wie deutscher Seite wurde versucht, kulturellen und politischen Einfluss über das Radio in Eupen-Malmedy auszuüben. Indem die prodeutschen Zeitungen des Gebietes lediglich die Programme des Westdeutschen Rundfunks abdruckten, nicht aber die des Brüsseler Senders, wurde der transnationale Rundfunkraum publizistisch eingedeutscht. Rundfunkansprachen deutscher Politiker dienten zudem häufig als Aufmacher und zierten die Titelseiten[29]. Hinzu kam, dass die Empfangsqualität deutscher Programme im Osten Belgiens ab 1927 vor

allem durch einen neuen Zwischensender in Aachen erheblich verbessert wurde[10].

Auch das Programm des Westdeutschen Rundfunks wurde durch die Sender und aufgrund politischen Drucks, etwa Franz Thedieck, der in einer Doppelfunktion die Deutschtumspolitik in Eupen-Malmedy koordinierte und Regierungsrat des Regierungsbezirks Köln war, teils auf die Grenzlandbevölkerung ausgerichtet. Die Programmgestalter luden Sängervereinigungen, Chöre und Orchester Eupen-Malmedys zu Auftritten in den deutschen Rundfunkhäusern ein, um den kulturellen Kontakt nicht abreißen zu lassen[11].

Zu einem politischen Eklat kam es im März 1939, als der Westdeutsche Rundfunk Radiosendungen ausstrahlte, in denen Wallonen als der deutschen Rasse angehörig beschrieben wurden und ferner behauptet wurde, das deutsche Herz schlage im Zentrum Eupens. Als Reaktion auf die Sendungen wurde der deutsche Botschafter Vicco von Bülow-Schwante zum belgischen Außenminister Eugène Soudan einberufen, woraufhin die Sendungen eingestellt wurden. Dieser rundfunkpolitische Zwischenfall fand ein europaweites Echo[12].

Belgische Sendungen in deutscher Sprache

Auch die nationale belgische Rundfunkanstalt, das Institut National de Radiodiffusion (INR), wurde in den Ostkantonen propagandistisch aktiv. Unter anderem traten Malmedyer Chöre sowie der Eupener Marien-Chor beim Sender auf[13]. Eine enge Beziehung zum INR ist aber nicht überliefert, was wohl auf die fehlenden Sprachkenntnisse der Bevölkerung zurückgeführt werden kann. Aus diesem Grund dachte man u. a. in der belgischen Kammer seit 1933 über die Errichtung eines eigenen Rundfunksenders mit deutschsprachigem Programm nach, der die deutsche Propaganda eindämmen sollte[14]. Bis zur Gründung eines solchen wurden ab 1935 oder 1937 sporadisch Sendungen in deutscher Sprache über Privatsender aus Verviers ausgestrahlt. Wer die Initiatoren dieser Sendungen waren, liegt aufgrund mangelnder Quellen im Dunkeln.

Regelmäßige Sendungen aus einem Studio in Eupen wurden durch die Deutschsprachige Rundfunkvereinigung Belgiens (DRB) allerdings erst ab 1938 ausgestrahlt. Das Ziel der Vereinigung war eindeutig: „Verbreitung kultureller Gedanken auf allen Gebieten und Unterrichtung und Erziehung des Volkes – sowohl in religiöser, moralischer und sozialer Hinsicht als auch in Kunst und Literatur – im Rahmen der belgischen Verfassung."[15]

Beabsichtigt waren weitestgehend neutrale Sendungen. Die geplante Einsetzung des Friedensrichters Stetter, Willy Mommers senior sowie der Frau Leo Trouets, die alle drei dem probelgischen Lager zuzurechnen waren, als





Vor allem ausländische Radiogeräte fanden in Ostbelgien Absatz.

Aufsichtsratsmitglieder und die engen Verbindungen des Senders mit den Bürgermeistern Eupens, Malmedys und Bévercés lassen aber an einer neutralen Politik der Sendeanstalt zweifeln[36]. Auch Carlo Lejeune verweist auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Bistum Lüttich und den Kampf gegen den Reichssender Köln[37].

Der Historiker Klaus Pabst vermutet, dass die Sendungen der DRB recht großen Anklang bei der Presse und in der deutschsprachigen Bevölkerung fanden und durchaus ansprechend aufgebaut waren. So versuchten die Verantwortlichen des Hörfunks, die Bevölkerung in die Programmgestaltung einzubeziehen. Die eineinhalbbis zweistündigen Sendungen, die mittwochs, samstags und sonntags ausgestrahlt wurden, bestanden aus Nachrichten, ortsbezogenen Programmen und Musiksendungen mit Operetten, Film- und Unterhaltungsmusik. Hierbei wurde auch auf Künstler zurückgegriffen, die im Deutschen Reich bereits Auftrittsverbot hatten[38]. Interessant ist, dass sich die Sendungen primär an die Hörer in Malmedy und Eupen richteten. Die Eifelbevölkerung findet in Quellen zum Sender keine Erwähnung[39].

Wegen finanzieller Probleme wurden die stets unregelmäßiger stattfindenden Sendungen im Januar 1939 eingestellt[40]. Die Nachfolge der DRB strahlte zwischen Oktober 1939 und dem 14. Mai 1940 eine übersetzte Version des Nachrichtenprogramms des INR aus. Peter Thomas, ehemaliger BRF-Journalist, glaubt, dass diese Sendungen nicht ausreichten, um ein Gegengewicht zur massiven nationalsozialistischen Rundfunkpropaganda zu bilden, wobei er sich auf Zeitzeugengespräche aus den 1970er Jahren bezieht[41].



Mit der Verbreitung des Radios ging der Aufbau einer Vertriebs- und Wartungsinfrastruktur in Eupen-Malmedy einher.

Auch als didaktisches Mittel wurde das Radio ab den 1920er Jahren eingesetzt, vor allen Dingen in Schulen. Sendungen etwa über den Nationalhelden Albert I. oder die belgische Armee sollten zur Integration der deutschsprachigen Schüler in das belgische Staatsgefüge beitragen. Größtes Problem der Radiosendungen war die Verwendung der französischen Sprache. Die Schüler verstanden den Inhalt vieler Sendungen nicht, sodass die Lehrerschaft darum bat, die Diktion der Sendungen an die jugendliche und nichtmuttersprachliche Zuhörerschaft anzupassen[42]. Nach der Annexion durch das „Dritte Reich" führten die neuen Machthaber ein sofortiges Abhörverbot nichtdeutscher Sender ein, wodurch sich die Eupen-Malmedyer nur noch unter Androhung von Gefängnis- oder gar Konzentrationslagerstrafen informieren konnten, wobei eine Strafverfolgung de facto nur selten stattfand[43].

Mit dem Kurbelkasten um die Erde

Neben dem Radio etablierte sich auch das Kino in der Zwischenkriegszeit als massenmediales Unterhaltungsangebot. War das Kino in seinen Anfangszeiten vor allem ein städtisches Kulturphänomen, etablierte es sich ab den 1920er Jahren auch in ländlichen Regionen. Filme erlaubten dem Publikum fortan, über die Auftritte amerikanischer, deutscher oder französischer Komiker zu lachen, dramatische Spielfilme zu bestaunen, Reisen in fremde, exotische Gegenden oder in historische Epochen zu unternehmen.

Mit dem jungen Massenmedium begann auch in Eupen-Malmedy ein Jahrhundert, dessen Imaginationen, Ästhetik und politische Wertevermittlung durch die visuelle Kultur des Films und das Kino als Ort gesellschaftlicher Begegnung geprägt wurden. Umso verwunderlicher ist die Abwesenheit der Thematik in der Regionalgeschichte.

Die schwierige Quellenlage sowie der internationale Charakter des Filmproduktions- und Verleihgeschäftes mag diese Lücke erklären[46].

Der Film war technisch ein neues Medium zur Aufnahme und Wiedergabe von bewegten Bildern. Medienhistorisch bettete sich das Kino jedoch in eine lange Tradition visueller Projektionskunst im Kontext populärer Unterhaltungskultur ein[47]: Zunächst wanderten Schausteller mit Filmvorführapparaten und Filmrollen durch die Lande und zeigten Kurzfilme auf Jahrmärkten oder in Varietétheatern. In Eupen-Malmedy traten die ersten Wanderkinos aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet sowie aus Belgien am Anfang des 20. Jahrhunderts auf[48].

Die aus Raeren stammende und zu diesem Zeitpunkt in Aachen lebende Familie Ponten war in diesem Sinne aktiv. So veranstaltete Wilhelm Ponten 1901 Vorführungen in Essen und Verviers, mit Hilfe seines 18-jährigen Sohnes Josef (dem späteren Schriftsteller)[49]. Ab 1906, als sich ortsfeste Spielstätten durchgesetzt hatten, löste das Filmverleihwesen die wandernden Schausteller ab.

Die ersten Kinos vor Ort

In Eupen-Malmedy verlief die Einführung des Kinos nach unterschiedlichen Mustern und unterlag zeitlichen Verzögerungen. Während in den Städten Eupen und Malmedy schon vor dem Ersten Weltkrieg Filmhäuser bestanden hatten, war dies in den anderen Teilen des Gebietes noch nicht der Fall. Für Eupen überliefert die Filmfachzeitschrift Der *Kinematograph* bereits 1907 einen Hotel-Restaurant-Saal, der als Kino fungierte[50]. 1911 schließlich eröffnete das Apollo-Kino-Theater in der Neustraße in Eupen. Dahinter steckte der rührige Unternehmer Martin Berg (1881-1963), der sich in der Stadt zur führenden Persönlichkeit im Bereich Kino entwickeln sollte. Noch während des Ersten Weltkriegs machte er ein weiteres Kino in Eupen auf: die Modernen Lichtspiele.

In Eupen und Malmedy gab es in den 1920er Jahren jeweils zwei Kinos, die mit einem breitgefächerten Programm auf alle Schichten und Berufsgruppen abzielten. Allerdings blieb vor allem auf dem Land oft nicht viel Zeit oder Geld für einen Kinobesuch übrig[51]. In der belgischen Eifel waren Filmhäuser dementsprechend weniger stark in der medialen Landschaft verwurzelt. Ob in Sankt Vith ein konstant existierendes Kino in den 1920er Jahren bestand, ist fraglich. Viel eher scheint die Turnhalle am Windmühlenplatz an Wochenenden zu einem Vorstellungssaal umfunktioniert und in „Lichtspiele Sankt Vith" bzw. „Moderne Lichtspiele Sankt Vith" umbenannt worden zu sein. Ein eigenes Gebäude für das Kino bestand also nicht. Ab 1938 wurde der Saal des Hotel Genten, der Treffpunkt der Heimattreuen Front, für Filmvorführungen in Sankt Vith genutzt.

Bunte Vielfalt im Programm

Deutsche Dramen, Krimis, Komödien, Historien- und Abenteuerfilme sowie US-amerikanische Produktionen machten in den 1920er Jahren einen Großteil des Programms der Kinos in Eupen-Malmedy aus. Auch Western, Kunst- und Horrorfilme flimmerten über die Leinwände. Mit letzteren machte sich Friedrich W. Murnau, einer der bedeutendsten deutschen Regisseure der Stummfilmära, einen Namen.

In Eupen zeigte man gleich mehrere seiner Schauerstreifen, darunter die heute verschollenen Filme „Satanas" (1920) und „Der Bucklige und die Tänzerin" (1920). Auch Fritz Langs



Das Kino Moderne Lichtspiele in Eupen eröffnete während des Ersten Weltkriegs. Die Aufführungen fanden im Hotel Dechene bzw. Eupener Hof statt.



Die 1913 erbaute Turnhalle in Sankt Vith diente nicht nur für Kinoaufführungen. Auch als Jugendheim wurde sie genutzt.



Das Hotel Genten in Sankt Vith, in dem die Kinoaufführungen des Ortes in den späten 1930er Jahren stattfanden.

Epos „Die Nibelungen" (1922-1924) sowie die expressionistischen Kunstfilme „Das Kabinett des Dr. Caligari" (1920) und „Der Golem, wie er in die Welt kam" (1920) wurden vorgeführt. Wenngleich diese Werke unumstrittene Meilensteine der Filmgeschichte sind, waren sie damals nicht unbedingt Publikumsmagnete.

Die breite Masse bevorzugte Unterhaltungsfilme, vor allem Komödien[10]: Die österreichische Operette „Die Czárdásfürstin" (1915) wurde in der Zwischenkriegszeit gleich mehrmals in Eupen, Welkenraedt und Kelmis aufgeführt. Fritz Langs Stummfilm „Frau im Mond" (1929) und der amerikanische Monumentalfilm „Ben Hur" (1925), damals zwei äußerst erfolgreiche Filme in Deutschland[11], waren auch in Eupen-Malmedy beliebt. Während ersterer in „Neubelgien" lediglich 1931 im Malmedyer Cinéma de l'Europe lief, war der zweite 1932 im Kelmiser Pax, 1934 im Malmedyer Cinéma des Familles (auf Französisch) und 1935 in der Eupener Schauburg zu sehen.

Ausgesprochen populär in der Region waren auch die Abenteuerfilme von und mit Harry Piel, einem deutschen Schauspieler und Regisseur (1892-1963), der 1933 der NSDAP beitrat und förderndes Mitglied der SS wurde[12]. In den Programmen der Eupener, Kelmiser und Sankt Vither Kinos tauchen über zehn Filme von Piel auf, darunter „Der große Coup" (1919), „Sein bester Freund" (1929) und „Der Dschungel ruft" (1936). Allerdings er-

Kinos in Eupen-Malmedy

Stadt/ Ortschaft	Name	Gründung	Schließung
Eupen	Apollo-Lichtspiele	1911	1933
Eupen	Moderne Lichtspiele	1916	1939
Eupen	Eupener Tonfilm-Kino	1932*	1934
Eupen	Capitol	1933	1970
Eupen	Schauburg	1934	1966
Hergenrath	Lichtspiele Altenberg	1918	*
Kelmis	Pax	1932	1968
Raeren	Central-Theater	1934	*
Malmedy	Cinéma de l'Europe	1912	1945*
Malmedy	Cinéma des Familles	1930	1940
Sankt Vith	Luxor Tonfilmkino	1938	1945*
Sankt Vith	Tonfilmkino Europa	1935	1935
Sankt Vith	Moderne Lichtspiele	1920	1935
Sankt Vith	Kino Corso	1947	bis heute

* Ausgehend von den Quellen konnte kein eindeutiges Datum festgelegt werden. Das „Cinéma de l'Europe" und das „Luxor Tonfilmkino" waren noch während des Krieges aktiv und mussten wahrscheinlich aufgrund von Zerstörungen spätestens 1945 schließen.



Das Capitol in Eupen war mit großstädtischen Kinos auf Augenhöhe. Es wurde nach den Plänen eines Herzogenrather Kinos in modernem Stil gebaut.

reichten die Filme die Region mit einem großen zeitlichen Abstand zu den Uraufführungen. Dieser belief sich in den 1920er Jahren auf rund drei Jahre, verminderte sich aber im Laufe der 1930er Jahre.

Vom Stummfilm zum Tonfilm

Kinosäle waren nie stumm[31]. Geräusche, Klänge und Orchester untermalten die Filme und professionelle Erzähler beschrieben die Handlungen des Gezeigten[34]. So kamen in den Eupener Kinos seit den 1920er Jahren Kino-Orchester und in Sankt Vith bisweilen Chöre zum Einsatz. Bis zur Einführung des Tonfilms Ende der 1920er Jahre hatten Hollywood-Produktionen den europäischen Markt dominiert, da die englischen Untertitel leicht durch andere Sprachversionen ersetzt werden konnten. Erst die Einführung des Tonfilms brachte die amerikanische Vormachtstellung auf dem Filmmarkt ernstlich in Gefahr. Vor allem für die größeren europäischen Sprachgruppen wurde die Produktion eigener Spielfilme relevant[35].

In der Grenzregion mussten die Zuschauer sich aber vorerst nach Aachen oder Verviers begeben, um die anfangs mit Skepsis betrachtete technische Neuerung testen zu können. Die ersten Tonfilme wurden in Eupen-Malmedy Anfang der 1930er Jahre in dem im Hotel Koch eingerichteten Eupener Tonfilm-Kino sowie im Cinéma de l'Europe in Malmedy gezeigt[36]. Mit der Eröffnung des hochmodernen Capitols (1933) und der Schauburg (1934) in Eupen sowie des Tonfilmkinos Europa (1935) in Sankt Vith waren schließlich alle Städte der Region auf der Höhe der Zeit. Fortan dominierten Operetten, Gesangsfilme und Komödien (oft Lustspiele genannt) das Programm. In Eupen fand fortan ein Wechselbetrieb zwischen der Schauburg und den Modernen Lichtspielen statt. Die beiden Kinos hatten drei Angestellte, das Capitol fünf[37].

Ideologische Spannungen

Der Film war ähnlichen ideologischen oder politischen Instrumentalisierungsversuchen ausgesetzt wie Presse und Rundfunk. Dies spiegelt sich bereits in den Kinoprogrammen bzw. Werbeanzeigen in den Zeitungen. In Malmedy war das katholische Cinéma des Familles klar darauf bedacht, französische und amerikanische Produktionen zu zeigen, die auch für Kinder und Jugendliche geeignet waren. Die Programmanzeigen spiegeln ihrerseits eindeutig die politische Polarisierung des Pressewesens: Während die *Eupener Zeitung* gelegentlich auch für die Aachener Kinos Capitol, Bavaria und Elisen-Lichtspiele im


APOLLO-LICHTSPIELE

Grosse Gala-Vorstellungen.

Die Nibelungen



Die künstlerisch wertvollen Filme „Die Nibelungen" oder „Das Kabinett des Dr. Caligari" werden wohl kein breites Publikum in Eupen-Malmedy erreicht haben.



„King Kong", „Ben Hur" oder „Tarzan" begeisterten Kinogänger auf der ganzen Welt, auch in den Kinos Eupen-Malmedys wurden diese Filme gezeigt.

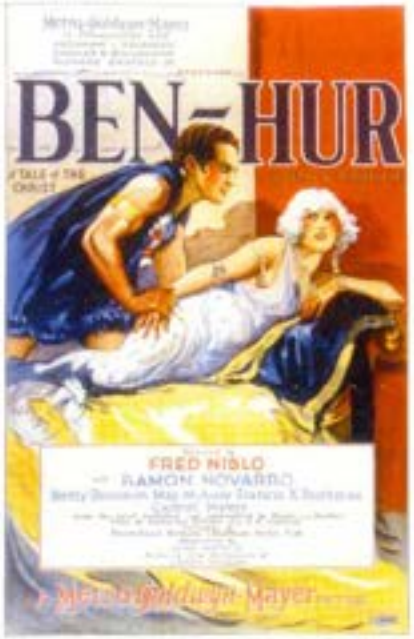
alten Vaterland warb, findet man im *Grenz-Echo* der 1930er Jahre regelmäßige Programmhinweise für Kino- und Theatervorstellungen in Welkenraedt, Gemmenich, Bleyberg und Verviers, wodurch die Integration ins neue Vaterland gefördert werden sollte. Dieses Phänomen hatte eine geringere Bedeutung im Sankt Vither Raum, wo nur sporadisch Anzeigen für die Kinos in Prüm, Ulflingen, Verviers oder Stavelot abgedruckt wurden.

Kinosäle waren aber auch Orte der Informationsvermittlung: Als Beiprogramm wurden in den meisten Fällen Wochenschauen gezeigt: entweder französische von Pathé bzw. Pathé-Gaumont-Métro oder US-amerikanische von Fox. Auch regionale und belgische Wochenschauproduktionen spielten eine wichtige Rolle, wie die Vorführungen des Besuchs des Verteidigungsministers Albert Devèze, des Malmedyer Karnevals oder Aufnahmen des 24-Stunden-Rennens von Spa belegen[18].

Das zweite Kino in Malmedy, das Cinéma de l'Europe, zeigte vor allem deutsche Produktionen in französischer Sprache und scheint an das Verleihsystem der deutschen Universum Film AG (Ufa) angeschlossen gewesen zu sein. Auch in den Eupener Kinos wurden regionale und nationale Filmdokumente gezeigt, wie z. B. Aufnahmen des Karnevals oder Aufnahmen der Waffenstillstandsfeier in Brüssel. Die Beisetzungen König Alberts 1934 und Königin Astrids 1935 sowie die Krönung König Leopolds III. 1934 wurden in der gesamten Region teils auch in deutscher Sprache projiziert. Ein eindeutig belgisch-frankophon orientiertes Programm visierten zu Beginn der 1930er Jahre die Lichtspiele des Cercle Militaire im Hotel Koch in Eupen an.

Kino im Dienst der Propaganda

Neben den offiziellen Kinos in Eupen-Malmedy existierte auch eine Filmförderung durch den VDA und die Heimattreue Front. Nahtlos fügte sich





Das Hotel de l'Europe in Malmedy, in dem sich das Cinéma de l'Europe befand.

das Filmwesen dabei in die Volkstumsarbeit der prodeutschen Vereinigungen ein, indem es zwischen harmlos wirkenden Unterhaltungsfilmen und nationalsozialistischem Material pendelte[59]. Im Kanton Sankt Vith fanden in den Dörfern des Gebietes, die sonst nur sporadisch mit Kinovorstellungen in Kontakt kamen, drei- bis viermal pro Woche solche Filmvorführungen an wechselnden Orten statt[60]. Diese Förderung scheint aber stärkeren Schwankungen unterlegen zu haben, wie der Haushaltsplan des VDA der Jahre 1938 und 1939 offenlegt[61].

Interessanterweise sorgte die strenge ideologische Filmzensur in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Deutschland dafür, dass schon im Januar 1931 regelrechte „Pilgerfahrten" in die grenznahen Gebiete in Frankreich, den Niederlanden und der Tschechoslowakei einsetzten, wo der verbotene Film „Im Westen nichts Neues" weiterhin gezeigt wurde[62]. Hiervon war auch der Osten Belgiens betroffen, wo der Film zuerst in Lüttich und Verviers lief und vom *Grenz-Echo*, der *Eupener Zeitung* und der *Sankt Vither Volkszeitung* beworben wurde. In der belgischen Eifel wurden gar Busse nach Verviers für die Filmvorstellung organisiert. Schließlich lief er auch „unter dem Protektorat" des Jugendvereins „Œuvre paroissiale" in Malmedy sowie in Sankt Vith und Eupen in unzensierter Form an, wo er laut *Grenz-Echo* großen Publikumszuspruch fand[63].

Jenseits der Grenze warb beispielsweise das *Kreisblatt Prüm* mit dem reißerischen Titel „Der in Deutschland verbotene Film" für die Vorstellungen im Nachbargebiet, während andere deutsche, vor allem der NSDAP nahestehende Presseorgane dies heftig kriti-



Neben „Im Westen nichts Neues" liefen noch weitere kriegskritische Filme in Eupen-Malmedy, wie z. B. „Westfront 1918".

sierten. Nachdem die NSDAP in Deutschland erwirken konnte, dass der Film ab Dezember 1930 verboten und ab März 1931 dann nur noch eine stark gekürzte Version des Films gezeigt werden durfte, erfolgte im Februar 1933 das endgültige Aufführungsverbot[64]. Zwar sind keine Zuschauerreaktionen aus Eupen-Malmedy dokumentiert, jedoch beschreibt das *Grenz-Echo* die Stimmung im angeblich regelmäßig ausverkauften Lütticher Cinéma:

„Andächtige Ruhe und sichtliche Erschütterung bei allen Anwesenden, die, man liest es von ihren Gesichtern ab, in den im nackten Elend und tiefsten Grauen lebenden deutschen Frontsoldaten nicht Feinde, sondern Menschen und Leidensgenossen sehen. Kein Misston, kein Johlen oder Pfeifen störte die Vorführungen, deren Ruf über Belgiens Grenzen hinaus gegangen war [...]."[65]

„Du armes Volk!"

In Kontrast hierzu stehen nicht nur die durch NSDAP-Mitglieder gestörten Aufführungen von „Im Westen nichts Neues" in Berlin, sondern auch die Stimmung in einem Kölner Kinosaal bei einer Projektion des Films „Fridericus Rex" (die ursprüngliche Tetralogie wurde 1921 und 1922 produziert), eines deutschen vierteiligen Historienfilms über Lebensstationen des preußischen Königs Friedrich II. Die opulenten und zugleich trivialen Fridericus-Filme (weitere 14 Filme wurden

von 1920 bis 1942 gedreht), von denen vereinzelte auch in Eupen-Malmedy liefen, waren revanchistische Propagandawerke[66] und Teil einer autoritären Tendenz, die sich in Reaktion auf die desolate Lage nach dem verlorenen Krieg in Deutschland breitgemacht hatte[67].



Über diesen Film berichtete der Eupener Journalist und Schriftsteller Peter Schmitz. Er sah „Fridericus Rex" im Januar 1933 in einem großen Kölner Kino. Als der König von Preußen in der letzten Szene auf dem Balkon des Schlosses Sanssouci der Militärparade zum Truppenaufbruch beiwohnt, sah Schmitz das Publikum „von patriotischem Enthusiasmus gepackt". „Als der ‚alte Fritz' die Standarte grüsst, kann sich die Menge kaum mehr halten. Voller Enthusiasmus rufen die jungen Leute ‚Hurra! Hurra! Bravo! Hurra!'"[68] Ähnliche Szenen spielten sich in deutschen Kinos bei den Vorführungen anderer Filme der Reihe ab[69]. Der pazifistische Journalist und ehemalige deutsche Soldat machte den starken Einfluss der Militärkaste und der nationalistischen Presse in Deutschland für diese Stimmung verantwortlich, die ihm zufolge nicht ohne Auswirkungen auf Eupen-Malmedy blieb:

„Nicht das deutsche Volk trägt Schuld an dieser Atmosphäre kriegerischen Wehrwillens, sondern die Verhetzung dieses Volkes durch die Reden einer allmächtigen Militärclique und die Hassgesänge einer überpatriotischen Presse [...]. Der Wellenschlag dieser vergifteten Atmosphäre überflutet auch unsere engere Heimat Eupen-Malmedy und findet hier seine Verkörperung durch bezahlte Agitatoren des Heimatbundes und einer käuflichen Presse, die diesen ‚fanatisch deutschen Geist' der friedliebenden Bevölkerung unserer Heimat einimpfen möchte. Du armes Volk!"[70]

Dieser Artikel griff mit dem Titel „Nie wieder Krieg?" die Parole der Friedensbewegung auf[71]. Er weckte auch im frankophonen Belgien Interesse und wurde mehrmals von der Inlandspresse übernommen, dann manchmal unter dem bissigen Titel „Ils ne changent pas"[72].

Zwischen Zensur und Versäulung

Ab Februar 1933 kam es im „Dritten Reich" zunehmend zu „Verboten abendfüllender Spielfilme durch Widerruf der Zulassung"[73], und die Filmoberprüfstelle erstellte eine Schwarze Liste „undeutscher" Filme[74]. In Belgien und Eupen-Malmedy gab es keine politische Zensur. Lediglich die Jugendzensur konnte Minderjährigen den Zugang zu gewissen Filmen verwehren. Die einzigen Ausschlusskriterien, die in Belgien bestanden, waren inoffizielle Zensurinstanzen wie die katholische Kirche oder Gewerkschaften. Sie konnten Empfehlungen an ihre Mitglieder aussprechen oder Vorführungen in ihren eigenen Kinos verbieten. Auch konnten die Gemeinden Filmaufführungen untersagen, wenn Unruhen in der Bevölkerung aufgrund eines Films zu erwarten waren[75].

In Eupen-Malmedy scheint es diese Ausschlusskriterien nicht gegeben zu haben. Dies wahrscheinlich aufgrund der fehlenden Versäulung: Es gab weder eine gefestigte sozialistische noch katholische Unterhaltungskultur, wie sie in den übrigen Teilen Belgiens bestand[76]. Lediglich das Malmedyer Cinéma des Familles war der katholischen Kirche angegliedert und richtete sein Programm wohl freiwillig dementsprechend aus.

Die Eupen-Malmedyer Kinos nahmen die Verbote in Deutschland zum Anlass, bekannte, nun aber verbotene



Auch der Bau des Kinos Pax (dt. Frieden) in Kelmis war imposant. Mit seinem Namen griff es einen Trend auf, der überall in Europa in der Zwischenkriegszeit aufkeimte: den Pazifismus und die Sehnsucht nach Frieden.

Filme erneut zu zeigen und so auch dem Publikum aus dem benachbarten Grenzgebiet zugänglich zu machen. Unter das Verbot der „Verfilmung von Romanen oder Bühnenstücken jüdischer oder marxistischer Autoren"[77] fielen zum Beispiel „Der Blaue Engel" (1930), der auf einem Roman von Heinrich Mann basiert, und „Der Hauptmann von Köpenick" (1931), dem das gleichnamige Werk von Carl Zuckmayer zugrunde liegt. So zeigte das Kino Pax in Kelmis im April 1933 erneut jenen Film, der Marlene Dietrich zum Weltstar gemacht hatte, und die Schauburg nahm 1936 die Verfilmung von Zuckmayers Erfolgsroman wieder ins Programm.

Die „Drei von der Tankstelle", eine der erfolgreichsten Komödien der Zwischenkriegszeit, wurde einen Monat nach ihrem Verbot durch die Oberprüfstelle im „Dritten Reich"[78] im Herbst 1937 nochmals im Kino Pax gezeigt. Der Film war in Deutschland verboten worden, da der Darsteller Oskar Karlweis als jüdisch diffamiert wurde und wie viele seiner Kollegen bereits 1933 emigrierte[79]. Selbst Rudolf Meinerts historischen Film „Die elf Schillschen Offiziere" (1932), der an die glorreiche preußische Vergangenheit erinnerte, traf das Verbot für „von jüdischen Regisseuren misshandelte vaterländisch-deutsche Stoffe"[80]. Allerdings wurde er 1935 zum wiederholten Male in Eupen gezeigt. Darüber hinaus gehörten zu den in Deutschland verbotenen und in Eupen-Malmedy gezeigten Filmen auch zahlreiche Antikriegsfilme, wie z. B. „Westfront 1918".

Ende der 1930er Jahre hielten aber auch die ersten eindeutigen nationalsozialistischen Propagandafilme ihren Einzug in der Region[81]. So wurden offen nationalsozialistische Filme wie „Ritt in die Freiheit" (1936), „Verräter" (1936), „Unternehmen Michael" (1937) oder das Gedankengut des NS-Staates stützende Filme wie „Traumulus" (1935), „Das Mädchen Johanna" (1935) oder „Der höhere Befehl" (1935) in Eupen-Malmedy gezeigt. Die Frage, warum diese Filme in den Kinos gespielt wurden, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Waren es ideologische oder ökonomische Gründe, die die Kinobetreiber dazu bewogen, die Filme zu zeigen? Eine weitere Möglichkeit wäre, dass das deutschsprachige Filmangebot in Belgien für die Eupen-Malmedyer Kinobetreiber nur beschränkt zugänglich war.

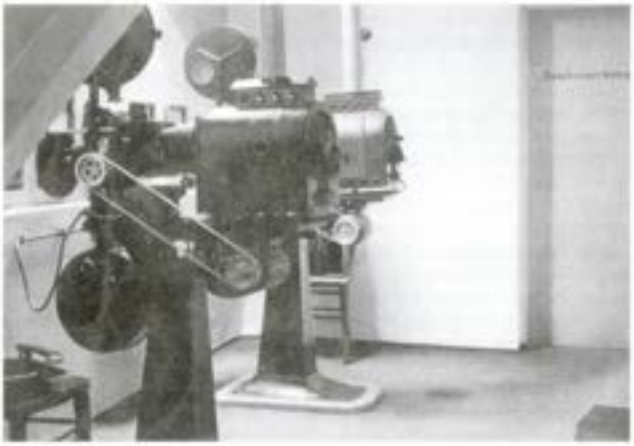
Kino im äußersten Westen

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs kam es in Deutschland und in den besetzten Gebieten auch in der Filmkunst zu einer deutlichen Verschärfung des Kampfes gegen alles „Undeutsche"[82]. Alles, was als zersetzend pazifistisch, oder defätistisch eingeschätzt wurde, wurde nun, falls nicht schon geschehen, sofort verboten.

Im „Dritten Reich" hatte schon der Kriegsbeginn 1939 einen deutlichen Einschnitt in der Kinolandschaft bedeutet, indem kriegsbedingte Filmverbote verhängt und ausgesprochene Propagandafilme gefördert bzw. vom zuständigen Ministerium bestellt wurden[83]. Die Produktionsfirmen Ufa, Terra, Tobis und Bavaria, die auch einen Teil der Eupen-Malmedyer Kinos schon in den 1920er und 1930er Jahren versorgten, waren mittlerweile alle verstaatlicht und damit gleichgeschaltet. Ausländische Produktionen verschwanden allmählich von den deutschen Kinoleinwänden und waren bei Kriegsende eine Seltenheit[84].

Die Kinolandschaft in Eupen, Malmedy und Moresnet wurde nach dem Anschluss an das Deutsche Reich dem Verleih und Theaterbezirk Düsseldorf-Westdeutschland zugeschlagen, zu dem





Innenansichten eines Landkinos: das Kino Luxor in Sankt Vith.

auch das de facto annektierte Luxemburg gehörte. Durch die nationalsozialistische Filmförderung, die die Filmlandschaft Deutschlands steuerte, wurden Prädikate für die Filme vergeben. Das Regime bewertete Filme und unterstützte diese entsprechend ihrer wohlwollenden Haltung gegenüber der Ideologie des NS-Staates. Dorfbewohner, die bisher nur sporadisch mit Filmmaterial in Städten oder größeren Ortschaften in Kontakt gekommen waren, sollten durch Wanderkinos auf dieselbe Weise in das allumfassende System eingespannt werden wie die Massen der Großstädte. So tourten etwa die Filme „Hände hoch!" und „Späte Liebe", die zur Jugenderziehung dienen sollten, einen Monat lang durch den Kreis Malmedy. Auch kleine Dörfer wie Maldingen, Espeler, Rodt, Wirtzfeld oder Schlierbach wurden so durch die Propagandamaschinerie erreicht[85].

Beliebte Propagandafilme

Die florierende Kinolandschaft in Eupen-Malmedy zeigt, dass sich der Film äußerst großer Beliebtheit erfreute. Auf welche Resonanz die Kinos stießen, lässt sich für die Zwischenkriegszeit allerdings nur ansatzweise rekonstruieren. Die für den Zeitraum November 1940 bis März 1944 verfügbaren Zuschauerzahlen ermöglichen aber eine statistische Erfassung der in Eupen und zum Teil auch in Malmedy gezeigten Filme. Die Zuschauerzahlen zeigen eine allgemein steigende Tendenz während der ganzen Kriegsdauer, wenngleich saison- und programmbedingte Schwankungen beobachtet werden können. Während in den Sommermonaten keine oder nur sehr wenige Filme gezeigt wurden, war das Angebot in den restlichen Monaten deutlich umfangreicher.

Erfolgreichster Film der Kriegszeit war der Revuefilm „Frau meiner Träume" (1944) mit Marika Rökk, den in Deutschland 5,5 Millionen Zuschauer sahen. Die Menschen sehnten sich nach Unterhaltung, die von den tristen Bildern des Kriegs ablenkte[86]. Diese Filme waren ein wichtiges Propagandamittel und wurden als Durchhaltefilme bezeichnet.

Aufschlussreich ist die Auflistung der zehn größten Kassenschlager zwischen November 1940 und März 1944 in Eupen. Angeführt wird diese Kino-Hitparade von fünf Propagandafilmen. Absoluter Favorit des Eupener Publikums war „Wunschkonzert" (1940), eine stereotypische Romanze zwischen einer jungen Frau und einem Fliegeroffizier, die durch den Spanischen Bürgerkrieg gestört wird. Zwei weitere Filme, „Über alles in der Welt" (1940) und „Fronttheater" (1941), stehen auch heute noch als NS-Propagandafilme auf der Liste der Vorbehaltsfilme der Murnau-Stiftung, die sich seit 1966 im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland um das filmische Erbe und die Verwertung der durch die Firmen Ufa, Tobis, Terra oder Bavaria produzierten Filme kümmert[87].

Mit „Über alles in der Welt" propagierte der überzeugte Nationalsozialist und Propaganda-Regisseur Karl Ritter „die euphorische Kampfbereitschaft der Deutschen im Krieg gegen Frankreich und England. Plakativer Nationalismus, Militarismus und ein simples Freund-Feind-Schema bestimmen den Film"[88]. Inwiefern der Besuch dieser Vorstellungen in Eupen durch die Schule, die Hitler-Jugend oder einer anderen Vereins- bzw. NS-Organisationsveranstaltung angeregt wurde, kann nicht eindeutig eruiert werden.

"Kinohitparade" Eupen 1940-1944

	Film	Kulturfilm	Spielzeitraum	Besucher
1.	Wunschkonzert[1]	Deutsche Panzer	11.-15.04.1941 05.-07.07.1941	7.226
2.	... Über alles in der Welt[2]	Nürnberg, die Stadt der Reichsparteitage	31.05.-03.06.1941 20.-22.03.1943	6.443
3.	Fronttheater	Freiheit für Finnland	28.11.-01.12.1942	6.135
4.	Die goldene Stadt	-	16.-21.04.1943	5.799
5.	Die große Liebe	Geheimnisvolle Moorwelt	19.-22.09.1942	5.610
6.	Der weiße Traum	Goldene Hochzeit im Salzburger Land	04.-06.03.1944	4.942
7.	Sieg im Westen	-	29.03.-02.04.1941	4.447
8.	Damals	Im Tal der Wiese	17.-21.07.1943	4.355
9.	Hab mich lieb	Lustgärten aus galanter Zeit	10-14.04.1943	4.298
10.	Paracelsus	Netz aus Seide	07.-10.08.1943	4.279

[1] Besucherzahlen Capitol und Schauburg. [2] Besucherzahlen Capitol und Schauburg.

Als Schulvorstellungen sind sie nicht ausgewiesen worden[7]. Die gewöhnlich gestaltete Programmanzeige weist lediglich darauf hin, dass Jugendliche zu der Drei-Uhr-Vorstellung Zutritt hatten[8]. Propagandafilme profitierten aber teils von ermäßigten Eintrittspreisen, wodurch die Zuschauerzahlen leicht in die Höhe getrieben werden konnten.

Nazi-Ideologie im Kino

Außerhalb dieser „Top Ten" weist das Eupener Kinoprogramm weitere gut besuchte Propagandafilme auf. Insgesamt wurden während des Kriegs 23 Filme in Eupen gezeigt, die heute noch auf der Vorbehaltsfilmliste der Murnau-Stiftung stehen. Darunter auch Werke, „die eine deutlich rassistische, antisemitische, volksverhetzende und/oder kriegsverherrlichende Botschaft"[9] vermitteln. So wurde der von der NS-Filmprüfstelle als „staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll"[10] eingestufte „Jud Süß" des Propaganda-Regisseurs Veit Harlan am 25. Dezember 1940 im Capitol gezeigt. Damit feierten 2.650 Eupener Zuschauer eine antisemitische Weihnacht.

Die Einstimmung der Öffentlichkeit auf die „Endlösung der Judenfrage" wurde propagandistisch verstärkt anhand des in dokumentarischem Stil gedrehten Films „Der ewige Jude" (1941), dem aggressivsten seiner Art[11].





Vor und während des Zweiten Weltkriegs hielten Filme, die die NS-Ideologie verbreiteten, in Eupen-Malmedy Einzug.

Auch er wurde nur einen Monat später im Capitol in der nun Adolf-Hitler-Straße heißenden ehemaligen Neustraße gezeigt und von 2.190 Besuchern gesehen. Schließlich sahen auch im September desselben Jahres 2.029 Zuschauer „Die Rothschilds" (1940), die dritte große Propagandaproduktion der NS-Filmwirtschaft, die Juden explizit als „Untermenschen" darstellte[94]. Dieser menschenverachtenden Linie folgend kam Ende 1941 das Drama „Ich klage an" auf die Leinwand der Eupener Kinos, das zur psychologischen Rechtfertigung des NS-Euthanasieprogramms und somit zur Rechtfertigung der systematischen „Vernichtung lebensunwerten Lebens" diente[95]. Es lockte im November 1941 (Capitol) und Dezember 1943 (Schauburg) insgesamt 3.372 Zuschauer an.

Dass die Zuschauer auch während des Kriegs in erster Linie zur Unterhaltung und Zerstreuung ins Kino gingen, war den führenden NS-Ideologen durchaus bewusst. Während die *Deutsche Wochenschau* Kriegsberichterstattung und direkte propagandistisch aufbereitete Informationen lieferte, waren die ideologischen Botschaften in den Spielfilmen weitaus subtiler. Vor allem den Kulturfilmen[96], die schon vor 1933 von der NSDAP für die mediale Vermittlung der nationalsozialistischen und völkischen Weltanschauung genutzt wurden[97], kam im Gesamtprogramm eines Kinobesuchs während des Kriegs eine besondere Rolle zu, indem sie nach der *Wochenschau* vom Kriegsgeschehen ablenkten, Zerstreuung boten und dem Zuschauer eine heile Welt präsentierten.

Dabei waren die Natürlichkeit, Gegebenheit und Faktizität der Kulturfilme das Resultat einer subtilen Inszenierung, die mit dem dokumentarischen Narrativ und der visuellen Evidenz bewegter Bilder spielten[98]. Diese Strategie der inszenierten Authentizität wurde auch gezielt in sogenannten Dokumentarfilmen wie „Deutsche Panzer" (1940) oder „Nürnberg, die Stadt der Reichsparteitage" (1940) angewandt, die sich des künstlerisch hochwertigen, aber ideologisch verwerflichen audiovisuellen Repertoires von Leni Riefenstahl bedienten[99].

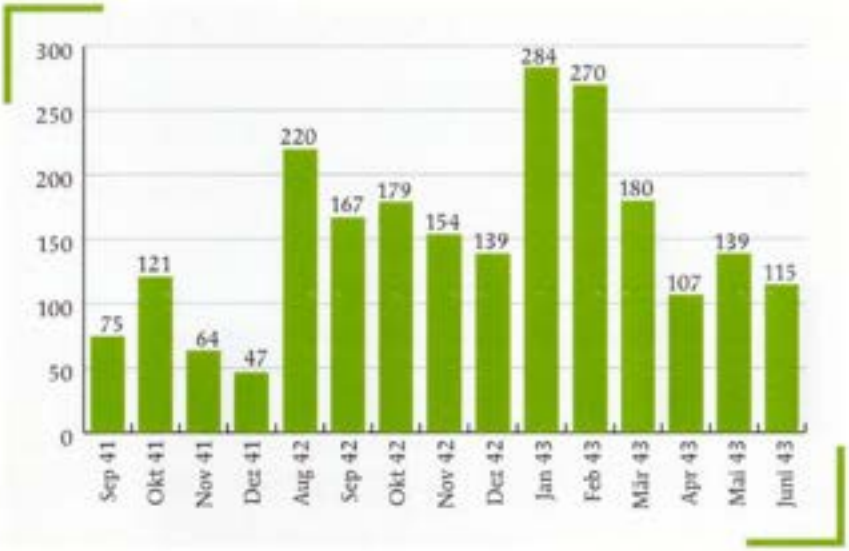
Auch Sondervorstellungen für Jugendliche, etwa der am 3. September 1941 in Eupen gezeigte 16-minütige Dokumentarfilm „Volk ans Gewehr" (1939)[100], wurden benutzt, um auf die bevorstehende Rekrutierung des ersten Eupen-Malmedyer Jahrgangs zur Wehrmacht einzustimmen.

Ein Eupen-Malmedy-Film

Einen besonderen Stellenwert für die Region nimmt der im Auftrag des Regierungspräsidenten in Aachen[101] gedrehte und durch die Firma Krupp finanzierte knapp 37-minütige Stummfilm „Eupen-Malmedy wieder im Reich" (1943) ein, der am 18. Mai 1943 in „Anwesenheit der Spitzen von Partei, Regierung, Wehrmacht und Behörden"[102] im Capitol Aachen uraufgeführt wurde. Der Film beginnt mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, wobei der unterschreibenden Hand Ketten angelegt werden. Darauf folgen eine Einstellung auf Artikel 34, eine animierte Landkarte und die Texteinblendung: „Am 10. Mai überschreiten deutsche Truppen die unnatürliche Zwangsgrenze."

Der *Westdeutsche Beobachter* fasst zusammen: „Was das brutale Versailler Diktat auseinandergerissen hatte, das wurde am 18. Mai 1940 wieder vereint. Urdeutsche Landschaft ist es, die vor unseren Augen hier vorüberzieht."[103] Der in erster Linie für auswärtiges Publikum bestimmte Film mit überzogenen Darstellungen eines Landschaftsidylls und der Wirtschaftskraft der

Besucherzahlen Wochenschau-Sondervorstellungen Capitol Eupen 1941-1943



Region lief am 11. und 12. August 1943 schließlich auch im Beiprogramm des Eupener Capitols, vor dem Hauptfilm „Die schwedische Nachtigall" (1941), und wurde von 2.525 Zuschauern gesehen[104].

Das Interesse an der *Deutschen Wochenschau*[105] nahm ab 1941 im „Dritten Reich" im Allgemeinen ab, während das Verlangen nach Kurzweil anstieg[106]. Dies kann für die Eupener Kinos jedoch nicht behauptet werden. Die Zuschauerzahlen der *Wochenschau*-Sondervorstellungen, die von September 1941 bis Mai 1943 phasenweise am Sonntagvormittag im Capitol organisiert wurden, weisen eine bisweilen entgegengesetzte Tendenz auf. So verbuchte das Kino am 5. Oktober 1941, nur wenige Tage nach dem Angriff der Wehrmacht auf Moskau, 200 Zuschauer. Am höchsten war der Informationsbedarf im August 1942, als die Wehrmachtstruppen Stalingrad erreichten, und Anfang 1943, als die Schlacht von Stalingrad ihren Höhepunkt erlangte. Diese Zahlen können als Spiegel der Sorge um Angehörige und Freunde an der Ostfront sowie des Mitfieberns mit den deutschen Streitkräften interpretiert werden.

Kino in der Nachkriegszeit

Jeder Krieg stellt aus medienhistorischer Sicht eine Periode politisierter und instrumentalisierter Kommunikation dar. Aber auch die Nachkriegszeiten, die „sorties de guerre", zeichnen sich meist durch eine Phase verdichteter Kommunikation aus, oftmals geprägt durch die Freisetzung von Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum, der während des Kriegs strikten Regulierungen unterlag.

Bei politischen Regimewechseln, so auch im Falle der Reintegration Eupen-Malmedys in den belgischen Staat ab September 1944, werden Kontroll- und Zensurmechanismen unter umgekehrten politischen oder ideologischen Vorzeichen fortgeführt – auch unter demokratisch legitimierten Machtstrukturen.

In der gezielten Reintegrationspolitik des belgischen Staates für die Ostkantone nahm vor allem das *Grenz-Echo* eine wichtige Rolle ein, indem es Nachrichten aus französischsprachigen Zeitungen und Mitteilungen des Bezirkskommissars veröffentlichte sowie eine katholisch-belgische Weltsicht vermittelte. Auch die Radiosendungen „Emissions en langue allemande"[107] des belgischen Rundfunks sowie die enge Zusammenarbeit der örtlichen Kinos und Theater mit kulturellen Institutionen des Landesinneren waren Teil des politischen Programms[108].

Was die ostbelgische Kinolandschaft angeht, so blieben die Kinos Capitol und Schauburg in Eupen bestehen. Allerdings wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur noch Filme in französischer oder englischer Sprache mit niederländischen Untertiteln gezeigt. Dies hat einerseits mit der Tatsache zu tun, dass die Region nunmehr vom deutschen Filmverleih abgeschnitten war. Andererseits kann man das umgestaltete Kinoprogramm auch als Ausdruck eines Selbstassimilierungswillens interpretieren. Auf jeden Fall ist zu beachten, dass der Eupener Kinopionier Martin Berg eine äußerst große Anpassungsfähigkeit an den Tag legte, um seine Lichtspielhäuser über zwei Weltkriege und drei Staatenwechsel hinweg halten zu können. Darüber hinaus verwandelten die US-Truppen das Capitol in ein Erholungszentrum namens „The Capitol Recreation Center" mit amerikanischem Varietéprogramm[109]. In Sankt Vith bot das Kino Corso erst ab 1947 wieder Zerstreuung vom Alltag des Wiederaufbaus in der Eifel, auch wenn die Architektur des Filmhauses an die 1930er Jahre erinnert. Ferner passte es sich an die Nachkriegssprachenpolitik in Ostbelgien an, indem abwechselnd Filme in französischer und deutscher Sprache gezeigt wurden.

Während der Kinobetrieb eine große Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden kulturpolitischen Vorgaben zeigte, zeichnete sich die Presselandschaft der Nachkriegszeit durch eine Monopolstellung des *Grenz-Echos* aus, welche erst Mitte der 1950er Jahre mit dem Erscheinen der *St. Vither Zeitung* und den *Neuen Nachrichten* ein wenig angekratzt wurde. Da die Zeitung in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten ohne Zweifel das zentrale Medium öffentlicher politischer Kommunikation in Ostbelgien war, muss man im Vergleich zur Zwischenkriegszeit von einer drastischen Reduzierung des Meinungsspektrums sprechen. Dies sollte sich erst Mitte der 1960er Jahre etwa durch das Erscheinen der Ostbelgienausgabe der *Aachener Volkszeitung* ändern[110].

Ein Fazit?

Die Zwischenkriegszeit, vor allem die 1930er Jahre, sind in der Regionalgeschichtsschreibung als Phase der radikalisierten politischen Kommunikation beschrieben worden. In dieser Zeit sei es, nicht zuletzt als Resultat einer sich polarisierenden Presselandschaft, zu einer Spaltung der Bevölkerung in ein probelgisches und ein prodeutsches

Lager gekommen. Diese Polarisierung, gepaart mit einer zunehmend aggressiven politischen und ideologischen Rhetorik, lässt sich ohne Zweifel in den Sprach- und Bilderwelten der lokalen Presse nachweisen. Es bleibt jedoch die Frage, ob diese eindeutige ideologische Festlegung einzelner Presseorgane problemlos Rückschlüsse auf die Vorstellungs- und Wahrnehmungswelten der Zeitungsleser zulässt oder, um mit den Worten des französischen Philosophen und Historikers Michel de Certeau zu sprechen, ob die „Strategien der Medienproduzenten" mit den „Aneignungstaktiken der Mediennutzer"[11] korrespondieren?

Diese Frage des Mediennutzungsverhaltens kann mangels eindeutiger Quellen nur spekulativ beantwortet werden, da beispielsweise Befragungen oder Zeitzeugeninterviews aus der Zeit fehlen. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass vor allem in der Zwischenkriegszeit ein hybrides Mediennutzungsverhalten vorherrschte, d. h., dass die Lektüre bestimmter Zeitungen oder Zeitschriften mit dem Hören verschiedener Radiosender sowie dem Besuch unterschiedlicher Filmvorführungen kombiniert wurde.

Diese hybride Praxis entspricht den multiplen Identitäten und Vorlieben der meisten Mediennutzer – damals wie heute. Zwar konnte eine eindeutige weltanschauliche oder religiöse Positionierung auch dazu führen, dass nur jene Medien genutzt wurden, welche die eigenen Wertvorstellungen widerspiegelten und es so zu einem Verstärkereffekt in der medialen wie subjektiven Konstruktion von Wirklichkeiten kam. Dennoch lässt sich auch im Mediennutzungsverhalten situativer Opportunismus beobachten: Man wirft einen Blick in die Zeitung, die auf dem Tresen oder beim Friseur im Zeitungskorb liegt; man dreht am Radioempfänger und lauscht unverhofft einer Sendung, die normalerweise nicht auf dem Programm steht; man geht in einen Film, weil Freunde einen dazu überreden. Ganz abgesehen davon, dass man sich am Küchentisch, auf dem Schulhof oder beim sonntäglichen Frühschoppen über den individuellen Medienkonsum austauscht und darüber diskutiert.

Propagandistische Instrumentalisierung auf der einen und subversive oder bejahende Aneignung auf der anderen Seite stehen in einem Spannungsverhältnis, dessen individuelle wie kollektive Komplexität Historiker ex post nur schwer rekonstruieren können. Was aber mit Sicherheit behauptet werden kann, ist, dass die Bevölkerung Eupen-Malmedys in der Zwischenkriegszeit einer breiten Palette von politischen, kulturellen und ideologischen Meinungsträgern ausgesetzt war und sich entsprechend informieren oder positionieren konnte.

Gerade das Beispiel des Rundfunks zeigt, dass dieser Meinungsbildung keine lokalen oder regionalen Grenzen gesetzt waren. Der unbestrittene Erfolg zahlreicher nationalsozialistischer Propagandafilme vor und während des Zweiten Weltkriegs lässt keinen anderen Schluss zu, als dass die nationalistische und antisemitische Propaganda der nationalsozialistischen „Kulturpolitik" auch in Ostbelgien ein großes Publikum gefunden hat. Auch wenn der Besuch von „Jud Süß" oder „Der ewige Jude" den damaligen Kinogänger nicht automatisch zum überzeugten Antisemiten gemacht hat, kann schon allein aus einer Betrachtung der Mediennutzung heraus behauptet werden, die Bevölkerung habe genau gewusst, welche menschenverachtende Ideologie sich hinter dem Nationalsozialismus verbarg.

Endnoten

1 Vgl. Karl Christian Führer, Auf dem Weg zur „Massenkultur"? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: HZ 262 (1996), S. 739-781; Kaspar Maase, Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970, Frankfurt a. M. 1997; Donald Sassoon, The Culture of the Europeans. From 1800 to Present, London 2007.

2 Vgl. Nick Couldry/Andreas Hepp, The mediated construction of reality, Cambridge 2016.

3 Vgl. Heidi Christmann, Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen, Diss., München 1974; Werner Brüls, Die Eupener Nachrichten und das Grenz-Echo 1933-1940, Lizenziatsarbeit, Louvain-la-Neuve 1992; Guido Havenith, L'image de la Belgique dans le Grenz-Echo 1927-1940. Une voie vers l'intégration?, Lizenziatsarbeit, Lüttich 1995; Heinz Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, Eupen 2007; Andreas Fickers (Hrsg.), Zwischen den Zeilen. Die Geschichte des Kreisblattes für den Kreis Malmedy und der St. Vither Zeitung, 1866-1940, Brüssel 2008 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Deutschsprachigen Belgier, Bd. 3); Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel 2013 (Comparatism & Society 21); Vitus Sproten, „Widerspruchsvolles Durch- und Gegeneinander" – Mediengeschichte in ländlichen Zwischenräumen. Das Beispiel Eupen-Malmedy (1920-1940), in: Clemens Zimmermann et al. (Hrsg.), Landmedien. Kulturhistorische Perspektiven auf das Verhältnis von Medialität und Ruralität im 20. Jahrhundert, Innsbruck 2018, S. 132-158.

4 Vgl. Ulrike Pommée, Die Fliegende Taube. Monographie du premier journal belge de langue allemande, Lizenziatsarbeit, Brüssel 1985.

5 Vgl. Christmann, Presse, S. 541.

6 Vgl. Fickers, Zwischen den Zeilen.

7 Vgl. hierzu Beck, Umstrittenes Grenzland, insbes. S. 243-310.

8 Vgl. Klaus Pabst, Kurt Grünebaum (1910-1988), in: Geschichte im Westen 1 (1989) 113ff.; Guy Vanhaeverbeke et al. (Hrsg.), Kurt Grünebaum: historien du moment, journaliste omineprésent, Eupen 1988; Heinz Warny, kg.Brüssel. Zum Lebenswerk des Journalisten Kurt Grünebaum, Eupen 2011.

9 Vgl. Heinrich Toussaint, Die drei Leben des Otto Eugen Mayer, Eupen 1989.

10 Vgl. Christmann, Presse, S. 428.

11 Vgl. ebd., S. 414.

12 Vgl. Robert Demoulin, Comment un diplomate français voyait la presse belge à la veille de la seconde guerre mondiale, in: Revue du Nord 261-262 (1984), S. 701-711, hier S. 705.

13 Vgl. Heinz Warny, Henri Michel. Streiter im Grenz-Echo für Eupen-Malmedy, Eupen 2015.

14 Vgl. Henri Michel, KZ-Erinnerungen und Hungermarsch in die Freiheit eines politischen Gefangenen, Eupen 1985. Siehe auch Philippe Beck, Dichter als Vorreiter oder Mitläufer der Autonomiediskussionen? Das lange literarische Schweigen, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 236-241.

15 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Bestand Stadt Eupen, 84/57, Anfragen Eupener Einwohner an das Stadtbauamt, 1926-1929.

16 Vgl. Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande. Die Bräuche der belgischen Eifel, Bd. 3, Sankt Vith 1994, S. 120.

17 Vgl. Florian Cebulla, Rundfunk und ländliche Gesellschaft 1924-1945, Göttingen 2011, S. 33-36.

18 Vgl. Carsten Lenk, Die Erscheinung des Rundfunks. Einführung und Nutzung eines neuen Mediums 1923-1932, Opladen 1997.

19 Vgl. Andreas Fickers, Visibly Audible. The Radio Dial as Mediating Interface, in: Trevor Pinch/Karin Bijsterveld (Hrsg.), The Oxford Handbook of Sound Studies, Oxford 2012, S. 411-439.

20 Vgl. Jan Mestagh, De cultuur van het Belgische radioamateurisme en de opkomende mainstreamcultuur in het interbellum, Masterarbeit, Gent 2016, S. 134. In anderen ländlichen Gebieten Belgiens wie der Provinz Luxemburg war die Verbreitung des Radios noch nicht so weit fortgeschritten wie in Eupen-Malmedy.

21 Vgl. Mestagh, Radioamateurisme, S. 69.

22 BAK, NL 134, Bd. 13, Brief Josef Dehottay an Siemens & Halske AG, 1.12.1933.

23 BAK, NL 174, Bd. 13, Brief betreffend die Anschaffung von Volksempfängern an die Reichsrundfunkkammer, 13.1.1934.

24 Vgl. Lejeune, Leben und Feiern, S. 126f.

25 Escher Tageblatt, 14.1.1939, S. 6.

26 Ebd., 20.9.1939, S. 5.

27 Vgl. Irma Lehmann, Bericht über den Einsatz in Eupen-Malmedy vom 30. Juli bis 20. August 1938, 5f. Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland, Schriftwechsel VDA, Nr. 4735. Zit. nach Klaus Pabst, Deutsch auf belgischer Welle, in: Wolfgang Jenniges (Hg.), Gestalten und Entwicklungen. Hubert Jenniges zum 70. Geburtstag gewidmet, Löwen, St. Vith 2004, S. 267f.

28 Vgl. Andreas Fickers, Radio, in: Akira Iriye/Pierre-Yves Saunier (Hrsg.), The Palgrave Dictionary of Transnational History, Basingstoke 2009, S. 870-873; Suzanne Lommers, Europe on Air. Interwar Projects for Radio Broadcasting, Amsterdam 2012; Andreas Fickers/Pascal Griset, Communicating Europe. Technologies, Information, Events, London 2018.

29 Vgl. Christmann, Presse, S. 360.

30 Vgl. ebd. Vor allem der Rex-Abgeordnete René Wintgens setzte sich im Abgeordnetenhaus für einen deutschsprachigen Sender ein.

31 Vgl. BAK, NL 174, Bd. 27, Franz Thedieck an Nachrichtenabteilung des Reichssenders Köln eine Sendung über die älteste Bürgerin Eupens betreffend, 2.8.1935; Bundesarchiv Koblenz, N1174, Bd. 27, Brief des Direktors des Zentralbildungsausschusses der Rundfunk-AG der deutschen Katholiken im Zentralbildungsausschuss der Kath. Verbände Ds, Msgr. Bernhard Marschall die wohlwollende Haltung Herrn Hardt, Intendant der WERAG, gegenüber Eupen-Malmedy betreffend, 8.8.1930.

32 Vgl. exemplarisch: Delftsche Courant 28.3.1939, S. 2. Auch die niederländischen Radiostationen griffen das Thema auf: Radio Een, Eerste uitzending 27.3.1939; Luxemburger Wort, Belgien und Deutschland, 30.3.1939, S. 3; L'Action Française, Le poste de Cologne va cesser ses émissions concernant Eupen et Malmedy, 30.3.1939, S. 3. Vgl. hierzu auch Privatarchiv Carlo Lejeune, Büllingen, Brief van Schendel an Soudan, 31.3.1939; Jochen Lentz, Eine Rundfunksendung während des Wahlkampfes von 1939 und ihre diplomatischen Folgen, in: Zwischen Venn und Schneifel 2000/4, S. 71-76.

33 Vgl. La Semaine de Malmedy, 23.10.1937; Bundesarchiv Koblenz, N1174, Bd. 10, Brief Hans Steinacher an Franz Thedieck die ‚schlampige Gesinnung' des Eupener Marien-Chors betreffend, 6.2.1932.

34 Vgl. Christmann, Presse, S. 484.

35 Ebd., S. 484f. Zur Kulturvermittlung siehe auch Philippe Beck, Literaturvermittlung in Ostbelgien zur Zwischenkriegszeit, in: Cornelia Ilbrig et al. (Hrsg.), Kulturelle Überlieferung.

Bürgertum, Literatur und Vereinswesen im Rheinland 1830-1945, Düsseldorf 2008 (Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf, Archiv Bibliothek Museum 12), S. 227-245.

36 Vgl. SAE, Bestand Eupen Neuzeit, 84/57, Brief Hugo Zimmermann an R. Corteil, 12.5.1938.

37 Vgl. Lejeune, Leben und Feiern, S. 124f.

38 Vgl. Pabst, Deutsch auf belgischer Welle, 260ff. Dies war auch für die Kultursendungen des INR allgemein der Fall. Als Beispiel seien die Lesungen aus den Werken des österreichisch-ungarischen pazifistischen Kriegsschriftstellers Andreas Latzko genannt. Vgl. Philippe Beck, La réception de l'œuvre d'Andreas Latzko en Belgique. Contacts, réseaux, publications, in: Jacques Lajarrige (Hrsg.), Andreas Latzko (1876-1943). Ein vergessener Klassiker der Kriegsliteratur? Andreas Latzko (1876-1943). Un classique de la littérature de guerre oublié ?, Berlin 2018 (Forum Österreich, Bd. 6) (in Vorbereitung).

39 Vgl. SAE, Bestand Eupen Neuzeit, 84/57, Brief Mathieu Bodet an die Stadtverwaltung Eupen, 7.9.1937. Vgl. hierzu auch die Schlussfolgerung bei Lejeune, Leben und Feiern, S. 126.

40 Vgl. Pabst, Deutsch auf belgischer Welle, 260ff.

41 Vgl. Peter Thomas, Der BRF – Die Rundfunkstimme im Grenzland, in: Peter Nelde (Hrsg.), Deutsch als Muttersprache in Belgien, Forschungsberichte zur Gegenwartslage, Wiesbaden 1979, S. 259-262, hier S. 259.

42 Vgl. SAE, Bestand Stadt Eupen, 55/178, Brief Pierre Centner an Martin Berg, 27.3.1934.

43 Vgl. Martin Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg, Bern/Frankfurt/Las Vegas 1978, S. 205; Michael Hensle, „Rundfunkverbrechen" vor nationalsozialistischen Sondergerichten. Eine vergleichende Untersuchung der Urteilspraxis in der Reichshauptstadt Berlin und der südbadischen Provinz, Diss., Berlin 2001, S. 186-200.

44 Um diese Lücke in der Regionalhistoriographie ein wenig zu schließen, haben die Autoren Philippe Beck und Vitus Sproten die Filmdatenbank Eupen-Malmedy aufgebaut. Sie enthält momentan Informationen zu 2.737 Filmen, die in der Zwischenkriegszeit in Eupen-Malmedy gezeigt wurden, sowie zu allen Kinos der Ostkantone.

45 Vgl. Ludwig Vogl-Bienek, Lichtspiele im Schatten der Armut. Historische Projektionskunst und soziale Frage, Frankfurt a. M. 2016; Robert Allen, Vaudeville and Film 1895-1915. A Study in Media Interaction, New York 1980.

46 Vgl. hierzu die Siegener Wanderkinodatenbank: http://www.fk615.uni-siegen.de/earlycinema/index.htm (25.5.2018).

47 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 427f. Wilhelm Ponten hatte zuvor als Schreiner in Verviers gearbeitet.

48 Vgl. Der Kinematograph 3 (1907), S. 9.

49 Vgl. Corey Ross, Mass Culture and divided audiences; cinema and social change in inter-war Germany, s.l. 2006, S. 157-197, insbes. S. 163ff. Anhand einer Analyse des Kinoprogramms und der Eintrittspreise für die Eupen-Malmedyer Kinos könnten weitere Rückschlüsse auf das Publikum der damaligen Zeit gezogen werden.

50 Vgl. Elizabeth Prommer, Film und Kino: die Faszination der laufenden Bilder, Wiesbaden 2016, S. 22.

51 Vgl. ebd.

52 Vgl. Ernst Klee, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007, S. 457.

53 Für den deutschen Kontext siehe Corinna Müller, Vom Stummfilm zum Tonfilm, München 2003. Der belgische Kontext ist noch weitgehend unerforscht, siehe Nathalie Hannes, De komst van de geluidsfilm in België. Een nieuwe filmindustrie, Masterarbeit, Gent 2013. Für andere sprachliche Übergangsgebiete siehe Paul Lesch, Les débuts du cinéma sonore et parlant au Luxembourg (1929-1933), in: Hémecht 2001/3, S. 293-341.

54 Vgl. Alain Boillat, Du Bonimonteur à la voix-over. Voix-attraction et voix-narration au cinéma, Lausanne 2007.

55 Vgl. etwa die Geschichte des niederländischen Tonfilms : Karel Dibbets, Sprekende films, de komst van de geluidsfilm in Nederland 1928-1933, Amsterdam 1993.

56 „Eröffnung des hundertprozentigen Sprech- und Tonfilm-Theaters", „Kino mit den neuesten Apparaten der Firma Tobis-Klang Berlin" (SVZ, 13.2.1932). In Malmedy strahlte das Cinéma de l'Europe am 13. Februar 1932 den ersten Tonfilm, „Die Drei von der Tankstelle", mit einer Tobis-Klangfilm-Apparatur aus (La Semaine, 30.1.1932). Auch im Kino Pax in Kelmis wurden spätestens Ende 1932 „Tobis Klangfilme" gezeigt (GE, 2.12.1932). Der genaue Zeitpunkt der ersten Tonfilmvorführung konnte mangels Programmanzeigen weder für das Kino Pax noch für das Eupener Tonfilm-Kino (Saal Koch) eruiert werden.

57 Vgl. SAE, Stadt Eupen, 320/50/147, Verzeichnis der Unternehmen und Betriebe der Stadt Eupen, s. d.

58 Einige Wochenschauen sind durch die Archive der Firma Gaumont-Pathé aufbewahrt. Online: http://www.gaumontpathearchives.com (1.6.2018)

59 Vgl. Vooruit, Grensland (sic) der Demokratie IV, 4. September 1938, S. 3; David Mennicken, Die Heimattreue Front 1936-1940. Geschichte der „Heim-ins-Reich"-Bewegung in Eupen-Malmedy, Eupen 2016, S. 86, 93; Carlo Lejeune, Die Kulturpolitik Belgiens und Deutschlands in Eupen-Malmedy (1929-1936), Magisterarbeit, Köln 1987, S. 63.

60 Vgl. Lejeune, Die Kulturpolitik, S. 41, 63.

61 Vgl. Bruno Kartheuser, Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy. Einblick in das Netzwerk der reichsdeutschen Subversion, Neundorf 2001, S. 135-139. Auch sonst kam die Dorfbevölkerung der belgischen Eifel selten mit Filmmaterial in Kontakt. Nur sporadisch wurden Filmvorführungen, die meist einen erzieherischen Charakter hatten, in Dorfsälen wie in Galhausen, Büllingen oder Recht vorgeführt.

62 Vgl. Odenwald, Der nazistische Kampf, S. 111f.

63 Vgl. Remaklus, Ausdehnung der nationalistischen Front gegen Im Westen nichts Neues auf Eupen-Malmedy?, in: Grenz-Echo, 9.5.1931; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 291.

64 Vgl. ebd.; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 291; Odenwald, Der nazistische Kampf, S. 111f.

65 Radames, Zwei Bücher ... zwei Filme, in: Grenz-Echo, 27.12.1930.

66 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 292ff.

67 Vgl. Siegfried Kracauer, Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films, Frankfurt a. M. 1979, S. 124ff.

68 Anonym (= Peter Schmitz), „Nie wieder Krieg?", in: Grenz-Echo, 24.1.1933, S. 1.

69 Vgl. Kracauer, Von Caligari zu Hitler, S. 459-462.

70 Anonym (= Peter Schmitz), „Nie wieder Krieg?", in: Grenz-Echo, 24.1.1933, S. 1. Alle Hervorheb. im Orig.

71 Vgl. hierzu Reinhold Lütgemeier-Davin, „Nie-wieder-Krieg'-Bewegung", in: Helmut Donat et al. (Hrsg.), Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz, Düsseldorf 1983, S. 284-288; Karol Fiedor, Carl von Ossietzky und die Friedensbewegung. Die deutschen Pazifisten um Kampf gegen Wiederaufrüstung und Kriegsgefahr, Breslau 1985.

72 Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 295.
73 Florian Odenwald, Der nazistische Kampf gegen das „Undeutsche" in Theater und Film 1920-1945, München 2006, S. 367f.
74 Vgl. ebd., S. 364ff.
75 Vgl. Daniël Biltereyst et al., Filmcensuur in België. Over de praktijken van de belgische Filmkeuringscommissie (1922-2003), in: Daniël Biltereyst et al., Media, Demokratie en Identiteit. De rol van de media in een demokratisch samenleving, Gent 2016, S. 133-153. Zu den Verboten belgischer Gemeinden siehe Daniël Biltereyst, Will we ever see Potemkin? The historical reception and censorship of Eisenstein's Battleship Potemkin in Belgium (1926-1932), in: Studies in Russian and Soviet Cinema 2 (2008), S. 5-19. Lediglich in einer Programmanzeige ist von einer „Stadtzensur" in Sankt Vith die Rede, die allerdings anscheinend keine Anwendung fand.
76 Vgl. zur katholischen Säule etwa Guido Convents, Les catholiques et le cinéma en Belgique (1895-1914), in: Roland Cosandey et al. (Hrsg.), Une Invention du Diable? Cinéma des Premiers Temps et Religion, Lausanne 1992, S. 21-44; Daniël Biltereyst, Kruistocht tegen slechte cinema. De Katholieke Filmactie en bioscopen, in: Philippe Meers et al. (Hrsg.), De verlichte stad, Een geschiedenis van bioscopen, filmvertoningen en filmcultuur in Vlaanderen, Leuven 2007, S. 141-160.
77 Odenwald, Der nazistische Kampf, S. 364.
78 Vgl. Film-Oberprüfstelle, Nr. 7884, 1.10.1937, Abschrift, Filmverbot, http://www.deutsches-filminstitut.de/zengut/df2tb149z.pdf (4.5.2018).
79 Vgl. Odenwald, Der nazistische Kampf, S. 360.
80 Ebd., S. 364.
81 Berücksichtigt man die Liste der NS-Propagandafilme der Murnau-Stiftung, wurden deren sieben in Eupen-Malmedy vor der Annexion durch das „Dritte Reich" gezeigt, davon sechs vor Kriegsbeginn: Der Herrscher (1937, Veit Harlan), Patrioten (1937, Karl Ritter), Ritt in die Freiheit (1936, Karl Hartl), Unternehmen Michael (1937, Karl Ritter), Verräter (1936, Karl Ritter), Volldampf voraus (1933, Carl Froehlich) sowie nach Kriegsbeginn Der Stammbaum des Dr. Pistorius (1939, Karl Georg Külb).
82 Odenwald, Der nazistische Kampf.
83 Vgl. ebd., S. 328ff.
84 Vgl. ebd., S. 340f.
85 Vgl. SAE, Bestand Stadt Malmedy, 301, Brief Kreisfilmstellenleiter Dierkesmann an alle Ortsgruppenleiter und Amtsbürgermeister des Kantons Malmedy den Spielplan für den Monat April 1944 betreffend, 10.3.1944.
86 Vgl. Prommer, Film und Kino, S. 24; Ralf Forster, Farbenfrohe Welt in Agfacolor (1940-44). Erschloss die Farbe neue Kulturfilm-Möglichkeiten?, in: Ramón Reichert (Hrsg.), Kulturfilm im Dritten Reich, Wien 2006, S. 75-90, hier S. 86.
87 Hierbei handelt es sich um NS-Propagandafilme, die 1945 von den Alliierten als Verbotsfilme klassifiziert wurden. Sie sind nur „für schulische, wissenschaftliche und produktionstechnische Zwecke zur Sichtung verfügbar", http://www.murnau-stiftung.de/filmbestand/geschichte/drittes-reich (14.5.2018). Derzeit umfasst die Liste 50 Filme: siehe http://www.murnau-stiftung.de/movie_search?genre=22 (14.5.2018).
88 Vgl. „Über alles in der Welt", in http://www.murnau-stiftung.de/movie/899 (14.5.2018).
89 Vgl. SAE, 3-072 - 306 -77: Eupen, Neuzeit, Lustbarkeitssteuer, 1940-1942, Spielpläne Capitol und Schauburg.
90 Vgl. Westdeutscher Beobachter, 31.5.1943, S. 8.
91 http://www.murnau-stiftung.de/filmbestand/geschichte/drittes-reich (14.5.2018)
92 SAE, 3-072 - 306 -77: Eupen, Neuzeit, Lustbarkeitssteuer. 1940-1942, Spielpläne Capitol und Schauburg.
93 Vgl. Bernward Dörner, Der Holocaust. Die Endlösung der Judenfrage, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Vorurteil und Genozid: Ideologische Prämissen des Völkermords, Wien 2010, S. 97, Fn. 56.
94 Vgl. Erwin Leiser, „Deutschland, erwache!" Propaganda im Film des Dritten Reiches. Reinbek 1968, S. 68. Zu diesen antisemitischen Filmen siehe auch Stefan Mannes, Antisemitismus im nationalsozialistischen Propagandafilm. Der ewige Jude und Jud Süß, Köln 1999.
95 Vgl. „Ich klage an", http://www.murnau-stiftung.de/movie/411 (14.5.2018).
96 Vgl. Ramón Reichert (Hrsg.), Kulturfilm im „Dritten Reich", Wien 2006.
97 Vgl. Michael Töteberg, Im Auftrag der Partei. Deutsche Kulturfilm-Zentrale und Ufa-Sonderproduktion, in: Hans-Michael Bock et al. (Hrsg.), Das Ufa-Buch. Kunst und Krisen, Stars und Regisseure, Wirtschaft und Politik, Frankfurt a. M. 1992.
98 Vgl. Elizabeth Cowie, Recording Reality, Desiring the Real, Minneapolis 2011.
99 Zu den Reichsparteitagen siehe Markus Urban, Die Konsensfabrik. Funktion und Wahrnehmung der NS-Reichsparteitage, 1933-1941, Göttingen 2007.
100 Vgl. SAE, 3-072 - 306 -77: Lustbarkeitssteuer. 1940-1942, Spielpläne der Kinos Capitol und Schauburg.
101 Vorspann Film Eupen-Malmedy wieder im Reich, D, 1942/43, 37 Min., BArch, Benutzungsmedien Film, Eingangsnr. K 177952-1.
102 Martin Selt, Eupen-Malmedy wieder im Reich. Eine Gedenkstunde im Capitol-Theater Aachen, in: Westdeutscher Beobachter, 19.5.1943, S. 4. Der Film ist erhalten und durch das Bundesarchiv in Koblenz archiviert.
103 Ebd.
104 Für weitere Propagandaaktionen in Verbindung mit der Rückeingliederung Eupen-Malmedys siehe Schärer, Deutsche Annexionspolitik, S. 61 ff.
105 Vgl. Ulrike Bartels, Die Wochenschau im Dritten Reich. Entwicklung und Funktion eines Massenmediums unter besonderer Berücksichtigung völkisch-nationaler Inhalte, Frankfurt a. M. 2004 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 995).
106 Vgl. Ralf Forster, Farbenfrohe Welt, S. 86.
107 Vgl. Vitus Sproten, Ostbelgien hört Ostbelgien. Le débat autour de l'autonomie culturelle des Belges germanophones aux ondes du Belgischer Hörfunk (1965-1974), Masterarbeit, Lüttich 2016.
108 Vgl. Gerd Kleu, Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen 2007, S. 122-127.
109 Vgl. Leo Kever, Am 7. Februar 1963 verstarb der Eupener Kino-Pionier Martin Berg, in: Grenz-Echo, 20.4.2013.
110 Vgl. Andreas Fickers, Die Ostbelgischen Medien als Akteur der Autonomiedebatte? Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2013, S. 218-236.
111 Michel de Certeau, L'invention du quotidien. Arts de faire, Paris 1990.

GRENZREGIONEN ALS BRENNPUNKTE
POLITISCHER SPANNUNGEN

DIE VERGESSENE SICHT DER KINDER

VON MACHTELD VENKEN











Historiker sammeln Quellen und interpretieren sie. Bisher sind Zeitzeugnisse von Kindern kaum beachtet worden. Setzt man allerdings voraus, dass auch Kinder ihre Umwelt rational beobachten können, dann können diese Egodokumente aus unterschiedlichen Grenzregionen in einem Vergleich neue Sichtweisen und Einblicke in die Welt der Kinder ermöglichen. Diese zeigen aber oft parallele Räume, die miteinander unvereinbar sein können und Rückschlüsse auf den Alltag der Kinder eröffnen, sogenannte Heterotopien.

Am 18. Oktober 1938 verfasste ein anonymes Mädchen aus Eupen einen Brief an Adolf Hitler. Es zitiert seinen Vater mit den Worten: „Ich bin jetzt Belgier. Dessen Brot ich esse, dessen Ehre gebührt, was würde Hittler sagen wenn die Leute ihm nicht ehrten und öffentliches Ärgernis gaben gegen ihm." Ihre Mutter hingegen bezeichnet sich laut Brief als Anhängerin der Heimattreuen Front (HF), einer prodeutschen, nationalsozialistisch beeinflussten Bewegung.

Das Mädchen schreibt weiter, dass eine in Deutschland lebende Tante bei der Familie zu Besuch war. Sie habe die Führer der HF als Lümmel verspottet, die von deutschen Steuergeldern finanziert würden. Sie habe der Familie nahegelegt, den höheren belgischen Lebensstandard dem des ärmeren Deutschlands vorzuziehen. Die junge Briefeschreiberin berichtet auch von der Zerrissenheit der Familie: „Und so sitzen wir Kinder oft weinend zusammen in einer Ecke, weil die Eltern sich zanken und schreien."[1]

Durch den Versailler Vertrag wurden neue Grenzen quer durch Europa gezogen. In Osteuropa entstanden aus der zerfallenen Habsburger-Monarchie zahlreiche neue Nationalstaaten. Im Norden und Westen musste Deutschland Gebiete an Dänemark, Belgien und Frankreich abtreten. Der Nationalismus als gewichtige Ursache des Ersten Weltkrieges wurde somit gestärkt. Die Schaffung eines Europas der Nationalstaaten löste aber nicht die Frage, wie die Grenzbewohner der abgetretenen Gebiete in ihren historischen, religiösen, sprachlichen, kulturellen und/oder ethnischen Unterschieden integriert werden sollten[2].



Emmels, 1930er Jahre: Kinder verarbeiten in ihren Spielen ihre Lebenswelt, ihre Ängste und Hoffnungen.

Der zitierte Brief macht deutlich, dass Grenzlandkindern nationale Identifikation nicht in die Wiege gelegt wurde. Sie war lediglich eine Wahlmöglichkeit[3]. Das Eupener Mädchen sollte, ganz im Sinne der Architekten des Versailler Vertrages, in einem dauerhaft friedlichen Grenzgebiet aufwachsen. Allerdings versäumten die Diplomaten, eine Unterstützung für die Umsetzung ihrer idealistischen Pläne anzubieten[4].

Kinder im Fokus der Forschung

Die Vertreter der Friedenskonferenz verhandelten durchaus mit dem Ziel, den Kindern eine äußerst wichtige Rolle bei der Schaffung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker zukommen zu lassen[5]. Dies wurde natürlich dadurch erschwert, dass diese Kinder eine neue Nationalität annehmen mussten. Der Ansatz überraschte aber kaum. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Kinder in der Politik der Staaten eine neue Aufmerksamkeit gefunden: Einerseits dominierte noch immer die eher traditionelle, obrigkeitsstaatliche Auffassung, dass Staaten eine staatsbildende Elite bräuchten, andererseits gewann die Emanzipation des Proletariats immer größere Bedeutung. Hierbei sollten auch die Rechte der Kinder gestärkt werden: u. a. durch ein Verbot von Kinderarbeit, den Kampf gegen Kindersterblichkeit und die Einführung der Schulpflicht[6]. Nach der Jahrhundertwende wurde der Kindesentwicklung in ganz Europa ein nicht vorherzusehendes, fast schon systematisches Interesse entgegengebracht[7].

Das wird gerade in den Grenzgebieten deutlich. Hier prallten Nationalismus und Regionalismus besonders heftig aufeinander, so dass hier einzigartige Sonderwege entstanden. Um diesen Aspekt zu beleuchten, habe ich versucht, zwei Schriften von Kindern zu vergleichen, die zeigen, dass Kinder aus Grenzregionen viele Gemeinsamkeiten hatten. Sie geben zudem einen Einblick in das rationale Denken dieser

Kinder auf Basis eines Vergleichs individuell gemachter Erfahrungen.

Zwei Fallstudien aus zwei Grenzregionen

Die beiden Fallstudien vergleichen die Erfahrungen eines Kindes aus Eupen mit denen eines Kindes aus dem polnischen Oberschlesien, das damals teilweise von Deutschland an Polen abgetreten worden war. Da Preußen schon 1825 die Schulpflicht in Eupen-Malmedy wie in Oberschlesien eingeführt hatte, entstand schon frühzeitig eine neue Dynamik in diesen Grenzregionen. Nach 1920 wollten dann Vertreter des belgischen und des polnischen Staates ohne langjährige Erfahrungen mit der Schulpflicht ihre politischen Bildungsvisionen in diesen Regionen mit langer Schulpflichttradition implementieren.

Beide Regionen hatten zudem eine fast ausschließlich katholische Bevölkerung und waren landwirtschaftlich geprägt. Nachdem Oberschlesien 1922 aufgeteilt wurde, verarmte das polnische Oberschlesien, wogegen sich das benachbarte deutsche Oberschlesien wirtschaftlich deutlich besser entwickelte[8]. Die wirtschaftliche Lage in Eupen-Malmedy verbesserte sich unter belgischer Herrschaft.

Beispiele kindlicher Heterotopien

Welche Einblicke kann man aus den selbstverfassten Schriften der Grenzlandkinder in ihre sozialen Lebensräume gewinnen? Zwei dieser Schriften möchte ich näher beleuchten, u. a. um Bedenken gegen die Verwendung kindlicher Selbstzeugnisse in der Geschichtsforschung auszuräumen.

So hat man lange behauptet, dass Kinder wegen noch nicht vollständig erworbener Vernunft nicht die Fähigkeit zum rationalen Handeln besäßen[9]. Der britische Philosoph David Archard bietet hierauf eine neuere Sichtweise. Eine allgemein akzeptierte Definition von Rationalität lautet: die Fähigkeit zur Bildung zuverlässiger umweltbezogener Vorstellungen, die Kompetenz, eine verhältnismäßig kohärente Menge von Wünschen zu formulieren, und folglich die Fertigkeit, im Hinblick auf diese Wünsche und Überzeugungen die eigenen Präferenzen konsequent zwischen alternativen Handlungsoptionen zu ordnen. Nach diesen Kriterien bleiben die beiden jugendlichen Autorinnen in der Tat irrationale Kinder.

Die kognitiven, sprachlichen und emotionalen Grenzen von Kindern galten in der vergangenen Geschichtsforschung tatsächlich häufig als Argument gegen das Einbeziehen kindlicher Selbstzeugnisse als Quellen[10]. Dies hat sich inzwischen geändert. Heute gelten Tagebücher, Schulaufsätze und Bilder von Kindern als wertvolle historische Zeugnisse der Vergangenheit. Für die Historiker ist es zugegebenermaßen methodisch eine große





Uniformen verdecken soziale Unterschiede, betonten eine Zugehörigkeit und schaffen eine optische Einheitlichkeit. Wie sie weltanschaulich aufgeladen werden, das hängt von den Organisationen ab, die sie einsetzen. Die Pfadfinder in Eupen (vermutlich Ende der 1930er Jahre) oder die HJ (unbekannter Ort, o. D.) vertreten völlig unterschiedliche Werte.

Herausforderung, herauszufinden, wie die Kinder selbst ihre Behandlung durch Erwachsene betrachten, wie ihre Erfahrungen und Erlebnisse dann in eigenen Praktiken und Verhaltensweisen artikuliert und letztendlich in Selbstzeugnissen ausgedrückt werden. Sie weisen aber auch auf das enorme Potential hin, diese verschiedenen Stimmen einzubeziehen, um zu einem besseren Geschichtsverständnis zu gelangen[11].

Das Eupener Mädchen suchte familiären Frieden. In ihrer kindlichen Naivität versucht sie, Hitler zu überzeugen: „Lieber Führer, ich hab mal gehört wie sie am Radio sagten, dass Sie auch nur ein armer Soldat waren, dann müssen sie auch fühlen, wie weh das tut für alle (Krieg, und habt gesagt ihr hättet einen Strich unter (oder über) unser Grense gemacht." Sie fährt fort: „Es ist doch auch blos sone kleine Stadt, denkt wie lieb die Engländer Franzsosen gegen Euch waren und Euch das Sudetenland gaben nur für alle das Menschenleben zu retten." Darum lädt sie am Ende Hitler ein: „Redet doch auch mal für uns am Radio, sagt es ausdrücklich, das ihr Eupen Malmedy Sankt Vith nicht mehr wollt, sagt ihnen das die ruhig sind."[12]

Welche Anmaßung, einem Diktator wie Adolf Hitler ihren Rat anzubieten, und warum bringt sie ihre eigene Tante in Gefahr, mag der Leser denken. Tatsächlich wird das im Brief geäußerte Anliegen innerhalb der deutschen Dienststellen im Jahr 1938 sehr ernst genommen. Der handgeschriebene Brief wird von der Reichskanzlei an Karl Pütz weitergeleitet, einen Mitarbeiter der Gestapo und des Sicherheitsdienstes Aachen, der zwischen 1934 und 1940 in Eupen-Malmedy sehr aktiv war.

Pütz überträgt den Brief akribisch mit der Schreibmaschine und schickt ihn mit folgendem Argument weiter an Franz Thedieck, Regierungsrat in Köln und VDA-Sonderbeauftragter:

„[...] weil das Schreiben einen interessanten Einblick in die politischen Verhältnisse innerhalb mancher Eupener Familien gibt. Zugleich wirft das Schreiben ein bezeichnendes Licht auf den Einfluss vieler reichsdeutscher Verwandten, die sich in Eupen besuchsweise aufhalten."[13]

Der Brief wird als einzigartige Informationsquelle gewertet, da das Mädchen gegen jene einem stillschweigenden Abkommen ähnelnde Gesprächsverweigerung verstieß, die keinerlei Diskussionen zwischen jenen erwachsenen Grenzbewohnern zuließ, die weiterhin zu Belgien gehören wollten, und jenen, die in den späten 1930er Jahren die Rückkehr ins alte Vaterland Deutschland anstrebten[14]. Ihr Brief erreichte darüber hinaus eine andere reale Welt, so dass die herrschenden Widersprüche, die so bestimmend zu sein schienen, überwunden werden konnten: Das nennt man Heterotopie.

Im Gegensatz zu Utopien (d. h. nicht-existierenden Räume, in denen eine meist positive Gesellschaftsordnung herrscht) handelt es sich bei Heterotopien laut Michel Foucault um reale, aber zugleich „externe Räume", an denen „alle anderen realen Orte, die innerhalb einer Kultur existieren, gleichzeitig vertreten, angefochten und verkannt werden"[15]. Obwohl Foucault Heterotopien als „Konstante jeder Volksgruppe" bezeichnete, war er davon überzeugt, dass Heterotopien nur unter bestimmten Bedingungen auftraten: unter anderem in krisenbehafteten Gruppen von Kindern oder Jugendlichen sowie in nur eingeschränkt zugänglichen Räumen[16].

Letztere Erkenntnis wird von Sarah Green als Argument genutzt, um auf die Nützlichkeit des Konzepts der Heterotopien in der Grenzforschung hinzu-



Kinder des Turnvereins Eupen zeigen den Hitlergruß (1940). Durch diese Geste standen manche vielleicht im Gegensatz zu den Überzeugungen ihrer Eltern.

weisen[17]. Heterotopien kehren die Bedeutung eines Grenzlandes mit dem Zweck um, die tiefgreifenden in der Macht manifestierten Spaltungen (wie im Fall des anonymen Eupener Mädchens) aufzudecken oder um einen parallelen Raum zu erfinden, in dem das Leben organisierter ist als das alltägliche Durcheinander[18].

Das zweite Fallbeispiel: In der Mitte der 1930er Jahre schrieb Brigitta Krencki, ein aus dem oberschlesischen Grenzland kommendes Mädchen, den Aufsatz „Meine großen Ferien 1934". Dieser erschien in der *Kinderwelt*, der Kinderbeilage des *Oberschlesischen Kuriers*, dem Presseorgan der Christlichen Deutschen Volkspartei, der größten politischen Partei der deutsch-oberschlesischen Volksgruppe, die eine religiöse, bürgerliche-konservative Wählerschaft repräsentierte.[19] Im Jahr 1934 forderten die katholischen Redakteure ihre jungen Leser auf, über ihre Erfahrungen in deutschen Sommerferienlagern zu berichten.

Obwohl die Deutsche Reichszentrale Landaufenthalt für Stadtkinder (LfS) sich in erster Linie um in Deutschland lebende Kinder kümmerte[20], wurden, um „das deutsche Denken bei den Kindern wachzuhalten und ihre innere Verbundenheit mit dem Mutterland zu stärken"[21], Grenzlandkinder durch spezielle Initiativen weg von ihren Familien aus ihren Grenzregionen gelockt. Aus Eupen-Malmedy beispielsweise besuchten zwischen 1925 und 1932 schätzungsweise 340 Kinder Sommerlager in Deutschland, eine Zahl, die auf 886 zwischen 1933 und 1938 stieg[22]. Aus dem polnischen Oberschlesien besuchten im Jahr 1923 21 Kinder in Deutschland stattfindende Sommerferienlager, im Jahr 1931 3.026 und im Jahr 1936 schon 5.915 Kinder[23].



Die Schule beeinflusst den Blick der Kinder auf ihre Welt entscheidend mit. Hier gedenkt die Schule Reuland dem Tod Königin Astrids im Jahr 1935.

Nach der Machtübernahme Hitlers im Jahr 1933 wurde die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NVW) gegründet, um Einfluss auf die Art und Weise zu nehmen, wie die LfS die Lager organisierte. In den katholischen Presseorganen der deutschen Minderheit wurde der Nationalsozialismus als Neuheidentum kritisiert[24]. Der *Oberschlesische Kurier* spiegelt den Zwiespalt der Bevölkerung wider. Während der Weltwirtschaftskrise waren diese subventionierten Sommerferien für viele Familien aus ärmlicheren Verhältnissen der einzige Weg, ihren Kindern Urlaub zu ermöglichen. Deshalb bewarb die Zeitung diese Lager, unterstützte aber nicht die neue ideologische Ausrichtung[25].

Der *Oberschlesische Kurier* druckte die Geschichte Brigittas, die das katholische Kinderheim in St. Johann in Riendorf an der Ostsee zum zweiten Mal besucht hatte. Brigittas Aufsatz wurde mit dem Zweck gedruckt, Eltern und Kindern zu versichern, dass das NS-Regime es nicht geschafft habe, die Gedanken der katholischen Kinder während ihrer Sommerlager-Aufenthalte zu beeinflussen. So berichtete Brigitta ausführlich über jene Dinge, die sich nicht verändert hatten (ihre Reise dahin, die Begrüßung durch freundliche Schwestern in Riendorf und davon, dass sie zugenommen hatte). Aber am Ende ihres Aufsatzes erwähnte sie ebenfalls, „schöne neue Lieder" gelernt zu haben[26]. Diese drei Worte stellen die Kehrseite ihres Berichts dar, da es sich bei den Liedern um nationalsozialistische Lieder wie u. a. das Horst-Wessel-Lied[27] als Hymne der NSDAP handelte. Das Erlernen dieser Lieder war sicherlich nicht der Grund, warum Brigitta nach Deutschland geschickt worden war. In der Umgebung, in der Brigitta aufwuchs, sollten Kinder diese Lieder weder lernen noch wertschätzen.

Wenn jedoch eine Definition von Rationalität auch die Möglichkeit



Die Kinder scheinen beim Einmarsch der deutschen Truppen im Mai 1940 in Amel (oben) neugierig und unbekümmert. Die spielenden Kinder in Montenau (1942, rechtes Bild) imitieren vor dem Fotografen den militärischen Gruß. Welche Gefühle haben sie beseelt? Welche unterschiedlichen Lebenswelten mussten sie miteinander verbinden?

bietet, „einen eigenen Kopf zu haben"[28], wird Brigitta zu einem rationalen Menschen, der „einen anderen realen Raum"[29] beschreibt, zu dem nur Grenzkinder Zugang hatten und in dem das Leben klar strukturiert war. „Nachher bekam jeder sein sauberes Bettchen zugewiesen", schrieb Brigitta und fügte noch hinzu, dass das Abendbrot zu festen Zeiten zu erwarten war[30]. In diesem Sinne nehmen Brigittas Formulierungen die Gestalt einer kindlichen Heterotopie an, eine temporäre Welt, die „mehrere Räume beherbergen konnte, die in sich jedoch unvereinbar waren"[31].

Die hier gezeigten Heterotopien geben uns einen einzigartigen Zugang zum Denken der Grenzlandkinder. Sie zeigen uns, wie unterschiedlich Grenzlandkinder ihr Dasein im Gegensatz zu Erwachsenen erlebten und es sich vorstellten. Zusätzlich ermöglicht ein Vergleich kindlicher Heterotopien Einblicke in die Gemeinsamkeiten des Aufwachsens in verschiedenen europäischen Grenzgebieten.

Ähnliche Erkenntnisse sind durch die Analyse archivierter Berichterstattungen von Erwachsenen über das Leben von Kindern nicht zu erhalten. Solche Einsichten sind auch nicht durch Interviews mit alten Menschen zu erzielen, die über ihre Kindheit berichten[32]. Die Heterotopien dieser jungen Grenzlandautoren bereichern daher unser Verständnis der europäischen Vergangenheit.

Leider ist die Entschlüsselung heterotopischer Quellen heute eine große Herausforderung. Das anonyme Mädchen aus Eupen schrieb selbst, warum es so schwierig war, ihren Brief zu verfassen: „Ich schreibe dieses, wie meine Mutter mit der Tante spazieren ist" und „Ich darf keine Name nennen, sonst krieg ich Schläge von mein Vater"[33]. Darüber hinaus entstanden die



in der Zwischenkriegszeit verfassten Heterotopien der Grenzlandkinder in einer Zeit, in der die Landesgrenzen noch durchlässiger wurden und Kategorien von innerhalb und außerhalb diffus wurden .

Dies geschah sowohl 1934 im polnischen Oberschlesien als auch gegen Ende der 1930er Jahre in Eupen-Malmedy. Deutschland trat 1934 aus dem Völkerbund aus, der Autoritarismus der polnischen Politik nahm zu und die bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland verbesserten sich.

Kindliche Quellen anders lesen

Grenzgebiete sind Fenster, die es uns ermöglichen, die europäische Geschichte besser zu verstehen, da sie in der Zwischenkriegszeit zu Orten wurden, in denen die hehren Vorstellungen eines friedlichen und gerechten Europas, die die politische Landschaft damals prägten, am tiefsten hinterfragt wurden. Eupen-Malmedy sowie das polnische Oberschlesien wurden zu solch speziellen Orten, in denen das Alltagsleben der Kinder eine andere Dimension annahm als im übrigen Polen und Belgien.

Die hier vorgestellten Kinderautoren brachten sich aktiv in ihre Lebenswelt ein. Wenn wir die einzigartigen Fähigkeiten von Kindern anerkennen, Heterotopien (d. h. Orte, die nach eigenen Regeln funktionieren) zu schaffen, müssen wir sie als eigenständige, rational handelnde Menschen sehen. Ihre Schriftstücke zeigen uns, dass sie das Potential besaßen, sich einzigartige Lösungen auszudenken, um ihre soziale Umgebung zu verändern, sich jedoch ebenso auf die Ressourcen ihrer Eltern verlassen mussten, um ihre Ideen verbreiten zu können.



Sich in Reih und Glied aufstellen galt auch nach 1945 noch als Sinnbild für das gesellschaftliche Ideal von Zucht und Ordnung. Dieses Ideal überdauerte die Kriegszeit und wurde erst Ende der 1960er Jahre in Frage gestellt.

Solche Heterotopien entstanden hauptsächlich in Zeiten, in denen Staatsgrenzen unscharf waren. Die einzelnen Schriftstücke der Grenzlandkinder können als Sammlung vielschichtiger Antworten auf die erhebliche finanzielle und kulturelle Unterstützung Deutschlands gesehen werden, die für die deutschstämmige Bevölkerung gedacht war. Der dadurch ausgelöste Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Ansichten, Einrichtungen und Infrastrukturnetzen schien die Grenzlandkinder geradezu angeregt zu haben, ihre eigenen Standpunkte zu artikulieren.

Der Aufsatz von Brigitta Krencki macht eine bessere reale Welt sichtbar, eingebettet in einem deutschen Sommerferienlager, während der Brief des anonymen Eupener Mädchens uns ein einzigartiges Bild von den Widersprüchen jener Zeit gibt und wie diese von Kindern erlebt wurden. Gerade wegen der tiefen Einblicke in die inkonsistenten Beziehungen innerhalb der Grenzfamilien gilt der Brief als aufschlussreiche Quelle umso mehr, da er von der deutschen Verwaltung ernst genommen wurde. Beide Verfasserinnen zogen damals die Aufmerksamkeit der Erwachsenen auf sich. Dies lässt die Frage aufkommen, ob Historiker vielleicht ihre Definition davon, was eine historische Quelle ist, heute nicht erweitern sollten, um die Heterotopien der Grenzlandkinder in unser Verständnis der europäischen Vergangenheit mit einzubeziehen.

Endnoten

1 Bundesarchiv Koblenz (BAK), NL 174, 23 P, 5b, S. 1f. (Brief an den Führer [von] Deutschland, Eupen, 18.10.1938). Die folgenden Auszüge aus dem Brief enthalten Fehler. Der Text wurde unkorrigiert übernommen.

2 Vgl. Ulrike von Hirschhausen/Jörn Leonhard, Europäische Nationalismen im West-Ost-Vergleich. Von der Typologie zur Differenzbestimmung, in: Ulrike von Hirschhausen/Jörn Leonhard (Hrsg.), Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, S. 11-45, hier: S. 15.

3 Vgl. Peter Polak-Springer, Recovered Territory. A German-Polish Conflict over Land and Culture 1919-1989, New York/Oxford 2015, S. 15.

4 Vgl. Machteld Venken, Borderland Children in Europe (1871-1940). Unveröffentlichte Habilitationsschrift, Universität Wien 2018.

5 Vgl. Machteld Venken, Introduction: Borderland Studies Meets Child Studies. A European Encounter, in: Machteld Venken (Hrsg.), Borderland Studies Meets Child Studies. A European Encounter, Frankfurt am Main 2017, S. 11-41.

6 Vgl. Paula S. Fass (Hrsg.), The Routledge History of Childhood in the Western World, London/New York 2012; Hugh D. Hindman, Coming to Terms with Child Labor, in: Hugh D. Hindman (Hrsg.), The World of Child Labor. An Historical and Regional Survey, New York 2009, S. 45-48.

7 Vgl. Ellen Key, The Century of the Child, New York/London 2016 (Erstausgabe 1909); Dirk Schumann, Introduction. Child-Rearing and Citizenship in the Twentieth Century, in: Dirk Schumann (Hrsg.), Raising Citizens in the „Century of Child". The United States and German Central Europe in Comparative Perspective, Studies in German History, Bd. 12, Oxford/New York 2010, S. 1-23, hier S. 2.

8 Vgl. Maria W. Wanatowicz, Województwo śląskie (1922-1939), in: Joachim Bahlcke/Ryszard Kaczmarek/Dan Gawrecki (Hrsg.), Historia Górnego Śląska. Polityka, gospodarka i kultura europejskiego regionu, Gliwice 2011, S. 238-248.

9 Vgl. David Archard, Children. Rights and Childhood, Abingdon/Oxon/New York 2014, S. 3.

10 Vgl. Mary Jo Maynes, Age as a Category of Historical Analysis. History, Agency and Narratives of Childhood, The Journal of the History of Childhood and Youth 1 (2008), S. 114-124, hier S. 117f.; David Oswell, The Agency of Children. From Family to Global Human Rights, Cambridge 2012, S. 3.

11 Für eine Übersicht über kürzlich erschienene Studien vgl. unter anderem Machteld Venken/Maren Röger, Growing up in the shadow of the Second World War. European perspectives, in: European Review of History 22/2 (2015), S. 199-220.

12 BAK, NL, 174, 23 P, 5b, S. 1 (Brief an den Führer [von] Deutschland, Eupen, 18.10.1938). Nachdem Österreich im März 1938 ins „Dritte Reich" einverleibt wurde, forderte Adolf Hitler das Sudetenland, das er im September 1938, geduldet von Frankreich und Großbritannien, annektierte.

13 BAK, NL, 174, 23 P, S. 1 (Pütz an Herrn Regierungsrat Thedieck, Aachen, 4.11.1938).

14 Vgl. Heidi Christmann, Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen, München 1974, S. 506.

15 Michel Foucault, Of Other Spaces. Utopias and Heterotopias, in: Architecture/Mouvement/Continuité 5 (1984), S. 46.

16 Vgl. ebd., S. 47.

17 Vgl. Sarah Green, A Sense of Border, in: Thomas M. Wilson/Hastings Donnan (Hrsg.), A Companion to Border Studies, Malden/Oxford/Chichester 2012, S. 573-591, hier S. 584.

18 Vgl. Foucault, Of Other Spaces, S. 48.

19 Vgl. Meine großen Ferien 1934, in: Kinderwelt, 8/36 vom 9.9.1934, S. 5f. 1934 gewann die Christliche Deutsche Volkspartei 5 der 48 Sitze im Schlesischen Parlament.

20 Vgl. Alfred Minke, Hilfe an Leib und Seele. 100 Jahre Kneippkurhaus „Nazareth" in Eupen, Eupen 1994, S. 78-87. 1927 organisierte die LfK Ferienlager beispielsweise für 334.081 Kinder. Zu ihnen gehörten 5.408 Kinder, die nicht aus Deutschland stammten. Vgl. Reichszentrale für die Entsendung von Kindern zum Erholungsaufenthalt, Landaufenthalt für Stadtkinder. Berlin. Bericht über das Geschäftsjahr 1927, Berlin 1927, S. 4 und S. 6.

21 BAK, NL, 174, 48, Dr. Laufen, Caritas-Vereinigung für Landkrankenpflege und Volkswohl an den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Arenberg, 27.9.1934, S. 2.

22 Vgl. Katja Schenk, Les mouvements de jeunesse germanophiles dans le canton d'Eupen pendant l'Entre-deux-guerres, Bd. 1, Lizenzarbeit, Lüttich 1997, S. 49f. und S. 106. Ab 1939 wurden keine Sommerferienlager mehr organisiert, vgl. LVR 4744, 4, Franz Thedieck, Lage in Eupen-Malmedy, Köln, 19.7.1939.

23 Vgl. Georg Bednorz, Deutsche Wohlfahrt in Polnisch-Oberschlesien, in: Viktor Kauder (Hrsg.), Das Deutschtum in Polnisch-Schlesien. Ein Handbuch über Land und Leute, Leipzig/Plauen 1932, S. 373-407, hier: S. 376; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, P 17, Deutscher Volksbund, Geschäftsbericht für das Jahr 1936, S. 13.

24 Vgl. Beata Dorota Lakeberg, Die deutsche Minderheitenpresse in Polen 1918-1939 und ihr Polen- und Jugendbild. Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen, Frankfurt am Main 2010, S. 266.

25 Vgl. auch Peter Hammerschmidt, Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus, Wiesbaden 1999, S. 468.

26 Meine großen Ferien, S. 6.

27 Auch für die Kinder aus Eupen, Malmedy und Sankt Vith war das Singen des Horst-Wessel-Liedes Pflicht in deutschen Sommerferienlagern, vgl. Le Jour, 26.-27.8.1933, S. 3, und Eupener Zeitung, 28.8.1933, S. 1.

28 Archard, Children, S. 3.

29 Foucault, Of Other Spaces, S. 49.

30 Meine großen Ferien, S. 6.

31 Foucault, Of Other Spaces, S. 48

32 Vgl. Reiner Mathieu, In Stellung. Einblicke in das Leben ostbelgischer Dienstmädchen im 20. Jahrhundert, Eupen 2007; Reiner Mathieu, Knechte. Einblicke in den Alltag ostbelgischer Jungmänner im 20. Jahrhundert, Eupen 2010.

33 BAK, NL, 174, 23 P, 5b, S. 2 (Brief an den Führer [von] Deutschland, Eupen, 18.10.1938).

34 Vgl. Green, A Sense, S. 584.

WIE REAGIEREN KLEINSTADT UND LAND AUF DIE GROSSEN UMBRÜCHE?

VOM SPANNUNGSVOLLEN EINDRINGEN DER MODERNE

VON CARLO LEJEUNE, ALFRED RAUW, JENS GIESDORF UND NINA REIP











Das Spannungsfeld von Tradition und Moderne bestimmte kulturhistorisch das lange 19. Jahrhundert. Der Erste Weltkrieg intensivierte diese Entwicklung, weil der Fortschritt im industriellen Massentöten seine dunkle Seite offenbart hatte. Wie können aber Historiker heute dieses Spannungsfeld zwischen den Dynamiken des Beharrens und der beschleunigten Moderne mentalitäts- oder kulturgeschichtlich nachzeichnen? Eine Spurensuche nach Akteuren, ihren Vernetzungen und gesellschaftlichen Visionen..



Otto Dix arbeitete in seinem dreiteiligen Gemälde (Triptychon) mit dem Titel „Der Krieg" den Ersten Weltkrieg als Katastrophe auf. Der Beginn der Arbeit fiel in die Zeit des zehnten Jahrestags des Kriegsendes. Fast zeitgleich entstanden auch der Roman „Im Westen nichts Neues" von Erich Maria Remarque sowie viele Werke, die den Krieg verherrlichten. Dix wollte dem entgegenwirken.

Aus kulturhistorischer Sicht deutet für das lange 19. Jahrhundert und die Zwischenkriegszeit vieles auf eine ständige Beschleunigung des Lebens hin: der Bau von Eisenbahnen (ab 1843 in Herbesthal, die Vennbahn seit 1889), die Einführung von Telegrafie (seit 1864 in Eupen, Malmedy und Sankt Vith), Telefonie (seit 1893 in Eupen), Massenpresse, Elektrizität (zwischen 1905 und 1930), Autos (ab 1900) und Radios (seit 1925). All das könnte man als Verdichtung von Zeit und Raum beschreiben[1].

Die Gleichsetzung von Moderne und Beschleunigung, wie sie etwa der Historiker Peter Borscheid in seinem Buch „Tempo-Virus"[2] vorgenommen hat, bedarf jedoch der regional- und lokalhistorischen Feinjustierung[3]. Will man die bereits beschriebenen Spannungen zwischen Zentren und Peripherien, Altem und Neuem nicht einer neuen kulturwissenschaftlichen Meistererzählung unterordnen, so muss auf die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen hingewiesen werden, die auch den Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der Menschen in unserem Zwischenraum kennzeichnete.

Hier erscheint die Zwischenkriegszeit wie ein Wendepunkt. Hatte sich der gefühlte Abstand zwischen Zentren und Peripherien im 19. Jahrhundert eher vergrößert denn verkleinert, so begannen die ländlichen Räume in Westeuropa, den Entwicklungsrückstand auf die städtischen Räume von nun an nach und nach zu verkürzen. Bestes Beispiel: Das Radiohören verbreitete sich in den ländlichen Räumen ähnlich schnell wie in den Städten, nachdem die Elektrizität eingeführt war.

Der Erste Weltkrieg war in dieser Entwicklung keine Zäsur, sondern eine Intensivierung und Umdeutung der Moderne[4]: Millionen von Soldaten hatten durch die industrielle Massenproduktion von Waffen erfahren, dass der angebliche Fortschritt eine dunkle, schreckliche Seite hatte. Nützliche Erfindungen waren zu gigantischen Mordmaschinen geworden. „Alle zivilisierten Werte schienen entwertet, alle Sicherheiten erschüttert"[5], resümiert der Historiker Philipp Blom. Innerhalb von weniger als einer Generation seien soziale Strukturen, moralische Normen, traditionelle Vorstellungen und Wissenshorizonte zerschmettert worden[6]. Übrig geblieben seien orientierungslose Gesellschaften.

Spuren unsichtbarer Spannungen

Als Reaktion auf diese tiefe Krise boten die großen Ideologien von Kommunismus und Faschismus neue Menschenbilder an, die beispielsweise in Plastiken von gestählten Körpern, in Aufmärschen und Heldenkulten lebendig wurden. Die Wirtschaft regte die Menschen über Werbung und neue Angebote als Sinnbild des Fortschritts (wie Radios, Motorräder, Kondome, aber auch Tomaten und Apfelsinen) zu immer mehr Konsum an. Die Menschen öffneten sich (vor allem in den Städten) immer stärker den gebotenen Freiheiten und entwickelten alternative Lebensstile (mit Homosexuellen-Bars, Jazz-Clubs, Kabarett oder provokativen Theaterstücken).

Doch auch auf dem Land drang die Moderne in der Zwischenkriegszeit immer tiefer in den Alltag der Eupen-Malmedyer ein und führte zu Spannungen. Diese sind heute aber mangels Quellen nur schwer greifbar. Für die Historiker bleiben viele offene Fragen:

- In der Zwischenkriegszeit wurden die Beziehungen zwischen den Menschen durch Massenproduktion, Medienpräsenz, Werbung, Konsumkultur und Bequemlichkeitskult beständig verändert. Zerstörten Autos, Kinos und Radios die traditionellen Moralvorstellungen auch in Eupen-Malmedy effektiver, als es ein Ozean von Alkohol vermocht hätte[7], wie Philipp Blom provokativ fragt?

- In der Moderne zählten nicht mehr Herkunft, Konfession oder Stand, sondern Bildung und Ausbildung. Als ländliche Region und als Folge der Grenzverschiebungen blieb Eupen-Malmedy bis in die 1970er bildungspolitisch für die Mehrheit seiner Bürger messbar[8] rückständig. Verstärkte das die Spannungen zur gebildeten Welt der Städte?

- Die Kirche konnte ihre dominante Rolle als Hüterin der Tradition wahren. Wurde ihre gesellschaftlich prägende Kraft sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch nach 1970 durch die Aufspaltung der katholisch-konservativ orientierten Parteien deutlich geschwächt?

- In Eupen-Malmedy gab es (fast) keine politischen Konfrontationen links gegen rechts. Auch die Frage, welche Rolle die Moderne spielen sollte, wurde kaum thematisiert. Heute stellt sich die Frage, ob die revisionistischen Forderungen nach einer Rückkehr ins alte Vaterland, d. h. die Wiederherstellung einer vergangenen Situation, auch ein Plädoyer gegen die Moderne war? Oder eröffneten diese Forderungen gerade neue Möglichkeiten, sich einer vorgeblichen Moderne (wie die Segelflieger, die finanziellen Unterstützungen für den Kauf von Volksempfängern) zuzuwenden? Ersetzte der übersteigerte belgische und deutsche Nationalismus, der als modern angesehen wurde, gar den Kampf der Weltanschauungen?

- In den verunsicherten europäischen Gesellschaften versuchten Ideologien wie der Faschismus oder der Kommunismus mit der Vision eines neuen Menschen Antworten zu geben. Fand der Kommunismus in der Grenzregion kaum Anhänger, stießen der Nationalismus und die romantisierte Sicht der Nazis auf die deutsche Geschichte mit ihren tiefen Wäldern und edlen, heimatverbundenen Bauern in Eupen-Malmedy auf große Resonanz. Schuf gerade diese letzte Vision einen Gegenentwurf zum Leben der Großstadt, die Hoffnung auf eine positive Zukunft weckte?



Rudolf Gustav Maria Ernst Ubach, genannt Raoul Ubac, wurde am 31. August 1910 entweder in Köln oder Malmedy geboren. Zwischen Köln und Frankfurt aufgewachsen, zog die Familie 1919 nach Malmedy, dem Herkunftsort seiner Mutter Alice Lang. Sein Vater, Ernst Ubach, arbeitet hier als Friedensrichter. Raoul Ubac besuchte bis 1929 das Athenäum, wo ein Lehrer ihn mit dem „Manifest des Surrealismus" von André Breton vertraut machte. Nach 1930 arbeitete und studierte er im Umfeld renommierter Surrealisten als Fotograf, Maler, Graveur und Bildhauer in Paris. Seit 1934 stellte er aus. Sein Bild „rue derrière la gare" von 1936 wird 1938 als Frühwerk erstmals in der Galerie des Beaux-Arts de Paris in der „Exposition Internationale du Surréalisme" ausgestellt, die als Totalinszenierung heute als Leuchtturmprojekt der Ausstellungsgeschichte gewertet wird. Der Surrealismus ist eine nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Richtung moderner Kunst und Literatur, die das Unbewusste, Träume und Visionen als Ausgangsbasis künstlerischer Produktion ansieht.







Vier Impressionen, die die erlebte Moderne der Zwischenkriegszeit sichtbar machen: Mobilität und Kleidung in Bracht und Recht, neue Nahrungsmittel in außergewöhnlichem Design in Malmedy und die Elektrifizierung am Beispiel des Sicherungskastens im Capitol Eupen. Viele erlebte Zeichen von Moderne und Fortschritt konnten viele Jahre eher in Großstädten, dann in Kleinstädten und erst mit deutlicher Verspätung auf dem Land erlebt werden. Die Einführung der Elektrizität 1905 in Eupen und dem Eupener Land und erst um 1930 in der belgischen Eifel ist ein Beispiel.



- Wurden in Eupen-Malmedy Großstadt und Moderne mit einem Individualismus assoziiert, der in Kleinstädten und auf dem Land ein Gefühl des Verloren-Seins in der Welt hervorrief?

Wie und wo lässt sich aber diese Orientierungslosigkeit in der Kulturgeschichte Eupen-Malmedys herauslesen? Wie wirkten die Veränderungen auf die Menschen? Führten sie zu Gegenreaktionen der Beharrung oder zu neuen Aufbrüchen? Welche Wertigkeiten der Moderne wurden dabei mentalitätsgeschichtlich sichtbar oder in der Architektur bewusst gezeigt? Und auf welcher Quellengrundlage können Historiker diese Veränderungsprozesse überhaupt beschreiben?

Auch wenn diese Fragen aufgrund der weitgehenden Forschungslücken nicht beantwortet werden können, so zeigen Beispiele aus der Mentalitätsgeschichte und der Architektur, wie Spannungen zwischen Moderne und Reaktion vor Ort nachgezeichnet werden können.

Kirche als Hort des Konservatismus

Reaktionen auf die Veränderungen der Moderne und ihre negativen Überzeichnungen formulierte vor allem die katholische Kirche. So gründeten katholische Laien und Priester schon Weihnachten 1921 einen Mädchenschutz-Verein in Verviers für die dort beschäftigten deutschsprachigen Dienstmägde, von denen 1923 rund 100 regelmäßig die freien Sonntagnachmittage gemeinsam verbrachten und religiöse Angebote erhielten. Die Verantwortlichen beschworen die „zahlreichen sittlichen Gefahren" der Stadt, denen diese Mädchen ausgesetzt seien. „Leider bleibt eine Großzahl junger Mädchen unserem Einflusse fern und zahlreiche Seelen gehen verloren, weil sie keine Stütze finden"[10], klagten die Initiatoren weiter.



Das 1932 eröffnete Wetzlar-Bad machte das in Eupen vorhandene Spannungsfeld zwischen Moderne und Tradition in einer monatelangen Polemik sichtbar.

1925 veröffentlichte das Kampfbündnis der Stadt Eupen gegen die unsittliche Frauen- und Kindermode eine Flugschrift, die eine weitgehende Kopie einer in Paderborn erschienenen Kampfschrift war. Sie rief dazu auf „die ehrlose Sklaverei, die ein verdorbener Zeitgeist euch zumutet", abzuschütteln und sich gegen den „teuflischen Drang" zu wehren, „das Fleisch zur Schau zu stellen". Auch den Kindern sollte geholfen werden, durch „ehrbare Kleidung ihre Schamhaftigkeit zu bewahren"[11]. Diese Initiative wurde zweifelsohne von kirchlichen Kreisen getragen.



Mode galt seit jeher als wichtige Ausdrucksform von Zeitgeist und Moderne, Mode von der Stange war aber in der Zwischenkriegszeit die große Ausnahme. Näherinnen schneiderten gewünschte Kleidungsstücke auf Maß. Inspiration fanden sie in Zeitungen und Zeitschriften, wie den Eupener Nachrichten.

Besonders exemplarisch wurden die Spannungen zwischen Tradition und Moderne 1933 in einem längeren Schriftverkehr der Eupener Geistlichen gegen vorgesehene Badezeiten im Wetzlarbad. Die Priester bemängelten, dass „ein großer Teil unserer Bevölkerung von der Benutzung des Bades ausgeschlossen sei", da für das gemeinsame Familienbad zu viele Stunden vorgesehen seien. „Ein gemischtes Strandbad muss mit innerer Notwendigkeit der Sittlichkeit große Gefahren bringen"[12], klagten die Kleriker. Sie bemühten sich um Unterstützung bei den Verantwortlichen der Stadt, da sie sich bei der Ausarbeitung der Öffnungszeiten übergangen fühlten. Der Wirkung auf die Moral sei keine, der Rentabilität alle Bedeutung zugemessen worden, kritisierten sie.

Sie griffen mit diesem Streit ein Thema auf, das seit den 1920er Jahren in vielen Kleinstädten Westeuropas dem Spannungsverhältnis zwischen Moderne und Tradition ein Gesicht gab. Der Bischof von Lüttich, Ludwig Joseph Kerkhofs, mahnte in einem Schreiben, dass „das sittliche Empfinden des katholischen Volkes, die christliche Würde und Tugend seiner Seelen" „um jeden Preis gerettet und geschützt" werden müsse.

In einem Mahnwort der katholischen Geistlichkeit wurde das Gemeinschaftsbad als „Auswirkung jener verkehrten Lebensauffassung" gebrandmarkt, die auch im Gemeinschaftsturnen, „in



Uniformen verändern das Erscheinungsbild der Menschen. Verändern sie auch ihre innere Einstellung? Eine Fotomontage vom Anfang der 1940er Jahre des Fotografen Franken spiegelt den Zeitgeist wieder, in dem die Uniformierung von vielen als Zeichen der Moderne gewertet wurde.



Spätestens nach der Annexion erlebten die Eupen-Malmedyer konkret, dass die Uniformierung das Ziel einer gleichgeschalteten, blind gehorchenden Masse hatte. Das Bild wurde vermutlich 1941 oder 1942 in Malmedy bei der Vereidigung von HJ, BDM und SA gemacht, an der wohl Gruppen aus dem ganzen Kreis teilnahmen.

gemeinschaftlicher Schaustellung" und in der „Art des Verkehres der beiden Geschlechter untereinander im Gesellschaftsleben" Ausdruck finde.

Im August 1933, fünf Monate nach Beginn des Konfliktes, konterte der Betreiber in einem Schreiben an die Stadt Eupen, dass das Herrenbad 1932 bei 18 Stunden pro Woche nur 2.452 Besucher, das Damenbad bei 12 Stunden pro Woche 2.036, das Familienbad aber 78.299 Eintritte gezählt habe. „Viele Hunderte belgischer und deutscher Städte, jüngst das hl. Trier", hätten das Gemeinschaftsbad aufkommen lassen. Sie schlossen mit der Bemerkung: „Das Wetzlarbad wird im Sinn der Stifterin Familienbad sein oder es wird nicht mehr sein."[13] Eine Polizeiverordnung zur Regelung des Badewesens von 1942, als das Wetzlarbad durch die Nazis nach der Annexion in Waldbad umbenannt worden war, schaffte dann auch für Eupen „reichseinheitlich die vielfachen Kleidersorgen aus der Welt, die seit dem berühmten Zwickelerlass[14] des Jahres 1932 amtliche und unamtliche Köpfe immer wieder verwirrt haben".



Die Rocklänge galt vor allem bei Priestern als ein Maßstab der Moral. Karnevalisten in Malmedy (um 1930) machen sich darüber vor dem Fotografen lustig.

Am 28. Dezember 1931 war dem Pfarrer von Born, Xhayet, vom Pfarrer von Thommen verboten worden, in der Kapelle von Grüfflingen die hl. Messe zu lesen, weil er tags zuvor an einem Theaterabend teilgenommen hatte. Der Junggesellenverein von Grüfflingen protestierte daraufhin in einem Schreiben an den Generalvikar[15], das die religiös-weltanschauliche Dominanz der Kirche verdeutlicht.

Alle Theaterstücke stammten „aus katholischen Verlagen", durch sie werde „einem gesunden Fortschritt in christlichem Geiste gehuldigt, Bildung und Erziehung des Volkes gefördert, die Sitten veredelt, der katholische Glauben hochgehalten und gestützt". Der neue Pfarrer von Thommen sei „in lebensfremder Einstellung aus Prinzip gegen jedes, auch das gute Theater". Auch der politische Einfluss der Priester wurde thematisiert: „Wir fügen uns in loyaler Weise den gegebenen politischen Verhältnissen, was allerdings









Ob die Villa von Carl Bourseaux (1929), die Theodor-Pohl-Siedlung (1926), das Wetzlar-Bad (1932) (alle nach Plänen der Aachener Architekten W. Helg & J. Dauven) oder die Kirche des Klosters Garnstock (1933, nach Plänen des Kölner Architekten Dominikus Böhm), sie repräsentierten eine moderne Architektur, die sich allerdings nur Industrielle oder Orden im städtischen und kleinstädtischen Raum leisten konnten.

dem Herrn Pastor ein Dorn im Auge ist, und was wohl ein wichtiger Grund des Widerstandes gegen uns ist."





In der Eifel wurden in der Zwischenkriegszeit zahlreiche Häuser „erbaut", d.h. auf das Erdgeschoss wurde ein zusätzliches Stockwerk gebaut (wie hier in Hünningen/Büllingen). In der Regel planten und bauten die Maurer das Haus nach tradierten Formen. Veränderungen setzten sich auf dem Land nur langsam durch. Moderne Architektur war dort und in den Kleinstädten Sankt Vith und Malmedy in der Zwischenkriegszeit fast gar nicht präsent.

Neue Ideale im Sinne der Nazis?

Eine völlig andere Wertigkeit, vom Autor zweifelsohne als modern angesehen, wurde 1936 deutlich. Die Neugestaltung des Eupener Sportplatzes wurde am 16. August 1936 durch ein Fest der Interessengemeinschaft der Eupener Turn- und Sportvereine gefeiert. Ein heimattreuer Schöffe, dessen Unterschrift unleserlich ist, beklagte das Fehlen „jeder sportlichen Disziplin" bei diesem Fest, bei dem „die gesamten Turnvereine der Stadt zu einer wuchtigen Gesamtleistung" hätten zusammenfinden können.

Zudem seien die „endlos langen Pausen" durch „kitschige Jazz-Musik auf Schallplatten noch zu einer gesteigerten Quälerei der Besucher ausgestaltet" worden. Zu den „erzieherischen Idealen des edlen Sports stand diese Schrammelmusik in krassestem Widerspruch"[16]. Mit diesen Aussagen im Nazi-Vokabular pries der Autor die nationalsozialistische Vorstellung von Moderne als Ideal an, die im Gegensatz zu einer freiheitlichen (Jazz), ungezwungenen (weniger Drill) Auffassung von Moderne stand.

Das Haus Homburg

Die utopische Ästhetik einer neuen Zeit, die sich bewusst von den schweren Vorhängen und Nippesfiguren des Kaiserreiches abgrenzte und die Technologie der Zukunft feierte, hatte in Deutschland vor allem einen Namen: Bauhaus, 1919 als Kunstschule gegründet und 1933 von den Nazis zur Selbstauflösung gezwungen. Erfahrungsgeschichtlich wurde dieser Architekturstil von seinen Gegnern häufig als Nützlichkeitsarchitektur abgetan. Sie habe keine Seele und stehe für den individualisierten Menschen ohne Bindung. Was passierte aber, wenn dieser Stil im ländlichen Raum umgesetzt wurde? Wer waren die Planer, wer die Bauherren? Welche Vernetzungen beeinflussten diese Entscheidungen? Wie waren die Protagonisten in die ostbelgische und europäische Geschichte eingebunden? Ein Beispiel ist das Haus Homburg in Raeren.

Joseph Homburg wurde am 11. Juli 1885 in Hergenrath als Kind einer Steinmetzdynastie geboren und wuchs mit 14 Geschwistern auf. Wenige Monate danach kam, zehn Kilometer von dort entfernt, Maria Ludwig Michael



Aufnahmen des Hauses Homburg aus dem Jahr 1937, das durch seine Form im ländlichen Raum herausstach.

Mies am 27. März 1886 auf die Welt, Sohn einer Steinmetzfamilie in Aachen. Später nannte sich der weltbekannte Architekt und zeitweilige Direktor des Bauhauses Ludwig Mies van der Rohe.

Ina Broers, spätere Ehefrau von Joseph Homburg, war eine Spielkameradin der Mies-Kinder. Neben dem jüngeren Sohn Ludwig gab es noch zwei Schwestern und den älteren Bruder, Ewald Mies, der den väterlichen Steinmetzbetrieb übernahm. Ewald, Ludwig und Ina hatten also schon persönliche Verbindungen aus Kindheitstagen, und der Bauherr Joseph Homburg, Inas Ehemann, wurde ein enger Freund und Geschäftspartner von Ewald Mies.

Moderne und Antimoderne

„Das Haus ist nach den Plänen und ganz besonderen Wünschen des Erblassers erbaut; es hat so viele Eigenheiten, dass es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein wird, einen Käufer dafür zu finden. Dazu kommt noch dass das Haus vollkommen abgelegen ist, abseits von der Verkehrsstrasse",[17]

so wurde das Haus in der Nachlassakte 1936 beschrieben. In der Tat: Die Villa auf dem Hügel in Raeren fiel auf: ein Haus mit Flachdach und großen Fensterfronten mit schmalen Rahmen, in L-Form gebaut. Die Fassade aus Ziegeln, einem Baustoff, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermehrt eingesetzt wurde, wie beispielsweise im nahe gelegenen Bahnhof Raeren. Ein puristischer Bau also und moderner Kontrast zum Dorfbild, das die Atmosphäre des Töpferhandwerks der Neuzeit noch immer in sich trug, wie er bald nicht größer hätte sein können.

Einige Kilometer weiter, im Deutschen Reich, wäre der Bau dieses Hauses Homburg nicht mehr möglich gewesen. Seitdem die Nationalsozialisten an der Macht waren und ihre menschenverachtende Ideologie alle Bereiche des Lebens durchdrangen, waren Flachdach-Einfamilienheime nicht mehr erlaubt. Zwar gab es auch in Deutschland noch progressive Nischenarchitektur von Karl Preuß oder Hans Schwippert, aber NS-typisch war ein antimoderner, landschaftsbezogener Wohnungsbau[18].

Am 16. Juni 1936 wurde bei der Gemeindeverwaltung Raeren die Baugenehmigung beantragt, und schon im Frühjahr 1937 konnte Haus Homburg von Ina, der Witwe des Bauherrn, und ihrem Sohn Hermann bezogen werden. Joseph Homburg war im September 1936 überraschend verstorben.

Die sichtbaren Ziegelsteine, die den oberen Teil des Hauses tragen, unterstreichen die klare architektonische





Das Haus des Seidenfabrikanten Josef Esters in Krefeld (1928, oben links) wurde von Ludwig Mies van der Rohe geplant. Es könnte als Vorlage für das Haus Homburg in Raeren (linke Seite und oben rechts) gedient haben.

Linie des Flachbaus. Sie sind von geringerer Höhe als die Norm und bis heute für Restaurierungsarbeiten nicht leicht zu finden. Bruchsteine aus einem Steinbruch bei Weismes bilden den Sockel des Gebäudes. Aus der Hanglage richtet sich der offene Blick Richtung Raeren und den Aachener Wald bis nach Henri-Chapelle. Dem nüchternen Bau fehlen außen jegliche Ausschmückungen mit Marmoreinfassungen oder -verzierungen, wie sie für die Region typisch sind. Die puristisch großen Fensterflächen verschaffen einen freien Blick in das Umland. Im Inneren des „L", das den Grundriss ausmacht, befinden sich Terrasse und Garten, ebenerdig zugänglich und aus dem Wohnzimmer durch die raumhohen Glasflächen sichtbar.

Der Architekt des Hauses, Ewald Mies, fertigte verschiedene Planfassungen an. Allen gemeinsam sind die rechtwinklige, niedergeschossige Grundform und die klare Gestaltungsweise der Fassade aus Stein und Glas. Die erste überlieferte Zeichnung ist eine mutige Skizze, danach gab es den Versuch, mehr Heimeligkeit einzubringen, was dem Charakter des modernen Hauses aber nicht gerecht wurde. Der letzte bekannte Entwurf zeigt das Gebäude wieder in kubistischer Moderne, im bauhausähnlichen Stil. Bei der Bauausführung hat sich der Architekt aber dann dagegen entschieden, den radikal-avantgardistischen Entwurf so konsequent zu realisieren.

Das Bauhaus, eine Kunst- und Architekturschule, die 1919 von dem Architekten Walter Gropius in Weimar gegründet wurde, vereinte Kunst und Handwerk in seinen Meisterklassen und war Heimstätte der damaligen Avantgarde mit gesellschaftspolitischer Programmausrichtung. Sie wollte nicht nur eine utopische Ästhetik, sondern auch eine soziale und ideelle Revolution. Die radikal-modernen Produkte, Designobjekte, Gemälde, Gebäude, und die Konzentration auf Form und Funktion sind bis heute stilprägend, waren damals in der Rezeption durchaus umstritten

Seine Gründung kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und mit Beginn der Weimarer Republik fiel in eine Zeit des Baubooms und der weiteren Urbanisierung des Landes. Das Bauhaus war nicht der einzige Ort der Entwicklung von moderner Architektur, sondern Teil einer internationalen Bewegung, die sich gegenseitig bedingte und beeinflusste. Der letzte Leiter des Staatlichen Bauhauses war bis zur Schließung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 Ludwig Mies van der Rohe, der jüngere Bruder des Architekten von Haus Homburg in Raeren: Ewald Mies.

Der Architekt und Steinmetz

Ewald Mies entstammte einer Steinmetzdynastie, genauso wie Joseph Homburg. Er lebte unverheiratet in der Vaalser Straße 78 im Westen von Aachen. In den Telefonbüchern von 1929 bis 1934 wird er als Architekt geführt, was zu dieser Zeit keine geschützte Berufsbezeichnung war. Ab 1936, dem Baujahr des Hauses Homburg, fiel diese Berufsangabe weg. Nun gibt er lediglich „Marmorgeschäft" und später „Steinmetzbetrieb" an.

Heute noch bekannt sind seine Steinmetzarbeiten in Aachen: Grabsteine auf den städtischen Friedhöfen, Entwurf und Ausführung des Taubenbrunnens auf dem Burtscheider Kapellenplatz und Restaurierungsarbeiten am Aachener Rathaus und an der Schale des Seepferdchenbrunnens. Nach 1920



Brüssel, Weltausstellung 1934: Diese Tischgesellschaft mit den Architekten Mies van der Rohe, Emil Fahrenkamp, einem Unbekannten und Karl Otto (von rechts) inspirierte sich in der belgischen Hauptstadt.

fungierte er aber auch als Vertreter der Marmorwerke Hergenrath und Raeren, deren Direktor Joseph Homburg war, für die Firmenkunden in Deutschland.

Homburg wiederum war an einem Travertin-Steinbruch von Mies in Urfey bei Mechernich beteiligt und fuhr die Arbeiter mit seinem Pkw in die deutsche Eifel zum Marmorabbau. Nach dem frühen Tod des Vaters übernahm sein Sohn Hermann Homburg diese Aufgabe und die Anteile an der Fränkische Natursteinwerke Ewald Mies K.G. Hermann absolvierte auch nach seiner Schulzeit am Aachener Kaiser-Karls-Gymnasium ein Betriebspraktikum im Steinbruch von Ewald Mies.

Die Fränkische Natursteinwerke Ewald Mies K.G. war Teil eines Wirtschaftskonsortiums in Nürnberg, der Fränkische Natursteinwerke o.H.G., und konnte quasi im Zuge der „grossen Bautätigkeit des ‚Dritten Reiches' auf dem Gebiet der öffentlichen und Monumentalbauten"[19] unter dem Teilhaber und Geschäftsführer Georg Mauderer, einem Nürnberger Steinmetzmeister, zu einem „Industriebetrieb"[20] wachsen. Das Unternehmen erhielt ab dem Jahr 1935 staatliche Großaufträge für beispielsweise den Bau der Reichsaustobahn und für Arbeiten am Deutschen Haus auf dem Weltausstellungsgelände in Paris 1937/38 sowie an dem Gelände der internationalen Wasser-Ausstellung in Lüttich im Jahr 1939. Auch an dem größenwahnsinnigen NS-Bauprojekt zum Reichsparteitagsgelände Nürnberg waren die Fränkischen Natursteinwerke maßgeblich beteiligt.

Ob Ewald Mies als Architekt in Aachen weitere Gebäude geplant hat, ist heute nicht (mehr) bekannt. Genauso wenig wissen wir über seinen damaligen Architekturstil und ob er andernorts Villen, Wohnhäuser oder Fabrikgebäude geplant hat. Es gibt lediglich eine Vermutung, dass Ewald Mies einen nicht umgesetzten Plan einer Berliner Privatklinik erstellt haben soll, der in klassizistischer Rundbogenarchitektur gezeichnet war[21].

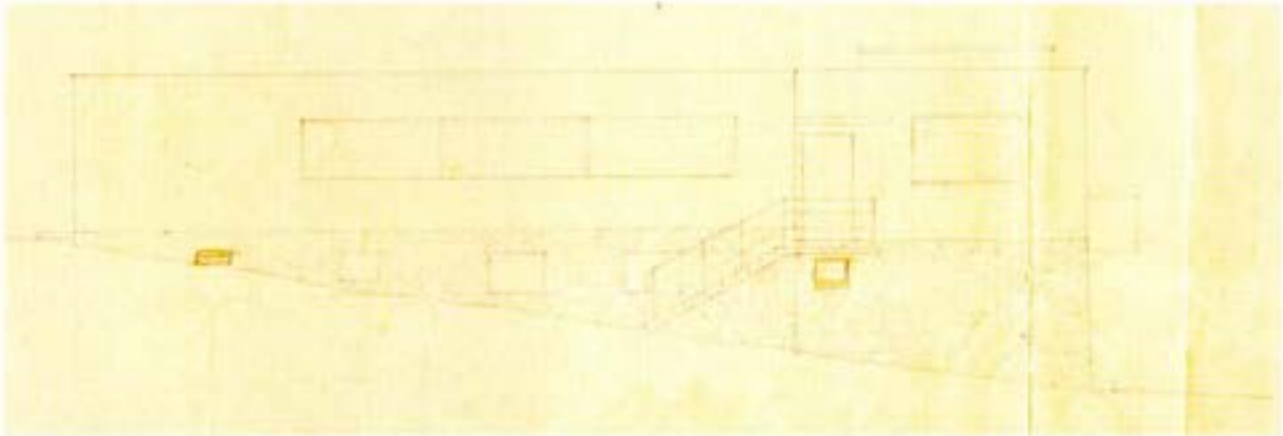
Das Haus Homburg ist ein belegtes Zeugnis, das aber Fragen aufwirft: War Ewald Mies tatsächlich ein ebenso progressiver Architekt wie sein Bruder in Berlin? Oder hat er sich lediglich eng mit Mies van der Rohe ausgetauscht? Ist der Rohentwurf gar in Berlin und nicht in Aachen entstanden? Und: War Ewald Mies eher Bauleiter als kreativer Kopf des Projektes?

Fakt ist, dass er den Hausbau in kürzester Zeit umgesetzt hat, was auf Erfahrung, Sachkenntnis und eine gute Zusammenarbeit mit den Baubetrieben schließen lässt. Bekannt ist zudem die enge familiäre Verbindung zwischen den Mies-Brüdern, auch nachdem Ludwig 1905 nach Berlin zog. Beide reichten 1910 einen gemeinsamen Entwurf für ein Denkmal ein, das dem früheren Reichskanzler Otto von Bismarck gewidmet werden sollte. Sie erhielten allerdings nicht den Zuschlag. Nicht nur die Brüder Mies bewarben sich um dieses National-Denkmal, auch weitere Architekten der jungen Moderne wie sein Kollege Walter Gropius oder Hans Poelzig nahmen am Wettbewerb teil. Zu dieser Zeit gab es im Deutschen Kaiserreich eine regelrechte „Denkmalflut" als „neue Symbolik einer ‚nationalen Sammlung', in der ‚die Nation als geschlossene Volksgemeinschaft und Macht' repräsentiert"[22] werden sollte. Grundsätzlich schlossen sich somit „avantgardistische Positionen in ästhetischen Fragen" und der aufkeimende Nationalismus nicht aus.

Als Mies van der Rohe ab Mitte der 1930er Jahre in Deutschland immer weniger Aufträge erhielt und er mit seiner Familie in prekären Verhältnissen von den Urheberrechten der von ihm entworfenen Möbel lebte, erhielt er ein attraktives Angebot einer amerikanischen Universität. Sein Weg dorthin führte ihn über Aachen. Mit Hilfe des Personalausweises von Ewald Mies gelangte er über die deutsch-niederländische Grenze und konnte 1938 in die USA emigrieren[23].

Der Bauherr und Direktor des Marmorwerks

Joseph Homburg war es gewohnt, Landesgrenzen zu überwinden. Er lebte in Belgien, verkehrte in der Aachener Gesellschaft, fuhr mit seinem Fiat, den er 1929 erwarb, nach Düsseldorf zu seiner Laien-Theatergesellschaft, in der er aktiv war, und flog nach Italien, um Marmorblöcke für sein Werk in Raeren auszuwählen. Sein Sohn Hermann



Die Ostfassade in einem Entwurf von 1936.

fuhr ebenfalls täglich von Raeren mit der Straßenbahn über die Landesgrenze zum Kaiser-Karls-Gymnasium in Aachen.

Als Direktor der Marmorwerke zog Homburg 1934 von Hergenrath nach Raeren in die Bahnhofsstraße. Gleich neben der Vennbahnstrecke befanden sich die Sägerei und die Marmorverarbeitung der Firma, die von dem dort vorhandenen Starkstromanschluss für die elektrischen Maschinen profitierte. Diese moderne Technik in Raeren war ein deutlicher Standortvorteil gegenüber der störanfälligen Dampfmaschine am Stammwerk in Hergenrath.

Im April 1936 erwarb er ein Grundstück von einem halben Hektar an der Straße, die von der Ortschaft Raeren zum Marmorwerk führt.

Die Villa, die auf diesem Grundstück mit Hilfe seines Freundes Ewald Mies entstand, sollte nicht nur das neue Zuhause seiner Familie sein, sondern seiner Vorstellung nach auch ein moderner Showroom werden mit zahlreichen Wohn- und Dekorelementen, die sich aus Marmor gestalten ließen. Freunde und Verwandte waren hier ebenso willkommen wie potentielle Kunden, für die die repräsentative Villa sogar ein Gästezimmer bereithielt.

Im südlichen Bereich des Wohntraktes befanden sich zudem Räume für den Betriebsleiter und für die Verwaltung. Räume, die im Februar 1938 von der SA Merbes-Sprimont, der Eignerin des Marmorwerks, angemietet wurden. Das moderne Haus Homburg war damit nicht nur eine architektonische Besonderheit, sondern auch in seiner Konzeption groß gedacht. Es brachte städtisches Flair in den ländlichen Raum, war Zeichen von Wohlstand und Fortschritt und stand für ein neues, modernes Selbstverständnis des Besitzers.

Ähnliche Motive hatten vermutlich auch die beiden Krefelder Textil-Industriellen Josef Esters und Hermann Lange, die sich 1929 für ihre Familien zwei Villen von Mies van der Rohe entwerfen ließen. Diese Gebäude bieten einige Parallelen zu Haus Homburg und können heute noch als sehenswerte Beispiele moderner Baukunst besichtigt werden.

Familie und Kriegsevakuierte

1937 wurde das Haus also zur Wohnung von Ina Homburg, Witwe des Bauherrn, und ihrem Sohn Hermann. Hermann arbeitete in dieser Zeit für Ewald Mies und war mit seiner Jugendfreundin Leonie liiert. Leonies Familie stammte aus dem Saarland. Ihr Vater war als deutscher Grenzbeamter am Raerener Bahnhof eingesetzt. Im Herbst 1939 plante Hermann, sein Studium in der Aachener Staatsbauschule zu beginnen, wurde aber stattdessen zum belgischen Militärdienst nach Etterbeek einberufen.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Mai 1940 und der Eingliederung der Ostkantone in das nationalsozialistische Deutsche Reich wurde Hermann mit den anderen ostbelgischen Rekruten nach Hause entlassen. Er nahm sein Studium in Aachen auf und wurde im Sommer 1941 zu einem zweimonatigen Einsatz hinter die militärische Ostfront bei Wjasma verpflichtet, zur Reparatur der kriegsrelevanten Autobahn nach Moskau.

Das Marmorwerk wurde mit der Zugehörigkeit Raerens zum Deutschen

Reich nach Mai 1940 vorübergehend unter „Schutzverwaltung" gestellt, um den Betrieb zu „arisieren" und in Marmorwerk Raeren Aktiengesellschaft umzubenennen. Treuhänderischer Verwalter und ab März 1941 auch Betriebsdirektor wurde Wilhelm Wannhoff, selbst bereits Leiter eines Marmorsägewerks bei Düsseldorf. Der Betrieb hatte zu dieser Zeit drei Büroangestellte und elf Arbeiter unter Vertrag, unter anderem Heinrich, den Bruder des verstorbenen Direktors Josef Homburg.

Anfang 1942 wurde Hermann Homburg zum Kriegsdienst nach Tobruk zum Afrikafeldzug eingezogen, nachdem er an der Staatsbauschule noch einen „Kriegsabschluss" machen konnte. Das Haus Homburg in Raeren bewohnten in diesen Kriegsjahren neben seiner Mutter Ina zwei Mietparteien sowie Familienangehörige aus Aachen und drei weitere Familien, die allesamt ausgebombt eine Unterkunft benötigten. Im Kriegswinter 1941/42 fiel die Zentralheizung aus und die Bewohnerinnen und Bewohner legten in der Not Ofenrohre durch die Außenwände. Nach dem Tod von Ina Homburg, die nach langer Krankheit im März 1944 verstarb, kamen noch weitere Ausgebombte hinzu.

Erst zwei Jahre später, Anfang 1946, kam Hermann Homburg aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause. Sein Elternhaus war zu diesem Zeitpunkt unterwohnt und weitgehend leergeräumt. Ein Großteil des Mobiliars und der wertvollen Marmorausstattung war entwendet. Lediglich eine Onyxsäule und eine Lampenschale waren übrig.

Zudem war das Haus durch die Bombardierung der benachbarten Bahnhofsanlage beschädigt worden. Zahlreiche Scheiben waren zerborsten und das Dach war undicht. Die Instandsetzung des Wohnhauses mit viel Eigenleistung benötigte noch einige Jahre. Die deutsch-belgische Grenze war weitgehend geschlossen. Homburgs Freundin Leonie überquerte mit Hilfe eines Schmugglers in der Nacht die grüne Grenze bei Marienthal. In Absprache mit dem Raerener Bürgermeister wurden Leonie und Hermann gleich am nächsten Morgen, dem 20. Dezember 1947, unmittelbar nach der Öffnung des Standesamtes getraut. Die kirchliche Hochzeit wurde wenige Tage später nachgeholt.

Ein entschlüsseltes Zeitzeugnis

Das Marmorwerk in Raeren wurde nach 1945 wieder in „Marmorwerke Hergenrath A.G. in Raeren" umbenannt, obwohl der Werksteil in Hergenrath bereits seit den 1930er Jahren nicht mehr genutzt wurde. Bis zu seinem Tod im Jahr 1955 wurde der Betrieb von Heinrich Homburg geleitet. Danach übernahm dessen Sohn Peter (1922-1976) die Leitung. Nach der endgültigen Schließung des Werks verfiel in den 80er Jahren die Polier- und Steinmetzhalle und wurde abgerissen. Die imposante Betonruine einer Schottermühle, die von einem alten Steinbruch zeugt, ist bis heute dort zu sehen.

Haus Homburg blieb im Familienbesitz erhalten und ist heute Heimstätte der dritten Generation. Nach Behebung der gröbsten Schäden traf sich hier in den Nachkriegsjahren ein großer Freundeskreis zu bunten Kostümfesten. Das nur unwesentlich veränderte Gebäude repräsentiert seit über 80 Jahren ein Stück moderner Architektur- und Zeitgeschichte in Raeren.

Volksarchitekt Cunibert in der Eifel

Auch die Geschichte des Architekten Henri Cunibert erzählt viel über das Spannungsfeld, das die Moderne als treibende Kraft des 20. Jahrhunderts hervorrief. Ausschließlich in Deutschland ausgebildet und in Eupen-Malmedy bestens fachlich und politisch vernetzt, plante und baute er Kirchen, Kapellen und Wohnhäuser in der Zwischenkriegszeit, die das architektonische Landschaftsbild vieler Ortschaften Ostbelgiens bis heute prägen.

Seine bodenständige Art drückt sich vor allem in einer klaren Linienführung der Kirchenhäuser in neoromanischem oder neogotischem Stil aus[24]. Er griff somit auf ältere Stilrichtungen zurück und kombinierte diese teilweise. Entwickelt hatten sich diese Stile seit den 1820er Jahren in Europa und dort bis 1900 verbreitet. Eigentlich war die Stilrichtung überlebt, doch gerade für die architektonisch rückständige Eifel müssen die Entwürfe dennoch nach 1920 noch modern gewirkt ha-



Die Büste zeigt Henri Cunibert (1891-1954). Sie stammt von seinem Studienkollegen Arno Breker.





Die Kirchen von Maldingen (1926) und Medell (1928), nach Plänen von Henri Cunibert, zeugen heute von der Zwischenkriegsarchitektur in der Eifel, die wohl in der Region als modern empfunden wurde, aber eigentlich ein überlebter Baustil des 19. Jahrhunderts war.

ben, ohne dass sie aber Konflikte in der Bevölkerung provoziert hätten. Das Spannungsfeld liegt hier eher in der Ungleichzeitigkeit der Moderne, die mit großer Verspätung in diesen viele Jahrhunderte durch Armut geprägten Raum Einzug hält.

Verwurzelt in der Grenzregion

Henri Cunibert wurde am 6. Oktober 1891 in Malmedy geboren. Er besuchte in Malmedy die Volksschule und wechselte dann zum deutschen Collegium Marianum in Theux, das von 1880 während des Kulturkampfes ausgewiesenen deutschen Lazaristen-Brüdern geleitet wurde. Sie bildeten bis 1918 vorwiegend Schüler aus dem Kölner und Aachener Raum aus.

Nach dem Abitur im Herbst 1908 erhielt Cunibert eine Volontärstelle beim Kreisbauamt in Malmedy. Hier erwarb er in einer einjährigen Ausbildung erste Grundkenntnisse im technischen Zeichnen, im Feldmessen und in der Ausführung von Bauberechnungen. Nachdem sein Vater 1909 starb, arbeitete der Malmedyer von Februar bis August 1910 als Maurer beim Malmedyer Unternehmer Theodor Rosewick. Von beiden Arbeitsstellen erhielt er sehr positive Beurteilungen, die ihm sowohl Fleiß und Bemühen als auch solide Grundkenntnisse attestierten[25].

Nach dem Tod der Mutter im Jahre 1911 sorgte sein Onkel François Cunibert, der im niedersächsischen Meppen (Emsland) wohnte und Ingenieur bei der Eisenbahn war, dafür, dass der Neffe seinen Ausbildungsweg fortsetzte. Von 1911 bis 1913 lernte der junge Cunibert an der Königlichen Baugewerkschule in Aachen. Seine Begeisterung und Zielstrebigkeit spiegeln sich auch in der Fülle des Studienprogramms wider. Er folgte Kursen in der Tief- und Hochbauabteilung, ergänzte seine Ausbildung durch Zeichenkurse an der Aachener Kunstgewerbeschule und nahm zudem an Vorlesungen der Technischen Hochschule teil. 1914 schloss er seine Studien ab und arbeitete danach als Architekt auf dem Kreisbauamt in Düren. Bauentwürfe und baupolizeiliche Angelegenheiten gehörten hier zu seinen Aufgabenfeldern.

Im Zuge der allgemeinen Kriegsbegeisterung meldete sich Cunibert im November 1914 als Kriegsfreiwilliger. Nach einer zweijährigen militärischen Ausbildungszeit, die ihn nach München, Ludwigshafen und Frankfurt am Main führte, diente er von Februar bis September 1917 in einer Flak-Batterie an der Galizienfront. Nach dem Ausscheiden Russlands aus dem Krieg im Zuge der Oktoberrevolution von 1917 erlebte Cunibert die restliche Kriegszeit als Reservist und wurde im April 1919 aus dem Militärdienst entlassen.

Das Zeichnen war für Cunibert eine Leidenschaft. Während seiner Militärzeit in München belegte er im Sommersemester 1914 und im Wintersemester 1918/19 Zeichenkurse an der Königlich Bayrischen Akademie der bildenden Künste. Nach seinem Ausscheiden aus der Armee im Jahre 1919 zog es den begabten Zeichner nach Düsseldorf an die Staatliche Kunstakademie. Hier, in seiner letzten Ausbildungsstation, lernte Henri Cunibert den Bildhauer Arno Breker[26] kennen, der später einer der bedeutendsten Vertreter der nationalsozialistischen Kunst wurde. Er fertigte aus Dankbarkeit für eine von Cunibert erhaltene Zeichnung eine Büste des jungen Zeichners an[27].

Ein Architekt prägt die Landschaft

Nach dem Abschluss seiner Studien 1925[28] arbeitete Henri Cunibert in Malmedy als Architekt. Er heiratete Adèle Ledur aus Ondenval, die anfänglich mit zwei Schwestern das Hôtel du Cheval Blanc in Malmedy führte. In diesem Hotel hatte zeitweilig auch der General-Gouverneur der Ostkantone, Herman Baltia, gewohnt. Der Kontakt zu dieser einflussreichen Persönlichkeit war sicher auch neben den Verbindungen und Erfahrungen aus der Volontärzeit beim Kreisbauamt Malmedy eine sehr hilfreiche und nützliche Basis für den späteren Erfolg bei der Auftragsvergabe von staatlichen Bauprojekten. Die Auftraggeber des jungen Architekten waren vorwiegend Kirchenfabriken und Gemeinden[29].

Nach 1940 blieben die Aufträge wohl aus. Erst nach der Ardennenoffensive und den großen Zerstörungen in der Eifel wurde Cunibert als Gutachter von Kriegsschäden an Wohngebäuden im Raum Malmedy und Sankt Vith mit Aufträgen in hoher Zahl betraut[30]. Gleichzeitig wurden in diesen Jahren des Wiederaufbaus zahlreiche Bauprojekte umgesetzt[31]. Cunibert hatte wieder Hochkonjunktur. Zum Firmensitz in Malmedy kamen Büros in Eupen und Sankt Vith hinzu. Die Auftragslage war so gut, dass Cunibert mehrere Angestellte beschäftigte, wie z. B. Maria Marquet und Paul Margraff aus Sankt Vith. Bis zu seinem Tod am 12. Dezember 1954 war Henri Cunibert rastlos tätig[32].



Die verspätete Moderne

Bisher liegen nur wenige Arbeiten für Ostbelgien vor, die das Spannungsverhältnis von Moderne und Tradition und die Ungleichzeitigkeit der Moderne thematisieren. Die Beispiele dieses Beitrags zeigen, wie schwierig es ist, Quellen zu diesem Thema zu finden, das in der Selbstwahrnehmung der Menschen nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat: Das Alltägliche ist zu alltäglich, um Beachtung zu finden. Und dennoch zeigen die angesprochenen Forschungslücken, dass diese kulturhistorischen Themen einen deutlichen Mehrwert für die Geschichte dieser Grenzregion bringen können.

Endnoten

1 Vgl. Hartmut Rosa, Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen der Moderne, Frankfurt am Main 2014; zum Folgenden in regionalhistorischer Perspektive vgl. Andreas Fickers, Fahrrad, Dampfross und Kleinbahn. Die Veränderung von Raum und Zeit durch die Erfahrung der Welt, in: ders./Carlo Lejeune/Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 117-125.

2 Peter Borscheid, Das Tempo-Virus. Eine Kulturgeschichte der Beschleunigung, Frankfurt am Main 2004.

3 Vgl. Christoph Brüll/Andreas Fickers, Zeit-Räume im langen 19. Jahrhundert, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3, Code Civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2017, S. 22.

4 Vgl. zur Begrifflichkeit und Einordnung der Moderne: Wolfgang Welsch, Unsere postmoderne Moderne, 5. Aufl., Berlin 1997, hier vor allem das III. Kapitel: Neuzeit – Moderne – Postmoderne, S. 65-85.

5 Philipp Blom, Die zerrissenen Jahre 1918-1938, München 2014, S. 161.

6 Vgl. ebd., S. 503.

7 Vgl. ebd., S. 91.

8 Vgl. Carlo Lejeune, Der lange Weg zum lebensbegleitenden Lernen, in: Carlo Lejeune/Andreas Fickers/Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft, Büllingen 2001, S. 49-62.

9 Vgl. Detlev Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987.

10 SAE, X10, Nr. 535, Pfarre Kettenis, Schreiben vom 12.7.1923 des Lokalkomitees des Kath. Internationalen Mädchenschutzvereins, Abteilung Verviers.

11 SAE, X12, Nr. 569, Eupen, Sankt Joseph, Flugblatt „Gegen den Strom", ca. 1925.

12 SAE, X12, Nr. 570 hier auch die weiteren Zitate.

13 SAE, X12, Nr. 570, Wetzlarbad, Regelung des Badewesens, Schriftverkehr des Jahres 1933.

14 Als Zwickelerlass wurde im Volksmund ein vom stellvertretenden Reichskommissar Franz Bracht erarbeiteter und am 28. September 1932 vom preußischen Innenministerium herausgegebener zweiter Erlass zum öffentlichen Baden bezeichnet, der vorschrieb, welche Kleidung beim Baden zu tragen war.

15 ABL, Schreiben des JGV Grüfflingen an den Generalvikar, 20.2.1932.

16 SAE, 443/50, Nr. 1095, Stadt Eupen, Berichte der Verwaltungen, Schreiben vom 17.8.1936, heimattreuer Schöffe, Unterschrift unleserlich.

17 SAE, Nachlassakte, Raeren, 22.10.1936, Amtsgericht Eupen, Staatsarchiv Eupen, S. 3.

18 Vgl. Tilman Harlander, Moderne und antimoderne Tendenzen im Wohnungsbau. Das Rheinland zwischen 1933 und 1945, in: Dieter Breuer, Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland, Paderborn u. w. 1997, S. 474.

19 Dr. Georg Bergler, Geschäftsführender Leiter des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung, Gutachten zu Artikel 9, Absatz I des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus im Spruchkammerverfahren gegen Herrn Georg Mauderer, Bildhauer und Steinmetzmeister, Nürnberg, Kreutzerstrasse 65/II, in: Staatsarchiv Nürnberg, Spruchkammer Nürnberg I-M-86, S. 6.

20 Ebd., S. 9.

21 Vgl. Adam C. Oellers, Ludwig Mies van der Rohe und Ewald Mies in Aachen, in: Museum Burg Frankenburg Aachen, Ausstellungsheft „Aachen im Bild" (XXIV), Aachen, 9.3.-4.5.1986.

22 Volker Weiß, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012, S. 133f.

23 Vgl. Jean-Louis Cohen, Ludwig Mies van der Rohe, zweite u. erweiterte Ausgabe, Basel u. w. 2007, S. 92ff.

24 Vgl. Wilfried Koch, Baustilkunde. Das Standardwerk zur europäische Baukunst von der Antike bis zur Gegenwart, 32. Aufl., München/London/New York 2014, S. 272f.

25 Vgl. ebd., S. 24.

26 Arno Breker (1900-1991) war ein deutscher Bildhauer und Architekt. Aufgrund seiner Bedeutung für die Kunst im Nationalsozialismus ist er umstritten. 1948 wurde Breker bei der Entnazifizierung durch die Spruchkammer Donauwörth in der damaligen US-Besatzungszone Bayern trotz seines massiven künstlerischen Engagements für den nationalsozialistischen Staat als Mitläufer eingestuft, da er sich nachweislich für verfolgte Künstler eingesetzt hatte. In Paris hatte er nach eigener Darstellung während der deutschen Besetzung den Maler Pablo Picasso vor dem Zugriff der Gestapo bewahrt; Picasso, Sympathisant der Kommunisten, sei so der Deportation in ein Konzentrationslager entgangen. Ein Verdienst von Arno Breker war die Rettung des deutschen Verlegers Peter Suhrkamp, der unter dem dringenden Verdacht des Widerstandes gegen Adolf Hitler inhaftiert worden war. Breker hatte Suhrkamp im Gefängnis besucht und sich bei Albert Speer und Hitler erfolgreich für die Entlassung des Verlegers eingesetzt. https://de.wikipedia.org/wiki/Arno_Breker (abgerufen am 14.6.2018)

27 Vgl. Klaus-Dieter Klauser, Henri Cunibert – ein eigenwilliger Architekt, in: ZVS, 2/2011, S. 24.

28 Vgl. Paul Margraff, Rutengänger können geschichtliche Funde nicht nur bestätigen, sondern sogar machen, in: Zwischen Venn und Schneifel. Monatsblätter des Geschichtsvereins, 13. Jahrgang, März 1977, S. 48-51, hier S. 51.

29 Nach dem Tod seiner Frau sind die Unterlagen von Henri Cunibert leider vernichtet worden, so kann also nur auf die betreffenden Dokumente der Kirchen- und Gemeindearchive zurückgegriffen werden.

30 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Henri_Cunibert (abgerufen am 18.6.2018)

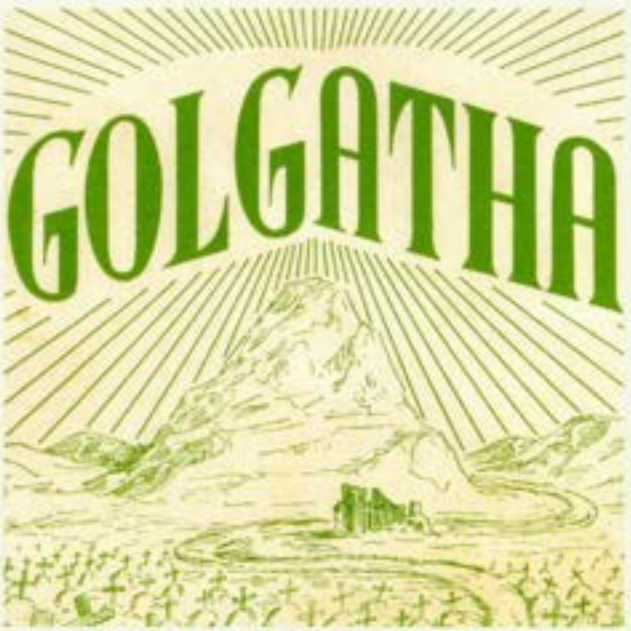
31 Vgl. Els Herrebout, Der materielle Wiederaufbau im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, in: Els Herrebout u. a. (Hrsg.), Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg im belgisch-deutschen Grenzland. Quellen und Forschungen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier 10, Brüssel 2018, S. 15-39.

32 Am 17. Dezember 1953 erhält Cunibert vom Gemeinderat der Gemeinde Schönberg den Auftrag, ein Projekt zum Neubau der Pfarrkirche St. Georg in Schönberg zu erstellen, leider konnte er dieses Projekt nicht mehr ausführen, da er im Dezember 1954 verstarb. Vgl. Fredy Keller, 50 Jahre Pfarrkirche St. Georg Schönberg, in: Zwischen Venn und Schneifel. Monatsblätter des Geschichts- und Museumsvereins, 48. Jahrgang, Juni 2012, S. 107-110.

ERINNERUNGSARBEIT UND INSTRUMENTALISIERUNG DER GESCHICHTE IN DER LITERATUR

KAMPFMITTEL UND UNTERHALTUNG

VON PHILIPPE BECK











Die Literaturgeschichte zwischen 1919 und 1950 zeichnet sich durch eine ausgeprägte Gattungspluralität aus. Während alte Schreibweisen und Genres weitergeführt werden (Heimatkunst, völkische Literatur, historische Erzählungen/Romane, Novellen), gesellen sich neue, experimentelle Formen (z. B. Utopien) oder epochenspezifische Gattungen (z. B. Kriegsromane) hinzu. Dieses Kapitel verortet die aus Eupen-Malmedy stammenden und die dort angesiedelten Autoren und ihre Werke in dieser „Gemengelage"[1]: Auf welche Art und Weise fanden das Zeitgeschehen und historische Stoffe in der literarischen Produktion, aber auch in der Publizistik Niederschlag? Welche Aspekte und Problematiken wurden dadurch sichtbar gemacht? Welche Auswirkungen hatte dies auf die zeitgenössischen Leser?

Die Bestimmungen des Versailler Vertrags bezüglich Eupen-Malmedy sorgten bis zum nächsten Weltkrieg für Widerhall in Presse, Publizistik und Literatur. Während der Elsässer René Schickele, Sohn einer französischen Mutter und eines deutschen Vaters, 1919 schrieb: „Gestern deutscher, heute französischer Staatsangehöriger: Ich pfeife darauf"[2] und auch der Eupener Peter Schmitz (1887-1938) seine Heimat als Brücke zwischen den Kulturen sah, gaben sich zwei populäre, aus Eupen-Malmedy stammende Schriftsteller unermüdlich in ihrem Kampf, auf den als Unrecht empfundenen Staatenwechsel ihrer Heimat aufmerksam zu machen. Beide ließen sich in Deutschland nieder. Der aus Weismes stammende Karl Bartz (1900-1956) zog nach Essen, wo er ab 1924 als Redakteur für die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* und später den *Börsencourir*, dessen Chefredakteur er 1933 für kurze Zeit wurde, tätig war. Der gebürtige Raerener Josef Ponten (1883-1940) zog 1919 infolge der Beschlagnahmung seiner Aachener Wohnung durch die belgische Armee nach München, wo er Freundschaft mit Thomas Mann schloss[3].

Karl Bartz war Geschäftsführer des 1924 zusammengestellten Provisorischen Sonderausschusses, eines Zusammenschlusses der wichtigsten Organisationen aus Eupen-Malmedy, der sich engagiert in die damalige Debatte um die endgültige Eingliederung Eupen-Malmedys ins belgische Staatsgefüge einbrachte[4]. In diesem Ausschuss sowie in Zeitungsbeiträgen plädierte Bartz vor allem für den Erhalt der politischen Einheit Eupen-Malmedys, die Errichtung eines eigenen Gerichtsbezirks für die Region, eines Gerichtes Erster Instanz, die Erhaltung der deutschen Sprache in Verwaltung und Bildungswesen und die Garantie einer Vertretung Eupen-Malmedys im belgischen Parlament mit wenigstens einem Abgeordneten[5].

Der publizistische Kampf gegen den Versailler Vertrag

Er gehörte aber auch zu jenen, die 1926 in der Presse eine freie und geheime Volksabstimmung verlangten. Nachdem diese Bemühungen kein Gehör fanden, verfasste er 1927 die Kampfschrift „Das Unrecht an Eupen Malmedy" (1928), die in der Schriftenreihe „Rheinische Schicksalsfragen" erschien[6]. Diese wurde vom führenden Vertreter der historisch-politischen Bildung, Paul Rühlmann, herausgegeben.

Schon im Vorwort lässt der Verfasser verlauten: „Belgien führte eine bewaffnete Verlegenheitsgeste durch, die es ‚Volksabstimmung' nannte, und nahm Eupen-Malmedy in Besitz. *Diese Komödie werden wir nie anerkennen.*"[7] Anhand von topologischen, geografischen, historischen, sprachlichen und kulturellen Argumenten versucht er auf knapp hundert Seiten, die Deutschheit des Gebietes zu belegen und die Situation im belgischen Staatsgefüge kritisch zu beurteilen. Auf die geheimen Rückgabeverhandlungen eingehend, unterstreicht er: „Wir wollen nicht verhandelt werden, wie man eine Kolonie verhandelt, sondern wir wollen selbst bestimmen, welcher Nation wir angehören wollen nach der Stimme unseres Herzens."[8] Und diese Forderung wiederholt er am Ende der Publikation.

Auch Josef Ponten schwor, sich „bis an sein Lebensende" für eine Revision der Grenze einzusetzen[9]. Zwar sah er



1928 veröffentlichte Karl Bartz seine Kampfschrift „Das Unrecht an Eupen-Malmedy".

sich als Weltbürger und sprach sich gegen Nationalismus und Faschismus aus[10], bestand aber gleichzeitig auf der „Deutschheit" Eupen-Malmedys sowie des ehemaligen Neutral-Moresnets und des „altbelgischen" Montzener Landes[11]. Während der Verhandlungen zu den Verträgen von Locarno im Jahr 1925 ergriff er öffentlich das Wort: Im *Berliner Tageblatt* und in der *Eupener Zeitung* wollte er die vertragsschließenden Mächte auf „ein zweites Elsaß-Lothringen"[12] an der Westgrenze Deutschlands aufmerksam machen, das niemals zu Belgien gehört habe. „Niemals vor der Geschichte wird das uns angetane Unrecht erlöschen", klagte der Schriftsteller. Darüber hinaus betonte er, dass die Annahme des Paktes „keineswegs einen Verzicht auf die *Wiedergewinnung Eupens* im *Wege friedlicher Verhandlungen zu bedeuten*" habe[13]. Dies entsprach der Auffassung Gustav Stresemanns, der mit Locarno darauf abzielte, eine internationale

Entspannung herbeizuführen und somit den Weg zu diplomatischen Verhandlungen zu öffnen[14].

Der literarische Kampf gegen Versailles

Diese Kritik am Friedensvertrag wird sowohl von Ponten als auch von Bartz in ihrer literarischen Produktion explizit und implizit fortgeführt. Schon eines von Pontens Frühwerken, der Roman „Siebenquellen" (1909), stellte ausgiebig Landschaft, Bevölkerung und Folklore des Eupener Landes dar und kann der Heimatliteratur zugeordnet werden. Als nach dem Erfolg seines von Thomas Mann gelobten Romans „Der Babylonische Turm" (1918)[15] 1926 eine Neuauflage von „Siebenquellen" geplant wurde, fügte er dieser ein „Selbstbildnis" hinzu, in dem er darauf hinwies, dass er aus dem „heutigen Zwangsbelgien"[16], „aus einem, wie es neueste politische Geschichtsnotzucht im Dienste der Eroberung durch Verträge will, angeblich undeutschen Lande"[17] stamme. Bis zum nächsten Kriegsausbruch veröffentlichte er regelmäßig Auszüge aus diesem inhaltlich unpolitischen Landschaftsroman. Form und Zeitpunkt dieser Publikationen deuten aber eindeutig auf die Absicht des Autors hin, auf das ehemalige deutsche Grenzgebiet aufmerksam zu machen[18].

Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist der Sammelband „Aus deutschen Dörfern. Zwischen Maas und Rhein und an der Wolga"[19]. Der Feldpostausgabe „Aus dem Eupener Land" (1936)[20] schließlich, eine Auswahl aus „Siebenquellen", kann man propagandistische Zwecke nicht absprechen. Denn diese Art Edition war für die Soldaten bestimmt[21] und diente im vorliegenden Fall dazu, das Lesepublikum anhand harmloser Beschreibungen wie „Sommernachmittag" oder „Schützenfest" von der „Deutschheit" Eupen-Malmedys zu überzeugen. Dies gehörte zu den subversiven Aktionen von Goebbels' Instanzen, um die offiziell stets dementierte, aber im Geheimen geplante „Heimkehr" Eupen-Malmedys ins Reich populär zu machen.

Explizit propagandistisch war der von Ponten gegen den Willen seines Verlegers und die Richtlinien Hitlers durchgesetzte Titel des 1939 veröffentlichten kleinen Buches „Aus verlorenem Westland". Denn damit rekurrierte er direkt auf den Westmark-Diskurs[22], was von oberster Stelle zu diesem Zeitpunkt unerwünscht war. Hinzu kommt, dass Ponten regelmäßig Vorträge in Grenzgebieten hielt, zahlreiche Rundfunkauftritte hatte[23] und am vom Propagandaministerium organisierten Ersten großdeutschen Dichtertreffen[24] in Weimar teilnahm[25].

Schließlich ließ er sich dazu hinreißen, den „SS-Leitheften"[26], die der weltanschaulichen Schulung der SS und Polizei dienten, einen Beitrag zur Verfügung zu stellen[27] und dem Bund Deutscher Mädchen einen Vortrag zu versprechen[28]. Durch den Kriegsausbruch konnte der Artikel allerdings nicht erscheinen und die Manuskripte sind nicht erhalten geblieben[29]. Als am 18. Mai 1940 Eupen-Malmedy durch den „Heim-ins-Reich-Erlass" ans „Dritte Reich" angegliedert wurde, griffen zahlreiche reichsdeutsche Zeitungen und Zeitschriften auf Zitate aus Pontens Werken zurück, um das Ereignis propagandistisch zu zelebrieren[30]. Ironischerweise war der Dichter kurz zuvor verstorben.

In Bartz' utopischer Zukunftsvision „Krieg 1960" (1931), die weiter unten als Kriegsroman behandelt wird, sind der Versailler Vertrag und die damit zusammenhängende „Niederwirtschaftung" Deutschlands Auslöser für einen



Der Reichsführer der Schutzstaffeln der NSDAP.

SS-Hauptamt

Berlin, den 9.11.39

Sehr geehrter Herr Dr. Doniel!

Für die Übersendung Ihres Aufsatzes danke ich Ihnen sehr. Ich bedauere nur, durch die kriegerischen Ereignisse nicht in der Lage zu sein, ihn abzudrucken.

Wir haben das SS-Leitheft während der Kriegszeit zu einem

1939 ließ Ponten den „SS-Leitheften" einen Beitrag zukommen, der kriegsbedingt jedoch nicht veröffentlicht wurde.

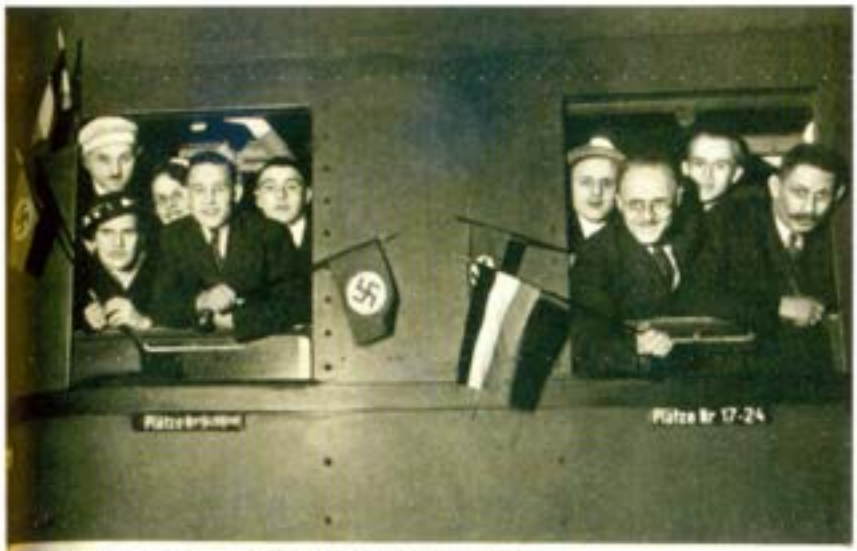
neuen Weltkrieg, in dem Deutschland zu Beginn ein Bündnis mit Frankreich und England eingeht. Um Deutschland als Alliierten zu gewinnen, erklärt der britische Botschafter in Berlin,

„es sei der ehrliche Wille der ehemals alliierten und assoziierten Mächte, dem Deutschen Reich als Entschädigung die letzten Jahre der Reparationszahlungen bis 1988 zu erlassen, den Anschluß Österreichs zu gestatten, die Rückgabe des polnischen Korridors zu garantieren, ebenso die Danzigs und Eupen-Malmedys"[31].

Auch wenn sich diese Allianz schon bald als trügerisch herausstellt und schließlich ein Bündnis mit Russland geschlossen wird, kommt hier der Wunsch nach einer „großdeutschen Lösung" und der Rückkehr Eupen-Malmedys ins Reich zum Ausdruck, der am Ende, im Zuge der „Befreiung" im Januar 1962, Wirklichkeit wird:

„Am vierzehnten Januar war das gesamte deutsche Staatsgebiet frei vom Feind. Am fünfzehnten Januar werden Luxemburg und Eupen-Malmedy besetzt. Überall rückten die deutschen Truppen ein, frenetisch begrüßt von den Befreiten. Dann der Einmarsch in fremdes Staatsgebiet. [...] Deutschland ist frei als Staat nach innen und außen. Der Versailler Vertrag wurde vom deutschen Volk und seinen treuen Verbündeten zerrissen."[32]

In dieser Gesinnung war Bartz auch im „Dritten Reich" propagandistisch tätig, indem er 1935 den Anschluss des Saarlandes und 1938 Österreichs literarisch verarbeitete. So stellt er in dem durch den Westmark-Verlag vermarkteten Buch „Weltgeschichte an der Saar" (1935) auf über 250 Seiten den Weg zur „Rückgliederung" des Saarlandes episch dar. Das Werk enthält eingangs ein Porträt Hitlers und ein an Gauleiter Josef Bürckel gerichtetes Danksagungstelegramm des „Führers" sowie zahlreiche Bilder von landschaftlichen Darstellungen, politischen Amtsträgern und Schlüsselereignissen, wie beispielsweise „Begeisterte Abstimmungsberechtigte auf der Fahrt zur Saar"[33]. Bürckel, einer der Protagonisten des Buches, war „Reichskommissar für die Rückgliederung des Saargebiets" und wurde drei Jahre später „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Diese feierte Bartz 1938 dann mit dem Buch „Die Wiedergeburt Großdeutschlands", das Hermann Göring mit einem Vorwort bedachte[34].



Begeisterte Abstimmungsberechtigte auf der Fahrt zur Saar

Mit seinem Buch „Weltgeschichte an der Saar" (1935) feierte Karl Bartz die „Rückeingliederung" des Saargebietes und war damit propagandistisch für das „Dritte Reich" tätig. Indirekt setzte er so auch stellvertretend seinen Kampf für eine Rückkehr Eupen-Malmedys ins Reich fort.

Schließlich veröffentlichte er auch Bücher unter dem Pseudonym „Joachim von Reinhardstein"[35], womit er auf die Burg im Warchetal und somit auf seine Herkunft anspielte. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht zog er zurück nach Weismes, stand der NSDAP jedoch kritisch gegenüber[36]. 1945 siedelte er wieder nach Essen um und beschäftigte sich in „Die Tragödie der deutschen Abwehr" (1955) einmal mehr mit der jüngsten Kriegsgeschichte[37].

Bücher als „kulturpolitische Kampfmittel"

Auch Josef Ponten hatte 1933 keine großen Anpassungsschwierigkeiten: Er blieb Mitglied der gleichgeschalteten Akademie der Künste[38], stellte dem *Völkischen Beobachter* Beiträge zu[39] und hatte nun die Chance, als Dichter gefeiert zu werden[40]. Erfolg konnte er vor allem mit seinem unvollendet gebliebenen Romanzyklus „Volk auf dem Wege" (1930-1942) verbuchen[41]. In dieser historischen Romanreihe[42] sind

die Ortschaften Raeren und Eynatten für die zwei reisenden Protagonisten von „Die Väter zogen aus" (1934), Johann Wetzel und Christian Heinsberg, Vororte der Stadt Aachen[43]. In Pontens Darstellung bildet das Gebiet eine idyllische Einheit, die, zieht man Pontens andere Schriften in Betracht, 1919 in Augen des Schriftstellers zerrissen wurde.

Auch in „Die Heiligen der letzten Tage" (1938) wird das ganze Gebiet zwischen Rhein und Maas landschaftlich als „natürliche Einheit" dargestellt. So lässt der allwissende Erzähler verlauten, die englischen Forderungen auf dem Kongress von Aachen 1818 würden diese „zerschneiden":

„Der Herzog [von Richelieu] traf den Kaiser [Alexander I. v. Russland] an, müde von einem hartnäckigen Widerstand gegen die englische Forderung, die Ostgrenze der neuen Niederlande in einigem Abstande der Maas folgen zu lassen. Dadurch würden natürliche Einheiten bei Seldern, bei Heinsberg, bei Eupen und so fort zerschnitten."[44]

Angesichts der Grenzveränderung von 1919 kann man diese Passage als versteckte Kritik am Versailler Vertrag deuten.

Der historische Roman befasst sich häufig mit Perioden gesellschaftlich-geschichtlicher Umwälzungen, die von prononcierten Darstellungen des Eigenen und des Anderen begleitet werden[45], und kann dadurch ein vornehmliches Medium zur Entwicklung des Nationalgefühls und ein Mittel der Selbstdefinierung sein[46]. So sind in „Volk auf dem Wege" die negativen Frankreichbilder auffällig[47]. Hierdurch



In seinem Romanzyklus „Volk auf dem Wege" (1930-1942) reaktiviert Ponten das Bild des französischen Erbfeindes. Die durch die Truppen Ludwigs XIV. im Zuge des Pfälzischen Erbfolgekrieges durchgeführten Zerstörungen von Speyer und Heidelberg (Bild) werden ausführlich dargestellt.

werden Ressentiments beim Leser geweckt und das alte Erbfeindbild wird reaktiviert[48]. Dies ist vor allem der Fall bei den detaillierten Darstellungen der Zerstörungen von Speyer und Heidelberg durch die Truppen Ludwigs XIV., die zum Teil propagandistischen Einsatz im Unterricht und in der Armee fanden[49]. Folgt man der imagologischen Methode des Literaturwissenschaftlers Daniel-Henri Pageaux, so wird deutlich, dass diese Darstellungen als „erklärende Mythen" für die deutsche Diaspora in der Romanreihe fungieren[50], auf die die Titel-Periphrase „Volk auf dem Wege" anspielt[51].

Im „Dritten Reich", wo Bücher gezielt als „kulturpolitische Kampfmittel"[52] eingesetzt wurden, konnten Pontens Werke der NS-Ideologie und schließlich den Kriegszielen dienlich sein[53]. Denn während des Zweiten Weltkrieges wurden 43,5 Millionen (!) Bücher an die Front geschickt mit dem Ziel, die Soldaten zu „stärken" bzw. sie ideologisch zu beeinflussen[54].

So konnte auch das Hauptthema von „Volk auf dem Wege", das Auslandsdeutschtum, das heutzutage in der Historiografie als deutscher Erinnerungsort gilt[55], mit Leichtigkeit politisch verwertet werden. Darüber hinaus hat die Kommunikationswissenschaftlerin Cristina Rita Parau den Beleg erbracht, dass Pontens Werke auch ohne Zugeständnisse des Autors dem Nationalsozialismus gegenüber durch die verwendeten „Sprachcodes" leicht vereinnahmt und politisch verwendet werden konnten[56].

Fortsetzung der Heimatkunst im „Dritten Reich"

Mit dieser Romanreihe ist ferner ein Beispiel gegeben, dass die Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Heimatkunst auch nach dem Ersten Weltkrieg mit

Josef Ponten einen Vertreter aus der Grenzregion fand. Die Werke der von 1889 bis 1903 in Malmedy ansässigen Nanny Lambrecht[57] aus der Zwischenkriegszeit sind allerdings unerforscht. Und Clara Viebigs Schaffensphase der Eifelwerke[58] war zu diesem Zeitpunkt vorbei[59]. Doch erfuhren ihre Eifelromane „Einer Mutter Sohn" (1906) und „Kreuz im Venn" (1908) bis 1932 erfolgreiche Neuauflagen.

Der Literaturwissenschaftler Uwe-Karsten Ketelsen hat festgestellt, dass die Heimatkunst allmählich „völkisch nationale" Züge annahm[60], wodurch sie im „Dritten Reich" populär und politisch verwendbar wurde. Schon ab der Jahrhundertwende, präzisiert er, habe die Heimatkunstbewegung ein Ideologiepotential an sich gebunden, das während Krisenzeiten im Kleinbürgertum aktivierbar geblieben sei, wie beispielsweise nach 1918 bei den Grenz- und Auslandsdeutschen[61].

Inwiefern Autoren dieser literarischen Bewegung ab 1933 bewusst für das „Dritte Reich" schrieben, sie sich opportunistisch verhielten oder eine gewisse Distanz zu wahren versuchten, ist von Fall zu Fall verschieden. Josef Ponten kann man einen gewissen Opportunismus und eine intellektuelle Mitarbeit im Dienste des Nationalsozialismus allerdings nicht absprechen, auch wenn die vorliegenden Studien ein durchaus heterogenes Gesamtbild des Dichters geben[62].

Der Heimatkunst kann man auch einige Werke des flämisch-nationalistischen Schriftstellers Filip De Pillecyn (1891-1962) zuordnen, der von 1926 bis 1933 als Niederländisch- und Englischlehrer am Athenäum in Malmedy tätig war und dort erfolgreich eine



Der flämisch-nationalistische Aktivist Filip De Pillecyn verfasste während seiner Zeit als Lehrer in Malmedy den Roman „Hans von Malmedy" (1935).

Abteilung des flämisch-katholischen Davidsfonds aufbaute[63]. Er war in Flandern Mitbegründer der IJzerbedevaart, nahm 1941 am vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda organisierten Europäischen Dichtertreffen teil und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund seiner Aktivitäten für den Vlaamsch-Nationaal Verbond (VNV) und die Deutsch-Vlämische Arbeitsgemeinschaft (DeVlag) wegen Kollaboration verurteilt.

Sein 1935 verfasster, 1936 mit dem Literaturpreis der Provinz Antwerpen ausgezeichneter und 1938 ins Deutsche übersetzte Entwicklungsroman „Hans von Malmedy" spielt in der napoleonischen Zeit, als Malmedy Unterpräfektur des Ourthe-Departements war. Protagonist ist der 22-jährige Hans, Sohn eines aus Köln stammenden und nach Malmedy gezogenen Richters, der nach zwei Jahren französischem Heeresdienst in seine Heimatstadt zurückkehrt und enttäuscht feststellt, dass „die neue Zeit" dort nicht wirklich ihren Einzug gehalten hat[64].

Leitfaden dieser Milieustudie mit naturalistischen Zügen ist Hans' Suche nach dem eigenen Lebensweg. Am Rande kommen aber auch antifranzösische Ressentiments zum Vorschein. Dies wird in Zusammenhang mit den im Zuge der Säkularisierung abgeschafften Klöstern und vor allem in den Gedankengängen von Hans' Vater deutlich. Als dieser über die Geschichte des Schinderhannes, das ist der Räuber Johannes Bückler, nachdenkt, der „noch vor kurzem [...] Räuberkrieg geführt hatte gegen Franzosen, Juden und reiche Leute", folgert er: „Dieses Räubertum hatten die französischen Königsmörder wachgerufen. Es sind schlimme Zeiten, wenn jeder sich selbst Recht verschaffen

Ein grenzübergreifender lokalhistorischer Stoff

Die Novellen „Die Bockreiter" (1919) von Josef Ponten und „Die Mainacht" (1921) von Peter Schmitz[67] zeigen, dass die Tradition der Bockreitergeschichten auch fest im Eupener Land verankert war. Und auch auf der Bühne war dieser lokalhistorische Stoff beliebt, wie es die Zeitungsanzeigen von mehreren Theaterstücken zeigen[68]. Schmitz verarbeitete in seiner Novelle den historisch belegten Überfall einer Bockreiterbande auf das Eupener Rekollektinnenkloster im Jahre 1740[69], während Ponten das Kloster Melaten in Aachen zum Schauplatz eines nicht überlieferten Raubzugs macht[70].

Die Bockreiter waren der Überlieferung nach Räuberbanden, die zwischen 1730 und 1780 im Raum zwischen Maas und Rhein aktiv waren[71]. Ihren Ursprung fanden die Legenden in tatsächlichen oder angeblichen Ereignissen der damaligen Zeit. In der Phantasie der Bevölkerung wurden diese schnell zu angeblich wahren Geschichten ausgeschmückt und die Protagonisten dämonisiert. So gaben sich die Bockreiter angeblich oft auch Kirchenentweihungen und satanischen Riten hin. Fragwürdige Prozesse und mittelalterlich anmutende, spektakuläre Foltermethoden führten in den Vorstellungen der Bewohner zu Legenden von bockreitenden Räuberbanden.



Bockreitergeschichten und -legenden waren weit verbreitet zwischen Rhein und Maas.

will. Franzosen, Juden und Reiche. Er begriff, daß man sie in einem Atem nannte."[65] Damit griff De Pillecyn die Erzfeindmotive der Schinderhannes-Literatur aus dem 19. Jahrhundert auf[66].

Vom Soldaten des Kaisers zum Staatsfeind

Der Eupener Journalist und Schriftsteller Peter Schmitz (1887-1938) wurde nach der Annexion Eupen-Malmedys für verschiedene belgische Vereine, Zeitungen und Instanzen tätig[72]. So gehörte er zu den ersten Mitarbeitern des während des Baltia-Regimes gegründeten Geschichtsvereins, der mit seinen Publikationen bisweilen Argumente lieferte, um die historischen Gemeinsamkeiten zwischen dem Königreich Belgien und dem angegliederten Gebiet hervorzuheben. Dies tat Schmitz auch indirekt mit seiner Kurzprosa, wie „Die Mainacht" oder „Held Höckerlein", in denen die Zugehörigkeit Eupens zum Limburger Land stets erwähnt wird[73].

Journalistisch war er von Anfang an für die probelgischen Zeitungen *La Nouvelle Belgique*, *Grenz-Echo* und *L'Invalide* tätig[74]. Die aus seiner Feder stammenden Meinungsbeiträge weisen darauf hin, dass er der deutschen Vergangenheit der Region den Rücken kehrte und der Zukunft Eupen-Malmedys im belgischen Staat wohlwollend entgegenschaute. Als Beispiel sei hier der Artikel „Zehn Jahre neubelgische Geschichte" angeführt, wo er wie Bartz die bisherige Zugehörigkeit Eupen-Malmedys zu Belgien analysiert und bewertet, jedoch unter einem resolut probelgischen Blinkwinkel[75]. Hier macht Schmitz, Mitbegründer des Liberalen Verbandes Eupen[76], die Unruhen in der jungen Weimarer Republik für das Ergebnis der umstrittenen Volksbefragung in Eupen-Malmedy verantwortlich und minimiert die belgische Einflussnahme auf das Plebiszit.

Der Kriegsversehrte setzte sich vor allem aber für Völkerverständigung und Frieden ein. Seinem Wunsch nach sollte Eupen-Malmedy „nicht Zankapfel, sondern Brücke sei[n] für die Annäherung und Verständigung

der benachbarten Länder"[77]. Der Krieg hatte ihn zum überzeugten Antimilitaristen gemacht. Am bemerkenswertesten ist sein Antikriegsroman „Golgatha", der weiter unten behandelt wird. Darüber hinaus wurde er für die belgischen, französischen und britischen Nachrichtendienste gegen das „Dritte Reich" tätig, weshalb er ab 1936 aktiv von der Gestapo gesucht wurde[78]. Wahrscheinlich erhielt er aus diesem Grunde ein Stellengebot als Redakteur für eine deutsche Emigrantenzeitung in London[79].

All dies waren Gründe, warum 1940 sein Roman öffentlich in Eupen verbrannt und das Grab des 1938 verstorbenen „Staatsfeindes" auf Order der NS-Stadtverwaltung vom Ehrenfriedhof entfernt wurde[80]. In ähnlicher Gesinnung wurden in Malmedy die Bücher des Priesters und Lokalhistorikers Joseph Bastin (1870-1939) in die Warche geworfen, und in Maldingen entfernte man die zweisprachige Gedenkplatte, die das Geburtshaus des Heinrich-Heine-Freundes Paul Gérardy (1870-1933) schmückte[81].

Die literarische Erinnerung an den Ersten Weltkrieg

Kriege und Schlachten bildeten schon in der Antike ein beliebtes Thema der Literatur. Neu war die seit Mitte des 19. Jahrhunderts schnell ansteigende Alphabetisierung der Soldaten. Vorerst stolz, am historischen Ereignis des Ersten Weltkrieges teilzuhaben, verarbeiteten sie das Erlebte in den verschiedensten Textformen[82]. Mit ihrem Anspruch auf Authentizität waren diese oft als Zeugenberichte vermarkteten Texte[83] in gewissem Sinne Teil des Kriegserlebnisses und trugen zu einer Erinnerungskultur bei[84], die erstmals dem „kleinen Menschen" zugänglich war.

In Anlehnung an den von dem Historiker Pierre Nora eingeführten Begriff „Erinnerungsorte" können wir in diesem Kontext von Erinnerungsromanen[85] oder weitreichender von Erinnerungstexten reden[86]. Für den kanadischen Historiker Modris Eksteins ist die Bedeutung der Sinnstiftung dieser Werke unabdingbar:

„Nur auf dieser Ebene, der Ebene des individuellen Leidens, konnte dem Krieg ein Sinn verliehen werden. Der Krieg war eine Sache des persönlichen Erlebnisses, nicht einer kollektiven Deutung. Er war nunmehr ein Gegenstand der Kunst und nicht mehr eine Angelegenheit der Geschichte."[87]

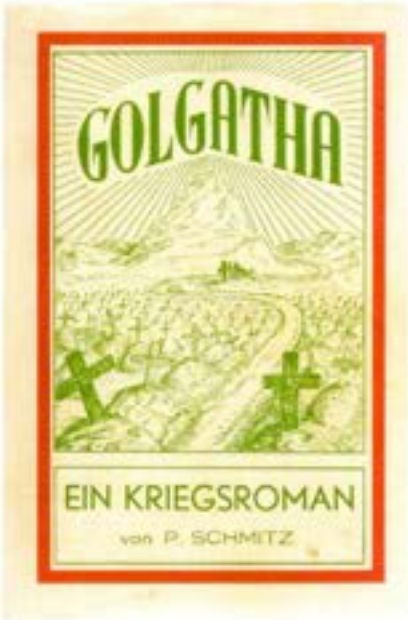
Der Welterfolg von Erich Maria Remarques kriegskritischem Roman „Im Westen nichts Neues" (1929) und seiner Verfilmung sowie die damit einhergehende Erfolgswelle der pazifistischen Kriegsromane täuschen über die Tatsache hinweg, dass im deutschen Sprachraum während der gesamten Zwischenkriegszeit die kriegsbejahenden und bisweilen explizit militaristischen Texte den Markt dominierten. Im „Dritten Reich" schließlich kann man von einer regelrechten literarischen Aufrüstung kriegsverherrlichender Romane sprechen, wodurch bei der Bevölkerung Kriegsbereitschaft geschaffen werden sollte.

Literatur gegen den Krieg

In diesem Kontext veröffentlichte Peter Schmitz, ehemaliger Infanterist des RIR 29[88], seinen Antikriegsroman „Bataillon Eupen-Malmedy", der ab 1931 in Serienform in der ostbelgischen Ausgabe von *L'Invalide* abgedruckt wurde und zu Schmitz' Aufnahme in die Association des Écrivains Combattants belges (AECb) führte[89]. Nach gescheiterten Versuchen, ihn belgischen und deutschen Verlagen anzubieten[90], erschien der Roman 1937 im Eupener Paul Kaiser Verlag in überarbeiteter Buchform unter dem Titel „Golgatha"[91]. Vermarktet wurde er u. a. durch die Geschäftsstelle des *Grenz-Echos*, die ihn auch „nach auswärts auf Bestellung verschickt[e]"[92], d. h. ins „Dritte Reich", wo das antimilitaristische Buch verboten war. Zusätzlich griff Schmitz auf persönliche Kontakte zurück, um es dort zu verkaufen, was der Gestapo nicht entging[93].

Als einer der wenigen Schriftsteller greift Schmitz auf das angespannte deutsch-französische Verhältnis im ausgehenden 19. Jahrhundert zurück und legt die in Schulen verbreiteten Hassparolen offen, um sie als eine der Kriegsursachen anzuprangern[94]. Ferner kritisiert er die hetzerische Kriegspropaganda in den Medien und das machtorientierte Verhalten führender Politiker. So wirft die Situation der Soldaten aus dem Grenzgebiet im Roman ein besonderes Licht auf den Krieg: Nationalismen werden relativiert und abgeschwächt[95]. Damit kann der Roman in der von Thomas F. Schneider entwickelten Typologie der Antikriegsliteratur des 20. Jahrhunderts eindeutig als appellativer Typ eingeordnet werden:

„Auf der Basis eigener Erfahrungen, Berichten Dritter oder fiktional beschreibt der Autor einen [...] abgeschlossenen Krieg. Das Ziel der pazifistischen Aussage ist, die Sinnlosigkeit des Krieges zu



Der antimilitaristische Roman „Golgatha" war im „Dritten Reich" verboten und wurde 1940 von Eupener Nationalsozialisten öffentlich verbrannt. Hier das Cover aus dem Jahr 1937 nach einer Zeichnung von Peter Schmitz.



In „Krieg 1960" stellt sich Karl Bartz schon 1931 einen Zukunftskrieg mit modernen Waffen vor.

demonstrieren, indem die Schrecken des Krieges beschrieben werden [...]."[96]

So war für den Pazifisten Prof. Dr. Birgel, ein nicht zu entschlüsselnder Name des Autors, der den Text für den Buchdeckel schrieb, damals die Botschaft unübersehbar:

„Wohl noch nie wurde ein Buch geschrieben, das in so packender Weise die Unmenschlichkeit des Kriegsirrsinns aufzeichnet und charakterisiert. Kein bisher erschienenes Werk ist geeigneter, den Abscheu gegen den Krieg in die breite Volksmasse zu tragen wie [sic] das neue Buch ‚Golgatha'."[97]

Bisher nahezu außer Acht geblieben in der Historiografie und Literaturgeschichte ist das literarische Schaffen von Karl Bartz, der 1931 den utopischen Roman „Krieg 1960" im konservativen Mittler-Verlag[98] veröffentlichte[99]. Der Schwerpunkt liegt einerseits auf der Darstellung politischer Entscheidungen, andererseits kommt aber auch der Beschreibung von Kampfhandlungen in einer Montage aus fiktiven Heeresberichten, Zeitungsmeldungen, Telegrammen, Briefen und Regierungsaufrufen oder -erklärungen ein gewisser Stellenwert zu. Zusammengehalten werden die Dokumente durch auktoriale Erzählpassagen.

Schon in dem im August 1930 verfassten Vorwort kommt zum Ausdruck, dass Bartz die politische Lage in der Weimarer Republik als konfliktträchtig beurteilt. Der Versailler Vertrag wird verantwortlich gemacht für die desolate Lage Deutschlands und für die unabwendbare Kriegsgefahr:

„Bei den natürlichen Gegensätzen zwischen einzelnen Großmächten, den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Reibungsflächen und bei den politischen Momenten [...] erstehen [sic] organisch die Möglichkeiten eines Krieges. Dieser Krieg ist unabwendbar."[100]

Auslöser für den imaginierten Krieg im Jahre 1960 ist ein Attentat auf einen britischen Kreuzer in Singapur[101]. Daraufhin entstehen Spannungen zwischen dem postkommunistischen Russland einerseits und England und Frankreich andererseits. Letztere werden als Kriegstreiber dargestellt, die das demokratische Deutschland aufgrund seiner geografischen Pufferlage anhand einer Revision des Versailler Vertrags für sich gewinnen wollen. Deutschland erfährt jedoch im letzten Moment von Geheimplänen, die das Allianzangebot konterkarieren. Nach einem Putsch der „Nationalen Union" wird ein „Diktator" eingesetzt. Deutschland tritt auf die Seite Russlands und wird angegriffen.

Der mit modernen, utopischen Waffen geführte Krieg hat verheerende Auswirkungen für Deutschland. Nur aufgrund einer zufällig erworbenen materiellen Überlegenheit und seiner Ausdauerfähigkeit siegt das deutsch-russische Bündnis. Direkte Folge dieses Sieges ist die vollständige Revision des Versailler Vertrags und die Wiederherstellung der politischen Lage Deutschlands von 1914. In einem letzten Aufruf vom 31. Januar 1962 erklärt der „Diktator" seinen baldigen Rücktritt, „um dem Volk die volle Freiheit in der Wahl seiner Vertreter zu geben"[102].

Schneiders Typologie zufolge gilt Bartz' Roman als appellativer visionärer

Typ[101]. Auch ohne eine friedliche Utopie zu imaginieren, sei Bartz' Text durch das Aufzeigen der in der Gegenwart zu behebenden Defizite pazifistisch[104]. Aufgrund der als desolat beschriebenen Situation Deutschlands, der ausführlichen und wiederholten Kritik am Versailler Vertrag, der negativen Darstellungen Frankreichs und Großbritanniens, der Führer-Figur mit diktatorischen Befugnissen als rettender Instanz, die Antikriegsdemonstrationen niederschießen lässt[105] sowie in Ermangelung an friedlichen Lösungsvorschlägen ist das Etikett „pazifistisch" für „Krieg 1960" dennoch recht fragwürdig.

Die Marneschlacht: die vertane Chance

Nach 1933 beteiligte sich Bartz vielmehr am literarischen Aufrüsten. Dabei interessierte er sich vor allem für die See- und Luftfahrt, wie allein schon die Buchtitel zeigen: „Zeebrügge. Der englische Angriff auf die deutsche U-Boot-Basis" (1938), „Der Kommandant der Emden. Das Leben des Kapitäns von Müller" (1939), „Männer, dem Himmel verfallen. Aus dem Leben deutscher Einflieger" (1942). Ferner widmete er sich mit „Der Sonnenkönig" (1935) und „Peter der Große" (1936) zwei namhaften monarchischen Figuren.

Zuerst allerdings galt seine Aufmerksamkeit der Marneschlacht, bei der die deutsche Armee sämtlichen Darstellungen zufolge den angestrebten schnellen Sieg verspielte. Schon 1933 lieferte er eine kritische Quellendarstellung für Paul Joseph Cremers ursprünglich 1925 geschriebenes Theaterstück „Die Marneschlacht. Eine deutsche Tragödie"[106], das „gut in das Programm der Nationalsozialisten passte"[107].

Ein Jahr später veröffentlichte Bartz dann seine eigene Aufbereitung des Themas, „Die Deutschen vor Paris (Die Marneschlacht)", die den Vormarsch der deutschen Armee im August/September 1914 nach dem von Moltke überarbeiteten Schlieffen-Plan schildert. Protagonisten sind die deutschen und französischen Heeresführer, allen voran Alexander von Kluck, Oberbefehlshaber der 1. Armee auf dem rechten Flügel des nach Frankreich einmarschierenden Westheeres[108].

Nach kurzer Darstellung der Siegesstimmung im September 1914 wirft der auktoriale Erzähler schon zu Beginn des Buches die Frage auf, warum die deutsche Armee trotz einer idealen Ausgangslage kurz vor dem Ziel Paris letztendlich nicht erreichte. „Sieg! Sieg! Und dennoch Rückzug?" lautet der Titel des ersten Kapitels, in dem mit Nachdruck gefragt wird: „Sie kamen nicht [nach Paris], obwohl der Weg frei war. – Warum nicht? Warum?"[109], „[W]arum gingen die Deutschen zurück?"[110]. So lautet eindringlich die programmatische Frage, die in der Folge anhand der Darstellung militärischer (Fehl-)Entscheidungen ausführlich beantwortet werden soll.

Auf der letzten Seite der Erzählung ist die Beurteilung dieses Rückzugs in den Worten Klucks für den Gesamtverlauf des Krieges unmissverständlich: „Das ist der verlorene Krieg!"[111] Und der auktoriale Erzähler fügt hinzu: „Als die Nacht begann, zogen lange Truppenkolonnen der Aisne zu. Die Tränen liefen über die abgemagerten, verkrusteten Gesichter der Soldaten, sie weinten wie die Kinder ..."



Der 1934 verstorbene Alexander von Kluck war der Held der Marneschlacht, der in Karl Bartz' Roman „Die Deutschen vor Paris" wieder auflebt

Eine Studie zu Bartz' Kriegsbüchern steht bisher aus. Doch wird schon hier deutlich, dass „Die Deutschen vor Paris" ein Beitrag zur militärischen Erinnerungskultur der Marneschlacht aus deutsch-nationalistischer Sicht ist. Die These, dass Bartz seine eigene Quellendarstellung für das Buch nutzte, liegt nahe. Zu den Quellen gehörte aller Wahrscheinlichkeit nach auch Alexander von Klucks eigene Rechtfertigungsschrift, „Der Marsch auf Paris und die Marneschlacht 1914", die bereits 1920 erschienen und in mehrere Sprachen übersetzt worden war. Zwanzig Jahre nach der berühmten Schlacht und infolge von Klucks Tod war dieses Ereignis ein beliebtes und verwendbares Thema im „Dritten Reich"[112].

Literatur als Erinnerungsraum

Aus den obenstehenden Ausführungen geht deutlich hervor, dass die Literatur in den vorliegenden Fällen oft ein Erinnerungsraum[113] ist, in dem subjek-

tive Darstellungen der Vergangenheit popularisiert, vermarktet und bisweilen politisch vereinnahmt bzw. gezielt eingesetzt werden. Wenngleich der Versailler Vertrag nur selten im ostbelgischen Erinnerungsdiskurs auftaucht[114], muss man mit der publizistischen und literarischen Aktivität Pontens und Bartz' feststellen, dass hier entsprechende Erinnerungsräume aus deutsch-nationaler Perspektive geschaffen wurden, während Schmitz ein belgisch-nationales Pendant anbot.

Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg im Grenzgebiet hat mit dem Roman „Golgatha" von Schmitz eindeutige militant-pazifistische Züge. In Bartz' Werken hingegen herrschen zuerst ambivalente, dann schließlich militaristische Darstellungen vor. Damit stellte er sich bisweilen bewusst in den Dienst der NSDAP. Ponten seinerseits zielte eindeutig darauf ab, den Auslandsdeutschen ein Denkmal zu setzen und somit einen Erinnerungsort zu schaffen. Gegen die politische Vereinnahmung seiner Werke hat er sich allerdings nicht gewehrt.

Zum Schluss dürfen die zahlreichen Novellen und anderen Werke Josef Pontens nicht unerwähnt bleiben[115], genauso wenig die Legenden und Märchen des Montzeners Peter Lousberg[116] und die Werke des in Eupen geborenen Schweizers Wilhelm A. Imperatori[117], der u. a. eine bisher noch nie aufgeführte Komödie mit dem Titel „Feuerwerk" unter dem Pseudonym Alfred Gospert veröffentlichte[118]. Sie liegen außerhalb des Fokus dieses Kapitels, der bewusst auf das Spannungsfeld zwischen Literatur und Geschichte gerichtet ist.

Endnoten

1 Manfred Gangl/Gérard Raulet, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage, 2., neubearbeitete und erweiterte Aufl., Frankfurt am Main 2007, S. 9-53, hier S. 39.

2 In: Kurt Pinthus, Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus, Hamburg 1959, S. 360.

3 Zu dieser Freundschaft siehe Hans Wysling (Hrsg.), Dichter oder Schriftsteller? Der Briefwechsel zwischen Thomas Mann u. Josef Ponten 1919-1930, hrsg. unter Mitwirkung von Werner Pfister, Bern 1988 (= Thomas-Mann-Studien, Bd. 8).

4 Vgl. Heidi Christmann, Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen, Dissertation, München 1974, S. 213ff.

5 Vgl. ebd., S. 216; Malmedy-St. Vither Zeitung, 21.6.1924; Eupener Zeitung, 21.7.1924; Malmedy-St. Vither Zeitung, 26.7.1924, 27.8.1924, 13.10.1924.

6 Karl Bartz, Das Unrecht an Eupen-Malmedy, Berlin 1928.

7 Ebd., S. 5. Hervorhebung im Original.

8 Ebd., S. 45.

9 Josef Ponten, Erklärungen Eupen betreffend, in: Eupener Zeitung, 30.1.1926.

10 Vgl. Josef Ponten, Rheinstrom-Weltstrom, in: Der Rhein. Zwei Aufsätze. Gabe zur Feier der Tausend Jahre der Rheinlande von Josef Ponten, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925, S. 21-51; Gertrude Cepl-Kaufmann, Phönix aus der Asche. Europavisionen westdeutscher Schriftsteller nach dem Ersten Weltkrieg, in: Peter Delvaux/Jan Papiór (Hrsg.), Eurovisionen. Vorstellungen von Europa in Literatur und Philosophie, Amsterdam, Atlanta 1996, S. 39-60; Gertrude Cepl-Kaufmann, Ein Europa der Regionen. Zu Josef Pontens und René Schickeles deutsch-französischem Versöhnungsprojekt, in: Juni. Magazin für Literatur und Politik 29 (1999), S. 21-35; Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel 2013 (Comparatism & Society 21), S. 466f., 506.

11 Vgl. Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 187-194.

12 Josef Ponten, Meine Heimat. Das Land Eupen - Zur Beherzigung in Locarno, in: Berliner Tageblatt, 15.10.1925, S. 1f., auszugsweise auch in: Eupener Zeitung, 26.10.1925.

13 Ebd., Meine Heimat, Hervorhebung im Original.

14 Vgl. Manfred Joachim Enssle, Stresemann's territorial revisionism. Germany, Belgium, and the Eupen-Malmédy question, 1919-1929, Wiesbaden 1980.

15 Vgl. Hans Wysling, Glück und Ende einer Freundschaft, in: ders. (Hrsg.), Dichter oder Schriftsteller?, S. 7-24; Cristina Rita Parau, Zu Josef Pontens Kunsttheorie. Eine ideologiekritische Analyse. Hausarbeit zur Erlangung des Grades Magistra Artium der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität

Düsseldorf, Düsseldorf 2004; Cristina Rita Parau, Über die Genese politisch-legitimierender Sprachcodes. Josef Pontens Liminalität im Feld der nationalsozialistischen Ideologiebildung, Würzburg 2012 (= Epistemata Literaturwissenschaft, Bd. 727); Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 432ff.

16 Josef Ponten, Selbstbildnis, in: ders., Siebenquellen, Berlin 1926, S. 9-25, hier S. 14.

17 Ebd., S. 20; dazu Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 208.

18 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 217-222.

19 Josef Ponten, Aus deutschen Dörfern. Zwischen Maas und Rhein und an der Wolga, Leipzig 1927.

20 Josef Ponten, Aus dem Eupener Land. Bilder und Geschichten, Feldpostausgabe, Leipzig 1936 (= Lebendiges Wort, Bd. 19).

21 Vgl. http://www.feldpost-archiv.de/feldpost-d.html (10.9.2018).

22 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 218; Thomas Müller, Belgien im „Westmark"-Diskurs. Einblick in die Westpolitik der alldeutschen und jungkonservativen Bewegung 1880-1940, in: Anne Begenat-Neuschäfer (Hrsg.), Belgien im Blick: Interkulturelle Bestandsaufnahmen. Regards croisés sur la Belgique contemporaine. Blikken op België: Interculturele Beschouwingen, Frankfurt am Main 2007, S. 41-63.

23 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 478f.

24 Vgl. Jan-Pieter Barbian, Literaturpolitik im „Dritten Reich". Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder, Frankfurt am Main 1993; Frank-Rutger Hausmann, „Dichte, Dichter, tage nicht!". Die Europäische Schriftsteller-Vereinigung in Weimar 1941-1948, Frankfurt am Main 2004, S. 33f.; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 219f.

25 Vgl. Stadtbibliothek Aachen, Nachlass Josef Ponten, A.6.26. NSDAP; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 218ff.

26 Zum Kontext: Hans-Christian Harten, Himmlers Lehrer. Die weltanschauliche Schulung in der SS, 1933-1945, Paderborn 2014, S. 421ff.; Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut". Das Rasse- & Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 91-101.

27 Vgl. SS-Hauptamt an Josef Ponten, Brief vom 9.11.1939, Stadtbibliothek Aachen, Nachlass Josef Ponten, A.8.8b. Briefe an Josef Ponten/Verleger.

28 Vgl. Stadtbibliothek Aachen, Nachlass Josef Ponten, A.6.26. NSDAP.

29 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 219f.

30 Vgl. ebd., S. 220f.

31 Karl Bartz, Krieg 1960, Berlin 1931, S. 8.

32 Ebd., S. 110.

33 Karl Bartz, Weltgeschichte an der Saar, Neustadt 1935, Bildtafel nach S. 176.

34 Karl Bartz, Die Wiedergeburt Großdeutschlands, Wien 1938.

35 Joachim von Reinhardstein, Feuerbrand in Kärnten. Der Heldenkampf eines Volkes, Berlin 1937; Benimm dich Paulette! Napoleons Sorgen um seine leichtgesinnten Schwestern, Berlin 1941.

36 Vgl. Hubert Willems, Un grand ami de Jules Destrée: Léon Mallinger, in: La vie wallonne 59 (1985), S. 69-95, hier S. 92.

37 Karl Bartz, Die Tragödie der deutschen Abwehr. Verrat oder Verantwortung? Die Frage nach den Beweggründen des Admirals Canaris, Salzburg 1955.

38 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 68, 451-455; Hildegard Brenner, Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972; Inge Jens, Dichter zwischen rechts und links. Die Geschichte der Sektion für Dichtkunst an der Preußischen Akademie der Künste, Leipzig 1994; Werner Mittenzwei, Die Mentalität des Ewigen Deutschen. Nationalkonservative Dichter 1918-1947 und der Untergang einer Akademie, 2., bearbeitete Aufl., Frankfurt am Main 2003.

39 Vgl. Brief vom Völkischen Beobachter an Josef Ponten, 17.5.1933, Stadtbibliothek Aachen, Nachlass Josef Ponten, A.8.8b. Briefe an Josef Ponten/Verleger.

40 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 451-494.

41 Vgl. ebd., S. 459-470.

42 Vgl. Philippe Beck, Literaturgeschichtliche Kontinuitäten jenseits politischer Zäsuren im historischen Roman. Josef Pontens Volk auf dem Wege (1933-42), in: Moritz Baßler/Hubert Roland/Jörg Schuster (Hrsg.), Poetologien deutschsprachiger Literatur 1930-1960. Kontinuitäten jenseits des Politischen, Berlin 2016, S. 251-274.

43 Josef Ponten, Die Väter zogen aus, Stuttgart 1934 (= Volk auf dem Wege. Roman der deutschen Unruhe, Bd. II), S. 84ff.

44 Josef Ponten, Die Heiligen der letzten Tage, Berlin 1938 (= Volk auf dem Wege, Bd. IV), S. 135. Hervorhebung Philippe Beck.

45 Vgl. Georg Lukács, Der historische Roman, Berlin 1955, S. 15ff.

46 Vgl. Jerome de Groot, The Historical Novel, London, New York 2010, S. 49; siehe auch Beck, Literaturgeschichtliche Kontinuitäten.

47 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 547-580.

48 Vgl. Etienne François/Hagen Schulze, „Erbfeind", in: dies., (Hrsg.) Deutsche Erinnerungsorte, 4. Aufl., München 2002, Bd. I, S. 389f.; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 547-590.

49 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 534f.

50 Vgl. Daniel-Henri Pageaux, Recherche sur l'imagologie. De l'Histoire culturelle à la Poétique, in: Revista de Filologia Francesca 8 (1995), S. 135-160, insbes. S. 142ff.; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 49.

51 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 548.

52 Ine Van Linthout, „Flandern, halte dich bereit, als Westmark in dieser Welt deinen Platz einzunehmen." Westforschung, Literatur(-wissenschaft) und Flandern im Nationalsozialismus, in: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung" der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Münster 2003, Bd. I, S. 325-350, hier S. 332.

53 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 535 u. 546.

54 Van Linthout, Flandern, halte dich bereit, S. 332f.

55 Vgl., Rainer Münz/Rainer Ohliger, Auslandsdeutsche, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 4. Aufl., München 2002, Bd. I, S. 41-55.

56 Vgl. Parau, Genese.

57 Vgl. Carlo Lejeune/Philippe Beck/Fabian Müller-Lutz, Ein neues Zusammenleben über Selbstbeobachtung und dichtere Netze. Wie Vorbilder über neue Wege in den Alltag dringen, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Bd. 3: Code civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2016, S. 180-203, hier S. 196f.

58 Vgl. Lejeune/Beck/Müller-Lutz, Ein neues Zusammenleben, S. 195f.

59 Vgl. Maria-Regina Neft, Clara Viebigs Eifelwerke (1897-1914). Imagination und Realität bei der Darstellung einer Landschaft und ihrer Bewohner, Münster 1998, S. 13.

60 Vgl. Uwe-Karsten Ketelsen, Völkisch-nationale und nationalsozialistische Literatur in Deutschland 1890-1945, Stuttgart 1976, S. 31.

61 Vgl. ebd., S. 38.

62 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 598; Parau, Genese; Wilhelm Dyck, The Problems of the Russo-Germans in the later Works of Josef Ponten, Dissertation submitted in partial fulfilment of the requirements for the degree of Doctor of Philosophy in the University of Michigan, Michigan 1956.

63 Vgl. Gaston Durnez, Pillecyn, Filip De, in: Nieuwe encyclopedie van de Vlaamse beweging, hrsg. von Reginald de Schryver/Bruno de

Wever/Gaston Durnez u. a., Tielt 1998, Bd. 3, S. 2477ff., hier S. 2478.

64 Filip De Pillecyn, Hans von Malmedy, übersetzt von Peter Mertens, Leipzig 1938, S. 27.

65 Ebd., S. 79f.

66 Hierzu: Helga Abret, Schinderhannes – Ein grenzüberschreitender Räuber. Ein regionaler Mythos und seine literarischen Adaptationen, in: Der literarische Zaunkönig 1 (2014), S. 15-22, hier S. 17f.

67 Peter Schmitz, Die Mainacht, Eupen, 1921; vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 311.

68 Z. B. Eupener Nachrichten, 15.3.1930.

69 Vgl. Leo Kever, Alt-Eupener Bilderbogen VI. Die Zeit der Bockreiter, Eupen 1973, S. 22-26.

70 Vgl. Günter Krieger, Gut Melaten. Wo Josef Ponten seine Bockreiter wüten liess ..., in: Josef Ponten, Die Bockreiter. Eine Novelle, zeitgemäß bearbeitet und kommentiert von Günter Krieger, Eupen 2016.

71 Zum Folgenden: Oswald Willems, Die Bockreiter. Korrektur einer Legende; anhand von historischen Dokumenten, Düren 1991.

72 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 243-310.

73 Vgl. ebd., S. 316f.

74 Vgl. ebd., S. 245-310.

75 Vgl. Veritas (Pseudonym für Peter Schmitz), Zehn Jahre neubelgische Geschichte, in: Grenz-Echo, 14.12.1929; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 198ff.

76 Vgl. Anonym (Alfred F. Sluse), Mort de M. P. Schmitz, in: La Nouvelle Belgique, 19.2.1938; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 247ff.

77 Anonym, Wiedersehensfeier RIR 29, in: Grenz-Echo, 6.9.1937.

78 Vgl. Philippe Beck/Etienne Verhoeyen, Agents secrets à la frontière belgo-allemande. Des Services de Renseignements alliés et allemands entre 1920 et 1940 dans la région d'Eupen, in: Cahiers d'histoire du temps présent = Bijdragen tot de eigentijdse geschiedenis, 21 (2009), S. 93-134 [online: http://www.cegesoma.be/docs/media/chtp_beg/chtp_21/004_Beck_Verhoeyen.pdf]; Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 79 Vgl. Gespräch mit Inge Gerckens-Schmitz, 30.6.2007.

80 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 177 f.

81 Vgl. Leo Wintgens, Grundlegung einer Geschichte der Literatur in Ostbelgien, Eupen 1986, S. 131.

82 Vgl. Thomas F. Schneider et al. (Hrsg.), Autoren und Bücher zum 1. Weltkrieg 1914-1939: Ein bio-bibliographisches Handbuch, Osnabrück, Göttingen 2008 (Schriften des Erich-Maria-Remarque-Archivs, 22); Jörg Lehmann, Imaginäre Schlachtfelder. Kriegsliteratur in der Weimarer Republik, o. O. 2014; Philippe Beck, Die Literatur des Ersten Weltkriegs (1914-1939), in: Hubert Roland (Hrsg.), Eine kleine deutsch-französische Literaturgeschichte. Vom 18. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Tübingen 2016, S. 207-232, hier S. 208.

83 Vgl. Nicolas Beaupré, Écrire en guerre, écrire la guerre. France, Allemagne, 1914-1920, Paris 2006, S. 57.

84 Vgl. Paul Fussel, The Great War and Modern Memory, New York, London 1975.

85 Vgl. Astrid Erll, Gedächtnisromane. Literatur über den Ersten Weltkrieg als Medium englischer und deutscher Erinnerungskulturen in den 1920er Jahren, Trier 2003.

86 Vgl. Beck, Die Literatur des Ersten Weltkriegs, S. 208.

87 Modris Eksteins, Rites of Spring. The Great War and the Birth of the Modern Age, London 2000, S. 290.

88 Vgl. Philippe Beck/Bernhard Liemann/Peter M. Quadflieg/René Rohrkamp, Vom europäischen Krieg zum Weltkrieg. Militär und Kriegserfahrung während 130 Jahren, in: Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 3, S. 50-75, hier S. 68f.

89 Vgl. Philippe Beck, Les écrivains du front belge. Groupements, revues, littérature de guerre et antimilitarisme entre 1920 et 1940, in: Interférences littéraires, nouvelle série n° 3, Les écrivains et le discours de la guerre, s. dir. François-Xavier Lavenne et Olivier Odaert, novembre 2009, S. 163-176, http://horizon14-18.eu/wa_files/Ecrivains_20belges_20du_20front.pdf (17.7.2018)

90 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 326f.

91 Peter Schmitz, Golgatha. Ein Kriegsroman, Eupen 1937; Peter Schmitz, Golgatha. Ein Kriegsroman, herausgegeben und eingeleitet von Philippe Beck mit Unterstützung des Fördervereins des Archivwesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bremen 2014 (Neuauflage).

92 Anonym, Bücherbesprechungen. Golgatha. Ein Kriegsroman von P. Schmitz-Mölders, 293 S., Verlag Paul Kaiser, Eupen, in: Grenz-Echo, 18.11.1937.

93 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 332 und 339f.

94 Vgl. Schmitz, Golgatha, 2014, S. 55.

95 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 355-382.

96 Vgl. Thomas F. Schneider, Pazifistische Kriegsutopien in der deutschen Literatur vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Hans Esselborn (Hrsg.), Utopie, Antiutopie und Science Fiction im deutschsprachigen Roman des 20. Jahrhunderts, Würzburg 2003, S. 12-28, hier S. 14.

97 Schmitz, Golgatha, 1937, Buchklappentext, H. i. O.

98 Vgl. Gerd Schulz, S. Toeche-Mittler Verlagsbuchhandlung GmbH, vormals E. S. Mittler & Sohn, Berlin: 200 Jahre eines deutschen Verlags, Darmstadt 1989.

99 Schneider, Pazifistische Kriegsutopien, S. 23.

100 Bartz, Krieg 1960, S. V.

101 Vgl. Schneider, Pazifistische Kriegsutopien, S. 26.

102 Bartz, Krieg 1960, S. 110.

103 Vgl. Schneider, Pazifistische Kriegsutopien, S. 15.

104 Vgl. ebd., S. 27.

105 Vgl. Bartz, Krieg 1960, S. 64.

106 Paul Joseph Cremers, Die Marneschlacht. Eine deutsche Tragödie. Nach einer kritisch-historischen Quellendarstellung von Karl Bartz, Stuttgart, Berlin 1933.

107 Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab, Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4: Die Länder seit 1918, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 2003, S. 181

108 Vgl. Thilo Vogelsang, Kluck, Alexander von, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 12, Berlin 1980, S. 131f., https://www.deutsche-biographie.de/gnd116235489.html#ndbcontent (1.7.2018).

109 Karl Bartz, Die Deutschen vor Paris (Die Marneschlacht), Berlin 1934, S. 6.

110 Ebd., S. 9.

111 Ebd., S. 159.

112 Siehe z. B. Cremers, Die Marneschlacht; Bartz, Die Deutschen vor Paris; Ernst Kabitsch, Die Marneschlacht. Eine deutsche Tragödie, Berlin 1934; Rudolf van Wehrt, Die Deutschen kommen! 1914 vor Paris. Auf Grund zeitgenössischer Berichte, Berlin 1933.

113 Vgl. Aleida Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, 3. Aufl., München 1999.

114 Vgl. Max Neumann, Gestorben für das Vaterland, Brüssel 2017, S. 161.

115 Vgl. Leo Wintgens, Grundlegung, S. 156-169; Parau, Pontens Kunsttheorie.

116 Vgl. Wintgens, Grundlegung, S. 189-199.

117 Vgl. ebd., S. 144-155.

118 Vgl. Heinz Godesar, Alfred Gospert, ein wenig bekannter Dramaturg aus Eupen, in: Grenz-Echo, 2.6.2018, sowie Geschichtliches Eupen, Jahrbuch des Eupener Geschichts- und Museumsvereins, 52 (2018).

SCHUTZ ODER VERDRÄNGUNG DES DEUTSCHEN IN DEN „CANTONS RÉDIMÉS"?

DIE MINDERHEITENSPRACHE ALS POLITIKUM

VON ROBERT MÖLLER











In der Proklamation vom 11. Januar 1920 hatte Generalgouverneur Baltia der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy die Anerkennung der deutschen Sprache zugesichert. Auf Versuche einer erzwungenen sprachlichen Assimilation wollte er verzichten. Er glaubte, dass diese eher zu einer massiven Ablehnung als zu einer Identifikation mit Belgien geführt hätte. Dennoch wurde zwischen 1920 und 1940 heftig über die Sprache(n) in den neuen belgischen Kantonen debattiert.

Unumstritten war schon die Einstufung als deutschsprachig nicht, jedenfalls nicht für das gesamte Gebiet des heutigen Ostbelgien: Ab 1920 erhoben sich in der „Koninklijke Vlaamse Academie voor Taal- en Letterkunde" Stimmen, die nachdrücklich erklärten, das Eupener Land sei eigentlich flämischsprachig. Man verlangte von der Regierung, dass dort in Verwaltung, Justiz und Schulunterricht dementsprechend das Flämische eingeführt werde.

Ausgangspunkt war der dialektologische Befund, dass die Ortsmundarten (das Platt) der Eupener Region wesentliche phonologische Merkmale mit dem Niederländischen gemeinsam haben. Wie die westlich und nördlich angrenzenden Dialekte hat das Platt im Eupener Raum die zweite Lautverschiebung weitgehend nicht mitgemacht, die Veränderung von *p, t* und *k* zu *(p) f, (t)s* und *ch* (z. B. in *schlafen* und *Pferd* gegenüber nl. *slapen* und *paard*, in *essen* und *Zeit* gegenüber *eten* und *tijd* und in *machen* gegenüber *maken* – in Eupen: *schloëpe, Pëërt, ëëte, Tiit, maake*).

Die Lautverschiebung unterscheidet die hochdeutschen[1] Dialekte und das darauf basierende Standarddeutsche von den niederdeutschen Dialekten und den anderen germanischen Sprachen. Dieser systematische Unterschied betrifft viele Wörter und hebt das Deutsche eben auch auf der Ebene der Standardsprachen charakteristisch von den übrigen germanischen Sprachen ab. Daher liegt es nahe, dass man ihn zum wesentlichen Gliederungskriterium erhoben hat.

Die Benrather Linie als Dialektgrenze

Die wichtigste Trennungslinie, die *maken-machen*-Linie, wurde so zur Nord(west)grenze des hochdeutschen Dialektgebiets erklärt. Diese Linie (*maken/machen* steht dabei stellvertretend für die Veränderung von *p, t, k* in der Position nach einem Vokal allgemein) schneidet bei Düsseldorf-Benrath den Rhein (daher wird sie meistens Benrather Linie genannt) und setzt sich nach (Nord-)Osten fort bis Frankfurt an der Oder.

Allerdings gehört auch der nördlich davon gelegene, dialektal niederdeutsche Teil von Deutschland zum Geltungsraum der hochdeutschen Schrift- und Standardsprache, seit dieser Raum im 16./17. Jahrhundert seine eigene niederdeutsche Schriftsprache aufgegeben hat. So gilt das dialektal eigentlich niederdeutsche Hannover sogar als Vorbild für ein besonders gutes gesprochenes Hochdeutsch (im Sinn von Standarddeutsch)[2].



Einen wichtigen Stellenwert bei der Verbreitung des Standarddeutschen und dessen Aussprache spielten Medien. Vor allem das Radio veränderte das Sprachverhalten. Prominentestes Beispiel ist wohl das BBC-English. Sowohl der deutsche als auch der flämische Sprachraum wurde sprachlich durch Medien geeint. Auf dem Bild zu sehen ist eine Grüfflinger Familie, 1941, in einer Küche mit einem Radiogerät.

Die Gleichsetzung von hochdeutschem Dialektraum und Geltungsraum der hochdeutschen Kultursprache funktionierte also in Deutschland schon fast seit der Herausbildung der Schriftsprache nicht mehr, das Gebiet Preußens gehörte immer überwiegend zum niederdeutschen Dialektraum. Und die westöstliche Abgrenzung zwischen Niederdeutsch und Niederländisch ist auf dialektaler Ebene äußerst schwierig[3]. Nach dem Lautverschiebungskriterium gehören jedenfalls die Dialekte im niederländisch-limburgischen Gebiet (Maastricht usw.) und am deutschen Niederrhein (Düsseldorf, Krefeld, Heinsberg usw.) zum selben südniederfränkischen Dialektraum wie das Eupener Platt.

Davon hebt sich dann schon das Raerener Platt als hochdeutsch ab, denn die Benrather Linie biegt westlich von Aachen nach Süden ab und durchquert Ostbelgien östlich von Eupen in nordsüdlicher Richtung. Das erlaubt, sie als Dialektgrenze zwischen dem Aachener und dem Eupener Raum anzusehen. Allerdings ist ihr Verlauf eben nicht identisch mit der Staatsgrenze, außerdem weichen die Verhältnisse bei zahlreichen Einzelwörtern davon ab (z. B. heißt 'kochen' in Eupen *kauche* mit *ch* wie im Hochdeutschen), und die dialektalen Unterschiede treten nicht alle gebündelt auf, sondern im Raum gestaffelt.

Deutsche versus niederländische Dialekte

So wird die Trennung zwischen deutschen und niederländischen Dialekten heute danach vorgenommen, welche Kultursprache jeweils den Dialekt überdacht, d. h. von den Sprechern als ihre Kultursprache betrachtet und verwendet wird. Nach diesem Kriterium werden heute die Dialekte auf dem Gebiet der Niederlande als niederländische Dialekte betrachtet, diejenigen am deutschen Niederrhein und in Ostbelgien als deutsche, auch wenn die Gemeinsamkeiten oft größer sind als die Unterschiede, jedenfalls in Lautung und Grammatik. (Der Wortschatz hat sich durch den Einfluss der Standardsprachen schon deutlich auseinanderentwickelt[4].)

Dass eine rein dialektologische Abgrenzung zwischen deutschen und niederländischen Dialekten nicht sinnvoll bzw. nicht möglich ist, ist damit Konsens geworden, man richtet sich in der Zuordnung bzw. der Benennung der Dialekte pragmatisch nach den Geltungsräumen der Kultursprachen.

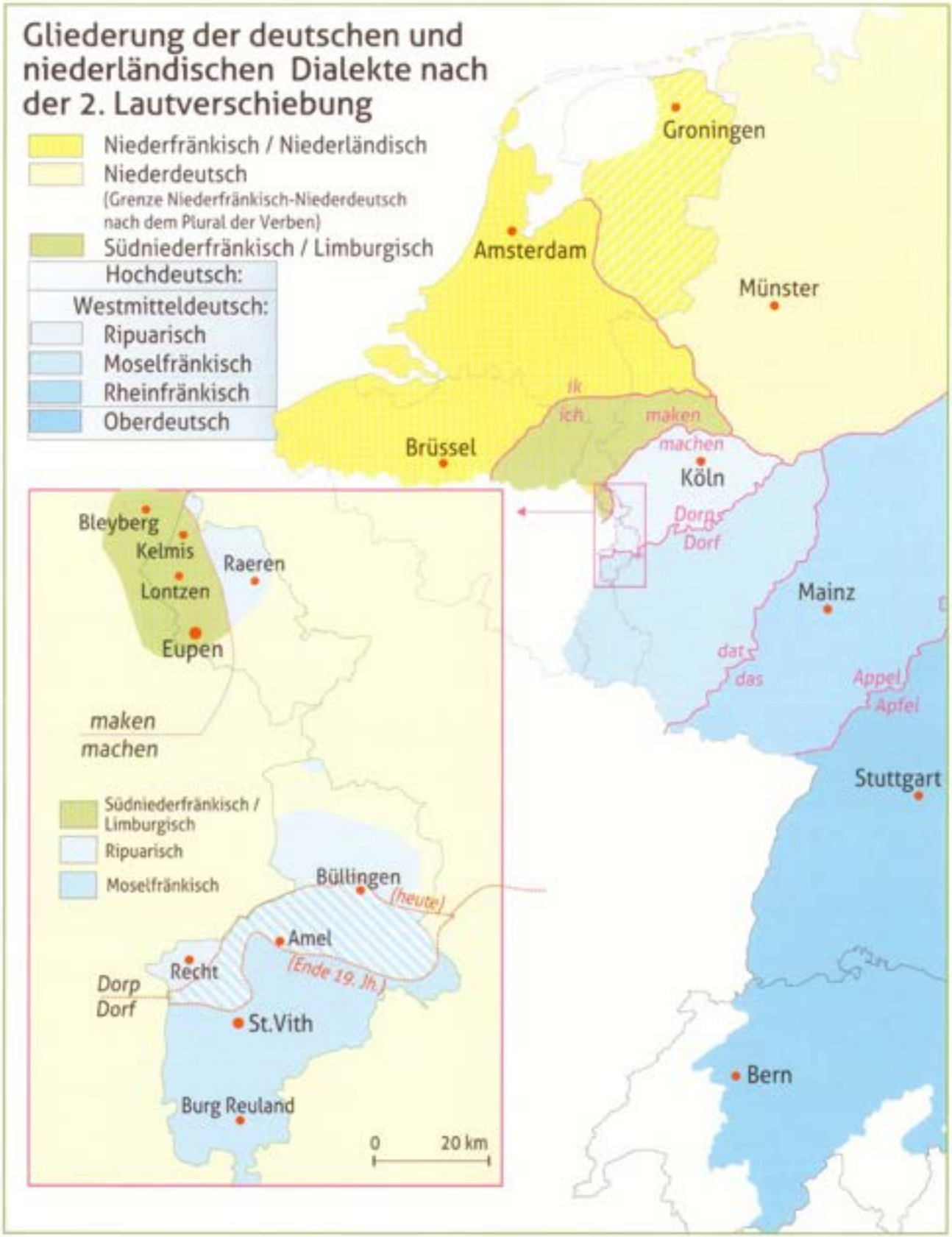
In der Diskussion um die „zaak Eupen" zwischen den beiden Weltkriegen wurde von flämischer Seite umgekehrt argumentiert: Die Grenzen der Dialekte, der Volkssprache, wie es hieß, sollten die Geltungsräume der Kultursprachen bestimmen. Damit wurde Streitfragen der Dialektologie eine Bedeutung verliehen, die man sich heute kaum noch vorstellen kann. Die Idee eines Gegensatzes zwischen (angestammter) Volkssprache und (aufgesetzter) Kultursprache, mit Priorität der ersteren, war damals sicherlich angesichts der noch verbreiteten Diglossiesituation, d. h. der Verwendung von Platt und Standardsprache für unterschiedliche Funktionen (mit Platt als üblicher Umgangssprache), noch etwas realitätsnäher als heute. Die Zeit, in der die Kultursprache fast ohne Relevanz für den Alltag der meisten Sprecher war, lag erst zwei bis drei Generationen zurück. Das ist umgekehrt aber auch nicht wenig, wenn man bedenkt, dass uns dieselbe Distanz von der Zeit trennt, in der ein Kind normalerweise zuerst das örtliche Platt lernte.

Flämisch für Eupen?

Am Beginn der Kontroverse[5] stand eine Anfrage des Löwener Professors Lodewijk Scharpé, der sich sehr für die Flämische Bewegung einsetzte, in der Versammlung der „Koninklijke Vlaamse Academie voor Taal- en Letterkunde": Ob es nicht Pflicht der Akademie sei, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass die Bevölkerung des neu zu Belgien hinzugekommenen Gebiets von Eupen Flämisch als Muttersprache habe. Im Interesse der Bevölkerung und Belgiens allgemein sei es im hohen Maße wünschenswert, dass diese Muttersprache in Schulunterricht und Verwaltung berücksichtigt werde. Jetzt, wo Flandern und Wallonien gleichberechtigt würden, solle keine aufgezwungene fremde Sprache die Eingewöhnung der neu hinzugekommenen Bevölkerung beeinträchtigen, einer Bevölkerung, die von Natur aus zum flämischen Teil Belgiens gehöre.

Es ist klar, dass die Frage nach der Muttersprache im Eupener Raum hier vor allem im Kontext des flämisch-wallonischen Konflikts aufgeworfen wird. Das Eupener Gebiet, ebenso wie das nördliche „Altbelgien", sollte dem Zugriff der frankophonen Seite „entrissen" werden und stattdessen das Gewicht Flanderns stärken.

Es gab also eine doppelte Zielrichtung: Das Standarddeutsche sollte verdrängt werden, als „Sprache des Feinds", wie es später explizit heißt, aber gleichzeitig sollte verhindert werden, dass,


Gliederung der deutschen und niederländischen Dialekte nach der 2. Lautverschiebung
Niederfränkisch / Niederländisch
Niederdeutsch
(Grenze Niederfränkisch-Niederdeutsch nach dem Plural der Verben)
Südniederfränkisch / Limburgisch
Hochdeutsch:
Westmitteldeutsch:
Ripuarisch
Moselfränkisch
Rheinfränkisch
Oberdeutsch
Groningen
Amsterdam
Münster
ik
ich
maken
machen
Brüssel
Köln
Dorp
Dorf
Mainz
dat
das
Appel
Apfel
Stuttgart
Bern
Bleyberg
Kelmis
Raeren
Lontzen
Eupen
maken
machen
Südniederfränkisch / Limburgisch
Ripuarisch
Moselfränkisch
Büllingen
(heute)
Amel
(Ende 19. Jh.)
Recht
Dorp
Dorf
St.Vith
Burg Reuland
0
20 km

wie im (ehemals) deutschsprachigen „Altbelgien", unter belgisch-nationalem Vorzeichen das Französische an diese Stelle trat bzw. gesetzt wurde.

Im Februar 1920 schreibt die Akademie also einen Brief mit dieser Forderung an die Regierung, wobei Zitate belgischer und deutscher Wissenschaftler sowie Einträge im Eupener Wörterbuch von Tonnar und Evers als Belege für den flämischen Charakter der Volkssprache im Eupener Raum angeführt werden. Premierminister Delacroix leitet den Brief an den Gouverneur Baltia weiter, dessen französische Entgegnung gibt der Premierminister im April 1920 an die Akademie zurück. Damit wird von Seiten der Regierung die Sache als erledigt betrachtet. Baltia kommt zu der klaren und definitiven „conclusion: Il serait impolitique, dangereux, injuste, contraire aux données linguistiques de vouloir substituer par la violence, à Eupen, une langue étrangère à la langue maternelle."[6]

Das entspricht in der Formulierung eigentlich ziemlich genau der Forderung der Flämischen Akademie. Nur geht aus den vorangehenden Ausführungen in dem Schreiben hervor, dass mit Muttersprache der Eupener hier das Deutsche gemeint ist und mit Fremdsprache das Niederländische.

„Tout homme civilisé comprend la langue littéraire"

Die Sprachenpolitik des Übergangsregimes unter Baltia in Eupen-Malmedy wird in dem Schreiben zunächst pragmatisch gerechtfertigt, nämlich mit ihrem Erfolg bei der betroffenen Bevölkerung, unter Berufung auf Stellungnahmen der beiden Eupener Abgeordneten: Vertrauen habe gerade durch den Verzicht auf eine Verdrängung der deutschen Muttersprache gewonnen werden können. Das Niederländische dagegen sei den Menschen dort völlig unbekannt und im Kontakt mit den Nachbarorten Verviers und Aachen nicht zu brauchen (für eine Karriere im belgischen öffentlichen Dienst solle das Erlernen immerhin möglich sein); für das Französische als Fremdsprache dagegen habe sich lebhaftes Interesse erwiesen.

Die Argumentation geht bis hierher etwas an der Position der Flämischen Akademie vorbei: Die Verteilung „Muttersprache = Deutsch"/ „Niederländisch/Flämisch = (nicht beherrschte) Fremdsprache" wird einfach als gegeben angesetzt. Im zweiten Teil setzt sich die Antwort zwar damit auseinander, allerdings sehr oberflächlich. Unter Berufung auf eher fragwürdige Quellen wird behauptet, das Eupener Platt sei dasselbe wie das Aachener, nur mit ein paar Lehnwörtern, die einwandernde flämische Weber und Tuchproduzenten im Lauf der Jahrhunderte eingebracht hätten.

Dazu wird eine Reihe von „hochdeutschen" Einzelwörtern aus dem Eupener Platt angeführt, teilweise Wörter wie 'Pflicht', 'nützlich', 'spazieren', die zweifellos aus der hochdeutschen Kultursprache ins Platt übernommen sind und insofern nichts beweisen als deren langjährige Koexistenz mit dem Platt. Hinzu kommen einige andere Phänomene, bei denen das Eupener Platt bzw. das Limburgische allgemein dem (Standard-)Deutschen entspricht und nicht dem (Standard-)Niederländischen[7].

Die Entgegnung ist hier also recht dürftig, das abschließende Fazit „la langue maternelle de ces régions est bien l'allemand. [...] Les Eupenois ne sont ni wallons ni flamands, mais belges, de langue allemande" damit nicht wirklich gut begründet. Die wesentliche Feststellung zur sprachlichen Situation im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts folgt jedoch:

„Il ne faut pas se demander si tel patois ressemble plus à telle ou telle langue, mais se demander quelle est la langue parlée dans une région. [...] Autrefois quand les populations vivaient sur elles-mêmes, sans s'intéresser au monde extérieur, et quand l'instruction était peu développée, le patois et la langue étaient les mêmes, la langue littéraire était presque une langue étrangère pour le peuple [...] Aujourd'hui [...] tout homme civilisé, instruit ou non, comprend la langue littéraire. Il ne faut donc pas se demander quel aspect a le patois Eupenois, mais quel aspect littéraire a la langue à Eupen. Il est indubitable que cette langue est l'allemand; ce n'est ni le nederdeutsch, ni le néerlandais, ni le flamand, mais le hochdeutsch, et cette langue ne pourrait en être éliminée que par la violence et par des méthodes usitées par les Allemands en Alsace-Lorraine et en Pologne, mais qu'ils n'employèrent jamais, parce que inutiles, dans la région d'Eupen."[8]

Dialektologie und Sprachenpolitik

Die Flämische Akademie gab sich damit nicht geschlagen. In einer über Monate gründlich ausgearbeiteten Entgegnung nimmt der Niederlandist Joseph Mansion die angeführten

Argumente dafür, dass der Eupener Dialekt (hoch)deutsch sei, gründlich auseinander, mit indigniertem Hinweis auf die Existenz einer Fachwissenschaft, die über die wissenschaftliche Frage zu entscheiden habe, ob der Eupener Dialekt zur hochdeutschen oder zur niederländischen Sprache gehöre. Das sei nicht Aufgabe von ein paar „Dorfgelehrten" oder der öffentlichen Meinung.

Unter Bezugnahme auf Publikationen der namhaften deutschen, niederländischen und belgischen Dialektologen der Zeit wird ausgiebig und zutreffend dargelegt, dass der Eupener Dialekt nach dem Lautverschiebungskriterium zu den limburgischen (= südniederfränkischen) Dialekten gehört und bestimmte Gemeinsamkeiten mit dem Hochdeutschen bei diesen Dialekten allgemein gelten. Entschieden wird die Benrather Linie zur deutsch-niederländischen Sprachgrenze erklärt, ohne auf das Problem einzugehen, dass etwa die Hälfte des deutschen Staatsgebiets nach diesem Kriterium auch zum niederländischen Sprachraum hätte gerechnet werden müssen, aber umgekehrt der Osten des Kantons Eupen zum deutschen.

Theoretisch, also für eine Planung auf dem sprachpolitischen Reißbrett, erscheint die Idee der Akademie nicht ganz unplausibel, dass der Eupener Dialekt dem Standardniederländischen näher steht als dem Standarddeutschen und insofern besser von ersterem überdacht würde. Hundert Jahre früher wäre eine Durchsetzung des Niederländischen als Kultursprache im Eupener Land durchaus denkbar gewesen. 1920 übergehen solche Forderungen jedoch mit einer gewissen akademischen Arroganz die Folgen der politischen Geschichte und der zunehmenden Bildung in den vorangehenden hundert Jahren, die das Verhältnis der Bevölkerung zu ihren Sprachen tiefgreifend veränderten.



Die Durchsetzung der deutschen Hochsprache erfolgte nur sehr langsam. Auch im politischen Diskurs sollte die Nutzung eines dialektgefärbten Deutschs die „Stimme des Volkes" zum Ausdruck bringen, wie hier während der Parlamentswahlen 1936 in der Sankt Vither Volkszeitung.

Die nunmehr feste Verankerung der hochdeutschen Kultursprache, das Hauptargument der Regierung, wird von der Akademie eher beiläufig abgetan mit dem Verweis auf die Einführung des Französischen als Unterrichtssprache im dialektal wallonischsprachigen Malmedy. Dies sei ebenfalls durch die Systemnähe zum Dialekt begründet (übergangen wird dabei die Tatsache, dass Französisch dort schon bis zu der Zwangsgermanisierung nach der deutschen Reichsgründung die übliche Unterrichtssprache gewesen war).

Anders als im ersten Brief wird abschließend jedoch betont, man wolle keine „preußischen" Zwangsmaßnahmen, aber auch keine Unterdrückung des Niederländischen. Der nicht nur proflämische, sondern ebenso antideutsche politische Hintergrund der engagierten philologischen Ausführungen wird allerdings schon vorher sehr deutlich, wenn der Einsatz des belgischen Historikers Kurth für die deutsche Sprache in „Altbelgien" folgendermaßen kommentiert wird: „Was vor dem Krieg als unschuldige philologische Liebhaberei durchgehen konnte, hieße nun, der Germanisierung Vorschub zu leisten und dem Feind zuzuarbeiten. Niemals hätte der große Patriot G. Kurth nach 1914 bei so etwas mitgemacht."[9]

Ein zweiter Vorstoß

Die Regierung bestätigt den Eingang dieses Briefes und dessen Weitergabe an den Gouverneur. Nach Angabe der Akademie wurde er jedoch nie beantwortet[10]. Jedenfalls machte die Akade-

mie im Jahr 1931 (zweifellos im Kontext der Diskussionen, die den Gesetzen zum Sprachengebrauch in Verwaltung und Unterricht von 1932 vorausgingen) einen neuen Versuch, gegen die Sprachenpolitik für den Eupener Raum zu protestieren.

Diese Politik beschreibt sie jetzt als „Privilegieren des Französischen, Beibehalten des Deutschen, Ignorieren des Niederländischen". Zumindest müsse das Niederländische dieselben Rechte bekommen wie das Deutsche, und das Französische dürfe keinesfalls als Hauptsprache betrachtet werden. Darüber hinaus wird aber wieder betont, dass die Eupener sprachlich Limburger seien, für die Deutsch und Französisch aufgezwungene Fremdsprachen seien, und ihr „Recht" eingeklagt, „wie die übrigen Limburger, wie die übrigen Flamen, in der eigenen Sprache, d. h. auf Niederländisch, regiert, unterrichtet und vor Gericht behandelt zu werden". Man geht sogar so weit, paternalistisch zu erklären, dass die Regierung sogar dann hierfür zu sorgen habe, wenn die Bevölkerung es gar nicht fordere.[11] Eine Reaktion von Seiten der Regierung erfolgte auf diesen neuen Versuch offenbar nicht mehr.

Der Gelehrtenstreit um die Einordnung des Eupener Dialekts als niederländisch oder nicht setzte sich dagegen noch die gesamten 1930er Jahre hindurch fort, vor allem als Kontroverse zwischen einerseits dem Montzener Joseph Langohr, Gymnasialprofessor in Tongern, und andererseits deutschen bzw. in Deutschland tätigen Vertretern der Bonner Schule der Dialektologie, besonders dem gebürtigen Eupener Wilhelm Welter[12].

Letztere führten zahlreiche Belege dafür an, dass im Eupener Raum und im „altbelgischen" Gebiet westlich davon über Jahrhunderte hinweg von Köln und Aachen her östliche Kultureinflüsse gewirkt und den ursprünglich klar niederfränkischen (niederländischen) Charakter der Dialekte so verändert hätten, dass es sich um ein großes Übergangsgebiet zwischen Hochdeutsch und Niederländisch handele.

„Terre flamande superficiellement allemandisée"

Langohr besteht dagegen darauf, dass die Dialekte westlich der Benrather Linie klar niederländisch seien (konsequenterweise rechnet er Hauset, Eynatten und Raeren zum hochdeutschen Sprachgebiet). Die Formel, die mit leichten Variationen im Titel mehrerer seiner Publikationen steht und von anderen Autoren übernommen wird, ist „terre flamande superficiellement allemandisée/ripuarisée" („ripuarisée" bezieht sich auf den „Ripuarisch" genannten angrenzenden Dialekt des Köln-Aachener Raums).



Lediglich die Beherrschung der französischen Sprache eröffnete im Belgien der 1920er und 1930er Jahre berufliche Perspektiven. Die Nicht-Kenntnis derselben war gleichbedeutend mit einer Marginalisierung als Minderheit.

Wenn in den Einzelheiten der Diskussion meistens die Sachlichkeit und der Eifer im philologischen Detail zu überwiegen scheinen, so wird hier doch deutlich sichtbar, dass der dialektologische Befund der flämischen Seite weiterhin als Grundlage politischer Forderungen dienen soll. Auf der Gegenseite passt die (sachliche) Zurückweisung dieser These bei Welter wiederum gut zu dessen revisionistischer politischer Einstellung. Und bei anderen steht die Betonung fließender Übergänge zwischen Deutsch und Niederländisch schließlich im ideologischen Kontext der „Westforschung", die darauf hinauslief, deutsche Expansionspläne im gesamten belgischen und nordfranzösischen Gebiet historisch zu untermauern[13].

Die Debatte wurde 1940 durch die Annexion Eupen-Malmedys durch Deutschland beendet. Auch wenn diese der einen Seite als Bestätigung ihrer Befürchtungen und der anderen als Realisierung ihrer Hoffnungen erscheinen konnte, spielte die Benrather Linie dabei wohl kaum eine Rolle. Der akademische Streit um sie ist jedoch insofern interessant, als hier im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts bei einem Teil der Diskutanten noch die Idee bestand, die Wissenschaft könne für das dialektsprechende und ungebildete Volk bestimmen, welche Kultursprache ihm gemäß sei, und diese mit Hilfe der Regierung durchsetzen.

Die damals noch relativ neuen Erkenntnisse der Dialektologie[14] boten die Grundlage für solche Versuche, Sprachgrenzen nach Dialektgrenzen zu ziehen. Aber in dem Moment, wo man sich für diese Fragen interessierte und die genauen Verhältnisse kannte, war die durch die außersprachliche Geschichte festgelegte Kultursprache schon zu weit durchgedrungen, um sie einfach zu wechseln, selbst wenn dies im Interesse der Regierenden gewesen wäre.



Der Lehrer aus Reuland gedenkt mit seinen Schülern des Todes von Königin Astrid. So kamen er und seine Kolleg(inn)en ihrem belgisch-nationalistischen Lehrauftrag nach. Die Texte auf der Tafel sind in Sütterlinschrift, deutsches Alphabet, verfasst, die in der Zwischenkriegszeit in Eupen-Malmedy in Konkurrenz zum lateinischen Alphabet stand. Zwischen 1940 und dem 1. September 1941, als die Sütterlinschrift im „Dritten Reich" verboten wurde, war diese Schreibform in allen Schulen Eupen-Malmedys nochmals Pflicht. Sie wurde durch eine lateinische Schrift in der Variante „Deutsche Normalschrift" ersetzt. Die unterschiedlichen Schriften behinderten manches Mal eine reibungslose, schriftliche Kommunikation zwischen den Eupen-Malmedyern und der belgischen Verwaltung.

Frankophone Beamte

Was die flämische und die deutschbelgische Seite in der Eupen-Streitfrage eigentlich hätte verbinden können, war die Angst vor einem „gemeinsamen Feind"[15], nämlich vor einer Durchsetzung des Französischen in den neuen Kantonen, wie sie im deutschsprachigen (bzw. nur noch teilweise deutschsprachigen) „Altbelgien", im Montzener und Areler Land, zu beobachten war. Die offizielle Sprachenpolitik der Übergangsregierung und auch die später geltenden Gesetze zeichneten sich zwar eigentlich durch Anerkennung des Deutschen aus. Und es hieß ja ausdrücklich, dass man die neue Bevölkerung für Belgien gewinnen wollte, indem man ihre Sprache und Kultur respektierte, nicht durch Zwang.

Aber die Präsenz des Französischen in der Realität ließ viele wie den belgischen Germanisten Heinrich Bischoff dennoch fürchten, dass die eigentliche Devise doch „faire aimer la Belgique par la langue française"[16] war. Die Äußerungen der Flämischen Akademie, die ja selbst auch gegen die Dominanz des Französischen kämpfte, machen schon deutlich, dass Deutsch in Belgien in der Zwischenkriegszeit von vielen als Sprache der Aggressoren und Besatzer des Ersten Weltkriegs und einer immer noch zu fürchtenden benachbarten Großmacht betrachtet wurde, der man keinen Zentimeter Raum geben durfte. (Die belgische Sprachenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg fiel ja dann zunächst ganz im Sinne dieser Position aus, einer Position, die sich durch die Annexion 1940 natürlich bestätigt sehen musste.)

Zwischen einer gewaltsamen Verdrängung einer Minderheitensprache, wie es Preußen im späteren 19. Jahrhundert in Malmedy mit dem Französischen versucht hatte, und deren vollständiger Gleichberechtigung gibt es natürlich Zwischenstufen. Wesentlich ist zunächst die Sprache der Verwaltung und Justiz, in der der Staat mit den Bürgern kommuniziert und umgekehrt. Dabei sind allerdings Diskrepanzen zwischen offiziellem Status und praktischem Gebrauchswert möglich.

Wenn die Sprecher mit Beamten zu tun haben, die sie nicht verstehen, müssen sie sich trotz offizieller Gleichberechtigung der Sprache als Bürger zweiter Klasse fühlen und werden sich zur Vermeidung von persönlichen Nachteilen um Kenntnisse der Mehrheitssprache bemühen. Diese Situation war in den 1920er Jahren in den neuen Kantonen offenbar häufig: Die Lücken, die die nun abgewanderten Beamten aus anderen Gegenden des Deutschen Reichs hinterließen, wurden großenteils mit frankophonen Beamten ge-

schlossen, u. a. weil es nicht genügend deutschsprachige Belgier mit entsprechender Ausbildung und/oder ausreichenden Französischkenntnissen gab.

Heinrich Bischoff beklagt jedenfalls diverse Beispiele für Nichtachtung der Rechte des Deutschen in Verwaltung, Justiz und Parlament, von rein frankophonen Eisenbahnern und Tierärzten über rein französische Pensionsformulare bis zu Parlamentariern, die die Sprachenregelungen der Verfassung ignorierten[17].

Die Schule als „Französierungsanstalt"?

Eine besondere Bedeutung für die Situation einer Minderheitensprache hat die Schule: Wird die Sprache dort nicht verwendet, sind die Chancen für ihre Erhaltung eher schlecht. Zum einen verfügt die Schule allgemein als kirchliche oder staatliche Institution über ein hohes Ansehen in der Gesellschaft, da sie formal über gesellschaftliche Erfolgs- und Aufstiegschancen entscheidet und inhaltlich mit hoch bewerteten Kulturgütern identifiziert wird. Es ist mit Prestige verbunden, die dort verwendete Sprache gut zu beherrschen.

Zum anderen spielte die Sprache der Schule mit der steigenden Selbstverständlichkeit, Ausnahmslosigkeit und Dauer des Schulbesuchs im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert eine immer größere Rolle im konkreten Sprachengebrauch junger Menschen. In der preußischen Rheinprovinz, d. h. auch in Eupen-Malmedy, war die Schulpflicht schon 1825 eingeführt worden, in Belgien 1914. Je länger der Bildungsweg einer Person dauert, desto vertrauter ist ihr die damit verbundene Sprache, und je höher der erreichte Bildungsgrad ist, desto geläufiger und notwendiger werden die sprachlichen Mittel, die in dieser Sprache erworben worden sind. Je nach Thema und Kommunikationsform ergibt sich die Sprachenwahl dann einfach aus den verfügbaren Mitteln, besonders dem Wortschatz.

Die Schulsprachenpolitik ist daher ein besonders wesentlicher Faktor für die Entwicklung einer Minderheitensprache, sie kann benutzt werden, um diese Sprache in dem betreffenden Gebiet zu erhalten und zu stützen (wie heute in Ostbelgien) oder um sie zu verdrängen, wobei dann je nach Bildungsgrad der Bevölkerung und Ausbaugrad der betroffenen Sprache mit mehr oder weniger massivem Widerstand der Sprecher zu rechnen ist.

Mutter- und Fremdsprache: die offiziellen Regelungen

Offiziell verzichtete die Übergangsregierung 1920 auf den Versuch, die Schulsprache zu einer erzwungenen Assimilierung zu nutzen. Der obligatorische Schulunterricht sollte im „neubelgischen" Gebiet entsprechend dem belgischen Schulgesetz von 1914 in der Muttersprache stattfinden (bzw. genauer: in der entsprechenden Standardvarietät). Konkret hieß das: in Malmedy auf Französisch, überall sonst auf Deutsch. 1925 änderte sich daran nichts. Auch hier stellte sich gleichwohl die Realisierung der gesetzlichen Vorgaben als Problem dar, weil ein Mangel an qualifizierten deutschsprachigen Lehrkräften bestand.

Allerdings war eine dominante Rolle des Französischen im Schulunterricht offenbar teilweise durchaus von den Eltern der Schüler gewünscht. An die Stelle identitärer Bestrebungen traten hier pragmatische Erwägungen: Französisch erschien in Belgien als unabdingbar für beruflichen Erfolg und Aufstieg. Dies ging gelegentlich so weit, dass Eltern (vor allem in zweisprachigen Gemeinden, in Einzelfällen anscheinend auch in Teilen „Neubelgiens") versuchten, für ihre Kinder eine vollständig französische Beschulung zu „erschleichen".

Gemäß dem Personalprinzip, nach dem in Belgien seit dessen Gründung der Sprachengebrauch im Umgang mit dem Staat offiziell geregelt war, hatte das Familienoberhaupt anzugeben, was die Muttersprache der Kinder war, in dieser Sprache sollten sie unterrichtet werden. In einem Rundschreiben vom 28. April 1926 „An die Herren Oberinspektoren" zu den gesetzlichen Sprachenregelungen sah sich Unterrichtsminister Huysmans jedoch genötigt, darauf hinzuweisen, dass die Unterrichtssprache nicht von den Eltern nach Wunsch gewählt werden konnte: „Das Familienhaupt gibt eine Tatsache an; wenn die Erklärung der Wirklichkeit nicht entspricht, braucht sich der Lehrer nicht daran zu halten."[18]

Mit dem belgischen Sprachengesetz von 1932 wurde das Personalprinzip dann durch das Territorialprinzip abgelöst, unabhängig von den Angaben der Eltern war damit die Unterrichtssprache „in den Gemeinden deutscher Umgangssprache" Deutsch. Dass mit der Angliederung an Belgien jedoch ausgeschlossen war, den Schulunterricht auf Deutsch als Muttersprache zu beschränken, war allgemein klar. Eine der beiden dominierenden Nationalsprachen musste als Fremdsprache hinzukommen.

Dass dafür nur das Französische in Betracht gezogen wurde, erklärt sich schon geographisch, aber natürlich auch mit der immer noch dominanten Rolle des Französischen im belgischen Staat und mit dem angestammten Prestige der Sprache in Europa und in der Welt. Sehr umstritten war jedoch, in welchem Alter der Fremdsprachenunterricht anfangen sollte und ob das Französische darüber hinaus auch als Unterrichtssprache im Fachunterricht verwendet werden sollte.

Der Beginn des Fremdsprachenunterrichts war in Belgien gesetzlich im 5. Schuljahr vorgesehen, also im Alter von zehn Jahren, mit der Ausnahme zweisprachiger Gemeinden, wo ein ausschließlich mündlicher Beginn schon im 3. Schuljahr möglich war. Das bereits erwähnte Rundschreiben von Unterrichtsminister Huysmans 1926 erinnerte auch an diese Einschränkungen für den Fremdsprachenunterricht. Es sei „nicht zulässig, dass man mit dem Unterricht der zweiten Sprache anfängt, bevor das Kind eine gründliche Kenntnis der Umgangssprache hat".

Theorie und Praxis

Im weitestgehend einsprachigen „neubelgischen" Gebiet hätte der Französischunterricht also eigentlich erst im 5. Schuljahr beginnen dürfen. De facto wurde aber eher vorgegangen wie für zweisprachige Gemeinden vorgesehen. Viele Schulen begannen noch früher, oft schon im 1. Schuljahr, mit dem Französischunterricht[19].

Der Stadtrat von Eupen legte 1930 den Beginn des Fremdsprachenunterrichts dann auf das 5. Schuljahr fest und blieb auch dabei, als 1932 mit der neuen Sprachengesetzgebung der Fremdsprachenunterricht fakultativ wurde, gleichzeitig aber den deutschsprachigen „neubelgischen" Gemeinden (unverbindlich) empfohlen wurde, schon im 3. Jahr mit dem Französischunterricht zu beginnen.

Trotz der Festlegung der Muttersprache als Unterrichtssprache war in den neuen Kantonen auch Fachunterricht auf Französisch in den oberen Klassen der Volksschule in begrenztem Umfang offiziell nicht nur geduldet, sondern sogar erwünscht, entsprechend heutigen Immersionsprogrammen. So wurde schon in den Bestimmungen der Übergangszeit empfohlen, ab dem 7. Schuljahr in ein bis zwei Fächern das Französische auch als Unterrichtssprache einzuführen, und das Huysmans-Rundschreiben gibt dieselbe Empfehlung mit der Einschränkung, dass zunächst nur schon behandelter Stoff wiederholt werden sollte. Auch in diesem Punkt war in der Realität der Anteil des Französischen jedoch oftmals größer als vorgesehen.

Der dritte Streitpunkt war die Unterrichtssprache in den Sekundarschulen, deren Hauptzweck die Vorbereitung begabter Schüler auf ein Universitätsstudium war. Da das Studium nunmehr natürlich in Belgien stattfinden sollte und nicht in Deutschland, somit auf Französisch oder Niederländisch, wurde diskutiert, wie weit man die Unterrichtssprache im Sekundarunterricht schon darauf abstellen sollte. Nach dem Gesetz von 1932 sollte eigentlich auch in der Sekundarschule die Muttersprache die Haupt-Unterrichtssprache sein. Im Raum Sankt Vith stellte sich die Frage allerdings zunächst gar nicht, weil bis 1926 nur in Malmedy Sekundarschulen existierten, die 1920 von Deutsch auf Französisch als Unterrichtssprache umstellten, mit immerhin gesondertem Deutschunterricht für deutschsprachige Schüler.

Angriff auf die Muttersprache?

In der lebhaften bis erhitzten öffentliche Diskussion über die Rolle des Französischen im Schulunterricht[20] ist oft unklar, wie weit die angeführten Sachargumente eher von politischen Positionen (probelgisch vs. deutschgesinnt) getragen sind als vom Interesse am Bildungsweg der Schüler. Diejenigen, die auf einen baldigen Wiederanschluss an Deutschland hofften, wollten eher die Deutsch- als die Französischkenntnisse fördern und warnten, bewusst übertreibend oder ehrlich besorgt, davor, dass die „Französlinge", wie Bischoff sie bezeichnet, die Jugend gezielt der deutschen Sprache und Kultur entfremden wollten.

Wer dagegen gerade auf keinen Fall einen Wiederanschluss an Deutschland wollte, spekulierte auf eine integrationsfördernde Wirkung einer profranzösischen Sprachenpolitik. Diskurse über Deutsch als die „Sprache des Feinds" waren dabei allerdings nicht unbedingt geeignet, die Ängste vor einer gezielten Französierung zu zerstreuen.

In den von Magali Boemer und Jeroen Darquennes aufgefundenen damaligen Zeitungsartikeln wird deutlich, welches Gewicht die Frage, ob der Französischunterricht zwei Jahre früher oder später beginnen sollte, in diesem Kontext bekam. So gibt die deutschgesinnte *Eupener Zeitung*[21] ihrem Aufmacher am 17. August 1933 den Titel „Ein Anschlag auf die deut-

sche Sprache". Dieser Artikel über die gesetzlichen Regelungen von 1932 ist eigentlich nur ein Appell an die Gemeinderäte, den Französischunterricht entgegen der Empfehlung des Unterrichtsministers erst im 5. Jahr zu beginnen. Dies steigert sich aber bis hin zu der für die katholische Leserschaft besonders eindrücklichen Warnung: „Es geht um die Seele unserer Kinder: In zweifacher Beziehung. Einmal geht es darum, sie ihrem Volk zu erhalten und zum anderen Male auch ihrem Glauben." Letzteres sehe man an den in die Wallonie eingewanderten Flamen, die mit dem Verlust der Muttersprache auch vom Glauben abgekommen seien. Am 18. August 1933 geht es weiter mit dem Aufruf:

„Trotz aller amtlichen Versicherungen gibt es einflußreiche Kreise, die aufs Ganze gehen wollen und, wenn sie könnten, der deutschen Sprache in Belgien den Todesstoß versetzen möchten. Darum kann die Losung nur sein: Schützet die deutsche Sprache und leistet Widerstand bis zum äußersten mit allen erlaubten Mitteln!"

Die überzogene Rhetorik („bis zum äußersten" oder auch „Raub der Muttersprache" mit der Folge „dass ein Volk oder ein Volksteil tatsächlich in kultureller und geistiger Hinsicht vollständig verkümmert") passt zunächst einmal eher zu dem Stil, der zu dieser Zeit in Deutschland geläufig geworden war, als zu den Regelungen und Empfehlungen, um die es geht. So müssen am 18. August auch zunächst einmal Missverständnisse der Leser bzgl. der Verbindlichkeit der ministeriellen Empfehlung zurechtgerückt werden, was unter dem Titel „Der Angriff auf die Muttersprache" geschieht.

„Non pas comme langue de culture"

Auch manche in diesen und anderen Artikeln der Eupener Zeitung ausgeführten Argumente wie die, dass einem Volk eine ihm „wesensfremde" Sprache nicht zur Erhaltung oder Erreichung eines kulturellen Hochniveaus dienen könne[22] oder dass Zweisprachigkeit allgemein den Zweifel begünstige und die Entschlusskraft lähme („Die Psychologie des zweisprachigen Menschen"[23]), verweisen auf die ideologische Entwicklung in Deutschland, auch wenn die Ideen schon älter sind.

Der Alarmismus wird allerdings etwas verständlicher vor dem Hintergrund des Beispiels „Altbelgien", auf das häufig verwiesen wird: „Auch dort begann man, wie man es bei uns vorhat, man endigte bei der französischen Unterrichtssprache und das Ergebnis sind Analphabeten."

Letzteres ist sicherlich differenzierter zu betrachten, wie überhaupt die immer wieder geäußerte Meinung, ein Kind im Volksschulalter könne nur eine Sprache gründlich lernen und früher Fremdsprachenerwerb beeinträchtige die intellektuelle Entwicklung. Aber die Angst vor einer Weiterentwicklung hin zu rein französischsprachigem Unterricht (mit Hinweis auf das Beispiel Arel und andere) und einem damit verbundenen Rückgang der Kenntnis des Standarddeutschen ist nicht ganz aus der Luft gegriffen.

Wie die Entwicklung in „Altbelgien" schon vor dem Ersten Weltkrieg[24] belegt, gilt allgemein: In dem Maße, in dem eine Sprache keinen „Wert" für den sozialen Aufstieg mehr hat, steigt die Gefahr, dass Eltern sie nicht mehr weitergeben und so aktiv bei ihrer Ablösung mitwirken. Von deutschgesinnter Seite wurde außerdem angenommen, dass genau dies eigentlich angestrebt war: „Französischer Sprachunterricht genügt bekanntlich den Kreisen nicht, deren letztes Ziel die Französierung unserer deutschsprachigen Gebiete ist und bleibt, weil sie darin das beste Mittel zur ‚Assimilierung' erblicken."[25]

In der Tat wurde der Sinn einer Erhaltung des Deutschen in Belgien weiterhin öffentlich in Frage gestellt. In einer Schrift von 1937 forderte Pierre Van Werveke Französisch als einzige Unterrichtssprache im Sekundarunterricht der neuen Gebiete, da der belgische Staat schließlich kein Interesse habe, Intellektuelle für Deutschland heranzubilden. Diese Forderung wird in vollem Bewusstsein der Konsequenzen erhoben: „Que la langue maternelle soit maintenue, rien de plus juste. Mais non pas comme langue de culture."[26]

Was erhalten bleiben durfte, war hiernach das Platt oder jedenfalls eine Sprache der alltäglichen Kommunikation im Nähebereich, die keine gesellschaftlich wichtigeren Funktionen erfüllt. Dies bedeutet allerdings, wie in „Altbelgien" zu beobachten, dass die Sprecher ebenfalls von solchen Funktionen ausgeschlossen sind bzw., um das zu vermeiden, ihre Sprache mittelfristig aufgeben. Der Wechsel der Sprache ergibt sich als Summe vieler individueller Entscheidungen zugunsten besserer Zukunftschancen, vor allem für die eigenen Kinder. So waren es auch in „Neubelgien" insbesondere Stimmen von Eltern, die sich in Leserbriefen gerade zugunsten eines möglichst frühen Französischunterrichts äußerten[27]. Wie



Wurde die deutsche Sprache als Unterrichtssprache in der Volksschule (bis zum 14. Lebensjahr) in der Zwischenkriegszeit weitgehend respektiert, wurde die Französisierung der Volksschulen nach 1945 forciert. Die Volksschule Dürler demonstriert dies mit der Aufschrift „Ecole de Durler, le 22 mai 1946". In den weiterführenden Schulen dominierte die französische Sprache schon in der Zwischenkriegszeit. Nach 1945 erfolgte dieser Unterricht weitgehend in französischer Sprache.

verbreitet oder selten diese Haltung war, ist allerdings nicht mehr feststellbar.

Ein Kompromiss

Dazwischen gab es aber auch eine vermittelnde Position, die belgischen Patriotismus mit Einsatz für die Erhaltung der deutschen Kultursprache in Belgien verband: „Wir wollen Bürger heranbilden, welche sich nicht durch Zwang und Überstürzungen, sondern durch Neigung zu ihrem neuen Vaterlande hingezogen fühlen", betonten die Verantwortlichen für die bischöflichen Sekundarschulen in Eupen. Die europäische Geschichte habe gezeigt, dass das Aufzwingen einer Siegersprache nur zu „andauernde[r] Zwietracht, Kriegsdrohungen" und „eine[r] gänzliche[n] Zerrüttung auf dem Gebiete des literarischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens" führe. Das Deutsche müsse Kultursprache der Intellektuellen in den „neubelgischen" Gebieten bleiben:

„Die Geschichte der Sprachenstreitfrage in Flandern hat uns [...] zur Genüge bewiesen, wie verderblich und verbrecherisch sogar jene Methoden wirken, die als Ziel haben, die führenden Klassen von den Volksmassen zu trennen durch das unüberwindbare Hindernis einer fremdsprachigen Geistesbildung."[28]

Aus pädagogischer Sicht wird außerdem die Bedeutung der Beherrschung der Muttersprache für gedankliche Klarheit betont. Heutige Studien in Bezug auf den Unterricht von Schülern mit Migrationshintergrund bestätigen dies.

Gleichwohl war die Praxis am Eupener „Collège patronné" ein Kompromiss: Als Konzession an die nötige Vorbereitung auf ein Hochschulstudium in Belgien wurde ab der 8. Klasse ein relativ umfangreicher Französischunterricht erteilt (5-6 Wochenstunden) und darüber hinaus in den obersten Klassen dann auch Fachunterricht auf Französisch gegeben, zuerst teilweise, im letzten Jahr sogar vollständig.

Die heutige Schulsprachenpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft setzt diese Kompromisslinie zwischen vorrangiger Förderung der Muttersprache und intensiver Förderung der Mehrsprachigkeit wieder fort, unter Aufhebung des von den damaligen Verantwortlichen beklagten „Übelstands", dass der Unterricht nicht bis zum Ende hauptsächlich auf Deutsch erteilt wird. Wie leicht oder schwer nach der deutschsprachigen Sekundarschule ein Studium an einer wallonischen Universität zu bewältigen ist, ist im Einzelfall verschieden. Allerdings gibt es einen wesentlichen Unterschied

zu damals: Selbst eine Fortsetzung der ostbelgischen Sekundarschulbildung durch ein Studium an einer deutschen Universität muss heute nicht mehr als nationaler Fehlschlag angesehen werden.

Die Suche nach einer pädagogisch optimalen Verbindung von Muttersprachen- und Fremdsprachenunterricht fand jedoch mit der Annexion 1940 zunächst einmal ihr Ende: Der Schulunterricht wurde wieder rein einsprachig deutsch, Französisch spielte im Lehrplan überhaupt keine Rolle mehr[29]. An seine Stelle trat die englische Sprache.

Dokumente aus dem Schulunterricht

In den neuen deutschsprachigen Gebieten bestand nach 1920 das Problem, dass es massiv an deutschsprachigen Lehrkräften fehlte. Ein großer Teil der ehemaligen Lehrer stammte nicht aus der Region und verließ sie nach 1920 oder wurde entlassen[30]. Es wurden daher neue Lehrer eingestellt, besonders aus den „altbelgischen" Gebieten um Montzen und Arel, wo die Bevölkerung loyal zu Belgien war und deutschsprachig in dem Sinne, dass der südniederfränkische bzw. moselfränkische Dialekt von Deutsch als Kultursprache überdacht (gewesen) war, sowie aus Luxemburg[31].

Die „altbelgischen" Lehrer hatten allerdings selbst bestenfalls nur in der Volksschule Unterricht im Standarddeutschen gehabt, und meist bei Lehrern mit schlechten Sprachkenntnissen[32]. Über das Deutsch in der Zeitung *Die fliegende Taube*, der praktisch einzigen deutschsprachigen Publikation in „Altbelgien" in der Zwischenkriegszeit, schreibt Doris Magenau: „Besonders auffallend sind die Abweichungen in Flexion und Rechtschreibung und im Gebrauch der Kasus, der Präpositionen und der Satzzeichen", außerdem beobachtet sie „fehlerhaft konstruierte und ungeschickte Sätze"[33].

Lehrer mit diesem Hintergrund hätten weitergehende Kenntnisse nur durch eigenständige Lektüre deutscher Zeitungen und Bücher erwerben können. In der *Eupener Zeitung* heißt es jedenfalls 1925: „[Ü]ber die Schulverhältnisse hört man noch häufige Klagen sowohl in Malmedy als auch in Eupen; es fehlt an den genügend vorgebildeten Lehrkräften für den Unterricht in deutscher Sprache."[34]

Zwar wurde schon 1921 eine deutschsprachige Abteilung am staatlichen Lehrerseminar in Verviers eröffnet, aber in den beliebten katholischen Seminaren wurde weiterhin nur auf Französisch gelehrt[35], das Problem war also nicht recht gelöst. Langsam stieg dann jedoch die Zahl der einheimischen Lehrer, der Direktor der Höheren Töchterschule in Eupen präsentiert 1937 stolz eine Liste der früheren Schülerinnen, die als Lehrerinnen tätig sind (allerdings weiterhin mit einer Berufsausbildung auf Französisch)[36].

Leider fehlt es bislang an eingehenderen Untersuchungen zum Schulunterricht in „Neubelgien" zwischen 1920 und 1940 wie auch an umfassenderen Sammlungen von Material dazu. Im Archiv des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel" sind immerhin einige Schulhefte aus dieser Zeit vorhanden. Die Befunde in dieser zufälligen Stichprobe werden im Folgenden kurz dargestellt, um zumindest einen Eindruck von vielleicht nicht typischen, aber anzutreffenden Verhältnissen zu vermitteln.

Es ist allerdings wahrscheinlich, dass vorzugsweise die Hefte von erfolgreichen Schülern, vielleicht sogar ausgesprochenen „Überfliegern", aufgehoben und dem Archiv übergeben wurden. Darüber hinaus ist auch wahrscheinlich, dass die erhaltenen Dokumente des Unterrichts vor allem solche Aufgaben wiedergeben, bei denen die Lehrer sich sicher fühlten. Schriftliche Zeugnisse eventueller Inkompetenz werden sie möglichst vermieden haben. Es war ja damit zu rechnen, dass die Eltern mancher Schüler und andere Personen am Ort das Standarddeutsche relativ gut beherrschten.

In den aufgefundenen Heften aus der Volksschule in Meyerode (1923-1925 und 1930) und der Landwirtschaftlichen Schule in Sankt Vith (um 1933)[37] weist jedenfalls kaum etwas darauf hin, dass die Lehrer nicht sattelfest in der deutschen Standardsprache waren. Die Texte der Schüler sind in relativ gutem und korrektem Deutsch geschrieben. Die recht seltenen Fehler sind praktisch immer zutreffend angestrichen und in anschließenden Verbesserungen vom Schüler jeweils dreimal berichtigt worden.

Deutschaufsätze in der Eifel

Auch stilistische Hinweise kommen (wenn auch selten) vor. Unklar ist allerdings oft, auch bei den mit „Aufsatz" überschriebenen Texten, ob sie wirklich frei von den Schülern verfasst worden sind. Ein Teil der „Aufsätze" behandelt Sachthemen aus der ländlichen Umwelt wie „Das Huhn", „Der Maikäfer", „Die Kirsche", mit Sätzen wie „Leib und Beine sind gegliedert.

Darum gehört er zu den Gliederfüslern [sic]" oder „Sie [die Kirsche] ist mit einer Haut umgeben. [...] Man genießt sie roh, getrocknet oder eingemacht."

Es kann sein, dass die Schüler hier Wissen zusammenfassen mussten, das vorher schon in Form von ausformulierten Sätzen oder ganzen Texten gelernt wurde. So enthält das Heft auch eine Rechenaufgabe mit dem Text: „Ein Schüler muß 40 Reihen lernen. Er lernt täglich 8 Reihen 3 Tage lang. Wieviele Reihen sind noch zu lernen?" Die gelegentlich auftretenden Rechtschreibfehler sprechen jedenfalls dagegen, dass die Texte abgeschrieben waren. Man sieht aber auch, dass keine groben Missverständnisse vorkamen, wie bei Diktaten möglich. Selbst „Das Schwein ist ein Sägetier" könnte noch auf Flüchtigkeit zurückgehen.

Auch wenn in diesen Aufsätzen vielleicht vor allem Auswendiggelerntes wiedergegeben wurde, wäre zu konstatieren, dass der Schüler in der Lage war, solche Texte in der Standardsprache fast fehlerlos zu reproduzieren. Darüber hinaus deutet das vom Lehrer angestrichene Partizip in „Die Flügel [des Huhns] sind kurz und runlich [sic] *gestaltet*" doch eher auf eigenständiges Streben nach schöner Formulierung hin. Außerdem kommen auch Texte vor, die über (kollektive) Erlebnisse der Schüler berichten, also über örtliche Ereignisse wie die Fronleichnamsprozession oder einen Besuch des Gouverneurs im Ort. In der 7. oder 8. Klasse wurde auch ein Erlebnisaufsatz geschrieben, in dem Hineinversetzen in eine andere Perspektive verlangt war: „Was der Flachs erzählt" (hier wird in der Ich-Form die Flachsernte und -verarbeitung aus der Sicht eines Halms erlebt) sowie ein ausführlicher „Lebenslauf" einer Schülerin. Diese wahrscheinlich selbstständiger formulierten Texte („Aus der Schule ging er [der Gouverneur] zur Kirche. Aus der Kirche zum Essen. Von dord [sic] ging er fort.") zeichnen sich ebenfalls durch recht korrekte Sprache aus, bei der fortgeschritteneren (14-jährigen) Schülerin der 8. Klasse auch durch komplexen Satzbau und eher unkindliche Formulierungen wie „Aber dieses Glück sollte ich nicht ungetrübt genießen", die wohl von Lektüren in der Schule (oder auch zu Hause) angeregt sind.

Viele der Fehler lassen den regionalsprachlichen Hintergrund erkennen, so *Schul* ‚Schule', *plond* ‚blond', *getreht* ‚gedreht' – hyperkorrekt[38] dann: *gebland* ‚geplant', *geglopft* ‚geklopft' oder *Besug* ‚Besuch'. Letzteres deutet darauf hin, dass die Schüler für die Probleme sensibilisiert waren. In den Heften aus der Landwirtschaftsschule Sankt Vith besteht eine größere Diskrepanz zwischen den Fehlern und dem Stilniveau. Die oft recht elaboriert formulierten Texte wurden demnach wahrscheinlich diktiert; häufig (aber vor dem dialektalen Hintergrund naheliegend) sind vor allem Deklinationsfehler: „strengste Pflichterfüllung gegenüber seinen [sic] Betriebe und seinen Mitarbeiter [sic]", „Richtung und Art der auf dem [sic] landwirtschaftlichen Betrieb wirkende [sic] Einflüsse".

Auffällig ist die Häufigkeit des Dativ-*e* bei Maskulina und Neutra, nicht nur in solchen vorgegebenen Texten („gegenüber seine[m] Betriebe"), sondern auch in den Schülertexten („Am Kopfe hat er [der Maikäfer] zwei Fühlhörner", „zwei Wochen nach ihrem Begräbnisse"). In gedruckten Texten war der Gebrauch dieser Flexionsendung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon stark zurückgegangen[39].



Wie aus Bevölkerungen, die unterschiedliche Dialekte sprechen, eine Einheit formen? Für die Heimattreue Front war die Nutzung der deutschen Hochsprache Mittel zum Zweck, um eine Einheit zwischen den deutschsprachigen Belgiern herzustellen.

Sicherlich ist mit einer eher konservativen Haltung der Lehrer gegenüber der Sprache zu rechnen, darüber hinaus aber auch mit älteren Lehrmaterialien. Zu den Schulbüchern im Ostbelgien nach 1920 schreibt Dries: „In den Lesefibeln ersetzten die Heldentaten des belgischen Königshauses diejenigen der Hohenzollern-Dynastie."[40] Aber vermutlich wurden nicht immer alle Lehrmaterialien neu angeschafft. Darauf weist jedenfalls eine Schönschreibübung aus Meyerode (1930) hin, deren Gegenstand das scherzhafte Gedicht „Mittwochnachmittag" von Karl Fröhlich ist:

Friedrich Rex, der große Held,
Kam siegreich aus des Krieges Feld;
Und wenn er durch die Straßen ritt,

So liefen alle Kinder mit.
Sie stellten sich wohl auf die Zeh'n,
Den lieben Vater Fritz zu seh'n.
[...]

Nicht nur die Figur Friedrichs des Großen von Preußen, sondern darüber hinaus die typische Kombination von Heldenverehrung und Folklorisierung (der Eintrag trägt auch den Titel „Der alte Fritz", abweichend vom Gedichttitel) verweist hier klar in ältere preußische Zeiten, auch wenn die Übung an der Stelle abbricht, wo die Kinder den König auslachen, und der Schluss fehlt, wo „jedes Kindlein ehrfurchtsvoll / den Edlen kennenlernen soll".

Die Annexion 1940 lässt sich an der Änderung der Themen ablesen, so in einem Schulheft aus Mürringen[41]: Am 17. November 1939 behandelte ein Diktat noch den „Namenstag S. M. König Leopold III.", im Mai und Juni 1940 wurden dann Aufsätze zu „Deutschland, mein Vaterland" und „Die Gründung des B.D.M. in Mürringen" geschrieben.

Augenfällig ist außerdem die plötzliche Umstellung von der deutschen Sütterlinschrift auf die lateinische Schrift, die in einem Heft aus Meyerode schon im November 1940 geschieht. Dies ist überraschend früh, die Umstellung wurde erst durch einen Erlass im September 1941 für die Schulen verbindlich (dahinter stand die Idee von Hitler, so eine internationale Verbreitung des Deutschen zu erleichtern). Für die Schüler bedeutete der Wechsel der Schrift natürlich eine Umgewöhnung, wie man an den wieder unbeholfeneren Zügen in den ersten Texten sieht, in Ostbelgien waren aber zumindest die älteren Volksschüler schon vom Französischunterricht her mit der lateinischen Schrift vertraut.

Der Französischunterricht war mit der Annexion beendet. In welchem Maße die Annexion darüber hinaus einen Einschnitt für den Schulunterricht bedeutete (die meisten Lehrer aus „Altbelgien" verließen die Region, die einheimischen Lehrer blieben jedoch), wird aus den vorliegenden Heften nicht erkennbar. Abgesehen von den erwähnten NS-Themen unterscheiden sich die schriftlich dokumentierten Aufgaben jedenfalls nicht deutlich von der vorangehenden Zeit.

Wie gesagt darf aus solchen einzelnen Dokumenten nicht auf den Normalfall geschlossen werden. Wie es um die sprachliche Qualität des Unterrichts im „neubelgischen" Gebiet ab 1920 bestellt war, kann vielleicht durch vertiefte Nachforschungen noch besser erhellt werden. Es ist aber wohl klar, dass die deutsche Standardsprache dort in dieser Zeit bereits so eingewurzelt war, dass sie auch durch schlechten Unterricht nicht unmittelbar in Gefahr geraten wäre. Eine wirklich ganz auf Assimilation zielende Schulsprachenpolitik hätte dies dagegen sicher bewirken können, allerdings auch nur in einem längeren Zeitraum.

Endnoten

1 „Hochdeutsch" im dialektgeographischen Sinn als Bezeichnung für die südlichen deutschen Dialekte, nicht im Sinn von „Standarddeutsch" im Gegensatz zu „Umgangssprache" und „Dialekt".

2 Der Grund dafür ist vor allem, dass hier das Hochdeutsche (als „Fremdsprache") unter besonders genauer Anlehnung an die Schriftsprache gelernt wurde.

3 Vgl. Jan Goossens, Was ist Deutsch – und wie verhält es sich zum Niederländischen?, Bonn 1971 (Reihe Nachbarn, Bd. 11).

4 Vgl. José Cajot, Neue Sprachschranken im „Land ohne Grenzen"? Zum Einfluß politischer Grenzen auf die germanischen Mundarten in der belgisch-niederländisch-deutsch-luxemburgischen Euregio, Köln und Wien 1989. – Im Fall der niederfränkischen Dialekte im nördlichen „Altbelgien" ist das „Überdachungs"-Kriterium heute zwar nicht mehr so einfach zu handhaben, aber hier galt immerhin traditionell (bis zur Ablösung durch das Französische, von der auch zunehmend das Platt betroffen ist) ebenfalls Deutsch als Kultursprache, nicht Niederländisch.

5 Zu deren genauem Verlauf vgl. Verslagen en mededelingen van de Koninklijke Vlaamse Academie voor Taal- en Letterkunde 1920, S. 154f., 401, 534, 616-628, 943-958, und 1931, S. 246-249; vgl. a. Armel Wynand, Entre Deutsch et Nederlands. Confusion, rectifications, manipulations, in: Andrée Tabouret-Keller (Hrsg.), Le nom des langues I. Les enjeux de la nomination des langues, Löwen 1997, S. 147-165; Sonja Vandermeeren, Die niederländisch-deutsche Sprachgrenze in Belgien, in: Michael Elmentaler (Hrsg.), Deutsch und seine Nachbarn. Frankfurt am Main 2009, S. 201-212.

6 Verslagen en mededelingen 1920, S. 625.

7 So die Erhaltung der 2. Person Singular *du* mit den entsprechenden Verbformen auf *-s(t)*, gegen nl. *jij*, die in den Singular übernommene ursprüngliche 2. Person Plural mit den entspeechenden Verbformen auf *-t*.

8 Verslagen en mededelingen 1920, S. 624.

9 Ebd., S. 954 (Übers. R. M.).

10 Vgl. Verslagen en mededelingen 1931, S. 245. Heinrich Bischoff, der in seiner Schrift „Die deutsche Sprache in Belgien. Ihre Geschichte und Ihre Rechte" (Eupen 1931) die volle Gleichberechtigung des Deutschen als dritte Sprache in Belgien (nach dem Vorbild der Schweiz) fordert, erklärt allerdings dort (S. 81), die Antwort sei ihm anvertraut, deren „Veröffentlichung" jedoch dann abgelehnt worden. Er zitiert sie dann vollständig (ebd., S. 81-90): eine detaillierte Darlegung der wissenschaftlichen Zweifel am Grenzcharakter der Benrather Linie (wegen zahlreicher Ausnahmen und abweichender Linienverläufe bei ebenso relevanten Merkmalen), außerdem die naheliegende kritische Nachfrage, ob denn nach Meinung der Akademie der ganze norddeutsche Raum auch flämisch sei, und der Hinweis darauf, dass Deutsch, die „Sprache des Feinds", von jeher eine Landessprache in Belgien sei.

11 Verslagen en mededelingen 1931, S. 245 (Übers. R. M.).

12 Vgl. Joseph Langohr, Le nord-est de la province de Liège et le canton d'Eupen. Terre belge, flamande, superficiellement allemandisée et romanisée. Etude historique et linguistique, Brügge 1933; ders., Het zuidnederlandsch dialectgebied van Overmaas. Noordoosten der provincie Luik en westen van't kanton Eupen, nederfrankisch, oppervlakkig geripuariseerd gebied, Löwen 1936; ders., Het land von Overmaas. Zijn volkstaal. Zijn kultuurtalen, in: Verslagen en mededelingen van de Koninklijke Vlaamse Academie voor Taal- en Letterkunde 1939, S. 113-161, und Wilhelm Welter, Studien zur Dialektgeographie des Kreises Eupen, Bonn 1929; ders., Zum Sprachenstreit im Nordosten der Provinz Lüttich, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1931, S. 157-176; ders., Die niederfränkischen Mundarten im Nordosten der Provinz Lüttich, 's-Gravenhage 1933; ders., Die Mundarten des Aachener Landes als Mittler zwischen Rhein und Maas, Bonn 1938; Franz Petri, Das geschichtliche Recht der deutschen Sprache im früheren Kreise Eupen und im Nordosten der Provinz Lüttich, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1935, S. 302-323. Bemerkenswert ist übrigens im Kontext der Diskussion um Muttersprachen und Fremdsprachen, die nicht gelernt wurden / nicht verstanden werden, dass bei allen Lesern das Verstehen aller beteiligten Sprachen vorausgesetzt wird. Auch in den Bonner Rheinischen Vierteljahrsblättern werden niederländische Originalzitate nicht übersetzt.

13 Zu dem Bonner Historiker Franz Petri, der sich scharf gegen Langohrs Thesen wandte (s. Anm. 12), vgl. Wilfried Maxim, Frontabschnitte der „Westforschung" in der Publizistik der Bonner Schule, in: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung" der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Bd. 1.2, Münster u. a. 2003 (Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas 6), S. 715-740, hier S. 736.

14 Vgl. Robert Möller, Im Zeitalter der Nationalsprachen, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3, Eupen 2017, S. 230-251.

15 So Welter, Sprachenstreit, S. 159, Anm. 2, explizit.
16 Bischoff, Die deutsche Sprache, S. 80 u. ö.
17 Vgl. ebd., S. 96-104, 131.
18 Zitiert nach Eupener Zeitung, 7.2.1930, Die Unterrichtssprache in den Volksschulen; vgl. dazu auch Bischoff, Die deutsche Sprache, S. 69f.
19 Hierzu und zum Folgenden vgl. Leonhard Schifflers, 75 Jahre Schulwesen im deutschsprachigen Ostbelgien. Die Entwicklung aus einer Minderheitssituation hin zu einer autonom auftretenden Körperschaft des neuen Föderalstaates Belgien. Educational Research Workshop on education for minorities, Bautzen, 11-14 October 1994, S. [5]; s. a. Alfred Minke, Schule und Unterricht in Eupen, in: Geschichtliches Eupen 1991, S. 211-228, hier S. 221ff.
20 Vgl. Magali Boemer/Jeroen Darquennes, Language conflict in the educational realm. Eupen-Malmedy in the interbellum period (1920-1940), in: Catharina Peersman et al. (Hrsg.), Past, Present and Future of a Language Border. Germanic-Romance Encounters in the Low Countries, Berlin, Boston 2015 (Language and Social Life, Bd. 1), S. 207-232; Hubert Keufgens, Eugène Ahn, Victor Schoonbroodt, Eupen-Malmedy. Ein Problem! Wie weit wir sind!, Eupen 1937.
21 Die Eupener Zeitung war für eine Revision der Versailler Verträge. Vor und nach der deutschen Reichstagswahl im März 1933 sympathisiert sie noch mit der katholischen Zentrumspartei und äußert sich sehr kritisch zu den Nationalsozialisten, bei der darauffolgenden Wahl im November begrüßt sie allerdings schon deren Erfolg.
22 Eupener Zeitung, 18.8.1933.
23 Eupener Zeitung, 3.12.1930.
24 Vgl. Jeroen Darquennes, Flirting at the fringe. Considerations on the impact of cross-border phenomena on the perceived status of the German varieties in Old Belgium south, in: Stephan Elspaß et al. (Hrsg.), Germanic language histories from below (1700-2000), Berlin, New York 2007, S. 343-362, hier S. 346ff.
25 Eupener Zeitung, 18.8.1933
26 Pierre Van Werveke, La Belgique et Eupen-Malmédy: où en sommes nous ?, Brüssel 1937. Es handelt sich hier um einen Angriff gegen die bischöflichen Sekundarschulen in Eupen, der Verfasser, Rechtsanwalt, war ehemaliger Generalsekretär der Übergangsregierung Baltia.
27 Vgl. Boemer/Darquennes, Language conflict, S. 223.
28 Keufgens et al., Eupen-Malmedy, S. 16, 23, 36.
29 Vgl. Schifflers, 75 Jahre Schulwesen, S. [6].
30 Vgl. Joseph Dries, Schule, Ausbildung und Hochschule in der DG, in: Anne Begenat-Neuschäfer (Hrsg.), Die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt am Main 2010, S. 139-169, hier S. 141.
31 Vgl. Carlo Lejeune/Alfred Rauw/Wilfried Jousten, Die große Suche nach Heimat und Teilhabe, in diesem Band.
32 Vgl. Klaus Pabst, Politische Geschichte des deutschen Sprachgebiets in Ostbelgien bis 1944, in: Peter H. Nelde (Hrsg.), Deutsch als Muttersprache in Belgien. Forschungsberichte zur Gegenwartslage, Wiesbaden 1979 (Deutsche Sprache in Europa und Übersee. Berichte und Forschungen 5), S. 9-38, hier S. 23.
33 Doris Magenau, Die Besonderheiten der deutschen Schriftsprache in Luxemburg und in den deutschsprachigen Teilen Belgiens. Mannheim 1964 (= Duden-Beiträge, Sonderreihe: Die Besonderheiten der deutschen Schriftsprache im Ausland, H. 15), hier S. 147f.
34 Aus Eupen und Umgegend, Eupener Zeitung, 7.11.1925.
35 Vgl. Dries, Schule, S. 141f.
36 Vgl. Keufgens et al., Eupen-Malmedy, S. 52.
37 Vgl. Archiv des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel", Bestand XIV D „Schulwesen" 14 (Handelskunde Landwirtschaftsschule St. Vith, Aufsatzheft und Schönschreibheft von Joseph Kringels, Cahier de roulement 1923-24). – Nach Hinweis von Alfred Rauw war die Lehrerin in Meyerode wahrscheinlich Marie Spoden aus Binsfeld, Luxemburg, die 1923/24 bis 1957 dort tätig war.
38 Mit „hyperkorrekt" ist gemeint, dass die Schreibung fälschlich von der Aussprache abweicht, weil der Schreiber weiß, dass der betreffende Laut manchmal anders geschrieben als gesprochen wird (aber nicht sicher weiß, in welchen Fällen das so ist und in welchen nicht).
39 Vgl. Ludwig Eichinger, Die Entwicklung der Flexion. Gebrauchsverschiebungen, systematischer Wandel und die Stabilität der Grammatik, in: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung/Union der deutschen Akademien der Wissenschaft (Hrsg.), Reichtum und Armut der deutschen Sprache, Berlin/Boston 2013, S. 121-170, hier S. 143f.
40 Dries, Schule, S. 141.
41 Ich danke Alfred Rauw für die Überlassung seiner Materialien dazu.

VON DER VEREINNAHMUNG DER GESCHICHTE ZUR EUROPÄISIERUNG DER ERINNERUNGSKULTUR

GESCHICHTSSCHREIBUNG ALS SPIEGEL DES ZEITGEISTS

VON CARLO LEJEUNE UND CHRISTOPH BRÜLL











Die Geschichtsschreibung über Eupen-Malmedy in der bewegten Zeit von 1914 bis 1950 spiegelt immer wieder den vorherrschenden politischen Zeitgeist: Sie bietet Annexionsliteratur, Rechtfertigungsschriften für die Annexion, pseudowissenschaftliche Kampfschriften, nationalistisch-aggressive Publikationen der Westforschung, nationalsozialistische Erlösungsliteratur, ein langes Schweigen, wissenschaftliche Fachliteratur, Betroffenheitsliteratur, eine lange Suche nach der eigenen Identität und eine Europäisierung und Professionalisierung der Geschichtsschreibung auf Grundlage der Menschenrechte. Zahlreiche Entwicklungen greifen ineinander oder bedingen sich durch ihre Gegensätzlichkeit. Ein Überblick.

Am 25. Dezember 1918 und am 25. März 1919 rief das im Dezember 1918 ins Leben gerufene „Comité de Politique Nationale" alle Belgier zur Unterzeichnung einer Erklärung auf. Diese sollte der Formulierung der belgischen Position auf der seit Januar 1919 in Versailles tagenden Friedenskonferenz breite Unterstützung und damit größeres Gewicht verschaffen. Insgesamt 275.000 Belgier unterzeichneten den Text, darunter Namen wie der von General Herman Baltia. Die Petition forderte „ein positives außenpolitisches Programm" für Belgien:

„Basierend auf der Gerechtigkeit, die nach Reparationen verlangt, auf der Geschichte, die Hinweise liefert und unsere Erinnerungen aufflammen lässt, auf unseren Verteidigungsinteressen, die Vorsichtsmaßnahmen erfordern, entsprechend den Erfordernissen unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, die freien Bestrebungen der anderen Völker respektierend, genau wie unsere Rechte bekräftigend, muss dieses Programm beinhalten: zumindest unsere volle Freiheit, der der großen Nationen entsprechend, die freie Nutzung der Schelde bis zur ihrer Mündung, eine freundschaftliche, aber endgültige Lösung des limburgischen Problems, die bedingungslose Rückgabe Malmedys und der 1815 Preußen einverleibten Kantone durch Deutschland, die enge Union mit dem Großherzogtum Luxemburg und schließlich, solange die Entente-Mächte ihren Einfluss auf linksrheinisches Gebiet behalten, eine breite Teilhabe an diesem Einfluss. Das Programm muss ebenfalls eine rationale Entwicklung unserer kolonialen Besitzungen umfassen."[1]

Neben dem Verlangen nach Gerechtigkeit, das Belgien als erstes Opfer des Ersten Weltkriegs in der internationalen Öffentlichkeit hell scheinen ließ, waren Geschichtsbilder eine wichtige Dimension der belgischen Verhandlungsführung in Versailles. Auch wenn die Forschung schon lange gezeigt hat, dass ihnen bei den Ergebnissen, d. h. der Übertragung der Kreise Eupen und Malmedy sowie Neutral-Moresnets, nur eine untergeordnete Bedeutung zukam[2] und dass die Annexionsbewegung keine Massenbewegung war[3], geben sie Aufschluss über die mentalen Dispositionen, mit denen die Belgier den „wiedergefundenen Brüdern", die dann



Die Grundschullehrerin steht 1923 in Hinderhausen mit einer Fibel vor einer Landkarte. Eupen-Malmedy ist auf dieser noch kein Teil Belgiens.

doch auch schnell zu „Neubelgiern" wurden, begegneten.

Die Mobilisierung von Geschichtsbildern und -bezügen zur Legitimierung von Reparationsforderungen nach Konflikten ist in der europäischen Geschichte bis heute präsent. Der Erste Weltkrieg mit seiner patriotischen und national(istisch)en Aufladung markiert ohne jeden Zweifel einen Höhepunkt dieser Lesart von Geschichte. Diese verweist zunächst darauf, dass die Geschichte nicht den Historikern gehört und damit per se eine politische Angelegenheit ist. Zum anderen verstand sich die politische Geschichte zu dieser Zeit als akademische Disziplin und in vielen westeuropäischen Ländern bis 1945 (trotz eines quellenpositivistischen Anspruchs) noch als eine Staatswissenschaft bzw. zumindest als eine Disziplin, die staatliches Handeln legitimierte. Dabei ging es nicht nur um die Deutung der Vergangenheit, sondern auch um die Beeinflussung zukünftiger Deutungen einer konfliktträchtigen Gegenwart.

Das Beispiel der deutsch-belgischen Beziehungen illustriert diese Beobachtungen. Während des Kriegs entstand auf beiden Seiten die sogenannte Annexionsliteratur, die vorwiegend historische Argumente lieferte, um territoriale Expansion nach dem Krieg zu reklamieren[4]. Zum anderen brachte die Franktireur-Frage beide Länder dazu, während und nach dem Krieg Dokumentensammlungen zu publizieren, die in der Nachkriegszeit sowohl völkerrechtliche (d. h. die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen) als auch politische Folgen haben konnten[5]. In diesem Zusammenhang entstanden nach 1918 zahlreiche Editionen mit diplomatischen Dokumenten, die einerseits der wissenschaftlichen Tradition des 19. Jahrhunderts verhaftet waren und andererseits einen Beitrag zur Kriegsschulddiskussion leisten sollten[6]. Und auch das 1920 vom deutschen Reichstag herausgegebene Weiß-



In der Zwischenkriegszeit wurden Zentralmolkereien in Walhorn, Büllingen (Aufnahme) und Sankt Vith gegründet, die die landwirtschaftliche Entwicklung in Eupen-Malmedy erheblich beschleunigten.

buch zur Volksbefragung in Eupen-Malmedy gehört in diese Reihe, war es doch für den Völkerbund bestimmt, der über deren Gültigkeit zu befinden hatte[7].

Es kann dann auch nicht verwundern, dass historische Veröffentlichungen über Eupen-Malmedy hauptsächlich und bis in die 1960er Jahre hinein vorwiegend als Kritik- bzw. Verteidigungsschriften der Entscheidungen des Wiener Kongresses von 1815 und des Versailler Vertrags geschrieben und auch so rezipiert wurden[8]. Damit war eine Sicht auf die Grenzregion als Zwischenraum fast unmöglich, auch wenn sie in einigen Veröffentlichungen durchscheinen konnte.

Die These der (Des-)Annexion

Zur belgischen Delegation in Versailles gehörten nicht nur Politiker, Diplomaten und Juristen, sondern auch drei bekannte belgische Historiker: François-Louis Ganshof (Universität Gent), Charles Terlinden und Léon Van der Essen (beide Katholische Universität Löwen). Sie sollten die belgischen Forderungen gegenüber Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden wissenschaftlich begleiten. Dabei ging es nicht nur um den Wiener Kongress, sondern auch um die Verträge, die Belgien 1839 geschlossen und bei denen es auf Niederländisch-Limburg verzichtet und die Teilung Luxemburgs akzeptiert hatte. Das war durchaus kein Einzelfall: Die französische Regierung hatte schon 1917 ein Comité scientifique mit renommierten Historikern und Geografen eingesetzt, das die Forderungen auf rheinische Gebiete und die Saar untermauern sollte[9].

Die Expertise sollte mithin die Desannexionsthese gegenüber den Alliierten plausibel machen, die die belgische Regierung sich im Gefolge des „Comité de Politique Nationale" zu eigen gemacht hatte. Die intellektuelle Begründung lag in einer Ableitung aus der „Histoire de Belgique" des damals renommiertesten Historikers des Landes, Henri Pirenne[10]. Dieser hatte darin das Konzept der „civilisation belge" entwickelt und die Territorialzusammenhänge des belgischen Nationalstaates im Mittelalter ausgemacht. Die Vertreter der Desannexionsthese verteidigten die Position, dass diese Territorien nach einem gewonnenen Krieg wieder zusammengeführt werden sollten. Pirenne gehörte zu den Unterzeichnern der Erklärung des „Comité de Politique Nationale". Seine Bewunderung für die deutsche Geschichtswissenschaft war während des Kriegs in eine Aversion umgeschlagen, bevor er ab der Mitte der 1920er Jahre daranging, seine Schriften von nationalistischen Anklängen zu bereinigen[11].

Hinter der Desannexionsthese stand vor allem ein Mann: Pierre Nothomb, Mitglied einer bekannten Politikerfamilie, die es aus der Gegend von Tournai in die Provinz Luxemburg verschlagen hatte. Während seines französischen Exils im Ersten Weltkrieg verfasste der Literat zahlreiche Denkschriften für eine territoriale Expansion und Sicherung Belgiens, die teilweise auch in der Presse veröffentlicht wurden. Er träumte davon, das „Drama von 1839"[12], d. h. die Teilung Luxemburgs, rückgängig zu machen, woraus sich dann der „Großbelgische Traum" entwickelte, der hinter den Forderungen des von ihm mitbegründeten „Comité de Politique Nationale" stand[13]. Noch während des Kriegs wurden Nothombs Positionen auch von anderen Autoren vertreten und popularisiert[14], darunter auch Franzosen[15]. Weitere Autoren schielten, in ökonomischer Perspektive, auf die Annexion oder zumindest die Nutzung der Industrieregionen in Rhein und Ruhr[16].

Auch wenn Belgien in Versailles vor allem Enttäuschungen erlitt: Für die übertragenen Gebiete blieb die Desannexionsthese konstitutiv für die Erzählung, mit dem die Eupener als ehemalige Limburger, die Malmedyer als Bestandteil der ehemaligen Fürstabtei Stavelot-Malmedy und die Sankt Vither als ehemalige Luxemburger in den belgischen Staat integriert werden sollten. In fast allen Parlamentsdebatten der Zwischenkriegszeit, die die „neubelgischen" Kantone betrafen, wurde sie von der Mehrheit der Abgeordneten bekräftigt und die Rede von den „wiedergefundenen Brüdern" aus den „pays rédimés" fand weite Verbreitung[17].

Die Populärliteratur der Zwischenkriegszeit hat diese Deutung fortgeschrieben, ohne sie nennenswert weiterzuentwickeln. Die preußische Zeit wurde als Joch oder zumindest als Klammer analysiert und nur wenige Zeitgenossen, zumeist Sozialisten, stellten, wie Marc Somerhausen im März 1927, die Frage, welche Auswirkungen sie auf die Zugehörigkeitsgefühle der Bevölkerung gehabt hatte[18]. Die Bedeutung der Unabhängigkeit eines belgischen Nationalstaates, die ja erst 1830 und somit nach dem sogenannten Verlust Eupen-Malmedy-Sankt Viths erfolgt war, wurde überhaupt nicht reflektiert. Die Geschichtswissenschaft schwieg zu diesen Debatten. Sich auf das Objektivitätspostulat und den damit verbundenen nötigen zeitlichen Abstand zu den Ereignissen berufend, blieben die allermeisten historischen Darstellungen mit dem deutschen Einmarsch in Belgien am 4. August 1914 stehen[19].

Anders war dies bei den Sprachwissenschaften, die, wie übrigens auch die Unterhändler in Versailles, darüber debattierten, ob der plattdeutsche Dialekt des Eupener Landes eher dem niederländischen oder eher dem deutschen Sprachraum zuzuordnen sei[20]. Auch die wallonische Sprachforschung widmete dem Malmedyer Land einige Aufmerksamkeit, was nicht zuletzt daher rührte, dass der Priester Joseph Bastin (1870-1939), vor 1919 einer der wenigen Befürworter einer Eingliederung durch Belgien, auch ein bekannter Sprachforscher war[21]. Er leistete ebenfalls seinen Beitrag zur Annexionsliteratur, beschränkte jedoch wie viele der wallonischen Bewegung zugehörige Intellektuelle die Desannexionsthese auf die Malmedyer Wallonie[22].

Der konservative Journalist Joseph Demarteau (*La Gazette de Liège*) führte zudem die Geografie ins Feld, um die Desannexionsthese zu rechtfertigen, indem er zu belegen versuchte, dass das Landschaftsbild Eupen-Malmedy-Sankt Viths nur eine Verlängerung der Landschaften an der vorherigen Grenze sei[23]. Die Landschaft Eupen und Malmedys und die Tradition der Maiennacht bilden auch die einzigen Erwähnungen der „neubelgischen" Gebiete in „La Belgique centenaire. Encyclopédie nationale", der offiziellen Publikation zum 100. Geburtstag der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1930[24]. In den Ausführungen zur politischen Entwicklung findet sich kein Wort zu seiner territorialen Vergrößerung zehn Jahre zuvor oder zum Eingliederungsgesetz vom März 1925, obwohl das Regierungshandeln seit 1830 im Stile einer Chronik geschildert wird.

Insgesamt widmete die belgische Öffentlichkeit den „neubelgischen" Gebieten, mit der Ausnahme von touristischen Texten, wenig geschriebene Aufmerksamkeit. Dies sah auf der deutschen Seite der Grenze ganz anders aus.

„Volksgeschichte" im Zeichen der Revanche

Revanchegelüste und Revisionsbestrebungen führten in Deutschland nach 1918 zu einer regelrechten Publikationsflut. Die Aufhebung der finanziellen und territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags waren ein von links bis rechts geteilter Grundkonsens der Weimarer Republik und ein wirkungsvoller Integrationsfaktor des Nationalsozialismus. Unzählige Veröffentlichungen versuchten, die Bevölkerung für den Kampf zur Rückgewinnung



Geschichtsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland: Der Aachener Geschichtsverein besucht um 1941 Eupen.

der abgetretenen Gebiete zu mobilisieren. Dies galt besonders für die an Polen gefallenen Regionen, aber auch für die Saar, wo der Zeithorizont von fünfzehn Jahren bis zur im Versailler Vertrag vorgesehenen Abstimmung einen klaren Zielpunkt vorgab.

Die Geschichtswissenschaft und ihre Nachbardisziplinen wurden zu Legitimationswissenschaften[25]. Deutlicher und intensiver als in den westlichen Nachbarländern trugen viele Historiker mit ihren Forschungen zur nationalen Mobilisierung bei. Nachdem die Aufarbeitung der Rolle von Historikern im Nationalsozialismus seit Mitte der 1990er Jahre intensiviert wurde, hat die Forschung die Netzwerke zwischen Wissenschaft und Politik ausführlich dargestellt und analysiert[26]. Die Begriffe „Ostforschung" und „Westforschung" stehen für eine kämpfende Wissenschaft, die Revanche- und Expansionsbestrebungen der 1920er und 1930er Jahre auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen sollte.

Geschichte, Archäologie, Sprachwissenschaften und Toponymik suchten nach germanischen Elementen in der Vergangenheit vieler europäischer Regionen, um die Revision von Versailles voranzutreiben und potenzielle deutsche Expansions- und Einflussgebiete

auszumachen. So wurden die Beneluxländer und Frankreich zum Betätigungsfeld der Westforscher, die im Bonner Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, in der neu gegründeten Universität zu Köln und in der Universität Freiburg ihre intellektuellen Zentren besaßen[27]. Sie entwickelten die sogenannte Volksgeschichte, die sich von der klassischen politischen Ereignisgeschichte unterschied, indem sie nach längerfristigen Prozessen suchte und sich viel stärker anderen Disziplinen öffnete.

Peter Schöttler hat gezeigt, dass diese Forschungen durch ihre politische und völkische Stoßrichtung nur scheinbar innovativ waren, vor allem im Vergleich zur Geschichtsschreibung der „Annales", die sich seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre, inspiriert durch Henri Pirenne, in Frankreich entwickelte und die tatsächlich eine Modernisierung der Geschichtsschreibung betrieb[28]. Die Volksgeschichte erreichte jedoch ihre Wirkung auch dadurch, dass sich die Wissenschaftler im Verbund mit Politikern und Beamten aus dem sprichwörtlich gelehrten Elfenbeinturm herausbewegten und ihre Ergebnisse bei sogenannten staatspolitischen Schulungen, die überall in Deutschland organisiert wurden, popularisieren konnten[29].

Eupen-Malmedy war ein Schauplatz des wissenschaftlichen Kampfes, der, auch als Brücke zu flämischen Wissenschaftlern, sehr aktiv genutzt wurde[30]. Im Gegensatz zu den deutsch-französischen Historikerbeziehungen, wo offenkundig keine gemeinsame kommunikative Ebene mehr gegeben war, blieben die deutsch-flämischen Gesprächskanäle auch nach 1935 geöffnet. Die Arbeit über Eupen-Malmedy



Der Westwall wurde als deutsche Verteidigungslinie von Kleve bis Lörrach von 1938 bis 1940 errichtet. Heute sind die Höckerlinien an der deutsch-belgischen Grenze weitgehend zugewachsen.

unterlag nicht zuletzt den diplomatischen Konjunkturen im deutsch-belgischen Verhältnis. Wie dies vonstattenging, darüber gibt ein Bericht der Rheinischen Forschungsgemeinschaft aus dem Jahr 1934 Aufschluss, in dem die Frage Eupen-Malmedy thematisiert wurde:

„Die erste Tagung [...] im vergangenen Jahr galt dem westlichen Grenzgebiet, das neben der Saar als einziges heute noch selbst für seine politische Heimkehr ins Reich kämpft. [...] Wir haben vor allem Männern aus dem Gebiet selbst, die dort in vorderster Front des politischen Kampfes stehen, das Wort gegeben. Und wenn unsere Tagung keinen anderen Sinn und kein anderes Ergebnis gehabt hätte, [...] hätte sie eine wichtige Aufgabe erfüllt. Denn was uns die Herren Dehottay, Bohlen und Kriescher [...] zu sagen hatten, klang immer wieder in die bittere Klage aus, dass die Anteilnahme des deutschen Volkes, auch der deutschen Wissenschaft, an den Fragen von Eupen-Malmedy zu gering sei. Wiederholt haben sie u.a. darauf hingewiesen, dass es für sie unerträglich ist, wenn Deutsche mit belgischen Wissenschaftskreisen freundschaftlich verkehren, mit flämischen sozusagen Blutsbrüderschaft machen, ohne jede Verhandlung, wie es selbstverständlich sein müsste, mit der Frage Eupen-Malmedy zu belasten. Der Staat und die amtlichen Stellen mögen zeitweilig hier und anderswo zur Zurückhaltung gezwungen sein, das deutsche Volk und die deutsche Wissenschaft müssen ihre Stimme umso lauter erheben, um die Rechte und Forderungen nicht verjähren zu lassen. Eupen-Malmedy ist nicht verloren, wenn es nicht vom Binnendeutschtum aufgegeben wird, war die einhellige Meinung und Mahnung der Eupen-Malmedyer, die an der Besprechung teilnahmen. Von der deutschen Wissenschaft verlangen sie eine ununterbrochene und intensive Beschäftigung mit der Geschichte, Kultur und Wissenschaft der abgetrennten Gebiete. Ausdrücklich wurde betont, dass nicht leichte Propagandaliteratur, sondern ernste wissenschaftliche Forschung und Darstellung, die auch von der Gegenseite nicht übersehen werden kann, das Wichtigste sei."[31]

Die Wissenschaft hatte hier nicht die Aufgabe, die als selbstverständlich angesehene Zugehörigkeit Eupen-Malmedys zu Deutschland zu belegen. Vielmehr ging es darum, über die Wissenschaft dieses Bewusstsein zu

bestärken[32]. Den Wissenschaftlern gestand man eher als den Politikern zu, über die jeweilige politische Gegenwartskonjunktur hinausgehen zu können. Die regelmäßige Organisation von Tagungen zu Eupen-Malmedy und zahlreiche Exkursionen in die Region sollten dazu beitragen. Die letzte Tagung fand 1938 in Gerolstein statt.

Eine der bekanntesten Publikationen, die so zustande kam, war Heribert Reiners „Kunstdenkmäler von Eupen-Malmedy", das 1935 erstmals erschien[33]. Dieses Werk war in der Westforschung verankert, stand aber vor der Herausforderung, dass die kunsthistorische Perspektive manches Mal den Zwischenraum freilegte. Dies versuchte der Verfasser mit einer betont deutschnationalen Terminologie zu kompensieren. Dass die wissenschaftliche Forschung auch ohne offensive Argumentation eindeutige Positionen lieferte, verdeutlicht Wilhelm Bodens Darstellung zu alten Erzählungen aus dem Grenzland, die dem Leser mehr oder weniger unbewusst klarmachte, dass die Staatsgrenze nicht die Grenze für die territorialen Zusammenhänge der Erzählungen war[34].

Die Tatsache, dass, wie aus den Quellen hervorgeht, die wichtigsten Gesprächspartner der deutschen Wissenschaftler eben keine Wissenschaftler aus Eupen-Malmedy, sondern prominente Mitglieder der prodeutschen Bewegung waren, verweist auch darauf, dass dieses Know-how vor Ort kaum vorhanden war. Dort bzw. im deutschen Grenzland produzierte man vor allem die im Bericht erwähnten Propagandaschriften[35]. So bekämpften auch die aus Eupen-Malmedy stammenden Dichter Josef Ponten und Karl Bartz den Versailler Vertrag publizistisch und literarisch, und zwar von Deutschland aus, indem sie historische, sprachliche oder toponymische Argumente heranzogen[36].

Vor Ort

Der aus Eupen stammende und in Düsseldorf lebende Robert Jeuckens analysierte 1935:

„Auf Grund des Versailler Vertrages wurde fast der ganze Kreis Eupen (rund 25.000 Einwohner) mit dem 20.9.1920 dem Königreich Belgien einverleibt [...]. Der politische und wirtschaftliche Blick unseres Landes musste sich wieder einmal nach Westen wenden, obwohl 1913 95 Prozent der gesamten Ausfuhr des Kreises nach Deutschland gingen, nur ½ Prozent nach Belgien. Das nationale Gefühl fast der ganzen Bevölkerung blieb, wie es war. Es bedeutete ihr nichts mehr, dass die seit 1815 unterbrochene Verbindung mit den alten limburgischen Stammlanden nun wiederhergestellt war."[37]

Auch wenn der Revanchismus in den Zeilen in recht nüchternem Gewand daherkommt, das „Versailler Diktat" war der Referenzpunkt der deutschvölkischen Geschichtsschreibung im Grenzland. Dort, wo die belgischen Publikationen mit 1815 die Öffnung einer Klammer sahen, musste die deutsche Seite zumindest einen Bruch ausmachen, der eine endgültige Orientierung der Bevölkerung in Richtung Rheinland und Deutschland bewirkt habe und nun auch in der Mentalität verankert sei.



Ein wiederkehrendes Bild: Amerikanische Veteranen pilgerten jahrzehntelang zu den ihren Kampfeinheiten gewidmeten Denkmälern. Hier ein Treffen am Prümerberg, 23. Mai 1992.

Ein anderes, deutlich weniger zurückhaltend argumentierendes völkisches Werk dieser Zeit ist das 1934 erschienene „Eupen-Malmedy. Ein Heimatbuch"[38]. Julius Boehmer gehörte zu den aktivsten Verfassern von Propagandaschriften, die der mittlerweile im Reich wirkende protestantische Pastor weiterhin in Eupen verlegte.

Zu diesem Zeitpunkt war an einen dialogischen Blick auf die jüngste Geschichte nicht mehr zu denken. Diesen hatte es in den 1920er Jahren durchaus noch gegeben[39]: Die Position der Belgischen Arbeiterpartei mit ihrer Forderung nach einer neuen und geheimen Volksabstimmung hatte bis Ende der 1920er Jahre noch eine Brücke bauen können, die mit der zunehmenden Radikalisierung in Eupen-Malmedy abgebrochen wurde.

Natürlich hatten auch die belgischen Behörden nach dem Staatenwechsel die Bedeutung der Geschichte für die Integration der „Neubelgier" ausgemacht. Sieht man von den Vereinigungen zur Förderung und Verteidigung der wallonischen Kultur wie dem Club wallon ab, die im Malmedyer Raum zum Ende des 19. Jahrhunderts entstanden waren, dann wurde 1922 der erste Geschichtsverein in der Region gegründet[40]: der Verein für Volkskunde

von Eupen, Malmedy und Sankt Vith, besser bekannt unter dem Namen Folklore Eupen-Malmedy-Sankt Vith. Er veröffentlichte zweimal jährlich die Zeitschrift *Folklore Eupen (Néau)-Malmedy-Sankt Vith*. Dieser Verein ging auf eine Initiative des Hohen Kommissars Baltia zurück, der diese in einem Rundschreiben an die Bevölkerung angekündigt hatte.

Philippe Beck hat diesen Verein beleuchtet, da Peter Schmitz, Autor des Romans „Golgatha" zu den Gründern gehörte[41]. Zum Vorstand gehörten auch der Berater für Wissenschaft und Künste des Gouvernements, Léon Mallinger, der die Präsidentschaft übernahm, der Schulinspektor Joseph Lousberg und der Malmedyer Publizist Henri Bragard. Ehrenpräsident war Baltia selbst, Ehrenmitglieder waren die Bürgermeister von Eupen, Malmedy und Sankt Vith. Zu den „einfachen" Mitgliedern gehörten Hugo Zimmermann, Léon Trouet, Bernhard Bredohl, die Verlage Hermann Doepgen aus Sankt Vith und Esch & Co. aus Eupen oder auch der Eynattener Bürgermeister Christian Esser, der später der erste deutschsprachige Senator wurde. Ein Blick in die Satzung macht trotz der Präsenz späterer Volkstumskämpfer die Zielsetzung deutlich: Hier sollte unter Verweis auf die Zeit vor 1815 die Verbundenheit mit dem restlichen belgischen Staatsgefüge unter Beweis gestellt werden.

Auch wenn die weiteren Ziele, die Herausgabe einer Zeitschrift und der Aufbau von Heimatmuseen, weitgehend die gleichen waren, trennten sich die Wege der Mitglieder nach dem Ende der Übergangszeit rasch. In Eupen initiierte Peter Schmitz den Verein für Heimatkunde, während die Ortsgruppen in Sankt Vith und Malmedy bestehen blieben. Malmedy Folklore ist bis heute der letzte direkte Erbe dieser Anfänge.



Ein seltenes Bild: Deutsche und amerikanische Soldaten gedenken am 23. September 1984 in Sankt Vith als Akt der Versöhnung gemeinsam der Ardennenoffensive.

In Sankt Vith wurde Ende der 1920er Jahre ein Museumsverein gegründet, dessen Überlieferung jedoch im Winter 1944 zerstört wurde und der keinerlei nachhaltige Impulse hat geben können[42]. Els Herrebout hat gezeigt, dass der Versuch, in Eupen ein Museum zu etablieren, das diesen Namen verdiente, letztendlich scheiterte. Zwar zogen staatsloyale Akteure, wie der Schriftsteller Peter Schmitz, und revisionistische Vorkämpfer, wie der Hotelbesitzer Bernhard Bredohl, hier überraschend lange an einem Strang, doch war es offensichtlich Bürgermeister Hugo Zimmermann, dem an einem Erfolg nichts lag[43].

Im Krieg

Mit dem deutschen Einmarsch und der Wiedereingliederung im Mai 1940 kam in Eupen-Malmedy ein neues Genre von Publikationen zur Geltung, das man am ehesten als Erlösungsliteratur bezeichnen könnte. Die Geschichte der kleinen Grenzregion hatte mit der „Heimholung" einen neuen End- und Höhepunkt erreicht. Besonders tat sich der Aachener Volkstums- und SS-Funktionär Georg Scherdin hervor[44]. Er gab bereits 1940 den Band „Eupen-Malmedy ist frei" heraus, der Erlebnisberichte zum 10. Mai 1940 von Mitgliedern der heimattreuen Bewegung enthielt[45]. 1941 veröffentlichte er die „Geschichte der Volksdeutschen in Belgien" aus der Feder des im gleichen Jahr verstorbenen Germanisten Heinrich Bischoff. Mit dieser Schrift wollte Scherdin die Annexion der Gemeinden um Welkenraedt und Montzen (die zehn annektierten altbelgischen Gemeinden) rechtfertigen[46]. Einen ähnlichen Ansatz wie Scherdin verfolgte sein Aachener SS-Kollege Karl Pütz. Der Verantwortliche für die nationalsozialistische Jugendarbeit in Eupen-Malmedy, der während des Kriegs zum Massenmörder im Osten wurde, veröffentlichte 1942 Erlebnisberichte von ehemaligen Jugendführern, die das Warten auf die Erlösung in der belgischen Uniform während des Sitzkriegs 1939/1940 erlebt hatten[47].

Zur Erlösungsliteratur zählen auch Werke von Julius Boehmer und Ludwig Mathar. In ähnlicher Gesinnung war 1942 der Film „Eupen-Malmedy wieder im Reich" vom Regierungspräsidium Aachen in Auftrag gegeben worden[48]. All diese Medien verfolgten jedoch auch ein anderes Ziel: Eupen-Malmedy den Deutschen (wieder) bekannt zu machen. Dies geschah auf dem Weg des historischen Rückblicks und der Landschaftsbeschreibungen. Der Film verfuhr hier ganz ähnlich.

Die konkrete Geschichtspolitik des Nationalsozialismus im annektierten Eupen-Malmedy ist bisher noch kaum untersucht worden[49]. Im September



Das Denkmal in Baugnez, Malmedy, erinnert an 84 amerikanische Kriegsgefangene, die am 17. Dezember 1944 einem Kriegsverbrechen zum Opfer fielen. Das 2007 eröffnete und privat betriebene Museum institutionalisiert diese Erinnerung.

1941 kam es zur Gründung eines Geschichtsvereins in Malmedy. Während der Lehrer Paul Neuß, der 1940 von Monschau in die Warchestadt gekommen war, von der Hoffnung angetrieben war, neue Quellen für den nördlichen Teil des Kreises Malmedy auszuwerten und darzustellen, erkannte auch der aus Aachen stammende Bürgermeister, das NSDAP- und SS-Mitglied Ferdinand Wiebecke[50], die Aufarbeitung der Malmedyer Vergangenheit als eine „nationalsozialistische Pflicht". Klaus-Dieter Klauser und Kurt Andres haben eine Liste der in der Vereinszeitschrift erschienenen Artikel erstellt, aus denen zumindest keine direkte nationalsozialistische Färbung hervorgeht. Jedoch erlahmte die Vereinstätigkeit zunehmend nach 1942 und 1944 wurde die Arbeit dann ganz eingestellt[51]. In Eupen gab es zwar Bestrebungen, neben einer Volksbibliothek auch ein Heimatmuseum aufzubauen, doch erlebte dieses Projekt nie Schritte zur Konkretisierung[52]. Ohne direkten propagandistischen Nutzen der Geschichtsarbeit für die Diktatur und/oder den Krieg wurden die eventuell noch vorhandenen Bemühungen nicht unterstützt und versandeten.

Für die Geschichtsschreibung über Ostbelgien war der Zweite Weltkrieg eine tiefgreifende Zäsur. Die Nachkriegszeit lässt sich am besten verstehen, wenn wir sie aus dem Blickwinkel eines weiteren, seit 1980 eintretenden Bruches betrachten, der das Nachdenken über Geschichte in allen westeuropäischen Ländern grundlegend verändert.

Geschichtsschreibung nach der Katastrophe

Für Aleida Assmann, eine der profiliertesten Forscherinnen über die Erinnerungskultur in Deutschland und Europa, setzt um 1980 ein „tiefgreifender Wertewechsel"[53] ein. Dieser fand im Jahr 2000 durch die transnationale Holocaust-Konferenz in Stockholm, auf der die Selbstverpflichtung der Erinnerung an den Holocaust auch politisch als gemeinsames europäisches Projekt bekräftigt und vollzogen wurde, internationale Anerkennung. Nun traten an die Stelle rechter und linker Ideologien und nationaler Gedächtnisse

„die Menschenrechte als maßgebende Grundlage für politisches Handeln, moralische Bewertung und historische Sensibilität. [...] Diese Wende lässt sich auch als Umperspektivierung von der Schonung der Täter hin zu den Leiden der (nicht nur jüdischen) Opfer beschreiben."[54]

Wie lässt sich die Geschichtsschreibung über Ostbelgien in der großen Übergangszeit zwischen 1914 und 1950 in diesen Rahmen einordnen? Welche Impulse befruchteten die Historiografie über die deutschsprachige Minderheit in Belgien? Welche Sonderwege in der historischen Reflexion werden heute offenbar? Und wie lassen diese sich erklären?

Unterordnung unter das nationale Gedächtnis

Schon unmittelbar nach dem Waffenstillstand im Mai 1945 versuchten die drei maßgeblichen Politiker Ostbelgiens, der beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen, der Eupener Bürgermeister Hugo Zimmermann und der Brüsseler Anwalt Pierre Van Werveke, zielgerichtet die politischen Meinungen und die öffentliche Wahrnehmung der jüngeren Geschichte im Sinne eines übersteigerten belgischen Nationalismus zu formen.

So verkündete Henri Hoen am 11. November 1945, dem nationalen Gedenktag an das Ende des Ersten Weltkriegs:

„Relativ bescheiden aber ist unser Anteil an den Kämpfen für Belgiens Freiheit bislang nur deshalb, weil der gemeinsame brutale Feind [gemeint ist Deutschland, A. d. V.] in seinem rücksichtslosen und skrupellosen Egoismus nicht davor zurückschreckte, unsere Landsleute [die Eupen-Malmedyer, A. d. V.] im Allgemeinen völkerrechtswidrig unter seinen Befehl der Pflicht zu zwingen und verbluten zu lassen, weshalb wir auch sie gleichsam als indirekte Nazi-Opfer nicht vergessen können und dürfen, ebenso wenig wie diejenigen aus unseren Reihen, die 1914-1918 starben, wie das Gesetz es befahl."[55]

Mit dieser Aussage zielte Hoen auf das Feindbild des alten Vaterlandes, Deutschland, das von nun an beständig verstärkt wurde. Er tabuisierte das Mitläufertum und die Mittäterschaft eines Teils der Ostbelgier während der Zeit der Annexion, die vom belgischen Staat völkerrechtlich und juristisch nicht anerkannt worden war. Das Setzen von Tabus war in dieser Zeit „nicht grundsätzlich etwas Skandalöses, sondern eine wichtige Ressource für die Stabilisierung der Werte einer Gesellschaft und der öffentlichen Meinung"[56].

Gleichzeitig erklärte er die Ostbelgier zu „indirekten Nazi-Opfern", was nicht nur eine grobe Verfälschung der Fakten war, sondern auch ein Aufruf zum Vergessen. Tatsächlich ist „nicht das Erinnern, sondern das Vergessen der Grundmodus menschlichen und gesellschaftlichen Lebens. Erinnern bedeutet in aller Regel eine Ausnahme und Anstrengung, eine Auflehnung gegen die Zeit und den Lauf der Dinge"[57]. Zu einer aktiven Erinnerung waren aber die ostbelgischen Politiker sowie die Zivilgesellschaft ebenso wenig bereit wie die übrigen Europäer. Hoen schlussfolgerte: „Lassen auch wir daher nunmehr alle an erster Stelle unser [belgisches, A. d. V.] Vaterland lieben, wahrhaft lieben."[58]

Vereinfacht gesagt: Nach der vorherrschenden politischen Meinung sollte die ostbelgische Erinnerung mit deutschen Erinnerungen nicht kompatibel sein, mit der belgischen Erinnerung konnte sie es nicht sein. Deshalb wurde die komplizierte Geschichte dieser Grenzregion amputiert und einem belgisch-nationalen Geschichtsbild untergeordnet, das teilweise bis in die 1980er Jahre in der politisch offiziellen und offiziösen Geschichtsdeutung dominierte. Dies war zweifelsohne ein Sonderfall, der gleichzeitig Parallelen zu anderen Regionen hatte.

So begründete der Provinzgouverneur Pierre Clerdent 25 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 50 Jahre nach der Belgischwerdung der Ostkantone im Jahr 1969 den Vaterlandswechsel von 1920: „Wenn man von einem Wiederfinden sprechen konnte, dann ist dies umso mehr berechtigt, weil die preußische Zeit schließlich wie eine hundertjährige Abwesenheit in einer zweitausend Jahre gemeinsamen Geschichte erscheint."[59]

„Die Kolportage ungesicherter historischer Fakten entsprang der politischen Absicht, die Geschichte im Sinne einer (ost)belgischen Lesart zu beugen, wodurch einer differenzierten Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit der Boden entzogen wurde und noch immer wird"[60],

analysierte Freddy Cremer noch 2001. Wie schwer sich die traditionellen Parteien (CSP, PFF, SP) von dieser Sichtweise lösen konnten, wie verkrampft sie in dieser Tradition die eigene Vergangenheit verfälschten oder teilweise beschwiegen, zeichnete der Historiker anhand zahlreicher politischer Diskussionen nach, die im Rat der deutschen Kulturgemeinschaft stattfanden.

Das nach 1950 in den Primarschulen häufig genutzte Geschichtsbuch „Belgien im Laufe der Jahrhunderte" des Luxemburgers Nicolas Frank präsentierte, ganz dem Zeitgeist in Belgien, aber auch anderen europäischen Ländern entsprechend, in dieser Logik zwar wichtige Aspekte der belgischen Nationalgeschichte und öffnet somit den Blick auf die Mentalität des neuen Vaterlandes, die Beschreibungen der Zwischenkriegszeit fokussieren sich aber weitgehend auf einen übersteigerten Royalismus. Hinweise auf die Regionalgeschichte fehlen gänzlich. Der Zweite Weltkrieg begann gar, als „die deutschen Truppen uns [d. h. Belgien, A. d. V.] am 10. Mai mit scheußlichen Waffen" überfielen. Auf zwei Seiten wird dieser Konflikt aus einer verklärenden Sicht allein auf Leopold III. dargestellt, dessen Rolle nicht hinterfragt wird.

Auch dieses Beispiel zeigt: In diesen Darstellungen werden Anknüpfungs-



Hemmeres ist ein deutsch-belgisches Grenzdorf. Durch Alfred Anderschs Werk Winterspelt erlangte das Dorf Bekanntheit. In seinem pazifistischen, fiktiven Roman beschreibt Andersch, wie ein deutscher Kommandant angesichts der Sinnlosigkeit des Krieges die Übergabe seiner Truppen an die US-Armee plant. Die zerstörte Bahnbrücke ist ebenfalls ein stilles Mahnmal des Krieges.

punkte an die deutsche Geschichte nur sporadisch und durchweg unheilvoll dargestellt. Die pauschale Verurteilung dieser Zeit und insbesondere die Dämonisierung der Täter verhindert aber „eine ernsthafte Auseinandersetzung, denn sie schafft einen Sicherheitsabstand von diesem Geschehen, der den Nachgeborenen suggeriert: Diese Menschen waren ganz und gar anders, mit ihnen haben wir nichts zu tun."[61]

Ein globaler Wertewechsel?

Als Ende Januar 1979 die Serie „Holocaust" in den dritten deutschen Programmen gezeigt wurde, lösten die Sendungen millionenfach eine emotionale Anteilnahme aus, die zum Teil auch die Generationen miteinander verband. Durch die Biografien „wurde eine Brücke geschlagen über den Abgrund der politisierten deutschen Vergangenheit"[62], urteilt Aleida Assmann.

Das *Grenz-Echo* brachte nur kurze Berichte der Deutschen Presse Agentur,



Verminte Felder, Munition, Granaten und Bomben forderten nach dem Krieg viele Opfer. Dieses Mahnmal zwischen Mürringen und Rocherath erinnert an ein Zivilopfer, das durch eine Mine getötet wurde. Kampfmittelräumdienste sind auch im 21. Jahrhundert noch in der belgischen Eifel bei Bauarbeiten aktiv.

d. h. eine knappe Berichterstattung über die Sendereihe aus einer rein deutschen Perspektive. Mitte Februar 1979 berichtete die Tageszeitung über die Reaktionen auf die Ausstrahlung der Sendung auf den belgischen Sendern in ihrem „Blick in die Inlandspresse", die aber auch durch eine große Distanz geprägt waren, da die Juden als Opfergruppe in Belgien erst in den 1990er Jahren entdeckt wurden. Ein Bezug zur ostbelgischen Geschichte wurde nicht hergestellt. Heute besteht ein Konsens in der Forschung, dass die Serie den Grundstein „zu einem neuen, transgenerationellen Erinnerungsrahmen"[63] legte, der durch den zeitlichen Abstand, die Popularität der Menschenrechtsorganisationen und ein verstärktes Interesse der Fernsehanstalten für Geschichtsthemen vorangetrieben wurde.

Dieser beruhte auf zwei Fundamenten: Zunächst war das Zeitalter der Modernisierung und des technischen Fortschrittglaubens bis in die 1980er Jahre durch den Glauben geprägt, dass die Gesellschaft die Vergangenheit loslassen müsse[64]. Gleichzeitig entstand, so Assmann, eine

„neue Erinnerungskultur, in der sich die traditionellen Formen des Erinnerns radikal verschoben haben. Zum ersten Mal sind es nicht mehr nur die eigenen Opfer der Kriege, derer heroisch gedacht und die trauernd beklagt werden, sondern auch die Opfer der eigenen Verbrechen, die in die Verantwortung der Staaten und nachwachsenden Generationen mit einbezogen werden. Diese selbstkritische Erinnerung ist eine historisch völlig neue Entwicklung."[65]

Diese Entwicklung richtete bis zur Jahrtausendwende den Fokus der Betrachtung international neu aus: Im Zentrum standen nicht mehr die revolutionären Heldenbilder, sondern die passiven Opfer, nicht mehr der Triumph, sondern das Trauma, nicht mehr die politischen Mythen, sondern die Menschenrechte als Basis des demokratischen Zusammenlebens.

Diese Entwicklung wurde auch in Ostbelgien durch Filme wie „Schindlers Liste" (1993), die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" (1995, u. a. in Aachen 1998), aber auch die belgische Reihe „De collaboratie" von Maurice de Wilde (1985) erheblich befördert. Selbst die zahlreichen Fernsehproduktionen von Guido Knopp, die eher von einer Schuldfrage ablenkten, könnten als Gegenreaktion einen kritischeren Umgang mit Geschichte provoziert haben.

(K)ein Selbstbewusstsein als Minderheit

Der Weg zur selbstkritischen Erinnerung wurde in Ostbelgien zunächst durch die kommunikative Erinnerung verhindert, in der sich zwei Traumata verankerten. Im Rahmen der sogenannten Säuberung sollten nach 1944 die Kollaborateure im besetzten Belgien bestraft werden. Die Instrumente dieser Politik wurden wenig differenziert auch auf das zwischen 1940 und 1944 annektierte und nicht besetzte Eupen-Malmedy übertragen. Die Folgen dieser Säuberung wurden von den Ostbelgiern weitgehend tabuisiert und als Unrecht gewertet. Es führte in der Malmedyer Wallonie in den folgenden Jahrzehnten zu einer eigenen, losgelösten Erinnerungskultur, die sich einerseits in das belgizistische Geschichtsbild

einfügte und den deutschen Teil der Vergangenheit immer weiter verblassen ließ, die andererseits jedoch sehr starke lokale Bezüge aufwies, die, ähnlich wie im langen 19. Jahrhundert, einen wallonischen Partikularismus betonten[66].

Die Ardennenoffensive führte zudem zu einem Bruch in der kommunikativen Erinnerung zwischen dem Eupener Land im Norden, das nicht betroffen war, und der im Süden liegenden belgischen Eifel sowie der Malmedyer Wallonie, die weitgehend zerstört wurden. Fast die gesamte Zivilbevölkerung der Kantone Malmedy und Sankt Vith (ebenso wie der übrigen betroffenen Regionen) war durch Flucht-, direkte oder indirekte Todeserfahrungen, Krieg und Zerstörungen traumatisiert. Zudem band der Wiederaufbau während vieler Jahre die gesellschaftlichen Kräfte dieser ländlichen Region.

Parallel zu diesen Traumata bauten sich kommunikative Erzählstränge um Fronterfahrungen der Soldaten (häufig mit einem überzeichneten Feindbild „des Russen" oder „der Partisanen") sowie ein Opferselbstbild auf. Die Menschen fühlten sich, trotz zahlreicher gegensätzlicher Fakten und gestützt durch die offiziöse Geschichtserzählung, als Opfer des Kriegs: durch die Annexion 1940, durch die sogenannte Zwangseinberufung als Wehrmachtssoldat, durch die Ardennenoffensive, aber auch durch die belgischen Säuberungsmaßnahmen. Für die Ereignisse der Zwischenkriegszeit blieb durch diese Erzählungen fast kein Raum. Die Erzählkultur variierte von Familie zu Familie stark. In der Regel standen persönliche, immer wieder neu erzählte Opfernarrationen im Vordergrund. Letztlich setzten sich aber drei unterschiedliche Erinnerungskulturen durch: eine für das Eupener Land im Norden, eine für die belgische Eifel und eine für die Malmedyer Wallonie.

Martin Sabrow bezeichnet dieses Phänomen als Selbstviktimisierung. Das sei eine Haltung, die das eigene Leiden in den Mittelpunkt stelle und dabei gleichzeitig von der eigenen Verstrickung in die Unrechtsgeschichte ablenke . Wer sich aber kollektiv in der Opferrolle sehe, sei zum Beispiel kaum bereit, in diese Erzählung auch Episoden eigener Verbrechen, der Zusammenarbeit mit den Nazis und der Beteiligung am Judenmord zu integrieren. Im Gegenteil „erweist sich die passive Opferidentität als eine komfortable moralische Position, weil sie sich als ein Abwehrschirm gegen jegliche Mitverantwortung an historischen oder neuen Verbrechen einsetzen lässt"[68], so Assmann an anderer Stelle.

Diese kollektive Opferidentität schlug sich nicht in staatlichen Symbolen nieder. Privatpersonen, Gemeinden und Hobbyhistoriker ergriffen aber seit den 1960er Jahren zahlreiche Initiativen, um Denkmäler für die Einheiten der US-Armee zu errichten, die während der Ardennenoffensive vor Ort gekämpft hatten. War der Einmarsch der Truppen im September 1944 als angstbesetzter Moment erlebt worden, so wurden sowohl der Einmarsch als auch der Kampf während der Offensive nun rückblickend zunehmend zum Befreiungsakt umgedeutet.


L'INVALIDE

Physisch blieb der Krieg für viele Menschen ein täglicher Begleiter. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg waren Kriegsinvaliden in ganz Europa sichtbarer Teil der Gesellschaft. Die psychischen Schäden der Kriege blieben meist unsichtbar. In diesem Sinne darf auch der Titel der Veteranenzeitschrift L'Invalide verstanden werden.

Diese Denkmäler dienten somit auch dazu, die „Kriegserfahrungen als sinnstiftende Identitäten zu definieren" und „durch jährliches Gedenken immer wieder" zu erneuern[69]. Das gleiche Phänomen lässt sich für den luxemburgischen Ösling nachweisen, der ebenfalls durch diese Offensive stark zerstört wurde. Auffallend ist, dass in der belgischen Eifel wie im Ösling fast nur der US-Armee und nicht der anderen Alliierten gedacht wird. „Diese Steinwerdung fand vor allem im Norden Luxemburgs statt, wo 65 Prozent der Gedenkstätten liegen"[70], fasst Benoît Majerus zusammen. Aus heutiger Sicht stellt sich die Frage, ob die Suche nach einer Anerkennung des eigenen Leids über diese Denkmäler nicht häufig in einem verdrängenden Selbstmitleid endete.

Doch dieses Selbstbild als Opfer der Ardennenoffensive hatte auch einen Vorteil: Über das Trauma konnte sich gesellschaftlich unverfänglich, ausführlich und emotional ausgetauscht werden. Die „Emissions en langue allemande" des Belgischen Rundfunks widmeten der Ardennenoffensive schon 1946 einen Beitrag. Während die gesellschaftlichen Spannungen im Eupener Land bis zur Jahrtausendwende tabuisiert blieben, fanden die Hobbyhistoriker in der belgischen Eifel seit den 1970er Jahren über die kommunikative Erinnerung an die Ardennenoffensive

einen starken Zugang zur spannungsgeladenen Zwischenkriegs- und Kriegszeit, der sich auch die Zeitzeugen recht schnell öffneten.

Im Großherzogtum Luxemburg wurde der Zweite Weltkrieg nach 1945 ebenfalls aus einer Opferperspektive betrachtet, da es zu einer „Gleichsetzung von deutscher Besatzung und Widerstand des luxemburgischen Volkes" kam. Daraus entstand ein Schwarz-Weiß-Denken, das zu einer unproduktiven moralischen Sichtweise[73] führte, wie der Historiker Denis Scuto urteilte. Diese Erinnerungen wurden als wesentlicher Bestandteil in den nationalen Gründungsmythos aufgenommen, der von Generation zu Generation weitergegeben wurde.

Der Beginn der wissenschaftlichen Forschung

Die wissenschaftliche Erforschung der ostbelgischen Geschichte setzte 1964 ein, als Klaus Pabst, „dessen Vater einer angesehenen Familie in Raeren entstammte"[74], seine Dissertation über die Zwischenkriegszeit in Eupen-Malmedy vorlegte[75]. Das *Grenz-Echo* bescheinigte ihm, dass er sich „einer beispielhaften Objektivität befleißigt" habe und dass das Werk den Vorzug habe, „von einem Dreißigjährigen geschrieben zu sein, der die z. T. sehr sturmbewegten Zeiten in unserer ostbelgischen Heimat [...] nicht persönlich erlebte und daher mit einer erfreulichen Unabhängigkeit an seine Aufgabe herangegangen ist"[76]. Wesentliche Inhalte wurden in einer zehnteiligen *Grenz-Echo*-Serie zwischen Dezember 1964 und Februar 1965 publiziert. Auch der Belgische Hör- und Fernsehfunk veröffentlichte einen vom WDR produzierten Beitrag, allerdings erst 1967. Im beratenden Kulturausschuss des Senders kam es zu einer längeren Auseinandersetzung über die Objektivität der Produktion, die vor allem vom Generaldirektor der Radio-Télévision Belge, Robert Wangermée (PSB), in Frage gestellt wurde[78].

Die Arbeit des jungen Eifelers Heinz Doepgen über den Vaterlandswechsel 1920 wurde zwei Jahre später eher kurz rezensiert. Es sei ein Werk, „das der belgisch-deutschen Verständigung nur dienen kann und dabei einem überlebten, engstirnigen Nationalismus die Maske energisch herunterreißt"[77], rezensierte das *Grenz-Echo*.

Als 1974 das Buch von Martin Schärer[78] über die Kriegszeit erschien, analysierte Kurt Grünebaum im *Grenz-Echo* wohlwollend, aber eher distanziert. Schärer wurde allerdings von den Geschichtsvereinen in Sankt Vith und Kelmis sowie von der Altherrenschaft der Eumavia zu einem Vortragsabend eingeladen. Die Arbeit von Heidi Christmann[79] über die Presse und die gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen fand im *Grenz-Echo* hingegen keine Beachtung, vermutlich weil die Rolle des Blattes (zu) kritisch beleuchtet worden war. Verlor die deutsche Geschichtswissenschaft ab Mitte der 1970er Jahre das Interesse an dieser Region, „nahm die belgische Geschichtswissenschaft im Landesinnern die Aufgabe nicht an"[80], stellt Peter Quadflieg fest[81].

Im Großherzogtum Luxemburg erschienen ab den 1970er Jahren erste wissenschaftliche Artikel. Die Verwissenschaftlichung setzte gar erst in den 1980er Jahren ein, wobei die Gedenkaktionen zum 40. Jahrestage des Kriegsendes im Jahr 1985 eine neue Dynamik entwickelten, in die sich vor allem die zweite und dritte Generation einbrachten. Die Forschung litt aber viele Jahre unter einem von oben auferlegten Geschichtsbild und den Zwängen der kommunikativen Erinnerungskultur, wie der Historiker Benoît Majerus urteilt. Denn die Spannung zwischen Widerstandskämpfern und Zwangsrekrutierten polarisierte. Die Besatzungszeit war in Luxemburg „eine die Gesellschaft zutiefst spaltende Vergangenheit"[82].

(Keine) Initiativen aus der Region

Nachdem in den Jahren 1965 und 1966 die Geschichtsvereine in Sankt Vith, Eupen und Kelmis gegründet worden waren, bot der Geschichtsverein Zwischen Venn und Schneifel (ZVS) 1969 mit der Publikation „Kriegsschicksale"[83] der kommunikativen Erinnerung an die Ardennenoffensive und somit dem Opferselbstbild breiten Raum. Vor allem Kurt Fagnoul, Vorsitzender des Vereins zwischen



Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsch-belgische Grenze, wie hier in den 1950er Jahren auf Köpfchen, geschlossen. Die deutschsprachigen Belgier sollten nicht nur mental sondern auch räumlich nach Belgien orientiert werden.

1965 und 1998, erforschte in den folgenden Jahren weitere Teilaspekte der Zwischenkriegs- und Kriegszeit. Hierdurch entstand eine Erinnerungskultur, die sich allein in der belgischen Eifel seit den 1970er Jahren für gewisse, auch brisante Aspekte der Kriegs- und Zwischenkriegszeit langsam öffnete und auch Tabubrüche (wie Artikel über den „großen Treck", d. h. die Flucht von Eifelern nach Deutschland vor dem Einmarsch der Amerikaner, den Judenschmuggel u. a.) zuließ. Diese Öffnung setzte im Norden Ostbelgiens zwei Jahrzehnte später ein.

In der Rezension seiner Publikation über „Die annullierte Annexion" von deutschem Gebiet nach 1945 bescheinigte Hubert Jenniges Fagnoul 1985, eine „Entkrampfung der Geschichte" geleistet und im „europäischen Geist"[84] gehandelt zu haben. Rückblickend wirkt diese Argumentation wie ein Stellvertreterdiskurs, der die anekdotische Geschichte Bolleniens (d. h. jener deutschen Gebiete, die Belgien zwischen 1949 und 1958 unter seine Verwaltung gestellt hatte) als Spiegel der ostbelgischen Vergangenheit nutzt.

Dennoch wahrte der Geschichtsverein ZVS in seiner Zeitschrift bis in die 1990er Jahre eine deutliche Distanz zur jüngeren Vergangenheit. Denn eine „systematische Behandlung würde uns früher oder später mit Artikel 4 unserer Statuten (‚ZVS enthält sich jeglicher politischen Aktivität oder Tendenz') in Konflikt bringen. Diese Themen gehören auch heute noch zur Politik"[85], argumentierte Lektor Raymund Graf noch 1989.

In den Zeitschriften des Eupener und Kelmiser Geschichtsvereins erschienen bis zur Jahrtausendwende kaum Beiträge über die Regionalgeschichte nach 1920. Wurde dieser Zeitabschnitt tangiert, nahmen die Autoren fast ausschließlich eine Belgien heroisierende Haltung ein.

Identität als Ziel

Eine erste homogene Geschichtserzählung von zwei ostbelgischen Journalisten, die den Krieg als Kriegskinder erlebt hatten, präsentierten Hubert Jenniges und Peter Thomas 1972 mit ihrer fünfteiligen Sendereihe „50 Jahre Geschichte der Ostkantone". Ihr Motiv:

„Als vor zwei Jahren im deutschen Sprachgebiet [...] die 50-jährige Zugehörigkeit zu Belgien gefeiert werden sollte, herrschte weitgehend Verstimmtheit, ja Verbitterung, weil man sich, vor allem wegen der immer noch auf der Bevölkerung lastenden ungelösten Nachkriegsprobleme, benachteiligt fühlte."[86]



Bilder der Widerstandsfeier in Eupen, 1947. Organisierter Widerstand fand vor allem in Eupen und der belgischen Eifel kaum statt. Gleichzeitig enthält die ostbelgische Geschichtsschreibung eine merkwürdige Lücke: Beweggründe und Werdegänge aktiver Widerständler, Insassen von Gefängnissen, Arbeitslagern oder Konzentrationslagern, die Verfolgung von Andersdenkenden und auch die Ermordung von Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung haben in der kommunikativen Erinnerung nur vereinzelt Beachtung erfahren.

Für die beiden Rundfunkjournalisten war die Erforschung und Darstellung der eigenen Geschichte unabdingbar, da nur sie den „Selbstbehauptungswillen" stärken könne und es davon abhänge, „ob man in 50 Jahren die Fortsetzung der Geschichte der deutschsprachigen Belgier wird schreiben können oder ob wir dann Wallonen unter Wallonen sein werden".

Die Sendung war höchst erfolgreich, das *Grenz-Echo* rezensierte positiv. Die Sendung war jedoch in der belgischen Kammer ein Politikum. Vor allem die Sozialisten, die noch immer häufig als Sprachrohr des belgischen Widerstandes 1940 bis 1945 fungierten, zeigten sich deutlich sensibler als die Christlich-Sozialen und Liberalen in Brüssel. Sie befürchteten antipatriotische Aussagen. Dieses Argument verweist auf die zahlreichen Klischees über die deutschsprachige Minderheit, die im Landesinnern noch immer höchst wirkungsmächtig waren.

Dieser Vorstoß blieb aber eine Ausnahme. *Grenz-Echo* und BRF interpretierten die Regionalgeschichte in der Folgezeit wiederum weitgehend aus einer belgisch-nationalistischen Perspektive, in der die kleine Grenzregion als passiver Spielball der dunklen Mächte der Geschichte dargestellt wurde. Somit unterwarfen sie sich weitgehend unkritisch den politischen Meinungsführern der traditionellen Parteien.

Emanzipationen der Geschichtsdeutung

So sehr die offizielle Geschichtsdeutung dem belgisch-nationalen Gedächtnis untergeordnet worden war, so gering war auch das Selbstbewusstsein der deutschsprachigen Minderheit in Belgien. Eine untertänige Haltung herrschte vor. Die Christlich-Soziale Partei wurde bis Mitte der 1960er Jahre als die Partei der Ostkantone bezeichnet, da sie bei den Wahlen mehr als 80 Prozent der Stimmen Ende der 1940er Jahre und noch immer über 60 Prozent Mitte der 1960er Jahre auf sich vereinigen konnte. Demokratische Kontroversen waren bis Ende der 1960er Jahre die Ausnahme. Kritik an Belgien, seiner Politik und seiner Geschichte galten als politisch unkorrekt. Der Einsatz für die deutsche Sprache und Kultur wurde in der öffentlichen Meinung als unpatriotisch und häufig gar als Vaterlandsverrat diffamiert.

Das änderte sich auf politischer Ebene mit der Gründung der Partei der Deutschsprachigen Belgier (PDB) im Jahr 1971, einer föderalistisch orientierten Regionalpartei. Da die PDB ein klares Bekenntnis zur deutschen Kultur ablegte und somit die Frage nach der Identität in die politische Debatte einbrachte, die vorher noch als Tabubruch gegolten hatte, konnte eine stärkere Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, die die Region mit Deutschland teilte, stattfinden. Erst in den 1980er Jahren wurde der kritische Umgang mit der ostbelgischen Geschichte aber in den politischen Diskussionen bedeutsamer.

Die traditionellen Parteien (CSP, PFF und SP) konterten die Forderungen nach einer kritischen Geschichtsarbeit durch eine negative Politisierung der Begriffe „Identität", „Vergangenheitsbewältigung", „deutsche Kulturnation" u. a., die heute wie der Aufruf zu einem Denkverbot wirken oder zumindest in eine „kommunikative Sackgasse"[87] mündeten.

Im Frühjahr 1980 sollte der Eupener Journalist Freddy Derwahl einen Artikel für eine Broschüre des Außenministeriums über die deutschsprachigen Belgier verfassen. Wegen „des bitteren Tons"[88] wurde die Publikation verweigert, was vor allem die PDB als Affront gegen die junge Kulturgemeinschaft wertete. Historische Fakten gepaart mit provokativen Thesen (von denen einige aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive durchaus hinterfragungswürdig waren) wurden im Außenministerium als Kritik an Belgien verstanden und waren wohl nicht erwünscht.



Bis in die 1980er Jahre wurde der engagierte Einsatz für die deutsche Kultur und Sprache in Ostbelgien häufig stigmatisiert. Die Forderung nach Autonomie wurde dabei oft als „Heim-ins-Reich"-Bewegung diffamiert, wie ein Bild aus Eupen aus dem Jahr 1980 illustriert.

Dieser engagierte Tabubruch hinderte Derwahl allerdings nicht, fünf Jahre später eine vernichtende Kritik über die ostbelgischen Folgen von Maurice de Wildes Sendereihe „De collaboratie" zu veröffentlichen: „Wer verschont uns vor de Wilde und Co., die nicht hilfreich sind, nie hilfreich waren"[89]. Derwahl störte, dass das Bild von Ostbelgien in der Wallonie und in Flandern durch die Beleuchtung der prodeutschen und teilweise nationalsozialistischen Überzeugungen mancher Ostbelgier negativ überzeichnet werde. Hiermit erwies er sich als Sprachrohr der allgemeinen parteipolitischen Lesart in Ostbelgien.

In einem Leserbrief forderte Carlo Lejeune, Geschichtsstudent, das Ende der „Nicht-Geschichtlichkeit unserer Gemeinschaft" und eine „Überwindung des Bewusstseinsbruches"[90] zwischen den Generationen. Christoph Brüll urteilte in seinem Artikel „Vom Abklingen der ‚Phantomschmerzen'" über diesen Prozess, dass sich viele deutschsprachige Belgier „trotz der ‚europäischen Sonntagsreden' noch mit einer mehrdimensionalen Identität"[91] schwertaten.

Keine Helden, keine Mythen

Schon 1945 übernahm die Tageszeitung *Grenz-Echo* die Deutungshoheit über die Regionalgeschichte. Treibende Kraft war dabei zunächst der Chefredakteur Henri Michel, der das Blatt seit 1927 geleitet hatte. Er hatte sich für die Eingliederung Eupen-Malmedys eingesetzt und ab 1933 den Nationalsozialismus engagiert bekämpft. Am 10. Mai war er vor den Nazis nach Brüssel geflohen, dort aber verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt worden. Den Todesmarsch von April 1945

überlebte er. Seine Erinnerungen veröffentlichte er schon 1945[92].

Der Chefredakteur nahm nach 1945 nicht nur klar Stellung gegen überzogene Säuberungsmaßnahmen, sondern auch das Recht in Anspruch, „über Schuld und Nichtschuld in der Bereinigung der Kriegsfolgen mit zu entscheiden"[93], wie Heinz Warny 2016 urteilte. Mit dieser häufig unversöhnlichen Haltung stieß er auch bei den Vertretern Gesellschaftern des *Grenz-Echos* auf Widerstand. Michel publizierte zahlreiche Artikel mit historischem Hintergrund, wobei Widerstand und Verschleppung verständlicherweise breiten Raum einnahmen. Durch die Fokussierung auf die „heimlichen Helden" der Regionalgeschichte erreichte der Journalist aber wohl nur eine Minderheit seiner Leser[94].

Denn in der Biografie über Willy Mommer jun. hat Christoph Brüll 2017 beispielhaft aufgezeigt, dass im Nachkriegsostbelgien auch der Widerstand und seine Motive zur Zeit der Annexion weitgehend beschwiegen wurden.

„Die Werte [der Widerständler, A. d. V.] wären eigentlich für eine öffentliche Hervorhebung im Kontext der Belgisierungspolitik der Behörden prädestiniert gewesen. Andererseits standen sie in krassem Widerspruch zum Verhalten der ostbelgischen Mehrheitsgesellschaft während der Kriegszeit. [...] Es braucht Jahrzehnte, bis der Kampf Einzelner, das Beispiel von Mommers Bekanntem, Kaplan Jean Arnolds, sei genannt, zaghaft gewürdigt wird."[95]

Michel kämpfte folglich in der Erinnerungskultur gegen den Zeitgeist des Beschweigens, gleichzeitig orientierte er sich durch seine belgisch-nationalistische Haltung zumindest teilweise an der politischen Geschichtspropaganda. Aus seinen Leitartikeln wird deutlich, dass er alte Frontstellungen aus der Zwischenkriegszeit teilweise fortführte, sich durch den Verlauf der Geschichte in seinen politischen Haltungen der Zwischenkriegszeit bestärkt fühlte und dadurch die anderen politischen Seiten im Rückblick wohl zu subjektiv darstellte. Dass die Säuberung wesentlicher Bestandteil der ostbelgischen Identität werden würde, konnte der Journalist noch nicht vorhersehen.

So wenig wie die Ostbelgier über Helden in ihrer sehr jungen Geschichte als Minderheit verfügten, so wenig verfügten sie über positive Ereignisse, die sich als Gründungsmythen hätten nutzen lassen. Weder die unfaire Volksbefragung von 1920 noch die politische Polarisierung der Zwischenkriegszeit, das Mitläufertum während der Annexion



Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte in den Gemeinden um Welkenraedt eine verstärkte Zuwendung zur französischen Kultur. Dies war teilweise auch in Kelmis der Fall, das nur durch eine knappe Mehrheit im Gemeinderat 1963 Teil des deutschen Sprachgebietes wurde. Auf dieser Protestkundgebung, 1962, fordern Teilnehmer „Spinne [A.d.V. Henri Michel] lass uns in Frieden!"

oder die nicht so erlebte Befreiung durch die Amerikaner konnten als Blaupause dienen. Erst in den 1990er Jahren versuchte der damalige Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz Lambertz, die Autonomie als glückliches Resultat einer unglücklichen Geschichte zu deuten, was Andreas Fickers widerlegte[96].

Erste Generationenwechsel

Politische und historische Identität sind unabdingbar miteinander verwoben. Es dauerte in Ostbelgien bis Ende der 1980er Jahre, bevor sich vor Ort neue Geschichtserzählungen durchsetzen konnten. Denn Geschichte lässt sich nicht verdrängen, so Aleida Assmann:

„Die Erfahrung extremer Gewalterereignisse des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust, bei denen sich Menschen in Situationen äußerster Bedrohung befanden und Erschütterndes miterleben mussten, aber auch selbst zu Akteuren krimineller Gewalt wurden, bzw. diese gutgeheißen, gerechtfertigt, beschwiegen oder beharrlich ignoriert haben, lösen sich mit der Zeit nicht einfach auf, sondern gehen den Menschen nach, suchen sie heim und gewinnen im Nachhinein den Charakter eines unbewältigten Traumas. Da Schmerz oder Scham diese Erfahrungen zerbricht, verformt oder bedeckt, bleiben die nachfolgenden Generationen weiter auf der Suche nach der ihnen vorenthaltenen Geschichte."[97]

Dabei musste es notgedrungen zu Konflikten zwischen einerseits der ersten Generation der Überlebenden und der zweiten Generation der

Kriegskinder oder unmittelbar Nachkriegsgeborenen und andererseits der dritten oder vierten Generation kommen, die sich im schwierigen Übergang von der kommunikativen Erinnerung zur kulturellen Erinnerung manifestierte. Während die Überlebenden ihre subjektive Sichtweise häufig auf Grundlage starker Emotionen verteidigten, brachten die nachgeborenen Kulturschaffenden eine rationalere, breitere Sicht ein.

Als das *Grenz-Echo* im Juni 1990 einen Vortrag von Carlo Lejeune über „Die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit" als Serie brachte, „um so die weitere Diskussion zu diesem Thema kontrovers zu befruchten", veröffentlichte die Tageszeitung kurze Zeit später eine Reaktion von Marthe Michel, der Tochter des verstorbenen GE-Chefredakteurs Henri Michel, und von Heinrich Toussaint mit einer Begründung, die das Spannungsverhältnis zwischen der kommunikativen und kulturellen Erinnerung beispielhaft aufzeigt. Bei den Beiträgen des Historikers und der Tochter des Zeitzeugen bzw. des Journalisten Toussaint

„geht es, allerdings in sehr unterschiedlicher Weise, um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Ostbelgien. Im vorliegenden Fall trägt diese Vergangenheit einen Namen [Henri Michel, A. d. V.]. Für den jungen Historiker dagegen ist Geschichte einfach ein Zeitablauf, mit dem er sich, ohne die natürlichen Hemmungen des unmittelbar von ihr Betroffenen, mehr oder weniger vorurteilsfrei auseinandersetzt."[98]

In einer Replik verwies der Historiker darauf, dass Geschichtsarbeit grundlegend für eine historisch-politische Bildung aller Generationen sei[99] und dringend unter neuen Vorzeichen in Ostbelgien angegangen werden müsse.

Der Übergang von der ersten auf die dritte und schon bald vierte Generation ging aber auch mit einer Professionalisierung der Geschichtsdeutung einher. Hatten bis Anfang der 1990er Jahre auffallend viele Journalisten, einige Lehrer und eher wenige ausgebildete Historiker die Geschichtsdeutung dominiert, besetzten fortan zunehmend die Historiker die Themen. Es waren auch sie, die die Tendenzen der Forschung nicht nur in Belgien, sondern vor allem auch in Deutschland aufgriffen und durch eigene Arbeiten vor Ort auf die regionale Ebene herunterbrachen.

Das Zögern der Politik

Durch die Autonomie hatte die junge Deutschsprachige Gemeinschaft als Teil des entstehenden belgischen Bundesstaates zunehmend die Möglichkeit, auch die Geschichtsarbeit zu fördern. Zunächst hatte der 1973 eingesetzte Rat der deutschen Kulturgemeinschaft seit 1976 jährlich einen Preis des Rates ausgeschrieben, der aber erst 1997 an ein Werk vergeben wurde, das sich explizit kritisch mit der Regionalgeschichte auseinandersetzte: „Spuren", eine Quellensammlung von Freddy Cremer und Werner Mießen zu didaktischen Zwecken. Mit den Preisen von 1986 an Marthe Michel (eine erweiterte Neuauflage der Erinnerungen ihres Vaters an den Hungermarsch aus dem KZ Sachsenhausen) und von 1988 an Heinrich Toussaint („Verlorene Jahre" und „Bittere Erfahrungen") unterstrich das Parlament die bisherige Lesart der Geschichte als eine Opfernarration. Andere Werke kamen nicht



Unhinterfragtes Relikt aus einer längst vergangenen Zeit. In vielen Orten der belgischen und luxemburgischen Ardennen steht noch Kriegsgerät zur Verzierung des öffentlichen Raums und Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Am Lager Elsenborn stammt der Panzer aus der Nachkriegszeit. Dieser Unterschied ist für den Laien aber nicht sichtbar.

zum Zuge, weil sie nicht existierten, nicht eingereicht oder nicht angenommen worden waren.

Diese politische Grundhaltung spiegelt auch die allgemeine Opferfixierung wider. Diese war in der Strategie des Überlebens dieser Minderheit ein grundlegendes Element. Es garantiert Aufmerksamkeit im Innern des Landes und wurde als Schutz der beständig bedrohten Identität empfunden. Die Gefahr bestand und besteht in einer kollektiven Selbstgefälligkeit und melancholischen Erstarrung[100].

Im April 1978 meldete die Presse, dass die Regierung die „Herausgabe eines kultur- und kunsthistorischen

Standardwerkes"[101] unter Mitarbeit der Geschichtsvereine plane, für das „neun Personen" im „Rahmen des Spitaels-Plan" angestellt werden sollten. Bis 1990 sollte das „große Nachschlagewerk" entstehen, für das ausdrücklich kein historischer Teil vorgesehen war. Eine Umsetzung erfolgte nicht.

Seit langem war in der öffentlichen Diskussion ein Geschichtswerk über Ostbelgien gefordert worden. 1992 und 1994 erschienen vier Bibliokassetten[102], die, mit Ausnahme der dritten Kassette zu „Sprache und Gesellschaft", von Alfred Minke (als wissenschaftlichem Leiter und Mitinitiator) und Freddy Cremer konzipiert worden waren. Mit dieser Initiative hatte die ostbelgische Politik erstmals direkte Verantwortung für die Geschichtsarbeit in der Region übernommen. Als Autoren verpflichteten die Herausgeber historisch schaffende Ostbelgier, die überwiegend aus der Zeitzeugengeneration stammten, ganz wenige junge Historiker sowie auffallend viele Journalisten. Die Didaktik und die Form der Präsentation brachte Prof. Albert D'Haenens als Leiter der „Groupe de Recherches et d'Etudes sur la Communication Culturelle" von der Universität Louvain-la-Neuve ein. Inhaltlich boten die Kassetten eine klar strukturierte Regionalgeschichte als „Grenzland seit Menschengedenken", die auf einzelnen Karten thematisch auf begrenztem Platz verständlich dargestellt wurde. Inhaltlich schwankten die Texte zwischen reiner Darstellung und historisch-kritischer Fragestellung mit provokativen Thesen.



Die Verwendung von Straßenschildern mit französischen Aufschriften nach dem Zweiten Weltkrieg unterstrich den geringen Stellenwert des Deutschen im belgischen Staatsgefüge. Hiergegen wehrten sich einige radikale Autonomiebefürworter durch das Übermalen derselben seit den 1960er Jahren.

Verhaftet in alten Geschichtsbildern

Im gleichen Zeitraum wurden weitere Werke von Autoren publiziert, die die kommunikative Erinnerung verkörperten. Hierzu gehörten die „Verlorene Jahre" (1987) und „Bittere Erfahrungen" (1987) von Heinrich Toussaint[103], die den subjektiven Erinnerungen vieler soldatischer Erlebnisse und dem Schicksal der Verfolgten des Nazi-Regimes, deren Schicksale bisher wenig beschrieben waren, Raum bot. Werner Mießen schätzte sie damals als „ein riskantes Vorhaben"[104], das keine geschichtswissenschaftliche Abhandlung sei. Auch wenn Toussaint, der seine eigene Biografie in seinen Werken ausblendete, hier ein klassisches Beispiel für Betroffenheitsliteratur liefert, verdankt die Forschung seiner minutiösen Recherche in den Personenstandsakten der Gemeinden die Korrektur der Zahlen zu den getöteten bzw. vermissten Wehrmachtsoldaten von 2.000 auf 3.200 bis 3.400[105].

Zwischen 1987 und 1994 sammelte und publizierte der Brüsseler Hubert Willems wenig strukturiert in 24 Heften auf fast 5.000 Seiten unzählige Quellen aus belgischen Archiven zur Geschichte Ostbelgiens aus einer rein belgizistischen Sicht. Manfred Bierganz, Gymnasiallehrer aus Stolberg, veröffentlichte 1990 im Rahmen der *Grenz-Echo*-Serie „Vor 50 Jahren" zahlreiche Artikel[106], für die er vor allem Akten der Gestapo auswertete, was kritische Reaktionen bei den Lesern hervorrief. Einerseits fehlte manches Mal die Kontextualisierung, andererseits auch die fachlich saubere historische Kritik. Immer wieder bestätigte er die politische Grundhaltung des *Grenz-Echos* in der Zwischenkriegszeit.

Bierganz war 1990 zudem Herausgeber eines Buches, das stark das Jahr 1940 thematisierte, neue Fragen zum Kontext aufwarf, aber auch die Kriegserinnerungen aufgriff[107]. Einen erneuten Blick aus der Opferperspektive auf die Geschichte der deutsch-belgischen Grenzbevölkerung nahm 1996 das Buch „Zwischen Hammer und Amboss"[108] ein.

Impulse 1990 und 1995

In ganz Westeuropa wurden 1990, zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Beneluxstaaten und Frankreich, und 1995, zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Gedenkveranstaltungen durchgeführt und Publikationen veröffentlicht, auch in Ostbelgien.

Im Frühjahr 1990 präsentierten Freddy Cremer und Werner Mießen die Ausstellung „Die verdrängten Jahre", die auf Grundlage von ausführlichen Quellen die Vielgesichtigkeit der ostbelgischen Geschichte präsentierte. Dabei verließen die Historiker bewusst ausgetretene Pfade und provozierten

durch neue Fragestellungen und Sichtweisen. In Eupen polemisierten einige Journalisten und Politiker gegen die Ausstellung, was in der Presse aber fast keinen Niederschlag fand. Den Machern wurde vorgeworfen, dass sie den Widerstand zu wenig, die prodeutschen Bewegungen aber zu stark berücksichtigt hätten. Der Vorwurf der Nestbeschmutzung stand im Raum. Im Gegenzug wurde die Ausstellung im Besucherbuch überschwänglich als Befreiung von den alten Tabus gelobt. „Wissen ist das wirkungsvollste Mittel gegen politische Propaganda, Rassenwahn und Ausländerfeindlichkeit", notierte beispielsweise Regisseur Marcel Cremer.

Herbert Ruland organisierte im Mai 1990 über die Volkshochschule der Ostkantone ein Kolloquium zum 10. Mai 1940[110], das auf breite Resonanz



Im September 1980 sorgte die Partei der Deutschsprachigen Belgier mit ihrer Aktion „Schwarze Fahnen am Tag der Wallonie" für Aufruhr. Hiermit forderte sie nach einer mehr als fünfzigjährigen Zugehörigkeit zu Belgien eine gleichwertige Integration der deutschsprachigen Belgier.

stieß und die Geschichtskultur Ostbelgiens und neofaschistische Tendenzen in der Großregion beleuchtete.

Das Institut für Erwachsenenbildung im deutschen Sprachgebiet, InED (1976-1996), das als PDB-nahe Organisation „die junge Autonomie mit Leben erfüllen wollte", veranstaltete seit Beginn der 1980er Jahre Vortragsreihen mit Historikern und setzte über die Historiker Freddy Cremer und Werner Mießen vor allem mit provokativen Artikeln in der Schrift „I&M. Ideen und Meinungen aus Deutschbelgien" wichtige Impulse.

Wie stark sich die Geschichtsschreibung in den 1990er Jahren veränderte, wird 1995 zum 50. Jahrestag des Kriegsendes deutlich. Die Stadt Sankt Vith initiierte mit dem Aktuell Verlag das fast programmatisch klingende Sammelwerk „Mut zur eigenen Geschichte"[111], das, mit Ausnahme von Kurt Fagnoul, allein von jungen Historikern unter weitgehend neuen Fragestellungen verfasst wurde. Die König-Baudouin-Stiftung war im gleichen Jahr Impulsgeber und Sponsor für mehrere schulische Projekte zu diesem Gedenktag[112].

Aufbruch der Themen und Sichtweisen

Dieser Aufbruch in den 1990er Jahren führte ab der Jahrtausendwende zu neuen Fragestellungen, die die bisherigen Perspektiven endgültig aufbrachen und sich dem Wertewechsel hin zu einer selbstkritischen Erinnerung öffneten. Nun zählte weniger das Entweder-oder als vielmehr das Sowohl-als-auch. Zudem standen Aufklärung, Information und Aneignung von konkretem Wissen aus einer breiten Perspektive im Fokus der Forscher. Im Zentrum stand dabei immer mehr die Beschreibung von konkret handelnden Personen aus unterschiedlichen Aktionskreisen, wodurch der Leser erst „andere als sich selbst ähnlich zu erkennen"[113] vermochte. Dies schaffte neue Zugänge zu dieser Geschichte und lud zu Empathie für den anderen ein.

Schnell wurde dabei sichtbar, wie sensibel und zuverlässig das Opfergedächtnis ist, „wie unempfindlich und unzuverlässig" aber „das Tätergedächtnis ist, das keine nachhaltigen Prägungen produziert"[114]. Denn auch in Ostbelgien erzählte kaum jemand darüber, dass er Hitler gut gefunden hatte. Die politischen Überzeugungen der Eupen-Malmedyer, die das Nazi-Regime mehrheitlich gutgeheißen hatten, tauchten in der populären Erzählkultur so gut wie nie auf. Die kommunikative Erinnerung blieb von Weichzeichnungen, Ausblendungen, Rücksichtnahmen und blinden Flecken geprägt. Einige Beispiele.

Seit Anfang der 1990er Jahre wurden Dorf- und Gemeindemonografien publiziert, in denen erstmals der Zeitraum nach 1920 kritisch und auf Grundlage neuer, lokaler Quellen gedeutet wurde[115]. Hier waren in der Regel junge Historiker beteiligt, die diesen Tabubruch wagten. In vielen weiteren Arbeiten dominierte hingegen noch Jahre lang eine beschönigende, verdrängende Sicht.

2001 legten Carlo Lejeune, Freddy Cremer und Andreas Fickers den provokativen Essayband „Spuren in die Zukunft" vor. Er erscheint rückblickend wie der intellektuelle Höhepunkt für eine Geschichtsschreibung, in der die Nicht-Identität ein zentrales Thema

war. Anders gesagt: Die Historiker analysierten eine Gesellschaft, die während Jahrzehnten politisch forciert quasi identitätslos sein musste. Aus heutiger Sicht sei die These gewagt, dass seit der Jahrtausendwende, auch durch den Generationenwechsel in der Politik, die deutschsprachigen Belgier sich ihrer Identität deutlich sicherer[116] sind und sich folglich auch die Fragen der Historiker an die Geschichte sehr deutlich verändert haben[117].

Das Aufbrechen von Tabus

1990 legte der Euskirchener Historiker Hans-Dieter Arntz sein Buch „Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet" vor, das für Ostbelgien teilweise auf Vorarbeiten von Kurt Fagnoul zurückgriff. Im gleichen Jahr war die Premiere des Dokumentarfilms „Nicht verzeichnete Fluchtbewegungen" des Eifeler Filmemachers Dietrich Schubert. Beide Initiativen fanden vor allem in der belgischen Eifel ein spürbares Echo und öffneten die Perspektive auf die bisher nicht wahrgenommene Opfergruppe der Juden.

Herbert Ruland hatte schon von 1988 bis 1990 in der Zeitung der Volkshochschule der Ostkantone *Der Zaungast* u. a. die Artikelserie des niederländischen Journalisten und Antifaschisten Nico Rost in der *Weltbühne*[118] über die Heimattreue Front publiziert, in der auch die Haltung der Eupen-Malmedyer zu den Juden thematisiert wurde. Auch in den folgenden Jahren forschte er weiter über das jüdische Leben in der Grenzregion.

Christoph Brüll[119] (2004) und vor allem Peter M. Quadflieg (2008) legten Arbeiten vor, die den Mythos um die Zwangssoldaten als Opfer endgültig aufbrachen.

„Die Indikatoren für besonders konformes oder unkonformes Verhalten in der Wehrmacht bestätigen den Eindruck, dass die Soldaten aus Eupen-Malmedy sich als ‚normale deutsche Soldaten' fühlten, verhielten und von Seiten der Wehrmacht behandelt wurden"[120],

schlussfolgert Quadflieg. Als Gründe führt er „ein ganzes Bündel von Erklärungsansätzen" an, u. a. die massive deutschnationale und nationalsozialistische Propaganda.

Nach wichtigen Vorarbeiten von Freddy Cremer[121] 1994 und 2002 erschienen zwischen 2005 und 2008 die drei Bände über die Säuberung nach 1945 von Carlo Lejeune. Das kommunikative ostbelgische Gedächtnis hatte bisher wie eine Ellipse mit zwei Brennpunkten funktioniert. Wenn das eine Kernereignis die nationalistische Entzweiung der Bevölkerung nach der Volksbefragung bis 1945 war, dann bildete das andere Kernereignis die Säuberung, die einerseits strikt tabuisiert war und deren Hintergründe mangels Quellen nebulös geblieben waren.

Der dritte Band, der rund 350 Zeitzeugeninterviews nach Themen aufgesplittet enthielt, war kein Buch der zweiten Generation über Erlebnisse der ersten Generation, das sich an die dritte Generation richtete, sondern ein bewusstes Aufbrechen tradierter Geschichtserzählungen. Durch die Fragmentierung der Zeitzeugenerzählungen und ihre thematische Wiedergabe konnten die Breite der Handlungsoptionen und die Mitverantwortung des Einzelnen aufgezeigt werden.



Orte des ostbelgischen Geschichtsbewusstsein sind und waren das Stadtmuseum in Eupen, das Museum in Sankt Vith sowie das Museum in Kelmis. Die Museen und Geschichtsvereine erfüllten ab den 1960er Jahren eine wichtige soziale Funktion: Sie verbreiteten genehme Geschichtsbilder, die gesellschaftsfähig waren, sodass eine Identifizierung mit denselben politisch unverfänglich war.

Im Jahr 2001 stellten zwei Verfasser[122] auch die Frage der Täterschaft von Soldaten aus Eupen-Malmedy in Wehrmachtuniform. Freddy Cremer wies mit Bezug auf die 1998 in Aachen gezeigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" darauf hin, dass gerade die Nutzung des Begriffs „Zwangssoldaten" jahrzehntelang zur Verdrängung dieser Frage beigetragen habe[123]. Bruno Kartheuser legte den ersten Band seiner Untersuchung über das Massaker in der zentralfranzösischen Stadt Tulle vor, bei dem der aus Sankt Vith stammende Walter Schmald die Geiseln aussuchte. Er versuchte in diesem ersten Band, den ostbelgischen Lebenskontext Schmalds nachzuzeichnen[124]. Seine Untersuchung hat allerdings

den Nachteil, dass Kartheuser als Akteur in der Hermann-Niermann-Affäre seine antifaschistisch-ideologischen Thesen durch eine wohl bewusste Auslassung wesentlicher bekannter Fakten zu beweisen suchte. Zudem zeigt die Arbeit sehr deutliche Schwächen im kritischen Umgang mit Quellen und in der Kontextualisierung. Wegen der zahlreichen Provokationen und zum Teil persönlichen Angriffe des Autors auf Zeitgenossen im Buch wurde der Band in Ostbelgien in historischen Kreisen nicht rezensiert[125].

Geschichte der Geschichtsschreibung

Schließlich setzte sich auch in Ostbelgien die Einsicht durch, dass Erinnerungskonstruktionen „ihre Selbstverständlichkeit und damit auch ihre Unschuld verloren haben und sich heute gefallen lassen müssen, im kritischen Licht wissenschaftlichen Sachverstands und transnationaler Vergleiche betrachtet zu werden"[126]. Im Jahr 1994 erschien Freddy Cremers erster Artikel in seiner Reihe „Annexion, Assimilation, Autonomie", in dem er die Rolle der Geschichtsschreibung erstmals beschrieb[127]. Im Sammelband „Spuren in die Zukunft" legten Freddy Cremer und Andreas Fickers weitere Analysen über den „Nutzen und Nachteil der Historie für Ostbelgien" vor[128]. Carlo Lejeune (in „Die Säuberung"), Christoph Brüll, Peter Quadflieg und Philippe Beck[129] veröffentlichten weitere Artikel vor.

Eine Internationalisierung der Geschichtsarbeit

Spätestens seit den 1990er Jahren können die ethischen Erinnerungen nicht mehr an den Grenzen der Nationen enden. Sie verschränken sich unumkehrbar auf der transregionalen, transnationalen und globalen Ebene. Dies erfolgt allerdings langsam und manchmal auch sehr bruchstückhaft, wie die bisher nur bedingt kompatiblen west- und osteuropäischen Geschichtsnarrationen zeigen[130]. In Westeuropa ist die Internationalisierung der Erinnerungskultur hingegen sehr weit fortgeschritten.



In den Jahrzehnten nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg war die Verbindung der deutschen Kultur und der deutschsprachigen Belgier mit Schimpfworten in den anderen Sprachgemeinschaften Belgiens gesellschaftlich noch akzeptiert. 2017 musste sich der RTBF Journalist François de Brigode für die Verwendung des Begriffs ‚cantons rédimés' entschuldigen, was Olivier Pirnay, alias Oli, in La Meuse zu dieser Karikatur veranlasste.

In Ostbelgien trugen mehrere Faktoren dazu bei: Zunächst wurden vor Ort mehr und mehr junge Historiker aktiv, die ihr fachliches Können in unterschiedliche Projekte einbrachten. Hierdurch konnte sich vor allem der Geschichtsverein Zwischen Venn und Schneifel seit den 1990er Jahren zu einem höchst innovativen Verein entwickeln. 1988 wurde das Staatsarchiv in Eupen gegründet, das seitdem wichtige Arbeit in der Sicherung der Quellen und der Darstellung der Geschichte leistet. Die Regierung übernahm ihrerseits Verantwortung für eine kritische Geschichtsarbeit, die 2013 in der Gründung des Zentrums für Regionalgeschichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, des heutigen Zentrums für Ostbelgische Geschichte, mündete. Hierdurch schließt die Deutschsprachig Gemeinschaft zu anderen Grenzregionen auf.

Seit den 1990er Jahren hat sich vor allem die Verknüpfung mit dem wissenschaftlichen Forschungsbetrieb intensiviert. An den Universitäten von Louvain-la-Neuve und Lüttich sind seitdem zahlreiche Endarbeiten entstanden, die sich mit der Zeit 1918 bis 1945 und ihren Folgen befassten[131]. Innerhalb der Großregion besteht nunmehr großes Austausch- und Vergleichspotenzial mit anderen Grenzregionen. In Frankreich beschäftigen sich die Universität Straßburg und die Universität Lothringen (Metz und Nancy) mit der Geschichte des Elsass und des sogenannten annektierten Lothringens (Moselle), in Luxemburg wurde die Forschung nicht zuletzt durch die Gründung einer eigenen Universität im Jahr 2003 und der Einrichtung eines Forschungszentrums zur Zeitgeschichte (C²DH) im Jahr 2016 befördert. Auch in Südtirol wurde an der Freien Universität Bozen im Jahr 2013 ein Kompetenzzentrum für Regionalgeschichte gegründet.

In diesen Regionen erhielt die bewegte Geschichte des 20. Jahrhunderts zudem einen größeren Platz durch die redaktionelle Neuausrichtung teilweise schon recht lange bestehender Zeitschriften (*Revue d'Alsace, Hémecht, Geschichte und Region / Storia e Regione*).

Eine enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Schule zeigte sich bei der Erarbeitung des digitalen Schulbuches, des m-books, die unter Leitung des Instituts für digitales Lernen Eichstätt in enger Zusammenarbeit mit ostbelgischen Historikern erfolgte. Dieses Werk erhielt 2016 auf der Leipziger Buchmesse einen Sonderpreis als Schulbuch des Jahres. Ergänzt wird es durch die ZVS-Schülerhefte für die Primarschulen.

Die Internationalisierung wurde aber auch durch die Medien vorangetrieben, die aus Ostbelgien einen Zwischenraum zwischen drei Kultur- und Sprachräumen und im Schnittpunkt von vier Staaten macht. Dabei stellt die Vermittlung der Forschungsergebnisse in den anderen Landessprachen noch eine Herausforderung für die Historiker aus der Region dar.

So bleibt die Minderheit vor allen Dingen in Belgien ein unbekanntes Land, das häufig nur als Kuriosum Aufmerksamkeit erregt. Eine Studie der flämischen und wallonischen Geschichtsbücher zeigte beispielsweise, dass die Geschichte dieser Minderheit vor 1970 entweder gar nicht oder nur knapp und dann grob fehlerhaft dargestellt wird.



Bleibende Eindrücke hinterließen bei der Bevölkerung der belgischen Eifel Leichen, die nach der Ardennenoffensive die Landschaft säumten.

Welche zukünftigen Herausforderungen?

Die kritische Geschichtsarbeit über die bewegten Jahre 1914 bis 1950 hat bereits die vierte und fünfte Generation nach dem Holocaust übernommen, für die „die unmittelbare generationelle Verbindung zu diesem historischen Geschehenszusammenhang verschwindet“[132]. Heute stellt sich nicht die Frage, ob es für die Erinnerungskultur nach der nächsten oder übernächsten Generation noch eine Zukunft geben wird, sondern vielmehr die, wie diese zu gestalten ist.

Die Fernsehserie „Unsere Mütter, unsere Väter“ (2013) hat gezeigt, dass nicht mehr die Zeitzeugenberichte Geschichte machen, sondern dass die Fiktionalisierung von Geschichte in Form einer packenden Story diesen Platz eingenommen hat. Diese orientiert sich an der realistischen Optik des Hollywoodkinos und ist mit einem perfekten Sounddesign unterlegt. Im Zeitalter der Hypervisualisierung sind wir dabei, „uns technisch und historisch ein im Wortsinne neues Bild von Vergangenheit zu machen für eine Generation, die keinerlei Kriegserinnerungen mehr hat, dafür aber an Gewaltdarstellungen in Kriegs- und Actionfilmen mit schnellen Schnitten gewöhnt ist“[133].

Für die Forscher besteht ein einfaches Problem: „Wo Vergessen und Verdrängen, wo Beschweigen und Leugnen war, ist nun allseits Erinnern“[134], wie Harald Schmid formulierte. Wie kann man zur staatsbejahenden Kultur des Erinnerns, auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eine kritische Gegenkultur schaffen?

Viel wichtiger werden aber die Antworten auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unserer Zeit sein, die auch Historiker durch ihre historisch-politische Bildungsarbeit geben müssen. Gerade die Zunft der Geschichtsforscher muss aktive Beiträge für die Zivilgesellschaft leisten, damit diese sich immer wieder neu auf ihre Werte und ihre Grundsolidarität verständigen kann. Auch wenn diese durch Finanzkrise, Umgang mit Flüchtlingen, Globalisierung, Abstiegsängsten u. a. in Frage gestellt worden ist. Ein Weg ist zweifelsohne die Förderung der Empathie, auch wenn der Weg zu einer empathischen Gesellschaft noch weit ist, wie der amerikanische Soziologe Jeremy Rifkin[135] prognostiziert.

Endnoten

1 Aufruf des Comité de Politique Nationale, 25.12.1918, einsehbar auf http://www.bibliotheca-andana.be/wp-content/uploads/2011/08/1919-03-25.pdf (letzter Abruf 28.8.2018).

2 Vgl. Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964) (Sonderdruck), S. 205-315; Heinz Doepgen, Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966. In jüngerer Zeit prägnant Francis Balace, Belgien und die Ostkantone im Versailler Vertrag. Irredenta-Gebiet, militärische Pufferzone oder Trostpreis?, in: Christoph Brüll (Hrsg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 73-102; in europäische Zusammenhänge einordnend Vincent O'Connell, The Annexation of Eupen-Malmedy. Becoming Belgian 1919-1929, New York 2018.

3 Vgl. Robert Devleeshouwer, L'opinion publique et les revendications territoriales belges à la fin de la Première Guerre mondiale 1918-1919, in: Mélanges offerts à G. Jacquemyns, Brüssel 1968, S. 207-238.

4 Siehe dazu bzgl. der belgischen Annexionsliteratur auch Freddy Cremer/Werner Mießen, Spurrn. Materialien zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Einführung, Eupen 1996, S. 8f.; Francis Balace/Maria de Waele u. a., Pierre Nothomb et le nationalisme belge de 1914 à 1930, Arlon 1980; Jean Beaufays, Aspects du nationalisme belge au lendemain de la Grande Guerre, in: Annales de la Faculté de droit de Liège, 1971, S. 105-174. Zur deutschen Annexionsliteratur siehe jüngst Sebastian Bischoff, Kriegziel Belgien. Annexionsdebatten und nationale Feindbilder in der deutschen Öffentlichkeit, 1914-1918, Münster 2018.

5 Dazu John Horne/Alan Kramer, German Atrocities 1914. A History of Denial, New Haven/London 2001; Pieter Lagrou, Eine Frage der moralischen Überlegenheit? Die Ahndung der deutschen Kriegsverbrechen in Belgien, in: Norbert Frei (Hrsg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit den deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006, S. 326- 350; Christoph Brüll, Le poids d'août 1914 dans les relations belgo-allemandes, 1914-1964, in: Bulletin du CLHAM, 137 (2014), S. 31-39; Winfried Dolderer, Der lange Weg zum „moralischen Frieden". Zur Debatte um den angeblichen belgischen Franktireurkrieg 1927 bis 1958, in: Revue Belge d'Histoire Contemporaine 3/4 (2016), S. 76-106.

6 Z. B. Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Thimme, Reihen 1-5, 40 Bde., Berlin 1922-1927.

7 Urkunden über die Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmedy, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 364, Dok. 600, S. 433-470.

8 So auch schon das Argument in Christoph Brüll/Carlo Lejeune, Ein Schattendasein in der Geschichtsschreibung. Wenige Blicke auf die Zwischenräume im langen 19. Jahrhundert, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3, Eupen 2016, S. 278-297. Dort auch Überlegungen zum Zwischenraum.

9 Siehe u. a. Wolfgang Freund, Volk, Reich und Westgrenze. Deutschtumswissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annektierten Lothringen 1925-1945, Saarbrücken 2006, S. 48-52; Peter Schöttler, Le Rhin comme enjeu historiographique dans l'entre-deux-guerres. Vers une histoire des mentalités frontalières, in: ders., Du Rhin à la Manche. Frontières et relations franco-allemandes au XXe siècle, Tours 2017, S. 21-45, hier S. 25f.

10 Henri Pirenne, Histoire de Belgique, 7 Bde., Brüssel 1905-1932.

11 So auch schon Brüll/Lejeune, Schattendasein.

12 Dazu das am Vorabend der Luxemburger 100-Jahr-Feiern erschienene: Pierre Nothomb, Le drame de 1839, Brüssel 1938.

13 Vgl. Pierre Nothomb, Histoire de la Prusse rhénane, Paris 1915; ders., La barrière belge. Essais d'histoire territoriale et diplomatique, Paris 1916.

14 Vgl. Eugène Baie, La Belgique de demain. La question du Luxembourg. Nécessité d'une barrière rhénane. Les Pays-Bas, Paris 1916.

15 Vgl. J. Dontenville, Après la guerre. Les Allemagnes, La France, la Belgique et la Hollande, Paris 1915; F. Pigeon, L'Europe future de demain, Paris 1915.

16 Vgl. A. Zwendelaar, La Belgique jusqu'au Rhin, Paris, Brüssel 1915; Maurice des Ombiaux, Les revendications territoriales de la Belgique, Paris 1916.

17 Dazu Heinz Warny, Belgiens wiedergefundene Brüder. Eupen-Malmedy 1920-1940 im Brüsseler Parlament. Streifzug durch die Debatten über die Cantons Rédimés, Eupen 2012.

18 So auch schon Brüll/Lejeune, Schattendasein.

19 Dies ist der Fall bei Pirenne, Histoire de Belgique, aber auch bei Charles Terlinden, Histoire de la Belgique contemporaine, Brüssel 1929, oder Frans van Kalken, La Belgique contemporaine, Brüssel 1930.

20 Siehe den Beitrag von Robert Möller, Die Minderheitensprache als Politikum, in diesem Band.

21 Zahlreiche Hinweise bei Guy Lejoly, L'abbé Joseph Bastin 1870-1939, chantre de la Wallonie malmédienne. Sa vie, son œuvre, Malmedy 2014. Die Deutungen Lejolys sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da er allzu sehr bemüht ist, die Thesen Bastins bis in die Gegenwart zu verlängern, um die wallonische Bevölkerung von jedweden deutschfreundlichen Tendenzen freizusprechen. Weniger detailreich, aber zuverlässiger in der Interpretation ist Elisée Legros, La Wallonie malmédienne sous le régime prussien, Malmedy 1977.

22 Vgl. Joseph Bastin, La Wallonie prussienne, Löwen 1919. Die gleiche Haltung vertrat auch der im Lütticher Exil lebende Prosper Renard in einer Kampfschrift aus dem Februar 1919 (Prosper Renard, Malmédy irrédentiste, Lüttich 1919).

23 Vgl. Joseph Demarteau, Liège, in: Revue Catholique des Idées et des Faits, 8e année, n°31, 26.10.1928, S. 5.

24 La Belgique centenaire. Encyclopédie nationale 1830-1930, herausgegeben von René Lyr (mit einem Vorwort S. M. König Alberts I.), Brüssel 1930, S. 104 und 127.

25 Um es mit dem Titel eines Standardwerks zu sagen: Peter Schöttler (Hrsg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1999.

26 Als Summe dieser Forschungen siehe Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, 2. Aufl., Berlin 2017.

27 Zu den Beneluxländern siehe Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung" der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), 2 Bde., Münster 2003; Bernard Thomas, Le Luxembourg dans la ligne de mire de la Westforschung 1931-1940, Luxemburg 2011. Zu Frankreich siehe z. B. Peter Schöttler, Eine Art „Generalplan West". Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die Planungen für eine neue deutsch-französische Grenze im Zweiten Weltkrieg, in: SozialGeschichte 18 (2003), S. 83-130.

28 Peter Schöttler, Die intellektuelle Rheingrenze. Wie lassen sich die französischen „Annales" und die NS-„Volksgeschichte" vergleichen?, in: Christoph Conrad/Sebastian Conrad (Hrsg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 271-295.

29 Zum breiten Kontext siehe Thomas Müller, Imaginierter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums" im völkischen Diskurs zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus, Bielefeld 2009. Für ein Einzelbeispiel: Christoph Brüll, Franz Thedieck und das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik „von Weimar nach Bonn". Eine biographische Annäherung, In: Paul Thomes/Christiane Katz (Hrsg.), Von der Narration zur Methode. Neue Impulse in der historischen Biographieforschung, Aachen 2016, S. 15-38.

30 Vgl. Carlo Lejeune, „Des Deutschtums fernster Westen". Eupen-Malmedy, die deutschen Dialekt redenden Gemeinden um Arlon und Montzen und die „Westforschung", In: Dietz/Gabel/Tiedau (Hrsg.), Griff, Bd. 1, S. 493-538; Marnix Beyen, „Eine lateinische Vorhut mit germanischen Zügen." Wallonische und deutsche Gelehrte über die germanische Komponente in der wallonischen Geschichte und Kultur (1900-1940), in: ebd., S. 351-381.

31 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R60272, Jahresbericht der Rheinischen Forschungsgemeinschaft für 1933, 14.6.1934. Siehe auch Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" 1931-1945, Baden-Baden 1999, S. 400-412 (mit einigen kleinen Ungenauigkeiten bezüglich der politischen Situation in Eupen-Malmedy).

32 Ein nicht aus der Geschichtswissenschaft stammendes Beispiel ist das zumeist sachlich argumentierende Fritz Schmalenbeck, Die neubelgischen Kantone Eupen-Malmédy in ihrer staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Stellung, Bonn/Köln 1932. Siehe auch das von einem Privatgelehrten verfasste Werk Gottfried Fittbogen, Was jeder Deutsche vom Grenz- und Auslandsdeutschtum wissen muss, 6. Aufl., München/Berlin, S. 27-30 (zu Eupen-Malmedy).

33 Herbert Reiners, Die Kunstdenkmäler von Eupen-Malmedy, Düsseldorf 1935 (unter Mitarbeit von Heinrich Neu).

34 Wilhelm Bodens, Deutsches Grenzvolk im Westen erzählt, Bd. 1: Vom Rhein zur Maas, Bonn 1936.

35 Für ein deutsches Beispiel siehe Eupen-Malmedy-St. Vith. Ein Bilderbuch, Berlin 1938.

36 Siehe hierzu den entsprechenden Beitrag von Philippe Beck in diesem Band.

37 Robert Jeuckens, Eupener Land und Volk im Wandel der Zeit, Aachen 1935, S. 114.

38 Julius Boehmer, Eupen-Malmedy. Ein Heimatbuch, Eupen 1934.

39 Ein sehr interessantes Beispiel ist die Publikation Verlag Rheinischer Beobachter (Hrsg.), Eupen-Malmedy-Monschau, Berlin 1926, mit Beiträgen u. a. des sozialistischen Kammerabgeordneten Marc Somerhausen und des aus Eupen gebürtigen Pfarrers Nikolaus Jansen, einer der Pfeiler der katholischen Revisionsbewegung im Grenzland.

40 Das Folgende bei Christoph Brüll, Geschichtsvereine und Geschichtsbewusstsein in der DG (2. Teil), in: ZVS, 2/2016, S. 37.

41 Zum Folgenden: Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel 2013, S. 237ff.

42 Vgl. Hubert Jenniges, Der Weg zur Gründung des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel" im Jahre 1965, in: ZVS 10 (2005), S. 196-203, hier S. 196.

43 Vgl. Els Herrebout, Die schwierigen Ursprünge des Eupener Geschichts- und Museumsvereins, in: Geschichtliches Eupen 11 (2017), S. 37-55, hier S. 43-50.

44 Zu Scherdin siehe Thomas Müller, Die westpolitische Mobilmachung des „Aachener Grenzraumes", in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 109 (2007), S. 151-214.

45 Georg Scherdin, Eupen-Malmedy ist frei. Tatsachenberichte, Aachen 1940.

46 Heinrich Bischoff, Geschichte der Volksdeutschen in Belgien, herausgegeben von Georg Scherdin, Eupen 1941.

47 Karl Pütz, Volksdeutsche Jugend zwischen den Fronten, Berlin 1942.

48 Julius Boehmer, Eupen-Malmedi bleibt deutsch!, Eupen 1941; Ludwig Mathar, Das heimgekehrte Eupen-Malmedy-St. Vith. Landschaft – Volk – Kultur, Aachen 1941. Zu „Eupen-Malmedy wieder im Reich" siehe den Beitrag von Philippe Beck, Andreas Fickers und Vitus Sproten in diesem Band.

49 Das Folgende bei Brüll, Geschichtsbewusstsein, S. 37f.

50 Vgl. René Rohrkamp, „Bürgermeister a. D." – Ferdinand Wiebecke, Bürgermeister von Malmedy (1940-1943), in: Christoph Brüll/Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Eine ostbelgische „Stunde Null"? Eliten aus Eupen und Malmedy vor und nach 1944, Brüssel, 2013, S. 69-85.

51 Vgl. Kurt Andres/Klaus-Dieter Klauser, Ein Geschichtsverein zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, in: ZVS 12 (2010), S. 260ff.

52 Vgl. Herrebout, Ursprünge, S. 50-53.

53 Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2016, S. 11.

54 Ebd., S. 58.

55 SAE, Bezirkskommissariat Malmedy, 00107B, Ansprache zum 11.11.1945.

56 Assmann, Unbehagen, S. 92.

57 Aleida Assmann, Formen des Vergessens, Göttingen 2017, Buchdeckeltext.

58 SAE, Bezirkskommissariat Malmedy, 001078, Ansprache zum 11.11.1945.

59 Pierre Clerdent, Die Ostkantone, Eröffnungsrede des Provinzialrates vom 1. Oktober 1969, Lüttich 1969, S. 5.

60 Freddy Cremer, Verschlusssache Geschichte, in: Carlo Lejeune/Andreas Fickers/Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft, Büllingen 2001, S. 9.

61 Assmann, Unbehagen, S. 92.

62 Ebd., S. 55.

63 Ebd., S. 65.

64 Vgl. ebd., S. 103.

65 Ebd., S. 11.

66 Vgl. Justine Remacle, La mémoire de la Seconde Guerre mondiale à Malmedy de 1945 à nos jours, unveröffentl. Masterarbeit in Geschichte, Universität Lüttich 2017.

67 Vgl. Martin Sabrow, Held und Opfer. Zum Subjektwandel deutscher Vergangenheitsverständigung im 20. Jahrhundert, in: Magrit Fröhlich (Hrsg.), Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt am Main 2012, S. 6.

68 Assmann, Unbehagen, S. 147f.

69 Benoît Majerus, Besetzte Vergangenheiten. Erinnerungskulturen an den Zweiten Weltkrieg in Luxemburg – eine historiografische Baustelle, in: Hémecht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte 3/64 (2012), S. 23-43, hier S. 27f.

70 Majerus, Besetzte Vergangenheiten, S. 26.

71 Ebd.

72 Vgl. Denis Scuto, Histoire mondiale du Luxembourg ... et autres défis, in: Hémecht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte 3-4/69 (2017), S. 433-436.

73 Grenz-Echo, 11.12.1964.

74 Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964), S. 208-515.

75 Grenz-Echo, 11.12.1964.

76 Vgl. Vitus Sproten, Ostbelgien hört Ostbelgien. Les débuts autour de l'autonomie culturelle des Belges germanophones sur les ondes du Belgischer Hörfunk (1965-1974), Studienabschlussarbeit Lüttich 2014-2015, S. 59ff.

77 Grenz-Echo, 7.12.1966.

78 Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg, Bern/Frankfurt am Main/Las Vegas 1974, vgl. Grenz-Echo, 31.7.1974.

79 Heidi Christmann, Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen, Diss., München 1974.

80 Peter M. Quadflieg, Die „terra incognita" des belgischen Föderalstaates. Stand der historischen Forschung über die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, in: Belgica – terra incognita? Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung, Bd. 1, Münster/New York 2016, S. 13.

81 Ausnahmen sind: Roger Collinet, L'annexion d'Eupen et de Malmedy à la Belgique en 1920, Verviers 1986, und Alain Colignon, Ostkantone, in: Jours de Guerre, Bd. 2, Brüssel 1990, S. 105-114.

82 Majerus, Besetzte Vergangenheiten, S. 39.

83 Kriegsschicksale 1944-1945. Beiträge zur Chronik der Ardennen-Offensive zwischen Venn und Schneifel, Sankt Vith 1969, 400 S.

84 Grenz-Echo, 2.7.1985.

85 Zu dem Leserbrief von Herrn P. Hahn in ZVS 4/1989, S. 69, in: Zwischen Venn und Schneifel 5 (1989), S. 86.

86 Peter Thomas/Hubert Jenniges, 50 Jahre Geschichte der Ostkantone, hektografiertes Manuskript, Belgischer Hör- und Fernsehfunk 1972. Die fünfteilige Serie wurde vom 30.9. bis 28.10.1972 ausgestrahlt.

87 Cremer, Verschlusssache Geschichte, S. 9-25.

88 Grenz-Echo, 7.6.1980; der vollständige Text wurde am 24.6.1980 in der Zeitung veröffentlicht.

89 Grenz-Echo, 23.11.1985.

90 Grenz-Echo, 27.11.1985.

91 Christoph Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen". Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy" (1949-1985), in: ZAGV, 120 (2018), S. 26.

92 Vgl. Henri Michel, Hungermarsch in die Freiheit. Tagebuchaufzeichnungen eines politischen Gefangenen, Eupen 1945, 38 S.; die Erinnerungen erschienen 1985 in einer kommentierten Neuauflage.

93 Grenz-Echo, 20.10.2016.

94 Vgl. Carlo Lejeune/Klaus-Dieter Klauser, Die Säuberung, Bd. 3, Büllingen 2008, S. 327f.

95 Christoph Brüll, Ein Schweigen, das Fragen aufwirft. Widerstand ohne Nachgeschichte?, in: Marie-Claire Mommer/Christoph Brüll, Im Reich der spitzen Töne, Eupen 2017, S.152-161, hier S. 158 und 161.

96 Vgl. Andreas Fickers, Von der Bewältigung überwältigt?, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren, S. 77-86.

97 Assmann, Unbehagen, S. 40f.

98 Grenz-Echo, 7.7.1990.

99 Vgl. Grenz-Echo, 10.7.1990.

100 Vgl. Assmann, Unbehagen, S. 143.

101 AVZ, 28.4.1978, Grenz-Echo, 25.4.1978.

102 Vgl. Groupe de Recherches et d'Etudes sur la Communication Culturelle (Hrsg.), Grenzland seit Menschengedenken. Identität und Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Eupen 1990-1992; vgl. Grenz-Echo, 28.4.1994. Das Gesamtprojekt kostete 5,8 Millionen BFr. (ca. 145.000 €).

103 Heinrich Toussaint, Verlorene Jahre. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen 1987; Heinrich Toussaint, Bittere Erfahrungen. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen 1987.

104 Grenzland-Report, 5.9.1986.

105 Vgl. Christoph Brüll, Les soldats de la Wehrmacht d'Eupen-Malmedy. Histoire, postérité et mémoire, in: Frédéric Stroh/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), L'incorporation de force dans les territoires annexés par le IIIe Reich 1939-1945 – Die Zwangsrekrutierung in den vom Dritten Reich annektierten Gebieten, Straßburg 2016, S. 147-159.

106 Die Serie erschien zwischen dem 27.1. und 8.12.1990.

107 Manfred Bierganz, 10. Mai 1940 zwischen Aachen und Lüttich, Eupen 1990.

108 Klaus Pabst et al. (Hrsg.), Zwischen Hammer und Amboss. Eupen-Malmedy-St. Vith und die „zehn Gemeinden" von 1939-1945.

Erfahrungen einer Grenzbevölkerung, Eupen 1996.

109 Viele Initiativen entstanden unabhängig, vgl. beispielsweise Carlo Lejeune, Oh, alte Burschenherrlichkeit... Eumavia Lovaniensis, eine Studentenvereinigung als Spiegel der ostbelgischen Geschichte, Sankt Vith 1989.

110 Herbert Ruland (Hrsg.), Ostbelgien und der 10. Mai 1940. Zeitgeschichte, Verdrängung und Aktualität. Kolloquiumsbericht, Büllingen, 12. Mai 1990.

111 Carlo Lejeune (Hrsg.), Mut zur eigenen Geschichte. Der 8. Mai 1945. Anmerkungen zur ostbelgischen Vergangenheit, Sankt Vith 1995.

112 Vgl. u. a. Grenz-Echo, 4.5.1995, 12.5.1995 und 17.5.1995.

113 Assmann, Unbehagen, S. 135.

114 Ebd. S. 144.

115 Altes Land an der Work. Der Königshof Büllingen im Rückspiegel der Zeit, Sankt Vith 1990; Schicksalsgemeinschaft im Schatten des Dreiherrenwaldes, Rocherath 1993; Carlo Lejeune (Hrsg.), Hünningen - Heimat an den Grenzen, Hünningen 1995; Chronik Schönberg, Schönberg 2003; u. a.

116 Repräsentative Jugendumfragen zeigen, dass 1998 noch 43 % der Jugendlichen in der DG das Gefühl hatten, „Mitglied einer kulturellen Minderheit" zu sein, 2012 lag dieser Anteil in der belgischen Eifel nur noch bei 28 Prozent.

117 Diese These lässt sich bereits herauslesen aus: Christoph Brüll, L'identité des Belges germanophones est une non-identité. Quelques réflexions à propos de publications récentes sur l'histoire de la Communauté germanophone de Belgique, in: BEG-CHTP, 21 (2009), S. 211-226.

118 Die Artikel erschienen zwischen Dezember 1988 und Februar 1990 in: Zaungast, Eupen, Dez. 1988, S. 6-9, März 1989, S. 15-18, Sept. 1989, S. 10f., Nov. 1989, S. 10f., Dez. 1989 S. 11f., Feb. 1990, S. 11f.

119 Christoph Brüll, Die deutschsprachigen Einheiten in der belgischen Armee zwischen den beiden Weltkriegen, Sankt Vith 2004.

120 Peter M. Quadflieg, „Zwangssoldaten" und „Ons Jongen". Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, Aachen 2008, S. 158; vgl. auch ders./René Rohrkamp (Hrsg.), Das „Massaker von Malmedy". Täter, Opfer, Forschungsperspektiven. Ein Werkbuch, Aachen 2010, S. 158.

121 Freddy Cremer, Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: I&M, Informationen und Meinungen aus Deutschbelgien 2 (1994), S. 5-14, 3 (1994), S. 3-13, 4 (1994), S. 4-15, und Freddy Cremer, Le malade imaginaire? Die Identitätsfindung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: Fiducit, 2 (2002), S. 2-11.

122 Ein erster Ansatz befindet sich in: Carlo Lejeune, Heil dem Führer, Unheil dem Land, in: Altes Land an der Work, Büllingen 1990, S. 280-316, vor allem im Teil „Ja, wir waren dabei", S. 295-305, in dem die persönliche Verantwortung thematisiert wird.

123 Vgl. Cremer, Verschlusssache Geschichte.

124 Vgl. Bruno Kartheuser, Walter, SD in Tulle – die Tragödie vom 9. Juni 1944, Bd. 1: Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy, Neundorf 2001.

125 Thematisiert wurde das Buch dann 2009 in einer allgemeinen Überlegung zur ostbelgischen Geschichtsschreibung bei Brüll, L'identité.

126 Assmann, Unbehagen, S. 209.

127 Vgl. Cremer, Annexion.

128 Cremer, Verschlusssache Geschichte; ders., Von den „Inciviques" zu den Modellbelgiern. Als man den aufrechten Gang wieder lernen musste, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 99-116; Andreas Fickers, Von der Bewältigung überwältigt?, in: ebd., S. 77-86. Später folgten: Freddy Cremer, Le malade imaginaire? Die Identitätsfindung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: Fiducit 2 (2002), S. 2-11; Andreas Fickers, De la „Silberie de la Prusse" aux „Cantons rédimés". L'ombre diffuse de la Grande Guerre dans la mémoire collective des Belges germanophones, in: Serge Jaumain/Michael Amara/Benoît Majerus/ Antoon Vrints (Hrsg.), Une guerre totale? La Belgique dans la Première Guerre mondiale. Nouvelles tendances de la recherche historique. Actes du colloque international organisé à l'ULB du 15 au 17 janvier 2003, Generalstaatsarchiv Brüssel 2005, S. 615-633; Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: Zeitenblicke 3 (2004), http://www.zeitenblicke.de/2004/01/fickers/index.html (letzter Aufruf 6.6.2018).

129 Carlo Lejeune, Die verborgenen Wasserzeichen entdecken und lesen, in: Carlo Lejeune, Klaus-Dieter Klauser, Die Säuberung, Bd. 3, Büllingen 2008, S. 15-34; Christoph Brüll, Verbotene Erinnerungen? Die Neu-Belgier und der Erste Weltkrieg 1918-1925, in: Patrick Nefors/Pierre-Alain Tallier (Hrsg.), Quand les canons se taisent. Actes du colloque de Bruxelles, 3-6 novembre 2008, Generalstaatsarchiv Brüssel 2010, S. 555-567; Christoph Brüll/ Werner Mießen, „Den Gefallenen der beiden Weltkriege". Eupen und seine Weltkriegstoten, in: Liber Amicorum Alfred Minke, Generalstaatsarchiv Brüssel 2011, S. 177-197; Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland: Selbst- und Feindbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz 1918-1940, Brüssel 2013, S. 157-180; Quadflieg, Terra incognita.

130 Vgl. Assmann, Unbehagen, S. 154-164.

131 Diese sind erfasst in Werner Mießen, Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Bibliografie 1945-2002, 2 Bde., Brüssel 2003; ders., Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Bibliografie 2003-2009, Brüssel 2010; ders., Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Bibliografie 2009-2013, Brüssel 2014.

132 Dana Giesecke/Harald Welzer, Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2012, S. 73.

133 Assmann, Unbehagen, S. 35.

134 Harald Schmid, Das Unbehagen in der Erinnerungskultur. Ein Annäherung an aktuelle Deutungsmuster, in: Margrit Fröhlich (Hrsg.), Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt am Main 2012, S. 169

135 Jeremy Rifkin, Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein, Frankfurt am Main 2012.

DIE AUTOREN

Philippe Beck, geb. 1976, ist Lehrbeauftragter an der Universität von Louvain-la-Neuve (UCLouvain), wo er Anglistik, Germanistik und Philosophie studierte und schließlich in den Bereichen deutsche Literatur und Geschichte promovierte. In seinen wissenschaftlichen Publikationen befasst er sich u. a. mit der Literatur- und Kulturgeschichte Ostbelgiens sowie mit der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg.

Christoph Brüll, geb. 1979, Historiker, studierte an der Universität Lüttich und promovierte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Assistant Professor am Centre for Contemporary and Digital History der Universität Luxemburg und Lehrbeauftragter an der Universität Lüttich. Seine Forschungsschwerpunkte sind transnationale Politikgeschichte Westeuropas, Elitenkontinuitäten und Geschichte der Geschichtsschreibung.

Winfried Dolderer, geb. 1954, Historiker und Publizist, studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik in Mainz sowie Geschichte in Löwen und promovierte 1989 an der Gesamthochschule Kassel. Er publizierte zur Geschichte der flämischen Bewegung und deutsch-flämischer Kontakte und arbeitete an der „Nieuwe Encyclopedie van de Vlaamse Beweging" mit. Er war Deutschlandkorrespondent der flämischen Tageszeitung „De Standaard", später politischer Korrespondent deutscher Zeitungen in Berlin. Seit 2013 ist er freiberuflicher Publizist.

Andreas Fickers, geb. 1971, studierte Geschichte, Philosophie und Soziologie und ist Professor für Zeitgeschichte und digitale Geschichtswissenschaft an der Universität Luxemburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind europäische Technikgeschichte, transnationale Mediengeschichte und digitale Methoden der Geschichtswissenschaft. Seit 2016 ist er Direktor des interdisziplinären Centre for Contemporary and Digital History an der Universität Luxemburg.

Jens Giesdorf, geb. 1968, Sonderbeauftragter für Schulmediotheken und Medienpädagogik im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, studierte an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hebrew University of Jerusalem die Fächer Geschichte, Politikwissenschaft sowie Germanistik und promovierte in Magdeburg. Seit April 2016 ist er Präsident des Geschichts- und Museumsvereins „Zwischen Venn und Schneifel" in Sankt Vith.

Els Herrebout, geb. 1961, Historikerin und Archivarin, studierte an den Universitäten von Löwen und Antwerpen. Sie ist leitende Staatsarchivarin im Staatsarchiv in Eupen und Präsidentin des Zentrums für Ostbelgische Geschichte. Sie veröffentlichte zahlreiche Inventare, archivalische Studien und Beiträge zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Wilfried Jousten, geb. 1971, studierte Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Lüttich. Er arbeitete im Staatsarchiv Eupen und anschließend als Bibliothekar und Archivar im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Er ist Vorstandsmitglied des Zentrums für Ostbelgische Geschichte und des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel". Er publizierte vor allem zur ostbelgischen Kirchengeschichte.

Klaus-Dieter Klauser, geb. 1955, studierte Psychologie an der Universität Lüttich und arbeitet seit 1979 in einer sozialpsychologischen Beratungsstelle in Sankt Vith. Von 1998 bis 2016 war er Vorsitzender des Geschichts- und Museumsvereins „Zwischen Venn und Schneifel", Sankt Vith. Er ist Mitautor zahlreicher regionalgeschichtlicher Werke. Seit vielen Jahren widmet er sich der Erstellung von Kartenskizzen zu historischen Themen.

Johannes Kontny, geb. 1984, studierte Geschichte und Osteuropastudien an den Universitäten Wien, Regensburg und Brno (Brünn). Er war Stipendiat der Gerda-Henkel-Stiftung (Düsseldorf). 2017 promovierte er an der Universität Wien mit einer Arbeit zur Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung für die Akzeptanz staatlicher Herrschaft während der Zwischenkriegszeit anhand der Grenzstädte Eupen und Znojmo/Znaim (Tschechoslowakei). Er publizierte hierzu in Sammelbänden und Zeitschriften. Derzeit arbeitet er in der Abteilung Stipendien und Preise der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Catherine Lanneau, geb. 1977, Historikerin, studierte Geschichte sowie Internationale Beziehungen und europäische Einigung an der Universität Lüttich, wo sie auch promovierte. Sie lehrt als Professorin an der Universität

Lüttich. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Belgiens, die Geschichte Walloniens und die belgisch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Ihr besonderes Interesse gilt den Medienstrategien von Lobbygruppen und Denkfabriken.

Carlo Lejeune, geb. 1963, Historiker, studierte an den Universitäten von Louvain-la-Neuve, Köln und Bonn und promovierte in Trier. Er publizierte zahlreiche Bücher und Artikel zur Alltagsgeschichte, zu den deutsch-belgischen Beziehungen und zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Er ist Leiter des Zentrums für Regionalgeschichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Robert Möller, geb. 1965, lehrt seit 2004 diachrone und synchrone Sprachwissenschaft des Deutschen an der Universität Lüttich. Er studierte und promovierte in Köln, anschließend war er Assistent an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, wo er sich mit einer dialektologischen Arbeit habilitierte. Seine Forschungsgebiete liegen in den Bereichen der Sprachgeschichte und Variationslinguistik.

Victoria Mouton, geb. 1983, studierte Geschichte an der Universität Paul-Valéry Montpellier mit Schwerpunkt Militärgeschichte und Verteidigungsstudien. Von 2009 bis 2016 arbeitete sie im Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe, wo sie an der Entwicklung von digitalen Publikationen zur europäischen Integrationsgeschichte mitwirkte. Seit 2017 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im interdisziplinären Centre for Contemporary and Digital History an der Universität Luxemburg und forscht im Bereich der europäischen Zeitgeschichte.

Thomas Müller, geb. 1968, Politikwissenschaftler und Historiker, arbeitet im Stadtarchiv Aachen. Er forschte zur deutschen „Westforschung" der 1920er bis 1940er Jahre und promovierte an der RWTH Aachen über Konzepte der deutschen Westgrenze zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus. Sein Forschungsinteresse richtet sich außerdem auf Grenzregime-, Migrations- und Rassismusforschung.

Peter M. Quadflieg, geb. 1982, studierte Geschichte, VWL und Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der RWTH Aachen. Dort war er von 2007 bis 2015 zunächst Stipendiat und dann wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er promovierte 2014. Von 2015 bis 2017 war er Archivreferendar beim Hessischen Landesarchiv. Seit Juni 2017 ist er Staatsarchivar und stellv. Dienststellenleiter des Staatsarchivs in Eupen. Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen, unter anderem mit einem thematischen Schwerpunkt zur ostbelgischen Zeitgeschichte.

Alfred Rauw, geb. 1958, Primarschullehrer, war von 1999 bis 2016 Schulleiter des Schulzentrums Manderfeld-Rocherath. Seit 2016 ist er Mitarbeiter des Zentrums für Ostbelgische Geschichte. Er wirkte von Anfang an in der Arbeitsgruppe Dorfgeschichte Mürringen mit, die 2005 und 2016 den Preis des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich Heimatgeschichte erhalten hat.

Nina Reip, geb. 1981, studierte Politische Wissenschaften und Geschichte an der RWTH Aachen. Sie war Mitarbeiterin in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora und Kabinettschefin zweier Bildungsminister in der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Als Mitarbeiterin von „Grenzgeschichte DG" erarbeitete sie Konzepte zur politischen Bildung. Derzeit ist sie Referentin der Deutschen Sportjugend im DOSB in Frankfurt am Main. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Demokratieförderung und historische Bildung.

Vitus Sproten, geb. 1993, studierte Geschichts- und Politikwissenschaften an den Universitäten Trier und Lüttich. Aktuell promoviert er am Centre for Contemporary and Digital History der Universität Luxemburg zum popkulturellen Austausch in der Region zwischen Maas und Rhein (1955-1990). Er ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Ostbelgische Geschichte.

Machteld Venken, geb. 1980, Slawistin und Historikerin, studierte an den Universitäten von Löwen, Krakau und Warschau, promovierte in Löwen und habilitierte in Wien. Sie publizierte zur vergleichenden, transnationalen Zeitgeschichte Europas. Thematisch arbeitet sie vor allem über die Migrationsgeschichte, Krieg und Erinnerung, Grenzregionen, Familien und Kinder. Sie ist Visiting Fellow am Imre Kertész Kolleg zu „Europas Osten im 20. Jahrhundert. Historische Erfahrungen im Vergleich" in Jena.

NACHWEIS DER BILDQUELLEN ODER BILDRECHTE

Wir danken allen Museen, Institutionen, Vereinen und Privatpersonen für die Unterstützung unserer Arbeit und für die Erteilung der Druckrechte. Wir haben uns bemüht, alle Rechteinhaber ausfindig zu machen. Bei begründeten Ansprüchen sollte der GEV kontaktiert werden.

Ein Experiment kollektiver Gewissensprüfung

S. 10: Klaus-Dieter Klauser
S. 11, 31, 34: Privatarchiv Alfred Rauw
S. 13 (oben rechts): Privatarchiv Philippe Beck
S. 13 (unten links): Privatarchiv Johann Krings
S. 14: Privatarchiv Vitus Sproten
S. 15: Familienarchiv Brüll-Zimmermann, Eupen
S. 16, 17, 24: Privatarchiv Carlo Lejeune
S. 18: Familienarchiv Brüll, Eupen
S. 19 (beide): Privatarchiv Irmgard Wintgens-Beck
S. 20: Staatsarchiv Eupen (SAE), Pater Damian Schule
S. 22: Pierre Doome
S. 26 (beide): Privatarchiv Andreas Fickers, Zeichnungen Walter Laschet
S. 27: Privatarchiv Andreas Fickers
S. 32: Privatarchiv Werner Miessen

Eupen-Malmedy im europäischen Vergleich

S. 42: Generalstaatsarchiv, Archives Générales du Royaume de Belgique (AGR), I 618 - 245
S. 44 (oben): AGR, I 619 - 692
S. 44 (unten): AGR, I 618 - 316
S. 45: Biblioteca Universitaria Alessandrina, IE10366844
S. 46: Eupener Nachrichten, 1. April 1939
S. 47 (beide): Klaus-Dieter Klauser
S. 48: Nationalbibliothek Dänemark, 154914
S. 49: AGR, I 618 - 77
S. 50: AGR, I 618 - 147
S. 51 (links): Bundesarchiv, 102-16581
S. 51 (rechts), 53: ZVS-Fotoarchiv
S. 52: Dänische Nationalbibliothek, ke018101
S. 54: Katholische Union; Freddy Cremer/ Werner Miessen, Spuren 1939-1944, Materialen zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Eupen 1995.
S. 55: Bibliotheque nationale et universitaire de Strasbourg
S. 56: Bundesarchiv, 003-006-026
S. 57 (links): Bundesarchiv, 003-008-001
S. 57 (rechts): Bundesarchiv, 002-040-015-T1
S. 58: Heimattreue Front; Freddy Cremer/ Werner Miessen, Spuren 1939-1944, Materialen zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Eupen 1995.
S. 60 (oben): Bundesarchiv, 1011-124-0248-15
S. 60 (unten): Bundesarchiv, 146-2005-0177

Vom Dazwischen-Sein

S. 67 (oben): AGR, I 619 - 147
S. 67 (unten): AGR, I 618 - 62
S. 68: AGR, F 1546 - 121
S. 69 (oben): The Sphere, 14. Dezember 1918
S. 69 (unten): Imperial War Museum, Q 7198
S. 70 (beide): Miroir, 15. Dezember 1918
S. 71 (oben links): AGR, F 1546 - 2732
S. 71 (oben rechts und unten links): AGR, F 1546 – 2733
S. 71 (unten rechts): AGR, F 1546 - 2723
S. 72 (links): AGR, F 1546 - 2774

S. 72 (rechts): AGR, F 1546 - 2737
S. 74: Universität Gent, rug01:001206394 (CC BY-SA 4.0, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.nl)
S. 75: SAE
S. 76 oben): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 342
S. 76 (unten): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 47
S. 77 (unten): CEGESOMA, 274127
S. 78 (links): CEGESOMA, 274125
S. 78 (rechts): Rex, 1. Juni 1936
S. 79: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003), Nr. 131
S. 80: Regards, 6. April 1939
S. 81: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003), Nr. 450

Der Blick von Außen

S. 89: Imperial War Museum, Q 7183
S. 90: Photographe inconnu/ECPAD/Défense, DAT 18 L06
S. 93: National Archives, RG 111-SC 870 407872
S. 97 (beide): Privatarchiv Carlo Lejeune
S. 98, 107: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 40
S. 99: Universität Gent, rug01:001201794, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/
S. 100: KADOC-KU Leuven. Beeldarchief Boerenbond. (KFA26706)
S. 102 (links): CEGESOMA, 274427
S. 102 (Mitte): Grenz-Echo, 27. Februar 1950
S. 102 (rechts): CEGESOMA, 274426
S. 103, 114 (links): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 304
S. 104: Archivotheque Sourbrodt
S. 105: Katholieke Universiteit Leuven
S. 108 (links): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander
S. 108 (rechts): Archivotheque Sourbrodt
S. 111: CEGESOMA, 163730
S. 112: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 149
S. 114 (rechts): ZVS-Fotoarchiv
S. 116 (beide): Stadtarchiv Aachen
S. 117: Bundesarchiv, Sammlung Franz von Papen, 92 T

Zwischen kommunaler Bevormundung und Autonomie

S. 126 (beide): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 47
S. 127: CEGESOMA, 41656
S. 128, 131 (unten), 134: ZVS-Fotoarchiv
S. 130, 132: Zentrum für Ostbelgische Geschichte (ZOG)
S. 131 (oben): Regards, 6 April 1939
S. 133: CEGESOMA, 35925
S. 135: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003), Nr 493
S. 136 (links): ZVS-Fotoarchiv, Bestand Pfarrarchiv Amel
S. 136 (rechts): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 19
S. 137 (oben): Sankt Vither Volkszeitung
S. 137 (unten): Eupener Nachrichten

Weltkriege in der Region

S. 142: KIK-IRPA, 30006726
S. 143 (links), 144 (beide), 146 (beide), 148, 154 (rechts), 158, 163: Privatarchiv Philippe Beck
S. 143: SAE
S. 147: L'Invalide/ KBR
S. 149, 155, 156 (oben), 164 (oben rechts): ZVS-Fotoarchiv
S. 150: Privatarchiv Alfred Minke
S. 151: Grenzland seit Menschengedenken, Biblio-Kassette 2, nr. 74
S. 152: Privatarchiv Jochen Lentz
S. 154 (links): Westdeutscher Beobachter, 7. November 1943/ Vieth

S. 156 (unten), 157: Privatarchiv Irmgard Wintgens-Beck
S. 159 (links): Philippe Beck/Musée de la Résistance
S. 159 (rechts): Privatarchiv Mommer
S. 160: SAE/ Philippe Beck
S. 161 (beide), 162: Associated Press
S. 164 (oben links): Hans-Gerd Lauscher
S. 164 (unten links und rechts): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205)

Brüche und Krisen im Vergleich

S. 172 (links),182: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003)
S. 172 (Mitte): Grenz-Echo
S. 172 (rechts): Privatarchiv Werner Mießen
S. 173: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lande
S. 174: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 335
S. 176 (beide), 183 (links): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander
S. 177: Institut Géographique National, Extrait des cartes IGN 1/25000 avec l'autorisation A3597 de l'Institut géographique national – www.ign.be
S. 178, 179, 183 (rechts): ZVS-Fotoarchiv
S. 181 (oben): ZVS-Fotoarchiv/ Siegfried Krings
S. 181 (unten): SAE, Foto Franken
S. 185: Koen Aerts, Dirk Luyten, Bart Willems, Paul Drossens/ Atlas de Belgique, tome 1: Géographie politique, Vandermotten Christian e.a., Academia Press, 2007 ; Universiteit Gent, Queteletcentrum / Bearbeitet durch Klaus-Dieter Klauser

Der Tribut des Krieges

S. 190: Amsab, Gent
S. 192: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 243
S. 193: SAE, Sammlung Förderverein (5-055), Nr. 14
S. 194: Grenz-Echo
S. 196: Bundesarchiv Koblenz, 102-02399
S. 197: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 94.
S. 198: Grenz-Echo, 7. September 1949
S. 199: Grenz-Echo, 10. Dezember 1948
S. 200: SAE, Gemeinde Rocherath, Nr. 61a
S. 201: Grenz-Echo, 13. Juni 1964
S. 203: SAE, Eupen Neuzeit, 1470
S. 204 (oben): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 59
S. 204 (unten): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 77
S. 205: AGR, Individuelle Sequesterakten: Bernhard BREDOHL: Ankündigung des Verkaufs durch das Sequesteramt des Kurhotels samt Mobiliar am 28. Januar 1947

Wirtschaft zwischen Integration und Desintegration

S. 210: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005)
S. 211: CEGESOMA, 35971
S. 213: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003), Nr. 1/W6
S. 214: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 459
S. 216, 219, 229 (beide), 234: ZVS-Fotoarchiv
S. 217 (oben): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 294
S. 217 (unten): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 444
S. 218 (oben): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 2
S. 218 (unten): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 450
S. 221: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 428
S. 223: ZOG, Sammlung Carlo Lejeune
S. 224: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 462
S. 225 (beide): SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 1
S. 226, 227: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005)
S. 228: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 18
S. 230: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003), Nr. 553
S. 232: Klaus-Dieter Klauser
S. 233: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 1088

Die große Suche nach Heimat und Teilhabe

S. 242 (links): Sea-Watch Org
S. 242 (rechts): CEGESOMA, Nr. 36389
S. 243: Bundesarchiv Koblenz, 137-027926
S. 245: Bundesarchiv Koblenz, 137-043413
S. 246, 253 (oben), 258 (unten), 278: ZVS-Fotoarchiv
S. 247 (unten): Geschichtsgruppe Mürringen, 500
S. 250 (oben links): Geschichtsgruppe Rocherath-Krinkelt
S. 250 (oben rechts und unten rechts): Bundesarchiv Koblenz, Plak 003-015-024 und Plak 003-011-015
S. 252: Geschichtsgruppe Hünningen
S. 253 (unten): Katholieke Universiteit Leuven, 9992323165101488
S. 254: Privatarchiv Guy Lejoly
S. 258 (oben): Grenz-Echo
S. 261: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003), Nr 144
S. 263: Bundesarchiv Koblenz, 183-2018-0409-504
S. 266: Töpfereimuseum Raeren
S. 267: Stadtarchiv Aachen
S. 268: Privatarchiv Philippe Beck
S. 269: CEGESOMA, 599421
S. 270: Karnevalszeitung Schönberg 1939
S. 272: A. Herld, Postkarte
S. 273: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr 5
S. 275 (kleines Bild links): Privatarchiv Carlo Lejeune
S. 275 (großes Bild rechts): ZOG
S. 276: Bundesarchiv Koblenz, 1011-749-0016-11
S. 277 (alle): Associated Press
S. 279: Privatarchiv Carlo Lejeune

Kino, Radio und Zeitung als Taktgeber

S. 286 (beide): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 366
S. 287: Regards, 6. April 1939, S. 7
S. 288 (oben): CEGESOMA, 35795
S. 288 (unten), 294 (beide), 300 (beide): ZVS-Fotoarchiv
S. 290, 291 (beide), 292: SAE/Philippe Beck
S. 293: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 482
S. 295 (oben links): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 264
S. 295 (oben rechts): SAE/ Philippe Beck
S. 295 (unten rechts), 296 (oben links und unten links), 298: gemeinfrei
S. 296 (unten rechts): Universität Gent, rug01:001024543 (CC BY-SA 4.0, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.nl)
S. 297: Deutsches Historisches Museum/ bpk, Berlin, Inv. Nummer: Do 60/17.4
S. 299: Syndicats d'initiative Trois Frontières
S. 301 (unten links): Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: Do2 90/424.3
S. 301 (unten rechts): Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: P 94/3050

Die vergessene Sicht der Kinder

S. 310: Privatarchiv Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande
S. 311 (oben): SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 876
S. 311 (unten): CEGESOMA, 12760
S. 312: SAE, Fotosammlung Kever - Visé (5-205), Nr. 324
S. 313, 314, 315: ZVS-Fotoarchiv
S. 316: SAE, Pater Damian

Vom spannungsvollen Eindringen der Moderne

S. 320: Dresden, Neue Meister
S. 321: Jacques Faujour - Centre Pompidou, MNAM-CCI /Dist. RMN-GP, 12 503207.
S. 322 (oben links): ZOG
S. 322 (oben rechts), 331 (beide): ZVS-Fotoarchiv
S. 322 (unten links): Nationaal Archief
S. 322 (unten rechts): Cynthia Dispas, Eupen
S. 323 (oben): SAE, X 155, Bild 00567.

S. 323 (unten): Eupener Nachrichten, 11. März 1937
S. 324 (oben links): SAE, Foto Franken
S. 324 (oben rechts): Hans Gerd Lauscher
S. 324 (unten): KIK-IRPA, 30006730
S. 325 (alle linke Spalte): Cynthia Dispas, Eupen
S. 325 (alle mittlere Spalte): AG Geschichte Hünningen (Büllingen)
S. 326, 327 (links), 329: Privatarchiv Armin Homburg
S. 327 (rechts), 328: Bauhaus-Archiv Berlin
S. 330, 332: Klaus-Dieter Klauser

Kampfmittel und Unterhaltung

S. 336, 337: Privatarchiv Philippe Beck
S. 338: Karl Bartz, Weltgeschichte an der Saar
S. 339: gemeinfrei
S. 340: CEGESOMA, 31160
S. 341: René Hausman
S. 342 (oben): Peter Schmitz
S. 342 (unten): Karl Bartz
S. 344: Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz, gemeinfrei (CC BY-SA 3.0)

Die Minderheitensprache als Politikum

S. 350: ZOG, Carlo Lejeune, F.XV.24
S. 352: Klaus-Dieter Klauser
S. 354: Sankt Vither Volkszeitung, 16. Mai 1936
S. 355: CEGESOMA, 35785
S. 356, 360: ZVS-Fotoarchiv
S. 362: CEGESOMA, 1192

Geschichtsschreibung als Spiegel des Zeitgeists

S. 368, 372, 373, 374, 375: ZVS-Fotoarchiv
S. 369, 371, 382, 384: Privatarchiv Carlo Lejeune
S. 370: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 10
S. 376: Privatarchiv Alfred Rauw
S. 377: L'Invalide/ KBR
S. 378: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005)
S. 379: SAE, Fotosammlung Fotoatelier Lander (9-005), Nr. 161
S. 380: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003), Nr 1/L6
S. 381: SONUMA
S. 383: VRT, De veldwachter uit Malmedy, 1972
S. 385: SAE, Fotosammlung Stadt Eupen (9-003)
S. 386: Oli - Sudpresse
S. 387: National Archives College Park, RG 111-SC_241_197835-S

Krieg, Krisen und Umbrüche, aber auch Fortschrittsglaube, Hoffnungen und Kontinuitäten kennzeichnen Europa im Zeitalter der Weltkriege. In der deutsch-belgischen Grenzregion führen Grenzverschiebungen zu Orientierungslosigkeit, aber auch Beharrung. Eupen-Malmedy ist zu jener Zeit Randregion zwischen zwei Vaterländern, die in ihm keinen Zwischenraum erkennen wollen. Identitätskonflikte polarisieren und radikalisieren die politische Auseinandersetzung. Krieg wird erlebbar.

Gleichzeitig verändern Massenmedien wie Zeitungen, Radio oder das Kino die Sicht der Menschen auf die Welt. Neue Maschinen und Werkstoffe, Traktoren und Lkw erhöhen die Produktivität und Mobilität der Welt. Telefon und Wanderbewegungen sind äußere Zeichen einer Moderne, die in der kleinen Grenzregion Eupen-Malmedy gleichzeitig so nah und so fern sein kann.

Auch aus dem Blickwinkel des situativen Opportunismus, der den Einzelnen je nach Lebenssituation zwischen Anpassung oder Verweigerung schwanken lässt, zeichnen die 19 Autoren ein anderes Bild dieser bewegten Zeit nach, die für das Verständnis des heutigen Ostbelgiens grundlegend ist.

ISBN 978-3-86712-139-2
9 783867 121392
www.gev.be

GEV
www.gev.be

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Carlo Lejeune,
Christoph Brüll,
Peter M. Quadflieg
(Hrsg.)

4

VOLUME METADATA

Title: Grenzerfahrungen | Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens | Band 4

Creator: Carlo LEJEUNE | Christoph BRÜLL | Peter M. QUADFLIEG

Publisher: Grenz-Echo verlag, Eupen, Belguim

Language: deu

Date: 2019

Project Name: -

Category: Book

Identifier: ISBN:978-3-86712-139-2

Job Name: B90486E8-B52F-4227-9C80-96FABF471AE5